

Notruf 112



Kreishaushalt 2010



Oberbergischer Kreis
Haushaltssatzung und Haushaltsplan
Ergebnis- und Finanzplan 2010 – 2013



Haushaltssatzung



Haushaltssatzung des Oberbergischen Kreises für das Haushaltsjahr 2010

Aufgrund des § 53 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW, S. 646), zuletzt geändert durch Gesetz vom 24.06.2008 und der §§ 78 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NRW, S. 666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17.12.2009 (GV. NRW, S. 950) hat der Kreistag des Oberbergischen Kreises am 18.03.2010 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2010, der die zur Erfüllung der Aufgaben des Oberbergischen Kreises voraussichtlich anfallenden Erträge und entstehenden Aufwendungen sowie eingehenden Einzahlungen und zu leistenden Auszahlungen und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

| | |
|--|---------------|
| Im Ergebnisplan mit | |
| Gesamtbetrag der Erträge auf | 257.772.071 € |
| Gesamtbetrag der Aufwendungen auf | 269.161.847 € |
| | |
| Im Finanzplan mit | |
| Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 256.824.130 € |
| Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf | 256.741.954 € |
| | |
| Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit auf | 10.052.597 € |
| Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit auf | 23.594.377 € |

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2010 für Investitionen erforderlich ist, wird auf **13.541.780 €** festgesetzt.
Der Gesamtbetrag der Kredite für Umschuldungen wird auf 0 € festgesetzt.

§ 3

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen, der zur Leistung von Investitionszahlungen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf **25.585.000 €** festgesetzt.

§ 4

Die Verringerung der Ausgleichsrücklage zum Ausgleich des Ergebnisplans wird auf **11.389.776 €** festgesetzt.

§ 5

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2010 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **60.000.000 €** festgesetzt.

§ 6

1. Zur Deckung des durch sonstige Erträge nicht gedeckten Finanzbedarfs wird von den Gemeinden gem. § 56 Abs. 1 Kreisordnung NW eine **Kreisumlage** erhoben.
Der Umlagesatz beträgt einheitlich **40,8700 %**
der für die Gemeinden geltenden Umlagegrundlagen.
2. Zur Deckung der dem Kreis entstehenden Kosten für die Wahrnehmung der Aufgaben der Kreisvolkshochschule wird von den kreisangehörigen Gemeinden, die durch die **Kreisvolkshochschule** versorgt werden, gem. § 56 Abs. 4 Kreisordnung NW eine einheitliche Mehrbelastung in Höhe von **0,2667 %**
der für diese Gemeinden geltenden Umlagegrundlagen erhoben.
3. Zur Deckung der dem Kreis entstehenden Kosten für die Wahrnehmung der Aufgaben des Berufsschulwesens wird von den kreisangehörigen Gemeinden, die durch das **Berufsschulwesen** des Oberbergischen Kreises versorgt werden, gem. § 56 Abs. 4 Kreisordnung NW eine einheitliche Mehrbelastung in Höhe von **1,9582 %**
der für diese Gemeinden geltenden Umlagegrundlagen erhoben.
4. Zur Deckung der dem Kreis entstehenden Kosten für die Wahrnehmung der Aufgaben des Kreisjugendamtes wird von den kreisangehörigen Gemeinden, die durch das **Jugendamt** des Oberbergischen Kreises versorgt werden, gem. § 56 Abs. 5 Kreisordnung NW eine einheitliche Mehrbelastung in Höhe von **22,3560 %**
der für diese Gemeinden geltenden Umlagegrundlagen erhoben.

5. Die im Jahr 2010 kassenwirksamen Umlagen werden mit einem Zwölftel zum 05. eines jeden Monats fällig.

§ 7

Die **Wertgrenze** für die Einzelausweisung von Investitionsmaßnahmen im Teilfinanzplan gemäß § 26 Abs. 1 Buchstabe g KrO NRW in Verbindung mit § 4 Abs. 4 GemHVO NRW wird auf **50.000 €** festgesetzt.

Gummersbach, 18.03.2010

gez.
Hagen Jobi
Landrat

gez.
Kreistagsmitglied

gez.
Britta Block
Schriftführerin

Vorbericht



| Inhaltsverzeichnis Vorbericht (orange) | Seite |
|--|---------|
| Einleitende Worte zur Einführung des "Neuen Kommunalen Finanzmanagements" | 1 - 14 |
| Ziele und Kennzahlen im NKF | 15 |
| Stand und Entwicklung der Haushaltswirtschaft des Oberbergischen Kreises | 16 - 19 |
| Gesamtergebnisplan | 20 |
| Einnahmen des Kreises | 21 |
| Ausgaben des Kreises | 22 |
| Planergebnis je Produktbereich | 23 |
| Bewirtschaftungsregeln / Budgets | 24 - 25 |
| Personalaufwendungen | 26 |
| Sozialetat | 27 - 32 |
| Jugendhilfe | 33 - 36 |
| Abwicklung von Baumaßnahmen | 37 |
| Kreisstraßen | 38 - 39 |
| Integration der Menschen mit Migrationshintergrund im Oberbergischen Kreis | 40 |
| Was uns auszeichnet... | 41 |
| Einzelpositionen des Haushalts 2010 | 42 - 55 |
| Entwicklung der Ausgaben im freiwilligen Aufgabenbereich | 56 |
| Schulden | 57 |
| Eckdaten | 58-60 |
| Vermögensübersicht / Eigenkapitalentwicklung | 62-66 |

| Inhaltsverzeichnis Haushaltsplan (weiß) | Seite |
|--|-----------|
| Gesamtergebnisplan | 1 - 2 |
| Gesamtfinanzplan | 3 - 5 |
| Teilergebnispläne / Teilfinanzpläne (siehe separates Inhaltsverzeichnis Haushaltsplan) | 6 - 488 |
| Anlagen zum Haushaltsplan (Stellenplan, Übersichten, etc.) (gelb) | 489 - 517 |
| Ergänzungen: Stichwortverzeichnis, Investitionselemente, Produktübersicht, usw. (gelb) | 518 - 534 |

Einführung des „Neuen Kommunalen Finanzmanagements – NKF“ beim Oberbergischen Kreis zum 01.01.2009

1.1 Reform des Kommunalen Haushaltsrechts:

Mit dem Gesetz über ein Neues Kommunales Finanzmanagement für Gemeinden/Gemeindeverbände im Land Nordrhein Westfalen (NKFG NRW) vom 16.11.2004 wurde das Haushaltsrecht in NRW umfassend reformiert und die Gemeinden und Kreise verpflichtet, bis zum 01.01.2009 ihr bisheriges kameralistisches Rechnungswesen auf das System der doppelten Buchführung umzustellen.

Mit der Einführung des NKF werden von der Landesregierung folgende Ziele verfolgt:

- Umfassende Abbildung des Ressourcenverbrauchs
- Periodengerechte und vollständige Zuordnung des Werteverzehrs
- Darstellung des Vermögens und der Schulden einer Kommune
- Darstellung der tatsächlichen wirtschaftlichen Verhältnisse der Kommune
- Intergenerative Gerechtigkeit
- Verbesserte Steuerungsfähigkeit durch Produktorientierung und Ziel-/Leistungsvorgaben
- Größere Haushalts-Transparenz für Bürgerinnen und Bürger durch produktorientierte Darstellung

1.2 Wesentliche Elemente des NKF:

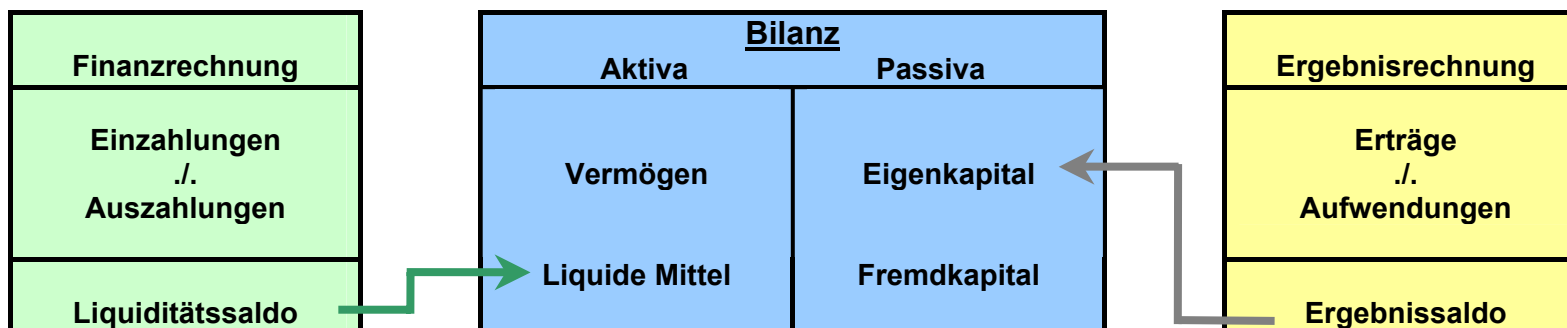
Der frühere kamerale Haushalt war in den Verwaltungshaushalt, den Vermögenshaushalt und die Sammelnachweise unterteilt. Diese Begriffe spielen im NKF keine Rolle mehr. Im NKF-Haushalt erfolgt eine vollständig geänderte Darstellung des Haushaltsplanes. Wegen der geänderten Darstellung konnten in den Haushalt 2009 keine Werte (Ansätze bzw. der Rechnungsergebnisse) für die Vorjahre aufgenommen werden. Damit stand bei den Haushaltsberatungen in 2009 einmalig eine wesentliche Informationsquelle nicht zur Verfügung. Im Haushaltsentwurf 2010 sind die Ansätze des Vorjahres mit ausgewiesen. Die Rechnungsergebnisse des Vorvorjahres können erstmals im Haushalt 2010 mit ausgewiesen werden. Beim Vergleich der aktuellen Ansätze mit den Ansätzen aus 2009 ist zu berücksichtigen, dass einige Ansätze aufgrund der Praxiserfahrungen aus dem ersten „NKF-Jahr“ in der Zuordnung noch verschoben, zusammengefasst oder zur besseren Bewirtschaftung geteilt wurden.

Bisher wurde im kameralen Haushalt das „Geldverbrauchs-konzept“ dargestellt, bei dem Einnahmen das Geldvermögen erhöht und Ausgaben das Geldvermögen vermindert haben. Zukünftig wird im Haushaltsplan das Ressourcenverbrauchs-konzept dargestellt, bei dem Erträge das Eigenkapital erhöhen und Aufwendungen das Eigenkapital mindern.

Wesentliche Komponenten für die Planung, Bewirtschaftung und den Jahresabschluss im neuen Rechnungssystem sind

- der Ergebnisplan und die Ergebnisrechnung
- der Finanzplan und die Finanzrechnung und
- die Bilanz

Das folgende Schaubild verdeutlicht das Zusammenwirken dieser drei Komponenten und wird nachfolgend weiter erläutert:



Der Ergebnisplan und die Ergebnisrechnung:

Die Ergebnisrechnung entspricht der kaufmännischen Gewinn- und Verlustrechnung. Sie erfasst periodengerecht die Aufwendungen und Erträge und bildet damit Ressourcenaufkommen und –verbrauch ab. Als Planungsinstrument ist der Ergebnisplan der wichtigste Bestandteil des neuen Haushalts. Das Jahresergebnis der Ergebnisrechnung wird in die Bilanz übernommen und wirkt sich auf das Eigenkapital der Kommune aus; Überschüsse erhöhen das Eigenkapital, Fehlbeträge verringern das Eigenkapital entsprechend.

Der Finanzplan und die Finanzrechnung:

Der Finanzplan und die Finanzrechnung beinhalten alle Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit sowie für Investitionen und die Kredittilgung. Im Finanzplan wird der notwendige Kreditbedarf für Investitionen im Planungszeitraum festgelegt. Der Liquiditätssaldo aus der Finanzrechnung bildet die Veränderung des Bestandes an liquiden Mitteln der Kommune in der Bilanz ab.

1.3 Produktgliederung des NKF-Haushalts:

Der NKF-Haushalt ist in einen Ergebnisplan, einen Finanzplan sowie in Teilpläne zu gliedern. Die Teilpläne sind produktorientiert unter Beachtung der vom Innenministerium vorgegebenen Mindestgliederung nach folgenden verbindlichen Produktbereichen in der ausgewiesenen Reihenfolge zu gliedern (§§ 53 Abs. 1 und § 79 GO i.V.m. § 4 GemHVO):.

| <i>Produktbereiche</i> | | |
|--|---|--------------------------------------|
| 01 Innere Verwaltung | 07 Gesundheitsdienste | 13 Natur- und Landschafts- Pflege |
| 02 Sicherheit und Ordnung | 08 Sportförderung | 14 Umweltschutz |
| 03 Schulträgeraufgaben | 09 Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen | 15 Wirtschaft und Tourismus |
| 04 Kultur und Wissenschaft | 10 Bauen und Wohnen | 16 Allgemeine Finanzwirtschaft |
| 05 Soziale Leistungen | 11 Ver- und Entsorgung | 17 Stiftungen |
| 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe | 12 Verkehrsflächen und - anlagen, ÖPNV | |

Innerhalb der Grenzen dieser Produktbereiche können Teilpläne auch nach Produktgruppen oder nach Produkten aufgestellt werden. Es bleibt daher jeder Gemeinde überlassen, ob sie den Haushalt auf Basis der Mindestgliederung nach Produktbereichen darstellt oder den Haushaltsplan weiter untergliedert und auf Basis der Produktgruppen oder noch tiefer untergliedert und auf Basis der Produkte darstellt.

Der Haushalt des Oberbergischen Kreises ist in 15 Produktbereiche (der Bereich Ver- und Entsorgung fällt beim Oberbergischen Kreis nicht an, daneben verfügt der Oberbergische Kreis über keine eigenen Stiftungen, die Produktbereiche 11 „Ver- und Entsorgung“ und 17 „Stiftungen“ entfallen daher), 65 Produktgruppen und 125 Produkte gegliedert. Der Haushaltsplan ist auf Ebene der Produktgruppen dargestellt. Für jede Produktgruppe sind im Haushaltsplan nach den vorgegebenen Mustern der GemHVO eine Beschreibung der Produktgruppe und der hierunter abgebildeten Produkte, eine Beschreibung der Ziele und Kennzahlen, Angaben zur Zielgruppe und zum eingesetzten Personal sowie das Zahlenwerk mit Angabe der Ertrags- und Aufwandsarten, das Ergebnis aus der lfd. Verwaltungstätigkeit, das Ergebnis aus der Verrechnung der internen Leistungsbeziehungen und das Gesamtergebnis dargestellt. Die für die Darstellung im Haushaltsplan gewählte Ebene der Produktgruppen enthält deutlich mehr Informationen als eine Darstellung auf Ebene der gesetzlichen Mindestvorgaben (= Produktbereiche), ist im Gegensatz zu einer Darstellung auf Ebene der Produkte aber noch überschaubar.

Die Darstellung der Haushaltsdaten im NKF-Haushalt (weißer Teil, Zahlenwerk mit Erläuterungen) gliedert sich wie folgt:

- **Gesamtergebnisplan und Gesamtfinanzplan** mit aggregierter Darstellung **aller Produktbereiche**
 - **15 Teilergebnispläne/Teilfinanzpläne auf Basis der jeweiligen Produktbereiche** mit aggregierter Darstellung der hierunter zusammengefassten Produktgruppen
 - **65 Teilergebnispläne/Teilfinanzpläne auf Basis der Produktgruppen** mit aggregierter Darstellung der enthaltenen Produkte
 - Jeder Produktgruppe ist eine Übersicht mit den enthaltenen Produkten vorangestellt
 - Anschließend ist jedes Produkt einzeln unter Angabe von Auftragsgrundlage, Zielen und Zielgruppe beschrieben
 - Es folgt der Teilergebnisplan mit den Erträgen und Aufwendungen je Produktgruppe
 - Danach sind die Planerläuterungen mit Hinweisen zum jeweiligen Teilergebnisplan abgedruckt
 - Abschließend folgt der Teilfinanzplan der jeweiligen Produktgruppe (enthält die Einzahlungen und Auszahlungen je Produktgruppe, sowie die Höhe der Investitionen mit Beschreibung von Investitionsmaßnahmen > 50.000 €)

Graphisch lassen sich der Aufbau und die Gliederung des Zahlenwerks wie folgt darstellen:

| Gesamtergebnisplan | | | | |
|---|---|---|----------------------------------|----------------------------------|
| Produktbereich 01 „Innere Verwaltung“ | | | Produktbereiche 02 – 16 | |
| Produktgruppe 01.01 „Politische Gremien“ | Produktgruppe 01.02 „Verwaltungsführung“ | Produktgruppe 01.03 bis 01.15 z.B. 01.06. „zentrale Dienste“ | Produktgruppe 02.01 bis 02.11 | Produktgruppe 03.01 bis 03.04 |
| Produkt 01.01 Politische Gremien | Produkt 01.02 Verwaltungsführung | Produkt 01.06.01 Druckerei | Produkt 02.01.01 | |
| | | Produkt 01.06.02 Poststelle | Produkt 02.01.02 | |
| | | Produkt 01.06.03 Bürgerservice | Produkt 02.02.03 | |
| | | Produkt 01.06.04 Fuhrpark | | |

1.4 Die Bilanz:

Die Bilanz ist Teil des neuen Jahresabschlusses und weist das kommunale Vermögen und dessen Finanzierung durch Eigen- oder Fremdkapital nach. Die Bilanz ist nach den Vorgaben des § 41 GemHVO aufzustellen und zu gliedern. Die Gliederung der Bilanz ist nachfolgend aufgeführt.

| Bilanzgliederung | |
|---|---|
| Aktiva | Passiva |
| <p>1. Anlagevermögen</p> <p>1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände</p> <p>1.2 Sachanlagen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Grundstücke/Gebäude - Infrastrukturvermögen - Betriebs- und Geschäftsausstattung <p>1.3 Finanzanlagen</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wertpapiere des Anlagevermögens - Beteiligungen <p>2. Umlaufvermögen</p> <p>2.1 Vorräte</p> <p>2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände</p> <p>2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens</p> <p>2.4 Liquide Mittel</p> <p>3. Aktive Rechnungsabgrenzung</p> | <p>1. Eigenkapital</p> <p>1.1 Allgemeine Rücklage</p> <p>1.2 Sonderrücklage</p> <p>1.3 Ausgleichsrücklage</p> <p>1.4 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag</p> <p>2. Sonderposten</p> <p>3. Rückstellungen</p> <p>3.1 Pensionsrückstellungen</p> <p>4. Verbindlichkeiten</p> <p>5. Passive Rechnungsabgrenzung</p> |

Aus den Bilanzpositionen sind die Kontengruppen und Kontenklassen für das Buchungssystem entwickelt worden. Um eine Vergleichbarkeit der Jahresabschlüsse zu gewährleisten, sind die Kontengruppen und Kontenklassen im NKF-Kontenrahmen vom Innenministerium für die Kommunen verbindlich vorgegeben worden. Zur Darstellung örtlicher Besonderheiten kann der Kontenrahmen den örtlichen Verhältnissen angepasst und um weitere Konten erweitert werden. Der Kontenrahmen des Oberbergischen Kreises umfasst zur Zeit rd. 2.200 Konten. Von besonderer Bedeutung sind die Kontenklasse „4“, in der alle Erträge abgebildet sind, und die Kontenklasse „5“ die alle Aufwendungen enthält. Auf der Folgeseite ist der NKF-Kontenrahmen als Übersicht dargestellt. Danach folgen ausführliche Erläuterungen zu der Kontenklasse 4 „Erträge“ und der Kontenklasse 5 „Aufwendungen“.

1.5 Haushaltsrechtlicher NKF – Kontenrahmen

| Aktiva | | Passiva | | Ergebnisrechnung | | Finanzrechnung | | Abschluss | KLR |
|--|---|---|---|---|---|---|---|---------------------------------|---|
| Kontenklasse 0 | Kontenklasse 1 | Kontenklasse 2 | Kontenklasse 3 | Kontenklasse 4 | Kontenklasse 5 | Kontenklasse 6 | Kontenklasse 7 | Kontenklasse 8 | Kontenklasse 9 |
| Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen | Finanzanlagen, Umlaufvermögen und aktive Rechnungsabgrenzung | Eigenkapital, Sonderposten und Rückstellungen | Verbindlichkeiten und passive Rechnungsabgrenzung | Erträge | Aufwendungen | Einzahlungen | Auszahlungen | Abschlusskonten | Kosten- und Leistungsrechnung |
| 00 ... | 10 Anteile an verbundenen Unternehmen | 20 Eigenkapital | 30 Anleihen | 40 Steuern und ähnliche Abgaben | 50 Personalaufwendungen | 60 Steuern und ähnliche Abgaben | 70 Personalauszahlungen | 80 Eröffnungs-/ Abschlusskonten | 90 Kosten- und Leistungsrechnung (KLR) |
| 01 Immaterielle Vermögensgegenstände | 11 Beteiligungen | 21 Wertberichtigungen (kein Bilanzausweis) | 31 ... | 41 Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 51 Versorgungsaufwendungen | 61 Zuwendungen und allgemeine Umlagen | 71 Versorgungsauszahlungen | 81 Korrekturkonten | Die Ausgestaltung der KLR ist von jeder Kommune selbst festzulegen. |
| 02 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | 12 Sondervermögen | 22 ... | 32 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen | 42 Sonstige Transfererträge | 52 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | 62 Sonstige Transfer-einzahlungen | 72 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | 82 Kurzfristige Erfolgsrechnung | |
| 03 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | 13 Ausleihungen | 23 Sonderposten | 33 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung | 43 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 53 Transferaufwendungen | 63 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 73 Transferauszahlungen | | |
| 04 Infrastrukturvermögen | 14 Wertpapiere | 24 ... | 34 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen | 44 Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 54 Sonstige ordentliche Aufwendungen | 64 Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen | 74 Sonstige Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | |
| 05 Bauten auf fremdem Grund und Boden | 15 Vorräte | 25 Pensionsrückstellungen | 35 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | 45 Sonstige ordentliche Erträge | 55 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | 65 Sonstige Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | 75 Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen | | |
| 06 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler | 16 Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen | 26 Rückstellungen für Deponien und Altlasten | 36 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen | 46 Finanzerträge | 56 ... | 66 Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen | 76 ... | | |
| 07 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge | 17 Privatrechtliche Forderungen, sonstige Vermögensgegenstände | 27 Instandhaltungsrückstellungen | 37 Sonstige Verbindlichkeiten | 47 Aktivierte Eigenleistungen, Bestandsveränderungen | 57 Bilanzielle Abschreibungen | 67 ... | 77 ... | | |
| 08 Betriebs- und Geschäftsausstattung | 18 Liquide Mittel | 28 Sonstige Rückstellungen | 38 ... | 48 Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | 58 Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | 68 Einzahlungen aus Investitionstätigkeit | 78 Auszahlungen aus Investitionstätigkeit | | |
| 09 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau | 19 Aktive Rechnungsabgrenzung | 29 ... | 39 Passive Rechnungsabgrenzung | 49 Außerordentliche Erträge | 59 Außerordentliche Aufwendungen | 69 Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit | 79 Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit | | |

1.6 Vorbemerkungen zu den Kontenklassen 4 „Erträge“ und 5 „Aufwand“

Kontenklasse 4 - Erträge

Die Kontenklasse 4 ist in verschiedene Kontengruppen unterteilt:

KG 40: Steuern und ähnliche Abgaben

KG 41: Zuwendungen und allgemeine Umlagen

KG 42: Sonstige Transfererträge

KG 43: Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

KG 44: Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen

KG 45: Sonstige ordentliche Erträge

KG 46: Finanzerträge

KG 47: Aktivierte Eigenleistungen, Bestandsveränderungen

KG 48: Erträge aus internen Leistungsbeziehungen

KG 49: Außerordentliche Erträge

Zu Kontengruppe 40: Steuern und ähnliche Abgaben

Die KG 40 ist untergliedert in 5 Kontenarten, wobei der Oberbergische Kreis lediglich die Konten der Kontenart 403 „Sonstige Gemeindesteuern“ nutzt. Hier werden die Erträge aus Jagdsteuern gebucht.

Zu Kontengruppe 41: Zuwendungen und allgemeine Umlagen

In dieser Kontengruppe weist der OBK Finanzhilfen in Form von Zuweisungen und Zuschüssen zur Erfüllung seiner Aufgaben aus. Insbesondere werden an dieser Stelle Schlüsselzuweisungen (Kontenart 411) sowie allgemeine Umlagen (Kontenart 418) z.B. in Form der Kreisumlage und der Jugendamtsumlage erfasst. Darüber hinaus werden über die Kontenarten 412 Bedarfszuweisungen, 413 Sonstige allgemeine Zuweisungen, 414 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke und 416 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Zuwendungen abgewickelt. Letzteres kommt beim OBK v.a. im Bereich des Straßenbaus und der Straßensanierung zum Tragen, wo hohe zweckgebundene Zuweisungen vereinnahmt werden. Damit der aus der Zuweisung entstehende Ertrag periodengerecht, d.h. verteilt auf die gesamte Nutzungsdauer der Investition, verbucht werden kann, werden die Sonderposten entsprechend dem Abschreibungsintervall linear aufgelöst.

Zu Kontengruppe 42: Sonstige Transfererträge

Transferleistungen sind Zahlungen, denen keine konkrete Gegenleistung gegenübersteht, soweit es sich nicht um Zuwendungen handelt. Unterschieden werden in diesem Bereich zunächst die Kontenarten 421 und 422 Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb bzw. innerhalb von Einrichtungen, welche z.B. für die Verbuchung von Kostenbeiträgen und Aufwendungsersatz, übergeleiteten Ansprüchen gegen Unterhaltspflichtige und Kostenerstattungen durch Träger von sozialen Leistungen genutzt werden. Darüber hinaus beinhaltet die KG 42 die Kontenarten 423 Schuldendiensthilfen und 429 andere sonstige Transfererträge.

Zu Kontengruppe 43: Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Unter den Begriff Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte fallen die Kontenarten 431 Verwaltungsgebühren, 432 Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte, 436 zweckgebundene Abgaben sowie 437 und 438 Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für Beiträge bzw. für den Gebührenaussgleich.

Zu Kontengruppe 44: Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Diese Kontengruppe beinhaltet insgesamt 5 Kontenarten. Hierzu gehören Erträge aus Mieten und Pachten (Kontenart 441) sowie aus Verkauf (Kontenart 442), beispielsweise von forstwirtschaftlichen Erzeugnissen und Erträge aus sonstigen privatrechtlichen Leistungsentgelten wie Eintrittsgeldern zu kulturellen Veranstaltungen. Des Weiteren werden in der KG 44 Erträge aus Kostenerstattungen und (pauschalen) Kostenumlagen (Kontenart 448) verbucht, sofern Güter bzw. Dienstleistungen für andere Stellen wie Bund, Land, Kommunen, private Unternehmen etc. erbracht werden. Auf den Konten der Kontenart 449 Erträge aus aufgabenbezogenen Leistungsbeteiligungen werden ferner Ausgleichsleistungen des Bundes nach dem SGB II vereinnahmt.

Zu Kontengruppe 45: Sonstige ordentliche Erträge

Zu den sonstigen ordentlichen Erträgen gehören 8 Kontenarten. Die Kontenart 451 umfasst Erträge aus Konzessionsabgaben. Bei der Kontenart 452 sind Erträge aus der Erstattung von Steuern erfasst. Kontenart 454 beinhaltet die Erträge aus dem Verkauf von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens, Kontenart 455 die Erträge aus der Verkauf von Finanzanlagen. Die sonstigen ordentlichen Erträge (Kontenart 456) erfassen Bußgelder und Säumniszuschläge sowie die Erträge aus der Inanspruchnahme von Gewährverträgen und Bürgschaften. Kontenart 457 erfasst die Erträge aus der Auflösung von sonstigen Sonderposten. Die nicht zahlungswirksamen ordentlichen Erträge (Kontenart 458) erfassen Erträge aus Zuschreibungen, aus der Auflösung oder Herabsetzung von Rückstellungen und sonstige nicht zahlungswirksame Erträge. Die anderen sonstigen ordentlichen Erträge (Kontenart 459) erfassen beispielsweise Zinsen für zurückzuzahlende Zuweisungen und Zuschüsse.

Zu Kontengruppe 46: Finanzerträge

Bei der Kontenart 461 handelt es sich um Zinserträge aus Darlehen bzw. Ausleihungen aus Geldanlagen, aus dem Giro- und Kontokorrentverkehr sowie aus Kaufpreis- u.a. Forderungen. Gewinnanteile aus verbundenen Unternehmen und Beteiligungen werden in der Kontenart 465 erfasst. Sonstige Finanzerträge wie Erträge aus Konventionalstrafen, Ausgleichsabgaben nach dem Schwerbehindertengesetz und einbehaltene Disagien werden auf der Kontenart 469 erfasst.

Zu Kontengruppe 47: Aktivierte Eigenleistungen, Bestandsveränderungen

In der KG 47 werden die aktivierten Eigenleistungen (Kontenart 471) und die Bestandsveränderungen von fertigen oder unfertigen Erzeugnissen im Vergleich zum Vorjahr (Kontenart 472) erfasst.

Zu Kontengruppe 48: Erträge aus internen Leistungsbeziehungen

Die Erträge aus internen Leistungsbeziehungen (Kontenart 481) erfassen die Erträge, die durch Verrechnung zwischen den produktorientierten Teilplänen entstehen.

Zu Kontengruppe 49: Außerordentliche Erträge

Außerordentlichen Erträge (Kontenart 491) beruhen auf seltenen und ungewöhnlichen Vorgängen von wesentlicher Bedeutung. Dazu gehören beispielsweise Versicherungsleistungen oder besondere Zuweisungen nach Naturkatastrophen sowie Schenkungen (Spenden) soweit sie von wesentlicher Bedeutung sind und ohne Auflage gewährt werden.

Kontenklasse 5 - Aufwendungen

Die Kontenklasse 5 ist ebenfalls in verschiedene Kontengruppen unterteilt:

KG 50: Personalaufwendungen

KG 51: Versorgungsaufwendungen

KG 52: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

KG 53: Transferaufwendungen

KG 54: Sonstige ordentliche Aufwendungen

KG 55: Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

KG 56: frei

KG 57: Bilanzielle Abschreibungen

KG 58: Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen

KG 59: Außerordentliche Aufwendungen

Zu Kontengruppe 50: Personalaufwendungen

Zu den Personalaufwendungen gehören die Dienstaufwendungen für die aktiv Beschäftigten des OBK (Kontenart 501). Diese werden nach den verschiedenen Dienstverhältnissen, Beamte, tariflich Beschäftigte und sonstige Beschäftigte, differenziert. Zusätzlich sind die geldwerten Sachaufwendungen für Sachbezüge gegenüber Beschäftigten, die Zuführungen zu Rückstellungen für Altersteilzeit von Beschäftigten, für nicht genommenen Urlaub und für Überstunden den Dienstaufwendungen zuzurechnen. Bei den Beiträgen zu den Versorgungskassen (Kontenart 502) wird in Beiträge für tariflich und sonstige Beschäftigte unterschieden. Die Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung (Kontenart 503) gliedern sich in Beiträge für Beamte, tariflich und sonstige Beschäftigte. Die Beihilfen sowie Unterstützungsleistungen für Beschäftigte werden auf der Kontenart 504 gebucht. Die Aufwendungen für Pensionsrückstellungen werden in der Kontenart 505 erfasst.

Zu Kontengruppe 51: Versorgungsaufwendungen

Zur KG 51 gehören die Versorgungsbezüge (Kontenart 511) der Beamten, der tariflich und sonstigen Beschäftigten. Die Beiträge zu Versorgungskassen für Versorgungsempfänger werden in der Kontenart 512 erfasst. Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung werden in der Kontenart 513 erfasst. Aufwendungen für Beihilfen, Unterstützungsleistungen und Hinterbliebene werden in der Kontenart 514 erfasst.

Zu Kontengruppe 52: Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen handelt es sich um Aufwendungen für empfangene Sach- und Dienstleistungen, die mit den Umsatz- oder Verwaltungserlösen wirtschaftlich zusammenhängen. Aufwendungen (Erhaltungsaufwand) für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen werden in der Kontenart 521 verbucht. Die Kontenart 522 umfasst die Aufwendungen für die Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens. Aufwendungen, die eine Stelle für eine andere erbracht hat, werden bei Kostenerstattungen (Kontenart 523) gebucht. Aufwendungen für die Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen werden in der Kontenart 524 erfasst. Dazu zählen insbesondere Energie-, Reinigungskosten etc. Die Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Haltung von Fahrzeugen oder Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens entstehen, sind bei den Aufwendungen für den Unterhalt des beweglichen Vermögens zu buchen (Kontenart 525). Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen wie z.B. Lehrmittel werden in der Kontenart 527 erfasst. Bei der Kontenart 529 Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen handelt es sich um eine Sammelposition für Aufwendungen die keiner anderen Kontenart zugeordnet werden können.

Zu Kontengruppe 53: Transferaufwendungen

Bei Aufwendungen aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke (Kontenart 531) handelt es sich um Finanzhilfen zugunsten verschiedener Aufgabenträger des öffentlichen, privaten und sonstigen Bereiches. Die Aufwendungen für Schuldendiensthilfen dienen vorwiegend der Verbilligung der Zinsleistungen (Kontenart 532). Als Sozialtransferaufwendungen (Kontenart 533) werden alle sozialen Leistungen, die natürlichen Personen in Form individueller Hilfe gewährt werden, bezeichnet (z.B. Leistungen der Jugendhilfe). Allgemeine Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände werden in der Kontenart 535 verbucht. Die Kontenart 537 umfasst allgemeine Umlagen an das Land, Gemeinden oder Gemeindeverbänden. Dazu zählt insbesondere die Landschaftsumlage. Der Kontenart 539 werden die sonstigen Transferaufwendungen ohne Gegenleistungsverpflichtung Dritter zugeordnet.

Zu Kontengruppe 54: Sonstige ordentliche Aufwendungen

Bei den sonstigen Personal- und Versorgungsaufwendungen (Kontenart 541) handelt es sich um Personalnebenaufwendungen wie Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung, Aus- und Fortbildung, Reisekosten etc. Zu den Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten (Kontenart 542) gehören die Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeiten, Mieten, Pachten und Leasing, Bankgebühren sowie sonstige Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten. Bei den Geschäftsaufwendungen (Kontenart 543) werden insbesondere die Aufwendungen für Büromaterial, Telefon, Bücher, Rechtsschutz, Fachliteratur und Porto erfasst. Die Kontenart 544 umfasst Versicherungsbeiträge und Schadensfälle. Unter aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen (Kontenart 546) fallen Leistungsbeteiligungen bei Leistungen für Unterkunft und Heizung, zur Eingliederung von Arbeitssuchenden sowie einmalige Leistungen an Arbeitssuchende. Die Kontenarten 547 und 548 umfassen betriebliche Steueraufwendungen. Zu den weiteren sonstigen Aufwen-

dungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Kontenart 549) zählen Aufwendungen für Verfügungsmittel des Landrates, Fraktionszuwendungen und übrige Aufwendungen.

Zu Kontengruppe 55: Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Die Kontenart 551 umfasst Zinsaufwendungen wie Zinsen für aufgenommene Kredite, Darlehen, Hypotheken oder Kontokorrentzinsen. Zu den sonstigen Finanzaufwendungen (Kontenart 559) zählen Kreditbeschaffungskosten wie Disagien und Abschlussgebühren sowie Kreditprovisionen.

Zu Kontengruppe 56:

frei

Zu Kontengruppe 57: Bilanzielle Abschreibungen

Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände (Kontenart 571) erfassen den Betrag des an Vermögensgegenständen eintretenden Werteverzehrs. Als geringwertige Wirtschaftsgüter werden die Vermögensgegenstände des beweglichen Anlagevermögens bezeichnet, die selbstständig genutzt werden können, einer Abnutzung unterliegen und deren Anschaffungs- und Herstellungskosten 410 € nicht überschreiten. In der Kontenart 572 werden die außerplanmäßigen Abschreibungen auf Finanzanlagen gebucht. Abschreibungen auf das Umlaufvermögen werden in der Kontenart 573 erfasst.

Zu Kontengruppe 58: Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen

Die Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen (Kontenart 581) umfassen alle Aufwendungen, die durch Verrechnungen zwischen den Produktbereichen entstehen.

Zu Kontengruppe 59: Außerordentliche Aufwendungen

Außerordentliche Aufwendungen (Kontenart 591) fallen außerhalb des ordentlichen Verwaltungsverlaufs an. Beispiele für außerordentliche Aufwendungen sind Naturkatastrophen oder sonstige durch höhere Gewalt verursachte Ereignisse.

1.7 Kosten- und Leistungsrechnung – Interne Leistungsverrechnungen:

Gemäß § 18 GemHVO soll die Kommune eine nach den örtlichen Bedürfnissen ausgerichtete Kosten- und Leistungsrechnung einführen. Hierdurch soll der vollständige Ressourcenverbrauch innerhalb der Verwaltung dargestellt und eine möglichst vollständige Zuordnung der Kosten auf die Produkte erreicht werden. Die Zuordnung der Kosten auf die Produkte erfolgt über die interne Leistungsverrechnung.

Die im Rahmen der Aufgabenwahrnehmung anfallenden Kosten und Erlöse werden soweit als möglich unmittelbar den Produkten zugeordnet und im Haushaltsplan aggregiert auf Ebene der Produktgruppen dargestellt.

So werden z.B. die „Kosten für Unterkunft und Heizung gemäß SGB II (Hartz IV)“ dem Produkt 1.05.03.01 „Grundsicherung für Arbeitssuchende“ zugeordnet und in der Produktgruppe 1.05.03 „Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen“ ausgewiesen. Produktübergreifende Querschnittskosten wie z. B. ADV-Kosten, Versicherungen, Bürobedarf, Fortbildung, Kfz- oder Energiekosten werden zunächst auf Kostenstellen geplant und anschließend über die „interne Leistungsverrechnung“ den Produkten und Produktbereichen möglichst verursachungsgerecht zugeordnet.

Bei den Kostenstellen wird unterschieden zwischen

- Hilfskostenstellen, die als Sammler für zentral bewirtschaftete Kosten dienen (z.B. Bürobedarf, Versicherungen)
- Objektkostenstellen, auf denen die Kosten und Erlöse für Gebäude und bewegliches Anlagevermögen (z. B. Fahrzeuge), gesammelt werden und
- Organisationskostenstellen, auf denen Kosten gesammelt werden, die zwar eindeutig einem Amt, jedoch keinem bestimmten Produkt zugeordnet werden können (z. B. Fortbildungskosten)

Die Kostenrechnung des Oberbergischen Kreises umfasst aktuell rd. 420 Kostenstellen. Die Kostenstellenstruktur ist in den kommenden Jahren fortzuentwickeln und dem zukünftigen Bedarf anzupassen. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass für jede Kostenstelle ein Verrechnungsschlüssel definiert und gepflegt werden muss. Daneben ist der Buchungsaufwand für die Buchung der Verrechnungen zu berücksichtigen.

Um eine noch genauere Darstellung der Kosten des Verwaltungshandelns darstellen zu können ist es weiter möglich, auch die Gesamtkosten der Querschnittsämtler, der internen Dienstleister und der Politik (z.B. Poststelle, Archiv, Hausmeisterdienst, Organisation/zentrale Beschaffung, Personalverwaltung, Kämmerei, Kreistag) zu ermitteln und anteilig den einzelnen Produkten und Produktgruppen zuzuordnen.

Wegen des hiermit verbundenen Aufwandes wurde im ersten NKF-Haushalt auf eine Verrechnung der Gesamtkosten der Querschnittsämter verzichtet. Es ist vorgesehen, diese Verrechnungen in den folgenden Jahren sukzessive auszuweiten. Als Folge würden bei den Querschnittsämtern entsprechende „Erträge aus internen Leistungsbeziehungen“ ausgewiesen und die „internen“ Produkte vollständig entlastet und auf „Null“ gesetzt. Im Gegenzug würden die „externen Produkte“ – neben den Verrechnungen aus der Kostenrechnung – zusätzlich mit sämtlichen Querschnittskosten belastet. Im Ergebnis würde dann der gesamte Ressourcenverbrauch im Sinne einer ergebnisorientierten Darstellung bei den „externen“ Produkten ausgewiesen.

* * * * *

Die folgenden Seiten geben einen Überblick über den Stand und die Entwicklung der Haushaltswirtschaft des Oberbergischen Kreises:

Ziele und Kennzahlen im NKF

Eine wichtige Aufgabe für die Zukunft stellt die Entwicklung von Zielen und Kennzahlen im NKF-Haushalt dar. Im Dialog zwischen Politik und Verwaltung sind hier zunächst „strategische Ziele unter Berücksichtigung der Ressourcen“ zu entwickeln und vom Kreistag zu beschließen (§ 26 Abs. 1 Buchstabe t Kreisordnung).

Zur Vorbereitung dieses Prozesses, der sich über mehrere Jahre erstrecken wird, hat die Verwaltung im Laufe des Jahres eine Projektgruppe „Zielsteuerung“ eingerichtet und strategische Ziele der Kreisverwaltung für das Jahr 2010 und die Folgejahre entwickelt. Aus diesen strategischen Zielen sind im Rahmen des Zielplanungsprozesses Produktziele und darauf aufbauend arbeitsplatzbezogene Ziele zu entwickeln und darzustellen. Anschließend sind Kennzahlen zu entwickeln, an Hand derer der Grad der Zielerreichung transparent und nachvollziehbar gemacht werden kann. Die Entwicklung von Zielen und Kennzahlen ist ein dynamischer Prozess, der in der Zukunft regelmäßig fortzuentwickeln ist.

Aufgrund der Aktualität des Prozesses und der noch erforderlichen Abstimmung mit der Politik sind die von der Verwaltung entwickelten Vorschläge der strategischen Ziele im NKF-Haushalt 2010 noch nicht enthalten (zu berücksichtigen ist hierbei die Neukonstituierung des Kreistages im Herbst 2009). Dieses wichtige und zukunftsweisende Thema sollte im Jahr 2010 sowohl in den Haushaltsberatungen als auch in den folgenden Fachausschusssitzungen umfassend beraten und diskutiert werden, um einen breiten Konsens zu erzielen, der dann zumindest in Teilbereichen seinen Niederschlag im Haushaltsplan 2011 finden soll.

Rückschau auf Vorjahre – Einleitende Bemerkungen zum Haushalt 2010

Rückschau Haushalt 2008:

Im **Haushaltsplan 2008** konnte der **Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage auf 40,2 % (Vorjahr: 46,7865%)** gesenkt werden. Gründe hierfür waren u.a. eine positive Entwicklung der Umlagegrundlagen nach GFG, eine restriktive Haushaltsbewirtschaftung, der Verzicht auf eine Aufstockung der allgemeinen Rücklage im letzten kameralen Haushaltsjahr sowie – unter Berücksichtigung des positiven Rechnungsergebnisses 2007 - ein verringerter Fehlbetragsabbau gegenüber der ursprünglichen HSK-Planung.

Der Haushalt 2008 war von der im Rahmen der Verwaltungsstrukturreform NRW erfolgten Übertragung von Teilen der Umwelt- und Versorgungsverwaltung auf die Kreise geprägt. Mit der Aufgabenübertragung wurde dem Oberbergischen Kreis vom Land dort frei werdendes Personal zugewiesen. Hierdurch wurden im Stellenplan zehn zusätzliche Stellen für zugewiesenes Personal ausgewiesen. Eine weitere Ausweitung des Stellenplans erfolgte durch das vom Kreistag beschlossene Konzept zur Neuausrichtung des Kreisjugendamtes. Das Konzept sieht eine Ausweitung und personelle Verstärkung der Bereiche „Sozialpädagogische Familienhilfe“ und des „Allgemeinen Sozialen Dienstes“ vor. Über eine intensivere Betreuung sollen die kostenintensiven Fallzahlen reduziert bzw. deren weiterer Anstieg begrenzt werden. Im 4. Quartal 2008 konnten die ersten neuen Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter ihren Dienst beim Oberbergischen Kreis aufnehmen. Die Auswirkungen des Konzepts werden daher erst in 2009 und den Folgejahren spürbar werden.

Der OBK hatte im Jahr 2003 ein Haushalts sicherungskonzept aufgestellt, das vorsah, zur Entlastung der Kommunen die Belastungen aus dem SGB II (Hartz IV) zunächst über die Ausweisung von Fehlbeträgen abzufangen und stufenweise bis 2012 über die Kreisumlage zu finanzieren.

Um den **Abbau der Altfehlbeträge** auch im NKF sicherzustellen sah der Entwurf der Haushaltssatzung 2008 vor, einen zusätzlichen Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage in Höhe der erwarteten Altfehlbeträge zum Ende des Jahres 2008 festzusetzen und den Kommunen den Zahlbetrag hieraus im HSK-Zeitraum von 2009 – 2012 zu stunden (sog. „Stundungsmodell“). Alle Bürgermeister der kreisangehörigen Städte/Gemeinden haben sich gegen die Anwendung des sog. Stundungsmodells ausgesprochen, da die Festsetzung und Stundung der Kreisumlage bei den Kommunen zur Ausweisung einer Verbindlichkeit in der Bilanz in entsprechender Höhe geführt hätte, die den Haushaltsausgleich für die Kommunen erschwert hätte. Um den Belangen der kreisangehörigen Städte/Gemeinden Rechnung zu tragen hat der Kreistag daher zum Abbau der Altfehlbeträge bei der Umstellung des Kreises auf NKF auf das „Stundungsmodell“ verzichtet und statt dessen das sog. Überschussmodell beschlossen. Das bedeutet, dass der Kreis zur Abdeckung der Altfehlbeträge aus dem bisherigen HSK in den Jahren 2009 bis 2012 eine erhöhte Kreisumlage festsetzen wird, die über den zum Haushaltsausgleich erforderlichen Differenzbetrag zwischen Erträgen und Aufwendungen hinausgeht.

In der Planung sah der Haushaltsplan 2008 vor, die aufgelaufenen Altfehlbeträge aus den Vorjahren um rd. 2,25 Mio. € auf rd. 17,85 Mio. € zu reduzieren. Im Rechnungsergebnis 2008 konnten die Altfehlbeträge noch weiter um insgesamt rd. 4,1 Mio. € auf 15,94 Mio. € abgebaut werden. Die verbleibenden Altfehlbeträge in Höhe von rd. 15,94 Mio. € sollten im Zeitraum 2009 bis 2012 in vier gleichbleibenden Raten von rd. 4,0 Mio. € gedeckt werden. Hierzu war beabsichtigt, den Kreisumlagehebesatz – neben der zum Haushaltsausgleich erforderlichen Festsetzung- entsprechend zu erhöhen.

Haushalt 2009:

Der Oberbergische Kreis hat sein Rechnungswesen zum 01.01.2009 auf NKF umgestellt. Durch die Umstellung hat sich der systematische Aufbau des Haushaltes grundlegend geändert. Wegen der geänderten Darstellung konnten in den Haushalt 2009 keine Werte (Ansätze bzw. Rechnungsergebnisse) für die Vorjahre aufgenommen werden.

Kerninhalt des NKF ist das Ressourcenverbrauchskonzept und der Erhalt des Eigenkapitals. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen die Kommunen zukünftig u.a. auch Abschreibungen erwirtschaften und Pensionsrückstellungen vornehmen. Da diese Punkte nicht Bestandteil des kameraleen Haushaltssystems waren, ergeben sich für die Kommunen hieraus mit der Umstellung auf NKF systembedingte Mehrbelastungen. Zum Ausgleich dieser Mehrbelastungen hat der Gesetzgeber das Eigenkapital der Kommune im Verhältnis 2/3 zu 1/3 in die Positionen „allgemeine Rücklage“ und „Ausgleichsrücklage“ aufgeteilt. Gleichzeitig hat der Gesetzgeber die gesetzliche Fiktion eingeführt, dass der Haushalt bei Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage noch als ausgeglichen gilt, obwohl eine Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage einen Verzehr des Eigenkapitals darstellt.

Durch die NKF-Umstellung haben sich im Haushalt 2009 gegenüber den Vorjahren folgende zusätzliche Belastungen ergeben:

- Der Haushalt weist Personalaufwendungen für **Pensionsrückstellungen** in Höhe von 3,7 Mio. € aus.
- Daneben fließen zukünftig **Abschreibungen** in den Ergebnisplan und die Kreisumlageberechnung mit ein, da diese Aufwand darstellen. Im Gegenzug bleiben die Tilgungszahlungen bei der Berechnung der Kreisumlage unberücksichtigt. Da die erwarteten Abschreibungen die Tilgungen voraussichtlich übersteigen werden, ergibt sich hieraus ab 2009 eine systembedingte Mehrbelastung für den Haushalt des Oberbergischen Kreises (**in 2009 rd. 3,9 Mio. €**).

Damit die systembedingten Mehrbelastungen aus der NKF-Umstellung die kreisangehörigen Städte und Gemeinden über die Kreisumlage nicht zusätzlich belasten, hat der OBK Teile der Ausgleichsrücklage in Höhe von rd. 6,2 Mio. € zum Haushaltsausgleich eingesetzt (und somit Eigenkapital in Höhe von 6,2 Mio. € verzehrt). Gleichzeitig hat der Kreistag zur Entlastung der Kommunen den Hebesatz der allg. Kreisumlage von 40,2% im Jahr 2008 auf 39,5% im Jahr 2009 gesenkt.

Darüber hinaus hat der Kreistag zur weiteren Entlastung der Kommunen im Jahr 2009 auf die erhöhte Festsetzung des Hebesatzes der allgemeinen Kreisumlage zum geplanten Abbau der Altfehlbeträge verzichtet und die Kommunen hierdurch um weitere rd. 4,0 Mio. € zu Lasten des Eigenkapitals des Kreises entlastet.

Prognostiziertes Rechnungsergebnis 2009:

Die Entwicklung des Haushalts wird unterjährig überwacht. Auf Basis der aktuellen Ist-Zahlen wird hierbei eine Hochrechnung vorgenommen und das voraussichtliche Jahresergebnis prognostiziert. Gegenüber dem Haushaltsentwurf liegt zwischenzeitlich das vorläufige Rechnungsergebnis 2009 vor. Da der Jahresabschluss 2009 aber noch nicht aufgestellt ist handelt es sich noch um eine vorläufige Prognose:

| | |
|---|----------------------|
| erwartete Verschlechterung Sozialetat | - 1.500.000 € |
| Saldierte Verbesserung allgemeiner Haushalt | + 2.335.000 € |
| Einsparungen aus Mittelübertragungen nach 2010 | + 1.260.000 € |
| erwartete Gesamtverbesserung (entspricht 0,75% des Gesamtvolumens): | + 2.035.000 € |
| erwartete Verbesserung Jugendamtsetat (= Erstattung erfolgt in Folgejahren über „Spitzabrechnung“ der Jugendamtsumlage) | + 2.200.000 € |

Ausblick auf den Haushalt 2010:

Aufgrund des Umlagesystems und der Berechnung der Kreisumlage als Haupteinnahmequelle des Kreises über die Umlagegrundlagen (= Steuerkraft der Kommunen aus Referenzperiode des Vorjahres) wirken sich Verbesserungen bzw. Verschlechterungen der Konjunktur und der Gewerbesteuer als Haupteinnahmequelle der Kommunen immer erst mit einem Jahr zeitverzögert auf den Kreis aus. Durch diese zeitverzögerte Auswirkung von konjunkturellen Schwankungen schafft es der Oberbergische Kreis – im Gegensatz zu den meisten Kommunen – das Rechnungsjahr 2009 weitgehend planmäßig abzuwickeln. Im Jahr 2010 und den Folgejahren verschlechtert sich die finanzielle Lage des Kreises durch die aktuelle Wirtschaftskrise aber deutlich.

Im Gegensatz zur bisherigen Finanzplanung reduzieren sich die auf Basis der Orientierungsdaten des Landes geplanten tatsächlichen Einnahmen aus der Kreisumlage aufgrund sinkender Umlagegrundlagen beträchtlich. Weitere Einnahmeausfälle resultieren aus sinkenden Schlüsselzuweisungen. Im Ausgabebereich reduzieren sich aufgrund der sinkenden Umlagegrundlagen parallel die Aufwendungen für die Landschaftsumlage. Aufgezehrt werden die Aufwandsreduzierungen zu großen Teilen durch Aufwandssteigerungen im Sozialetat.

In der Gesamtbetrachtung reduziert sich die Summe der Erträge in 2010 – trotz moderater Anhebung des Hebesatzes der allgemeinen Kreisumlage von 39,5% auf 40,87% - um rd. 5,9 Mio. € gegenüber dem Vorjahr. Gegenüber der Finanzplanung, die von einer Einnahmesteigerung ausging, ist die Differenz noch größer. Die Summe der Aufwendungen hat sich hingegen gegenüber dem Jahr 2009 um rd. 0,7 Mio. € reduziert.

Die erst im Laufe der Haushaltsberatungen vom Landschaftsverband Rheinland angekündigte Erhöhung des Hebesatzes der Landschaftsumlage von 15,85 auf 16,0%, die im Juni 2010 von der Landschaftsversammlung beschlossen werden soll, wurde im Haushaltsplan 2010 nicht berücksichtigt. Begründet wurde der Verzicht auf die Anhebung mit der Ankündigung des Landschaftsverbandes, seine Ausgleichsrücklage in den nächsten Jahren nur stufenweise zur Entlastung der Gebietskörperschaften einsetzen zu wollen, der Oberbergische Kreis hingegen in 2010 seine gesamte verbleibende Ausgleichsrücklage in Höhe von rd. 11,4 Mio. € zur Reduzierung der Belastung der kreisangehörigen Städte/Gemeinden einsetzen wird.

Daneben enthält der Haushalt 2010 weitere Risiken:

- Entwicklung Sozialer Situation
- Entwicklung der sonstigen Aufgaben/Ausgaben des Kreises (z.B. EU-Dienstleistungsrichtlinie, Zensus, Konnexitätsprinzip?)
- Zukünftige Aufgabenwahrnehmung ARGE/SGB II
- Entwicklung der Zinssätze (Kassenkredite)

Bei der Suche nach Lösungsansätzen zur Verbesserung der Situation ist der Erlass des Innenministeriums vom 06.03.2009 „Maßnahmen und Verfahren zur Haushaltssicherung“ zu beachten. Dieser Erlass lässt unter bestimmten Voraussetzungen grundsätzlich auch die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) für Kreise zu. Hiernach muss ein Haushaltsausgleich durch eigene Konsolidierungsmaßnahmen des Kreises dargestellt werden, eine bloße Verschiebung von Umlagebelastungen der kreisangehörigen Gemeinden in die Zukunft ist unzulässig.

Da der Oberbergische Kreis einen Pflichtaufgabenbestand von über 99% ausweist, in den zurückliegenden Jahren im HSK war und bereits umfassende Konsolidierungsmaßnahmen (z.B. Veräußerung sämtlicher RWE-Aktien, Schließung von Nebenstellen und Verkauf der Immobilien, Verkauf von Kleinbeteiligungen, Konzept zur Neuausrichtung Jugendamt, Konzept „ambulant vor stationär“, ...) durchgeführt hat, wird nur noch wenig Raum für weitere Konsolidierungsmaßnahmen gesehen.

Ergebnisplan 2010 - alle Beträge in Tsd. Euro

| Erträge und Aufwendungen | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Plan 2011 | Plan 2012 | Plan 2013 |
|---|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| Steuern und ähnliche Abgaben | -4.972 | -3.671 | -3.538 | -3.460 | -3.394 |
| Zuwendungen und allgemeine Umlagen | -215.884 | -206.591 | -216.004 | -220.345 | -224.152 |
| Sonstige Transfererträge | -3.877 | -4.099 | -4.134 | -4.169 | -4.204 |
| Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte | -19.069 | -19.591 | -19.674 | -19.830 | -20.006 |
| Privatrechtliche Leistungsentgelte | -1.166 | -1.265 | -1.265 | -1.265 | -1.266 |
| Erträge aus Kostenerstattung/-umlage | -15.311 | -18.876 | -16.886 | -25.247 | -14.681 |
| Sonstige ordentliche Erträge | -2.644 | -2.907 | -2.908 | -2.908 | -2.909 |
| Ordentliche Erträge | -262.922 | -257.001 | -264.409 | -277.225 | -270.612 |
| Personalaufwendungen | 44.449 | 46.432 | 46.609 | 46.978 | 47.235 |
| Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen | 36.946 | 34.866 | 31.056 | 40.483 | 30.067 |
| Bilanzielle Abschreibungen | 7.582 | 7.707 | 8.148 | 8.603 | 9.055 |
| Transferaufwendungen | 135.606 | 133.878 | 132.748 | 135.962 | 139.120 |
| Sonstige ordentliche Aufwendungen | 41.601 | 42.715 | 42.996 | 42.241 | 42.127 |
| Ordentliche Aufwendungen | 266.184 | 265.599 | 261.557 | 274.267 | 267.605 |
| Ergebnis der lfd. Verwaltungstätigkeit | 3.262 | 8.598 | -2.852 | -2.958 | -3.008 |
| Finanzerträge | -811 | -771 | -911 | -911 | -911 |
| Zinsen und ähnliche Aufwendungen | 3.708 | 3.563 | 3.644 | 3.609 | 3.580 |
| Finanzergebnis | 2.897 | 2.792 | 2.733 | 2.698 | 2.669 |
| Ordentliches Jahresergebnis | 6.159 | 11.390 | -120 | -260 | -339 |

Hinweis: Alle Einnahmen/Erträge sind mit *Minus* gekennzeichnet

Einnahmen des Kreises

Die Einnahmen in der Kontengruppe *Steuern und ähnliche Abgaben* belaufen sich auf rd. 3,7 Mio. €, einzige direkte Steuereinnahmequelle des Kreises ist die Jagdsteuer mit einer erwarteten Einnahme von rd. 277 T€ (Vorjahr: 300 T€; 2011: 144 T€; 2012: 66 T€), die Jagdsteuer wird bis Ende 2012 stufenweise abgeschafft. Zudem ist hier die Zuweisung aus der Wohngeldentlastung mit rd. 3,4 Mio. € (Vorjahr: 4,7 Mio. €) veranschlagt. Die *Zuwendungen und allgemeinen Umlagen* sind mit 206,6 Mio. € (Vorjahr: 215,9 Mio. €) angesetzt, davon sind allein rd. 166,0 Mio. € (Vorjahr 170 Mio. €) für Umlagen veranschlagt. Die *Schlüsselzuweisungen* belaufen sich auf rd. 23,11 Mio. € (Vorjahr: 23,9 Mio. €). Weitere Zuweisungen vom Land werden in Höhe von rd. 15,5 Mio. € (Vorjahr: 17,9 Mio. €) erwartet, allein auf den Produktbereich Kinder, Jugend und Familie entfallen hiervon rd. 11,4 Mio. € (insb. LZ für Tageseinrichtungen f. Kinder oder Kinder in Tagespflege).

Die *sonstigen Transfererträge* (siehe insb. Produktbereich Soziale Leistungen und Produktbereich Kinder, Jugend und Familie) werden mit rd. 4,1 Mio. € veranschlagt. Hier werden Kostenbeiträge oder Rückzahlungen von sozialen Leistungen veranschlagt, z. B. übergeleitete Unterhaltsansprüche gegen Unterhaltsverpflichtete. Die *öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte* belaufen sich auf rd. 19,6 Mio. €. Davon entfallen rd. 5,5 Mio. € (Vorjahr: 5,6 Mio. €) auf Verwaltungsgebühren, davon wiederum rd. 3,6 Mio. € aus dem Produktbereich Sicherheit und Ordnung (Verkehrsangelegenheiten, Fahr- und Beförderungserlaubnisse und Kfz-Angelegenheiten, Verbraucherschutz, Personenbezogene Aufenthalts- und Statutsfragen). Auf die Produktbereich Räumliche Planung und Entwicklung entfallen Verwaltungsgebühren in Höhe von rd. 736 T€ (Vorjahr 710 T€) sowie 602 (Vorjahr: 610 T€) auf den Produktbereich Bauen und Wohnen. Benutzungsgebühren in Höhe von rd. 9,6 Mio. € (Vorjahr: 9,1 Mio. €) entfallen auf die Produktgruppe Rettungsdienst. Im Bereich der Volkshochschule sind Hörergebühren von rd. 1,0 Mio. € kalkuliert. In der Produktgruppe Kinder in Tageseinrichtungen sind 3,4 Mio. € (Vorjahr 3,24 Mio. €) für Elternbeiträge veranschlagt.

Die *privatrechtlichen Leistungsentgelte* (Verkauf, Mieten, Pachten, Teilnehmerentgelte, etc.) sind mit rd. 1,265 Mio. € (Vorjahr: 1,165 Mio. €) veranschlagt, davon wiederum entfallen rd. 350 T€ auf den Bereich VHS/Weiterbildung. Die *Erträge aus Kostenerstattungen* belaufen sich auf rd. 18,9 Mio. € (Vorjahr: 15,3 Mio. €), davon wiederum entfallen rd. 11,5 Mio. € (Vorjahr: 12,3 Mio. €) auf den Produktgruppe Einkommensdefizite (Grundsicherung für Arbeitssuchende, Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter, u.a.), inhaltlich ist dieser Produktgruppe auch die Landeszuweisung aus der Wohngeldentlastung von rd. 3,4 Mio. € (siehe oben) zuzurechnen. Weitere Kostenerstattungen von rd. 740 T€ werden im Bereich Individuelle Hilfen vereinnahmt und rd. 570 T€ an Erstattungen werden aus der Reform der Versorgungs- und Umweltverwaltung erwartet. Des weiteren werden Sanierungsmaßnahmen für 2010 und 2011 im Rahmen des Konjunkturpakets II für in Höhe von rd. 2,0 Euro gefördert und diverse Projekte (insb. i.R.d. Regionale 2010) mit weiteren rd. 2,9 Mio. Euro bezuschusst.

Die *sonstigen ordentlichen Erträge* summieren sich auf rd. 2,9 Mio. €, davon entfallen rd. 2,7 Mio. € (Vorjahr: 2,5 Mio. €) auf Buß- und Verwargelder, die weiteren ordentlichen Erträge umfassen Spenden, Schadensersatzentnahmen, Ausgleichszahlungen und ähnliche Erträge. Die *Finanzerträge* werden mit rd. 771 T€ angesetzt, davon sind Erträge aus Gewinnanteilen in Höhe von 630.000 € (BAV: 600.000 €; Radio Berg 30.000 €) veranschlagt, des weiteren werden in 2010 Erträge aus dem Anteil am Reingewinn der Kreissparkasse in Höhe v. 140.000 € (Vorjahre rd. 280.000 €) erwartet. Nach dem Sparkassengesetz werden die zugeführten Beträge für gemeinnützige Zwecke (z. B. Zuschuss zur Weiterführung der Sozialpsychologischen Kontaktstellen, Zuschuss an Vereine zur Förderung/Betreuung von behinderten Kindern, usw.) verwendet werden.

Ausgaben des Kreises

Die *Personalaufwendungen* (ohne Erstattungen) sind mit rd. 46,4 Mio. € (Vorjahr: 44,5 Mio. €) veranschlagt, davon werden rd. 31,0 Mio. € (Vorjahr: 29,6 Mio. €) für die Bezüge der Beamten bzw. die Vergütung der Angestellten (= 11,5 % der Gesamtaufwendungen, 1 % Steigerung in den Folgejahren) verausgabt, die Restsumme verteilt sich auf Beiträge zu Versorgungskassen, Beihilfen, Beiträge an Sozialversicherungsträger, Honorare (z. B. KVHS) und die Zuführung an Pensionsrückstellungen. Nach § 36 GemHVO sind mit der Einführung von NKF Pensionsverpflichtungen anzusetzen.

Die *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* sind mit rd. 34,9 Mio. € (Vorjahr: 36,9 Mio. €) veranschlagt. Hier werden u. a. Gebäudekosten für Energie, Abwasser und Wasser sowie Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten für Gebäude und Kreisstraßen (z. B. Instandsetzungsmaßnahmen zur Straßenerhaltung oder Entschädigungen an den Landesbetrieb Straßen NRW) verausgabt. Des weiteren sind hier Schülerbeförderungskosten sowie Kosten für Lehrmittel und Lern- und Unterrichtsmaterial oder auch Kostenerstattungen im Rahmen der Schulsozialarbeit veranschlagt. Weitere Ausgaben entstehen durch Kosten der Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder für Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeuntersuchungen und Kosten der Tierkörperbeseitigung sowie Kosten im Rahmen von Landschaftspflegemaßnahmen und Kosten des Medizinischen Bedarfs im Rettungsdienst oder Kosten im Rahmen der überörtlichen Prüfung. Zudem sind hier Kostenerstattungen an Gemeinden veranschlagt, z. B. im Rahmen der Wahlen, Seniorenarbeit, Grundsicherung für Arbeitssuchende sowie Kostenerstattungen für vertragliche Leistungen für Tageseinrichtungen für Kinder oder der Vollzeitpflege. Zu den Sach- und Dienstleistungen gehören ferner die Kostenerstattungen von 5,9 Mio. € für Rettungswachen und notärztliche Dienste im Rahmen des Rettungsdienstes. In 2010 und den Folgejahren schwankt der Ansatz aufgrund der Kosten des Projekts *Metabolon* und weiterer Projekte der Regionale 2010, die hier mit veranschlagt sind. Diesen Ausgaben stehen aber entsprechende Einnahmeposition gegenüber.

Die *Transferaufwendungen* bilden mit rd. 133,9 Mio. € (Vorjahr: 135,6 Mio. €) den größten Aufwandsposten, davon entfallen bei einem Hebesatz von 15,85 % allein wiederum 51,6 Mio. € (Vorjahr: 53,4 Mio. €) auf die Landschaftsumlage (= 19,3 % der Gesamtaufwendungen). Weitere 30,1 Mio. € entfallen auf Zuwendungen, insbesondere auf den Produktbereich Förderungen von Kindern in Tageseinrichtungen und Tagespflege (z. B. Betriebskostenzuschuss an freie Träger von Tageseinrichtungen). Weitere 22,0 Mio. € (Vorjahr: 21,4 Mio. €) entfallen auf Sozialhilfe an Personen auß./inn. von Einrichtungen. Für Pflegewohngeld sind 6,3 Mio. € (Vorjahr: 6,0 Mio. €) veranschlagt. Im Rahmen der Jugendhilfe (Jugendhilfe an Personen/Träger/juristische Personen auß./inn. von Einrichtungen) sind Ausgaben in Höhe von 18,9 Mio. € geplant. Für Leistungen nach dem UVG sind rd. 1,6 Mio. € kalkuliert. Weitere Kosten entstehen bspw. für die psychosoziale Betreuung (SGB II) oder im Rahmen der Schuldnerberatung (SGB II) und durch Zuschüsse an verbundene Unternehmen (Kooperationsvertrag mit der OVAG).

Die *sonstigen ordentlichen Aufwendungen* summieren sich auf rd. 42,7 Mio. € (Vorjahr: 41,6 Mio. €), davon entfallen allein 32,1 Mio. € (= 11,9 % der Gesamtaufwendungen) auf die Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung sowie für Wohnungsbeschaffungskosten und einmalige Leistungen im Rahmen der Grundsicherung nach dem SGB II („Hartz-IV“). Bei den übrigen Kosten handelt es sich u. a. um Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten (z. B. ADV-Kosten, Lizenzgebühren, Mieten, etc.) und um Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Telefon, Porto, Bekanntmachungen, etc.) sowie Versicherungsbeiträge (Gebäudeversicherung, Haftpflichtversicherung, etc.). Darüber hinaus werden u. a. auch die Vergütungen von externer Sachverständigen (z. B. Produkt Tierschutz), der Kostenbeitrag an das Tagesmütternetzwerk, der Eigenanteil an der Biologische Station oder Maßnahmen der Gefährdungsabschätzung und Sanierung von Altlasten über die *sonstigen ordentlichen Aufwendungen* abgewickelt – auch die Zuwendungen an die Kreistagsfraktionen sind in dieser Kontengruppe veranschlagt.

Haushalt 2010

Planergebnis je Produktbereich

| Produktbereich | Bezeichnung | Haushaltsjahr | | | | |
|-----------------------|---|---------------|---------------|---------------|---------------|---------------|
| | | 2009 | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 |
| 1.01 | Innere Verwaltung | 11,5 Mio. € | 12,4 Mio. € | 11,8 Mio. € | 12,0 Mio. € | 12,0 Mio. € |
| 1.02 | Sicherheit und Ordnung | 4,0 Mio. € | 4,2 Mio. € | 4,2 Mio. € | 4,3 Mio. € | 4,3 Mio. € |
| 1.03 | Schulträgeraufgaben | 10,8 Mio. € | 9,8 Mio. € | 9,8 Mio. € | 10,3 Mio. € | 10,7 Mio. € |
| 1.04 | Kultur und Wissenschaft | 1,9 Mio. € | 2,1 Mio. € | 2,1 Mio. € | 2,1 Mio. € | 2,1 Mio. € |
| 1.05 | Soziale Leistungen | 52,7 Mio. € | 55,0 Mio. € | 54,7 Mio. € | 54,6 Mio. € | 54,6 Mio. € |
| 1.06 | Kinder-, Jugend- und Familienhilfe | 39,2 Mio. € | 38,4 Mio. € | 38,5 Mio. € | 39,2 Mio. € | 39,9 Mio. € |
| 1.07 | Gesundheitsdienste | 4,3 Mio. € | 4,4 Mio. € | 4,4 Mio. € | 4,5 Mio. € | 4,5 Mio. € |
| 1.08 | Sportförderung | 0,4 Mio. € | 0,3 Mio. € | 0,3 Mio. € | 0,3 Mio. € | 0,3 Mio. € |
| 1.09 | Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation | 5,1 Mio. € | 5,3 Mio. € | 5,5 Mio. € | 5,3 Mio. € | 5,2 Mio. € |
| 1.10 | Bauen und Wohnen | 2,2 Mio. € | 2,3 Mio. € | 2,3 Mio. € | 2,3 Mio. € | 2,3 Mio. € |
| 1.12 | Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV | 6,9 Mio. € | 7,1 Mio. € | 8,0 Mio. € | 8,7 Mio. € | 8,7 Mio. € |
| 1.13 | Natur- und Landschaftspflege | 0,9 Mio. € | 0,9 Mio. € | 0,9 Mio. € | 0,9 Mio. € | 0,9 Mio. € |
| 1.14 | Umweltschutz | 2,0 Mio. € | 2,1 Mio. € | 2,1 Mio. € | 2,1 Mio. € | 2,1 Mio. € |
| 1.15 | Wirtschaft und Tourismus | 1,3 Mio. € | 1,3 Mio. € | 1,2 Mio. € | 1,1 Mio. € | 1,1 Mio. € |
| 1.16 | Allgemeine Finanzwirtschaft | -137,1 Mio. € | -134,3 Mio. € | -145,9 Mio. € | -147,9 Mio. € | -149,1 Mio. € |
| Gesamtergebnis | | 6,2 Mio. € | 11,4 Mio. € | -0,1 Mio. € | -0,3 Mio. € | -0,3 Mio. € |

kein Vorzeichen = Aufwand (Nettozuschuss)
 negatives Vorzeichen = Ertrag (Nettozuschuss)

Abweichungen zum Gesamtergebnisplan ergeben sich aus Rundungsdifferenzen

In der obigen Tabelle ist der jeweilige Zuschussbedarf je Produktbereich ausgewiesen, d.h. die Differenz zwischen Aufwendungen und Erträgen nach Verrechnung (interne Verrechnungen, Umlagen für Gebäude, Kfz, etc.). Im Produktbereich Allgemeine Finanzwirtschaft ist insb. die Kreisumlage ausgewiesen, hier ergibt sich typischerweise ein "Überschuss" zur Finanzierung des Gesamthaushaltes.

Bildung von Budgets / Bewirtschaftungsregelungen für die Ausführungen des NKF-Haushaltes

1. Grundsatz der Gesamtdeckung (§ 20 GemHVO NRW)

Soweit nichts anderes bestimmt ist, dienen die Erträge insgesamt zur Deckung der Aufwendungen. Die Einzahlungen für laufende Verwaltungstätigkeit dienen insgesamt zur Deckung der Auszahlungen für laufende Verwaltungstätigkeit. Die Zahlungsüberschüsse aus laufender Verwaltungstätigkeit und die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit sowie die Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten dienen insgesamt zur Deckung der Auszahlungen für Investitionstätigkeit.

2. Bildung von Budgets (§ 21 GemHVO NRW)

Nach § 21 Abs. 1 GemHVO können zur flexiblen Haushaltsbewirtschaftung Erträge und Aufwendungen zu Budgets verbunden werden. In den Budgets ist die Summe der Erträge und die Summe der Aufwendungen für die Haushaltsführung verbindlich. Die Budgetbildung kann sowohl für Erträge und Aufwendungen im Ergebnishaushalt als auch für Einzahlungen und Auszahlungen im Finanzhaushalt erfolgen. Durch die Verbindlichkeit stellt das Budget die Obergrenze der Ausgabeermächtigung für die Bewirtschaftung dar. Durch die Budgetbildung soll die dezentrale Ressourcenverantwortung gestärkt werden und eine flexible Haushaltswirtschaft gefördert werden. So lange das jeweilige Budget nicht überschritten wird liegt keine haushaltrechtliche Überschreitung vor.

Konkrete Vorgaben für die Budgetbildung sieht die GemHVO nicht vor, so dass jede Kommune individuell entscheiden kann, ob und in welcher Form Budgets gebildet werden. Bei der Budgetbildung besteht die Möglichkeit, die Budgets nach Produkten bzw. Produktbereichen oder organisationsbezogene Budgets zu bilden. Daneben können Budgets für einzelne Ertrags- und Aufwandsarten oder Mischformen der verschiedenen Möglichkeiten gewählt werden.

Beim Oberbergischen Kreis erfolgt die Budgetbildung in einer Mischform in Anlehnung an die Organisationsstruktur. Hierdurch sollen wirtschaftliche Vorteile durch zentrale Beschaffungen und die zentrale Abwicklung/Bewirtschaftung von Querschnittsaufgaben erzielt werden. Daneben soll den Fachämtern eine flexible und verantwortliche Bewirtschaftung der zur Aufgabenerledigung erforderlichen Finanzmittel ermöglicht und die Verantwortlichkeit der Produktverantwortlichen gestärkt werden.

Beim Oberbergischen Kreis werden folgende Budgets gebildet:

1. **Budget Personalaufwand:** Die Personalaufwendungen aller Produktgruppen werden zu einem Budget Personalaufwand verbunden. Die Budgetverwaltung erfolgt zentral durch die Personalverwaltung/Amt 11.
2. **Budget Gebäudeunterhaltung:** Die Aufwendungen zur Unterhaltung der Gebäude (Bauunterhaltung, Instandsetzung, Wartung technischer Anlagen, etc.) werden zu einem Budget „Gebäudeunterhaltung“ verbunden. Hiervon ausgenommen sind die Rettungswachen. Die Budgetverwaltung erfolgt zentral durch das technische Immobilienmanagement/Amt 23 (Rettungswachen durch Amt 32).
3. **Budget Gebäudebewirtschaftung:** Die Aufwendungen zur Bewirtschaftung der Gebäude (Grundbesitzabgaben, Energiekosten, Reinigung, etc.) werden zu einem Budget „Gebäudebewirtschaftung“ verbunden. Hiervon ausgenommen sind die Rettungswachen. Die Budgetverwaltung erfolgt zentral durch das Grundstücks- und Gebäudemanagement/Amt 23 (Rettungswachen durch Amt 32).
4. **Budget Zentrale Dienste:** Die Kosten für ADV + Netzwerk, Beschaffung, Büromaterial, Telefon, zentralen Fuhrpark etc. werden von den Zentralen Diensten bewirtschaftet. Die Zentralen Dienste übernehmen für die Abwicklung von Materialbeschaffungen und Bestellungen hierbei die Funktion einer „Servicestelle“, die von den Ämtern zu nutzen ist. Die Abrechnung der Kosten für Büromaterial, Bücher und Zeitschriften, erfolgt über eine Amtskostenstelle, die für jedes Amt eingerichtet wird. Die Amtsleitungen sind hierbei für die Einhaltung des Kostenrahmens verantwortlich, haben jedoch die Möglichkeit einer flexiblen Bewirtschaftung.
5. **Budget Sachaufwand:** Innerhalb der Produktgruppen bzw. Produkte werden die sachlich zusammenhängenden Aufwendungen aus den Zeilen 13 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ und den Zeilen 16 „Sonstige ordentliche Aufwendungen“ zu einem Budget verbunden. Die Budgeteinrichtung erfolgt durch die Kämmerei in Abstimmung mit den Fachämtern. Die Budgetverwaltung erfolgt durch die Produktverantwortlichen in den Fachämtern.

Personalaufwendungen

Haushaltsjahr 2009:

Für das Haushaltsjahr 2009 wurden die „klassischen“ *Personalaufwendungen*, die im kammeralen Haushalt über den Sammelnachweis Personal abgewickelt wurden, mit insgesamt 39,5 Mio. € veranschlagt. Es ist zu erwarten, dass das Rechnungsergebnis 2009 diesen Ansatz um ca. 730.000 € überschreiten wird. Der Mehrbedarf begründet sich insbesondere durch die Besoldungserhöhung für Beamte, durch höhere Beiträge zur Sozialversicherung, durch höhere Beiträge zur Versorgungskasse Beamte aufgrund NKF-bedingter Systemänderung des Abrechnungsmodus sowie durch höhere Beihilfekosten.

Haushaltsjahr 2010:

Der Entwurf des Haushalts 2010 sieht *Personalaufwendungen* in Höhe von rd. 46,4 Mio. € vor. Der Ansatz für Personalaufwendungen beinhaltet - anders als im kammeralen Haushalt - neben den „klassischen“ Personalaufwendungen auch sonstige Personalaufwendungen (z. B. Honorare für nebenamtliche Dozenten der KVHS, Vergütungen der Abteilungsleitungen der KVHS in den Städten und Gemeinden) sowie Pensionsrückstellungen für Beamte.

Der Haushaltsansatz sieht im Vergleich zum erwarteten Rechnungsergebnis Mehraufwendungen in Höhe von ca. 930.000 € vor. Grund hierfür sind zu erwartende bzw. feststehende Tarif- bzw. Besoldungserhöhungen, höhere Beiträge zur Versorgungskasse Beschäftigte, ein Anstieg der Pensionsrückstellungen Beamte sowie Personalaufwendungen, die sich aus der ganzjährigen Berücksichtigung der Mehrstellen 2009, insbesondere im Bereich des Jugendamtes, sowie der weiteren Umsetzung des „Jugendamt-Konzeptes“ in 2010 ergeben. Der Haushaltsansatz basiert dabei auf einem Stellenvolumen von 711 Stellen. Im Vergleich zum Stellenplan 2009 ergibt sich im Saldo eine Erhöhung um 6,5 Stellen.

Insgesamt weist der Haushalt *Erstattungen* zu Personalaufwendungen in Höhe von insgesamt rd. 1,8 Mio. € auf, so dass die Netto-Personalaufwendungen ca. 44,6 Mio. € betragen.

1. Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II (Hartz IV)

Nach der zweigeteilten gesetzlichen Aufgabenträgerschaft tragen die Kreise und kreisfreien Städte die Unterkunft- und Heizkosten und die Kosten für bestimmte einmalige Leistungen. Der Bund trägt die Kosten für die sonstigen Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes und für die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit (Betreuung, Qualifizierung und Vermittlung). Den kreisfreien Städten und Kreisen ist darüber hinaus die Aufgabe der Schuldnerberatung, der Suchtberatung, der psychosozialen Betreuung sowie der Kinderbetreuung zugewiesen, soweit diese Leistungen der Eingliederung der erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in das Erwerbsleben dienen.

Die Zahl der Bedarfsgemeinschaften und Hilfeempfänger nach dem SGB II hat sich wie folgt entwickelt:

| Monat 2008 | Bedarfsgemeinschaften (BGs) | Hilfeempfänger (Personen) | Monat 2009 | Bedarfsgemeinschaften (BGs) | Hilfeempfänger (Personen) |
|------------|-----------------------------|---------------------------|------------------|-----------------------------|---------------------------|
| Januar | 8.471 | 17.734 | Januar | 7.971 | 16.196 |
| Februar | 8.530 | 17.846 | Februar | 8.130 | 16.466 |
| März | 8.509 | 17.810 | März | 8.220 | 16.659 |
| April | 8.470 | 17.698 | April | 8.298 | 16.772 |
| Mai | 8.409 | 17.536 | Mai | 8.351 | 16.873 |
| Juni | 8.315 | 17.366 | Juni | 8.397 | 17.032 |
| Juli | 8.220 | 17.180 | <i>Juli</i> | <i>8.176</i> | <i>16.530</i> |
| August | 8.133 | 16.864 | <i>August</i> | <i>8.113</i> | <i>16.402</i> |
| September | 8.100 | 16.793 | <i>September</i> | <i>8.197</i> | <i>16.572</i> |
| Oktober | 8.005 | 16.505 | <i>Oktober</i> | <i>8.244</i> | <i>16.710</i> |
| November | 7.851 | 16.040 | <i>November</i> | | |
| Dezember | 7.910 | 16.080 | <i>Dezember</i> | | |

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Statistik

Hinweis: Es handelt es sich für Januar 2008 bis Juni 2009 um sog. revidierte Zahlen nach einer Wartezeit von drei Monaten und ab *Juli 2009 um vorläufige Zahlen*.

Im November 2008 wurde der Tiefststand bei den Leistungsbeziehern erreicht. Seit Dezember 2008 ist aufgrund der Wirtschaftskrise, von der der Oberbergische Kreis auf Grund seiner Struktur auch im bundesweiten Vergleich sehr stark betroffen ist, wieder eine kontinuierliche Zunahme der Empfängerzahlen zu verzeichnen. Der Anstieg ist jedoch noch gebremst. Höhere Steigerungsraten sind im Verlauf des Jahres 2010 sehr wahrscheinlich. Der Koalitionsvertrag auf Bundesebene enthält folgende Absprachen, die bei einer Umsetzung ebenfalls zu höheren kommunalen Aufwendungen im SGB II führen werden:

- Anhebung der Hinzuverdienstgrenzen
- Ausweitung der Schonvermögensregelungen
- Pauschalierung der Energie- und Nebenkosten und ggf. der Kosten für die Unterkunft

Bund und Land beteiligen sich an den kommunalen Aufwendungen:

| Jahr | Bundesbeteiligung | | Landesbeteiligung Betrag |
|-------------------------------|-----------------------|----------------------|-----------------------------|
| | Beteiligungssatz | Betrag | |
| 2005 | 29,1 % | 9.449.000 € | 2.404.000 € |
| 2006 | 29,1 % | 10.283.000 € | 3.112.000 € |
| 2007 | 31,2 % | 10.339.000 € | 7.309.000 € |
| 2008 | 28,6 % | 8.906.000 € | 5.019.000 € |
| 2009 erwartet | 25,4 % | 8.039.000 € | 3.394.000 € |
| 2010 geplant | 23,0 % * | 7.280.000 € | 3.394.000 € |
| Differenz 2010 zu 2007 | - 8,2 %-Punkte | - 3.059.000 € | - 3.915.000 € |

* Entwurf eines Sechsten Gesetzes zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch

Sowohl der Bund (§ 46 Abs. 6 ff. SGB II) als auch das Land (§ 7 Abs. 2 Satz 4 ff. AG-SGB II NRW) legen für ihre Erstattungen die Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften und nicht die Entwicklung der tatsächlichen Ausgaben zugrunde. Durch das Auseinanderentwickeln des Indikators Bedarfsgemeinschaften zu den tatsächlichen Kosten wächst dem Kreis im Zeitverlauf eine stetig steigende Last zu. Bund und Land entlasten sich einseitig von Kostenrisiken und zwar entgegen der gesetzlichen Zusage einer Entlastung um bundesweit 2,5 Mrd. € (§ 46 Abs. 5 SGB II).

Nach dem das Bundesverfassungsgericht Ende 2007 die Organisationsform der ARGEN für verfassungswidrig erklärt hat, wird es zum 01.01.2011 zu einer getrennten Aufgabenwahrnehmung kommen, wenn nicht der Bundesgesetzgeber neue Rahmenbedingungen für andere Organisationsstrukturen schafft. Die Überführung der Aufgaben des kommunalen Trägers in neue Strukturen ist eine vordringliche Aufgabe im Jahr 2010.

2. Leistungen in Pflegeeinrichtungen

Die Entwicklung der Zahl der Empfänger von Leistungen in Einrichtungen stellt sich wie folgt dar:

| | | Jan 2008 | Feb 2008 | Mrz 2008 | Apr 2008 | Mai 2008 | Jun 2008 | Jul 2008 | Aug 2008 | Sep 2008 | Okt 2008 | Nov 2008 | Dez 2008 |
|--------------------|----------------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|
| Dauerpflege | Pflegestufe 0 | 96 | 92 | 95 | 92 | 90 | 89 | 92 | 92 | 85 | 87 | 87 | 82 |
| | Pflegestufe 1 | 258 | 244 | 256 | 258 | 264 | 254 | 266 | 261 | 257 | 270 | 260 | 264 |
| | Pflegestufe 2 | 343 | 331 | 346 | 331 | 342 | 341 | 340 | 332 | 324 | 318 | 325 | 316 |
| | Pflegestufe 3 | 275 | 257 | 270 | 261 | 262 | 267 | 269 | 276 | 277 | 281 | 293 | 289 |
| | Härtefall | 6 | 6 | 4 | 4 | 4 | 5 | 6 | 6 | 4 | 6 | 5 | 7 |
| | Pflegewohngeld | 802 | 783 | 788 | 789 | 791 | 805 | 801 | 801 | 789 | 806 | 806 | 796 |
| ausschl. HLU i.E. | | 18 | 18 | 18 | 18 | 18 | 18 | 19 | 17 | 16 | 17 | 16 | 15 |
| Kurzzeitpflege | | 7 | 9 | 8 | 8 | 8 | 8 | 8 | 5 | 5 | 13 | 10 | 6 |
| Tagespflege | | 4 | 6 | 5 | 6 | 6 | 7 | 5 | 5 | 5 | 5 | 5 | 6 |
| PWG-Selbstzahler * | | 111 | 147 | 206 | 207 | 212 | 221 | 221 | 228 | 230 | 215 | 224 | 215 |

| | | Jan 09 | Feb 09 | Mrz 09 | Apr 09 | Mai 09 | Jun 09 | Jul 09 | Aug 09 | Sep 09 | Okt 09 | Nov 09 | Dez 09 |
|--------------------|----------------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| Dauerpflege | Pflegestufe 0 | 85 | 87 | 84 | 83 | 83 | 83 | 83 | 79 | 80 | 80 | | |
| | Pflegestufe 1 | 276 | 263 | 262 | 268 | 269 | 260 | 257 | 256 | 240 | 254 | | |
| | Pflegestufe 2 | 320 | 310 | 321 | 333 | 333 | 332 | 332 | 347 | 336 | 344 | | |
| | Pflegestufe 3 | 289 | 290 | 283 | 280 | 272 | 285 | 279 | 286 | 288 | 279 | | |
| | Härtefall | 6 | 5 | 4 | 4 | 4 | 3 | 4 | 4 | 3 | 3 | | |
| | Pflegewohngeld | 802 | 807 | 800 | 817 | 810 | 811 | 818 | 831 | 821 | 820 | | |
| ausschl. HLU i.E. | | 15 | 14 | 14 | 14 | 14 | 14 | 13 | 13 | 13 | 13 | | |
| Kurzzeitpflege | | 4 | 9 | 4 | 14 | 7 | 9 | 5 | 6 | 3 | 6 | | |
| Tagespflege | | 3 | 5 | 3 | 4 | 0 | 4 | 5 | 3 | 5 | 5 | | |
| PWG-Selbstzahler * | | 143 | 165 | 189 | 195 | 197 | 205 | 200 | 205 | 194 | 207 | | |

* Pflegewohngeld für Nichtsozialhilfeempfänger ist jährlich neu zu beantragen. In den meisten Fällen läuft die Bewilligung zum Jahresende aus. Die Weiterbewilligung kann drei Monate rückwirkend erfolgen. Darin ist der Rückgang der Fallzahlen im Jan. gegenüber dem Dez. des Vorjahres begründet.

Die einzusetzenden Finanzmittel für die Versorgung von hilfe- und pflegebedürftigen Menschen in Einrichtungen sind erheblich und haben sich wie folgt entwickelt:

| Jahr | Nettoaufwand | Veränd. zum Vorjahr |
|---------------|---------------------|----------------------------|
| 2004 | 12.548.000 € | |
| 2005 | 13.149.000 € | + 601.000 € |
| 2006 | 14.337.000 € | + 1.188.000 € |
| 2007 | 15.028.000 € | + 691.000 € |
| 2008 | 14.819.000 € | - 209.000 € |
| 2009 erwartet | 15.031.000 € | + 212.000 € |
| 2010 geplant | 14.451.000 € | - 580.000 € |

Die Fallzahlen- und Aufwandsentwicklung zeigt: Die Umsetzung des Rahmenkonzepts zur integrierten Senioren- und Pflegeberatung im Oberbergischen Kreis mit Beginn des Jahres 2008 zeigt auch im finanziellen Bereich deutliche positive Wirkungen.

Mit den Senioren- und Pflegeberatungsstellen in allen 13 Kommunen im Oberbergischen Kreis sind bereits Strukturen geschaffen, die über die bundesgesetzlichen Regelungen zur Einrichtung von Pflegestützpunkten weit hinausgehen. Die Beibehaltung dieser gut funktionierenden Strukturen ist eine unabdingbare Voraussetzung in den Verhandlungen mit den Landesverbänden der Pflegekassen über die Einrichtung von Pflegestützpunkten.

3. Leistungen zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen nach dem SGB XII

Personen, die nicht grundsätzlich Leistungen nach dem SGB II erhalten, aber ihren notwendigen Lebensunterhalt nicht selbst sicherstellen können, haben Anspruch auf Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem Dritten oder Vierten Kapitel SGB XII. Die Entwicklung der Fallzahlen ergibt sich aus der nachstehenden Aufstellung:

| Monat 2009 | Hilfe zum Lebensunterhalt nach Kapitel 3 SGB XII | Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach Kapitel 4 SGB XII |
|---------------|---|---|
| Januar | 411 | 1.556 |
| Februar | 432 | 1.577 |
| März | 433 | 1.557 |
| April | 442 | 1.556 |
| Mai | 440 | 1.554 |
| Juni | 440 | 1.547 |
| Juli | 439 | 1.466 |
| August | 452 | 1.542 |
| September | 463 | 1.545 |
| Oktober | 463 | 1.558 |

Bedarfsgemeinschaften, in denen nicht mindestens eine Person erwerbsfähig im Sinne des SGB II ist, haben keinen SGB II-Leistungsanspruch, sondern erhalten Sozialhilfeleistungen nach dem 3. Kapitel SGB XII. Es handelt sich zumeist um Einzelpersonen, die nicht dauerhaft erwerbsunfähig sind, deren Erwerbsfähigkeit voraussichtlich aber auch nicht innerhalb von sechs Monaten wieder hergestellt werden kann. Die Nettoaufwendungen sind wie die Fallzahlen in der Vergangenheit kontinuierlich gestiegen. Mit der vom Kreistag beschlossenen Ausweitung der psychosozialen Betreuung auf diesen Personenkreis soll durch gezielte Begleitung und Hilfen versucht werden, die Erwerbsfähigkeit dieser Menschen wieder herzustellen.

Der in den vergangenen Jahren zu beobachtende Trend der stetigen Zunahme der leistungsberechtigten Personen auf Grundsicherungsleistungen nach dem Vierten Kapitel SGB XII hat sich in 2009 nicht weiter fortgesetzt. Die demografische Entwicklung mit der Zunahme älterer Menschen sowie die Leistungskürzungen in den vorgelagerten Sozialleistungssystemen lassen aber auch für die Zukunft einen weiteren Anstieg erwarten. Die Entwicklung bei den Aufwendungen nach dem 4. Kap. SGB XII und bei der Beteiligung des Bundes wird aus der nachstehenden Aufstellung deutlich:

| Jahr | Nettoaufwand ohne Bundesbeteiligung | Bundesbeteiligung | |
|---------------|--|-------------------|------|
| | | absolut | In % |
| 2003 | 3.433.000 € | 1.225.000 € | 35,7 |
| 2004 | 4.540.000 € | 1.109.000 € | 24,4 |
| 2005 | 6.214.000 € | 1.149.000 € | 18,5 |
| 2006 | 6.630.000 € | 1.116.000 € | 16,8 |
| 2007 | 6.799.000 € | 1.079.000 € | 15,9 |
| 2008 | 6.953.000 € | 1.005.000 € | 14,5 |
| 2009 erwartet | 7.438.000 € | 883.000 € | 11,9 |
| 2010 geplant | 7.238.000 € | 1.017.000 € | 14,0 |

Ab 2009 ist an die Stelle des bundesweiten Festbetrages eine prozentual gestaffelte Bundesbeteiligung getreten. Sie beträgt 2009 13 % der Ausgaben des Vorvorjahres, und wird jährlich um einen Prozentpunkt erhöht, bis ab dem Jahr 2012 der Höchstsatz von 16 % erreicht ist. Durch den Bezug auf die Ausgaben des Vorvorjahres ergab sich für 2009 ein nochmals geringerer Bundesanteil.

Die Gesamtentwicklung im Sozialetat stellt sich abschließend wie folgt dar:

| | Ansatz 2009 | vorauss. RE 2009 (Stand: Okt. 09) | Ansatz 2010 | Ansatz 2011 | Ansatz 2012 | Ansatz 2013 |
|-----------------------|---------------------|---|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|
| Gesamterträge | -19.274.000 € | -19.627.000 € | -17.295.000 € | -17.468.000 € | -17.547.000 € | -17.547.000 € |
| Gesamtaufwendungen | 68.439.000 € | 70.392.000 € | 68.725.000 € | 68.660.000 € | 68.600.000 € | 68.540.000 € |
| Gesamtergebnis | 49.165.000 € | 50.765.000 € | 51.430.000 € | 51.192.000 € | 51.053.000 € | 50.993.000 € |

Jugendhilfe

Der Oberbergische Kreis nimmt in seinem Zuständigkeitsbereich die Aufgaben des öffentlichen Trägers der Jugendhilfe für insgesamt neun Städte und Gemeinden wahr. Dies sind die Kommunen Bergneustadt, Engelskirchen, Hückeswagen, Lindlar, Marienheide, Morsbach, Nümbrecht, Reichshof und Waldbröl. Zur Bestreitung der Kosten, die aus der Wahrnehmung der jugendhilferechtlichen Aufgabenstellung erwachsen, wird von den beteiligten Kommunen eine Jugendamtsumlage erhoben. Nachfolgend ist die Entwicklung der zu erwartenden Zuschussbedarfe nach Produktgruppen zusammengefasst:

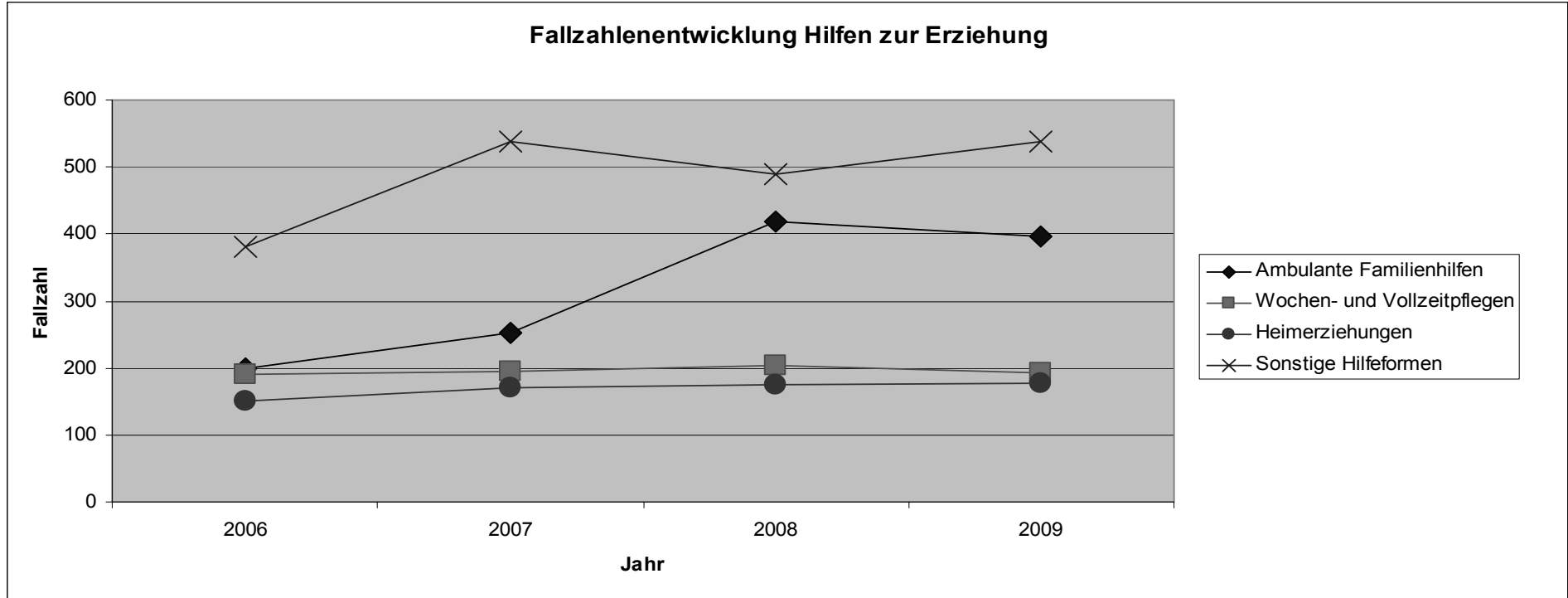
| Produktgruppe | Zuschussbedarf | Zuschussbedarf | Zuschussbedarf | Zuschussbedarf | Zuschussbedarf |
|--|----------------|----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| | Haushalt 2009 | Haushalt 2010 | Finanzplan 2011 | Finanzplan 2012 | Finanzplan 2013 |
| Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege | 15.897.431 € | 14.545.677 € | 14.777.766 € | 15.071.776 € | 15.355.707 € |
| Jugendarbeit und Familienförderung | 1.305.886 € | 1.375.023 € | 1.372.571 € | 1.376.908 € | 1.381.503 € |
| Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien: | 21.981.384 € | 22.370.420 € | 22.247.613 € | 22.659.896 € | 23.079.561 € |
| Gesamt | 39.184.701 € | 38.291.120 € | 38.397.950 € | 39.108.580 € | 39.816.771 € |

Die Schwerpunkte der Kinder- und Jugendarbeit liegen sowohl in der inhaltlichen Ausgestaltung der Arbeitsfelder als auch in der finanzwirtschaftlichen Auswirkung in den Bereichen „Hilfen zur Erziehung“ und „Tageseinrichtungen für Kinder“.

Hilfen zur Erziehung

Die Hilfen zur Erziehung, als gesetzlicher Rechtsanspruch im SGB VIII verankert, zeichneten sich in den letzten Jahren durch stetige Fallzahlen- und damit einhergehend durch entsprechende Kostensteigerungen aus. Der bis einschließlich 2008 zu verzeichnende Trend zu einem deutlichen jährlichen Anstieg der Zahl der hilfebedürftigen Familien konnte in 2009 abgebremst werden. Einem noch 11,2-%-igen Anstieg in 2008 folgte in 2009 eine Zunahme der Fälle um 1,6 %.

| Hilfen zur Erziehung - durchschnittliche Fallzahlen | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 |
|---|------|--------|--------|-------|
| Ambulante Familienhilfen | 200 | 252 | 418 | 397 |
| Wochen- und Vollzeitpflegen | 190 | 195 | 203 | 192 |
| Heimerziehungen | 151 | 171 | 175 | 178 |
| Sonstige Hilfeformen | 381 | 538 | 489 | 539 |
| Gesamt | 922 | 1.156 | 1.285 | 1.306 |
| Anstieg | | 25,4 % | 11,2 % | 1,6 % |



Konzept zur Neuausrichtung der sozialpädagogischen Arbeit des Kreisjugendamtes

Das von der Verwaltung des Jugendamtes erarbeitete und von Jugendhilfeausschuss und Kreistag beschlossene „Konzept zur Neuausrichtung der sozialpädagogischen Arbeit des Kreisjugendamtes“ soll der Entwicklung steigender Fallzahlen weiter entgegenwirken. Die Kernelemente der Neuausrichtung mit den Bausteinen „Fallaufnahmedienst“, „Regionalteambildung“, „Sozialraumorientierung“ und „eigene ambulante Familienhilfe“ werden in den Jahren 2009 und 2010 weiter umgesetzt. Sie führen sukzessive zu einer deutlichen Veränderung in der sozialpädagogischen Arbeit des Jugendamtes, die den Fokus verstärkt auf präventive, fallunspezifische und sozialraumbezogene Hilfen richtet. Durch eine breit angelegte und niederschwellig ausgerichtete ortsnahe Kinder-, Jugend- und Familienarbeit wird eine frühere und wirksamere Sozialarbeit geleistet, die als Effekt langfristig zu einer Vermeidung von Hilfen zur Erziehung und damit auch zu einem Rückgang der „späten“ und oft auch teuren Einzelfallhilfen führen wird.

Kern in der fachlichen Ausgestaltung ist die Zusammenführung der Allgemeinen Sozialen Dienste: Bezirkssozialarbeit, Jugendgerichtshilfe, Pflegekinderdienst und Jugendpflege in örtlich zuständige Regionalteams, deren Mitarbeiter/innen allein für ihren Sozialraum verantwortlich sind und verantwortliche Jugendsozialarbeit leisten. Vier Regionalteams bilden den Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamtes wie folgt ab:

- Team Süd: Stadt Waldbröl, Gemeinde Nümbrecht
- Team Ost: Gemeinde Morsbach, Gemeinde Reichshof
- Team Mitte: Stadt Bergneustadt, Gemeinde Marienheide
- Team West: Gemeinden Lindlar, Engelskirchen, Stadt Hückeswagen

Tageseinrichtungen für Kinder

Die Finanzierung der Tageseinrichtungen für Kinder stellt den zweiten großen Kostenblock im Jugendhilfebereich dar. Als Rechtsgrundlage dient das Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern -Kinderbildungsgesetz- (KiBiz). Im Zentrum des Gesetzes steht neben der frühen Bildung und Förderung von Kindern und mehr Flexibilität für die Eltern bei der Nutzung der Angebote insbesondere auch der Ausbau des Betreuungsangebotes für unter Dreijährige und den Ausbau der Kindertagespflege. Die Finanzierung der Kosten für den Betrieb der Kindertagesstätten erfolgt durch die Gewährung von jährlichen "Einrichtungsbudgets" auf der Basis von „Kindpauschalen“ je eingerichteter Gruppe.

Die demographische Entwicklung wirkt sich derzeit und in den nächsten Jahren dahingehend aus, dass in den Kernjahrgängen insgesamt zwar weniger Kinder die Kindertagesstätten besuchen, andererseits aber durch den forcierten Ausbau des Angebots an Betreuungsplätzen für unter Dreijährige ein steigender Bedarf zur Schaffung neuer Betreuungsplätze besteht. Dies führt zu einer Umgestaltung der Angebotsstruktur, die einerseits Gruppenumwandlungen, in vielen Fällen aber auch den Aufbau neuer Angebote erfordert. Dieser Prozess, der in den Jahren bis 2013 zum Teil hohe Investitionen in den Ausbau bzw. Neubau von Kindertagesstätten mit sich bringt, ist auch vor dem Hintergrund des gesetzlich verankerten Rechtsanspruchs auf einen KiTa-Platz auch für unter Dreijährige ab dem laufenden Kindergartenjahr 2010/2011 zu sehen. Nahezu alle Einrichtungen werden von entsprechenden Ausbau- und Investitionsmaßnahmen betroffen sein. Entsprechend dem im Rahmen der Erfüllung dieses Rechtsanspruchs angestrebten Bedarfsdeckungsgrad von ca. 32 % werden bis zum Jahr 2013 insgesamt etwa 1.175 U3-Plätze geschaffen werden müssen. Das hierfür in diesen Jahren insgesamt aufzubringende Investitionsvolumen von insgesamt etwa 17,0 Mio. € wird zu 90 % vom Land und zu 10 % vom Jugendhilfeträger getragen.

Die nachfolgende Übersicht zeigt den Bedarf an Betreuungsplätzen und die damit verbundenen voraussichtlichen Investitionskosten in den kommenden Jahren für die Betreuung unter Dreijähriger.

| | bis 2008 (vorhanden) | 2009 (geschaffen) | 2010 (geplant) | 2011 bis 2013 (geplant) |
|-----------------------|-------------------------|----------------------|-------------------|----------------------------|
| U3 - Betreuungsplätze | 270 | 67 | 395 | 442 |
| U3 - Investitionen | - | 0,7 Mio. € | 7,4 Mio. € | 8,9 Mio. € |

Abwicklung von Baumaßnahmen
(ohne Erstattungen, ohne Landeszuschüsse, etc.)

| Finanzpositionen | Plan 2010 | Fi.Plan 2011 | Fi.Plan 2012 | Fi.Plan 2013 |
|--|-------------------|-------------------|------------------|------------------|
| Gebäude | | | | |
| 5231300 Baumaßnahmen Krisenzentrum | 1.300.000 | 1.365.000 | 0 | 0 |
| 5232410 Erweiterung/Sanierung BK-Dieringhausen | 3.200.000 | 3.200.000 | 1.200.000 | 1.200.000 |
| 5232414 Erweiterung BK-Wipperfürth | 3.300.000 | 500.000 | 0 | 0 |
| 5232450 Erweiterung BK Waldbröl | 1.040.000 | 0 | 0 | 0 |
| 5233211 Erweiterung Schloß Homburg | 2.300.000 | 5.800.000 | 1.000.000 | 0 |
| 5323030 Baumaßnahmen Rettungswachen | 575.000 | 970.000 | 475.000 | 95.000 |
| 5323045 Dekontaminationsschleuse | 0 | 25.000 | 75.000 | 0 |
| 5610040 Akademie f. Gesundheitswirtschaft | 2.500.000 | 1.300.000 | | |
| <i>Zwischensumme:</i> | <i>14.215.000</i> | <i>13.160.000</i> | <i>2.750.000</i> | <i>1.295.000</i> |
| Straßenbau: | | | | |
| 5660002 Planung der Kreisstraßenprojekte | 105.000 | 105.000 | 110.000 | 110.000 |
| 5660003 Eigenfinanz. Straßenbaumaßnahmen | 375.000 | 240.000 | 200.000 | 620.000 |
| 5660004 Straßenbegleit. Radwege | 0 | 400.000 | 400.000 | 0 |
| 5661701 Verk.sich. K17 Rölefeld | 0 | 200.000 | 280.000 | 0 |
| 5661801 Ausbau K18/39 Dohrgaul | 600.000 | 15.000 | 0 | 0 |
| 5662302 Knoten K23/Bahnstr. | 0 | 0 | 250.000 | 230.000 |
| 5662303 Knoten K23/B55 | 250.000 | 200.000 | 50.000 | 0 |
| 5662801 Verlängerung K28 | 0 | 0 | 300.000 | 2.000.000 |
| 5662901 Umbau K29/Unterommer | 0 | 0 | 10.000 | 410.000 |
| 5664501 Ausbau K45/L306 | 400.000 | 1.200.000 | 800.000 | 0 |
| 5665202 Umbau K52 Weiershagen | 0 | 0 | 0 | 250.000 |
| <i>Zwischensumme:</i> | <i>1.730.000</i> | <i>2.360.000</i> | <i>2.400.000</i> | <i>3.620.000</i> |
| Summe | 15.945.000 | 15.520.000 | 5.150.000 | 4.915.000 |

Einen separaten Vermögenshaushalt gibt es im NKF-Haushaltsplan nicht mehr. Die Bauprojekte werden über sog. *PSP-I Elemente (Investitionen)* abgewickelt.

Im NKF-Haushaltsplan sind die Projekte in den entsprechenden Bereichen abgebildet, z. B. Straßenbau >> Produktgruppe 1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen.

Summe Fi.Plan 2011 - Fi.Plan 2013 (entspricht Verpflichtungsermächtigungen):

25.585.000 Euro

Kreisstraßen

Vom Oberbergischen Kreis wird ein derzeit 52 Straßenzüge umfassendes Kreisstraßennetz mit einer Gesamtlänge von 208,6 km verwaltet, wovon 35 km aus Ortsdurchfahrten und 173 km aus freien Strecken bestehen. Damit haben die Kreisstraßen einen Anteil von 25% am etwa 820 km langen überörtlichen Straßennetz aus Bundes-, Landes- und Kreisstraßen innerhalb des Kreisgebietes und erfüllen wichtige infrastrukturelle Aufgaben. Ihre dabei durchaus unterschiedlich große Bedeutung ziehen die einzelnen Strecken neben dem Ausbauzustand vornehmlich aus ihrer Lage im Netz. Davon abhängig liegen die Verkehrsbelastungen zwischen knapp 350 und über 11.000 Kraftfahrzeugen am Tag. Der für die Schadensentwicklung auf der Fahrbahn wesentliche Schwerverkehrsanteil beträgt bis zu 830 LKW am Tag.

Durch umfangreiche örtliche Messungen und Beurteilungen des Bauamtes wurde in den letzten Jahren der Anlagebestand der Kreisstraßen den Vorgaben zum NKF entsprechend detailliert aufgenommen und im Schulnotensystem bewertet, um daraus neben dem jährlichen Sanierungsbedarf auch das Infrastrukturvermögen und darauf basierend die künftig notwendigen Abschreibungen entwickeln zu können. Nach den örtlichen Gegebenheiten wurde dabei das Gesamtnetz in 413 einzelne Abschnitte unterteilt, für die an Hand ihres Zustandes der aktuelle Restwert (Wiederbeschaffungszeitwert) und die erwartete Restnutzungsdauer getrennt festgelegt wurden.

Unter Berücksichtigung des derzeitigen Baupreisniveaus ergab sich aus diesen Erhebungen in der Summe bei einem theoretischen Herstellungsneuwert von 196 Mio. Euro und einer akzeptablen Durchschnittsnote von 3,37 zum Eröffnungstichtag 01.01.2009 ein maßgebender Bilanzwert für das Straßenanlagevermögen in Höhe von 111.792.000 €. Dazu kommen die Straßengrundstücke mit einem Wert von 6.659.000 €, so dass der Oberbergische Kreis in der Eröffnungsbilanz über ein **Kreisstraßenvermögen von 118.451.000 €** verfügt.

Über mögliche Wertveränderungen durch Umstufungen hinaus (zum 01.10.2009 wurde die 3,6 km lange K 34 mit einem Bilanzwert von 1,6 Mio. € zur Gemeindestraße abgestuft) unterliegt das Anlagevermögen allerdings einem erheblichen Werteverzehr, der durch stetige Abnutzung bedingt ist. Bei einer angesetzten Gesamtnutzungsdauer der Straßenkörper von 50 Jahren nach der NKF-Rahmentabelle erreichen die bilanziellen **Abschreibungen** insgesamt eine Höhe von jährlich etwa **3.900.000 €**. Ausgehend von der verbleibenden durchschnittlichen Restnutzungsdauer würde somit das Straßenanlagevermögen innerhalb von 30 Jahren auf Null abschmelzen, sofern dieser Entwicklung nicht durch Investitionen gleicher Größenordnung gegengesteuert wird.

Auf der Basis der Bestimmungen des Straßen- und Wegegesetzes NRW hat der Oberbergische Kreis deshalb die Aufgabe, seine Straßen den Nutzungsbedürfnissen entsprechend nach seiner Leistungsfähigkeit zu erhalten und möglichst zu verbessern und dabei auch den besonderen Belangen von Anliegern und örtlichen Versorgungszwecken Rechnung zu tragen. Daraus ergibt sich ein breites Tätigkeitsspektrum mit folgenden Schwerpunkten, die in der Produktgruppe 1.12.01, Öffentliche Verkehrsflächen veranschlagt sind:

Die im Haushaltssinne nicht werterhaltend wirkende **Unterhaltung** der Kreisstraßen – also Winterdienst, Pflege und Kleinreparaturen - ist mangels eigenem Bauhof gegen Zahlung eines längenabhängigen Entgelts an den Landesbetrieb Straßenbau sowie teils an die Städte Gummersbach und Hückeswagen übertragen und wird vom Kreis nur bezahlt und überwacht. Mit rund 1,1 Mio. € in 2010 verzehrt die Straßenunterhaltung etwa ein Drittel der für Kreisstraßen insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel. Dennoch sind dies im Jahr lediglich 5,30 € pro laufendem Meter Straße.

Kreisstraßen

Ebenso wie die Unterhaltung stellen auch die **Instandsetzungen** Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen dar und fließen somit in die laufende Verwaltungstätigkeit ein. Mit der Sanierungstätigkeit, die vor allem die Erneuerung von Fahrbahnbelägen, aber auch der Randanlagen und Entwässerungseinrichtungen beinhaltet, wird das Ziel verfolgt, den Verkehr durch Schadensbehebungen wieder sicher und störungsfrei zu führen und dabei den ursprünglichen Straßenzustand möglichst weitgehend wieder herzustellen. Um den ständigen verkehrs- und witterungsbedingten Substanzverlust zu kompensieren, stehen in kontinuierlicher Folge auch 2010 wieder 850.000 € zur Verfügung, aus denen das zu Jahresbeginn in Abstimmung mit dem Bauausschuss festzulegende Instandsetzungsprogramm abzudecken ist. Als nicht investive Tätigkeit werden zumindest die umfassenderen Sanierungen durch Wertzuschreibungen vermögenserhaltend zu berücksichtigen sein und damit den Abschreibungen entgegen wirken.

Dagegen sind die **Neu-, Um- und Ausbauten** im Kreisstraßennetz investiv und damit wertbildend. Diese Projekte dienen vor dem Hintergrund wachsender Verkehrsdichte und ansteigendem Geschwindigkeitsniveau der Verbesserung der Sicherheit und Nutzbarkeit der Straßen gleichermaßen für motorisierte und nicht motorisierte Verkehrsteilnehmer und Anwohner. Dem auf lange Sicht fortbestehenden Verbesserungsbedarf wird mit einer Mittelausstattung entsprochen, die an den Projektgrößen und den Refinanzierungsmöglichkeiten orientiert einschließlich der zugehörigen Planungen und dem Grunderwerb zwischen 2.022.000 € in 2010 und 3,8 Mio. € in 2013 schwankt und damit zumindest zeitweilig den Werteverzehr im Gesamtnetz kompensiert. Unterstützt wird die investive Tätigkeit zum Teil durch Landeszuwendungen, mit denen Straßenausbauten und Radwege in ein bis zwei Fällen jährlich mit aktuell zwischen 50 und 70 % gefördert werden. Die Zuwendungen, die als Sonderposten jeweils über 50 Jahre hinweg bilanziellen Einfluss haben, folgen zusammen mit den Erstattungen anderer beteiligter Baulastträger mit 904.000 € in 2010 bis 2,6 Mio. € in 2013 der Ausgabeentwicklung.

Während die Zuschussmaßnahmen auf Grund der Zweckgebundenheit mit den Ansätzen für Landeszuwendungen, für Erstattungen durch Drittbeteiligte, mit Grunderwerb und mit der Bauabwicklung jeweils mit den jährlichen Einzelansätzen veranschlagt sind, werden die nicht zuschussfähigen Planungen und die eigenfinanzierten Um- und Ausbauten zusammen gefasst und realisiert, so weit es der finanzielle Einsatz für Zuschussprojekte zulässt. Aus diesem Ansatz werden 2010 der Ausbau der K 52 in Hückhausen fertig gestellt, ein abgängiger Bachdurchlass an der K 2 und eine Fußgängerampel an der K 3 erneuert und eine Überquerungshilfe in der K 21 bei Fenke gebaut, bevor etwa die Verbreiterung der K 42 bei Wasserfuhr oder der Ausbau der K 29 Lindlar / Unterommer in den nächsten Jahren folgen können.

Abrundend entstehen für die Kreisstraßen auch Bewirtschaftungskosten im Rahmen des sogenannten **Straßenbetriebes**, mit dem der vorhandene Bestand verwaltet wird. Neben Veröffentlichungskosten sind dies vor allem Gebühren und Beiträge für Gewässerunterhaltung im Straßenbereich und für die Regenwasserableitungen in kommunale Abwasseranlagen mit stark steigender Tendenz durch die zwingend gewordene Einführung der differenzierten Abwassergebühr.

Integration der Menschen mit Migrationshintergrund im Oberbergischen Kreis

Ziel der Integrationsarbeit ist die gerechte Teilhabe der Menschen mit Migrationshintergrund in rechtstaatlicher, politischer, sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht.

Der Bund haben mit dem Nationalen Integrationsplan und das Land NRW mit seinem Aktionsplan Integration anerkannt, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist und die Integration der Zuwanderer derzeit die wichtigste gesellschaftliche Aufgabe ist. Im Oberbergischen Kreis haben nach den jüngsten Daten von IT-NRW 29,3 % der Bevölkerung eine Migrationshintergrund. Dies ist für einen Kreis landesweit der höchste Wert und auf die überproportional hohen Aussiedlerzahlen zurück zu führen. Die Integration der Menschen mit Zuwanderungsgeschichte hat zuerst in den Städten und Gemeinden, in denen sie leben, zu erfolgen. Der Kreis ist aufgrund seiner Bündelungs-, Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion aufgerufen, die Integration als Querschnittsaufgabe anzustoßen, zu fördern und zu koordinieren.

Integration betrifft alle Lebens- und Politikbereiche. Sie bedeutet, den Spracherwerb frühestmöglich und in jedem Alter zu fördern. Ihr Ziel muss sein, Bildungs- und Ausbildungsfähigkeit der Kinder und Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte zu erreichen, um ihnen als Erwachsene den gleichberechtigten Zugang zur Wirtschaft und Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Die speziellen gesundheitlichen Probleme und das Älterwerden der Zuwanderer können ebenso Thema der Integrationsarbeit sein wie ihre Wohnsituation als ein besonderer Aspekt gelingender Integration. Die mit der Zuwanderung verbundene kulturelle Vielfalt bereichert die Aufnahmegesellschaft und die Begegnungen bei sportlichen Veranstaltungen sind integrationsfördernd.

Die eingeplanten Haushaltsmittel versetzen den Integrationsbeauftragten des Kreises in die Lage

- Veranstaltungen zum Thema Integration durchzuführen und zu bezuschussen,
- integrationsrelevante Projekte Dritter mit ihren jeweils eigenen Zuständigkeiten und Aufgaben zu initiieren und zu fördern,
- die im Kreisgebiet tätigen Akteure auf dem Gebiet der Integrationsarbeit zu vernetzen,
- Gelegenheiten zu Begegnung der Aufnahmegesellschaft und der Zuwanderer zu schaffen und zu fördern,
- Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Integration zu betreiben und zu fördern.

Was uns auszeichnet ...



Der Oberbergische Kreis ist seit dem 23.06.2008 als erster Kreis im Regierungsbezirk Köln mit dem **RAL-Gütezeichen** „**Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung**“ ausgezeichnet. Das bundesweit anerkannte RAL-Gütezeichen wird verliehen, wenn 13 Kriterien erfüllt sind. So müssen z.B. Auftragsrechnungen innerhalb von 15 Arbeitstagen bezahlt, auf Anfragen, Eingaben und Beschwerden innerhalb von 3 Arbeitstagen reagiert und über gewerbliche Bauvorhaben in 40 Arbeitstagen entschieden werden. Gefordert ist aber auch die Schaffung von Verwaltungswegweisern und Lotsen für Existenzgründer und regelmäßige Unternehmensbefragungen. Erklärtes Ziel ist eine wirtschaftsförderliche Verwaltungspraxis, die im Sinne eines Standortfaktors günstige Rahmenbedingungen für unternehmerische Entscheidungen in Oberberg schafft.



Als erste Institution im Oberbergischen Kreis hat die Hertie-Stiftung die Kreisverwaltung für ihre familienbewusste Personalpolitik im November 2005 mit dem Zertifikat „**audit berufundfamilie**“ ausgezeichnet. In 2008 hat sich die Kreisverwaltung erfolgreich der Re-Auditierung unterzogen und darf das Qualitätssiegel „**audit berufundfamilie**“ für weitere drei Jahre führen. Im Rahmen der Re-Auditierung wurden in verschiedenen Handlungsfeldern wieder eine Vielzahl von Zielen und Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie festgelegt. Mit der Umsetzung des Audit positioniert sich die Kreisverwaltung zudem vorbildhaft für eine bessere familienpolitische Ausrichtung im gesamten Oberbergischen Kreis.

Das **Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt** des Oberbergischen Kreises ist seit dem 31.10.2006 für den Geltungsbereich Tiergesundheit und Verbraucherschutz für das Managementsystem nach DIN EN ISO 9001:2008 **zertifiziert**. Damit wurde der Nachweis der regelkonformen Anwendung erbracht und gemäß TÜV-CERT-Verfahren bescheinigt. Diese Zertifizierung wird regelmäßig überwacht, das nächste externe Überwachungsaudit durch den TÜV NORD CERT findet am 09.12.2009 statt.

Einzelpositionen zum Haushalt 2010

Mit der Einführung des „Neuen Kommunalen Finanzmanagements (NKF)“ ab dem Haushaltsjahr 2009 hat sich die Haushaltsplandarstellung gegenüber der früheren Kameralistik grundlegend geändert. Wo früher – untergliedert nach Unterabschnitten - einzelne Haushaltsstellen mit konkreten Bezeichnungen und einzelnen Erläuterungen abgebildet wurden, werden im NKF Aufwendungen und Erträge, gegliedert nach Arten, in zusammengefassten Positionen sowie das ordentliche wie das außerordentliche Ergebnis dargestellt. *„Dadurch werden die Vorgänge aus der laufenden Verwaltungstätigkeit und die außerordentlichen Vorgänge deutlich unterschieden und die Ergebnisse transparent gemacht. Diese komprimierte Darstellung sorgt dafür, dass der Haushaltsplan verständlich und lesbar bleibt (Auszug aus Informationsbroschüre des Innenministeriums zur Einführung des NKF in NRW)“.*

Der NKF-Haushaltsplan ist nicht mehr in einen Verwaltungs- und Vermögenshaushalt sondern in einen Ergebnis und einen Finanzplan untergliedert, wobei im Ergebnisplan alle Erträge und Aufwendungen sowie im Finanzplan alle Ein- und Auszahlungen, Tilgungsleistungen und die Investitionen abgebildet werden. Mit der Einführung von NKF hat der Gesetzgeber außerdem die Forderung erhoben, dass die Verwaltung „nach den örtlichen Bedürfnissen eine Kosten- und Leistungsrechnung“ einführt. Daneben soll durch die Möglichkeit von internen Leistungsverrechnungen der tatsächliche produktorientierte Ressourcenverbrauch in den Mittelpunkt der Betrachtung gestellt werden.

Bei der Einführung des NKF ist der Gesetzgeber davon ausgegangen, dass es für die politischen Vorgaben und die Steuerung der Verwaltung weitgehend unerheblich ist, kleinteilig alle Einzelpositionen im Haushaltsplan darzustellen und zu erläutern. So ist z.B. die Gesamtsumme der Personalaufwendungen bzw. die Summe der Personalaufwendungen in einem bestimmten Bereich von Interesse, die Aufteilung, wie hoch der Anteil der Beamtenbezüge und der Anteil der Bezüge für Beschäftigte sowie die Höhe der Sozialversicherungsbeiträge in einem bestimmten Bereich ist, ist für politische Entscheidungen hingegen nachrangig.

Weitere Beispiele sind die Zusammensetzung der Sachkosten, die nach der neuen Systematik nur noch als zusammengefasste Summe je Produktbereich ausgewiesen werden, sich tatsächlich aber aus einer Vielzahl von kleinen Einzelpositionen zusammensetzen (z. B. aus der Höhe der anteiligen Versicherungsbeträge, anteiligen Portokosten, den Kosten für die Reinigung und Unterhaltung der Dienstgebäude, den anteiligen Aufwendungen für die Nutzung von Dienstfahrzeugen usw.). Diese Aufwendungen werden verwaltungsintern auf rd. 2.500 einzelnen Produktsachkonten bzw. über die eingeführte Kostenrechnung mit rd. 450 Kostenstellen geplant und gebucht und sind im Haushaltsplan nur summarisch dargestellt.

Einzelpositionen zum Haushalt 2010

Gleichwohl hat die Erfahrung mit dem ersten NKF-Haushalt gezeigt, dass die Haushaltsberatungen für die Politik in Teilen schwierig war, da zum einen die gewohnt Darstellungsform durchbrochen wurde, zum anderen aber – entgegen den Erwartungen des Gesetzgebers - in der Praxis bei bestimmten Bereichen eine kleinteilige Darstellung gewünscht und sinnvoll ist. So ist es nachvollziehbar, dass z.B. der Wunsch geäußert wurde, die Transferleistungen im Kulturbereich aufzuschlüsseln, um eine Übersicht zu erhalten, für welche Bereiche/Einrichtungen Zuschüsse in welcher Höhe gezahlt werden.

Im Haushaltsjahr 2009 wurden von der Politik mehrere Anträge zum Haushalt gestellt, in denen die Verwaltung um eine Aufschlüsselung von „wichtigen“ und „entscheidungsrelevanten“ Bereichen bzw. um eine Erläuterung von Einzelpositionen gebeten wurde. Diese Wünsche wurden im nachfolgenden aufgegriffen und zu den im Vorjahr nachgefragten Bereichen weitere Detailinformationen zusammengestellt. Beim Vergleich der ausgewiesenen Haushaltsansätze für 2009 und 2010 ist zu berücksichtigen, dass sich das Buchungssystem und die Kostenrechnung noch im Aufbau befinden und die Praxiserfahrungen aus dem ersten Buchungsjahr dazu geführt haben, dass einige Buchungsstellen weiter differenziert oder Ansätze zwischen verschiedenen Buchungsstellen verschoben wurden.

Einzelpositionen zum Haushalt 2010

Produktgruppen Politische Gremien und Verwaltungsführung

| PSP/Kst | Bezeichnung | Kostenartenbezeichnung | Einn. / Ausg. | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Ansatz 2011 | Ansatz 2012 | Ansatz 2013 | Erläuterung | Amt |
|---------|--|--|------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|---|-----|
| Produkt | Kreistag,Ausschüsse,Frakt.,sonst.Sitzun. | Zuschüsse an übrige Bereiche | Ausg. | 1.790 | 1.790 | 1.790 | 1.790 | 1.790 | Zuschuss a.d. Nachwuchsg. d.i.KT vertr.politi.Parteien | 10 |
| Produkt | Kreistag,Ausschüsse,Frakt.,sonst.Sitzun. | Aufw. ehrenamtliche und sonstige Tätigk. | Ausg. | 387.200 | 394.331 | 394.331 | 397.357 | 397.906 | Aufwandsentsch.f. stellvertr. Landräte u.Fraktionsvors., Entschädigung an Kreistagsmitglieder, Entschädigungen an sachkundige Bürger/innen und sk.E. Ehrungen, Jubiläen, Empfänge, Gästebetreuung Zuwendungen für Hochzeiten, Geburtstage, Vereinsjubiläen n.d. Ehrenkatalog | 10 |
| Produkt | Kreistag,Ausschüsse,Frakt.,sonst.Sitzun. | Zuwendungen an Kreistagsfraktionen | Ausg. | 103.260 | 101.520 | 101.520 | 101.520 | 101.520 | Zuwendungen an Kreistagsfraktionen | 10 |
| Produkt | Kreistag,Ausschüsse,Frakt.,sonst.Sitzun. | Gästebewirtung und Repräsentation | Ausg. | 40.000 | 35.500 | 35.500 | 35.500 | 35.500 | Blumengeschenke, Repräsentationsgeschenke, Bewirtungskosten bei Sitzungen KT u. Ausschüsse | 10 |
| Produkt | Kreistag,Ausschüsse,Frakt.,sonst.Sitzun. | Andere sonstige Geschäftsaufwendungen | Ausg. | 10.000 | 10.000 | 8.000 | 8.000 | 8.000 | Sonstige Ausgaben, z. B. Bereisung KT u. Ausschüsse | 10 |
| Produkt | Entwicklung v. Konzepten u. Rahmenregel. | Verfügungsmittel | Ausg. | 15.200 | 15.200 | 15.200 | 15.200 | 15.200 | Verfügungsmittel | 10 |

Produktgruppe Finanzmanagement und Rechnungswesen

| PSP/Kst | Bezeichnung | Kostenartenbezeichnung | Einn. / Ausg. | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Ansatz 2011 | Ansatz 2012 | Ansatz 2013 | Erläuterung | Amt |
|---------|--|---|------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|---|-----|
| Produkt | KSK - Kreissparkasse Köln (Gewinnbet.) | Andere sonstige Finanzerträge | Einn. | 280.000 | 140.000 | 280.000 | 280.000 | 280.000 | Anteil am Reingewinn der Kreissparkasse Köln (KSK); Teilnahme LR a. d. Verbandsversammlung | 20 |
| Produkt | Radio Berg GmbH & Co.KG | Erträge aus Gewinnanteilen aus Beteil. | Einn. | 30.000 | 30.000 | 30.000 | 30.000 | 30.000 | Anteil am Gewinn der Radio Berg GmbH Co KG | 20 |
| Produkt | Radio Berg GmbH & Co.KG | Körperschaftsteuer | Ausg. | 6.312 | 5.580 | 5.580 | 5.580 | 5.580 | Körperschaftssteuer Zahllast für Radio Berg | 20 |
| Produkt | Rhein. Studieninstitut Köln | Zuschüsse an verb. Unt., Bet., Sonderv. | Ausg. | 85.000 | 85.000 | 85.000 | 85.000 | 85.000 | Gesellschaftsumlage Rhein. Studieninstitut Köln | 11 |
| Produkt | BAV - Berg. Abfallwirtschaftsverband | Erträge aus Gewinnanteilen aus Beteil. | Einn. | 500.000 | 600.000 | 600.000 | 600.000 | 600.000 | Gewinnanteil BAV, Gewinnausschüttung | 20 |

Einzelpositionen zum Haushalt 2010

Produktgruppe Verkehrsangelegenheiten

| PSP/Kst | Bezeichnung | Kostenartenbezeichnung | Einn. / Ausg. | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Ansatz 2011 | Ansatz 2012 | Ansatz 2013 | Erläuterung | Amt |
|---------|---------------------------------------|------------------------|------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|--|-----|
| Produkt | Polizeiliche Geschwindigkeitsanzeigen | Bußgelder | Einn. | 800.000 | 800.000 | 800.000 | 800.000 | 800.000 | Bußgelder wegen Verkehrsordnungswidrigkeiten | 30 |
| Produkt | Geschwindigkeitsüberwachung | Bußgelder | Einn. | 300.000 | 500.000 | 500.000 | 500.000 | 500.000 | Bußgelder aus mobiler/stationärer Überwachung | 30 |
| Produkt | Geschwindigkeitsüberwachung | Verwarnungsgelder | Einn. | 1.200.000 | 1.200.000 | 1.200.000 | 1.200.000 | 1.200.000 | Verwarnungsgelder aus mobiler/stationärer Geschw.Überwachung | 30 |

Produktgruppe Rettungsdienst

| PSP/Kst | Bezeichnung | Kostenartenbezeichnung | Einn. / Ausg. | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Ansatz 2011 | Ansatz 2012 | Ansatz 2013 | Erläuterung | Amt |
|---------|-------------------------------|---|------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|---|------|
| Kst. | Personalkosten Notärzte | Erstattungen an Krankenhaus Gummersbach | Ausg. | * | 265.000 | 265.000 | 265.000 | 265.000 | Abrechnung m.d. KK Gummersbach | 32/3 |
| Kst. | Personalkosten Notärzte | Erstattungen an Krankenhaus Waldbröl | Ausg. | * | 260.000 | 260.000 | 260.000 | 260.000 | Abrechnung m.d. KK Waldbröl | 32/3 |
| Kst. | Personalkosten Notärzte | Erstattungen an Krankenhaus Wipperfürth | Ausg. | * | 245.000 | 245.000 | 245.000 | 245.000 | Abrechnung m.d. Krankenhaus Wipperfürth | 32/3 |
| Kst. | Personalkosten Notärzte | Erst. Kathol. Kliniken O'berg/E'kirchen | Ausg. | * | 260.000 | 260.000 | 260.000 | 260.000 | Abrechnung m.d. Kathol. Kliniken Oberberg | 32/3 |
| Kst. | Personalkosten Rettungswachen | Erstattungen an Krankenhaus Gummersbach | Ausg. | * | 1.200.000 | 1.200.000 | 1.200.000 | 1.200.000 | Abrechnung m.d. KK Gummersbach | 32/3 |
| Kst. | Personalkosten Rettungswachen | Erstattungen an Krankenhaus Waldbröl | Ausg. | * | 840.000 | 840.000 | 840.000 | 840.000 | Abrechnung m.d. KK Waldbröl | 32/3 |
| Kst. | Personalkosten Rettungswachen | Erstattungen an Krankenhaus Wipperfürth | Ausg. | * | 860.000 | 860.000 | 860.000 | 860.000 | Abrechnung m.d. Krankenhaus Wipperfürth | 32/3 |
| Kst. | Personalkosten Rettungswachen | Erst. Kathol. Kliniken O'berg/E'kirchen | Ausg. | * | 950.000 | 950.000 | 950.000 | 950.000 | Abrechnung m.d. Kathol. Kliniken Oberberg | 32/3 |

* = Differenzierung erst ab 2010

Einzelpositionen zum Haushalt 2010

Produktgruppe Sonstige schulische Aufgaben

| PSP/Kst | Bezeichnung | Kostenartenbezeichnung | Einn. / Ausg. | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Ansatz 2011 | Ansatz 2012 | Ansatz 2013 | Erläuterung | Amt |
|---------|---------------------------|---------------------------------------|------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|-----------------------------|-----|
| Produkt | Bildungsnetzwerk Oberberg | Andere sonstige Geschäftsaufwendungen | Ausg. | 0 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | Sachkosten Bildungsnetzwerk | 40 |

Produktgruppe Kommunale Veranstaltungen / Kulturförderung / Sonstige Kultureinrichtungen

| PSP/Kst | Bezeichnung | Kostenartenbezeichnung | Einn. / Ausg. | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Ansatz 2011 | Ansatz 2012 | Ansatz 2013 | Erläuterung | Amt |
|---------|--|--|------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|--|-----|
| Produkt | Veranst./Kulturförd./Sonst.Kultureinr. | Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte | Einn. | 5.200 | 5.200 | 5.200 | 5.200 | 5.200 | Eintrittsgelder/Gebühren nach der Gebührensatzung Eintrittsgelder zum Besuch kultureller Veranstaltungen | 41 |
| Produkt | Veranst./Kulturförd./Sonst.Kultureinr. | Andere sonst. Verw.- u. Betriebsaufwend. | Ausg. | 0 | 1.050 | 1.000 | 1.000 | 1.000 | Inventarisierung d. Kunstsammlung | 41 |
| Produkt | Veranst./Kulturförd./Sonst.Kultureinr. | Sonstige Sach- und Dienstleistungen | Ausg. | 16.200 | 31.250 | 31.250 | 34.000 | 34.000 | Aufwendungen für Kulturveranstalt. im Kreishausfoyer; Einrichtung einer Homepage; Veranstaltungen in Haus Dahl; Kulturelle Veranstaltungen; Durchführung eines Literaturfestivals; Die Ansätze 2010 wurden innerhalb des Produkts verschoben/geändert! | 41 |
| Produkt | Veranst./Kulturförd./Sonst.Kultureinr. | Zuweisungen an Gemeinden, GV | Ausg. | 8.250 | 2.500 | 2.500 | 2.500 | 2.500 | Patenschaft >> Landkreis Lauenburg in Pommern | 41 |
| Produkt | Veranst./Kulturförd./Sonst.Kultureinr. | Zuschüsse an übrige Bereiche | Ausg. | 27.600 | 1.000 | 4.000 | 1.000 | 4.000 | Förderung kultureller Aktivitäten; Kultur-Förderpreis des Oberbergischen Kreises; Die Ansätze 2010 wurden innerhalb des Produkts verschoben/geändert! | 41 |
| Produkt | Veranst./Kulturförd./Sonst.Kultureinr. | Gebühren | Ausg. | 0 | 1.000 | 1.000 | 1.000 | 1.000 | Künstersozialkasse, GEMA, ecs electronic cash, usw. | 41 |
| Produkt | Veranst./Kulturförd./Sonst.Kultureinr. | Gästebewirtung und Repräsentation | Ausg. | 1.030 | 500 | 1.050 | 1.075 | 1.100 | Verbrauchsmaterial f. Empfänge u. Sonderveranst. | 41 |
| Produkt | Veranst./Kulturförd./Sonst.Kultureinr. | Werbung/Öffentlichkeitsarbeit/Marketing | Ausg. | 0 | 3.000 | 3.000 | 3.500 | 3.500 | z.B. Druckaufträge f. Konzertprogramme, etc.; Die Ansätze 2010 wurden innerhalb des Produkts verschoben/geändert! | 41 |
| Produkt | Veranst./Kulturförd./Sonst.Kultureinr. | Andere sonstige Geschäftsaufwendungen | Ausg. | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | Vermischte Ausgaben | 41 |
| Produkt | Sonderausstellungen | Sonstige ordentliche Aufwendungen | Ausg. | 8.200 | 3.550 | 10.000 | 10.000 | 11.500 | Sonderausstellungen | 41 |
| Produkt | Kunstsammlung Oberberg | Andere sonst. Verw.- u. Betriebsaufwend. | Ausg. | 1.200 | 1.200 | 1.200 | 1.200 | 1.200 | Betreuung Kunstsammlung (Verpackungsmaterial, Transport- u. Präsentationshilfen, etc.); Internetpräsentation Kunstsammlung | 41 |
| Kst. | Kreis- und Stadtbücherei | Erstattungen an Gemeinden | Ausg. | 153.575 | 162.825 | 156.575 | 156.575 | 156.575 | Beteiligung an d. Kosten d. Kreis- und Stadtbücherei; öffentl.- rechtl. Vereinbarung v. 10.07.1975; 2010: + 6.250 Euro >> Einrichtung neuer Bildschirmarbeitsplätze | 20 |
| Kst. | Musikpflege | Zuschüsse an übrige Bereiche | Ausg. | 21.500 | 21.500 | 21.500 | 21.500 | 21.500 | Zuschuss zum Wettbewerb "Jugend musiziert"; Sonstige Förderung f. Vereine im Jugend-Kulturbereich; Förderung d. Jugendarbeit in Chören u. Musikverein.; Zuschuss zum Sinfonieorchester | 20 |
| Kst. | Musikpflege | Beiträge zu Verbänden und Vereinen | Ausg. | 2.500 | 2.500 | 2.500 | 2.500 | 2.500 | Sängerkreis Oberberg | 20 |

Einzelpositionen zum Haushalt 2010

Produktgruppe Museum

| PSP/Kst | Bezeichnung | Kostenartenbezeichnung | Einn. / Ausg. | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Ansatz 2011 | Ansatz 2012 | Ansatz 2013 | Erläuterung | Amt |
|---------|------------------------|--|------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|--|-----|
| Produkt | Museum Schloss Homburg | Verkauf | Einn. | 0 | 1.500 | 1.500 | 1.500 | 1.500 | z.B. Verkauf v. Katalogen, etc. | 41 |
| Produkt | Museum Schloss Homburg | Spenden | Einn. | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | Spendeneinnahmen | 41 |
| Produkt | Museum Schloss Homburg | Waren | Ausg. | 770 | 780 | 800 | 830 | 850 | Zubehör Museumsshop | 41 |
| Produkt | Museum Schloss Homburg | Sonstige Sach- und Dienstleistungen | Ausg. | 4.500 | 4.500 | 4.500 | 4.500 | 4.500 | Verwendung der Spenden Inventarisierung Museumsgut | 41 |
| Produkt | Schloss Homburg | Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte | Einn. | 86.000 | 60.000 | 60.000 | 75.000 | 75.000 | Eintrittsgelder; Gebühren für museumspädagogische Führungen; Einnahmen a. d. Nutzung des Audioguide-systems und f. d. Vermietung von Räumen | 41 |
| Produkt | Schloss Homburg | Verkauf | Einn. | 18.500 | 15.000 | 15.000 | 15.000 | 15.000 | Verkauf Museumsshop Verkauf Brot | 41 |
| Produkt | Schloss Homburg | Vergütungen der sonstigen Beschäftigten | Ausg. | 12.200 | 15.000 | 15.000 | 15.000 | 0 | Entgelt f. freiberufl. Mitarbeiter-museumspäd. Führungen Entgelt f. freiberufl. Mitarbeiter-Bäckermeister Honorare für die Erarbeitung museumspäd. Materialien | 41 |
| Produkt | Schloss Homburg | Unterhaltung Betriebs- und Geschäftsaus. | Ausg. | 1.000 | 1.000 | 1.000 | 1.000 | 1.000 | Wartungskosten Audioguidesystem | 41 |
| Produkt | Schloss Homburg | Andere sonst. Verw.- u. Betriebsaufwend. | Ausg. | 7.060 | 7.060 | 7.080 | 7.100 | 7.200 | Geräte, Ausstattung u. sonst. Gebrauchsgegenstände Museumspädagogische Maßnahmen Restaurierungsbedarf | 41 |
| Produkt | Schloss Homburg | Rohstoffe/Fertigungsmaterial | Ausg. | 3.810 | 3.900 | 3.900 | 3.950 | 4.000 | Verbrauchsmittel für Bäckerei/Mühle | 41 |
| Produkt | Schloss Homburg | Waren | Ausg. | 10.000 | 10.000 | 13.000 | 13.000 | 13.000 | Materialien für Verkauf im Museumsshop | 41 |
| Produkt | Schloss Homburg | Sonstige Sach- und Dienstleistungen | Ausg. | 3.000 | 3.000 | 3.000 | 3.000 | 3.000 | Unterhaltung und Anschaffung von Museumsgut Unterhaltung und Anschaffung von Archivalien | 41 |
| Produkt | Schloss Homburg | Fremduntern. Aufsichts-/Kassendienst | Ausg. | 99.400 | 99.400 | 110.000 | 110.000 | 110.000 | Kosten Fachfirma Aufsichts- u. Kassendienst | 41 |
| Produkt | Schloss Homburg | Gebühren | Ausg. | 500 | 500 | 500 | 500 | 500 | Gebühren im "electronic cash-Verfahren" | 41 |
| Produkt | Schloss Homburg | Werbung/Öffentlichkeitsarbeit/Marketing | Ausg. | 9.000 | 60.000 | 14.000 | 15.000 | 15.000 | Öffentlichkeitsarbeit | 41 |
| Produkt | Schloss Homburg | Andere sonstige Geschäftsaufwendungen | Ausg. | 2.850 | 2.850 | 2.850 | 2.850 | 3.000 | Geschäftsaußg.; Vermischte Ausgaben | 41 |
| Produkt | Haus Dahl | Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte | Einn. | 7.000 | 4.000 | 4.000 | 4.000 | 4.000 | Eintrittsgelder/Gebühren nach der Gebührensatzung | 41 |
| Produkt | Haus Dahl | Verkauf | Einn. | 1.000 | 1.000 | 1.000 | 1.000 | 1.000 | Verkauf Museumsshop | 41 |
| Produkt | Haus Dahl | Vergütungen der sonstigen Beschäftigten | Ausg. | 1.550 | 1.500 | 1.500 | 1.500 | 1.500 | Entgelt f. freiberufl. Mitarbeiter; museumspäd. Führungen; Honorarkosten Bäckermeister, etc | 41 |
| Produkt | Haus Dahl | Waren | Ausg. | 750 | 750 | 750 | 750 | 750 | Materialien für Verkauf im Museumsshop | 41 |
| Produkt | Haus Dahl | Sonstige Sach- und Dienstleistungen | Ausg. | 1.500 | 1.500 | 1.500 | 1.500 | 0 | Restaurierung v. Museumsgut | 41 |
| Produkt | Haus Dahl | Fremduntern. Aufsichts-/Kassendienst | Ausg. | 9.600 | 9.600 | 9.600 | 9.600 | 9.600 | Kosten Fachfirma Aufsichts- u. Kassendienst | 41 |
| Produkt | Haus Dahl | Werbung/Öffentlichkeitsarbeit/Marketing | Ausg. | 500 | 2.500 | 2.500 | 2.500 | 2.500 | Öffentlichkeitsarbeit | 41 |
| Produkt | Haus Dahl | Andere sonstige Geschäftsaufwendungen | Ausg. | 1.550 | 1.550 | 1.550 | 1.550 | 1.550 | Vermischte Ausgaben | 41 |

Einzelpositionen zum Haushalt 2010

Produktgruppe Volkshochschule

| PSP/Kst | Bezeichnung | Kostenartenbezeichnung | Einn. / Ausg. | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Ansatz 2011 | Ansatz 2012 | Ansatz 2013 | Erläuterung | Amt |
|---------|-----------------|------------------------|------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|---------------|-----|
| Produkt | Volkshochschule | Hörergebühren | Einn. | 1.000.000 | 1.050.000 | 1.050.000 | 1.050.000 | 1.050.000 | Hörergebühren | 43 |

Produktgruppe Hilfen zur Gesundheit, bei Behinderung, bei Pflegebedürftigkeit und in anderen Lebenslagen

| PSP/Kst | Bezeichnung | Kostenartenbezeichnung | Einn. / Ausg. | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Ansatz 2011 | Ansatz 2012 | Ansatz 2013 | Erläuterung | Amt |
|---------|--|------------------------------|------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|---|-----|
| Produkt | Förd. von Trägern der Wohlfahrtspflege | Zuschüsse an übrige Bereiche | Ausg. | 249.664 | 249.664 | 249.664 | 249.664 | 249.664 | Zuschüsse an Verbände und Vereine; Zuschuss Frauenhaus u Beratung nach Gewaltschutzgesetz | 50 |

Produktgruppe Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen

| PSP/Kst | Bezeichnung | Kostenartenbezeichnung | Einn. / Ausg. | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Ansatz 2011 | Ansatz 2012 | Ansatz 2013 | Erläuterung | Amt |
|---------|--|--|------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|---|-----|
| Produkt | Grundsich. f. Arbeitssuchende (SGB II) | Zuweisung vom Land Wohngeldentlastung | Einn. | 4.672.000 | 3.394.000 | 3.394.000 | 3.394.000 | 3.394.000 | Zuweisung des Landes aus der Wohngeldentlastung | 50 |
| Produkt | Grundsich. f. Arbeitssuchende (SGB II) | SozL. aE. Rückzahlung von Hilfe | Einn. | 0 | 3.500 | 3.500 | 3.500 | 3.500 | Abrechnung SGB II Einnahmen | 50 |
| Produkt | Grundsich. f. Arbeitssuchende (SGB II) | Erstattungen von Gemeinden | Einn. | 120.000 | 120.000 | 120.000 | 120.000 | 120.000 | Erstattung von anderen Kommunalen Trägern Kostenerstattung für die ARGE Bergneustadt | 50 |
| Produkt | Grundsich. f. Arbeitssuchende (SGB II) | Erstattungen vom so. öff. Bereich | Einn. | 3.270.000 | 2.890.000 | 2.890.000 | 2.890.000 | 2.890.000 | BA - Anteil Personal-/Sachkosten kommunale Mitarbeiter | 50 |
| Produkt | Grundsich. f. Arbeitssuchende (SGB II) | Leistungsbeteil. Unterkunft und Heizung | Einn. | 7.907.000 | 7.280.000 | 7.280.000 | 7.280.000 | 7.280.000 | Beteiligung des Bundes an den Unterkufts- und Heizkosten | 50 |
| Produkt | Grundsich. f. Arbeitssuchende (SGB II) | Erstattungen an Gemeinden | Ausg. | 3.535.000 | 2.984.000 | 2.984.000 | 2.984.000 | 2.984.000 | Personal-/Sachkostenerstattung an Gemeinden Erstattung an andere kommunale Träger Personal-/Sachkostenerstattung für Kreismitarbeiter | 50 |
| Produkt | Grundsich. f. Arbeitssuchende (SGB II) | Erstattungen an so. öffentlichen Bereich | Ausg. | 1.220.000 | 1.062.000 | 1.062.000 | 1.062.000 | 1.062.000 | Kreisanteil Personal-/Sachkosten Agenturmitarbeiter | 50 |
| Produkt | Grundsich. f. Arbeitssuchende (SGB II) | Kurierdienst | Ausg. | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | Abrechnung Deutsche Post >> Arge Oberberg | 50 |
| Produkt | Grundsich. f. Arbeitssuchende (SGB II) | Zuschüsse an private Unternehmen | Ausg. | 70.000 | 70.000 | 70.000 | 70.000 | 70.000 | Eingliederungsleistungen an Arbeitssuchende nach § 16 II Nr. 4 | 50 |

Einzelpositionen zum Haushalt 2010

Fortsetzung: Produktgruppe Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen

| PSP/Kst | Bezeichnung | Kostenartenbezeichnung | Einn. / Ausg. | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Ansatz 2011 | Ansatz 2012 | Ansatz 2013 | Erläuterung | Amt |
|---------|---|--|------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|---|-----|
| Produkt | Grundsich. f. Arbeitssuchende (SGB II) | Psychosoziale Betreuung SGB II | Ausg. | 608.000 | 608.000 | 608.000 | 608.000 | 608.000 | Eingliederungsleistungen an Arbeitssuchende nach § 16 II Nr. 4 | 50 |
| Produkt | Grundsich. f. Arbeitssuchende (SGB II) | Schuldnerberatung SGB II | Ausg. | 375.000 | 375.000 | 375.000 | 375.000 | 375.000 | Eingliederungsleistungen an Arbeitssuchende nach § 16 II Nr. 4 ; u.a. Schuldnerberatung (Caritasverband) | 50 |
| Produkt | Grundsich. f. Arbeitssuchende (SGB II) | Leistungsbeit. Unterkunft und Heizung | Ausg. | 31.130.000 | 31.200.000 | 31.200.000 | 31.200.000 | 31.200.000 | Leistungen für Unterkunft und Heizung (§ 22 I SGB II) | 50 |
| Produkt | Grundsich. f. Arbeitssuchende (SGB II) | Wohnungsbeschaffungskosten, Umzugskosten | Ausg. | 170.000 | 265.000 | 265.000 | 265.000 | 265.000 | Wohnungsbeschaffungskosten, Umzugskosten, Mietschulden | 50 |
| Produkt | Grundsich. f. Arbeitssuchende (SGB II) | Leistungsbeit. einmalige Leistungen | Ausg. | 550.000 | 627.000 | 627.000 | 627.000 | 627.000 | Einmalige Leistungen an Arbeitssuchende nach § 23 III | 50 |
| Kst. | Erstellung Sozialbericht (KTBesch. 2008) | Andere sonst. Inanspr. Rechten, Diensten | Ausg. | 51.500 | 50.000 | 0 | 0 | 0 | Kreistagsbeschluss aus 2008 | 50 |
| Produkt | Hilfe zum Lebensunterhalt | SozL. aE. Kostenbeiträge | Einn. | 72.000 | 44.000 | 44.000 | 44.000 | 44.000 | Kostenbeiträge, Aufwendungsersatz, Kostenersatz a.v.E. | 50 |
| Produkt | Hilfe zum Lebensunterhalt | SozL. aE. Ansprüche an Unterhaltsverpfl. | Einn. | 40.000 | 54.000 | 54.000 | 54.000 | 54.000 | Übergeleitete Unterhaltsansprüche a.v.E. | 50 |
| Produkt | Hilfe zum Lebensunterhalt | SozL. aE. Leistungen Sozialleistungstr. | Einn. | 142.000 | 188.000 | 188.000 | 188.000 | 188.000 | Leistungen von Sozialleistungsträgern (o. Pflegeversicherung) a.v.E. | 50 |
| Produkt | Hilfe zum Lebensunterhalt | SozL. aE. Rückzahlung von Hilfe | Einn. | 114.000 | 112.000 | 112.000 | 112.000 | 112.000 | Rückzahlung gewährter Hilfen a.v.E. | 50 |
| Produkt | Hilfe zum Lebensunterhalt | SozL. aE. Sonstige Ersatzleistungen | Einn. | 4.000 | 6.000 | 6.000 | 6.000 | 6.000 | Sonstige Ersatzleistungen a.v.E. | 50 |
| Produkt | Hilfe zum Lebensunterhalt | Sozialhilfe an Personen auß. Einr. | Ausg. | 2.265.000 | 3.019.000 | 3.019.000 | 3.019.000 | 3.019.000 | Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen | 50 |
| Produkt | Hilfe zum Lebensunterhalt | Sozialhilfe an Personen inn. Einr. | Ausg. | 1.080.000 | 1.048.000 | 1.048.000 | 1.048.000 | 1.048.000 | Sozialhilfe in Einrichtungen | 50 |
| Produkt | Grundsicherung i. Alter, bei Erwerbsmind. | SozL. aE. Leistungen Sozialleistungstr. | Einn. | 40.000 | 62.000 | 62.000 | 62.000 | 62.000 | Leistungen von Sozialleistungsträgern a.v.E. | 50 |
| Produkt | Grundsicherung i. Alter, bei Erwerbsmind. | SozL. aE. Rückzahlung von Hilfe | Einn. | 90.000 | 88.000 | 88.000 | 88.000 | 88.000 | Rückzahlung gewährter Hilfen a.v.E. | 50 |
| Produkt | Grundsicherung i. Alter, bei Erwerbsmind. | SozL. aE. Sonstige Ersatzleistungen | Einn. | 10.000 | 12.000 | 12.000 | 12.000 | 12.000 | Sonstige Ersatzleistungen a.v.E. | 50 |
| Produkt | Grundsicherung i. Alter, bei Erwerbsmind. | Erstattungen vom Bund | Einn. | 880.000 | 1.017.000 | 1.190.000 | 1.269.000 | 1.269.000 | Anteil an der Bundeserstattung | 50 |
| Produkt | Grundsicherung i. Alter, bei Erwerbsmind. | Erstattungen von Gemeinden | Einn. | 2.000 | 1.000 | 1.000 | 1.000 | 1.000 | Erstattung der Fortbildungskosten d. Gemeinden | 50 |
| Produkt | Grundsicherung i. Alter, bei Erwerbsmind. | Erstattungen an so. öffentlichen Bereich | Ausg. | 1.550 | 600 | 600 | 600 | 600 | Erstattung von Kosten an die Rentenversicherungsträger Kosten des Datenabgleichs durch die Vermittlungsstelle | 50 |
| Produkt | Grundsicherung i. Alter, bei Erwerbsmind. | Sonstige Sach- und Dienstleistungen | Ausg. | 5.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | Gerichtsvollzieherkosten, Aufwendungsersätze etc. | 50 |
| Produkt | Grundsicherung i. Alter, bei Erwerbsmind. | Sozialhilfe an Personen auß. Einr. | Ausg. | 7.100.000 | 7.400.000 | 7.400.000 | 7.400.000 | 7.400.000 | Grundsicherungsleistungen a.v.E. | 50 |
| Produkt | Grundsicherung i. Alter, bei Erwerbsmind. | Sozialhilfe an Personen inn. Einr. | Ausg. | 330.000 | 335.000 | 335.000 | 335.000 | 335.000 | Grundsicherungsleistungen i.v.E. | 50 |
| Produkt | Grundsicherung i. Alter, bei Erwerbsmind. | Aus- und Fortbildung, Umschulung | Ausg. | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | Fortbildung der Mitarbeiter der gemeindl. Sozialämter | 50 |

Einzelpositionen zum Haushalt 2010

Produktgruppe Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege

| PSP/Kst | Bezeichnung | Kostenartenbezeichnung | Einn. / Ausg. | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Ansatz 2011 | Ansatz 2012 | Ansatz 2013 | Erläuterung | Amt |
|---------|--|---|------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|---|-----|
| Produkt | Tageseinrichtungen f. Kinder/Tagespflege | Elternbeiträge Kindertageseinrichtungen | Einn. | 3.238.000 | 3.400.000 | 3.400.000 | 3.400.000 | 3.400.000 | Elternbeiträge zu den Betriebskosten | 51 |
| Produkt | Tageseinrichtungen f. Kinder/Tagespflege | Erstattungen an übrige Bereiche | Ausg. | 1.810.000 | 1.810.000 | 1.840.000 | 1.870.000 | 1.900.000 | Erstattung vertraglicher Leistungen für freie Kindergartenträger ! Zuschuss an Elterinitiativen, Kirchengemeinden, DRK, soziale Vereine, etc. | 51 |
| Produkt | Tageseinrichtungen f. Kinder/Tagespflege | Zuschüsse an übrige Bereiche | Ausg. | 25.696.000 | 24.800.000 | 25.161.000 | 25.530.000 | 25.902.000 | Betriebskostenzuschuss für freie Träger von Tageseinr. f. Kinder; Förderung von Schülerbetreuungsmaßnahmen; Förderung sonstiger Betreuungsmaßnahmen | 51 |
| Produkt | Tageseinrichtungen f. Kinder/Tagespflege | Jugendhilfe an Personen auß. Einr. | Ausg. | 650.000 | 690.000 | 730.000 | 770.000 | 800.000 | Kosten der Unterbringung in Tagespflege | 51 |
| Produkt | Tageseinrichtungen f. Kinder/Tagespflege | Jugendhilfe an jur. Personen inn. Einr. | Ausg. | 95.000 | 105.000 | 115.000 | 125.000 | 135.000 | Erziehung in einer Tagesgruppe | 51 |
| Produkt | Tageseinrichtungen f. Kinder/Tagespflege | Kostenbeitrag Tagesmütternetzwerk | Ausg. | 60.000 | 60.000 | 60.000 | 60.000 | 60.000 | Betriebskostenzuschuss an das "Tagesmütternetz Oberberg" | 51 |
| Produkt | LZ Sprachförderung, Familienzentren | Zuschüsse an übrige Bereiche | Ausg. | 364.000 | 400.000 | 400.000 | 400.000 | 400.000 | Weiterleitung von Landesmitteln z. Förderung v. Familienzentren; Weiterleitung von Landesmitteln zur Sprachförderung | 51 |

Produktgruppe Jugendarbeit und Familienförderung

| PSP/Kst | Bezeichnung | Kostenartenbezeichnung | Einn. / Ausg. | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Ansatz 2011 | Ansatz 2012 | Ansatz 2013 | Erläuterung | Amt |
|---------|---|---------------------------------|------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|--|-----|
| Produkt | Förd. v. Angeboten Kinder- und Jugendarb. | Zuschüsse an übrige Bereiche | Ausg. | 378.000 | 390.000 | 390.000 | 390.000 | 390.000 | Zuschuss zum Kreisjugendring; Zuschüsse zu Freizeitmaßnahmen; Gruppenveranstalt. Mit deutschen u. ausländ. Jungen Menschen; Zuschüsse zu Materialien für die Jugendarbeit; Bildungsveranstaltungen; Gruppenveranstaltungen mit behinderten Kindern; Förderung der offenen Kinder- und Jugendarbeit; Personalkostenzuschüsse für die verbandl. Jugendarbeit; Grundförderung für Mitgliedsverbände d. Kreisjugendrings; Betriebskostenzuschuss Jugendzeltplatz | 51 |
| Produkt | Förd. v. Angeboten Kinder- und Jugendarb. | Sonstige Jugendhilfe auß. Einr. | Ausg. | 75.000 | 75.000 | 75.000 | 75.000 | 75.000 | Veranstaltungen durch das Kreisjugendamt | 51 |
| Produkt | LZ Förd. offene Kinder- u. Jugendarbeit | Zuschüsse an übrige Bereiche | Ausg. | 106.000 | 106.000 | 106.000 | 106.000 | 106.000 | Weiterl. d. Landesmittel off. Kinder- u. Jugendarbeit an freie Träger | 51 |
| Produkt | Jugendsozialarbeit | Zuschüsse an übrige Bereiche | Ausg. | 5.100 | 5.100 | 5.100 | 5.100 | 5.100 | Zuschuss zur Einglied. Jugendlicher in das Berufsleben | 51 |
| Produkt | Jugendsozialarbeit | Sonstige Jugendhilfe auß. Einr. | Ausg. | 6.000 | 6.000 | 6.000 | 6.000 | 6.000 | Jugendpfleg. Betreuung im Rahmen der Jugendsozialarbeit | 51 |

Einzelpositionen zum Haushalt 2010

Produktgruppe Jugendarbeit und Familienförderung

| PSP/Kst | Bezeichnung | Kostenartenbezeichnung | Einn. / Ausg. | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Ansatz 2011 | Ansatz 2012 | Ansatz 2013 | Erläuterung | Amt |
|---------|---|----------------------------------|------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|--|-----|
| Produkt | Allg. Förd. d. Erziehung in der Familie | Zuschüsse an übrige Bereiche | Ausg. | 103.100 | 103.100 | 103.100 | 103.100 | 103.100 | Betriebskostenzuschuss zu Familienbildungsstätte; Zuschuss zu den Personalkosten d. Erziehungsberatungsstellen; Zuschuss zu den Sachkosten d. Erziehungsberatungsstellen | 51 |
| Produkt | Allg. Förd. d. Erziehung in der Familie | Jugendhilfe an Träger auß. Einr. | Ausg. | 40.000 | 40.000 | 40.000 | 40.000 | 40.000 | Kosten Projekte | 51 |
| Produkt | Allg. Förd. d. Erziehung in der Familie | Sonstige Jugendhilfe auß. Einr. | Ausg. | 27.000 | 27.000 | 27.000 | 27.000 | 27.000 | Maßnahmen der Elternbildung, Umsetzung des Babybegrüßungsdienstes | 51 |
| Produkt | Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz | Sonstige Jugendhilfe auß. Einr. | Ausg. | 6.000 | 6.000 | 6.000 | 6.000 | 6.000 | Veranstaltungen im Rahmen des Jugendschutzes | 51 |

Produktgruppe Individuelle Hilfen für junge Menschen und Familien

| PSP/Kst | Bezeichnung | Kostenartenbezeichnung | Einn. / Ausg. | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Ansatz 2011 | Ansatz 2012 | Ansatz 2013 | Erläuterung | Amt |
|---------|------------------------------------|---|------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|--|-----|
| Produkt | Institutionelle Erziehungsberatung | Zuschüsse an übrige Bereiche | Ausg. | 420.000 | 420.000 | 420.000 | 420.000 | 420.000 | Zusch. zu den Personalkosten der Erziehungsberatungsstellen; Zusch. zu den Sachkosten der Erziehungsberatungsstellen | 51 |
| Produkt | Soziale Gruppenarbeit | Jugendhilfe an Träger inn. Einr. | Ausg. | 19.100 | 19.100 | 19.100 | 19.100 | 19.100 | Kosten der Heimerziehung, sonstige betreute Wohnformen Kosten der Hilfen für junge Volljährige | 51 |
| Produkt | Erziehungsbeistandschaft | Jugendhilfe an Träger auß. Einr. | Ausg. | 413.500 | 263.500 | 263.500 | 263.500 | 263.500 | Kosten der Heimerziehung, sonstige betreute Wohnformen Kosten der Hilfen für junge Volljährige | 51 |
| Produkt | Sozialpädagogische Familienhilfe | Jugendhilfe an jur. Personen auß. Einr. | Ausg. | 3.124.000 | 2.824.000 | 2.524.000 | 2.524.000 | 2.524.000 | Kosten der Heimerziehung, sonstige betreute Wohnformen Kosten der Hilfen für junge Volljährige | 51 |
| Produkt | Erziehung in einer Tagesgruppe | Jugendhilfe an Träger auß. Einr. | Ausg. | 286.200 | 286.200 | 286.200 | 286.200 | 286.200 | Kosten der Heimerziehung, sonstige betreute Wohnformen Kosten der Hilfen für junge Volljährige | 51 |
| Produkt | Erziehung in einer Tagesgruppe | Jugendhilfe an Träger inn. Einr. | Ausg. | 2.671.000 | 1.271.000 | 1.271.000 | 1.271.000 | 1.271.000 | Kosten der Heimerziehung, sonstige betreute Wohnformen Kosten der Hilfen für junge Volljährige | 51 |

Einzelpositionen zum Haushalt 2010

Produktgruppe Individuelle Hilfen für junge Menschen und Familien

| PSP/Kst | Bezeichnung | Kostenartenbezeichnung | Einn. / Ausg. | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Ansatz 2011 | Ansatz 2012 | Ansatz 2013 | Erläuterung | Amt |
|---------|---|------------------------------------|------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|---|-----|
| Produkt | Vollzeitpflege | Erstattungen an Gemeinden | Ausg. | 520.000 | 528.000 | 536.000 | 544.000 | 552.000 | Erstattung gegenüber anderen Trägern öff. Jugendhilfe, Zahllauf über Info51 (WJH) | 51 |
| Produkt | Vollzeitpflege | Jugendhilfe an Personen auß. Einr. | Ausg. | 2.200.000 | 2.450.000 | 2.550.000 | 2.650.000 | 2.750.000 | Kosten der Vollzeitpflege | 51 |
| Produkt | Unterbringung in Heimen | Erstattungen an Gemeinden | Ausg. | 130.000 | 232.000 | 234.000 | 236.000 | 238.000 | Erstattung gegenüber anderen Trägern öff. Jugendhilfe, Zahllauf über Info51 (WJH) | 51 |
| Produkt | Unterbringung in Heimen | Jugendhilfe an Träger inn. Einr. | Ausg. | 7.650.000 | 9.150.000 | 9.200.000 | 9.500.000 | 9.800.000 | Kosten der Heimerziehung, sonstige betreute Wohnformen Kosten der Hilfen für junge Volljährige | 51 |
| Produkt | Gemeins. Wohnformen Mütter/Väter/Kinder | Jugendhilfe an Träger inn. Einr. | Ausg. | 216.000 | 216.000 | 216.000 | 216.000 | 216.000 | Gemeinsame Unterbring. v. Müttern o. Vätern mit Kindern | 51 |
| Produkt | Unterhaltsvorschussleist., Pflegschaft | Leistungen nach dem UVG | Ausg. | 1.550.000 | 1.550.000 | 1.600.000 | 1.600.000 | 1.600.000 | Vollzug des Unterhaltsvorschussgesetzes | 51 |

Produktgruppe Gesundheitsförderung

| PSP/Kst | Bezeichnung | Kostenartenbezeichnung | Einn. / Ausg. | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Ansatz 2011 | Ansatz 2012 | Ansatz 2013 | Erläuterung | Amt |
|---------|---|--|------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|--|-----|
| Produkt | Ärztl. Prävention, Gesundheitsförderung | Andere sonst. Sach- und Dienstleistungen | Ausg. | 43.000 | 40.000 | 40.000 | 40.000 | 40.000 | Kosten Ernährungsberaterin (Kooperation mit AggerEnergie) | 53 |
| Produkt | Ärztl. Prävention, Gesundheitsförderung | Zuschüsse an übrige Bereiche | Ausg. | 564.000 | 633.000 | 641.000 | 649.000 | 657.000 | PK-Zusch. an Verein Lebenshilfe f. Frühf. beh. Kinder PK-Zusch.an Verein z.Förderung u.Betreuung beh.Kinder | 53 |

Einzelpositionen zum Haushalt 2010

Produktgruppe Gesundheitshilfe

| PSP/Kst | Bezeichnung | Kostenartenbezeichnung | Einn. / Ausg. | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Ansatz 2011 | Ansatz 2012 | Ansatz 2013 | Erläuterung | Amt |
|---------|--|---------------------------------|------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|--|-----|
| Produkt | Psych.Hilfen,H. bei Krankheiten,sonst.H. | Zuschüsse an übrige Bereiche | Ausg. | 166.045 | 170.500 | 172.500 | 174.200 | 176.000 | Zuschuss an das DRK Betreuung von Menschen in sozialer Not Zusch.f. Beratungsstellen/Schwangerschaftskonfliktber. | 53 |
| Produkt | Sucht | Erstattungen an übrige Bereiche | Ausg. | 198.000 | 200.000 | 203.000 | 206.000 | 209.000 | Erst. Pers.- u. Sachkost. an Gem.psychiatr. Verbund (Gegenkonto: Caritasverband, Ev. Kirchenkreis) | 53 |
| Produkt | Sucht | Zuschüsse an übrige Bereiche | Ausg. | 202.000 | 202.000 | 202.000 | 202.000 | 202.000 | Betreuung der Suchtkranken und sonstiger Klientels Personalkostenzuschüsse für die Suchtkrankenarbeit (Gegenkonto: Caritasverband, Ev. Kirchenkreis) | 53 |
| Produkt | Psychiatrie | Erstattungen an übrige Bereiche | Ausg. | 79.000 | 80.500 | 82.000 | 83.500 | 85.000 | Erst. Pers.-u. Sachkosten an Gem.psychiatr. Verbund (Gegenkonto: Oberberg. Gesellschaft z. Hilfe f. psych. Behinderte mbH, Gummersbach) | 53 |
| Produkt | Psychiatrie | Zuschüsse an übrige Bereiche | Ausg. | 122.710 | 122.710 | 122.710 | 122.710 | 122.710 | Zusch. z. Weiterführ. d. Sozialpsych. Kontaktstellen (Gegenkonto: Oberberg. Gesellschaft z. Hilfe f. psych. Behinderte mbH, Gummersbach) | 53 |

Produktgruppe Sportförderung

| PSP/Kst | Bezeichnung | Kostenartenbezeichnung | Einn. / Ausg. | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Ansatz 2011 | Ansatz 2012 | Ansatz 2013 | Erläuterung | Amt |
|---------|----------------|------------------------------|------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|---|-----|
| Produkt | Sportförderung | Zuschüsse an übrige Bereiche | Ausg. | 208.000 | 214.516 | 208.516 | 189.516 | 187.516 | Förderung der Jugendarbeit in Sportvereinen; Zuschuss f. Behindertensportveranstalt. bzw. Sportjugendtage; Pauschale Kostenerstattung an den Kreissportbund | 51 |

Einzelpositionen zum Haushalt 2010

Produktgruppen Vermessung, Erhebung u. Führung v. Geobasisdaten und Geoinformationsdienste

| PSP/Kst | Bezeichnung | Kostenartenbezeichnung | Einn. / Ausg. | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Ansatz 2011 | Ansatz 2012 | Ansatz 2013 | Erläuterung | Amt |
|---------|--|------------------------|------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|-------------------------------------|-----|
| Produkt | Vermessungstätigkeit für Dritte | Verwaltungsgebühren | Einn. | 51.000 | 100.000 | 50.000 | 50.000 | 50.000 | Gebühren für die Katasterverwaltung | 62 |
| Produkt | Übern.beigebrachter Vermessungsschriften | Verwaltungsgebühren | Einn. | 320.000 | 270.000 | 270.000 | 270.000 | 270.000 | Gebühren für die Katasterverwaltung | 62 |
| Produkt | Abgabe von Geobasisdaten digital (Geb.) | Verwaltungsgebühren | Einn. | 50.000 | 65.000 | 65.000 | 65.000 | 65.000 | Gebühren für die Katasterverwaltung | 62 |
| Produkt | Abgabe von Geobasisdaten analog (Geb.) | Verwaltungsgebühren | Einn. | 60.000 | 55.000 | 55.000 | 55.000 | 55.000 | Gebühren für die Katasterverwaltung | 62 |
| Produkt | Vermessungsunterlagen auf Antrag | Verwaltungsgebühren | Einn. | 120.000 | 140.000 | 140.000 | 140.000 | 140.000 | Gebühren für die Katasterverwaltung | 62 |

Produktgruppe Öffentliche Verkehrsflächen

| PSP/Kst | Bezeichnung | Kostenartenbezeichnung | Einn. / Ausg. | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Ansatz 2011 | Ansatz 2012 | Ansatz 2013 | Erläuterung | Amt |
|---------|--|------------------------------------|------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|--|------|
| Produkt | Erhaltung und Betrieb der Kreisstraßen | Sanierungsmaßnahmen | Ausg. | 850.000 | 900.000 | 850.000 | 860.000 | 860.000 | Instandsetzungsmaßnahmen zur Straßenerhaltung; Erhaltung der Straßenausstattung | 65/4 |
| Produkt | Erhaltung und Betrieb der Kreisstraßen | Unterhaltung Infrastrukturvermögen | Ausg. | 1.102.000 | 1.120.000 | 1.130.000 | 1.145.000 | 1.160.000 | Entschäd. an LBStraßenNRW für Kreisstraßenunterhaltung, Entschäd. an Gemeinden für OD-Unterhaltung | 65/4 |

Produktgruppe ÖPNV

| PSP/Kst | Bezeichnung | Kostenartenbezeichnung | Einn. / Ausg. | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Ansatz 2011 | Ansatz 2012 | Ansatz 2013 | Erläuterung | Amt |
|---------|---------------------------------------|---|------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|--|-----|
| Produkt | ÖPNV | Zuweisungen vom Land | Einn. | 125.147 | 125.147 | 125.147 | 125.147 | 125.147 | Aufgabenträgerpauschale | 61 |
| Produkt | ÖPNV | Kosten Nahverkehrsplan | Ausg. | 65.000 | 65.000 | 65.000 | 65.000 | 65.000 | Umsetzung des Nahverkehrsplans Plan.z.Umsetzung u. Fortschreibung d. Nahverkehrsplans | 61 |
| Produkt | Investitionsförderung Verkehrsuntern. | Zuweisungen vom Land | Einn. | 820.000 | 820.000 | 820.000 | 820.000 | 820.000 | Investitionsförderung Land NW | 61 |
| Produkt | Investitionsförderung Verkehrsuntern. | So. Aufw. für besondere Finanzauszahl. | Ausg. | 820.000 | 820.000 | 820.000 | 820.000 | 820.000 | Weiterleitung Investitionsförderung Land NW | 61 |
| Produkt | OVAG Verkehrsunternehmen | Zuschüsse an verb. Unt., Bet., Sonderv. | Ausg. | 990.000 | 1.080.000 | 2.076.000 | 2.658.000 | 2.658.000 | Zuschuss OVAG ("Verlustabdeckung") | 61 |
| Produkt | VRS Zweckverband/GmbH | Verlustübernahme | Ausg. | 42.000 | 30.000 | 30.000 | 30.000 | 30.000 | Fehlbetragsabdeckung Verbund GmbH / VRS / Zweckverband VRS | 61 |

Einzelpositionen zum Haushalt 2010

Produktgruppe Natur und Landschaft und Wald, Forst- u. Landwirtschaft

| PSP/Kst | Bezeichnung | Kostenartenbezeichnung | Einn. / Ausg. | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Ansatz 2011 | Ansatz 2012 | Ansatz 2013 | Erläuterung | Amt |
|---------|----------------------------------|---------------------------------------|------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|---|-----|
| Produkt | Landschaftsplanung, -entwicklung | Eigenanteil Biologische Station (BSO) | Ausg. | 51.000 | 51.000 | 51.000 | 51.000 | 51.000 | Eigenanteil Biologische Station (BSO) | 61 |
| Produkt | Wald und Forstwirtschaft | Verkauf | Einn. | 418.000 | 450.000 | 450.000 | 450.000 | 450.000 | Einnahmen a. Holzverkauf, Verkauf v. Ökopunkten, usw. | 20 |

Produktgruppe Wirtschaftsförderung

| PSP/Kst | Bezeichnung | Kostenartenbezeichnung | Einn. / Ausg. | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Ansatz 2011 | Ansatz 2012 | Ansatz 2013 | Erläuterung | Amt |
|---------|-----------------------|------------------------------------|------------------|----------------|----------------|----------------|----------------|----------------|-----------------------------------|-----|
| Produkt | Verein Köln/Bonn e.V. | Beiträge zu Verbänden und Vereinen | Ausg. | 67.800 | 67.800 | 67.800 | 67.800 | 67.800 | Beitrag zum Verein "Köln/Bonn" eV | 80 |
| Produkt | GTC Gummersbach | Verlustübernahme | Ausg. | 8.000 | 8.000 | 8.000 | 8.000 | 8.000 | Defizitabdeckung GTC Gummersbach | 80 |

Entwicklung der Ausgaben im freiwilligen Aufgabenbereich

In den zurückliegenden Jahren war der Anteil der freiwilligen Ausgaben (Zuschussbedarf) nahezu konstant und betrug rd. 2,0 Mio. € p.a. Gemessen am Ausgabevolumen lag der Anteil der freiwilligen Ausgaben spürbar unter 1% der Ausgaben des Verwaltungshaushaltes.

Im früheren kameralen System wurde der Haushalt feingliedrig auf Basis der Haushaltstellen aufgestellt. Hierdurch konnten die freiwilligen Ausgaben einzeln gekennzeichnet und entsprechend ausgewertet werden. Im neuen NKF-Haushalt erfolgt die Darstellung der Finanzpositionen als aggregierter Wert auf Basis von vorgegebenen Ertrags- und Aufwandsarten. Eine Kennzeichnung und Ausweisung der freiwilligen Ausgabenanteile ist im NKF-Haushalt automatisiert nicht möglich, und wird von der eingesetzten Software SAP auch nicht unterstützt. Mit früheren Jahren vergleichbare Übersichten der freiwilligen Ausgaben können daher nur manuell – mit zeitlichem und personell erheblichem Aufwand - ermittelt werden. Durch die Arbeitsbelastung der Kämmerei mit der Systemumstellung war es bisher nicht möglich, entsprechende Übersichten zu erstellen. Nachfolgend sind die Entwicklung der freiwilligen Ausgaben in den zurückliegenden Jahren sowie die Ausgabeschwerpunkte dargestellt.

| Haushaltsjahr | freiwillige Ausgaben* (* Zuschussbedarf) | Ausgabevolumen VwH insgesamt* | Anteil der freiwilligen Ausgaben |
|---------------|---|-------------------------------|----------------------------------|
| | Mio.€ | Mio. € | in % |
| 2004 | 2,04 | 198,2 | 1,03% |
| 2005 | 2,01 | 234,1 | 0,86% |
| 2006 | 2,03 | 240,1 | 0,85% |
| 2007 | 2,02 | 264,9 | 0,76% |
| 2008 | 2,16 | 259,9 | 0,83% |
| 2009 | entspricht ca. dem Vorjahreswert | 269,8 | |
| 2010 | | 268,7 | |

* ab 2009 Summe der Aufwendungen im Ergebnisplan

Wesentliche Ausgabepositionen:

- Schloss Homburg
- Kreis- und Stadtbücherei
- Sportförderung (Jugendarbeit)
- Schulpsychologischer Dienst
- Förderung der Land- und Forstwirtschaft
- Förderung von Wirtschaft + Tourismus

Schulden (Investitions- und Kassenkredite)

| Investitionskredite | | | | |
|---------------------|--------------|-------------|---------------------|---|
| Jahr | Neuaufnahme | Tilgung | Stand Jahresende | Stand Jahresende (unter Berücksichtigung von Zwischenfinanzierungen über Kassenkredite)* |
| 2005 | 2.500.000 € | 1.766.000 € | 46.779.000 € | |
| 2006 | 1.200.000 € | 2.251.000 € | 45.728.000 € | |
| 2007 | 3.500.000 € | 2.133.000 € | 47.095.000 € | |
| 2008* | 1.600.000 € | 3.077.000 € | 45.618.000 € | 49.058.000 € |
| 2009* | 0 € | 2.523.012 € | 43.094.988 € | 50.026.512 € |
| Planung | | | | |
| 2010 | 13.541.780 € | 2.709.547 € | 53.927.221 € | 60.858.745 € |

* Hinweis:

Seit Mitte 2008 liegen die Kreditzinsen für Kredite mit kurzer Zinsbindungsfrist deutlich unter den Kreditzinsen für Kredite mit mehrjähriger Zinsbindungsfrist. Aus wirtschaftlichen Gründen wurden daher im Jahr 2008 Investitionen in Höhe von 3.440.000 € und im Jahr 2009 in Höhe von 3.491.524 € vorübergehend über Kassenkredite finanziert. Die Umwandlung in langfristige Investitionskredite erfolgt in Abhängigkeit von der weiteren Entwicklung der Zinssätze.

Der Stand der **Kassenkredite** betrug zum 31.12.2009 insgesamt **29,21 Mio. €**, davon **15,94 Mio. € Altfehlbeträge** aus dem früheren Haushaltssicherungskonzept (HSK) sowie 3,44 Mio. € für Investitionen aus dem Jahr 2008 und 3,491 Mio. € für Investitionen aus dem Jahr 2009 (Vorfinanzierung von Investitionskrediten über Kassenkredite aufgrund der Zinsstruktur).

Eckdaten

Haushaltsplan 2010 bis 2013

Stand: 18.03.2010
Version D5 / 2010

Eckdaten

| | | | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Plan 2011 | Plan 2012 | Plan 2013 |
|---|---|--|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| 1. Haushaltsvolumen / Zuschussbedarf | | | | | | | |
| 1.1 | E | Ordentliche Erträge (Hebesatz 2010 40,87 %) | 262.922.370 | 257.001.038 | 264.409.378 | 277.224.931 | 270.612.307 |
| | E | Finanzerträge | 811.054 | 771.033 | 911.023 | 911.023 | 911.023 |
| | E | Erträge gesamt: | 263.733.424 | 257.772.071 | 265.320.401 | 278.135.954 | 271.523.330 |
| 1.2 | A | Ordentliche Aufwendungen | 266.183.931 | 265.598.547 | 261.557.149 | 274.266.761 | 267.604.543 |
| | A | Zinsen u. ähnliche Aufwendungen | 3.708.374 | 3.563.300 | 3.643.700 | 3.609.400 | 3.580.000 |
| | A | Aufwendungen gesamt | 269.892.305 | 269.161.847 | 265.200.849 | 277.876.161 | 271.184.543 |
| 1.3 | | Saldo (1.1 - 1.2) Fehlbedarf/Überschuss | -6.158.881 | -11.389.776 | 119.552 | 259.793 | 338.787 |
| 1.4 | | Ausgleichsrücklage Anfang des Haushaltsjahres (fortgeschriebener Wert) | 17.650.000 | 11.450.000 | 60.224 | 179.776 | 439.569 |
| 1.5 | | Ausgleichsrücklage Ende des Haushaltsjahres (lt. Haushaltsplan 2009) | 11.450.000 | 60.224 | 179.776 | 439.569 | 778.356 |
| Wesentliche Erträge (E) und Aufwendungen (A) | | | | | | | |
| 2. Personalaufwand | | | | | | | |
| 2.1 | A | Personalaufwand | 44.449.380 | 46.432.387 | 46.609.267 | 46.977.580 | 47.235.181 |
| | A | davon Zuführung zu Pensionsrückstellung | 3.700.000 | 3.892.865 | 3.657.829 | 3.610.105 | 3.462.497 |
| 2.2 LVR-Umlage | | | | | | | |
| 2.2.1 | A | Landschaftsumlage | 53.428.860 | 51.635.849 | 49.530.474 | 51.701.059 | 54.089.881 |
| 2.2.2 | | LVR-Umlagehebesatz in % | 15,85 | 15,85 | 15,85 | 15,85 | 15,85 |
| 2.3 Soziales | | | | | | | |
| 2.3.1 | E | Zuweisung v. Land - Wohngeldentlastung | 4.672.000 | 3.394.000 | 3.394.000 | 3.394.000 | 3.394.000 |
| 2.3.2 | E | Leistungsbeteiligung Unterkunft u. Heizung (Ertrag) | 7.907.000 | 7.280.000 | 7.280.000 | 7.280.000 | 7.280.000 |
| 2.3.3 | E | Elternbeiträge Kindertageseinrichtung | 3.238.000 | 3.400.000 | 3.400.000 | 3.400.000 | 3.400.000 |
| 2.3.4 | A | Sozialhilfe an Personen auß. Einrichtungen | 11.550.000 | 12.602.000 | 12.572.000 | 12.542.000 | 12.512.000 |
| 2.3.5 | A | Sozialhilfe an Personen inn. Einrichtungen | 9.822.000 | 9.351.000 | 9.321.000 | 9.291.000 | 9.261.000 |
| 2.3.6 | A | Jugendhilfe an Personen/Träger auß. von Einrichtungen | 3.589.700 | 3.729.700 | 3.869.700 | 4.009.700 | 4.139.700 |
| 2.3.7 | A | Leist. d. Jugendhilfe an jur. Personen auß. von Einrichtungen | 3.452.000 | 3.160.000 | 2.868.000 | 2.876.000 | 2.884.000 |
| 2.3.8 | A | Jugendhilfe an Träger inn. von Einrichtungen | 11.188.100 | 11.490.100 | 11.542.100 | 11.844.100 | 12.146.100 |
| 2.3.9 | A | Sonstige soziale Leistungen | 881.159 | 782.710 | 782.710 | 782.710 | 782.710 |
| 2.3.10 | A | Leistungen nach dem UVG | 1.550.000 | 1.550.000 | 1.600.000 | 1.600.000 | 1.600.000 |
| 2.3.11 | A | Pflegewohngeld | 6.030.000 | 6.312.000 | 6.312.000 | 6.312.000 | 6.312.000 |
| 2.3.12 | A | Leistungsbeteiligung Unterkunft u. Heizung | 31.130.000 | 31.184.000 | 31.200.000 | 31.200.000 | 31.200.000 |
| 2.3.13 | A | Leistungsbeteiligung einmalige Leistungen | 550.000 | 627.000 | 627.000 | 627.000 | 627.000 |
| 2.3.13 | A | Zuwendungen - PG Hilfen z. Gesundheit | 1.249.664 | 1.189.664 | 1.189.664 | 1.189.664 | 1.189.664 |
| 2.3.14 | A | Zuwendungen - PG Kinder in Tageseinrichtungen | 25.696.000 | 24.800.000 | 25.161.000 | 25.530.000 | 25.902.000 |
| 2.3.15 | A | Zuwendungen - PG Jugenarbeit u. Familienförderung | 592.200 | 604.200 | 604.200 | 604.200 | 604.200 |
| 2.3.16 | A | Zuwendungen - PG Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien | 525.100 | 525.100 | 525.100 | 525.100 | 525.100 |
| 2.3.17 | A | Zuwendungen - PG Gesundheitsförderung | 564.000 | 633.000 | 641.000 | 649.000 | 657.000 |

Haushaltsplan 2010 bis 2013

Stand: 18.03.2010
Version D5 / 2010

Eckdaten

| | | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Plan 2011 | Plan 2012 | Plan 2013 |
|--------------------------------------|---|---|---|--------------------|--------------------|--------------------|
| 3. Erträge | | | | | | |
| 3.1 | E Schlüsselzuweisungen | 23.860.471 | 23.110.829 | 21.631.736 | 22.237.425 | 23.327.059 |
| | Veränderung gegenüber Vorjahr in % | | -3,14 | -6,40 | 2,80 | 4,90 |
| 3.2 Allgemeine Kreisumlage | | | | | | |
| 3.2.1 | Kreisumlagegrundlagen | 313.230.131 | 302.667.396 | 290.863.368 | 303.952.220 | 317.934.022 |
| | Veränderung gegenüber Vorjahr in % | | -3,37 | -3,90 | 4,50 | 4,60 |
| 3.2.2 | E Kreisumlageaufkommen | 123.725.901 | 123.700.165 | 135.251.466 | 137.386.403 | 138.937.168 |
| 3.3. Differenzierte Umlagen | | | | | | |
| 3.3.1 | Umlagegrundlagen Berufliche Schulen | 271.969.006 | 260.919.475 | 250.743.616 | 262.027.080 | 274.080.325 |
| 3.3.2 | Umlagegrundlagen Jugendamtumlage | 164.915.105 | 163.484.195 | 157.108.312 | 164.178.187 | 171.730.383 |
| 3.3.3 | Umlagegrundlagen Kreisvolkshochschule | 253.509.719 | 244.446.075 | 234.912.679 | 245.483.750 | 256.776.002 |
| 3.3.4 | E Aufkommen Berufl. Schulen | 6.562.770 | 5.109.272 | 5.442.676 | 6.292.834 | 6.545.794 |
| 3.3.5 | E Aufkommen Jugendamtumlage (einschl. VÄ + Nachzahlung RE 2008) | 39.238.182 | 36.548.543 | 35.859.486 | 36.498.508 | 37.200.469 |
| | <i>davon Auswirkung RE 2008 (Abschlag)</i> | 2.600.000 | | | | |
| 3.3.6 | E Aufkommen Kreisvolkshochschule | 531.918 | 652.016 | 714.228 | 730.855 | 741.923 |
| 3.4 Kreisumlagehebesätze in % | | | | | | |
| 3.4.1 | Allgemeiner Kreisumlage-Hebesatz | 39,5000 | 40,8700 | 46,5000 | 45,2000 | 43,7000 |
| 3.4.2 | Mehrbelastung Berufsschulwesen | 2,4131 | 1,9582 | 2,1706 | 2,4016 | 2,3883 |
| 3.4.3 | Mehrbelastung Jugendamt | 22,2164 | 22,3560 | 22,8247 | 22,2310 | 21,6621 |
| | zusätzlich für Abdeckung RE 2008 (2,6 Mio. €) | 1,5766 | | | | |
| | Zwischensumme Hebesatz Jugendamt | 23,7930 | | | | |
| 3.4.4 | Mehrbelastung KVHS | 0,2019 | 0,2667 | 0,3040 | 0,2977 | 0,2889 |
| 3.4.5 | Nachrichtlich: Allgemeiner Kreisumlage-Hebesatz einschl. Zuschlag i.H.v. 4,0 Mio. Euro p.a. ab 2010 zum Abbau der Altfehlbeträge aus dem bisherigen HSK (Überschussmodell) | auf eine Erhebung in 2009 wird verzichtet | auf eine Erhebung in 2010 wird verzichtet | 47,8700 | 46,5100 | entfällt |

Vermögensübersicht

| A K T I V A | | 31.12.2008 |
|--|--|----------------------|
| 1. Anlagevermögen | | |
| 1.1. Immaterielle Vermögensgegenstände | | |
| Summe Immat. Vermögensgegenstände | | 980.000 € |
| 980.000 € | | |
| 1.2. Sachanlagen | | |
| 1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte | | |
| 1.2.1.1 Grünflächen | | 660.000 € |
| 1.2.1.2 Ackerland | | 8.800 € |
| 1.2.1.3 Wald, Forsten | | 14.461.522 € |
| 1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke | | 0 € |
| 1.2.2 Beb. Grundstücke u. grundstücksgleiche Rechte | | 0 € |
| 1.2.2.1 Kinder- und Jugendeinrichtungen | | 0 € |
| 1.2.2.2 Schulen | | 54.884.857 € |
| 1.2.2.3 Wohnbauten | | 370.000 € |
| 1.2.2.4 Sonst. Dienst-, Geschäfts- u.a. Betriebsgebäuden | | 49.618.683 € |
| 1.2.3 Infrastrukturvermögen | | |
| 1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturverm. | | 6.659.124 € |
| 1.2.3.2 Brücken und Tunnel | | 8.559.536 € |
| 1.2.3.3 Gleisani. mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen | | |
| 1.2.3.4 Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlage | | |
| 1.2.3.5 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen | | 103.188.580 € |
| 1.2.3.6 Sonst. Bauten des Infrastrukturvermögens | | 12.500 € |
| 1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden | | 1.559.109 € |
| 1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler | | 1.785.543 € |
| 1.2.6 Maschinen u. techn. Anlagen, Fahrzeuge | | 2 € |
| 1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung | | 1.500.000 € |
| 1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau | | 1.401.498 € |
| Summe Sachanlagen | | 244.669.754 € |
| 1.3. Finanzanlagen | | |
| 1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen | | |
| 1.3.2 Beteiligungen | | 24.994.879 € |
| 1.3.3 Sondervermögen | | |
| 1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens | | |
| 1.3.5 Ausleihungen | | |
| 1.3.5.1 an verbundene Unternehmen | | |
| 1.3.5.2 an Beteiligungen | | |
| 1.3.5.3 an Sondervermögen | | |
| 1.3.5.4 Sonstige Ausleihungen | | 8.960 € |
| Summe Finanzanlagen | | 25.003.839 € |
| Summe Anlagevermögen | | 270.653.593 € |
| 2. Umlaufvermögen | | |
| 2.1 Vorräte | | |
| 2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren | | 35.729 € |
| 2.1.2 Geleistete Anzahlungen | | 0 € |
| Summe Vorräte | | 35.729 € |
| Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | | |
| 2.2.1 Öffentl.-rechtliche Ford. und Ford. aus Transferleistungen | | |
| 2.2.1.1 Gebühren | | 2.369.566 € |
| 2.2.1.2 Beiträge | | 0 € |
| 2.2.1.3 Steuern | | 11.304 € |
| 2.2.1.4 Transferleistungen | | 349.438 € |
| 2.2.1.5 Sonstige öff.-rech. Forderungen | | 1.682.511 € |
| 2.2.2 Privatrechtliche Forderungen | | |
| 2.2.2.1 gegen dem privaten Bereich | | -2.556.721 € |
| 2.2.2.2 gegen dem öffentlichen Bereich | | |
| 2.2.2.3 gegen verbundene Unternehmen | | 2.049 € |
| 2.2.2.4 gegen Beteiligungen | | |
| 2.2.2.5 gegen Sondervermögen | | |
| 2.2.3 Sonst. Vermögensgegenstände | | 3.688.873 € |
| Summe Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände | | 5.547.021 € |
| 2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens | | |
| Summe Wertpapiere des Umlaufvermögens | | 0 € |
| 2.4 Liquide Mittel | | |
| Summe Liquide Mittel | | 8.287.802 € |
| Summe Umlaufvermögen | | 13.870.551 € |
| 3. Aktive Rechnungsabgrenzung | | |
| Summe Aktive Rechnungsabgrenzung | | 15.701.277 € |
| Summe Aktiva | | 300.225.421 € |

| P A S S I V A | | 31.12.2008 |
|---|--|-----------------------|
| 1. Eigenkapital | | |
| 1.1 Allgemeine Rücklage | | 35.275.316 € |
| Summe Allgem. Rücklage | | 35.275.316 € |
| 1.2 Sonderrücklagen | | |
| Summe Sonderrücklagen | | |
| 1.3 Ausgleichsrücklage | | 17.637.658 € |
| Summe Ausgleichsrücklage | | 17.637.658 € |
| 1.4 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag | | |
| Summe Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag | | |
| Bilanzergebnis - Verlust | | |
| Summe Eigenkapital | | 52.912.974 € |
| 2. Sonderposten | | |
| 2.1 für Zuwendungen | | 43.943.242 € |
| Summe Zuwendungen | | 43.943.242 € |
| 2.2 für Beiträge | | 0 € |
| Summe Beiträge | | 0 € |
| 2.3 für den Gebührengleich | | 2.250.000 € |
| Summe Gebührengleich | | 2.250.000 € |
| 2.4 Sonstige Sonderposten | | |
| Summe Sonstige Sonderposten | | 0 € |
| Summe Sonderposten | | 46.193.242 € |
| 3. Rückstellungen | | |
| 3.1 Pensionsrückstellungen | | 116.904.286 € |
| Summe Pensionsrückstellungen | | 116.904.286 € |
| 3.2 Rückst. für Deponien u. Altlasten | | 190.000 € |
| Summe Rückst. für Deponie u. Altlasten | | 190.000 € |
| 3.3 Instandhaltungsrückstellungen | | |
| Summe Instandhaltungsrückstellungen | | 0 € |
| 3.4 Sonstige Rückstellungen | | 5.886.447 € |
| Summe Sonstige Rückstellungen | | 5.886.447 € |
| Summe Rückstellungen | | 122.980.733 € |
| 4. Verbindlichkeiten | | |
| 4.2 Verbindlichk. aus Krediten f. Investit. | | |
| 4.2.1 von verbundenen Unternehmen | | |
| 4.2.2 von Beteiligungen | | |
| 4.2.3 von Sondervermögen | | |
| 4.2.4 vom öffentlichen Bereich | | 45.618.397 € |
| 4.2.5 vom privaten Kreditmarkt | | |
| Summe Verbindlichk. Krediten f. Investitionen | | 45.618.397 € |
| 4.3 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung | | 29.025.000 € |
| Summe Verbindlichk. aus Krediten zur Liquiditätssicherung | | 29.025.000 € |
| 4.4 Verbindlichk. aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftl. Gleich | | |
| Summe Verbindlichk. aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftl. | | 0 € |
| 4.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | | 113.813 € |
| Summe Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | | 113.813 € |
| 4.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen | | |
| Summe Verbindlichk. aus Transferleistungen | | 0 € |
| 4.7 Sonstige Verbindlichkeiten | | 3.381.262 € |
| Summe Sonstige Verbindlichkeiten | | 3.381.262 € |
| Summe Verbindlichkeiten | | 78.138.472 € |
| 5. Passive Rechnungsabgrenzung | | |
| Summe Rechnungsabgrenzungsposten | | 0 € |
| Summe Passiva (Zwischensumme ohne EK) | | -247.312.447 € |
| Summe Passiva | | 300.225.421 € |

Entwicklung des Eigenkapitals

Das Neue kommunale Finanzmanagement (NKF) sieht u.a. vor, dass das Eigenkapital der Kommune dauerhaft erhalten werden soll, damit die Kommune die erforderliche Substanz zur stetigen Erledigung ihrer Aufgaben wahr. Das Eigenkapital ist unterteilt und zu 1/3 in der Position „Ausgleichsrücklage“ und zu 2/3 in der Position „Allgemeine Rücklage“ ausgewiesen. Hintergrund dieser Regelung ist der Umstand, dass durch das NKF zusätzliche Belastungen gegenüber der Kameralistik auf die Kommunen zugekommen sind (z.B. müssen auch Abschreibungen und Pensionsrückstellungen erwirtschaftet werden). Der Gesetzgeber erlaubt zur Abfederung dieser Zusatzbelastungen einen Einsatz der Ausgleichsrücklage zum Haushaltsausgleich. Obwohl hierdurch auch Eigenkapital verzehrt wird, gilt der Haushalt bei einer Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage fiktiv als ausgeglichen. Daneben hat die Ausgleichsrücklage eine Pufferfunktion, da der Rücklage Überschüsse im Rechnungsergebnis wieder zugeführt werden können, um Schwankungen zwischen Haushaltsjahren auszugleichen.

Sofern die allgemeine Rücklage in Anspruch genommen wird, unterliegt der Haushalt einem Genehmigungsvorbehalt der Aufsichtsbehörde. Je nach Höhe der Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage besteht darüber hinaus die Verpflichtung, ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) aufzustellen. Diese Verpflichtung besteht, wenn die allgemeine Rücklage in einem Haushaltsjahr zu mehr als 25% in Anspruch genommen wird, die Haushaltsplanung vorsieht, in zwei aufeinanderfolgenden Jahren die allgemeine Rücklage um mehr als 5% zu beanspruchen oder wenn die allgemeine Rücklage innerhalb des Finanzplanungszeitraums vollständig aufgezehrt wird.

Die Höhe des Eigenkapitals ergibt sich aus der Bilanz des Kreises. Für die Eröffnungsbilanz des Kreises muss das gesamte Vermögen des Kreises vollständig erfasst, zum Stichtag 01.01.2009 bewertet und den Schulden gegenüber gestellt werden. Da diese Arbeiten noch nicht abgeschlossen sind, berechnet sich die Höhe der Ausgleichsrücklage momentan noch nach der fortgeschriebenen „Vermögensübersicht“ des Kreises.

Zu Beginn des Haushaltsjahres 2009 wurde ein vorläufiges Eigenkapital von rd. 48,6 Mio. € ermittelt, so dass die vorläufige Ausgleichsrücklage (1/3 des Eigenkapitals) mit 16,2 Mio. € ausgewiesen wurde. In der Fortschreibung der Erfassung und Bewertung des Vermögens haben sich Veränderungen ergeben, so dass der fortgeschriebene Wert des Eigenkapitals (Stand März 2010) rd. 52,9 Mio. € und die aktualisierte Höhe der Ausgleichsrücklage rd. 17,65 Mio. € beträgt. Nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung ist bei der Vermögenswertermittlung nach dem Vorsichtsprinzip im Zweifel immer der geringere Vermögenswert anzusetzen. Die Veränderungen resultieren aus Werten, die zunächst nur vorläufig berechnet werden konnten oder vorsichtig geschätzt werden mussten und nun zum Stichtag 01.01.2009 im Rahmen der Fortschreibung konkret berechnet bzw. gutachterlich ermittelt wurden. Da der Oberbergische Kreis im Jahr 2009 bereits den Einsatz von rd. 6,2 Mio. € der Ausgleichsrücklage zum Haushaltsausgleich geplant hat, beträgt der fortgeschriebene Bestand der Ausgleichsrücklage noch rd. 11,45 Mio. €. Die prognostizierte Verbesserung im vorläufigen Rechnungsergebnis 2009 bleibt bis zur endgültigen Feststellung zunächst unberücksichtigt und wird erst mit der Fortschreibung der Finanzplanung in die Berechnung einfließen. Bis zur endgültigen Aufstellung der Eröffnungsbilanz ist noch von weiteren Veränderungen in der Bilanz auszugehen. Es wird jedoch erwartet, dass sich die Werte eher noch erhöhen als verringern.

In der nachfolgenden Übersicht ist die Entwicklung der Ausgleichsrücklage und der Allgemeinen Rücklage im Finanzplanungszeitraum dargestellt. Gleichzeitig ist ausgewiesen, ob der Haushalt nach derzeitigen Erkenntnissen im Finanzplanungszeitraum der Genehmigung der Aufsichtsbehörde unterliegt bzw. ob die Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushalts sicherungskonzepts besteht.

| Entwicklung des Eigenkapitals (Stand: 18.03.2010) | | | | | | |
|--|--------------------|-----------------|--------------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| | | 2009 TEUR | 2010 TEUR | 2011 TEUR | 2012 TEUR | 2013 TEUR |
| Erträge (insgesamt) | | 263.733.424 | 257.772.071 | 265.320.401 | 278.135.954 | 271.523.330 |
| Aufwendungen (insgesamt) | | 269.892.305 | 269.161.847 | 265.200.849 | 277.876.161 | 271.184.543 |
| Jahresergebnis (lt. Ergebnisplan) | | -6.158.881 | -11.389.776 | 119.552 | 259.793 | 338.787 |
| Ausgleichsrücklage | Anfangsbestand | rd.17.650.000 | 11.450.000 | 60.224 | 179.776 | 439.569 |
| | Verringerung (-) | -6.158.881 | -11.351.653 | 119.552 | 259.793 | 338.787 |
| | Zuführung | | | | | |
| | Schlussbestand | rd.11.450.000 | 60.224 | 179.776 | 439.569 | 778.356 |
| Haushaltsausgleich (ja/nein) | | ja | ja | ja | ja | ja |
| Allgemeine Rücklage | Anfangsbestand | 35.275.000 | 35.275.000 | 35.275.000 | 35.275.000 | 35.275.000 |
| | Verringerung (-) | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| | Verringerung in % | 0,0% | 0,0% | 0,0% | 0,0% | 0,0% |
| | Zuführung | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |
| | Schlussbestand | 35.275.000 | 35.275.000 | 35.275.000 | 35.275.000 | 35.275.000 |
| Genehmigung für Verringerung (ja/nein) | | entfällt | entfällt | entfällt | entfällt | entfällt |
| Haushalts- sicherungs- konzept | Verringerung > 25% | nein | nein | nein | nein | nein |
| | Verringerung 2*>5% | nein | nein | nein | nein | nein |
| | Allg. Rücklage <=0 | nein | nein | nein | nein | nein |
| Genehmigung für Verringerung und HSK | | nein | nein | nein | nein | nein |

Bei Kreisen besteht die Besonderheit, dass ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) von der Aufsichtsbehörde nur genehmigt wird, wenn die in einem HSK ausgewiesenen Fehlbedarfe in einem Zeitraum von 3 Jahren im wesentlichen durch echte Einsparungen im Kreishaushalt ausgeglichen werden können und der Haushaltsausgleich nicht bloß durch eine Stundung/Erhöhung der Kreisumlage zu späterer Zeit erreicht wird.

Haushaltsplan



Inhaltsverzeichnis

| Produktbereich | Produktgruppe | Bezeichnung | Seitenzahl |
|---------------------------|-------------------------------|--|------------|
| Gesamtergebnisplan | | | 1 |
| Gesamtfinanzplan | | | 3 |
| 1.01 | Innere Verwaltung | | 6 |
| | 1.01.01 | Politische Gremien | 9 |
| | 1.01.02 | Verwaltungsführung | 13 |
| | 1.01.03 | Gleichstellung von Mann und Frau | 18 |
| | 1.01.04 | Beschäftigtenvertretung | 22 |
| | 1.01.05 | Rechnungsprüfung | 26 |
| | 1.01.06 | Zentrale Dienste | 33 |
| | 1.01.07 | Presse- und Öffentlichkeitsarbeit | 49 |
| | 1.01.08 | Personalmanagement | 53 |
| | 1.01.09 | Finanzmanagement u. Rechnungswesen | 61 |
| | 1.01.10 | Organisationsangelegenh. u. technikerunterstützte Informationsverarbeitung | 68 |
| | 1.01.11 | Recht | 76 |
| | 1.01.12 | Grundstücks- und Gebäudemanagement | 80 |
| | 1.01.13 | Technisches Immobilienmanagement | 88 |
| | 1.01.14 | Kommunalaufsicht | 91 |
| | 1.01.15 | Kreispolizeibehörde | 94 |
| 1.02 | Sicherheit und Ordnung | | 98 |
| | 1.02.01 | Ordnungsbedürftige Tätigkeiten | 101 |
| | 1.02.02 | Verbraucherschutz | 108 |
| | 1.02.03 | Tiergesundheit | 114 |
| | 1.02.04 | Verkehrsangelegenheiten | 120 |
| | 1.02.05 | Fahr- und Beförderungserlaubnisse | 130 |
| | 1.02.06 | Kfz-Angelegenheiten | 134 |
| | 1.02.07 | Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen | 141 |
| | 1.02.08 | Statistik | 149 |
| | 1.02.09 | Wahlen | 153 |
| | 1.02.10 | Bevölkerungsschutz | 157 |
| | 1.02.11 | Rettungsdienst | 171 |

| Produktbereich | Produktgruppe | Bezeichnung | Seitenzahl |
|----------------|---|--|------------|
| 1.03 | Schulträgeraufgaben | | 183 |
| | 1.03.01 | Förderschulen | 185 |
| | 1.03.02 | Berufskollegs | 194 |
| | 1.03.03 | Schülerbeförderung | 203 |
| | 1.03.04 | Sonstige schulische Aufgaben | 206 |
| 1.04 | Kultur und Wissenschaft | | 215 |
| | 1.04.01 | Kommunale Veranstaltungen / Kulturförderung | 217 |
| | 1.04.02 | Volkshochschule | 222 |
| | 1.04.03 | Museum | 231 |
| | 1.04.04 | Heimatbildstelle | 238 |
| 1.05 | Soziale Leistungen | | 242 |
| | 1.05.01 | Unterstützung von Senioren | 245 |
| | 1.05.02 | Hilfen z. Gesundheit, bei Behinderung, bei Pflegebedürftigkeit u. in anderen Lebenslagen | 251 |
| | 1.05.03 | Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen | 258 |
| | 1.05.04 | Betreuungsleistungen | 267 |
| 1.06 | Kinder-, Jugend- und Familienhilfe | | 273 |
| | 1.06.01 | Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege | 276 |
| | 1.06.02 | Jugendarbeit und Familienförderung | 284 |
| | 1.06.03 | Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien | 295 |
| | 1.06.04 | Leistungen nach dem Bundeselterngeldgesetz | 330 |
| 1.07 | Gesundheitsdienste | | 334 |
| | 1.07.01 | Gesundheitsförderung | 336 |
| | 1.07.02 | Gutachten und Stellungnahmen | 343 |
| | 1.07.03 | Gesundheitshilfe | 347 |
| | 1.07.04 | Gesundheitsschutz | 351 |
| 1.08 | Sportförderung | | 357 |
| | 1.08.01 | Sportförderung | 359 |

| Produktbereich | Produktgruppe | Bezeichnung | Seitenzahl |
|----------------|--|--|------------|
| 1.09 | Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen | | 363 |
| | 1.09.01 | Räumliche Planung | 365 |
| | 1.09.02 | Vermessung, Erhebung und Führung von Geobasisdaten | 373 |
| | 1.09.03 | Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement | 384 |
| | 1.09.04 | Grundstückswertermittlung | 391 |
| 1.10 | Bauen und Wohnen | | 395 |
| | 1.10.01 | Maßnahmen der Bauaufsicht | 397 |
| | 1.10.02 | Denkmalschutz u. Denkmalpflege | 403 |
| | 1.10.03 | Wohnungsbauförderung | 406 |
| | 1.10.04 | Wohnraumsicherung und -versorgung | 410 |
| | 1.10.05 | Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht | 414 |
| 1.12 | Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV | | 418 |
| | 1.12.01 | Öffentliche Verkehrsflächen | 420 |
| | 1.12.02 | ÖPNV | 437 |
| 1.13 | Natur- und Landschaftspflege | | 441 |
| | 1.13.01 | Natur und Landschaft | 444 |
| | 1.13.02 | Wald, Forst- und Landwirtschaft | 453 |
| 1.14 | Umweltschutz | | 459 |
| | 1.14.01 | Bodenschutz, Altlasten, Abfall, Immissionen und Wasser | 461 |
| 1.15 | Wirtschaft und Tourismus | | 470 |
| | 1.15.01 | Wirtschaftsförderung | 472 |
| | 1.15.02 | Tourismus | 476 |
| 1.16 | Allgemeine Finanzwirtschaft | | 481 |
| | 1.16.01 | Steuern, allg. Zuweisungen und Umlagen | 483 |
| | 1.16.02 | Sonstige allg. Finanzwirtschaft | 486 |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:



| Gesamtergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|--------------------|---|------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|
| 1 | Steuern und ähnliche Abgaben | | -4.972.000 | -3.671.004 | -3.538.043 | -3.460.481 | -3.394.000 |
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -215.883.930 | -206.591.039 | -216.003.930 | -220.344.672 | -224.152.120 |
| 3 | + Sonstige Transfererträge | | -3.877.250 | -4.099.350 | -4.134.350 | -4.169.350 | -4.204.350 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -19.068.722 | -19.591.014 | -19.673.944 | -19.829.567 | -20.005.876 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -1.165.800 | -1.265.220 | -1.265.320 | -1.265.420 | -1.265.520 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -15.310.748 | -18.876.211 | -16.885.991 | -25.247.041 | -14.681.441 |
| 7 | + Sonstige ordentliche Erträge | | -2.643.920 | -2.907.200 | -2.907.800 | -2.908.400 | -2.909.000 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -262.922.370 | -257.001.038 | -264.409.378 | -277.224.931 | -270.612.307 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 44.449.380 | 46.432.387 | 46.609.267 | 46.977.580 | 47.235.181 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 36.946.347 | 34.865.573 | 31.055.940 | 40.483.005 | 30.066.801 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 7.582.017 | 7.707.028 | 8.147.531 | 8.603.128 | 9.055.129 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 135.605.509 | 133.878.220 | 132.748.345 | 135.962.130 | 139.120.252 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 41.600.678 | 42.715.339 | 42.996.066 | 42.240.918 | 42.127.180 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 266.183.931 | 265.598.547 | 261.557.149 | 274.266.761 | 267.604.543 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 3.261.561 | 8.597.509 | -2.852.229 | -2.958.170 | -3.007.764 |
| 19 | + Finanzerträge | | -811.054 | -771.033 | -911.023 | -911.023 | -911.023 |
| 20 | - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | | 3.708.374 | 3.563.300 | 3.643.700 | 3.609.400 | 3.580.000 |
| 21 | = Finanzergebnis (= Zeilen 19 und 20) | | 2.897.320 | 2.792.267 | 2.732.677 | 2.698.377 | 2.668.977 |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:



| Gesamtergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|---------------------------|--|--------------------------|------------------------|------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (Zeilen 18 und 21) | | 6.158.881 | 11.389.776 | -119.552 | -259.793 | -338.787 |
| 26 | = Jahresergebnis (= Zeilen 22 und 25) | | 6.158.881 | 11.389.776 | -119.552 | -259.793 | -338.787 |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:



| Gesamtfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|---------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|
| 1 | Steuern und ähnliche Abgaben | | -4.972.000 | -3.671.004 | -3.538.043 | -3.460.481 | -3.394.000 |
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -214.931.282 | -205.643.098 | -214.974.415 | -219.225.698 | -222.963.986 |
| 3 | + Sonstige Transfereinzahlungen | | -3.877.250 | -4.099.350 | -4.134.350 | -4.169.350 | -4.204.350 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -19.068.722 | -19.591.014 | -19.673.944 | -19.829.567 | -20.005.876 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -1.165.800 | -1.265.220 | -1.265.320 | -1.265.420 | -1.265.520 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -15.310.748 | -18.876.211 | -16.885.991 | -25.247.041 | -14.681.441 |
| 7 | + Sonstige Einzahlungen | | -2.643.150 | -2.907.200 | -2.907.800 | -2.908.400 | -2.909.000 |
| 8 | + Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen | | -811.054 | -771.033 | -911.023 | -911.023 | -911.023 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -262.780.006 | -256.824.130 | -264.290.886 | -277.016.980 | -270.335.196 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 40.749.380 | 42.539.522 | 42.951.438 | 43.367.475 | 43.772.684 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 36.946.347 | 34.865.573 | 31.055.940 | 40.483.005 | 30.066.801 |
| 13 | - Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen | | 3.708.374 | 3.563.300 | 3.643.700 | 3.609.400 | 3.580.000 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 135.605.509 | 133.878.220 | 132.748.345 | 135.962.130 | 139.120.252 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 40.780.678 | 41.895.339 | 42.176.066 | 41.420.918 | 41.307.180 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 257.790.288 | 256.741.954 | 252.575.489 | 264.842.928 | 257.846.917 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (9 ./ 16) | | -4.989.718 | -82.176 | -11.715.397 | -12.174.052 | -12.488.279 |
| 18 | + Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | | -4.726.720 | -10.049.097 | -9.519.097 | -3.466.097 | -3.764.097 |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:



| Gesamtfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|--|---------------|-------------------|--------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| 19 | + Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen | | -408.100 | -3.500 | -3.500 | -3.500 | -3.500 |
| 23 | = Einzahlungen aus Investitionstätigkeit | | -5.134.820 | -10.052.597 | -9.522.597 | -3.469.597 | -3.767.597 |
| 24 | - Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken/Gebäuden | | 289.000 | 352.000 | 205.000 | 375.000 | 270.000 |
| 25 | - Auszahlungen für Baumaßnahmen | | 9.062.000 | 15.940.000 | 15.520.000 | 5.140.000 | 4.925.000 |
| 26 | - Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen | | 1.739.015 | 3.153.377 | 2.497.027 | 1.713.227 | 2.511.426 |
| 27 | - Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen | | | 30.000 | | | |
| 28 | - Auszahlungen für Erwerb von aktivierbaren Zuwendungen | | | 4.115.000 | 550.000 | 550.000 | 550.000 |
| 29 | - Sonstige Investitionsauszahlungen | | | 4.000 | 4.000 | 4.000 | 4.000 |
| 30 | = Auszahlungen aus Investitionstätigkeiten | | 11.090.015 | 23.594.377 | 18.776.027 | 7.782.227 | 8.260.426 |
| 31 | = Saldo aus Investitionstätigkeit (Zeilen 23 und 30) | | 5.955.195 | 13.541.780 | 9.253.430 | 4.312.630 | 4.492.829 |
| 32 | = Finanzmittelüberschuß / -fehlbetrag (17 und 31) | | 965.477 | 13.459.604 | -2.461.967 | -7.861.422 | -7.995.450 |
| 33 | + Aufnahme und Rückflüsse von Darlehen | | -3.491.524 | -13.541.780 | -9.253.430 | -4.312.630 | -4.492.829 |
| 34 | - Tilgung und Gewährung von Darlehen | | 2.526.047 | 2.709.547 | 2.903.555 | 3.210.200 | 3.215.700 |
| 35 | = Saldo aus Finanzierungstätigkeit | | -965.477 | -10.832.233 | -6.349.875 | -1.102.430 | -1.277.129 |
| 36 | = Änderung des Bestands an eigenen Finanzmitteln (= Zeilen 32 und 35) | | | 2.627.371 | -8.811.842 | -8.963.852 | -9.272.579 |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:



| Gesamtfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|--|------------------|----------------|----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 38 | = Liquide Mittel (= Zeilen 36 und 37) | | | 2.627.371 | -8.811.842 | -8.963.852 | -9.272.579 |

Haushaltsplan 2010

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -43.162 | -12.924 | -56.180 | -110.363 | -132.216 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -162.500 | -185.050 | -185.050 | -185.050 | -185.050 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -439.500 | -357.270 | -357.270 | -357.270 | -357.270 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -240.790 | -1.735.190 | -907.190 | -237.190 | -235.190 |
| 7 | + Sonstige ordentliche Erträge | | -240.370 | -296.950 | -296.950 | -296.950 | -296.950 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -1.126.322 | -2.587.384 | -1.802.640 | -1.186.823 | -1.206.676 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 10.388.459 | 10.742.726 | 10.771.041 | 10.854.378 | 10.909.859 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 6.295.485 | 7.480.473 | 5.582.768 | 5.596.402 | 5.563.643 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 3.241.183 | 3.157.343 | 3.259.117 | 3.443.952 | 3.607.218 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 87.290 | 89.790 | 367.290 | 89.790 | 87.290 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 3.012.723 | 3.321.758 | 3.283.188 | 3.285.636 | 3.296.528 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 23.025.140 | 24.792.090 | 23.263.404 | 23.270.158 | 23.464.538 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 21.898.818 | 22.204.706 | 21.460.764 | 22.083.335 | 22.257.862 |
| 19 | + Finanzerträge | | -810.054 | -770.010 | -910.000 | -910.000 | -910.000 |
| 21 | = Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20) | | -810.054 | -770.010 | -910.000 | -910.000 | -910.000 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 21.088.764 | 21.434.696 | 20.550.764 | 21.173.335 | 21.347.862 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 21.088.764 | 21.434.696 | 20.550.764 | 21.173.335 | 21.347.862 |
| 27 | + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | -9.588.121 | -9.045.291 | -8.771.354 | -9.259.659 | -9.393.752 |

Haushaltsplan 2010

1.01 Innere Verwaltung



verantwortlich:

| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 31.613 | 40.061 | 40.059 | 40.620 | 40.894 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 11.532.256 | 12.429.466 | 11.819.468 | 11.954.296 | 11.995.004 |

Haushaltsplan 2010

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|-------------------|-------------------|--|-------------------|-------------------|-------------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -162.500 | -185.050 | | -185.050 | -185.050 | -185.050 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -439.500 | -357.270 | | -357.270 | -357.270 | -357.270 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -253.890 | -1.697.890 | | -899.890 | -249.890 | -247.890 |
| 7 | + Sonstige Einzahlungen | | -239.600 | -296.950 | | -296.950 | -296.950 | -296.950 |
| 8 | + Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen | | -810.054 | -770.010 | | -910.000 | -910.000 | -910.000 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -1.905.544 | -3.307.170 | | -2.649.160 | -1.999.160 | -1.997.160 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 16.831.471 | 17.377.059 | | 17.550.549 | 17.725.773 | 17.902.752 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 6.290.735 | 7.712.374 | | 5.899.695 | 5.934.360 | 5.902.636 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 86.790 | 110.790 | | 388.290 | 110.790 | 108.290 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 5.782.174 | 6.422.072 | | 6.239.231 | 6.280.124 | 6.342.859 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 28.991.170 | 31.622.295 | | 30.077.765 | 30.051.047 | 30.256.537 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 27.085.626 | 28.315.125 | | 27.428.605 | 28.051.887 | 28.259.377 |
| 19 | + Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen | | -390.000 | | | | | |
| 23 | = investive Einzahlungen | | -390.000 | | | | | |
| 26 | - Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen | | 623.400 | 432.050 | | 428.200 | 429.400 | 430.600 |
| 30 | = investive Auszahlungen | | 623.400 | 432.050 | | 428.200 | 429.400 | 430.600 |
| 31 | = Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung) | | 233.400 | 432.050 | | 428.200 | 429.400 | 430.600 |



Beschreibung

- Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Sitzungen politischer Gremien
- Unterstützung und Beratung von Fraktionen, Gruppen und Mitgliedern der Gremien
- Koordination der Ausschussarbeit

Auftragsgrundlage

Kreisordnung, Gemeindeordnung, Hauptsatzung für den Oberbergischen Kreis, Geschäftsordnung für den Kreistag des Oberbergischen Kreises, Entschädigungsverordnung, Mitteilungsverordnung

Ziele

fristgerechte Planung und Durchführung von Sitzungen
zeitnahe Nachbereitung von Sitzungen

Zielgruppen

Kreistagsmitglieder, sachkundige Bürger, Parteien, Fraktionen und Gruppen

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Allg. Vertreter d. LR

1.01 Innere Verwaltung

1.01.01 Politische Gremien



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|----------------|----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 11 | - Personalaufwendungen | | 60.088 | 63.065 | 63.096 | 63.544 | 63.778 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 2.290 | 4.790 | 2.290 | 4.790 | 2.290 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 586.881 | 622.212 | 618.189 | 624.893 | 627.877 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 649.259 | 690.068 | 683.576 | 693.227 | 693.944 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 649.259 | 690.068 | 683.576 | 693.227 | 693.944 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 649.259 | 690.068 | 683.576 | 693.227 | 693.944 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 649.259 | 690.068 | 683.576 | 693.227 | 693.944 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 146.356 | 135.205 | 120.751 | 121.933 | 122.655 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 795.615 | 825.273 | 804.326 | 815.160 | 816.600 |



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Politische Gremien

Über die Produktgruppe *Politische Gremien* werden die Kosten von Kreistag, Ausschüssen, Fraktionen und sonstigen Sitzungen abgewickelt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In der Kontengruppe *Transferaufwendungen* ist der laufende Zuschuss an die Nachwuchsorganisationen der im Kreistag vertretenen politischen Parteien abgebildet, sowie die Kosten des Förderpreises und des Vorlesewettbewerbs (Kst. 1410 u 1412).

Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* beinhaltet die Aufwandsentschädigungen für stellvertretende Landräte und Fraktionsvorsitzende (vgl. KrO i. V. m. Entschädigungsverordnung), die Entschädigungen der Kreistagsmitglieder und die der sachkundigen Bürger sowie die Zuwendungen an Kreistagsfraktionen. Die Höhe der Mittelanmeldungen können sich durch Neuordnung nach einer Kreistagswahl und einer Reduzierung bzw. Erhöhung der Kreistagsmitglieder sowie durch eine abweichende Zahl der Fraktionen verändern oder durch einen entsprechenden Kreistagsbeschluss. Des weiteren werden in dieser Kontengruppe Kosten wie Ehrungen, Jubiläen, Empfänge, Gästebewirtung und sonstige Kosten im Zusammenhang mit Kreistags- und Ausschusssitzungen und die Kosten der Erstellung des Sozialberichts (Kostenart 542900) verausgabt.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Allg. Vertreter d. LR

1.01 Innere Verwaltung

1.01.01 Politische Gremien



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|-----------------------|---|--------------------------|------------------------|------------------------|---|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| 10 | - Personalauszahlungen | | 37.739 | 39.980 | | 40.379 | 40.783 | 41.191 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 1.790 | 1.790 | | 1.790 | 1.790 | 1.790 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 591.960 | 620.002 | | 568.002 | 573.675 | 575.635 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 631.489 | 661.772 | | 610.171 | 616.248 | 618.616 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 631.489 | 661.772 | | 610.171 | 616.248 | 618.616 |



Beschreibung

- Entwurf und Vorgabe von Richtlinien zur Führung der Verwaltung
- strategische Planung und Koordination der Verwaltungsziele
- Erstellung von Vorgaben zur Erreichung operativer Ziele
- Aufstellung und Anpassung einer Verwaltungsstruktur
- Durchführung eines Zielcontrollings
- am Bürger orientiertes Ausrichten des Verwaltungshandelns

Auftragsgrundlage

Dienstanweisungen, Organisationsverfügungen

Ziele

Zielgruppen

Bedienstete, Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Allg. Vertreter d. LR

1.01 Innere Verwaltung

1.01.02 Verwaltungsführung



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|------------------|-------------------|------------------|------------------|------------------|
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -13.000 | -13.000 | -13.000 | -13.000 | -13.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | | -100.000 | -70.000 | | |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -13.000 | -113.000 | -83.000 | -13.000 | -13.000 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 1.096.628 | 1.242.104 | 1.243.624 | 1.252.705 | 1.257.922 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | | 207.080 | 70.082 | 85 | 13.087 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 1.971 | 1.264 | 1.332 | 1.401 | 1.471 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 35.751 | 51.829 | 51.631 | 51.779 | 51.967 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 1.134.350 | 1.502.277 | 1.366.669 | 1.305.970 | 1.324.447 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 1.121.350 | 1.389.277 | 1.283.669 | 1.292.970 | 1.311.447 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 1.121.350 | 1.389.277 | 1.283.669 | 1.292.970 | 1.311.447 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 1.121.350 | 1.389.277 | 1.283.669 | 1.292.970 | 1.311.447 |
| 27 | + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | -1.047.980 | -1.112.422 | -1.114.042 | -1.122.444 | -1.127.603 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 10.756 | 38.482 | 37.772 | 38.527 | 38.902 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 84.127 | 315.337 | 207.399 | 209.053 | 222.746 |

**Planerläuterung zum Teilergebnisplan Verwaltungsführung**

Über die Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* wird die Abführung von Einnahmen aus Nebentätigkeiten und die Erstattung für Kfz-Nutzung abgewickelt.

In der Kontengruppe *Kostenerstattung und Kostenumlage* werden Zuschüsse zu den Projekten Gewaltprävention an Schulen und Weitblick dargestellt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Unter *Sonstige Sach- und Dienstleistungen* werden die Kosten des Projektes Gewaltprävention an Schulen sowie das Projekt Weitblick dargestellt. Die Bewirtschaftung erfolgt hier im Vorfeld über eine Kostenstelle. Daneben sind hier Aufwendungen für Kreismarketing mit enthalten. In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind die Verfügungsmittel des Landrates (Ansatz 15.200 €/Jahr; vgl. Kostenart 549100) veranschlagt. Die Aufwandsentschädigungen des Landrates und seines allgemeinen Vertreters als besondere Zulage für einen allgemein mit der Stelle zusammenhängenden Aufwand (vgl. §§ 5 u. 6 Eingruppierungsverordnung) sind Bestandteil der Personalaufwendungen. Des weiteren sind hier u. a. die Geschäftskosten des Integrationsbeauftragten (Dez. II) zwecks Förderung von Integrationsmaßnahmen (Kostenart 543905) sowie die Geschäftsaufwendungen des Bündnisses für Familien ausgewiesen. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.



Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Allg. Vertreter d. LR

1.01 Innere Verwaltung

1.01.02 Verwaltungsführung



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|----------------|----------------|------------------------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -13.000 | -13.000 | | -13.000 | -13.000 | -13.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | | -50.000 | | -50.000 | | |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -13.000 | -63.000 | | -63.000 | -13.000 | -13.000 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 704.633 | 801.432 | | 809.446 | 817.540 | 825.715 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | | 97.000 | | 50.000 | | 13.000 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 25.200 | 40.200 | | 40.200 | 40.200 | 40.200 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 729.833 | 938.632 | | 899.646 | 857.740 | 878.915 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 716.833 | 875.632 | | 836.646 | 844.740 | 865.915 |



Beschreibung

- Gleichstellung in der Verwaltung
- Beratung und Unterstützung von Verwaltungsführung, Ämtern, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
 - Beteiligung an sozialen, organisatorischen und personellen Maßnahmen
 - o Umsetzung und Fortschreibung des Frauenförderplans
 - o Bewerbungsverfahren
 - o Mitwirkung an der Entwicklung von Konzepten, Richtlinien u.ä. im Personalbereich
 - Teilnahme an internen Besprechungen und Sitzungen politischer Gremien
 - Arbeitsgruppe Telearbeit
- Förderung der Gleichstellung der Bürgerinnen und Bürger
- o Beratung der externen Zielgruppen
 - o Öffentlichkeitsarbeit
 - o Kooperation und Vernetzung auf Kreis- und Landesebene

Auftragsgrundlage

Zusammenarbeit mit Interessenvertretern und Interessenvertreterinnen auf Kreis- und Landesebene
Grundgesetz, Landesgleichstellungsgesetz (LGG NW), Kreisordnung NW, Hauptsatzung des Oberbergischen Kreises, Dienstanweisungen und -vereinbarungen

Ziele

- Verbesserung der beruflichen Situation der, in der Verwaltung beschäftigten Frauen
 - Statistik zum Frauenförderplan
- Optimierung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie
 - Anzahl innovativer Vorschläge, Maßnahmen oder ähnliches
- Erhalt der Standards in den Bereichen Betriebliche Kinderbetreuung, Familientag, Frauenspezifische Fortbildung
 - Zahl der Teilnehmenden
- Erhalt der Standards in den Bereichen Veranstaltungen, Beratung und Information.
 - Zahl der Veranstaltungen, Veröffentlichungen, Beratungen

Zielgruppen

Mitarbeiterinnen und mitarbeiter der Kreisverwaltung, externe Bewerberinnen und Bewerber, Verwaltungsführung, Dezernate, Ämter, politische Gremien, Bürgerinnen und Bürger, Verbände, Gleichstellungsstellen, Beratungsstellen

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Allg. Vertreter d. LR

1.01 Innere Verwaltung

1.01.03 Gleichstellung von Frau und Mann



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|----------------|----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 11 | - Personalaufwendungen | | 64.246 | 65.524 | 65.436 | 65.861 | 66.021 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 1.600 | 2.162 | 2.162 | 2.163 | 2.163 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 246 | 158 | 166 | 175 | 184 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 3.016 | 3.435 | 3.418 | 3.445 | 3.478 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 69.108 | 71.279 | 71.183 | 71.644 | 71.846 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 69.108 | 71.279 | 71.183 | 71.644 | 71.846 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 69.108 | 71.279 | 71.183 | 71.644 | 71.846 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 69.108 | 71.279 | 71.183 | 71.644 | 71.846 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 5.656 | 6.959 | 6.844 | 6.886 | 6.925 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 74.764 | 78.238 | 78.027 | 78.530 | 78.771 |



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Gleichstellung von Frau und Mann

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* werden alle Sachkosten (Kostenart 529100) im Rahmen der Gleichstellung von Frau und Mann verausgabt. Veranstaltungen und Veröffentlichungen werden äußerst restriktiv geplant, auf alle nicht zwingend erforderlichen Aktivitäten wird verzichtet.

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Allg. Vertreter d. LR

1.01 Innere Verwaltung**1.01.03 Gleichstellung von Frau und Mann**

| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|-----------------------|---|--------------------------|------------------------|------------------------|---|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| 10 | - Personalauszahlungen | | 38.323 | 39.632 | | 40.028 | 40.428 | 40.832 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 1.600 | 2.150 | | 2.150 | 2.150 | 2.150 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 740 | 690 | | 690 | 690 | 690 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 40.663 | 42.472 | | 42.868 | 43.268 | 43.672 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 40.663 | 42.472 | | 42.868 | 43.268 | 43.672 |



| | |
|---------------------------------|--|
| <u>Beschreibung</u> | Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Personalvertretungsrecht Mitbestimmung, Mitwirkung und Beteiligung in Personalangelegenheiten |
| <u>Auftragsgrundlage</u> | Landespersonalvertretungsgesetz NRW (LPVG NRW) |
| <u>Ziele</u> | <ul style="list-style-type: none">- Sicherstellung der umfassenden Beratung und konkreten Hilfestellung der Beschäftigten in arbeits-, beamten- bzw. sozialrechtlichen Fragen.- Sicherstellung der Arbeitsplätze der Beschäftigten unter humanen Arbeitsbedingungen unter Erhalt des jeweiligen Einkommens.- Vertrauensvolle Zusammenarbeit der Dienststelle und der Personalvertretung zur Erfüllung der dienstlichen Aufgaben zum Wohle der Beschäftigten im Rahmen der bestehenden Gesetze und Tarifverträge. |
| <u>Zielgruppen</u> | Beschäftigte des Oberbergischen Kreises |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Amt 10

1.01 Innere Verwaltung

1.01.04 Beschäftigtenvertretung



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|-------------------------|---|--------------------------|------------------------|------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| 11 | - Personalaufwendungen | | 172.320 | 184.641 | 185.746 | 187.375 | 188.751 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 440 | 1.679 | 1.680 | 1.680 | 1.681 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 739 | 474 | 500 | 525 | 552 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 8.389 | 9.069 | 9.040 | 9.165 | 9.310 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 181.888 | 195.862 | 196.965 | 198.746 | 200.294 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 181.888 | 195.862 | 196.965 | 198.746 | 200.294 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 181.888 | 195.862 | 196.965 | 198.746 | 200.294 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 181.888 | 195.862 | 196.965 | 198.746 | 200.294 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 27.426 | 43.575 | 21.638 | 21.672 | 21.774 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 209.314 | 239.437 | 218.604 | 220.418 | 222.068 |



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Beschäftigtenvertretung

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* wird die Aufwandsdeckung für den Personalrat nach den Vorgaben der entsprechenden Rechtsverordnung für Personalvertretungen sichergestellt (Kostenart 524900). Darüber hinaus sind an dieser Stelle Gerichts- und Anwaltskosten veranschlagt (Kostenart 528903).

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Amt 10

1.01 Innere Verwaltung

1.01.04 Beschäftigtenvertretung



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|-----------------------|---|--------------------------|------------------------|------------------------|---|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| 10 | - Personalauszahlungen | | 124.136 | 133.001 | | 134.331 | 135.674 | 137.030 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 440 | 1.640 | | 1.640 | 1.640 | 1.640 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 2.250 | 2.450 | | 2.450 | 2.450 | 2.450 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 126.826 | 137.091 | | 138.421 | 139.764 | 141.120 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 126.826 | 137.091 | | 138.421 | 139.764 | 141.120 |



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

- 1.01.05.01 Rechnungsprüfung und Beratung
- 1.01.05.02 Prüfungen für Dritte

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen



1.01.05.01

Rechnungsprüfung und Beratung

Beschreibung

a.) Durchführung folgender Pflichtprüfungen für den Kreis:

- Eröffnungsbilanz
- Jahresabschlüsse
- Gesamtabchlüsse
- Vorgänge in der Finanzbuchhaltung
- dauernde Überwachung der Zahlungsabwicklung
- Programmprüfung im Bereich der Finanzbuchhaltung vor Einsatz
- Finanzvorfälle für den Landesrechnungshof
- Vergaben

b.) Durchführung der vom Kreistag übertragenen sonstigen Prüfaufgaben:

- Jahresrechnungen/Jahresabschlüsse
 - o Zweckverband Naturpark Bergisches Land
 - o Oberbergisches Kreisorchester e.V.
 - o Biologische Station Oberberg e.V.
 - o Touristikverband Oberbergisches Land e.V.
 - o Rheinisches Studieninstitut Köln
 - o Gründer- und TechnologieCentrum Gummersbach (GTC)
 - o Bergische Agentur für Kulturlandschaft (BAK gGmbH)
 - o Programmprüfung für Gemeinsame kommunale Datenzentrale Rhein-Sieg/Oberberg

c.) Sonderprüfungen nach Auftrag des Landrates

Auftragsgrundlage

GO NRW, Landeshaushaltsordnung, Handelsgesetzbuch, Rechnungsprüfungsordnung



Ziele

- a.) Unterstützung des Kreistages und der Verwaltungsleitung durch Bereitstellung steuerungsrelevanter Informationen zur Sicherstellung der Rechtmäßigkeit und Ordnungsmäßigkeit des Verwaltungshandelns sowie zur Verbesserung der Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit.
 - Jährliche Prüfung der Zahlungsabwicklung
 - Laufende Prüfung der Vergaben entsprechend der Vergabedienstanweisung
 - Jährliche Prüfung von 10 % der Produkte
 - Prüfung der Eröffnungsbilanz und Jahresabschlüsse, nach rechtzeitiger Vorlage, bis 15.11. einschl. Berichterstattung
- b.) Jährliche Prüfung der Jahresrechnungen/Jahresabschlüsse einschl. Berichterstattung innerhalb der jeweiligen Vorlagetermine

Kurzfristige Durchführung von Sonderprüfungen

Zielgruppen

- a.) alle Ämter der Kreisverwaltung
- b.) Gesellschafter, Aufsichtsrat, Vorstände, Mitglieder
- c.) alle Ämter der Kreisverwaltung



1.01.05.02

Prüfungen für Dritte

Beschreibung

Wahrnehmung von Prüfungs-, Beratungs- und sonstigen Dienstleistungen für kreisangehörige Kommunen aufgrund öffentlich-rechtlicher Vereinbarungen gegen Kostenerstattung:

Bergneustadt, Engelskirchen, Morsbach, Reichshof, Waldbröl, Wipperfürth

Auftragsgrundlage

GO NRW, Landeshaushaltsordnung, Handelsgesetzbuch, Rechnungsprüfungsordnung

Ziele

Abwicklung der jeweils vereinbarten Beratungs-, Prüfungs- und sonstigen Leistungen zur Unterstützung des Rates und des Verwaltungsvorstandes zur Stärkung der Rechtmäßigkeit, Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns.

Zielgruppen

Verwaltungsvorstand und alle Ämter der jeweiligen Kommune

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat II

1.01 Innere Verwaltung

1.01.05 Rechnungsprüfung



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|----------------|----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -20.000 | -50.000 | -50.000 | -50.000 | -50.000 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -2.000 | -2.000 | -2.000 | -2.000 | -2.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -18.500 | -18.500 | -18.500 | -18.500 | -18.500 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -40.500 | -70.500 | -70.500 | -70.500 | -70.500 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 504.763 | 501.986 | 502.287 | 505.830 | 507.711 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | | 245 | 247 | 249 | 252 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 1.971 | 1.264 | 1.332 | 1.401 | 1.471 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 25.120 | 26.494 | 25.919 | 26.177 | 26.486 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 531.855 | 529.989 | 529.786 | 533.657 | 535.919 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 491.355 | 459.489 | 459.286 | 463.157 | 465.419 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 491.355 | 459.489 | 459.286 | 463.157 | 465.419 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 491.355 | 459.489 | 459.286 | 463.157 | 465.419 |
| 27 | + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | -10.392 | -11.844 | -11.660 | -11.744 | -11.831 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 44.200 | 54.636 | 53.703 | 54.028 | 54.328 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 525.162 | 502.280 | 501.328 | 505.442 | 507.915 |

**Planerläuterung zum Teilergebnisplan Rechnungsprüfung**

Über die Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) nach der Gebührensatzung (Produkt Prüfung, Beratung, etc. für Dritte) abgewickelt. Das Rechnungsprüfungsamt prüft aufgrund öffentl.-rechtlicher Vereinbarungen für diverse Kommunen im Oberbergischen Kreis Teile der örtlichen Jahresrechnung. In der Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* werden die Einnahmen/Erträge aus dem Verkauf (Kostenart 441100) von Ausschreibungsunterlagen erfasst. Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* beinhaltet die Erstattung von Personalkosten (Kostenart 442400) für ADV-Prüfer. Das Rechnungsprüfungsamt prüft ADV-Programme des Zweckverbandes für kommunale Informationsverarbeitung OBK/RSK/Solingen (Civitec).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* enthält die Kosten für die Bekanntmachung (Kostenart 543600) von Ausschreibungen sowie sonstige Geschäftsaufwendungen (Kostenart 543900; z.B. Druckkosten, Sachkosten etc. für Prüfberichte u. a.). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat II

1.01 Innere Verwaltung

1.01.05 Rechnungsprüfung



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|----------------|----------------|--|-----------------|-----------------|-----------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -20.000 | -50.000 | | -50.000 | -50.000 | -50.000 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -2.000 | -2.000 | | -2.000 | -2.000 | -2.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -18.500 | -18.500 | | -18.500 | -18.500 | -18.500 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -40.500 | -70.500 | | -70.500 | -70.500 | -70.500 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 318.549 | 320.432 | | 323.597 | 326.793 | 330.021 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | | 150 | | 150 | 150 | 150 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 5.600 | 5.450 | | 5.450 | 5.450 | 5.450 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 324.149 | 326.032 | | 329.197 | 332.393 | 335.621 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 283.649 | 255.532 | | 258.697 | 261.893 | 265.121 |



Beschreibung

Diese Produktgruppe setzt sich aus folgenden Produkten und Teilprodukten zusammen:

- 1.01.06.01 Druckerei
- 1.01.06.02 Poststelle
- 1.01.06.03 Bürgerservice
- 1.01.06.04 Fuhrpark
- 1.01.06.05 Sonstige zentrale Dienste

- 1.01.06.06 Zentrale Bußgeldstelle
 - 1.01.06.06.01 Bußgelder Abfallwirtschaft
 - 1.01.06.06.02 Bußgelder Bauordnung
 - 1.01.06.06.03 Bußgelder Gewässerschutz
 - 1.01.06.06.04 Bußgelder Ordnungsamt
 - 1.01.06.06.05 Bußgelder sonstige Ordnungswidrigkeiten
 - 1.01.06.06.06 Bußgelder Veterinäraufsicht
 - 1.01.06.06.07 Bußgelder verkehrsrechtliche Genehmigungen

- 1.01.06.07 Submission, Datenschutz, AGG, sonst.

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen



1.01.06.01

Druckerei

Beschreibung

Erstellen von Druckerzeugnissen unterschiedlichster Art für die Verwaltung und politische Arbeit.

Auftragsgrundlage

Organisationsentscheidung des Landrats

Ziele

Geringe Fehlerquote bei der Erstellung der Drucke

Zielgruppen

Organisationseinheiten der Kreisverwaltung



1.01.06.02

Poststelle

Beschreibung

Verteilen der Eingangspost
Versand der Postausgänge der Kreisverwaltung
Interne Postverteilung

Auftragsgrundlage

Organisationsentscheidung des Landrats

Ziele

Verteilung der Ein- und Ausgangspost innerhalb eines Arbeitstages

Zielgruppen

Organisationseinheiten der Kreisverwaltung



1.01.06.03

Bürgerservice

Beschreibung

- Besucherinformation
- Telefonauskunft und Weitervermittlung von Telefongesprächen
- Verwaltung von Dienstkraftfahrzeugen
- Kontaktstelle für Rückfragen Schrankenanlage (Zu- und Ausfahrt Kreisparkplatz)

Auftragsgrundlage

Organisationsentscheidung des Landrates

Ziele

- Zeitnahe Besucherinformation
- Unmittelbare Weitervermittlung von Telefongesprächen

Zielgruppen

Auskunftssuchende (Besucher, Anrufer), Organisationseinheiten der Kreisverwaltung



1.01.06.04

Fuhrpark

Beschreibung

- Einkauf von Dienstfahrzeugen
- Veranlassen von Wartungen und Reparaturen
- Bereitstellung der Fahrzeuge

Auftragsgrundlage

Organisationsentscheidung des Landrats

Ziele

- Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl an Dienstfahrzeugen
- Umweltschutz durch geringen CO₂ - Ausstoß

Zielgruppen

Organisationseinheiten der Kreisverwaltung



1.01.06.05

Sonstige zentrale Dienste

Beschreibung

- Beschaffung von Verbrauchsmaterial, Büchern, Einrichtungsgegenständen und Dienstleistungen
- Registraturarbeiten im Zwischenarchiv (Aktentransport und Aussonderung nach Vorgabe durch die Fachämter)

Auftragsgrundlage

Organisationsentscheidung des Landrats

Ziele

Zeitnahe, vollständige und wirtschaftliche Abwicklung der Beschaffung

Zielgruppen

Organisationseinheiten der Kreisverwaltung



1.01.06.06

Zentrale Bußgeldstelle

Beschreibung

- Prüfung und Ahndung der von den Fachämtern des Hauses und des Bundesversicherungsamtes vorgelegten Ordnungswidrigkeitenverfahren (z.B. Verstöße gegen baurechtliche Bestimmungen, lebensmittel- und veterinärrechtliche Bestimmungen, abfallrechtliche Bestimmungen, waffenrechtliche Bestimmungen, Verstöße gegen die Handwerksordnung oder das Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, Verstöße gegen das Pflichtversicherungsgesetz u.a.)
- Beratung der Fachämter – Koordination der Ermittlungen- und Beratung der kreisangehörigen Kommunen
- Vertretung des Kreises vor den zuständigen Amtsgerichten

Auftragsgrundlage

Bauordnung NRW, Kreislaufwirtschaft- und Abfallgesetz, Handwerksordnung, Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit, Tierschutzgesetz, Personenbeförderungsgesetz, Viehverkehrsordnung, Trinkwasserverordnung, Arzneimittelgesetz, Bundesseuchengesetz, Fahrlehrergesetz, Schulpflichtgesetz, Lebensmittel- und Futtermittelgesetz, Lebensmittelhygieneverordnung, Waffengesetz, Gewerbeordnung, Makler- und Bauträgerverordnung, Landesjagdgesetz, Katastrophenschutzgesetz, Betäubungsmittelgesetz, Bundesausbildungsförderungsgesetz, Güterkraftverkehrsgesetz, Landschaftsgesetz u.a.

Ziele

Einhaltung von Rechtsvorschriften durch den Bürger und damit u.a. Verhinderung von Schwarzbauten, Verhinderung von wirtschaftsschädlicher Schwarzarbeit, Verhinderung von Umweltbelastungen, Verhinderung von Seuchen u.a. durch Ahndung der Verstöße innerhalb der gesetzlich geregelten Verjährungsfrist

Zielgruppen

Ordnungswidrig handelnde natürliche und juristische Personen



1.01.06.07

Submission, Datenschutz, AGG, sonst.

Beschreibung

- a.) Allgemeine Korruptionsprävention durch:
 - Umsetzung der in den Leitlinien festgelegten Maßnahmen (Prävention, Schulung, Beratung, Aufbau "Internes Kontrollsystem", Sensibilisierung, Öffentlichkeitsarbeit)
 - Anwendung und Einhaltung der Dienstanweisungen (VDA, Annahme von Belohnungen und Geschenken, Sponsoring)
 - Aufgabe des Korruptionsbeauftragten
- b.) Zentrale Submission, zentrale Vergabe:
 - Aufbau und Pflege der zentralen Bieterdatei
 - Geschäftsführung der zentralen Submissionsstelle
 - Planung und Durchführung der Submissionstermine
 - Kontrolle der Einhaltung von VOB, VOL, VOF, HOAI
- c.) Behördlicher Datenschutz
 - stellvertretender behördlicher Datenschutzbeauftragter
 - Sicherstellung des Datenschutzes, Beratungs- und Überwachungsfunktion
 - Führung Verfahrensverzeichnis
 - Durchführung der Vorabkontrollen
 - Beteiligung an Datenschutz- und IT- Sicherheitskonzept
- d.) Informationsfreiheit
 - Koordination und Antragsbearbeitung, Statistik
- e.) Allg. Gleichbehandlungsgesetz
 - Beschwerdestelle
 - Beratung und Beseitigung von Benachteiligungen aus Gründen der Rasse, ethnischer Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, der Behinderung, des Alters und der sexuellen Identität insbesondere in den Anwendungsbereichen Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen, Auswahl- und Einstellungskriterien, Gesundheitsschutz, Bildung und soziale Vergünstigungen einschließlich öffentliche Güter und Dienstleistungen



Auftragsgrundlage

Zu a.):

- Korruptionsbekämpfungsgesetz, Runderlass Innenministerium vom 26.04.2005
- Leitlinien des Kreises für ein transparentes und integrires Verwaltungshandeln vom 22.09.2005
- DA Sponsoring, DA Annahme Geschenke/Belohnungen, VDA

Zu b.): Vergabedienstanweisung, VOB, VOL, VOF, HOAI

Zu c.): DSG.NRW und DA gbDSB vom 23.05.2002

Zu d.): IFG.NRW und Verfügung LR- Nr. 03.2002 vom 17.01.2002

Zu e.): AGG und Organisationsverfügung des LR vom 19.09.2007

Ziele

Zu a.):

- Sensibilisierung der Verwaltung und Politik,
- Flächendeckende Einführung des IKS in allen Dezernaten/Ämtern,
- Jährliche Schulung aller neuen Auszubildenden,
- Beratung, Beurteilungshilfe durch Korruptionsbeauftragten innerhalb von 7 Tagen
- Dokumentation und Jahresbericht aller Maßnahmen bis 15.11.

Zu b.):

- Sicherstellung eines fairen, transparenten und ordnungsgemäßen Wettbewerbes
- Vermeidung von Diskriminierung
- Einhaltung von Produktneutralität
- Gleichbehandlung aller Bieter

Zu c.):

Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Aufgaben nach dem Landesdatenschutzgesetz (DSG. NRW)

Zu d.):

Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Aufgaben nach dem Informationsfreiheitsgesetz (IFG. NRW); insbesondere Einhaltung der Monatsfrist zur Antragsentscheidung

Zu e.):

Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und der Aufgaben nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG)

Zielgruppen

- a.) Gesamte Verwaltung und politische Vertreter in Kreistag etc.
- b.) alle Ämter der Kreisverwaltung
- c.) alle Ämter und Bedienstete der Kreisverwaltung, Bürger
- d.) Bürger
- e.) Beschäftigte und BewerberInnen



Haushaltsplan 2010

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.06 Zentrale Dienste



AV, Dez. II

| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -20.000 | -20.050 | -20.050 | -20.050 | -20.050 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | | -770 | -770 | -770 | -770 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -14.640 | -9.640 | -11.640 | -11.640 | -9.640 |
| 7 | + Sonstige ordentliche Erträge | | -154.620 | -156.600 | -156.600 | -156.600 | -156.600 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -189.260 | -187.060 | -189.060 | -189.060 | -187.060 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 1.188.515 | 1.162.835 | 1.169.967 | 1.180.282 | 1.189.069 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 195.270 | 180.788 | 182.914 | 178.290 | 146.416 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 72.550 | 78.192 | 80.621 | 83.052 | 85.486 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 217.878 | 354.442 | 342.711 | 335.075 | 323.867 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 1.674.213 | 1.776.258 | 1.776.212 | 1.776.699 | 1.744.838 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 1.484.953 | 1.589.198 | 1.587.152 | 1.587.639 | 1.557.778 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 1.484.953 | 1.589.198 | 1.587.152 | 1.587.639 | 1.557.778 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 1.484.953 | 1.589.198 | 1.587.152 | 1.587.639 | 1.557.778 |
| 27 | + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | -461.170 | -511.562 | -501.698 | -506.668 | -488.976 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 386.124 | 427.671 | 423.265 | 437.566 | 439.263 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 1.409.906 | 1.505.307 | 1.508.719 | 1.518.537 | 1.508.065 |

**Planerläuterung zum Teilergebnisplan Zentrale Dienste**

Zur Produktgruppe 1.01.06 Zentrale Dienste:

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören neben den Ausgaben für Dienst- u. Schutzkleidung im Zuge des Aufbaus einer Corporate Identity (Kostenart 541600) auch anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Zu den Produkten 1.01.06.01 bis 1.01.06.05 (Amt 10):

Zur Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung* zählen Entgelte für Kraftwagennutzung (Kostenart 442900, Produkt Fuhrpark) und Erstattungen von Geschäftsausgaben der OAG (Kostenart 442600, Produkt Sonstige Zentrale Dienste). Zu den *Sonstigen ordentlichen Erträgen* gehören u. a. die Erlöse aus dem Verkauf von geringwertigen beweglichen Sachen und sonstige vermischte Einnahmen (Kostenart 451500 u. 459100, Produkt Sonstige Zentrale Dienste). In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* sind u. a. Kosten für Kurierdienste (Kostenart 529909, Produkt Poststelle) veranschlagt, sowie Kosten der Betriebsorganisation und die Kosten des Archivberaters (Kostenart 524900 u. 528905, Produkt Sonstige Zentrale Dienste). In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind u. a. Miete- und Wartungskosten von Verfielfältigungsautomaten (Kostenart 542910, Produkt Sonstige Zentrale Dienst) sowie die GEZ - Gebühren (Kostenart 542300, Produkt Sonstige Zentrale Dienste) geplant. Ferner sind hier die Unterhaltungskosten der Fahrzeuge (Kst. 40100, Kostenart 523400 u.a.) ausgewiesen, die von Amt 10 bewirtschaftet werden; die Verrechnung der Kfz-Kosten erfolgt über die Leistungsverrechnung (Zeile 27-28 im Ergebnisplan).

Zum Produkt: 1.01.06.06 Zentrale Bußgeldstelle (Amt 30):

Über die Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden die Verwaltungsgebühren für Aktenversendungen (Kostenart 431100) abgewickelt. In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* sind diverse Bußgelder (Kostenart 452110) erfasst, z. B. aus den Bereichen Veterinär, Bauordnung, Gewässerschutz, Abfall und sonstige Bereiche. Die Bußgelder im Zusammenhang mit der Geschwindigkeitsüberwachung sind dagegen im Produkt 1.02.04.02 (Überwachung des



fließenden Verkehrs) abgebildet, die Bußgelder aus dem Bereich 32/1 im Produkt 1.02.01.02 (Gewerbe und Handwerk). In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* werden die Erstattung von Kosten der Rechtsverteidigung (Kostenart 528902 Kostenerstattungen an Anwälte u. a.) sowie Erstattungen von Auslagen für Zeugen und Sachverständige (Kostenart 528900) erfasst. Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind die Kosten der optischen Archivierung sowie Erstattungen von Bußgeldern aus Vorjahren (Kostenart 549800) veranschlagt.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

AV, Dez. II

1.01 Innere Verwaltung

1.01.06 Zentrale Dienste



Nachrichtlich: Hilfs- oder Gemeinkosten wie Porto, Telefon, Drucksachen, Bekanntmachungen, Aktenvernichtung, Kosten für Datenleitungen, ADV-Kosten (GKD), Unterhaltung von Fahrzeugen (Fahrzeugpool Amt 10) usw. sind auf sog. *Kostenstellen* veranschlagt. Die Verteilung dieser Kosten erfolgt verursachungsgerecht auf Organisationseinheiten bzw. direkt auf Produkte.

Auszug aus der Kst.-Struktur:

| Kst. | Bezeichnung | Kst. | Bezeichnung |
|------|-------------------|------|----------------------|
| 1104 | Telefonanlage | 1118 | Bekanntmachungen |
| 1108 | Bürobedarf | 1120 | Aktenvernichtung |
| 1114 | Portogebühren | 1122 | Opt. Archivierung |
| 1116 | Fernmeldegebühren | 1124 | Serv. Sitzungsdienst |

| Kst. | Beschreibung | Amt | Kst. | Beschreibung | Amt |
|--------|---|--------|--------|--|-------------|
| 100100 | Hauptamt 10 | Amt 10 | 100400 | Schulamt (Schulfachlicher Bereich) | Amt 40 |
| 100000 | Verw.führung | Amt 11 | 103400 | Schulverwaltungsamt 40 | Amt 40 |
| 100110 | Personalverwaltung 11 | Amt 11 | 101410 | Kultur- und Museumsamt 41 | Amt 41 |
| 102140 | Rechnungsprüfungsamt 14 | Amt 14 | 101430 | Kreisvolkshochschule 43 | Amt 43 |
| 100190 | Gleichstellung 19 | Amt 19 | 103500 | Amt für Soziale Angelegenheiten 50 | Amt 50 |
| 101200 | Amt f. Finanzwirt. u. Kommunalaufsicht 20 | Amt 20 | 103510 | Jugendamt / Sportamt / PBS 51 | Amt 51 |
| 104230 | Liegenschaftsamt 23 | Amt 23 | 103530 | Gesundheitsamt 53 | Amt 53 |
| 102300 | Rechtsamt 30 | Amt 30 | 104610 | Kreis- und Regionalentwicklung 61 | Amt 61 |
| 100310 | Kreispolizeiverwaltung 31 | Amt 31 | 104620 | Geoinformation u. Liegenschaftskat. 62 | Amt 62 |
| 101321 | Bürobetrieb 32/1 + 2 | Amt 32 | 104650 | Bauamt 65 | Amt 65 |
| 101322 | Leitstellenbetrieb | Amt 32 | 104660 | Tiefbauabtl. 65/4 | Amt 65/4 |
| 101323 | Bürobetrieb 32/3 | Amt 32 | 102670 | Umweltamt 67 | Amt 67 |
| 102360 | Straßenverkehrsamt 36 | Amt 36 | 100800 | Wirtschaftsförderung 80 | Amt 80 |
| 102390 | Veterinär- und Lebensmittelüberw.amt 39 | Amt 39 | 109000 | Personalrat | Personalrat |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

AV, Dez. II

1.01 Innere Verwaltung

1.01.06 Zentrale Dienste



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|------------------|------------------|------------------------------|------------------|------------------|------------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -20.000 | -20.050 | | -20.050 | -20.050 | -20.050 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | | -770 | | -770 | -770 | -770 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -14.640 | -9.640 | | -11.640 | -11.640 | -9.640 |
| 7 | + Sonstige Einzahlungen | | -153.850 | -156.600 | | -156.600 | -156.600 | -156.600 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -188.490 | -187.060 | | -189.060 | -189.060 | -187.060 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 859.636 | 840.322 | | 848.725 | 857.211 | 865.783 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 195.270 | 162.000 | | 164.000 | 159.250 | 127.250 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 866.200 | 1.049.921 | | 1.055.936 | 1.057.980 | 1.056.771 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 1.921.106 | 2.052.243 | | 2.068.661 | 2.074.441 | 2.049.804 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 1.732.616 | 1.865.183 | | 1.879.601 | 1.885.381 | 1.862.744 |
| 26 | - Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen | | 93.500 | 93.500 | | 93.500 | 93.500 | 93.500 |
| 30 | = investive Auszahlungen | | 93.500 | 93.500 | | 93.500 | 93.500 | 93.500 |
| 31 | = Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung) | | 93.500 | 93.500 | | 93.500 | 93.500 | 93.500 |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

AV, Dez. II

1.01 Innere Verwaltung

1.01.06 Zentrale Dienste



| Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlungen/-auszahlungen |
|--|--|---------------|---------------|---------------|------------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------------------------------|----------------------------------|
| 2 | - Summe der investiven Auszahlungen | | 93.500 | 93.500 | | 93.500 | 93.500 | 93.500 | 93.500 | 467.500 |
| 3 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | 93.500 | 93.500 | | 93.500 | 93.500 | 93.500 | 93.500 | 467.500 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante Investitionen/Ersatzbeschaffung von **geringwertigen Wirtschaftsgütern** (kurz GWG) und von **Betriebs- und Geschäftsausstattung** (kurz BGA). Betriebs- und Geschäftsausstattung ist ein Begriff der kaufmännischen Buchführung. Darunter fallen Gegenstände (über 410 Euro netto), die der langfristigen Betriebsbereitschaft eines Unternehmens dienen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird im ersten Teil des Inventars als Vermögensposten geführt. In der Bilanz wird sie den Sachanlagen zugeordnet und ist damit ein Teil des Anlagevermögens. BGAs werden über den Zeitraum ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben, über Kostenstellen werden die Beschaffungen verursachungsgerecht den Ämtern/Produkten zugeordnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter können, im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, im Jahr der Anschaffung oder Herstellung voll als Betriebsausgabe abgesetzt werden. Voraussetzungen für ein geringwertiges Wirtschaftsgut: es muss eigenständig nutzbar sein, es muss beweglich sein, es muss länger als ein Jahr dem Betrieb dienen und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten liegen zwischen 60,- und 410,- Euro (netto). Typische Investitionen bzw. Ersatzbeschaffungen sind Mobiliar (Bürotische, Bürostühle, Rollcontainer, Regale, etc.), Büromaschinen oder Werkstatteinrichtungen. Da das Zentralamt für die Beschaffung grundsätzlich zuständig ist, werden die Kosten in der Produktgruppe 1.01.06 Zentrale Dienste veranschlagt (die Beschaffung von Hard- und Software wird über die Produktgruppe 1.01.10 abgewickelt). Die Kosten für Büromaterial (Papier, Toner, Schreibwaren, etc.) sind hier nicht veranschlagt. Im betriebswirtschaftlichen Rechnungswesen bezeichnet man mit Büromaterial alle Verbrauchsgüter im Büroalltag. In der Finanzbuchhaltung werden Ausgaben für Büromaterial als Sofort-Aufwand (und damit nicht als Investition) gebucht. Die Mittel für Büromaterial sind auf den Organisationskostenstellen veranschlagt.

Die o. g. Investitionen werden über die Finanzstelle 5.101010 (GWG, Anlagevermögen < 410 Euro netto) bzw. über die Finanzstelle 5.101020 (BGA, Anlagevermögen > 410 Euro netto) bzw. über die Finanzstelle 5.101003 (Einrichtung Telearbeitsplätze) abgewickelt.



Beschreibung

- Informationsverarbeitung und –weitergabe an die Medien und interessierte Öffentlichkeit
- Darstellung der Aufgaben der Kreisverwaltung
- Gestaltung und Pflege des Internetauftritts

Auftragsgrundlage

Ziele

- umfassende und zeitnahe Informationsweitergabe an Medien und Öffentlichkeit
- Optimierung des Informationsflusses
- Steigerung der Zugriffszahlen auf die Internetseite des Oberbergischen Kreises

Zielgruppen

Medien, Öffentlichkeit

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Allg. Vertreter d. LR

1.01 Innere Verwaltung

1.01.07 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|----------------|----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 11 | - Personalaufwendungen | | 162.778 | 165.870 | 166.345 | 167.644 | 168.529 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 1.000 | 1.000 | 1.000 | 1.000 | 1.000 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 13.300 | 13.540 | 13.540 | 13.540 | 13.540 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 177.078 | 180.410 | 180.885 | 182.184 | 183.069 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 177.078 | 180.410 | 180.885 | 182.184 | 183.069 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 177.078 | 180.410 | 180.885 | 182.184 | 183.069 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 177.078 | 180.410 | 180.885 | 182.184 | 183.069 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 27.437 | 29.575 | 29.309 | 30.497 | 30.608 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 204.515 | 209.985 | 210.194 | 212.682 | 213.677 |



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Unter der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* werden die Kosten im Bereich der Koordination von Europaangelegenheiten (Kostenart 529100) ausgewiesen. Bei den *sonstigen ordentlichen Aufwendungen* handelt es sich u. a. um Aufwendungen für Gästebewirtung und Repräsentation im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit (Kostenart 543700). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Allg. Vertreter d. LR

1.01 Innere Verwaltung

1.01.07 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|-----------------------|---|--------------------------|------------------------|------------------------|---|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| 10 | - Personalauszahlungen | | 109.218 | 111.330 | | 112.443 | 113.567 | 114.703 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 1.000 | 1.000 | | 1.000 | 1.000 | 1.000 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 13.300 | 13.540 | | 13.540 | 13.540 | 13.540 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 123.518 | 125.870 | | 126.983 | 128.107 | 129.243 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 123.518 | 125.870 | | 126.983 | 128.107 | 129.243 |



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

- 1.01.08.01 Personalsteuerung und –entwicklung
- 1.01.08.02 Personalausbildung und –qualifizierung
- 1.01.08.03 Personalbetreuung
- 1.01.08.04 Arbeitssicherheit / Gesundheitsschutz

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen



1.01.08.01

Personalsteuerung und -entwicklung

Beschreibung

- Grundsatzfragen der Personalwirtschaft (Personaleinsatz, Personalauswahl, Personalbedarfsplanung, Fortbildung, Prüfberichte, Haushaltsangelegenheiten, etc.)
- Personalangelegenheiten von besonderer Bedeutung (Entlassungen, Beschwerden, Nebentätigkeiten, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen)
- Aufstellung des Stellenplans

Auftragsgrundlage

Beamten- und Tarifrecht, sonstige arbeitsrechtliche Bestimmungen, Stellenplan sowie Beschlüsse der politischen Gremien

Ziele

Zielgruppen

Bedienstete des Kreises



1.01.08.02

Personalausbildung und -qualifizierung

Beschreibung

- Bewerbungsverfahren
 - o Werbung für Nachwuchskräfte, Beratung von Bewerbern
 - o Durchführung des Auswahl- und Einstellungsverfahrens
- Ausbildung
 - o Überwachung der Ausbildung; Einsatzplanung der Azubis; Beratung der Auszubildenden
 - o Führung der Ausbildungsakten; Schriftverkehr mit Fachhochschule, Studieninstitut, Berufsschule, Agentur für Arbeit, IHK
- Fortbildung
 - o Prüfung und Auswertung von Fortbildungsangeboten; Organisation eigener Fortbildungsmaßnahmen
 - o Anmeldung und Abrechnung von Fortbildungsmaßnahmen

Auftragsgrundlage

Beamten- und Tarifrecht, diverse Ausbildungs- und Prüfungsverordnungen

Ziele

Erfolgreiche Durchführung der Ausbildung von Nachwuchskräften und sonstiger Weiterbildungsmaßnahmen (Angestelltenlehrgänge I und II, Prüfungserleichterter Aufstieg) in 90 % aller Fälle

Zielgruppen

Potentielle Nachwuchskräfte, Auszubildende und Anwärter, Bedienstete des Kreises



1.01.08.03

Personalbetreuung

Beschreibung

- Bearbeitung sämtlicher Personalangelegenheiten der Beamten, Ehrenbeamten und Beschäftigten einschließlich
 - o Versorgungsangelegenheiten der Beamten und Ruhestandsbeamten
 - o steuer-, sozialversicherungs- und zusatzversorgungsrechtlicher Angelegenheiten der Beschäftigten
 - o Kindergeld
- Durchführung des ADV-Änderungsdienstes; Zusammenarbeit mit ADV zur Bestandpflege der Programme
- Zahlbarmachung von Entgelt für die Bediensteten des DRK, Kreisverband Oberbergischer Kreis, sowie der OAG
- Bearbeitung von Dienstaufsichtsbeschwerden
- Beihilfen für Kreisbedienstete, Pensionäre, Lehrer und Bedienstete der Kreispolizeibehörde
- Bearbeitung sonstiger nebendienstrechtlichen Sachgebiete (Reisekosten, Nebentätigkeiten, Jobticket, etc.)

Auftragsgrundlage

Beamten- und Tarifrecht, sonstige arbeitsrechtliche Bestimmungen

Ziele

- Korrekte Zahlbarmachung von Besoldung/Entgelt und der darauf zu leistenden Abgaben
- Einhaltung der Zahlungstermine von Besoldung/Entgelt und der darauf zu leistenden Abgaben
- Rechtsfehlerfreie Bearbeitung der Beihilfeanträge einschließlich Auszahlung der Beihilfe innerhalb von 20 Arbeitstagen nach Eingang

Zielgruppen

Bedienstete und Versorgungsempfänger (*bei Beihilfen außerdem*: Polizisten der Kreispolizeibehörde, Lehrer an Grund-, Haupt- und Förderschulen im Kreis; *bei Zahlbarmachung außerdem*: Bediensteten des DRK und der OAG)



1.01.08.04

Arbeitssicherheit / Gesundheitsschutz

Beschreibung

- Feststellung arbeitssicherheitstechnischer Mängel
- Vorbeugung gesundheitlicher Gefahren
- Bereitstellung von Schutzkleidung
- Aufgaben der Fachkraft für Arbeitssicherheit
- Aufgabenwahrnehmung des Personalarztes:
 - o Beratung im Rahmen der betriebsmedizinischen Sprechstunde
 - o Betriebsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen
 - o Arbeitsplatzbegehungen
 - o Gripeschutzimpfungen

Auftragsgrundlage

Arbeitsschutzgesetz, Bildschirmarbeitsplatzverordnung, Arbeitsstättenverordnung

Ziele

- Verhütung von Unfällen
- Erhaltung der Arbeitsfähigkeit
- Früherkennung von Krankheiten

Zielgruppen

Bedienstete der Kreisverwaltung

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Allg. Vertreter d. LR

1.01 Innere Verwaltung

1.01.08 Personalmanagement



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -137.650 | -162.550 | -162.550 | -162.550 | -162.550 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -137.650 | -162.550 | -162.550 | -162.550 | -162.550 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 2.341.347 | 2.432.335 | 2.436.581 | 2.454.767 | 2.465.851 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 4.750 | 4.250 | 4.000 | 4.000 | 4.000 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 237.312 | 241.603 | 252.610 | 241.637 | 242.272 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 2.583.409 | 2.678.188 | 2.693.191 | 2.700.405 | 2.712.123 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 2.445.759 | 2.515.638 | 2.530.641 | 2.537.855 | 2.549.573 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 2.445.759 | 2.515.638 | 2.530.641 | 2.537.855 | 2.549.573 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 2.445.759 | 2.515.638 | 2.530.641 | 2.537.855 | 2.549.573 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 222.062 | 259.783 | 253.539 | 256.794 | 259.743 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 2.667.821 | 2.775.421 | 2.784.180 | 2.794.649 | 2.809.316 |

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Personalmanagement

Die Kostengruppe *Kostenerstattung* beinhaltet Erstattungen vom Zweckverband Civitec (Kostenart 442400), der Rheinischen Versorgungskasse (Kostenart 442500), Kostenerstattungen durch die OAG (Kostenart 442600) und durch das DRK (Kostenart 442900), Einnahmen aus dem Verkauf von Job-Tickets (Kostenart 444901) sowie die Rückzahlungen von Personalausgaben (Kostenart 443900)

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Allg. Vertreter d. LR

1.01 Innere Verwaltung

1.01.08 Personalmanagement



In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Dazu gehören weiter die Kosten im Rahmen der Ausbildung von Nachwuchskräften, die gesamten Personalkosten im Rahmen von Alternteilzeitregelungen sowie die Leistungsentgelte aus Vorjahren gemäß TVÖD (Kostenart 501210).

Bei den *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* handelt es sich um die anteiligen Kosten der Unterhaltung von Datenverarbeitungseinrichtungen für die Auszubildenden bei Amt 62 (Bewirtschaftung über Kostenstelle 104620, Kostenart 523610). Über die Kostenart *Sonstige ordentliche Aufwendungen* werden u. a. Dienstunfallbedingte Aufwendungen (Kostenart 541904), Ausgaben für Dienst- u. Schutzkleidung (Kostenart 541600) sowie arbeitsmedizinische Untersuchungen und Arbeitsschutz (Kostenart 543906), Kosten für Job-Tickets (Kostenart 541903) und Kosten für die „Re-Auditierung Beruf und Familie“ (Kostenart 543907) verausgabt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Auszug aus der Kst.-Struktur:

| Kst. | Bezeichnung | Kst. | Bezeichnung |
|------|----------------------|------|----------------------|
| 1002 | Beitr. VersKa Beamte | 1016 | Dienstreisen |
| 1004 | Beihilfen, Unterst. | 1017 | Ausbildung |
| 1006 | Zuführ. PensionsRSt | 1018 | Fortbildung |
| 1008 | Beitr. VersKa Besch. | 1019 | Supervision |
| 1010 | Beitr.Soz.vers.Besch | 1020 | Kosten ZDL u. FÖJ |
| 1012 | Pers.nebenausgaben | 1024 | Kosten Jobticket |
| 1014 | Zuführung sonst. RSt | 1026 | Re-Audit.Beruf & Fam |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Allg. Vertreter d. LR

1.01 Innere Verwaltung

1.01.08 Personalmanagement



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|-------------------|-------------------|------------------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -150.750 | -175.250 | | -175.250 | -175.250 | -175.250 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -150.750 | -175.250 | | -175.250 | -175.250 | -175.250 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 11.453.400 | 11.794.353 | | 11.912.057 | 12.030.937 | 12.151.007 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | | 198.463 | | 199.460 | 200.462 | 201.468 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 672.221 | 737.050 | | 728.850 | 717.650 | 717.950 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 12.125.621 | 12.729.866 | | 12.840.367 | 12.949.049 | 13.070.425 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 11.974.871 | 12.554.616 | | 12.665.117 | 12.773.799 | 12.895.175 |



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.01.09.01 Haushaltssteuerung
1.01.09.01.01 Beteiligungen

1.01.09.02 Kasse und Vollstreckung
1.01.09.02.01 Zahlungsabwicklung
1.01.09.02.02 Vollstreckung

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen



1.01.09.01

Haushaltssteuerung

Beschreibung

1. Aufstellung, Bewirtschaftung und Rechnungslegung des produktorientierten Haushaltes (Ergebnis- und Finanzrechnung, Bilanz)
2. Vermögens- und Schuldenverwaltung
3. Anlagenbuchhaltung
4. Beteiligungsverwaltung
5. Versicherungsangelegenheiten des Kreises
6. Steuer- und Gebührenverwaltung

Auftragsgrundlage

Kreisordnung (KrO), Gemeindeordnung (GO), Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), jährliche Haushaltssatzung

Ziele

Zu 1:

Feststellung der Eröffnungsbilanz (Stichtag 01.01.2009) durch den Kreistag bis zum 31.12.2009

Zu 2:

Darstellung des Vermögens, der Schulden und des Ressourcenverbrauchs des Oberbergischen Kreises

Zielgruppen

Kreistag, Ämter der Kreisverwaltung, Mitarbeiter der Kreisverwaltung, Beteiligungsgesellschaften



1.01.09.02

Kasse und Vollstreckung

Beschreibung

Im Bereich Zahlungsabwicklung :

- Abwicklung des unbaren und baren Zahlungsverkehrs
- Bewirtschaftung der Kassenmittel mit Liquiditätsplanung
- zahlungswirksame Buchführung einschließlich Belegaufbewahrung
- Bebuchung u. Aufstellung der Finanzrechnung
- Verwahrung von Wertgegenständen
- Fertigung von Tages-, Zwischen- und Jahresabschlüssen

Im Bereich Vollstreckung:

- Mahnungen
- Beitreibung eigener Forderungen durch den eigenen Vollziehungsbeamten oder mittels Amtshilfeersuchen durch andere Vollstreckungsbehörden
- Durchführung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen gem. VwVG
- Wahrnehmung von Interessen im Insolvenzverfahren
- Feststellung der Uneinbringlichkeit von Forderungen zur Vorbereitung der Entscheidung über Stundung, Niederschlagung und Erlass

Auftragsgrundlage

Kreisordnung (KrO), Gemeindeordnung (GO), Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) und zugehörige Verwaltungsvorschriften, Verwaltungsvollstreckungsgesetz (VwVG), Dienstanweisungen

Ziele

- Sichere und wirtschaftliche Anlage von Kassenmitteln
- Zeitnahe und möglichst vollständige Beitreibung von Forderungen
- Zeitnahe Verbuchung angewiesener Ein- und Auszahlungen

Zielgruppen

Bürger des Oberbergischen Kreises, alle Organisationseinheiten des Kreises sowie Mitarbeiter, Zahlungsempfänger und Zahlungspflichtige

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat I

1.01 Innere Verwaltung

1.01.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -1.000 | -500 | -500 | -500 | -500 |
| 7 | + Sonstige ordentliche Erträge | | -85.750 | -140.350 | -140.350 | -140.350 | -140.350 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -86.750 | -140.850 | -140.850 | -140.850 | -140.850 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 1.452.839 | 1.464.296 | 1.466.320 | 1.477.100 | 1.483.408 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 80.400 | 177.463 | 4.474 | 4.485 | 4.496 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 9.856 | 6.319 | 6.659 | 7.004 | 7.354 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 85.000 | 85.000 | 85.000 | 85.000 | 85.000 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 610.905 | 548.277 | 545.173 | 544.373 | 546.575 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 2.239.000 | 2.281.355 | 2.107.626 | 2.117.961 | 2.126.834 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 2.152.250 | 2.140.505 | 1.966.776 | 1.977.111 | 1.985.984 |
| 19 | + Finanzerträge | | -810.054 | -770.010 | -910.000 | -910.000 | -910.000 |
| 21 | = Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20) | | -810.054 | -770.010 | -910.000 | -910.000 | -910.000 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 1.342.196 | 1.370.495 | 1.056.776 | 1.067.111 | 1.075.984 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 1.342.196 | 1.370.495 | 1.056.776 | 1.067.111 | 1.075.984 |
| 27 | + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | -27.543 | -32.569 | -32.226 | -32.485 | -32.718 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 137.366 | 164.949 | 162.762 | 163.782 | 164.666 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 1.452.020 | 1.502.875 | 1.187.311 | 1.198.409 | 1.207.931 |

**Planerläuterung zum Teilergebnisplan Finanzmanagement und Rechnungswesen**

Die Kostengruppe *Kostenerstattung* beinhaltet Erstattungen von Vollstreckungskosten (Kostenart 442900). Zu den sonstigen Ordentlichen Erträgen zählen Vollstreckungsgebühren, Säumniszuschläge, Mahngebühren und Stundungszinsen (Kostenart 452200 - 452230), Einnahmen aus der Vollstreckung niedergeschlagener Forderungen und Quoteneinnahmen aus Insolvenzverfahren (Kostenart 459800) sowie Einnahmen aus Versicherungsansprüchen (Kostenart 452700).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Zu den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen gehören die Kosten der überörtlichen Prüfung (Kostenart 529921, GPA NRW) sowie Sachkosten im Rahmen der Einführung von NKF (Kostenart 529922). Innerhalb der Kontengruppe *Transferaufwendungen* ist die Gesellschaftsumlage/Kostenbeitrag zum Rheinischen Studieninstitut (Kostenart 531600) veranschlagt.

Über die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* werden u. a. Gebühren für Giro- und Postscheckkonten (Kostenart 542310), Kosten der Vollstreckung (Kostenart 543900), Kosten der optischen Archivierung und die Körperschaftssteuer (im Rahmen der Beteiligung bei Radio Berg, Kostenart 548200) verausgabt. Darüber hinaus werden an dieser Stelle die Beiträge für nachfolgend aufgeführte Vereine und Verbände (Kostenart 544300) veranschlagt: Bergisches Chorfest, Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter, ZEBIO e.V., Touristik-Verband Oberbergisches Land e.V., Deutscher Verein, Förderverein NRW-Stiftung, Verein zur Förderung der Abteilung Gummersbach der Fachhochschule Köln, Gesellschaft für historische Waffen- und Kostümkunde, Deutscher Museumsbund, Verband rheinischer Museen, Bergischer Geschichtsverein, Naturhistorischer Verein der Rheinlande und Westfalens, Verein für geschichtliche Landeskunde der Rheinlande, Deutsche Gesellschaft für Volkskunde, Rheinische Vereinigung für Volkskunde, Bergisches Freilichtmuseum Lindlar, Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung, Landkreistag NRW, Kommunaler Arbeitgeberverband, Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land, Förderverein Stegerwaldstiftung, Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V. (DIJuF), Deutsches Volksheimstättenwerk, Deutscher Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung, Deutsche Gartenbau-Gesellschaft, Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.

Weiter entstehen ADV-Kosten (Kst. 1204) im Rahmen der Einführung von NKF (Schulungskosten, Kosten für Entwicklung und Beratung, Lizenzkosten, RZ-Betrieb und Betreuung). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

In der Kontengruppe *Finanzerträge* sind die Gewinnanteile aus der Beteiligung am BAV, Anteil am Gewinn von Radio Berg (Kostenart 469100) sowie Zinsen für Kreisdarlehen (Kostenart 461900) vereinnahmt. Beim Reingewinn der Kreissparkasse (Kostenart 469900) wird im Jahr 2010 von einer verringerten Ausschüttung ausgegangen.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat I

1.01 Innere Verwaltung

1.01.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen



Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Die Kosten für *Versicherungen* werden i. d. R. bei Amt 20 abgewickelt, nachfolgend sind die entsprechenden Kostenstellen abgebildet, die Gebäudeversicherungen werden unmittelbar auf den Gebäudekostenstellen gebucht.

| Kst. | Beschreibung | Kst. | Beschreibung |
|------|---|------|-------------------------------------|
| 1304 | Kfz-Versicherung (Verwaltung) | 1316 | Ausstellungsversicherung |
| 1308 | Gesetzl. Schüler-Unfallversicherung BK | 1318 | Vermögenseigenschadens-Versicherung |
| 1309 | Gesetzl. Schüler-Unfallversicherung FS | 1320 | Versicherung Maschinen |
| 1310 | Gesetzl. Allg. Unfallvers. Beschäftigte | 1322 | Sammelwaldbrandversicherung |
| 1311 | Gesetzl. Allg. Unfallversicherung KTM | 1326 | Rechtsschutzversicherung |
| 1312 | Elektronikversicherung | 1330 | Allgemeine Haftpflichtversicherung |
| 1314 | Schlüsselverlustversicherung | | |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat I

1.01 Innere Verwaltung

1.01.09 Finanzmanagement und Rechnungswesen



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|------------------|------------------|--|-------------------|-------------------|-------------------|
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -1.000 | -500 | | -500 | -500 | -500 |
| 7 | + Sonstige Einzahlungen | | -85.750 | -140.350 | | -140.350 | -140.350 | -140.350 |
| 8 | + Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen | | -810.054 | -770.010 | | -910.000 | -910.000 | -910.000 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -896.804 | -910.860 | | -1.050.850 | -1.050.850 | -1.050.850 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 924.402 | 948.448 | | 957.932 | 967.511 | 977.186 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 80.400 | 339.625 | | 160.375 | 160.375 | 160.375 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 85.000 | 109.000 | | 106.500 | 109.000 | 106.500 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 649.090 | 663.830 | | 670.830 | 681.230 | 691.730 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 1.738.892 | 2.060.903 | | 1.895.637 | 1.918.116 | 1.935.791 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 842.088 | 1.150.043 | | 844.787 | 867.266 | 884.941 |



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.01.10.01 Informationstechnische Infrastruktur
 - 1.01.10.01.01 Amt 10
 - 1.01.10.01.02 Amt 40
 - 1.01.10.01.03 Amt 62
- 1.01.10.02 Organisationsangelegenheiten

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen



1.01.10.01

Informationstechnische Infrastruktur

Beschreibung

- A)
- IT-Organisation
 - System- und Netzwerkbetreuung
 - Hard- und Software-Beschaffung und Installation
 - Kommunikationstechnologie
 - Nachrichten- und Sicherheitstechnik
 - Grundschulung und Anwendungsbetreuung
- B)
- IT-Organisation Berufskollegs und Förderschulen des Oberbergischen Kreises
 - System- und Netzwerkbetreuung
 - Hard- und Softwarebeschaffung, Installation

Auftragsgrundlage

Zu A): Organisationsentscheidung des Landrates

Zu B): Schulgesetz NRW (SchulG)

Ziele

Zu A):

- Bereitstellung einer funktionierenden, angemessenen und ausreichenden IT-Infrastruktur einschließlich Software(-Anwendungen) an den Arbeitsplätzen der Kreisverwaltung
- Gewährleistung einer hohen Datenverfügbarkeit und Datensicherheit
- Umsetzung von Datenschutzmaßnahmen

Zu B):

- Bereitstellung und Funktionsgewährleistung einer bedarfsgerechten und zeitgemäßen IT-Infrastruktur zur schulischen und beruflichen Ausbildung
- Gewährleistung einer hohen Betriebssicherheit und Datensicherheit

Zielgruppen

Zu A): Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

Zu B): Schüler/innen, Lehrkräfte



1.01.10.02

Organisationsangelegenheiten

Beschreibung

- Erstellen und Pflege von Organisationsplänen
- Stellenbewertungen
- Organisationsberatungen
- Organisationsüberprüfungen
- Stellenbedarfsberechnungen

Auftragsgrundlage

Organisationsentscheidung des Landrats

Ziele

Rechtssichere Bewertung der Stellen

Zielgruppen

Organisationseinheiten der Kreisverwaltung

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

AV, Dez. III, Dez. IV

1.01 Innere Verwaltung

1.01.10 Organisationsangelegenheiten und Tul



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -20.000 | -15.000 | -15.000 | -15.000 | -15.000 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -20.000 | -15.000 | -15.000 | -15.000 | -15.000 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 1.113.727 | 1.178.551 | 1.182.437 | 1.191.831 | 1.198.452 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 1.000 | 16.783 | 17.095 | 17.408 | 17.720 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 276.222 | 177.081 | 186.604 | 196.284 | 206.089 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 272.363 | 288.057 | 290.792 | 295.811 | 301.330 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 1.663.312 | 1.660.471 | 1.676.929 | 1.701.335 | 1.723.591 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 1.643.312 | 1.645.471 | 1.661.929 | 1.686.335 | 1.708.591 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 1.643.312 | 1.645.471 | 1.661.929 | 1.686.335 | 1.708.591 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 1.643.312 | 1.645.471 | 1.661.929 | 1.686.335 | 1.708.591 |
| 27 | + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | -336.490 | -362.715 | -359.448 | -374.026 | -375.385 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 329.201 | 355.127 | 350.271 | 370.179 | 369.817 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 1.636.023 | 1.637.883 | 1.652.752 | 1.682.488 | 1.703.022 |

**Planerläuterung zum Teilergebnisplan Organisationsangelegenheiten und TUI**

Bei der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattungen/ -umlage* sind Erträge aus dem Ersatz von Fernsprechgeldern bei privater Telefonnutzung der Bediensteten veranschlagt (Kostenart 443903).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei den *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* handelt es sich um die Kosten des behördlichen Vorschlagswesens. Im Rahmen einer Dienstanweisung können Verbesserungsvorschläge von Beschäftigten der Verwaltung prämiert werden (Kostenart 524900). Darüber hinaus erscheinen an dieser Stelle die anteilig verrechneten Aufwendungen der Kostenstelle 1214 für Materialverbrauch im Bereich von Hard- und Software (Kostenart 526800).

Die *Bilanziellen Abschreibungen* dienen der Darstellung von AfA für beschaffte Hard- und Software über und unter 410,- €. Sofern die Beschaffungen im laufenden Haushaltsjahr bestimmten Organisationseinheiten zugeordnet werden können, werden auch die bilanziellen Abschreibungen auf den entsprechenden Ämterkostenstellen verbucht.

Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* erscheint in erster Linie der Aufwand für Miete und Wartung der Arbeitszeiterfassungsanlage (Kostenart 542909). Darüber hinaus werden hier Kosten erfasst, die bei der Ersteinweisung neuer Software entstehen. Auch in diesem Fall soll erst im laufenden Haushaltjahr eine ämterpezifische Zuordnung erfolgen. Zu weiteren Aufwendungen führen die Beratungskosten im Rahmen der Einführung von E – Government (Kostenart 542700). Der Oberbergische Kreis muss in diesem Zusammenhang auf externe Anbieter zurückgreifen, weil eine entsprechende Schulung des eigenen Personals zu kosten- und zeitintensiv wäre. Ferner beinhaltet diese Kontengruppe Aufwendungen für die Einführung von Telearbeitsplätzen (Kostenart 541901) und vermischten Ausgaben (Kostenart 543900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet. Nachrichtlich: Der überwiegende Teil der ADV-Kosten (GKD-Umlage, NKF-Kosten, ADV-Leasing, Datenleitungen, Bauelemente,



etc.) wird über Kostenstellen abgewickelt und nach IT-Arbeitsplätzen bzw. Kosten der Verfahren verrechnet und belastet damit direkt die entsprechenden Produktgruppen.

Auszug aus der Kst.-Struktur:

| Kst. | Bezeichnung |
|------|-----------------------|
| 1202 | ADV-K. ZV GKD |
| 1204 | NKF-Kosten |
| 1206 | Leasingkosten |
| 1208 | Datenleitungen |
| 1210 | Aktive Bauelemente |
| 1212 | Ersteinweis. Software |

Auszug Finanzstellen-Struktur (PSP-I)

| Finanzstelle | Bezeichnung |
|--------------|--------------------|
| 5.103010 | GWG Hard-/Software |
| 5.103020 | BuG Hard-/Software |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

AV, Dez. III, Dez. IV

1.01 Innere Verwaltung

1.01.10 Organisationsangelegenheiten und Tul



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|------------------|------------------|--|------------------|------------------|------------------|
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -20.000 | -15.000 | | -15.000 | -15.000 | -15.000 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -20.000 | -15.000 | | -15.000 | -15.000 | -15.000 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 757.686 | 798.952 | | 806.942 | 815.012 | 823.162 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 1.000 | 23.300 | | 23.800 | 24.300 | 24.800 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 2.069.589 | 2.260.969 | | 2.154.959 | 2.180.959 | 2.224.089 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 2.828.275 | 3.083.221 | | 2.985.701 | 3.020.271 | 3.072.051 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 2.808.275 | 3.068.221 | | 2.970.701 | 3.005.271 | 3.057.051 |
| 26 | - Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen | | 527.300 | 333.550 | | 334.700 | 335.900 | 337.100 |
| 30 | = investive Auszahlungen | | 527.300 | 333.550 | | 334.700 | 335.900 | 337.100 |
| 31 | = Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung) | | 527.300 | 333.550 | | 334.700 | 335.900 | 337.100 |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

AV, Dez. III, Dez. IV

1.01 Innere Verwaltung

1.01.10 Organisationsangelegenheiten und Tul



| Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlungen/-auszahlungen |
|--|--|---------------|----------------|----------------|------------------------------|----------------|----------------|----------------|---------------------------------------|----------------------------------|
| 2 | - Summe der investiven Auszahlungen | | 527.300 | 333.550 | | 334.700 | 335.900 | 337.100 | 527.300 | 1.868.550 |
| 3 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | 527.300 | 333.550 | | 334.700 | 335.900 | 337.100 | 527.300 | 1.868.550 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante Investitionen/Ersatzbeschaffung von **geringwertigen Wirtschaftsgütern** (kurz GWG) und von **Betriebs- und Geschäftsausstattung** (kurz BGA) aus dem Bereich **IT-Organisation** (Hard-/Software). Betriebs- und Geschäftsausstattung ist ein Begriff der kaufmännischen Buchführung. Darunter fallen Gegenstände (über 410 Euro netto), die der langfristigen Betriebsbereitschaft eines Unternehmens dienen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird im ersten Teil des Inventars als Vermögensposten geführt. In der Bilanz wird sie den Sachanlagen zugeordnet und ist damit ein Teil des Anlagevermögens. BGAs werden über den Zeitraum ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben, über Kostenstellen werden die Beschaffungen verursachungsgerecht den Ämtern/Produkten zugeordnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter können, im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, im Jahr der Anschaffung oder Herstellung voll als Betriebsausgabe abgesetzt werden. Voraussetzungen für ein geringwertiges Wirtschaftsgut: es muss eigenständig nutzbar sein, es muss beweglich sein, es muss länger als ein Jahr dem Betrieb dienen und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten liegen zwischen 60,- und 410,- Euro (netto). Typische Investitionen bzw. Ersatzbeschaffungen sind beispielhaft Bildschirme und Rechner oder Netzwerkkomponenten. Da das **Zentralamt (Abtl. 10/3)** für die Beschaffung grundsätzlich zuständig ist, werden die Kosten in der Produktgruppe 1.01.10 Technikunterstützte Informationsverarbeitung ausgewiesen. Die Kosten für Umlage (GKD), Leasing, Anmietung von Daten-/Postleitungen, Schulungskosten oder Wartung von aktiven Bauelementen werden über Kostenstellen abgewickelt.

Die o. g. Investitionen werden über die Finanzstelle 5.103010 (GWG, Anlagevermögen < 410 Euro netto) bzw. über die Finanzstelle 5.103020 (BGA, Anlagevermögen > 410 Euro netto).



Beschreibung

- Führen von Rechtsstreitverfahren des Kreises in allen verwaltungsgerichtlichen Verfahren, allen sozialgerichtlichen Verfahren, in zivilgerichtlichen Verfahren vor den Amtsgerichten, in arbeitsgerichtlichen Verfahren
- Fachliche Begleitung von Rechtsstreitigkeiten in zivilgerichtlichen und arbeitsgerichtlichen Verfahren bei anwaltlicher Vertretung
- Fertigen von Strafanzeigen
- Beratung und Unterstützung der Verwaltungsführung und der Fachämter in juristischen Fragen
- Vorbereitung der Wahlen von ehrenamtlichen Richtern
- Ausbildung von Rechtsreferendaren im Rahmen der Verwaltungsstation

Auftragsgrundlage

Prozessordnungen der jeweiligen Gerichte, Sämtliche Fachgesetze, Allgemeine Dienst- und Geschäftsanweisung, Einschlägige Satzungen, Aufträge der Verwaltungsführung und anderer Produktverantwortlicher

Ziele

- Rechtlich qualifizierte Prozessführung zur erfolgreichen Beendigung von Gerichtsverfahren; Erwidierungen innerhalb der von den Gerichten gesetzten Fristen
- Zeitnahe, umfassende und rechtlich qualifizierte Beratung zur rechtlichen Absicherung der Verwaltungstätigkeit; Beantwortung innerhalb der gesetzten Fristen, spätestens aber innerhalb von drei Wochen

Zielgruppen

Verwaltungsführung und alle Ämter der Kreisverwaltung

Haushaltsplan 2010

1.01 Innere Verwaltung



verantwortlich:

1.01.11 Recht

Dezernat II

| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|----------------|----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -3.000 | -3.000 | -3.000 | -3.000 | -3.000 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -3.000 | -3.000 | -3.000 | -3.000 | -3.000 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 342.331 | 374.521 | 374.590 | 377.205 | 378.513 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 49.000 | 50.726 | 50.734 | 50.742 | 50.750 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 6.899 | 4.423 | 4.661 | 4.903 | 5.148 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 45.714 | 43.845 | 43.076 | 43.319 | 43.671 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 443.945 | 473.515 | 473.061 | 476.169 | 478.082 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 440.945 | 470.515 | 470.061 | 473.169 | 475.082 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 440.945 | 470.515 | 470.061 | 473.169 | 475.082 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 440.945 | 470.515 | 470.061 | 473.169 | 475.082 |
| 27 | + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | -105.309 | -99.259 | -98.998 | -108.261 | -108.111 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 119.465 | 107.809 | 107.247 | 118.109 | 117.672 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 455.101 | 479.065 | 478.309 | 483.017 | 484.644 |



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Recht

Unter der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattungen/ -umlage* sind die Erstattungen von Prozesskosten (Kostenart 442900) ausgewiesen.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* umfasst alle Gerichts-, Anwalts- und Prozesskosten (Kostenart 528903) sowie die Kosten von Vorverfahren (und ähnliche Kosten). Soweit sich diese Kosten einer Fachabteilung/Produkt zuordnen lassen, können im Wege der internen Leistungsverrechnung die jeweiligen Produkte mit Einzelbeträgen belastet werden.

Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind anteilige Kosten des Informationssystems Juris abgebildet (Kostenart 542900, Bewirtschaftung über Kostenstelle 1140). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

1.01 Innere Verwaltung

verantwortlich:

1.01.11 Recht

Dezernat II



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|----------------|----------------|------------------------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -3.000 | -3.000 | | -3.000 | -3.000 | -3.000 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -3.000 | -3.000 | | -3.000 | -3.000 | -3.000 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 212.280 | 235.516 | | 237.871 | 240.250 | 242.653 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 49.000 | 49.100 | | 49.100 | 49.100 | 49.100 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 23.297 | 11.900 | | 11.900 | 11.900 | 11.900 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 284.577 | 296.516 | | 298.871 | 301.250 | 303.653 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 281.577 | 293.516 | | 295.871 | 298.250 | 300.653 |



| | |
|---------------------------------|--|
| <u>Beschreibung</u> | Bewirtschaftung vorhandener Verwaltungs- und Schulgebäude sowie Sonderimmobilien des Kreises, kaufmännische Leistungen und Dienstleistungen im Bereich des Gebäudebetriebes, Flächenmanagement, Bereitstellung und Pflege der Infrastruktur. |
| <u>Auftragsgrundlage</u> | Aufträge durch Politik und Verwaltungsleitung sowie Nutzer der Gebäude und Einrichtungen des Kreises |
| <u>Ziele</u> | <ul style="list-style-type: none">- Umweltschonendes und wirtschaftliches Betreiben der Gebäude des Kreises durch Senkung des Energieverbrauches- Ausreichende Bereitstellung von Flächen für Schulen und Verwaltung |
| <u>Zielgruppen</u> | Nutzer der Verwaltungsgebäude, Schulen, Sonderimmobilien des Kreises, Mieter und Vermieter, Auftragnehmer (Versorger, Industrie und Handwerk, Dienstleister) |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat IV

1.01 Innere Verwaltung

1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|-------------------|-------------------|-------------------|------------------|-------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -43.162 | -12.924 | -56.180 | -110.363 | -132.216 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | | -1.000 | -1.000 | -1.000 | -1.000 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -424.500 | -341.500 | -341.500 | -341.500 | -341.500 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -46.000 | -1.426.000 | -626.000 | -26.000 | -26.000 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -513.662 | -1.781.424 | -1.024.680 | -478.863 | -500.716 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 483.095 | 459.612 | 462.924 | 467.158 | 470.968 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 5.962.025 | 6.837.920 | 5.247.999 | 5.335.916 | 5.321.691 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 2.867.277 | 2.885.957 | 2.974.912 | 3.146.756 | 3.296.891 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | | | 280.000 | | |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 889.089 | 1.045.434 | 1.015.184 | 1.023.713 | 1.032.410 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 10.201.487 | 11.228.924 | 9.981.019 | 9.973.542 | 10.121.961 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 9.687.825 | 9.447.500 | 8.956.339 | 9.494.679 | 9.621.245 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 9.687.825 | 9.447.500 | 8.956.339 | 9.494.679 | 9.621.245 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 9.687.825 | 9.447.500 | 8.956.339 | 9.494.679 | 9.621.245 |
| 27 | + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | -9.154.146 | -8.645.272 | -8.327.066 | -8.830.403 | -8.979.748 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 30.545 | 35.726 | 36.034 | 35.607 | 33.649 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 564.223 | 837.954 | 665.307 | 699.883 | 675.145 |

**Planerläuterung zum Teilergebnisplan Grundstücks- und Gebäudemanagement**

Bei der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* handelt es sich um die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten durch Zuwendungen des Landes für Investitionen (Kostenart 416210). Die Auflösung solcher Sonderposten erfolgt über die erwartete Nutzungsdauer des Investitionsgutes (vgl. Bilanzielle Abschreibungen). Die Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* beinhaltet Erlöse aus dem Verkauf (Kostenart 441100) von Ausschreibungsunterlagen, Mieteinnahmen (Kostenart 441200) sowie Erlöse aus Mietnebenkosten (Kostenart 441210). Die Mieteinnahmen beziehen sich auf Dienstwohnungen, Pachteinnahmen Tiefgarage, Vermietung von Parkplätzen, Verpachtung der Kantine und sonstige Mieten (StVA, Garagen, Mobilfunksender, Wohnungs- und Geschäftsgrundstücke). Über die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* werden insbesondere die Zuschüsse im Rahmen des Konjunkturpakets II dargestellt. Es entstehen Ausgaben in gleicher Höhe. Darüber hinaus werden dort Erstattungen von Bewirtschaftungskosten (z. B. Jugendzeltplatz, Kostenart 442800) und der Anteil der OAG zu Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten (Kostenart 444904) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* beinhalten die Kosten der kreiseigenen Gebäude (mit Ausnahme der Rettungswachen) für Energie, Abwasser, Wasser sowie Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten. Die Kosten je Gebäude werden auf separaten Objekt-Kostenstellen (Kst. 10000-15000) erfasst, anschließend werden die einzelnen Produkte mit diesen Kosten über Verrechnungsschlüssel belastet, gleichzeitig erfolgt über die Interne Leistungsbeziehung eine Entlastung des vorliegenden Produktes.

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* zählen die Kosten zur Überprüfung von Elektroanlagen bzw. Beseitigung von Elektromängeln (Kostenart 542916), Ausgaben zur Erstellung eines ADV-Gebäudekatasters (Kostenart 543910), Maßnahmen zur Arbeitssicherheit (Kostenart 543911) und andere sonstige Geschäftsaufwendungen (z.B. Umzugskosten, Kostenart 543900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.



Nachrichtlich: Die Erstattungen im Rahmen der Nutzung von Schulräumen durch Dritte oder Wohnungsmieten für Hausmeister an Schulen werden auf den betroffenen Produkten vereinnahmt, die Erstattung der Nebenkosten durch den LVR (Bewirtschaftung der Helen-Keller-Schule) werden beispielsweise in der Produktgruppe Förderschulen vereinnahmt. Die Gebäudekosten (Strom, Gas, Fernwärme, Heizöl, Wasser, Unterhaltung, Sanierung, Mieten, Bewirtschaftung, Abfallentsorgung, Reinigung, Grundsteuer, Gebäudeversicherungen) sind auf Kostenstellen geplant worden. Die Verteilung dieser Kosten (nach m²-Schlüssel) erfolgt verursachungsgerecht auf die Ämter bzw. auf die Produkte.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat IV

1.01 Innere Verwaltung**1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement**

Auszug aus der Kst.-Struktur:

| Kst. | Bezeichnung | Kst. | Bezeichnung | Kst. | Bezeichnung | Kst. | Bezeichnung |
|-------|---------------------|-------|------------------------|-------|-----------------------|-------|----------------------|
| 10000 | Verw.geb. Allg. | 10180 | Sport-/Turnhalle | 11050 | Schule für Kranke | 13010 | Helen-Keller-Schule |
| 10010 | Kreishaus Hochhaus | 10190 | Verw.geb. "PBS" | 11060 | Mertenpark, Kl. BK D. | 13020 | Anne-Frank Schule |
| 10020 | Kreishaus "Kantine" | 10200 | STVA GM | 11070 | Cont.ARGEG Berg.stadt | 13050 | FS Emot.u.soz. Entw. |
| 10030 | Hohenzollernbad | 10210 | KVHS, Mühlenbergweg 3 | 11080 | Zentraldepot | 14000 | FW / RD Allg. |
| 10040 | Moltkestr. 34 (OAG) | 10220 | KVHS, Mühlenbergweg 3a | 11090 | Werkst., Hardtwiesen | 14010 | Kreisgeb. Lockenfeld |
| 10050 | Moltkestr. 38 | 10230 | Nebent.Gesundh.A.W. | 11100 | Schulcontainer (FS) | 15000 | Sonstiges Allgemein |
| 10060 | Moltkestr. 40 | 10510 | NSt.KatasterA.,WB | 11110 | Schulcontainer (BK) | 15010 | Schloss-Museumsgeb. |
| 10080 | Am Wiedenhof 1-3 | 10520 | W'ip., Hindenburgstr. | 11120 | Werkstatt Kl. BK Wip. | 15020 | Schloss-Verw.geb. |
| 10090 | Am Wiedenhof 5 | 10530 | La-Roche-Sur-Yon 3 | 11130 | Mat.cont.BK W'fürth | 15060 | Haus Dahl |
| 10100 | Am Wiedenhof 7 | 10550 | Tiefgar. Bismarckpl. | 11140 | Lagerfl. Mertenpark | 15070 | FSH Bergneustadt |
| 10110 | Am Wiedenhof 9 | 10560 | Am Wiedenhof 21 | 11150 | Moltkestr. 20-22 | 15080 | FSH Oberengelskirch. |
| 10120 | Am Wiedenhof 11 | 10570 | Jugendzeltplatz | 12000 | Berufskollegs Allg. | 15090 | FSH Ösinghausen |
| 10130 | Am Wiedenhof 13 | 10580 | Villa-Kohlgrüber | 12010 | BK Dieringhausen | 15100 | Geb. "Hülsebusch" |
| 10140 | Am Wiedenhof 15 | 11010 | Nebent.STVA H'wagen | 12020 | Berufskolleg GM | 15110 | Ruine Eibach |
| 10150 | Am Wiedenhof 17 | 11020 | Polizeiverw., GM | 12025 | BK GM, Waldbröl | 15120 | Ruine Biberstein |
| 10160 | Am Wiedenhof 19 | 11030 | Klassen BK GM, W'bröl | 12030 | BK Wipperfürth | | |
| 10170 | La-Roche-Sur-Yon 5 | 11040 | Förderschule Sprache | 13000 | Förderschulen Allg. | | |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat IV

1.01 Innere Verwaltung

1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|------------------|-------------------|--|------------------|------------------|------------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | | -1.000 | | -1.000 | -1.000 | -1.000 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -424.500 | -341.500 | | -341.500 | -341.500 | -341.500 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -46.000 | -1.426.000 | | -626.000 | -26.000 | -26.000 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -470.500 | -1.768.500 | | -968.500 | -368.500 | -368.500 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 368.863 | 339.890 | | 343.289 | 346.722 | 350.190 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 5.962.025 | 6.837.746 | | 5.247.820 | 5.335.733 | 5.321.503 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | | | | 280.000 | | |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 855.416 | 1.008.459 | | 978.813 | 986.789 | 994.843 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 7.186.304 | 8.186.095 | | 6.849.922 | 6.669.244 | 6.666.536 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 6.715.804 | 6.417.595 | | 5.881.422 | 6.300.744 | 6.298.036 |
| 19 | + Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen | | -390.000 | | | | | |
| 23 | = investive Einzahlungen | | -390.000 | | | | | |
| 26 | - Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen | | 2.600 | 5.000 | | | | |
| 30 | = investive Auszahlungen | | 2.600 | 5.000 | | | | |
| 31 | = Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung) | | -387.400 | 5.000 | | | | |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:
Dezernat IV

1.01 Innere Verwaltung

1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement



| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungs-ermächti-gungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2) | Gesamt-einzahlung en / - auszahlung en |
|---|--|---------------|-------------|-------------|--------------------------------|--------------|--------------|--------------|--|--|
| 5239001 Vermögensveräuß. "Hülsenbusch" | | | | | | | | | | |
| 2 | - Einzahlungen aus Veräußerungen von Sachanlagen | | -190.000 | | | | | | -190.000 | -190.000 |
| 6 | = Summe Einzahlungen | | -190.000 | | | | | | -190.000 | -190.000 |
| 14 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | -190.000 | | | | | | -190.000 | -190.000 |
| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungs-ermächti-gungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2) | Gesamt-einzahlung en / - auszahlung en |
| 5239002 Vermögensveräuß. Gesundheitsamt Wipp. | | | | | | | | | | |
| 2 | - Einzahlungen aus Veräußerungen von Sachanlagen | | -200.000 | | | | | | -200.000 | -200.000 |
| 6 | = Summe Einzahlungen | | -200.000 | | | | | | -200.000 | -200.000 |
| 14 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | -200.000 | | | | | | -200.000 | -200.000 |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat IV

1.01 Innere Verwaltung

1.01.12 Grundstücks- und Gebäudemanagement



| Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlungen/-auszahlungen |
|--|---|---------------|-------------|-------------|------------------------------|--------------|--------------|--------------|---------------------------------------|----------------------------------|
| 2 | - Summe der investiven Auszahlungen | | 2.600 | 5.000 | | | | | 2.600 | 7.600 |
| 3 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | 2.600 | 5.000 | | | | | 2.600 | 7.600 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante Investitionen/Ersatzbeschaffung von **geringwertigen Wirtschaftsgütern** (kurz GWG) und von **Betriebs- und Geschäftsausstattung** (kurz BGA) aus dem Bereich des **Zentralen Immobilienmanagements**. Betriebs- und Geschäftsausstattung ist ein Begriff der kaufmännischen Buchführung. Darunter fallen Gegenstände (über 410 Euro netto), die der langfristigen Betriebsbereitschaft eines Unternehmens dienen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird im ersten Teil des Inventars als Vermögensposten geführt. In der Bilanz wird sie den Sachanlagen zugeordnet und ist damit ein Teil des Anlagevermögens. BGAs werden über den Zeitraum ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben, über Kostenstellen werden die Beschaffungen verursachungsgerecht den Ämtern/Produkten zugeordnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter können, im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, im Jahr der Anschaffung oder Herstellung voll als Betriebsausgabe abgesetzt werden. Voraussetzungen für ein geringwertiges Wirtschaftsgut: es muss eigenständig nutzbar sein, es muss beweglich sein, es muss länger als ein Jahr dem Betrieb dienen und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten liegen zwischen 60,- und 410,- Euro (netto). Der Ansatz ist für die Anschaffung von Geräten (insb. für die Pflege der kreiseigenen Grundstücke, z. B. Rasenmäher, Motorsensen, Kehrmaschinen, etc.) bestimmt.

Die o. g. Investitionen werden folgende *Finanzstellen (PSP-I)* abgewickelt:

2010: 5.230350.710.010 BGA Ersatzbeschaffungen, Geräte (ZIM)

2010: 5.230352.720.010 GWG Ersatzbeschaffungen, Geräte (ZIM)



| | |
|---------------------------------|--|
| <u>Beschreibung</u> | Bauliche Unterhaltung (Substanzerhalt) der Liegenschaften des Oberbergischen Kreises, Planung, Realisierung, Projektsteuerung und Bauherrenbetreuung von Neubau-, Umbau- und Erweiterungsbaumaßnahmen. |
| <u>Auftragsgrundlage</u> | Aufträge durch Politik und Verwaltungsleitung sowie Nutzer der Gebäude und Einrichtungen des Kreises. |
| <u>Ziele</u> | <ul style="list-style-type: none">- Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit sowie Substanzerhaltung der Gebäude des Oberbergischen Kreises im Verhältnis von 1,2% des Gebäudewertes als Instandhaltungsmittel (KGST), um bilanziellen Investitionsstau zu vermeiden,- Wirtschaftliche Erledigung von Baumaßnahmen durch Einhaltung des vorgegebenen Kostenrahmens. |
| <u>Zielgruppen</u> | Nutzer der Verwaltungsgebäude, Schulen, Sonderimmobilien des Kreises, Mieter und Vermieter, Auftragnehmer |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat IV

1.01 Innere Verwaltung

1.01.13 Technisches Immobilienmanagement



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|----------------|----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 11 | - Personalaufwendungen | | 445.438 | 518.054 | 521.443 | 526.106 | 530.166 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 19.770 | 21.472 | 21.167 | 21.479 | 21.839 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 465.208 | 539.526 | 542.610 | 547.585 | 552.005 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 465.208 | 539.526 | 542.610 | 547.585 | 552.005 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 465.208 | 539.526 | 542.610 | 547.585 | 552.005 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 465.208 | 539.526 | 542.610 | 547.585 | 552.005 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 30.993 | 38.198 | 37.828 | 37.861 | 37.363 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 496.201 | 577.725 | 580.438 | 585.446 | 589.368 |

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Technisches Immobilienmanagement

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat IV

1.01 Innere Verwaltung

1.01.13 Technisches Immobilienmanagement



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|-----------------------|---|--------------------------|------------------------|------------------------|---|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| 10 | - Personalauszahlungen | | 321.573 | 377.697 | | 381.474 | 385.289 | 389.142 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 321.573 | 377.697 | | 381.474 | 385.289 | 389.142 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 321.573 | 377.697 | | 381.474 | 385.289 | 389.142 |



Beschreibung

Der Landrat nimmt für das Land NRW im eigenen Namen Aufsichtstätigkeiten wahr. Die Kommunalaufsicht hat den Status einer Landesbehörde auf der unteren Ebene der Landesverwaltung („untere staatliche Verwaltungsbehörde“) und ist somit den Weisungen der Bezirksregierung bzw. des Innenministeriums NRW unterworfen.

Die Aufsichtsfunktion der Kommunalaufsicht umfasst folgende Tätigkeiten:

- Allgemeine Aufsicht (Rechtsaufsicht und finanzwirtschaftliche Aufsicht) über die 13 kreisangehörigen Städte und Gemeinden sowie entsprechende Zweckverbände (ASTO, BTV, Zweckverband der Förderschulen, Sparkassen-Zweckverbände)
- Entscheidungen über Beteiligungen an privatrechtlichen Unternehmen der Kommunen sowie über Vereinbarungen zur Interkommunalen Zusammenarbeit
- Bearbeitung von Beschwerden (Petitionen, Eingaben, Vergabebeschwerden, Dienstaufsichtsbeschwerden)
- Disziplinarangelegenheiten der Bürgermeister oder in Einzelfällen der Beamten der Kommunen

Auftragsgrundlage

Gemeindeordnung (GO), Gesetz über kommunale Gemeinschaftsarbeit (GkG), Kreisordnung (KrO), Landesbeamtengesetz (LBG), Landesdisziplinargesetz, Kommunalwahlgesetz

Ziele

Über die Aufsichtsfunktion hinaus:

Beratung der kreisangehörigen Kommunen und Zweckverbände

Zielgruppen

Kreisangehörige Städte und Gemeinden sowie deren Zweckverbände mit Sitz im Oberbergischen Kreis
Bürger, Unternehmen

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat I

1.01 Innere Verwaltung

1.01.14 Kommunalaufsicht



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|----------------|----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 11 | - Personalaufwendungen | | 333.758 | 303.993 | 303.679 | 305.684 | 306.492 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 14.913 | 16.253 | 15.743 | 15.952 | 16.236 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 348.671 | 320.246 | 319.422 | 321.636 | 322.728 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 348.671 | 320.246 | 319.422 | 321.636 | 322.728 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 348.671 | 320.246 | 319.422 | 321.636 | 322.728 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 348.671 | 320.246 | 319.422 | 321.636 | 322.728 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 17.920 | 21.190 | 20.967 | 21.135 | 21.287 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 366.591 | 341.436 | 340.388 | 342.770 | 344.015 |

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Kommunalaufsicht

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat I

1.01 Innere Verwaltung

1.01.14 Kommunalaufsicht



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|-----------------------|---|--------------------------|------------------------|------------------------|---|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| 10 | - Personalauszahlungen | | 200.636 | 185.314 | | 187.167 | 189.039 | 190.930 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 200.636 | 185.314 | | 187.167 | 189.039 | 190.930 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 200.636 | 185.314 | | 187.167 | 189.039 | 190.930 |



Beschreibung

Leistungen (Querschnittsaufgaben):

1. Personal- und Organisationsplanung
2. Bearbeitung von Rechtsangelegenheiten
3. Haushaltsplanung und –ausführung

Auftragsgrundlage

zur Sicherstellung eines effizienten Polizeikräfte- und Mitteleinsatzes durch Abdecken eines administrativen Bereiches. Beamten- und Tarifrecht, Waffenrecht, Ordnungswidrigkeiten- und Strafrecht, Vereinswesen- und Versammlungsrecht, Landeshaushaltsordnung, VOL, BGB

Ziele

Im Oberbergischen Kreis sind 10.979 Waffenbesitzkarten ausgestellt. Darin sind insgesamt 9.349 Kurz- und 18.922 Langwaffen registriert. Die Aufbewahrung der Waffen ist bisher nach Inkrafttreten des neuen Waffengesetzes zu 10 % überprüft worden. In den kommenden Jahren wird die Kreispolizeibehörde Oberbergischer Kreis alle übrigen Waffenbesitzer überprüfen. Ab 2008 werden kontinuierlich bis 2015 jährlich rund 750 Waffenbesitzer überprüft.

- Beschränkung der Anzahl von Waffen in Privathand.

Zielgruppen

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Organisationseinheiten der Kreispolizeibehörde, übergeordnete Behörden, Bürger, Vereine, Speditionen

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Allg. Vertreter d. LR

1.01 Innere Verwaltung

1.01.15 Kreispolizeibehörde



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -122.500 | -114.000 | -114.000 | -114.000 | -114.000 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -122.500 | -114.000 | -114.000 | -114.000 | -114.000 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 626.585 | 625.339 | 626.566 | 631.286 | 634.228 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | | 376 | 380 | 384 | 388 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 3.450 | 2.212 | 2.330 | 2.451 | 2.574 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 32.322 | 35.797 | 34.994 | 35.278 | 35.671 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 662.357 | 663.724 | 664.271 | 669.399 | 672.860 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 539.857 | 549.724 | 550.271 | 555.399 | 558.860 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 539.857 | 549.724 | 550.271 | 555.399 | 558.860 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 539.857 | 549.724 | 550.271 | 555.399 | 558.860 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 51.017 | 51.528 | 51.914 | 52.413 | 52.862 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 590.874 | 601.252 | 602.185 | 607.812 | 611.722 |



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Kreispolizeibehörde

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für polizeiliche Erlaubnisse (insb. waffenrechtliche Erlaubnisse), für polizeiliche Begleitung von Schwertransporten, für Falschalarme (Fehlalarme von Überfall- und Einbruchmeldeanlagen) und sonstige Verwaltungsgebühren (gemäß § 7a der Kostenordnung zu § 77 Verwaltungsvollstreckungsgesetz, insb. polizeiliche Ersatzvornahmen) veranschlagt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* handelt es sich um auf Kostenstellen bewirtschaftete und verrechnete Aufwendungen beispielsweise für die Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung (Kostenstelle 100310, Kostenart 523600) sowie für sonstigen Materialverbrauch (Kostenstelle 1214, Kostenart 526800).

In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind Geschäftsaufwendungen (Kostenart 543900) für soziale Belange der Polizei sowie der Beitrag (Kostenart 544300) zum IBZ Schloss Gimborn e.V. ausgewiesen. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Allg. Vertreter d. LR

1.01 Innere Verwaltung

1.01.15 Kreispolizeibehörde



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|-----------------|-----------------|------------------------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -122.500 | -114.000 | | -114.000 | -114.000 | -114.000 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -122.500 | -114.000 | | -114.000 | -114.000 | -114.000 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 400.397 | 410.760 | | 414.868 | 419.017 | 423.207 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | | 200 | | 200 | 200 | 200 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 7.311 | 7.611 | | 7.611 | 7.611 | 7.611 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 407.708 | 418.571 | | 422.679 | 426.828 | 431.018 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 285.208 | 304.571 | | 308.679 | 312.828 | 317.018 |

Haushaltsplan 2010

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -2.656 | -14.462 | -29.956 | -31.393 | -36.581 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -12.839.422 | -13.146.464 | -13.285.394 | -13.423.017 | -13.594.326 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -1.350 | -1.000 | -1.000 | -1.000 | -1.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -548.300 | -493.200 | -947.000 | -307.050 | -350.950 |
| 7 | + Sonstige ordentliche Erträge | | -2.346.800 | -2.550.900 | -2.551.500 | -2.552.100 | -2.552.700 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -15.738.528 | -16.206.026 | -16.814.850 | -16.314.560 | -16.535.557 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 7.293.594 | 7.556.247 | 7.582.765 | 7.643.499 | 7.687.049 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 8.838.020 | 8.528.129 | 8.349.821 | 8.344.056 | 8.511.192 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 89.284 | 285.796 | 510.461 | 662.575 | 823.112 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 41.550 | 42.550 | 41.550 | 42.550 | 41.550 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 2.672.308 | 3.154.610 | 3.636.613 | 3.059.992 | 2.941.448 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 18.934.756 | 19.567.333 | 20.121.209 | 19.752.672 | 20.004.351 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 3.196.228 | 3.361.307 | 3.306.359 | 3.438.112 | 3.468.794 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 3.196.228 | 3.361.307 | 3.306.359 | 3.438.112 | 3.468.794 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 3.196.228 | 3.361.307 | 3.306.359 | 3.438.112 | 3.468.794 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 772.901 | 864.285 | 848.354 | 837.842 | 828.257 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 3.969.129 | 4.225.592 | 4.154.714 | 4.275.954 | 4.297.051 |

Haushaltsplan 2010

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|--------------------|--------------------|------------------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | | | | -3.750 | | |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -12.839.422 | -13.146.464 | | -13.285.394 | -13.423.017 | -13.594.326 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -1.350 | -1.000 | | -1.000 | -1.000 | -1.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -548.300 | -493.200 | | -947.000 | -307.050 | -350.950 |
| 7 | + Sonstige Einzahlungen | | -2.346.800 | -2.550.900 | | -2.551.500 | -2.552.100 | -2.552.700 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -15.735.872 | -16.191.564 | | -16.788.644 | -16.283.167 | -16.498.976 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 4.978.301 | 5.147.725 | | 5.199.204 | 5.251.195 | 5.303.710 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 8.838.020 | 8.525.659 | | 8.347.315 | 8.341.515 | 8.508.615 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 41.550 | 42.550 | | 41.550 | 42.550 | 41.550 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 1.552.882 | 1.859.325 | | 2.393.893 | 1.803.127 | 1.663.479 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 15.410.753 | 15.575.259 | | 15.981.962 | 15.438.387 | 15.517.354 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | -325.119 | -616.305 | | -806.682 | -844.780 | -981.622 |
| 18 | + Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | | -42.500 | -697.097 | | -41.500 | -41.500 | -41.500 |
| 19 | + Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen | | -4.000 | -1.000 | | -1.000 | -1.000 | -1.000 |
| 23 | = investive Einzahlungen | | -46.500 | -698.097 | | -42.500 | -42.500 | -42.500 |
| 25 | - Auszahlungen für Baumaßnahmen | | 235.000 | 1.875.000 | | 2.360.000 | 550.000 | 95.000 |
| 26 | - Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen | | 638.290 | 1.702.502 | | 1.391.502 | 606.502 | 1.406.501 |
| 27 | - Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen | | | 20.000 | | | | |
| 30 | = investive Auszahlungen | | 873.290 | 3.597.502 | | 3.751.502 | 1.156.502 | 1.501.501 |



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|----------------|----------------|--|-----------------|-----------------|-----------------|
| 31 | = Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./.. Auszahlung) | | 826.790 | 2.899.405 | | 3.709.002 | 1.114.002 | 1.459.001 |



Beschreibung

Diese Produktgruppe besteht aus folgenden Produkten und Teilprodukten:

- 1.02.01.01 Allgemeine Gefahrenabwehr
- 1.02.01.01.01 Jagd und Fischerei

- 1.02.01.02 Gewerbe und Handwerk
- 1.02.01.02.01 Schornsteinfegeraufsicht

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen



1.02.01.01

Allgemeine Gefahrenabwehr

Beschreibung

- Überwachen der Zuverlässigkeit von Personen, die mit Jagdwaffen, Sprengstoff und anderen gefährlichen Stoffen umgehen
- Abnahme von Jäger- und Fischerprüfungen, Erteilen von Jagdscheinen
- Ordnungsbehördliche Einzelaufgaben z.B. zum Schutz der Sonn- und Feiertage oder im Friedhofs- und Bestattungswesen
- Beraten kreisangehöriger Kommunen in ordnungsrechtlichen Angelegenheiten
- Aufsicht über Recht- und Zweckmäßigkeit kommunaler ordnungsrechtlicher Entscheidungen, soweit nicht anders zugeordnet

Auftragsgrundlage

Jagdgesetze Bund u. Land sowie Fischereigesetz NRW mit allen Verordnungen, Sprengstoffgesetz, Gefahrstoffverordnung, Chemikalienverbotsverordnung, Sonn- und Feiertagsgesetz NRW, Bestattungsgesetz NRW, Gräbergesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz, Ordnungsbehördengesetz NRW

Ziele

Global:

- Erhalt der inneren Sicherheit im Kreisgebiet
- Schutz von Wild- und Fischbeständen durch eine geordnete Bewirtschaftung

Strategisch:

- Kompetentes Verwaltungshandeln in der bisherigen Verfahrensqualität unter Berücksichtigung kommunaler Interessen
- Sicherstellen der Rechtmäßigkeit staatlicher Eingriffe in die Handlungsfreiheit Einzelner

Zielgruppen

Jägerschaft und Eigentümer von Wald- und Wiesenflächen, Fischerei-Interessierte und Eigentümer von Gewässern; Sportschützen, Einzelhandelsbetriebe; allgemeine Bevölkerung, Ordnungsbehörden kreisangehöriger Kommunen



1.02.01.02

Gewerbe und Handwerk

Beschreibung

- Überwachen der Zuverlässigkeit von Gewerbetreibenden insbesondere durch Untersagung des Gewerbes bei nachgewiesener Unzuverlässigkeit sowie Erteilen von Genehmigungen für Finanz- und Immobilienmakler, Ahnden von Verstößen gegen Gewerbe- und Handwerksordnung, Unterstützen der Zollbehörden bei Verdacht auf Schwarzarbeit, Untersagung des Handwerks bei nachgewiesener Unzuverlässigkeit.
- Schornstiefegeraufsicht:
Überwachen und Unterstützen bei der Erledigung ihrer öffentlichen Aufgaben.
- Beraten kreisangehöriger Kommunen in gewerberechtlichen Angelegenheiten; Aufsicht über Recht- und Zweckmäßigkeit kommunaler gewerberechtlicher Entscheidungen

Auftragsgrundlage

Gewerbeordnung, Handwerksordnung, Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung, Schornstiefegergesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz, Ordnungsbehördengesetz NRW

Ziele

Global:

- Erhalt der inneren Sicherheit im Kreisgebiet
- Schutz legal arbeitender Gewerbe- und Handwerksbetriebe vor illegaler Konkurrenz

Strategisch:

- Kompetentes Verwaltungshandeln in der bisherigen Verfahrensqualität unter Berücksichtigung wirtschaftlicher und kommunaler Interessen,
- Sicherstellen der Rechtmäßigkeit staatlicher Eingriffe in die Gewerbefreiheit von Privatpersonen

Zielgruppen

Gewerbetreibende aller Art, Finanz- und Immobilienmakler, Handwerksbetriebe; Schornstiefeger; alle kreisangehörigen kommunalen Gewerbebehörden; alle Personen, die gegen Vorschriften der Gewerbe/Handwerksordnung verstoßen

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.01 Ordnungsbedürftige Tätigkeiten



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -98.000 | -90.500 | -90.500 | -97.500 | -90.500 |
| 7 | + Sonstige ordentliche Erträge | | -25.000 | -26.500 | -26.500 | -26.500 | -26.500 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -123.000 | -117.000 | -117.000 | -124.000 | -117.000 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 297.545 | 307.655 | 307.746 | 309.904 | 310.999 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 10.284 | 5.622 | 5.631 | 5.641 | 5.650 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 11.235 | 11.085 | 11.374 | 11.667 | 11.966 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 43.967 | 46.896 | 44.979 | 45.523 | 46.331 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 363.031 | 371.257 | 369.730 | 372.735 | 374.946 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 240.031 | 254.257 | 252.730 | 248.735 | 257.946 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 240.031 | 254.257 | 252.730 | 248.735 | 257.946 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 240.031 | 254.257 | 252.730 | 248.735 | 257.946 |
| 27 | + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | -89.348 | -112.075 | -111.454 | -106.859 | -107.579 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 105.277 | 132.504 | 131.223 | 126.526 | 127.162 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 255.960 | 274.686 | 272.499 | 268.402 | 277.530 |

**Planerläuterung zum Teilergebnisplan Ordnungsbedürftige Tätigkeiten**

Erträge der Produktgruppe ‚Ordnungsbedürftige Tätigkeiten‘ bestehen einerseits aus Buß- Zwangs- und Verwarnungsgeldern, die bei der Ahndung von Gesetzesverstößen z.B. gegen die Vorschriften der Handwerks- oder Gewerbeordnung festgesetzt werden (Kostenart 452110-452130). Andererseits werden als Leistungsentgelt Verwaltungsgebühren eingenommen, z.B. für das Erteilen einer Sprengstofflaubnis oder eines Jagdscheins. Die Gebühreneinnahmen können immer nur Teilbereiche der Produktgruppe finanzieren. Sachaufwendungen entstehen insbesondere für die Durchführung von Jäger- und Fischerprüfungen. Aufwandsentschädigungen für ehrenamtlich tätige Personen (z.B. im Kreisjagdbeirat oder als Fischereiberater) werden unter sonstige ordentliche Aufwendungen erfasst.

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Gebühren nach dem Sprenggesetz, Jagdscheingebühren, Gebühren für Jägerprüfungen u.a., Gebühren für Fischerprüfungen u. a., Verwaltungsgebühren für Gewerbesachen und Verwaltungsgebühren Schornsteinfeger gesammelt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* umfasst die Kosten der Durchführung der Jäger- und der Fischereiprüfungen (Kostenart 524900). Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind die Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Beschäftigte (Kreisjagdbeirat, Fischereiberater, Kostenart 542800) erfasst. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.01 Ordnungsbedürftige Tätigkeiten



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|-----------------|-----------------|--|-----------------|-----------------|-----------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -98.000 | -90.500 | | -90.500 | -97.500 | -90.500 |
| 7 | + Sonstige Einzahlungen | | -25.000 | -26.500 | | -26.500 | -26.500 | -26.500 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -123.000 | -117.000 | | -117.000 | -124.000 | -117.000 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 185.653 | 193.991 | | 195.931 | 197.890 | 199.868 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 11.500 | 6.400 | | 6.400 | 6.400 | 6.400 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 16.200 | 11.910 | | 11.910 | 11.910 | 11.910 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 213.353 | 212.301 | | 214.241 | 216.200 | 218.178 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 90.353 | 95.301 | | 97.241 | 92.200 | 101.178 |
| 26 | - Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen | | | 2.000 | | | | |
| 30 | = investive Auszahlungen | | | 2.000 | | | | |
| 31 | = Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung) | | | 2.000 | | | | |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:
Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung
1.02.01 Ordnungsbedürftige Tätigkeiten



| Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlungen/-auszahlungen |
|--|--|---------------|-------------|-------------|------------------------------|--------------|--------------|--------------|---------------------------------------|----------------------------------|
| 2 | - Summe der investiven Auszahlungen | | | 2.000 | | | | | | 2.000 |
| 3 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | | 2.000 | | | | | | 2.000 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem o. g. Ansatz für das Haushaltjahr 2010 handelt es sich um den Erwerb/Ersatzbeschaffungen von Jagdwaffen im Rahmen der Jägerprüfung. Die Abwicklung der Investitionen wird von Amt 32 koordiniert.

Die Investition wird über folgende *Finanzstelle* abgewickelt:

5.321001.710 Jagdwaffen i. R. d. Jägerprüfung



Beschreibung

- Kontrollen und Probeentnahmen in Betrieben, in denen Lebensmittel, Bedarfsgegenstände, Kosmetika und Tabakerzeugnisse hergestellt, behandelt und in Verkehr gebracht werden
- Schlachtier- und Fleischuntersuchung
- Überwachung des Verkehrs mit Tierarzneimitteln und Futtermitteln

Auftragsgrundlage

Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch, Tierschutzgesetz, Fleischbeschauverordnung des Oberbergischen Kreises, Fleischhygienegesetz, Arzneimittelgesetz, Verordnung (EG) 178/2002, Verordnung (EG) 852/2004, Verordnung (EG) 853/2004

Ziele

- Durchführung von Betriebskontrollen (100 %)
- Durchführung der Probenentnahmen (100 %)

Zielgruppen

Gewerbetreibende auf allen Stufen der Herstellung, Behandlung und Verarbeitung von Lebensmitteln und Futtermitteln; Landwirte, Tierärzte, Tierheilpraktiker, Verbraucher, Inhaber von Schlachtbetrieben, Jäger, amtl. Kontrollpersonal

Haushaltsplan 2010

1.02 Sicherheit und Ordnung



verantwortlich:

1.02.02 Verbraucherschutz

Dezernat II

| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -185.200 | -165.000 | -165.000 | -165.000 | -165.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -800 | -3.300 | -3.300 | -3.300 | -3.300 |
| 7 | + Sonstige ordentliche Erträge | | -8.000 | -5.000 | -5.000 | -5.000 | -5.000 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -194.000 | -173.300 | -173.300 | -173.300 | -173.300 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 563.144 | 510.160 | 513.266 | 517.785 | 521.623 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 406.700 | 420.291 | 420.297 | 420.302 | 420.308 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 4.928 | 4.309 | 4.579 | 4.852 | 5.127 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 156.389 | 186.995 | 181.600 | 182.459 | 183.486 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 1.131.161 | 1.121.756 | 1.119.741 | 1.125.397 | 1.130.544 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 937.161 | 948.456 | 946.441 | 952.097 | 957.244 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 937.161 | 948.456 | 946.441 | 952.097 | 957.244 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 937.161 | 948.456 | 946.441 | 952.097 | 957.244 |
| 27 | + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | -35.399 | -38.343 | -38.592 | -38.925 | -39.016 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 73.900 | 83.717 | 84.093 | 82.952 | 79.837 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 975.662 | 993.830 | 991.942 | 996.124 | 998.065 |

**Planerläuterung zum Teilergebnisplan Verbraucherschutz**

Über die Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100, z.B. Fleischschau) sowie für zusätzliche amtliche Kontrollen abgebildet. Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/ -umlage* stellt die Erstattungen (Kostenart 442900) von Kosten im Bereich der Lebensmitteluntersuchungen dar. In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* werden Verwarnungsgelder (Kostenart 452130) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* wird der Ankauf und insbesondere die Untersuchungen (Kostenart 529908) von Lebensmitteln und Bedarfgegenständen abgedeckt. Darüber hinaus werden hier die Kosten für den laufenden Laborbedarf, für Verbraucherschutz und regionale Vermarktung (Kostenart 524905) sowie für den Kurierdienst (Kostenart 529909) veranschlagt.

Bei der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* handelt es sich in erster Linie um Gebührenaussgaben (Kostenart 542300) für bakteriologische Fleischuntersuchungen und BSE-Pflichttests, aber auch um die Kosten der Vergütung für externe Sachverständige (Kostenart 542907) sowie der Materialbeschaffung (Kostenart 543110) im Rahmen der Fleischschauung und Kosten im Rahmen der Untersuchung von Futtermittelproben (543900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung sowie anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.02 Verbraucherschutz



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|-----------------|-----------------|--|-----------------|-----------------|-----------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -185.200 | -165.000 | | -165.000 | -165.000 | -165.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -800 | -3.300 | | -3.300 | -3.300 | -3.300 |
| 7 | + Sonstige Einzahlungen | | -8.000 | -5.000 | | -5.000 | -5.000 | -5.000 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -194.000 | -173.300 | | -173.300 | -173.300 | -173.300 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 406.074 | 368.291 | | 371.974 | 375.694 | 379.450 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 406.700 | 420.000 | | 420.000 | 420.000 | 420.000 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 120.250 | 146.700 | | 142.800 | 143.300 | 143.900 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 933.024 | 934.991 | | 934.774 | 938.994 | 943.350 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 739.024 | 761.691 | | 761.474 | 765.694 | 770.050 |
| 26 | - Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen | | 2.000 | 2.000 | | 2.000 | 2.000 | 2.000 |
| 27 | - Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen | | | 20.000 | | | | |
| 30 | = investive Auszahlungen | | 2.000 | 22.000 | | 2.000 | 2.000 | 2.000 |
| 31 | = Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung) | | 2.000 | 22.000 | | 2.000 | 2.000 | 2.000 |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.02 Verbraucherschutz



| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlungen / -auszahlungen |
|---|---|---------------|-------------|-------------|------------------------------|--------------|--------------|--------------|---------------------------------------|------------------------------------|
| 5390004 Erwerb Trägeranteile AöR | | | | | | | | | | |
| 10 | - Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen | | | 20.000 | | | | | | 20.000 |
| 13 | = Summe Auszahlungen | | | 20.000 | | | | | | 20.000 |
| 14 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | | 20.000 | | | | | | 20.000 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem o. g. Ansatz für das Haushaltjahr 2010 handelt es sich um den **Erwerb von Trägeranteilen** im Rahmen einer Beteiligung/Gründung einer Anstalt des öffentlichen Rechts. Die Abwicklung der Investitionen wird von Amt 39 koordiniert.

Die Investition wird über die *Finanzstelle Erwerb Trägeranteile AöR* abgewickelt:

2010 / PSP-I 5.390004.710.010 SK 782400

Haushaltsplan 2010

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.02 Verbraucherschutz

Dezernat II



| Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlungen/-auszahlungen |
|--|--|---------------|--------------|--------------|------------------------------|--------------|--------------|--------------|---------------------------------------|----------------------------------|
| 2 | - Summe der investiven Auszahlungen | | 2.000 | 2.000 | | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 10.000 |
| 3 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | 2.000 | 2.000 | | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 2.000 | 10.000 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante Investitionen/Ersatzbeschaffung von **geringwertigen Wirtschaftsgütern** (kurz GWG) und von **Betriebs- und Geschäftsausstattung** (kurz BGA) aus dem Bereich der **Veterinär- und Lebensmittelüberwachung** (Amt 39). Betriebs- und Geschäftsausstattung ist ein Begriff der kaufmännischen Buchführung. Darunter fallen Gegenstände (über 410 Euro netto), die der langfristigen Betriebsbereitschaft eines Unternehmens dienen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird im ersten Teil des Inventars als Vermögensposten geführt. In der Bilanz wird sie den Sachanlagen zugeordnet und ist damit ein Teil des Anlagevermögens. BGAs werden über den Zeitraum ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben, über Kostenstellen werden die Beschaffungen verursachungsgerecht den Ämtern/Produkten zugeordnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter können, im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, im Jahr der Anschaffung oder Herstellung voll als Betriebsausgabe abgesetzt werden. Voraussetzungen für ein geringwertiges Wirtschaftsgut: es muss eigenständig nutzbar sein, es muss beweglich sein, es muss länger als ein Jahr dem Betrieb dienen und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten liegen zwischen 60,- und 410,- Euro (netto). Der Ansatz ist für die Anschaffung von medizinischen Geräten bzw. Laborgeräten, etc. bestimmt.

Die o. g. Investitionen werden über die *Finanzstelle 5.390001* (BGA, Mediz. Geräte / Laborgeräte, Anlagevermögen > 410 Euro netto) bzw. bzw. über die *Finanzstelle 5.390002* (GWG, Mediz. Geräte / Laborgeräte, Anlagevermögen < 410 Euro netto) abgewickelt.



Beschreibung

- Überwachung von Tierhaltungen und Tierhandel gemäß tierseuchenrechtlicher Bestimmungen
- Maßnahmen gegen die allgemeine und die besondere Seuchengefahr
- Überwachung von Tierhaltungen, -zuchten, -handel und -transporten gemäß Tierschutzgesetz
- Vorbeugende und akute Maßnahmen zum Schutz der Tiere
- Überwachung, Entsorgung und ggf. Verwertung von Tierkörpern, Tierkörperteilen und tierischen Erzeugnissen
- Zuchtberatung, Förderung und Vermarktung von Zuchttieren, Ausrichtung von Tierschauen

Auftragsgrundlage

Tierseuchengesetz, Tierschutzgesetz, Landeshundegesetz, Tierzuchtgesetz, Tierische Nebenprodukte-Beseitigungsgesetz, VO (EG) 1774/2002

Ziele

Zielgruppen

Tierhalter, Tierhändler, Tiertransporteure, Tierärzte, Verbraucher, Jäger, Schädlingsbekämpfer, Landwirte, Inhaber von Schlachtbetrieben, amtl. Kontrollpersonal, Gastronomiebetriebe, Tierzüchter

Haushaltsplan 2010

1.02 Sicherheit und Ordnung



verantwortlich:

1.02.03 Tiergesundheit

Dezernat II

| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -17.000 | -17.000 | -17.000 | -17.000 | -17.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -8.000 | -8.000 | -80.000 | -8.000 | -8.000 |
| 7 | + Sonstige ordentliche Erträge | | -2.000 | -6.000 | -6.000 | -6.000 | -6.000 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -27.000 | -31.000 | -103.000 | -31.000 | -31.000 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 482.162 | 564.740 | 567.911 | 572.828 | 576.896 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 427.300 | 459.800 | 459.800 | 459.800 | 459.800 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | | 17.750 | 18.250 | 18.750 | 19.250 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 23.000 | 23.000 | 23.000 | 23.000 | 23.000 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 99.665 | 103.004 | 117.490 | 102.481 | 102.828 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 1.032.127 | 1.168.294 | 1.186.451 | 1.176.859 | 1.181.774 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 1.005.127 | 1.137.294 | 1.083.451 | 1.145.859 | 1.150.774 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 1.005.127 | 1.137.294 | 1.083.451 | 1.145.859 | 1.150.774 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 1.005.127 | 1.137.294 | 1.083.451 | 1.145.859 | 1.150.774 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 35.399 | 46.343 | 46.592 | 46.925 | 47.016 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 1.040.525 | 1.183.637 | 1.130.043 | 1.192.784 | 1.197.790 |

**Planerläuterung zum Teilergebnisplan Tiergesundheit**

Über die Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Bescheinigungen nach dem Tierseuchengesetz sowie Gebühren nach dem Tierschutzgesetz, Landeshundesgesetz u. a. abgewickelt. Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattungen/ -umlage* erfasst die Erstattung von Kosten zur Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Kostenart 442900) sowie die Fahrtkostenerstattung durch Zuchtvereine. In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* werden Verwarnungsgelder und Zwangsgelder (Kostenart 452130 und 452120) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* werden die Kosten für die Unterhaltung (Kostenart 523600) der Medizinischen Geräte und sonstige Gebrauchsgegenstände erfasst, aber auch die Kosten der Unterhaltung und Reinigung der Wildsammelstellen (Kostenart 523300 u. 523720) sowie die Sachkosten des Kreistierzuchtberaters (Kostenart 526800), die Kosten der Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Kostenart 524902), die Beschaffung von Mitteln u. Verbrauchsmaterialien zur Tierseuchenbekämpfung (Kostenart 524903) und sonstige Aufwendungen im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung (z. B. TSE-Monitoring), die Kosten der Kurierdienste (Kostenart 529909) und insbesondere die Kosten der Tierkörperbeseitigung nach dem TierNebG (Kostenart 529910). Der Oberbergische Kreis hat hier einen Vertrag über die Entsorgungskosten mit der Fa. Secanim geschlossen. Ferner werden hier die über die Kostenstelle 1415 bewirtschafteten Aufwendungen der Restabwicklung TBA Bergisch-Born dargestellt (Kostenart 528901).

In der Kontengruppe *Transferaufwendungen* sind die Mittel für die Förderung der Viehzucht und für sonstige landwirtschaftliche Belange sowie Zuschüsse zu Körungen und Prämien veranschlagt (Kostenart 531900). Durch gezielte Maßnahmen sollen die Kreisfördermittel zum Zweck der Sicherstellung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der tierhaltenden Betriebe verwendet werden.

Über die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Leistungen/Vergütungen von externen Sachverständigen (Kostenart 542907, z. B. im Rahmen der Tierseuchenbekämpfung oder Bekämpfung der Blauzungenkrankheit) verausgabt, diese Personen werden je nach Bedarf im Auftrag des Amtstierarztes zur Erfüllung der gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen tätig. Des Weiteren sind hier Geschäftsaufwendungen für Aufgaben nach dem Tierschutzgesetz (Kostenart 543900) sowie für Dienst- und Schutzkleidung (Kostenart 541600) angesetzt. Im Übrigen sind die Kosten der Tierschau (Kostenart 549900) im Jahr 2011 veranschlagt, welche i. d. R. alle vier Jahre durchgeführt wird. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige



Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.03 Tiergesundheit



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|----------------|----------------|--|-----------------|-----------------|-----------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -17.000 | -17.000 | | -17.000 | -17.000 | -17.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -8.000 | -8.000 | | -80.000 | -8.000 | -8.000 |
| 7 | + Sonstige Einzahlungen | | -2.000 | -6.000 | | -6.000 | -6.000 | -6.000 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -27.000 | -31.000 | | -103.000 | -31.000 | -31.000 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 340.637 | 403.492 | | 407.527 | 411.602 | 415.718 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 427.300 | 459.800 | | 459.800 | 459.800 | 459.800 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 23.000 | 23.000 | | 23.000 | 23.000 | 23.000 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 64.340 | 65.600 | | 80.900 | 65.600 | 65.600 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 855.277 | 951.892 | | 971.227 | 960.002 | 964.118 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 828.277 | 920.892 | | 868.227 | 929.002 | 933.118 |
| 26 | - Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen | | 175.000 | 5.000 | | 5.000 | 5.000 | 5.000 |
| 30 | = investive Auszahlungen | | 175.000 | 5.000 | | 5.000 | 5.000 | 5.000 |
| 31 | = Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung) | | 175.000 | 5.000 | | 5.000 | 5.000 | 5.000 |



| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungs- ermächti- gungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2) | Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en |
|---|---|------------------|----------------|----------------|--|-----------------|-----------------|-----------------|--|---|
| 5390003 Erwerb Wild-Annahme- Container | | | | | | | | | | |
| 9 | - Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen | | 175.000 | 5.000 | | 5.000 | 5.000 | 5.000 | 175.000 | 195.000 |
| 13 | = Summe Auszahlungen | | 175.000 | 5.000 | | 5.000 | 5.000 | 5.000 | 175.000 | 195.000 |
| 14 | = Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen) | | 175.000 | 5.000 | | 5.000 | 5.000 | 5.000 | 175.000 | 195.000 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem o. g. Ansatz für das Haushaltjahr 2009 handelt es sich um den Erwerb von speziellen Containern (Wildannahme-Container) im Rahmen der Wildscheinepest. Die Abwicklung der Investitionen wird von Amt 39 koordiniert.

Die Investition wird über folgende *Finanzstelle* abgewickelt:

5.390.003.710.009 Erwerb Tierseuchencontainer 2009



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.02.04.01 Verkehrsregelung und -lenkung

1.02.04.02 Überwachung des fließendes Verkehrs

1.02.04.02.01 Polizeiliche Geschwindigkeitsanzeigen

1.02.04.02.02 Geschwindigkeitsüberwachung

1.02.04.03 Verkehrsrechtliche Genehmigungen

1.02.04.04 Verkehrserziehung und -aufklärung

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen



1.02.04.01

Verkehrsregelung und -lenkung

Beschreibung

- Entscheidung über Verkehrszeichen und –einrichtungen
- Geschäftsführung in der Unfallkommission zur Beseitigung von Unfallhäufungspunkten
- Verkehrslenkungsmaßnahmen im Baustellen- und Veranstaltungsbereich

Auftragsgrundlage

Straßenverkehrs-Ordnung (StVO), Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO), verschiedene Richtlinien, Zuständigkeitsregelung des Landes NRW

Ziele

- Verkehrsregelungs- und -lenkungsmaßnahmen zur Erhaltung der Verkehrssicherheit im Straßenverkehr
- Zeitnahe sach- und fachgerechte Reaktion gegenüber Kommunen und Unternehmen
- Erhalt und ständige Optimierung des bekannt guten Bürgerservices im Straßenverkehrsamt
 - o Freundlichkeit, Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft sowie
 - o akzeptable Warte- und Öffnungszeiten

Zielgruppen

Allgemeinheit, Interessengruppen, Einzelpersonen, Bauunternehmer, kreisangehörige Städte und Gemeinden



1.02.04.02

Überwachung des fließenden Verkehrs

Beschreibung

- Prüfung der Anträge von u.a. Bürgern und Behörden zur Durchführung von Geschwindigkeitskontrollen sowie Festlegung dieser Messstellen im Benehmen mit der Polizei
- Feststellung und Ahndung von Geschwindigkeitsüberschreitungen an Unfallhäufungspunkten, unfallkritischen Strecken, gefährdeten und besonders schutzwürdigen Bereichen (z. B. an Spielplätzen, Schulen, Schulwegen, Kindergärten, Altenheimen)
- Ahndung der von der Polizei und anderen Behörden vorgelegten Ordnungswidrigkeitenverfahren (z. B. Verkehrsunfälle, Alkohol- und Betäubungsmittelverstöße, Überschreitung von Lenkzeiten, Verstöße gegen die Beförderung gefährlicher Güter)
- Vertretung des Kreises vor den Amtsgerichten

Auftragsgrundlage

Straßenverkehrsgesetz, Straßenverkehrsordnung, Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung, Fahrpersonalgesetz, Ordnungsbehördengesetz, Gefahrgutgesetz, Ordnungswidrigkeitengesetz

Ziele

Senkung des Geschwindigkeitsniveaus und Erhöhung der Verkehrssicherheit durch Rückgang der Verkehrsunfallzahlen

Zielgruppen

Antragsteller sowie mittelbar oder unmittelbar betroffene Verkehrsteilnehmer



1.02.04.03

Verkehrsrechtliche Genehmigungen

Beschreibung

- Erteilung / Entziehung von Erlaubnissen für den gewerblichen Güterkraftverkehr, von EG-Lizenzen und von Genehmigungen für den gewerblichen Taxen- und Mietwagenverkehr
- Erteilung von Erlaubnissen und Ausnahmegenehmigungen für Großraum- und Schwertransporte
- Erteilung von Ausnahmegenehmigungen von straßenverkehrsrechtlichen Vorgaben

Auftragsgrundlage

Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG), Personenbeförderungsgesetz (PBefG), Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BOKraft), Straßenverkehrsordnung (StVO), Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO)

Ziele

- Gewährleistung des gewerblichen Kraft- und Personenbeförderungsverkehrs durch zuverlässige und wirtschaftlich leistungsfähige Unternehmen; zudem Vorgaben bei den Transportgeschäften zur Vermeidung von Verkehrsbehinderungen
- Hilfestellung für Personen im Straßenverkehr mit besonderen Ausrichtungen
- Zeitnahe sach- und fachgerechte Reaktion gegenüber Unternehmen und Fachbehörden
- Erhalt und ständige Optimierung des bekannt guten Bürgerservices im Straßenverkehrsamt
 - o Freundlichkeit, Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft sowie
 - o akzeptable Warte- und Öffnungszeiten

Zielgruppen

Gewerbliche Unternehmer des Personenbeförderungsverkehrs und des Güterkraftverkehrs, Allgemeinheit, Interessengruppen, Einzelpersonen, Handwerker, Menschen mit Behinderung, Fahrzeughalter



1.02.04.04

Verkehrserziehung und -aufklärung

Beschreibung

- Durchführung von Verkehrssicherheitsaktionen, Öffentlichkeitsarbeit
- Unterstützung der Verkehrssicherheitsarbeit der Kreispolizei und der Kreisverkehrswacht

Auftragsgrundlage

Gemeinsamer Runderlass des IM NRW und des MSV NRW

Ziele

- Verbesserung des Kenntnisstandes der Bevölkerung aller Altersgruppen bezogen auf medizinische, wissenschaftliche, unfallrelevante Neuerungen in der Verkehrssicherheitsarbeit; unter besonderer Sensibilisierung der Autofahrer gegenüber den schwächeren Verkehrsteilnehmern
- Intensivierung der Seniorenarbeit im Straßenverkehr ab 2008 ff
- Erhöhung der Zahl der entsprechenden Veranstaltungen

Zielgruppen

Alle am öffentlichen Straßenverkehr Beteiligten

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.04 Verkehrsangelegenheiten



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | | | -3.750 | | |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -179.000 | -172.000 | -172.000 | -172.000 | -172.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -29.000 | -9.700 | | | |
| 7 | + Sonstige ordentliche Erträge | | -2.300.000 | -2.500.500 | -2.500.500 | -2.500.500 | -2.500.500 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -2.508.000 | -2.682.200 | -2.676.250 | -2.672.500 | -2.672.500 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 1.190.670 | 1.210.686 | 1.214.980 | 1.224.726 | 1.231.739 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 140.223 | 140.707 | 148.224 | 141.241 | 141.758 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 15.125 | 9.823 | 10.342 | 10.868 | 11.403 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | | 1.000 | | 1.000 | |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 357.431 | 391.503 | 380.254 | 383.100 | 372.440 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 1.703.448 | 1.753.718 | 1.753.799 | 1.760.935 | 1.757.338 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | -804.552 | -928.482 | -922.451 | -911.565 | -915.162 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | -804.552 | -928.482 | -922.451 | -911.565 | -915.162 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | -804.552 | -928.482 | -922.451 | -911.565 | -915.162 |
| 27 | + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | -265.718 | -301.693 | -288.940 | -280.935 | -280.441 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 390.630 | 429.142 | 412.334 | 409.156 | 407.854 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | -679.640 | -801.033 | -799.056 | -783.344 | -787.748 |

**Planerläuterung zum Teilergebnisplan Verkehrsangelegenheiten**

Die Produktgruppe „1.02.04 Verkehrsangelegenheiten“ umfasst Aufgabenbereiche vom Amt 30 (Rechtsamt) und Amt 36 (Straßenverkehrsamt).

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* weist Zuweisungen vom Land im Rahmen der Verkehrserziehung, z.B. für den Verkehrssicherheitstag aus (Kostenart 414200). In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* [Produkt: 1.02.04.03 Verkehrsrechtliche Genehmigungen] sind die Gebühren (Kostenart 431100) für den gewerblichen Personen- und Güterverkehr, Großraum- und Schwerverkehr, Veranstaltungen sowie Baustellen (Anordnungsbefugnis Amt 36) veranschlagt, sowie Gebühren für Aktenversendungen (Amt 30). Bei den *Erträgen aus Kostenerstattung/-umlage* handelt es sich um Personalkostenerstattungen von Gemeinden für vom Oberbergischen Kreis übertragene Aufgaben im Bereich der verkehrsrechtlichen Genehmigungen [Produkt: 1.02.04.03].

Unter der Kontengruppe *sonstige ordentliche Erträge* [Produkt: 1.02.04.02 Überwachung des fließenden Verkehrs] sind folgende Einnahmen/Erträge (Kostenart 452110 u. 452130, Anordnungsbefugnis Amt 30) ausgewiesen:

- | | |
|--|-------------|
| 1. Bußgelder wegen Verkehrsordnungswidrigkeiten | 800.000 € |
| 2. Bußgelder aus mobiler und stationärer Geschwindigkeitsüberwachung | 500.000 € |
| 3. Verwarngelder aus mobiler und stationärer Geschwindigkeitsüberwachung | 1.200.000 € |

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei den *Transferaufwendungen* handelt es sich um einen Zuschuss zur Unterstützung der Kreispolizei und der Kreisverkehrswacht, welcher alle 2 Jahre zur Auszahlung kommt (Kostenart 531900).

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* umfasst die Kosten für Entgelte an Dritte für Filmentwicklung (Kostenart 529913) sowie die Unterhaltungskosten (Kostenart 523300) der Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen (Amt 30). Des weiteren sind hier die Betriebskosten (Kostenart 523400) des Verkehrsinformationsbusses, die Kosten im Rahmen der Verkehrssicherung und -lenkung (Kostenart 529100), insbesondere der Durchführung des Verkehrs-



sicherheitstages (Kostenart 524900) sowie die Kosten im Rahmen der Verkehrserziehung (Kostenart 529100) zur Unterstützung der Kreispolizeibehörde und der Verkehrswacht Oberbergischer Kreis veranschlagt (Amt 36).

Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind die Leasingkosten (Kostenart 542200) des Geschwindigkeitsmesssystems sowie das Material (Kostenart 543110) für die Geschwindigkeitsüberwachung und die Kosten im Zusammenhang mit der Entschädigung für die Durchführung von Fahrzeugführerermittlungen bzw. Zwangsstilllegungen erfasst (Kostenart 541905, Amt 30). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.04 Verkehrsangelegenheiten



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|-------------------|-------------------|--|-------------------|-------------------|-------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | | | | -3.750 | | |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -179.000 | -172.000 | | -172.000 | -172.000 | -172.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -29.000 | -9.700 | | | | |
| 7 | + Sonstige Einzahlungen | | -2.300.000 | -2.500.500 | | -2.500.500 | -2.500.500 | -2.500.500 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -2.508.000 | -2.682.200 | | -2.676.250 | -2.672.500 | -2.672.500 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 817.224 | 825.537 | | 833.791 | 842.129 | 850.552 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 140.620 | 139.900 | | 147.400 | 140.400 | 140.900 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | | 1.000 | | | 1.000 | |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 91.100 | 45.800 | | 45.600 | 45.600 | 30.600 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 1.048.944 | 1.012.237 | | 1.026.791 | 1.029.129 | 1.022.052 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | -1.459.056 | -1.669.963 | | -1.649.459 | -1.643.371 | -1.650.448 |
| 26 | - Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen | | 1.500 | 4.500 | | 1.500 | 1.500 | 1.500 |
| 30 | = investive Auszahlungen | | 1.500 | 4.500 | | 1.500 | 1.500 | 1.500 |
| 31 | = Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung) | | 1.500 | 4.500 | | 1.500 | 1.500 | 1.500 |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.04 Verkehrsangelegenheiten



| Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlungen/-auszahlungen |
|--|---|---------------|-------------|-------------|------------------------------|--------------|--------------|--------------|---------------------------------------|----------------------------------|
| 2 | - Summe der investiven Auszahlungen | | 1.500 | 4.500 | | 1.500 | 1.500 | 1.500 | 1.500 | 10.500 |
| 3 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | 1.500 | 4.500 | | 1.500 | 1.500 | 1.500 | 1.500 | 10.500 |



Beschreibung

- Erteilung, Verlängerung, Entziehung und Versagung von Fahrerlaubnissen
- Maßnahmen zur Fahrerlaubniserteilung auf Probe und im Punktesystem
- Maßnahmen zur Überprüfung der Kraftfahreignung
- Umtausch in den EU-Kartenführerschein
- Ausgabe von Fahrerkarten

Auftragsgrundlage

- Erteilung von Fahrlehr- und Fahrschulerlaubnissen sowie Überwachung der Fahrschulen
Straßenverkehrsgesetz (StVG), Fahrerlaubnisverordnung (FeV), Verordnung zur Durchführung des
Fahrpersonalgesetzes, EU-Führerscheinrichtlinien, Verordnung über den internationalen Kraftverkehr, Fahrlehrergesetz
inkl. Durchführungsverordnungen

Ziele

- Gewährleistung der ordnungsgemäßen Ausbildung und Prüfung von Fahrerlaubnisbewerbern einschließlich ihrer
Ausbilder zur konfliktfreien Mitwirkung am öffentlichen Straßenverkehr; des weiteren Entscheidungen über die
Eignung von Kraftfahrzeugführern im Straßenverkehr; Schutz der Allgemeinheit vor ausgehenden Gefahren von
ungeeigneten Verkehrsteilnehmern
- Erhalt und ständige Optimierung des bekannt guten Bürgerservices im Straßenverkehrsamt
 - o Freundlichkeit, Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft sowie
 - o akzeptable Warte- und Öffnungszeiten

Zielgruppen

Fahrerlaubnisbewerber bzw. -inhaber, Bewerber bzw. Inhaber von Fahrgastbeförderungsscheinen, Personen mit
Eignungsmängeln, Fahrlehrer und Fahrschulinhaber

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.05 Fahr- und Beförderungserlaubnisse



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -485.000 | -420.000 | -420.000 | -420.000 | -420.000 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -485.000 | -420.000 | -420.000 | -420.000 | -420.000 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 444.059 | 454.744 | 457.805 | 461.925 | 465.548 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 113 | 213 | 213 | 213 | 213 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 249.532 | 267.386 | 258.409 | 260.472 | 263.699 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 693.704 | 722.343 | 716.427 | 722.610 | 729.460 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 208.704 | 302.343 | 296.427 | 302.610 | 309.460 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 208.704 | 302.343 | 296.427 | 302.610 | 309.460 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 208.704 | 302.343 | 296.427 | 302.610 | 309.460 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 75.770 | 86.029 | 82.392 | 80.110 | 79.969 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 284.474 | 388.372 | 378.819 | 382.720 | 389.429 |



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Fahr- und Beförderungserlaubnisse

In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Gebühren (Kostenart 431100) für den Bereich Führerschein- und Fahrlehrerwesen abgebildet.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind andere sonstige Geschäftsaufwendungen (Kostenart 543900) wie Kosten für den Druck der Karten, Führerscheine, Fahrerkarten etc. veranschlagt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.05 Fahr- und Beförderungserlaubnisse



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|-----------------|-----------------|------------------------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -485.000 | -420.000 | | -420.000 | -420.000 | -420.000 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -485.000 | -420.000 | | -420.000 | -420.000 | -420.000 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 324.751 | 332.908 | | 336.237 | 339.599 | 342.995 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | | 100 | | 100 | 100 | 100 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 100.000 | 100.000 | | 100.000 | 100.000 | 100.000 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 424.751 | 433.008 | | 436.337 | 439.699 | 443.095 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | -60.249 | 13.008 | | 16.337 | 19.699 | 23.095 |



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.02.06.01 Zulassung

1.02.06.02 Überwachung der Halterhaftung

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen



1.02.06.01

Zulassung

Beschreibung

Zulassung und Abmeldung von Fahrzeugen einschließlich

- Ausnahmegenehmigungen für Sonderfahrzeuge
- Internationale Zulassungen
- Änderung der Fahrzeugpapiere
- Sonderkennzeichen

Auftragsgrundlage

Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO), Kraftfahrzeugsteuergesetz (KraftStG), Ministerielle Richtlinien, EG-Richtlinien, Fahrzeugzulassungsverordnung (FZV)

Ziele

- Kennzeichnung von Fahrzeugen zur Unterbindung von Schädigungen, Gefährdungen und Belästigungen durch Fahrzeuge gegenüber der Allgemeinheit
- Erhaltung eines aktuellen Datenbestandes
- Erhalt und ständige Optimierung des bekannt guten Bürgerservices im Straßenverkehrsamt
 - o Freundlichkeit, Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft sowie
 - o akzeptable Warte- und Öffnungszeiten

Zielgruppen

Fahrzeughalter, Kfz-Händler, Kennzeicheninhaber



1.02.06.02

Überwachung der Halterhaftung

Beschreibung

Vorbeugende Maßnahmen bis hin zur Zwangstilllegung in den Bereichen

- fehlender Versicherungsschutz
- Kfz-Steuerückstand
- Nichtbeseitigung von Fahrzeugmängeln
- nicht vorgenommener Umschreibung des Fahrzeuges

Auftragsgrundlage

Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung (StVZO), Kraftfahrzeugsteuergesetz (KraftStG), Pflichtversicherungsgesetz (PflversG), Fahrzeugzulassungsverordnung (FZV)

Ziele

- Sicherstellung, dass nur die Fahrzeuge sich im Straßenverkehr bewegen, die den geltenden Bestimmungen (wie Versicherung etc.) entsprechen
- Erhalt und ständige Optimierung des bekannt guten Bürgerservices im Straßenverkehrsamt
 - o Freundlichkeit, Fachkompetenz und Hilfsbereitschaft sowie
 - o akzeptable Warte- und Öffnungszeiten

Zielgruppen

Fahrzeughalter, Kennzeicheninhaber

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.06 Kfz-Angelegenheiten



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -2.575.000 | -2.588.000 | -2.588.000 | -2.588.000 | -2.588.000 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -1.350 | -1.000 | -1.000 | -1.000 | -1.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -50.000 | -50.400 | -50.400 | -50.400 | -50.400 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -2.626.350 | -2.639.400 | -2.639.400 | -2.639.400 | -2.639.400 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 1.142.778 | 1.143.124 | 1.152.189 | 1.162.982 | 1.173.025 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 87.284 | 46.217 | 46.217 | 46.217 | 46.217 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 604.872 | 629.297 | 606.792 | 611.963 | 620.054 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 1.834.934 | 1.818.638 | 1.805.198 | 1.821.162 | 1.839.297 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | -791.416 | -820.762 | -834.202 | -818.238 | -800.103 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | -791.416 | -820.762 | -834.202 | -818.238 | -800.103 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | -791.416 | -820.762 | -834.202 | -818.238 | -800.103 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 189.948 | 215.664 | 206.548 | 200.825 | 200.472 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | -601.469 | -605.097 | -627.655 | -617.413 | -599.631 |

**Planerläuterung zum Teilergebnisplan Kfz-Angelegenheiten**

In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Gebühren (Kostenart 431100) für den Bereich Kfz-Zulassung bzw. Kfz-Abmeldungen, Verwaltungsgebühren für fehlenden Versicherungsschutz sowie sonstige Gebühren für Aufgabenerledigungen im Mängel-, Halterwechsel- und Sicherungsübereignungsbereich veranschlagt.

Über die Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* werden die Verkaufserlöse (Kostenart 441100) Kfz-Kennzeichen abgewickelt. In der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung* sind hauptsächlich Erstattungen vom Land (Kostenart 442200, Verwaltungskostenbeteiligung zur Durchführung der VMZbV) ausgewiesen. Des weiteren sind in der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* Einnahmen durch Werbung (Kostenart 459100) im Straßenverkehrsamt veranschlagt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* umfasst die Kosten für Mikroverfilmung (Kostenart 529100) sowie die Kostenerstattungen an Gemeinden (Kostenart 525300) im Rahmen der Amtshilfe. Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind insbesondere Kosten für Zulassungsbescheinigungen (vormals Plaketten, Kfz-Briefe), Karten-Führerscheine, Fahrerkarten, usw. abgebildet (Kostenart 543900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.06 Kfz-Angelegenheiten



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|-------------------|-------------------|--|-------------------|-------------------|-------------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -2.575.000 | -2.588.000 | | -2.588.000 | -2.588.000 | -2.588.000 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -1.350 | -1.000 | | -1.000 | -1.000 | -1.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -50.000 | -50.400 | | -50.400 | -50.400 | -50.400 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -2.626.350 | -2.639.400 | | -2.639.400 | -2.639.400 | -2.639.400 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 860.160 | 858.432 | | 867.017 | 875.687 | 884.445 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 87.000 | 45.600 | | 45.600 | 45.600 | 45.600 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 200.000 | 180.000 | | 180.000 | 180.000 | 180.000 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 1.147.160 | 1.084.032 | | 1.092.617 | 1.101.287 | 1.110.045 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | -1.479.190 | -1.555.368 | | -1.546.783 | -1.538.113 | -1.529.355 |
| 26 | - Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen | | | 30.000 | | | | |
| 30 | = investive Auszahlungen | | | 30.000 | | | | |
| 31 | = Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung) | | | 30.000 | | | | |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat II

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.06 Kfz-Angelegenheiten



| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlungen / -auszahlungen |
|---|--|---------------|-------------|-------------|------------------------------|--------------|--------------|--------------|---------------------------------------|------------------------------------|
| 5360010 Kassensystem SVA | | | | | | | | | | |
| 9 | - Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen | | | 30.000 | | | | | | 30.000 |
| 13 | = Summe Auszahlungen | | | 30.000 | | | | | | 30.000 |
| 14 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | | 30.000 | | | | | | 30.000 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem o. g. Ansatz für das Haushaltjahr 2010 handelt es sich um den **Erwerb eines Kassensystems** für das **Straßenverkehrsamt**.

Die Abwicklung der Investitionen wird von Amt 36 koordiniert.

Die Investition wird über die *Finanzstelle Kassensystem SVA* abgewickelt:

2010 / PSP-I 5.360010.710.010 SK 782600



Beschreibung

In der Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.02.07.01 Einwohnerangelegenheiten
1.02.07.01.01 Einbürgerungen

1.02.07.02 Regelung des Aufenthalts von Ausländern
1.02.07.02.01 Humanitäre Aufenthalte

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen



1.02.07.01

Einwohnerangelegenheiten

Beschreibung

1. Bearbeiten aller Fragen zur deutschen Staatsangehörigkeit und Namensänderungen, insbesondere
 - Vornahme/Ablehnen von Einbürgerungen
 - Feststellen der deutschen Staatsangehörigkeit
 - Ausstellen von Urkunden über die deutsche Staatsangehörigkeit
 - Durchführen von Namensänderungen öffentlich-rechtlicher Art
2. Standesamtsaufsicht:
Unterstützen und Überwachen der Tätigkeit aller Standesämter im Kreisgebiet
3. Beraten kreisangehöriger Kommunen in melde-, ausweis- und passrechtlichen Angelegenheiten;
Aufsicht über Recht- und Zweckmäßigkeit kommunaler melde-, ausweis- und passrechtlicher Entscheidungen

Auftragsgrundlage

Staatsangehörigkeitsgesetz, Namensänderungsgesetz; Personenstandsgesetz; Meldegesetze Bund und Land, Personalausweis- und Passgesetz, jeweils mit allen Verordnungen; Ordnungsbehördengesetz NRW, Ordnungswidrigkeitengesetz

Ziele

Global:

- Erhalt der inneren Sicherheit im Kreisgebiet
- Erleichtern der eindeutigen Identifizierung Einzelner durch die Einhaltung klarer Vorgaben zu Namen, Staatsangehörigkeit, Ausweisen und Anschriften

Strategisch:

- Kompetentes Verwaltungshandeln in der bisherigen Verfahrensqualität unter Berücksichtigung kommunaler Interessen
- Sicherstellen der einheitlichen Arbeitsweise aller Standesämter, Melde-, Ausweis- und Passbehörden der kreisangehörigen Kommunen

Zielgruppen

Einbürgerungswillige ausländische Personen sowie alle deutschen Einwohner und Einwohnerinnen des Kreisgebietes, die Standesämter, Melde-, Ausweis- und Passbehörden aller kreisangehöriger Kommunen



1.02.07.02

Regelung des Aufenthalts von Ausländern

Beschreibung

Vollzug aller aufenthaltsrechtlichen Regelungen des Bundes im Kreisgebiet, insbesondere Erteilen/Ablehnen von Aufenthaltsgenehmigungen zu unterschiedlichen Aufenthaltswegen (Familienzusammenführung, Erwerbstätigkeit, Studium usw), Verpflichten zur Teilnahme an Integrations- und Sprachkursen, Entgegennahme von Unterhaltsverpflichtungserklärungen, Durchführen aufenthaltsbeendender Maßnahmen soweit erforderlich

Auftragsgrundlage

Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet - mit allen Verordnungen und internationalen Abkommen; Freizügigkeitsgesetz für Bürger und Bürgerinnen der Europäischen Union; Asylverfahrensgesetz; Ordnungsbehördengesetz NRW, Ordnungswidrigkeitengesetz

Ziele

Global:

- Erhalt der inneren Sicherheit im Kreisgebiet
- Steuern und Begrenzen des Zuzugs von Ausländern in die Bundesrepublik; Gestalten der Zuwanderung u.a. durch Fördern integrativer Maßnahmen und Erfüllen humanitärer Verpflichtungen

Strategisch:

- Kompetentes Verwaltungshandeln in der bisherigen Verfahrensqualität unter Berücksichtigung kommunaler und wirtschaftlicher Interessen
- bedarfsorientierte Entscheidungen, die unter Beachtung aller gesetzlichen und gerichtlichen Vorgaben durchgesetzt werden

Zielgruppen

Alle im Kreisgebiet lebenden ausländischen Personen

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.07 Personenbez. Aufenthalts-/Statusfragen



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -175.000 | -162.500 | -162.500 | -162.500 | -162.500 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -10.000 | -8.000 | -8.000 | -8.000 | -8.000 |
| 7 | + Sonstige ordentliche Erträge | | | -500 | -500 | -500 | -500 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -185.000 | -171.000 | -171.000 | -171.000 | -171.000 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 994.162 | 1.024.574 | 1.026.401 | 1.034.073 | 1.038.768 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 1.216 | 1.216 | 1.216 | 1.216 | 1.216 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 150.245 | 170.991 | 165.412 | 167.124 | 169.675 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 1.145.622 | 1.196.781 | 1.193.030 | 1.202.413 | 1.209.659 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 960.622 | 1.025.781 | 1.022.030 | 1.031.413 | 1.038.659 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 960.622 | 1.025.781 | 1.022.030 | 1.031.413 | 1.038.659 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 960.622 | 1.025.781 | 1.022.030 | 1.031.413 | 1.038.659 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 89.348 | 113.925 | 113.354 | 108.809 | 109.579 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 1.049.970 | 1.139.707 | 1.135.383 | 1.140.222 | 1.148.237 |



**Planerläuterung zum Teilergebnisplan Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen**

Erträge der Produktgruppe ‚Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen‘ bestehen weit überwiegend aus Verwaltungsgebühren, die als Leistungsentgelt für eine Einbürgerung oder das Erteilen einer Aufenthaltserlaubnis erhoben werden. Gelegentlich werden Kosten erstattet, die anlässlich einer Amtshilfe für andere Behörden entstehen, oder bei Verstößen gegen das Aufenthaltsrecht Buß- und Verwarnungsgelder festgesetzt. Die Gebühreneinnahmen können immer nur Teilbereiche der Produktgruppe finanzieren. Sachaufwendungen entstehen insbesondere durch ärztliche Begutachtungen, die in Einzelfällen zur Überprüfung eines Aufenthaltsrechtes eingeholt werden müssen.

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Gebühren nach dem Aufenthaltsgesetz sowie die Gebühren für Staatsangehörigkeitswesen (z.B. Einbürgerungen) erfasst. Die Kontengruppe *Kostenerstattungen* umfasst Einnahmen im Zusammenhang mit dem Ersatz von Abschiebekosten und Sicherheitsleistungen (Kostenart 442900). Bei den *Sonstigen ordentlichen Erträgen* handelt es sich um Verwarnungsgelder (Kostenart 452130).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei den *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* handelt es sich um die anteiligen Kosten für die Unterhaltung der Betriebs- und Geschäftsausstattung (Bewirtschaftung über Kostenstelle 101321, Kostenart 523600).

Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind die Kosten für Ausländerangelegenheiten (Kostenart 542900, z.B. Humanitäre Hilfen, Dolmetscher, ärztliche Gutachten, etc.), für die Erstattungen von Einbürgerungsgebühren (Kostenart 549900) sowie für die Vordrucke der Bundesdruckerei (Kostenart 543913) dargestellt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, Kfz-Kosten, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Im Finanzplan/Investitionsmaßnahmen ist die Ersatzbeschaffung des Dienst-Kfz für den Bereich Ausländeramt geplant (nur Ansatz 2009).

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.07 Personenbez. Aufenthalts-/Statusfragen



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|-----------------|-----------------|--|-----------------|-----------------|-----------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -175.000 | -162.500 | | -162.500 | -162.500 | -162.500 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -10.000 | -8.000 | | -8.000 | -8.000 | -8.000 |
| 7 | + Sonstige Einzahlungen | | | -500 | | -500 | -500 | -500 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -185.000 | -171.000 | | -171.000 | -171.000 | -171.000 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 645.440 | 670.087 | | 676.789 | 683.556 | 690.392 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 33.500 | 40.390 | | 40.890 | 40.890 | 40.890 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 678.940 | 710.477 | | 717.679 | 724.446 | 731.282 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 493.940 | 539.477 | | 546.679 | 553.446 | 560.282 |
| 19 | + Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen | | -1.000 | | | | | |
| 23 | = investive Einzahlungen | | -1.000 | | | | | |
| 26 | - Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen | | 40.000 | | | | | |
| 30 | = investive Auszahlungen | | 40.000 | | | | | |
| 31 | = Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung) | | 39.000 | | | | | |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.07 Personenbez. Aufenthalts-/Statusfragen



| Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlungen/-auszahlungen |
|--|--|---------------|---------------|-------------|------------------------------|--------------|--------------|--------------|---------------------------------------|----------------------------------|
| 1 | + Summe der investiven Einzahlungen | | -1.000 | | | | | | -1.000 | -1.000 |
| 2 | - Summe der investiven Auszahlungen | | 40.000 | | | | | | 40.000 | 40.000 |
| 3 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | 39.000 | | | | | | 39.000 | 39.000 |

Planerläuterung

Bei der o. g. Maßnahme handelt es sich um die in 2009 geplante Ersatzbeschaffung des Dienst-Kfz für den Ausländerbereich.

Die Maßnahme wird über die Finanzstelle 5.321002 abgewickelt.



Beschreibung

- Bereitstellung und Aufbereitung statistischer Daten für eigene Zwecke
Zuarbeit im Rahmen der jeweils aktuellen Aufgaben in Kreis- und Regionalentwicklung. Beitrag zur
Öffentlichkeitsarbeit, regelmäßige Veröffentlichung des Beitrages „Der Oberbergische Kreis in Zahlen“, Schulstatistik
u.a.
- Bereitstellung und Aufbereitung statistischer Daten auf Anfrage von Unternehmen, Verwaltungen, Institutionen,
Gutachtern, Privaten u.a. aus den Bereichen:
- Demographie / Verwaltung / Wahlen, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Flächennutzung / Land- und Forstwirtschaft,
Touristik, Bildungswesen
- Mitwirkung bei der Vorbereitung und Durchführung amtlicher Zählungen
Zensusgesetze bzw. -verordnungen

Auftragsgrundlage

Ziele

- Erarbeitung nachvollziehbarer und im regionalen und überregionalen Zusammenhang vergleichbarer Grundlagen
(Zahlenwerke und Grafik) zur Beurteilung von Fragen, die die Entwicklung des Oberbergischen Kreises berühren
- Informationen interessierter Dritter über Struktur und Entwicklung des Oberbergischen Kreises
- Vorbereitung von Entscheidungen / Vorgaben für Politik, Verwaltung und Wirtschaft; Basiserhebung für
Standortmarketing der Region

Zielgruppen

Politik, Behörden, Wirtschaft, Gesellschaft

Haushaltsplan 2010

1.02 Sicherheit und Ordnung



verantwortlich:

1.02.08 Statistik

Dezernat IV

| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | | -155.000 | -733.000 | -165.000 | |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | | -155.000 | -733.000 | -165.000 | |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 66.986 | 68.380 | 68.490 | 68.999 | 69.305 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 14.699 | 169.808 | 747.753 | 179.819 | 14.897 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 81.685 | 238.187 | 816.243 | 248.818 | 84.201 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 81.685 | 83.187 | 83.243 | 83.818 | 84.201 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 81.685 | 83.187 | 83.243 | 83.818 | 84.201 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 81.685 | 83.187 | 83.243 | 83.818 | 84.201 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 11.689 | 8.909 | 8.993 | 9.015 | 9.043 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 93.374 | 92.097 | 92.237 | 92.833 | 93.244 |

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Statistik

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* werden Geschäftsaufwendungen (Kostenart 543900) wie Beschaffung von Material (Statistikdaten vom LDS, etc.) und die Herausgabe von Schriften veranschlagt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über



Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat IV

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.08 Statistik



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|----------------|-----------------|--|-----------------|-----------------|-----------------|
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | | -155.000 | | -733.000 | -165.000 | |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | | -155.000 | | -733.000 | -165.000 | |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 43.226 | 44.524 | | 44.970 | 45.420 | 45.875 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 10.000 | 165.000 | | 743.000 | 175.000 | 10.000 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 53.226 | 209.524 | | 787.970 | 220.420 | 55.875 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 53.226 | 54.524 | | 54.970 | 55.420 | 55.875 |



| | |
|---------------------------------|---|
| <u>Beschreibung</u> | Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Wahlen und Abstimmungen |
| <u>Auftragsgrundlage</u> | Europawahlgesetz und Europawahlordnung, Bundeswahlgesetz und Bundeswahlordnung, Landeswahlgesetz und Landeswahlordnung, Kommunalwahlgesetz und Kommunalwahlordnung, Gemeindeordnung, Kreisordnung, Satzung zur Durchführung von Bürgerentscheiden |
| <u>Ziele</u> | <ul style="list-style-type: none">- ordnungsgemäße Vorbereitung der Wahl bzw. Abstimmung- fehlerfreie Ergebnisermittlung |
| <u>Zielgruppen</u> | Wahlberechtigte der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, Träger von Wahlvorschlägen, Wahlbewerberinnen und -bewerber |

Haushaltsplan 2010

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.09 Wahlen

Allg. Vertreter d. LR



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -379.900 | -186.500 | | | -208.900 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -379.900 | -186.500 | | | -208.900 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 29.405 | 30.881 | 30.910 | 31.133 | 31.257 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 399.000 | 148.600 | | | 165.400 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 88.900 | 36.900 | 5.820 | 6.820 | 44.500 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 517.305 | 216.381 | 36.730 | 37.953 | 241.157 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 137.405 | 29.881 | 36.730 | 37.953 | 32.257 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 137.405 | 29.881 | 36.730 | 37.953 | 32.257 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 137.405 | 29.881 | 36.730 | 37.953 | 32.257 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 5.785 | 6.235 | 6.179 | 6.430 | 6.453 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 143.189 | 36.116 | 42.909 | 44.383 | 38.710 |



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Wahlen

Folgende Wahlen sind in den folgenden Jahren geplant:

- Haushaltsjahr 2010 Landtagswahl
- Haushaltsjahr 2011 keine Wahlen
- Haushaltsjahr 2012 keine Wahlen
- Haushaltsjahr 2013 Bundestagswahlen

Unter der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung* sind die Erstattungen der Kosten für Wahlen von Bund bzw. Land (Kostenart 442100 u. 442200) ausgewiesen.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* sind die Erstattungen von Wahlkosten (nach Abzug der Kosten des Kreiswahlleiters) an die Städte und Gemeinden für die Durchführung von Wahlen veranschlagt (Kostenart 525300).

Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind die Aufwandsentschädigungen (Kostenart 542800) für die Beisitzer des Kreiswahlausschusses sowie die Geschäftsausgaben (Kostenart 543900, Beschaffung von Vordrucken, Bekanntmachungen, etc.) und die ADV-Kosten (Kostenart 542901, Bereitstellung des Programms Wahlinfo durch die GKD) die anlässlich der Vorbereitung und Durchführung von Wahlen anfallen, veranschlagt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsausgaben (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.09 Wahlen

Allg. Vertreter d. LR



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|-----------------|-----------------|--|-----------------|-----------------|-----------------|
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -379.900 | -186.500 | | | | -208.900 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -379.900 | -186.500 | | | | -208.900 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 18.678 | 19.779 | | 19.977 | 20.177 | 20.379 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 399.000 | 148.600 | | | | 165.400 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 88.900 | 36.900 | | 5.820 | 6.820 | 44.500 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 506.578 | 205.279 | | 25.797 | 26.997 | 230.279 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 126.678 | 18.779 | | 25.797 | 26.997 | 21.379 |



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.02.10.01 Brandschutz
 - 1.02.10.01.01 Werkstatt für Feuerwehrausrüstung
 - 1.02.10.01.02 Vorbeugender Brandschutz
 - 1.02.10.01.03 Brandschau Kommunen
 - 1.02.10.01.04 Kreisausbildung Freiwillige Feuerwehren
- 1.02.10.02 Katastrophenschutz
 - 1.02.10.02.01 Sachausstattung Einsatzkräfte
 - 1.02.10.02.02 Zuschüsse Einsatzorganisationen

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

**1.02.10.01****Brandschutz****Beschreibung**

- Gefahrenabwehr für den Brandfall, insbesondere durch Betrieb einer Leitstelle für Feuerschutz (Notruf 112), Überörtliche Aus- und Fortbildung kommunaler Feuerwehrräfte, Betrieb einer Werkstatt für Atemschutzgeräte und Schlauchpflege, zentrale Beschaffungsmaßnahmen für kommunale Feuerwehren
- Gestellung von Brandschutztechnikern an die kreisangehörigen Kommunen
- Vorbeugender Brandschutz in Genehmigungsverfahren
- Beraten kreisangehöriger Kommunen insbesondere zu Brandschutzbedarfsplänen
- Aufsicht über Recht- und Zweckmäßigkeit kommunaler Entscheidungen im Feuerschutz

Auftragsgrundlage

Feuerschutz- und Hilfeleistungsgesetz NRW, Ordnungsbehördengesetz NRW, Zivilschutzgesetz, Wehrpflichtgesetz, Zivildienstgesetz, Sicherstellungsgesetze, jeweils mit allen Verordnungen und Erlassen

Ziele**Global:**

Schutz von Leib und Leben aller Personen im Kreisgebiet, Ausbau des Bevölkerungsschutzes beim Kreis in Umsetzung der bundesweiten „Neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland“

Strategisch:

Stärkung der überörtlichen Zusammenarbeit aller Einsatzkräfte der Feuerwehren, Hilfsorganisationen und THW unter Berücksichtigung kommunaler Interessen durch Ausbau des zentralen kreiseigenen Brandschutzzentrums zu einem Rettungszentrum

Zielgruppen

Kreisangehörige Kommunen mit ihren Feuerwehren; Werksfeuerwehren; Hilfsorganisationen (DRK, Malteser, Johanniter, DLRG) u. Technisches Hilfswerk; Verpflichtete, die Wehersatzdienst bei einer Einsatzorganisation leisten; Gesamtbevölkerung des Kreisgebietes.



1.02.10.02

Katastrophenschutz

Beschreibung

Hilfeleisten in überörtlichen Großschadenslagen, die zivile oder militärische Ursachen haben können, insbesondere durch

- Betrieb einer Leitstelle für Bevölkerungsschutz (Notruf 112),
- Koordinieren der Einsatzkräfte und Hilfeleistungen in einer Großschadenslage,
- Erstellen vorbereitender Gefahrenabwehr- und Einsatzpläne,
- Planen und Durchführen von Übungen,
- Überwachen von Wehrersatzdienst-Verpflichtungen,

ergänzende Sachausstattung der Einsatzkräfte von Hilfsorganisationen und Feuerwehren.

Auftragsgrundlage

Feuerschutz- und Hilfeleistungsgesetz NRW, Ordnungsbehördengesetz NRW, Zivilschutzgesetz, Wehrpflichtgesetz, Zivildienstgesetz, Sicherstellungsgesetze, jeweils mit allen Verordnungen und Erlassen.

Ziele

Global:

Schutz von Leib und Leben aller Personen im Kreisgebiet,
Ausbau des Bevölkerungsschutzes beim Kreis in Umsetzung der bundesweiten "neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland"

Strategisch:

Stärkung der überörtlichen Zusammenarbeit aller Einsatzkräfte der Feuerwehren, Hilfsorganisationen und THW unter Berücksichtigung kommunaler Interessen durch Ausbau des zentralen kreiseigenen Brandschutzzentrums zu einem Rettungszentrum

Zielgruppen

Kreisangehörige Kommunen mit ihren Feuerwehren; Werksfeuerwehren; Hilfsorganisationen (DRK, Malteser, Johanniter, DLRG) u. Technisches Hilfswerk; Verpflichtete, die Wehrersatzdienst bei einer Einsatzorganisation leisten;
Gesamtbevölkerung des Kreisgebietes

Haushaltsplan 2010

1.02 Sicherheit und Ordnung



verantwortlich:

1.02.10 Bevölkerungsschutz

Dezernat I

| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -2.594 | -14.337 | -26.081 | -31.268 | -36.456 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -5.600 | -7.300 | -7.300 | -7.350 | -7.350 |
| 7 | + Sonstige ordentliche Erträge | | -10.800 | -11.400 | -12.000 | -12.600 | -13.200 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -18.994 | -33.037 | -45.381 | -51.218 | -57.006 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 1.006.325 | 1.080.704 | 1.082.738 | 1.090.866 | 1.095.893 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 156.150 | 114.104 | 115.810 | 117.010 | 118.210 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 44.330 | 111.172 | 170.047 | 209.422 | 239.735 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 18.550 | 18.550 | 18.550 | 18.550 | 18.550 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 57.950 | 82.134 | 67.342 | 62.148 | 62.654 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 1.283.305 | 1.406.664 | 1.454.488 | 1.497.997 | 1.535.042 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 1.264.311 | 1.373.627 | 1.409.107 | 1.446.779 | 1.478.036 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 1.264.311 | 1.373.627 | 1.409.107 | 1.446.779 | 1.478.036 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 1.264.311 | 1.373.627 | 1.409.107 | 1.446.779 | 1.478.036 |
| 27 | + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | -7.188 | -38.553 | -61.309 | -75.267 | -86.507 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 135.041 | 143.296 | 144.219 | 142.067 | 135.901 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 1.392.164 | 1.478.370 | 1.492.017 | 1.513.579 | 1.527.430 |

**Planerläuterung zum Teilergebnisplan Bevölkerungsschutz**

Erträge der Produktgruppe *Bevölkerungsschutz* bestehen einerseits aus Kostenerstattungen der kreisangehörigen Kommunen für die Inanspruchnahme bestimmter Leistungen des Kreises im Brandschutz, andererseits aus dem Entgelt für die Aufschaltung von Brandmeldeanlagen auf die Kreisleitstelle. Sachaufwendungen dienen insbesondere der Anschaffung und Unterhaltung von Maschinen und technischen Anlagen im Brandschutzzentrum sowie der notwendigen Dienstfahrzeuge. Die Einsatzorganisationen im Kreisgebiet werden begrenzt finanziell unterstützt.

Die Kontengruppe *Kostenerstattungen* umfasst die Einnahmen/Erstattungen (Kostenart 442200 u. 442600) im Zusammenhang mit den Betriebskosten der Relaisfunkstation Unnenberg sowie die Erstattungen der Gemeinden (Kostenart 442300) für Verbrauchsgüter der Atemschutzwerkstatt. Unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* sind Konzessionsabgaben (Kostenart 452600, Kostenpauschale für die Brandmelde-Übertragungs-Anlage) ausgewiesen. Bei den *Zuwendungen und allgemeinen Umlagen* handelt es sich um Erträge aus der Auflösung von Zuwendungen für Investitionen (Kostenart 416210).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Hier fließen auf die Personalkosten für die Durchführung der Brandschau mit ein.

Die *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* umfasst die Unterhaltung (Kostenart 523300 u. 523610) von Geräten bzw. technischen Anlagen und Datenverarbeitungseinrichtungen im Brandschutzzentrum (Maschinen/Geräte etc. im Rahmen für Großschadensereignisse), aber auch die Kosten der Kreisausbildung der Freiwilligen Feuerwehren (Kostenart 524900). Darüber hinaus werden hier die Ersatzteile der Atemschutzwerkstatt (Kostenart 526802) sowie der Materialverbrauch Brandschutzzentrum (Kostenart 526803) veranschlagt. Die *Transferaufwendungen* beinhalten Zuschüsse an den Kreisfeuerwehrverband bzw. Zuschüsse an die Jugendfeuerwehr (Kostenart 531900).

In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* sind u. a. die Leasingraten für die Schlauchpfegeanlage (Kostenart 542200) und Aufwendungen für Dienst- und Schutzkleidung (Kostenart 541600) hinterlegt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.



Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.10 Bevölkerungsschutz



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|------------------|------------------|--|------------------|------------------|------------------|
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -5.600 | -7.300 | | -7.300 | -7.350 | -7.350 |
| 7 | + Sonstige Einzahlungen | | -10.800 | -11.400 | | -12.000 | -12.600 | -13.200 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -16.400 | -18.700 | | -19.300 | -19.950 | -20.550 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 1.125.420 | 1.242.861 | | 1.255.290 | 1.267.843 | 1.280.522 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 283.900 | 176.544 | | 179.300 | 180.500 | 181.700 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 18.550 | 18.550 | | 18.550 | 18.550 | 18.550 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 23.000 | 90.556 | | 64.560 | 53.614 | 53.669 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 1.450.870 | 1.528.511 | | 1.517.700 | 1.520.507 | 1.534.441 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 1.434.470 | 1.509.811 | | 1.498.400 | 1.500.557 | 1.513.891 |
| 18 | + Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | | -41.500 | -697.097 | | -41.500 | -41.500 | -41.500 |
| 23 | = investive Einzahlungen | | -41.500 | -697.097 | | -41.500 | -41.500 | -41.500 |
| 25 | - Auszahlungen für Baumaßnahmen | | 235.000 | 1.300.000 | | 1.365.000 | | |
| 26 | - Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen | | 95.000 | 669.000 | | 383.000 | 113.000 | 143.000 |
| 30 | = investive Auszahlungen | | 330.000 | 1.969.000 | | 1.748.000 | 113.000 | 143.000 |
| 31 | = Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung) | | 288.500 | 1.271.903 | | 1.706.500 | 71.500 | 101.500 |

Haushaltsplan 2010

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.10 Bevölkerungsschutz

Dezernat I



| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungs- ermächti- gungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2) | Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en |
|---|---|------------------|----------------|------------------|--|------------------|-----------------|-----------------|--|---|
| 5231300 Baumaßnahmen Krisenzentrum | | | | | | | | | | |
| 1 | - Einzahlungen aus Investitionszuwendungen | | | -655.597 | | | | | | -655.597 |
| 6 | = Summe Einzahlungen | | | -655.597 | | | | | | -655.597 |
| 8 | - Auszahlungen für Baumaßnahmen | | 235.000 | 1.300.000 | | 1.365.000 | | | 235.000 | 2.900.000 |
| 9 | - Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen | | | 125.000 | | | | | | 125.000 |
| 13 | = Summe Auszahlungen | | 235.000 | 1.425.000 | | 1.365.000 | | | 235.000 | 3.025.000 |
| 14 | = Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen) | | 235.000 | 769.403 | | 1.365.000 | | | 235.000 | 2.369.403 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Bauinvestition** im Bereich des **Brandschutzzentrums Kottbus** (Ausbau als Rettungszentrum des Kreises). Die Abwicklung der Baumaßnahme wird vom Zentralen Immobilienmanagement betreut.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.231300* abgewickelt.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.10 Bevölkerungsschutz



| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlungen / -auszahlungen |
|---|--|---------------|-------------|-------------|------------------------------|--------------|--------------|--------------|---------------------------------------|------------------------------------|
| 5323005 Atemschutzreserve Freiwillige Feuerwehr | | | | | | | | | | |
| 9 | - Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen | | | 130.000 | | 90.000 | | | | 220.000 |
| 13 | = Summe Auszahlungen | | | 130.000 | | 90.000 | | | | 220.000 |
| 14 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | | 130.000 | | 90.000 | | | | 220.000 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Investition / Ersatzbeschaffung** im Bereich Brandschutz und Katastrophenschutz.

Hier soll in 2009 / 2010 ein **Abrollbehälter für den Atemschutz** und in 2011 ein sog. **Wechselader** angeschafft werden. Der Erwerb der Anlage wird von Amt 32 geleitet.

Die Kosten für den Abrollbehälter belasten (i.d.R. über AfA) mit 70 % das Produkt Brandschutz und mit 30 % das Produkt Katastrophenschutz.

Die Kosten für den Wechselader belasten (i.d.R. über AfA) mit 50 % das Produkt Brandschutz und mit 50 % das Produkt Katastrophenschutz.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.323005* abgewickelt.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.10 Bevölkerungsschutz



| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlung / -auszahlungen |
|---|--|---------------|----------------|----------------|------------------------------|----------------|----------------|----------------|---------------------------------------|----------------------------------|
| 5323006 Ausstattung (Katastrophenschutz) | | | | | | | | | | |
| 1 | - Einzahlungen aus Investitionszuwendungen | | -30.000 | -30.000 | | -30.000 | -30.000 | -30.000 | -30.000 | -150.000 |
| 6 | = Summe Einzahlungen | | -30.000 | -30.000 | | -30.000 | -30.000 | -30.000 | -30.000 | -150.000 |
| 9 | - Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen | | 30.000 | 35.000 | | 35.000 | 35.000 | 35.000 | 30.000 | 170.000 |
| 13 | = Summe Auszahlungen | | 30.000 | 35.000 | | 35.000 | 35.000 | 35.000 | 30.000 | 170.000 |
| 14 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | | 5.000 | | 5.000 | 5.000 | 5.000 | | 20.000 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Investition / Ersatzbeschaffung** im Bereich Brandschutz und Katastrophenschutz.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.323006* abgewickelt.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.10 Bevölkerungsschutz



| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlung / -auszahlungen |
|---|--|---------------|-------------|-------------|------------------------------|--------------|--------------|--------------|---------------------------------------|----------------------------------|
| 5323020 Digitalfunk BOS | | | | | | | | | | |
| 9 | - Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen | | | 301.000 | | 150.000 | | | | 451.000 |
| 13 | = Summe Auszahlungen | | | 301.000 | | 150.000 | | | | 451.000 |
| 14 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | | 301.000 | | 150.000 | | | | 451.000 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante **Investitionen / Ersatzbeschaffungen** im Rahmen der Einführung des **Digitalfunks**.

Die Kosten *Digitalfunk Leitstelle* belasten (i.d.R. über AfA) zu 25 % das Produkt Brandschutz, zu 5 % den Katastrophenschutz und zu 70 % den Rettungsdienst.

Die Kosten *Digitalfunk Kfz* belasten (i.d.R. über AfA) zu 10 % das Produkt Brandschutz, zu 2 % den Katastrophenschutz und zu 88 % den Rettungsdienst.

Die o. g. Investitionen wird über die *Finanzstelle 5.323020* abgewickelt.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.10 Bevölkerungsschutz



| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungs-ermächti-gungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2) | Gesamt-einzahlung en / - auszahlung en |
|---|--|---------------|-------------|-------------|--------------------------------|--------------|--------------|--------------|--|--|
| 5323022 Gerätewagen Messtechnik | | | | | | | | | | |
| 9 | - Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen | | | 70.000 | | 100.000 | 70.000 | 100.000 | | 340.000 |
| 13 | = Summe Auszahlungen | | | 70.000 | | 100.000 | 70.000 | 100.000 | | 340.000 |
| 14 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | | 70.000 | | 100.000 | 70.000 | 100.000 | | 340.000 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante **Investition / Ersatzbeschaffungen** im Bereich des **Katastrophenschutzes**, hier werden **Fahrzeuge / Gerätewagen Messtechnik** erworben. Die Kosten belasten (i.d.R. über AfA) zu 100 % das Produkt Katastrophenschutz.

Die o. g. Investitionen wird über die *Finanzstelle 5.323022* abgewickelt.

Haushaltsplan 2010

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.10 Bevölkerungsschutz

Dezernat I



| Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlungen/-auszahlungen |
|--|---|---------------|---------------|----------------|------------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------------------------------|----------------------------------|
| 1 | + Summe der investiven Einzahlungen | | -11.500 | -11.500 | | -11.500 | -11.500 | -11.500 | -11.500 | -57.500 |
| 2 | - Summe der investiven Auszahlungen | | 65.000 | 8.000 | | 8.000 | 8.000 | 8.000 | 65.000 | 97.000 |
| 3 | Saldo: = (Einzahlungen ./. Auszahlungen) | | 53.500 | -3.500 | | -3.500 | -3.500 | -3.500 | 53.500 | 39.500 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine Reihe von **Investition** im Bereich des **Brandschutzzentrums Kottbus (Bevölkerungsschutz)**. Bei der Summe der investiven Einzahlungen wird der Landeszuschuss zur Förderung des Feuerschutzes (1300.3612) und der Landeszuschuss zur Förderung von Hilfen bei Großschadensereignissen (1300.3610) vereinnahmt. Über die Auszahlungen werden Geräte und Inventargegenstände (sowohl GWG als auch BGA) des Brandschutzzentrums (1300.5200; 1300.9351) sowie investive Beschaffungen für den Katastrophenschutz (1300.9355) verausgabt. Die Abwicklung der Investitionen wird von Amt 32 geleitet.

Die o. g. Zuschüsse bzw. Investition werden über folgende *Finanzstelle* abgewickelt:

- 5.323.001.605.009 LZ zur Förderung des Feuerschutzes 2009
- 5.323.001.710.009 Ersatzbeschaffung, Geräte (BSZ) 2009
- 5.323.002.720.009 GWG, Geräte, Inventar (BSZ) 2009
- 5.323.006.600.009 LZ Hilfe bei Großschadensereign. 2009
- 5.323.006.710.009 Ausstattung (Katastrophenschutz) 2009





Beschreibung

Sicherstellen der Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der

- Notfallrettung einschließlich des notärztlichen Dienstes und des
- Krankentransportes, der mit medizinischer Betreuung durchgeführt werden muss (sogen. qualifizierte Transporte),

insbesondere durch

- Erstellen eines rettungsdienstlichen Bedarfsplans,
- Betrieb einer Leitstelle für den Rettungsdienst (Notruf 112),
- Trägerschaft für zehn Rettungswachen im Kreisgebiet,
- Berechnen und Festlegen der Gebühren für rettungsdienstliche Leistungen,
- Einzug der Benutzungsgebühren bei den Betroffenen und ihren Krankenkassen,
- Aufsicht über kreisangehörige Kommunen, die Träger einer Rettungswache sind.

Auftragsgrundlage

Rettungsgesetz NRW mit allen Verordnungen, Rettungsdienstlicher Bedarfsplan (Kreistagsbeschluss); Kommunalabgabengesetz NRW, (Kreis-) Gebührensatzung für den Rettungsdienst

Ziele

Global:

Schutz von Leib und Leben aller Betroffenen im Kreisgebiet

Strategisch:

Bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransportes nach Maßgabe des Rettungsbedarfsplanes

Zielgruppen

Alle Personen, die im Kreisgebiet krank oder verletzt transportiert werden müssen; Krankenhäuser und Hilfsorganisationen, die rettungsdienstliche Leistungen erbringen; Krankenkassen, die die Kosten übernehmen

Haushaltsplan 2010

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.11 Rettungsdienst

Dezernat I



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|--------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -62 | -125 | -125 | -125 | -125 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -9.125.222 | -9.531.464 | -9.670.394 | -9.801.017 | -9.979.326 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -65.000 | -65.000 | -65.000 | -65.000 | -65.000 |
| 7 | + Sonstige ordentliche Erträge | | -1.000 | -1.000 | -1.000 | -1.000 | -1.000 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -9.191.284 | -9.597.589 | -9.736.519 | -9.867.142 | -10.045.451 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 1.076.360 | 1.160.600 | 1.160.330 | 1.168.278 | 1.171.997 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 7.209.750 | 7.191.359 | 7.152.413 | 7.152.416 | 7.152.419 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 13.666 | 131.657 | 295.869 | 407.016 | 535.632 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 848.660 | 1.069.697 | 1.060.762 | 1.058.083 | 1.060.884 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 9.148.436 | 9.553.313 | 9.669.372 | 9.785.793 | 9.920.933 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | -42.848 | -44.276 | -67.147 | -81.349 | -124.518 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | -42.848 | -44.276 | -67.147 | -81.349 | -124.518 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | -42.848 | -44.276 | -67.147 | -81.349 | -124.518 |
| 27 | + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | -26.367 | -27.649 | -27.789 | -28.082 | -28.303 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 84.134 | 116.833 | 140.510 | 155.095 | 166.818 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 14.918 | 44.908 | 45.574 | 45.664 | 13.997 |

**Planerläuterung zum Teilergebnisplan Rettungsdienst**

Erträge der Produktgruppe *Rettungsdienst* bestehen aus den Benutzungsgebühren, die für die Inanspruchnahme rettungsdienstlicher Leistungen erhoben werden. Nimmt eine Kommune als Träger einer eigenen Rettungswache die Kreisleitstelle in Anspruch, erstattet sie dem Kreis die anfallenden Kosten. Die Benutzungsgebühren sind grundsätzlich kostendeckend kalkuliert, nur ausnahmsweise sind Kosten rettungsdienstlicher Maßnahmen bei der Kalkulation nicht zu berücksichtigen. Sachaufwendungen dienen der Finanzierung des für den Rettungsdienst notwendigen Personals, der Rettungsmittel (Fahrzeuge) und der Rettungswachen. Der Bedarf wird regelmäßig in einem Bedarfsplan festgelegt, der mit den Krankenkassen abgestimmt und vom Kreistag beschlossen wird.

Unter der Kontengruppe *Leistungsentgelte* sind die Gebühren (432100) für den Rettungsdienst ausgewiesen. Die Position *Kostenerstattungen* umfasst die Erstattungen von Gemeinden (Kostenart 442300) für die anteiligen Kosten der Leitstelle. Sonstige Ordentliche Erträge fallen an im Rahmen von Kostenerstattungen durch Versicherungen und Dritte (Kostenart 452710).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* beinhaltet insbesondere die Kosten des Medizinischen Bedarfs (Kostenart 529907) und die Kostenerstattung an Rettungswachen/Notärztlicher Dienst u.a. (Kst. 200321-200323, Kostenart 529900). Des weiteren fallen hier die Kosten für Fahrzeuge im Rettungsdienst (Kst. 40323 ff., Kostenart 523400 u.a.) an sowie die Unterhaltungskosten (Strom, Energie, Wasser, Sanierung, Reinigung, etc.) der Rettungswachen im Kreisgebiet (Kst. 14015 ff.), welche von Amt 32 (Hinweis: Für kreiseigenen Gebäude ist das Zentrale Immobilienmanagement verantwortlich) bewirtschaftet werden.

Die *Sonstige ordentliche Aufwendungen* umfassen die Kosten für Aus-, Fortbildung und Umschulung im notärztlichen Bereich (Kostenart 541200), die Kosten des Luftrettungsdienstes (Kostenart 542900) sowie Kostenerstattungen für Einsätze der Hilfsorganisationen. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010**1.02 Sicherheit und Ordnung**

verantwortlich:

1.02.11 Rettungsdienst

Dezernat I



Hinweis: Die Kostenerstattung für notärztliche Dienst bzw. Rettungswachen öffentlich wirtschaftliche Unternehmen, die Kostenerstattung ärztlicher Leiter im Rettungsdienst sowie die Kosten der Rettungswachen (z.B. Gebäudekosten) oder die Kosten für KFZ sind auf Kostenstellen erfasst und werden im Wege der Verrechnung auf Produkte verteilt.

Auszug aus der Kst.-Struktur:

| Rettungswachen-Kst. | | Fahrzeuge-Kst. | | Fahrzeuge-Kst. | |
|-----------------------|-----------------------------------|----------------|-----------------------------|---------------------------|--------------------------------|
| 14015 | <i>Rettungsdienst</i> | 40334 | <i>2. RTW Gummersbach</i> | 40354 | <i>NEF Ärztlicher Leit.</i> |
| 14020 | <i>RW Bergneustadt</i> | 40335 | <i>RTW Hückeswagen</i> | 40355 | <i>NEF Gummersbach</i> |
| 14030 | <i>RW Engelskirchen</i> | 40336 | <i>RTW Lindlar</i> | 40356 | <i>NEF Engelskirchen</i> |
| 14040 | <i>RW Gummersbach</i> | 40337 | <i>RTW Marienheide</i> | 40357 | <i>NEF Waldbröl</i> |
| 14050 | <i>RW Hückeswagen</i> | 40338 | <i>RTW Lichtenberg</i> | 40358 | <i>NEF Wipperfürth</i> |
| 14060 | <i>RW Lindlar</i> | 40339 | <i>RTW Elsenroth</i> | 40359 | <i>NEF Reserve 1</i> |
| 14070 | <i>RW Marienheide</i> | 40340 | <i>RTW Waldbröl</i> | 40360 | <i>Fahrzeug ORGL RD</i> |
| 14080 | <i>RW Lichtenberg</i> | 40341 | <i>RTW Wipperfürth</i> | 40400 | <i>Kfz Brandschutz (Allg.)</i> |
| 14090 | <i>RW Elsenroth</i> | 40342 | <i>RTW Reserve 1</i> | 40401 | <i>Kdw KBM GM-KV-6697</i> |
| 14100 | <i>RW Radevormwald</i> | 40343 | <i>RTW Reserve 2</i> | 40402 | <i>LKW Werkstatt</i> |
| 14110 | <i>RW NN</i> | 40344 | <i>1. KTW Engelskirchen</i> | 40403 | <i>ELW GM-2650</i> |
| 14120 | <i>RW Waldbröl</i> | 40345 | <i>2. KTW Engelskirchen</i> | 40404 | <i>Wechsellader</i> |
| 14130 | <i>RW Wiehl</i> | 40346 | <i>1. KTW Gummersbach</i> | Organisations-Kst. | |
| 14140 | <i>RW Wipperfürth</i> | 40347 | <i>2. KTW Gummersbach</i> | 101322 | <i>Leistellenbetrieb</i> |
| 14150 | <i>RW gesamt</i> | 40348 | <i>KTW Marienheide</i> | 101323 | <i>Bürobetrieb 32/3</i> |
| Fahrzeuge-Kst. | | 40349 | <i>Kfz RD 32/3 Nr. 19</i> | 200321 | <i>Personalkosten NÄ</i> |
| 40323 | <i>Kfz Rettungsdienst (Allg.)</i> | 40350 | <i>KTW Waldbröl</i> | 200322 | <i>Personalkosten RW</i> |
| 40331 | <i>RTW Bergneustadt</i> | 40351 | <i>KTW Wiehl</i> | 200323 | <i>Personalkosten QS</i> |
| 40332 | <i>RTW Engelskirchen</i> | 40352 | <i>KTW Wipperfürth</i> | | |
| 40333 | <i>1. RTW Gummersbach</i> | 40353 | <i>KTW Reserve 1</i> | | |



Haushaltsplan 2010

1.02 Sicherheit und Ordnung

verantwortlich:

1.02.11 Rettungsdienst

Dezernat I



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|-------------------|-------------------|--|-------------------|-------------------|--------------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -9.125.222 | -9.531.464 | | -9.670.394 | -9.801.017 | -9.979.326 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -65.000 | -65.000 | | -65.000 | -65.000 | -65.000 |
| 7 | + Sonstige Einzahlungen | | -1.000 | -1.000 | | -1.000 | -1.000 | -1.000 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -9.191.222 | -9.597.464 | | -9.736.394 | -9.867.017 | -10.045.326 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 211.038 | 187.823 | | 189.701 | 191.598 | 193.514 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 7.082.000 | 7.128.715 | | 7.088.715 | 7.088.715 | 7.088.715 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 805.592 | 976.469 | | 978.413 | 980.393 | 982.410 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 8.098.630 | 8.293.007 | | 8.256.829 | 8.260.706 | 8.264.639 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | -1.092.592 | -1.304.457 | | -1.479.565 | -1.606.311 | -1.780.687 |
| 18 | + Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | | -1.000 | | | | | |
| 19 | + Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen | | -3.000 | -1.000 | | -1.000 | -1.000 | -1.000 |
| 23 | = investive Einzahlungen | | -4.000 | -1.000 | | -1.000 | -1.000 | -1.000 |
| 25 | - Auszahlungen für Baumaßnahmen | | | 575.000 | | 995.000 | 550.000 | 95.000 |
| 26 | - Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen | | 324.790 | 990.002 | | 1.000.002 | 485.002 | 1.255.001 |
| 30 | = investive Auszahlungen | | 324.790 | 1.565.002 | | 1.995.002 | 1.035.002 | 1.350.001 |
| 31 | = Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung) | | 320.790 | 1.564.002 | | 1.994.002 | 1.034.002 | 1.349.001 |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.11 Rettungsdienst



| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlung / -auszahlungen |
|---|---|---------------|-------------|-------------|------------------------------|--------------|--------------|--------------|---------------------------------------|----------------------------------|
| 5323030 Baumaßnahmen Rettungswachen | | | | | | | | | | |
| 8 | - Auszahlungen für Baumaßnahmen | | | 575.000 | | 970.000 | 475.000 | 95.000 | | 2.115.000 |
| 13 | = Summe Auszahlungen | | | 575.000 | | 970.000 | 475.000 | 95.000 | | 2.115.000 |
| 14 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | | 575.000 | | 970.000 | 475.000 | 95.000 | | 2.115.000 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Investition** im Bereich des **Rettungsdienstes**, insbesondere der **Rettungswachen**. Hier sollen in den folgenden Jahren diverse **Baumaßnahmen** durchgeführt werden. Die Kosten (i.d.R. über AfA) belasten zu 100 % den Rettungsdienst.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.323030* abgewickelt.



| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungs- ermächti- gungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2) | Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en |
|---|---|------------------|----------------|----------------|--|-----------------|-----------------|-----------------|--|---|
| 5323035 Beschaffung Kfz f.d. RD | | | | | | | | | | |
| 9 | - Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen | | | 730.000 | | 755.000 | 225.000 | 965.000 | | 2.675.000 |
| 13 | = Summe Auszahlungen | | | 730.000 | | 755.000 | 225.000 | 965.000 | | 2.675.000 |
| 14 | = Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen) | | | 730.000 | | 755.000 | 225.000 | 965.000 | | 2.675.000 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante **Investition / Ersatzbeschaffungen** im Bereich des **Rettungsdienstes**, hier werden regelmäßig **Fahrzeuge** für den Einsatz erworben. Die Kosten (i.d.R. über AfA) belasten zu 100 % den Rettungsdienst.

Die o. g. Investitionen wird über die *Finanzstelle 5.323035* abgewickelt.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat I

1.02 Sicherheit und Ordnung

1.02.11 Rettungsdienst



| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlungen / -auszahlungen |
|---|--|---------------|-------------|-------------|------------------------------|--------------|--------------|--------------|---------------------------------------|------------------------------------|
| 5323040 Medizinische Geräte RD | | | | | | | | | | |
| 9 | - Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Anlagevermögen | | | 200.000 | | 200.000 | 200.000 | 180.000 | | 780.000 |
| 13 | = Summe Auszahlungen | | | 200.000 | | 200.000 | 200.000 | 180.000 | | 780.000 |
| 14 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | | 200.000 | | 200.000 | 200.000 | 180.000 | | 780.000 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante **Investition / Ersatzbeschaffungen** im Bereich des **Rettungsdienstes**. Hier werden regelmäßig Medizinische Geräte erworben. Die Kosten (i.d.R. über AfA) belasten zu 100 % den Rettungsdienst.

Die o. g. Investitionen wird über die *Finanzstelle 5.323040* abgewickelt.



| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungs- ermächti- gungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2) | Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en |
|---|---|------------------|----------------|----------------|--|-----------------|-----------------|-----------------|--|---|
| 5323045 Dekontaminationsschleuse | | | | | | | | | | |
| 8 | - Auszahlungen für Baumaßnahmen | | | | | 25.000 | 75.000 | | | 100.000 |
| 13 | = Summe Auszahlungen | | | | | 25.000 | 75.000 | | | 100.000 |
| 14 | = Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen) | | | | | 25.000 | 75.000 | | | 100.000 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Investition** im Bereich des **Brandschutzzentrums Kottbus**. Hier soll in 2011 und 2012 ein sog. **Dekontaminationsschleuse** gebaut werden. Der Erwerb bzw. der Bau der Anlage wird von Amt 32 geleitet. Die Kosten (i.d.R. über AfA) belasten zu 10 % den Katastrophenschutz und zu 90 % den Rettungsdienst.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.323045* abgewickelt.

Haushaltsplan 2010**1.02 Sicherheit und Ordnung**

verantwortlich:

1.02.11 Rettungsdienst

Dezernat I



| Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlungen/-auszahlungen |
|--|--|---------------|----------------|---------------|------------------------------|---------------|---------------|----------------|---------------------------------------|----------------------------------|
| 1 | + Summe der investiven Einzahlungen | | -4.000 | -1.000 | | -1.000 | -1.000 | -1.000 | -4.000 | -8.000 |
| 2 | - Summe der investiven Auszahlungen | | 324.790 | 60.002 | | 45.002 | 60.002 | 110.001 | 324.790 | 599.797 |
| 3 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | 320.790 | 59.002 | | 44.002 | 59.002 | 109.001 | 320.790 | 591.797 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine Reihe von **Investition** im Bereich des **Brandschutzzentrums Kottbus (Rettungsdienst)**. Bei der Summe der investiven Einzahlungen sind Investitionskostenzuschüsse (1600.3680) und Veräußerungserlöse (1600.3450) veranschlagt. Über die Auszahlungen werden Geräte und Inventargegenstände (sowohl GWG als auch BGA) zur Ausstattung der Kreisleitstelle (1600.9352) sowie investive Beschaffungen zwecks Ausstattung der Rettungswachen mit Fahrzeugen und Geräten (1600.9350) verausgabt. Die Abwicklung der Investitionen wird von Amt 32 geleitet.

Die o. g. Zuschüsse bzw. Investition werden über folgende *Finanzstellen (PSP-I)* abgewickelt:

| | |
|------------------|--|
| 5.323004.710.009 | Ausstattung Kreisleitstelle 2009 |
| 5.323014.720.009 | GWG - Ausstattung Kreisleitstelle 2009 |
| 5.323008.605.009 | Investitionskostenzuschuss 2009 |
| 5.323008.620.009 | Veräußerungserlöse 2009 |
| 5.323008.710.009 | Ausstattung der Rettungswachen 2009 |
| 5.323018.720.009 | GWG - Ausstattung Rettungswachen 2009 |



Haushaltsplan 2010

1.03 Schulträgeraufgaben



verantwortlich:

| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -1.579.614 | -1.902.874 | -1.902.874 | -1.902.874 | -1.902.874 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -6.000 | | | | |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -23.150 | -5.950 | -6.050 | -6.150 | -6.250 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -382.020 | -379.000 | -379.000 | -379.000 | -379.000 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -1.990.784 | -2.287.824 | -2.287.924 | -2.288.024 | -2.288.124 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 2.424.239 | 2.500.873 | 2.517.029 | 2.538.311 | 2.557.209 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 3.311.670 | 3.299.243 | 3.362.129 | 3.440.320 | 3.520.815 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 277.791 | 266.973 | 340.633 | 393.671 | 446.714 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 71.000 | 71.000 | 71.000 | 71.000 | 71.000 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 653.681 | 539.325 | 483.678 | 465.399 | 468.934 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 6.738.381 | 6.677.414 | 6.774.468 | 6.908.700 | 7.064.672 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 4.747.597 | 4.389.590 | 4.486.544 | 4.620.676 | 4.776.548 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 4.747.597 | 4.389.590 | 4.486.544 | 4.620.676 | 4.776.548 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 4.747.597 | 4.389.590 | 4.486.544 | 4.620.676 | 4.776.548 |
| 27 | + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | -11.990 | -12.291 | -12.121 | -12.214 | -12.281 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 6.092.412 | 5.452.901 | 5.278.104 | 5.739.107 | 5.890.703 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 10.828.019 | 9.830.200 | 9.752.527 | 10.347.569 | 10.654.970 |

Haushaltsplan 2010

1.03 Schulträgeraufgaben



verantwortlich:

| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|-------------------|-------------------|------------------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -1.579.614 | -1.902.874 | | -1.902.874 | -1.902.874 | -1.902.874 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -6.000 | | | | | |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -23.150 | -5.950 | | -6.050 | -6.150 | -6.250 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -382.020 | -379.000 | | -379.000 | -379.000 | -379.000 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -1.990.784 | -2.287.824 | | -2.287.924 | -2.288.024 | -2.288.124 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 1.834.096 | 1.882.985 | | 1.900.134 | 1.917.454 | 1.934.951 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 3.311.670 | 3.123.440 | | 3.185.440 | 3.262.740 | 3.342.340 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 71.000 | 71.000 | | 71.000 | 71.000 | 71.000 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 318.120 | 188.000 | | 145.900 | 121.500 | 118.400 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 5.534.886 | 5.265.425 | | 5.302.474 | 5.372.694 | 5.466.691 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 3.544.102 | 2.977.601 | | 3.014.550 | 3.084.670 | 3.178.567 |
| 18 | + Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | | -646.220 | | | -655.597 | -655.597 | -655.597 |
| 23 | = investive Einzahlungen | | -646.220 | | | -655.597 | -655.597 | -655.597 |
| 25 | - Auszahlungen für Baumaßnahmen | | 3.760.000 | 7.540.000 | | 3.700.000 | 1.200.000 | 1.200.000 |
| 26 | - Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen | | 418.000 | 948.600 | | 618.600 | 618.600 | 618.600 |
| 30 | = investive Auszahlungen | | 4.178.000 | 8.488.600 | | 4.318.600 | 1.818.600 | 1.818.600 |
| 31 | = Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung) | | 3.531.780 | 8.488.600 | | 3.663.003 | 1.163.003 | 1.163.003 |



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.03.01.01 Förderschule Geistige Entwicklung (Helen-Keller-Schule)

1.03.01.01.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.01.02 Förderschule Geistige Entwicklung (Anne-Frank-Schule)

1.03.01.02.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.01.03 Förderschule Sprache (Wiehl)

1.03.01.03.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.01.04 Schule für Kranke (Anna-Freud-Schule)

1.03.01.04.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.01.05 Förderschule emotionale und soziale Entwicklung (Gummersbach)

1.03.01.05.01 Schulpauschale (anteilig)

- Bereitstellung bedarfsorientierter Schulausstattung
- Einsatz von Zivildienstleistenden und Teilnehmer/-innen am Freiwilligen Sozialen Jahr zur pflegerischen Betreuung
- Haushaltsplanung und -abwicklung
- Sicherstellung der Schülerverpflegung
- verwaltungsmäßige und finanzielle Abwicklung von Fördermaßnahmen
- Bearbeitung von Verwaltungsverfahren auf Schulträgererebene

Auftragsgrundlage

Landesverfassung, Schulgesetz NRW – SchulG, Beschluss des Kreistages

Ziele

Bereitstellung einer am Förderbedarf orientierten sachgerechten und zeitgemäßen Ausstattung bei maximaler Einsatzmitteleffizienz

Zielgruppen

Förderschulen sowie die Schule für Kranke in Trägerschaft des OBK, Schüler/-innen, Schulleitungen, Lehrkräfte



Haushaltsplan 2010

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.01 Förderschulen

Dezernat III



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -136.392 | -168.761 | -168.761 | -168.761 | -168.761 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -2.500 | | | | |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -5.900 | | | | |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -358.290 | -368.500 | -368.500 | -368.500 | -368.500 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -503.082 | -537.261 | -537.261 | -537.261 | -537.261 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 786.517 | 799.887 | 805.646 | 811.920 | 818.021 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 258.220 | 264.740 | 288.740 | 288.740 | 288.740 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 49.513 | 54.443 | 59.082 | 63.718 | 68.357 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 4.150 | 4.150 | 4.150 | 4.150 | 4.150 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 117.219 | 111.273 | 101.590 | 101.073 | 102.137 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 1.215.619 | 1.234.492 | 1.259.209 | 1.269.601 | 1.281.406 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 712.537 | 697.231 | 721.948 | 732.340 | 744.145 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 712.537 | 697.231 | 721.948 | 732.340 | 744.145 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 712.537 | 697.231 | 721.948 | 732.340 | 744.145 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 1.668.301 | 1.756.803 | 1.818.625 | 1.548.046 | 1.557.293 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 2.380.838 | 2.454.034 | 2.540.573 | 2.280.386 | 2.301.438 |

**Planerläuterung zum Teilergebnisplan Förderschulen**

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* beinhaltet den Landeszuschuss zu Fördermaßnahmen der Förderschule Sprache in Oberwiehl sowie den Landeszuschuss zu Fördermaßnahmen der Förderschule mit dem Schwerpunkt emotionale und soziale Entwicklung in Gummersbach-Vollmerhausen. Außerdem wird hier die Schulpauschale für die Förderschulen anteilig im Verhältnis der Schülerzahlen vereinnahmt. (Kostenart 414200)

Bei den *Öffentlich-Rechtlichen Leistungsentgelten* handelt es sich um Einnahmen aus der Schulraumbenutzung durch Dritte. Die *Privatrechtlichen Leistungsentgelte* setzen sich zusammen aus den Mieteinnahmen und den Nebenkosten für die Dienstwohnung des Hausmeisters an der Helen-Keller-Schule (nur bis 2009).

In der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* sind die Erstattungen des Bundesamtes für den Zivildienst (Kostenart 442100) und die Kostenerstattung durch den Landschaftsverband Rheinland für die Helen-Keller-Schule Wiehl (Kostenart 442300) zusammengefasst. Darüber hinaus beinhaltet diese Summe die Kostenbeteiligung der Eltern an der Schülerverpflegung an den beiden Schulen für geistig behinderte Kinder sowie die Elternbeiträge für die offene Ganztagschule der Förderschule Sprache (Kostenart 444900).

Die Kontengruppe *Personalaufwendungen* erfasst die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Daneben werden hier alle Kosten für die an den Förderschulen eingesetzten Zivildienstleistenden und Teilnehmer/innen am freiwilligen sozialen Jahr veranschlagt (Kostenart 501900).

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden Lehr-/Lernmittel und Unterrichtsbedarf (Kostenart 524300), die Kosten des Turn- und Schwimmunterrichts der Anne-Frank-Schule (Benutzung des Walter-Leo-Schmitz Bades in Wipperfürth, Kostenart 525300), die Durchführung von Fördermaßnahmen sowie die Schülerverpflegung abgebildet (Kostenart 529937 und 529938).

Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* beinhaltet Zuschüsse an die Fördervereine der kreiseigenen Förderschulen (Kostenart 531900). In der Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Geschäftsausgaben sowie die vermischten Ausgaben der Förderschulen erfasst (Kostenart 543900).

Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsausgaben (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben

1.03.01 Förderschulen



Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet

Auszug aus der Kst.-Struktur:

| Kst. | Beschreibung | Kst. | Beschreibung |
|------|-----------------------------------|--------|------------------------|
| 2230 | Leasing, Miete, EDV Berufskollegs | 103400 | Schulverwaltungsamt 40 |
| 2240 | Leasing, Miete, EDV Förderschulen | | |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben

1.03.01 Förderschulen



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|-----------------|-----------------|------------------------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -136.392 | -168.761 | | -168.761 | -168.761 | -168.761 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -2.500 | | | | | |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -5.900 | | | | | |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -358.290 | -368.500 | | -368.500 | -368.500 | -368.500 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -503.082 | -537.261 | | -537.261 | -537.261 | -537.261 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 644.880 | 650.632 | | 655.557 | 660.532 | 665.559 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 258.220 | 264.740 | | 288.740 | 288.740 | 288.740 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 4.150 | | | | | |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 43.090 | 33.100 | | 30.800 | 29.200 | 29.000 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 950.340 | 948.472 | | 975.097 | 978.472 | 983.299 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 447.258 | 411.211 | | 437.836 | 441.211 | 446.038 |
| 25 | - Auszahlungen für Baumaßnahmen | | 170.000 | | | | | |
| 26 | - Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen | | 79.700 | 85.200 | | 85.200 | 85.200 | 85.200 |
| 30 | = investive Auszahlungen | | 249.700 | 85.200 | | 85.200 | 85.200 | 85.200 |
| 31 | = Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung) | | 249.700 | 85.200 | | 85.200 | 85.200 | 85.200 |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben

1.03.01 Förderschulen



| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungs- ermächti- gungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2) | Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en |
|---|---|------------------|----------------|----------------|--|-----------------|-----------------|-----------------|--|---|
| 5232770 Ausbau FS f. emotionale u. soziale Entw. | | | | | | | | | | |
| 8 | - Auszahlungen für Baumaßnahmen | | 170.000 | | | | | | 170.000 | 170.000 |
| 13 | = Summe Auszahlungen | | 170.000 | | | | | | 170.000 | 170.000 |
| 14 | = Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen) | | 170.000 | | | | | | 170.000 | 170.000 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Bauinvestitionen** im Bereich der **Förderschule Emotionale und soziale Entwicklung** (Vollmerhausen). Für die Einrichtung der Ganztagschule sind bauliche Erweiterungen erforderlich.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.232770* abgewickelt.

Haushaltsplan 2010

1.03 Schulträgeraufgaben

verantwortlich:

1.03.01 Förderschulen

Dezernat III



| Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlungen/-auszahlungen |
|--|---|---------------|---------------|---------------|------------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------------------------------|----------------------------------|
| 2 | - Summe der investiven Auszahlungen | | 79.700 | 85.200 | | 85.200 | 85.200 | 85.200 | 79.700 | 420.500 |
| 3 | = Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen) | | 79.700 | 85.200 | | 85.200 | 85.200 | 85.200 | 79.700 | 420.500 |



Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante Investitionen/Ersatzbeschaffung von **geringwertigen Wirtschaftsgütern** (kurz GWG) und von **Betriebs- und Geschäftsausstattung** (kurz BGA) aus dem Bereich der **Förderschulen**. Betriebs- und Geschäftsausstattung ist ein Begriff der kaufmännischen Buchführung. Darunter fallen Gegenstände (über 410 Euro netto), die der langfristigen Betriebsbereitschaft eines Unternehmens dienen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird im ersten Teil des Inventars als Vermögensposten geführt. In der Bilanz wird sie den Sachanlagen zugeordnet und ist damit ein Teil des Anlagevermögens. BGAs werden über den Zeitraum ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben, über Kostenstellen werden die Beschaffungen verursachungsgerecht den Ämtern/Produkten zugeordnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter können, im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, im Jahr der Anschaffung oder Herstellung voll als Betriebsausgabe abgesetzt werden. Voraussetzungen für ein geringwertiges Wirtschaftsgut: es muss eigenständig nutzbar sein, es muss beweglich sein, es muss länger als ein Jahr dem Betrieb dienen und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten liegen zwischen 60,- und 410,- Euro (netto). Der Ansatz ist für **vermögenswirksame Anschaffungen von Inventar (Mobiliar, spez. Lehr-/Lernmittel, Ausstattung Fachräume, etc.)** bestimmt und berücksichtigt die speziellen Aufgabenstellungen und die örtliche Situation an den Schulen. Die Ansätze werden nach bestimmten Kopfbeträgen pro Schüler ermittelt. Die Abwicklung wird von Schulamt begleitet.

Die o. g. Investitionen werden über folgende *Finanzstellen (PSP-I)* abgewickelt:

| | | | |
|-------------------------|--|-------------------------|---|
| 5.400110.710.009 | BGA - Helen-Keller-Schule (Wiehl) | 5.400170.710.009 | BGA - Schule f. Kranke (Windhagen) |
| <u>5.400120.720.009</u> | <u>GwG - Helen-Keller-Schule (Wiehl)</u> | <u>5.400180.720.009</u> | <u>GwG - Schule f. Kranke (Windhagen)</u> |
| 5.400130.710.009 | BGA - Anne-Frank-Schule (W'fürth) | 5.400190.710.009 | BGA - FS Emot. Entwickl. (Vollmerh.) |
| <u>5.400140.720.009</u> | <u>GwG - Anne-Frank-Schule (W'fürth)</u> | <u>5.400200.720.009</u> | <u>GwG - FS Emot. Entwickl. (Vollmerh.)</u> |
| 5.400150.710.009 | BGA - FS Sprache (Oberwiehl) | | |
| 5.400160.720.009 | GwG - FS Sprache (Oberwiehl) | | |



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.03.02.01 Berufskolleg Kaufmännische Schulen Gummersbach und Waldbröl

1.03.02.01.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.02.02 Berufskolleg Ernährung-Sozialwesen-Technik Gummersbach-Dieringhausen

1.03.02.02.01 Schulpauschale (anteilig)

1.03.02.03 Berufskolleg Wipperfürth

1.03.02.03.01 Schulpauschale (anteilig)

- Bereitstellung bedarfsorientierter und berufsfeldbezogener Schulausstattung
- Haushaltsplanung und –Abwicklung
- Verwaltungsmäßige und finanzielle Abwicklung von Fördermaßnahmen
- Entwicklung und Umsetzung von IT-Strategien
- Bearbeitung von Verwaltungsverfahren auf Schulträgererebene

Auftragsgrundlage

Landesverfassung NRW, Schulgesetz NRW – SchulG, Beschluss des Kreistages

Ziele

Bereitstellung einer bedarfs- und zukunftsorientierten, sachgerechten und technisch zeitgemäßen Ausstattung bei maximaler Einsatzmitteleffizienz

Zielgruppen

Berufskollegs in der Trägerschaft des Oberbergischen Kreises, Schüler/innen, Auszubildende, Schulleitungen, Lehrkräfte, Ausbildungsbetriebe

Haushaltsplan 2010

1.03 Schulträgeraufgaben



verantwortlich:

1.03.02 Berufskollegs

Dezernat III

| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -1.443.222 | -1.717.413 | -1.717.413 | -1.717.413 | -1.717.413 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -3.500 | | | | |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -17.250 | -5.950 | -6.050 | -6.150 | -6.250 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -23.730 | -10.500 | -10.500 | -10.500 | -10.500 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -1.487.702 | -1.733.863 | -1.733.963 | -1.734.063 | -1.734.163 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 1.007.115 | 996.470 | 1.003.994 | 1.013.215 | 1.021.676 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 557.450 | 556.003 | 556.889 | 557.780 | 558.675 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 228.278 | 212.530 | 281.551 | 329.953 | 378.357 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 66.850 | 66.850 | 66.850 | 66.850 | 66.850 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 507.325 | 387.331 | 344.830 | 326.770 | 328.862 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 2.367.017 | 2.219.184 | 2.254.114 | 2.294.567 | 2.354.419 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 879.315 | 485.321 | 520.151 | 560.504 | 620.256 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 879.315 | 485.321 | 520.151 | 560.504 | 620.256 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 879.315 | 485.321 | 520.151 | 560.504 | 620.256 |
| 27 | + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | -175.961 | -180.384 | -177.877 | -179.255 | -180.235 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 4.471.433 | 3.718.427 | 3.508.438 | 4.240.461 | 4.382.990 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 5.174.787 | 4.023.363 | 3.850.712 | 4.621.711 | 4.823.012 |

**Planerläuterung zum Teilergebnisplan Berufskollegs**

Bei der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* handelt es sich um die anteilig im Verhältnis der Schülerzahlen veranschlagte Schulpauschale. Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* beinhaltet die Erstattung des Bundesamtes für den Zivildienst (Kostenart 442100) sowie den Schülerbeitrag zum Fach Nahrungszubereitung (Kostenart 444900).

Über die *Öffentlich-Rechtlichen Leistungsentgelte* werden Einnahmen aus der Schulraumbenutzung durch Dritte veranschlagt. Bei den *Privatrechtlichen Leistungsentgelten* handelt es sich um die Mieterträge und Nebenkosten der Hausmeisterwohnungen (Kostenarten 441200 und 441210) sowie um die Einnahmen aus der Nebentätigkeit der Hausmeister (Warenverkauf in den Pausen; Kostenart 441903).

Die Kontengruppe *Personalaufwendungen* erfasst die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Darüber hinaus werden hier die Kosten der Zivildienstleistenden erfasst (Kostenart 501900).

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* bildet die Kosten für Lehrmittel nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz (Kostenart 524200), für Lehr-/Lernmittel und Unterrichtsbedarf (Kostenart 524300), sowie den Sachaufwand Schulmitwirkung für die 3 Berufskollegs des Oberbergischen Kreises ab (Kostenart 524900). Des weiteren werden an dieser Stelle die Erstattungen für die Schulsozialarbeit an das DRK verbucht (Kostenart 528906).

Über die Kontengruppe *Transferaufwendungen* wird die Beteiligung an der Vorklasse zum Berufsgrundschuljahr am Berufskolleg Dieringhausen (Kostenart 531800) sowie Zuschüsse an die Fördervereine der kreiseigenen Berufskollegs (Kostenart 531900) abgewickelt.

Die Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* enthält die Geschäftsausgaben und die vermischten Ausgaben (Kostenart 543900). Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsausgaben (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Auf der Ebene der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Auszug aus der Kst.-Struktur:

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben

1.03.02 Berufskollegs



| Kst. | Beschreibung | Kst. | Beschreibung |
|------|-----------------------------------|--------|------------------------|
| 2230 | Leasing, Miete, EDV Berufskollegs | 103400 | Schulverwaltungsamt 40 |
| 2240 | Leasing, Miete, EDV Förderschulen | | |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben

1.03.02 Berufskollegs



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|-------------------|-------------------|--|-------------------|-------------------|-------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -1.443.222 | -1.717.413 | | -1.717.413 | -1.717.413 | -1.717.413 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -3.500 | | | | | |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -17.250 | -5.950 | | -6.050 | -6.150 | -6.250 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -23.730 | -10.500 | | -10.500 | -10.500 | -10.500 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -1.487.702 | -1.733.863 | | -1.733.963 | -1.734.063 | -1.734.163 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 756.611 | 746.088 | | 753.450 | 760.885 | 768.393 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 557.450 | 380.200 | | 380.200 | 380.200 | 380.200 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 66.850 | 71.000 | | 71.000 | 71.000 | 71.000 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 269.330 | 139.200 | | 99.400 | 76.600 | 73.700 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 1.650.241 | 1.336.488 | | 1.304.050 | 1.288.685 | 1.293.293 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 162.539 | -397.375 | | -429.913 | -445.378 | -440.870 |
| 18 | + Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | | -646.220 | | | -655.597 | -655.597 | -655.597 |
| 23 | = investive Einzahlungen | | -646.220 | | | -655.597 | -655.597 | -655.597 |
| 25 | - Auszahlungen für Baumaßnahmen | | 3.590.000 | 7.540.000 | | 3.700.000 | 1.200.000 | 1.200.000 |
| 26 | - Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen | | 338.300 | 862.400 | | 532.400 | 532.400 | 532.400 |
| 30 | = investive Auszahlungen | | 3.928.300 | 8.402.400 | | 4.232.400 | 1.732.400 | 1.732.400 |
| 31 | = Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung) | | 3.282.080 | 8.402.400 | | 3.576.803 | 1.076.803 | 1.076.803 |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben

1.03.02 Berufskollegs



| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungs-ermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlungen / -auszahlungen |
|---|--|---------------|----------------|------------------|-------------------------------|------------------|------------------|------------------|---------------------------------------|------------------------------------|
| 5232410 Erweiterung/Sanierung BK-Dieringhausen | | | | | | | | | | |
| 1 | - Einzahlungen aus Investitionszuwendungen | | | | | | -655.597 | -655.597 | | -1.311.194 |
| 6 | = Summe Einzahlungen | | | | | | -655.597 | -655.597 | | -1.311.194 |
| 8 | - Auszahlungen für Baumaßnahmen | | 500.000 | 3.200.000 | | 3.200.000 | 1.200.000 | 1.200.000 | 500.000 | 9.300.000 |
| 13 | = Summe Auszahlungen | | 500.000 | 3.200.000 | | 3.200.000 | 1.200.000 | 1.200.000 | 500.000 | 9.300.000 |
| 14 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | 500.000 | 3.200.000 | | 3.200.000 | 544.403 | 544.403 | 500.000 | 7.988.806 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Bauinvestitionen** im Bereich der **Berufsschule Dieringhausen**. Der Gebäudekomplex soll durch einen Anbau erweitert werden, in den Folgejahren ist zusätzlich eine vermögenswirksame Fassadensanierung geplant. Die Planungs- und Baukosten belaufen sich insg. auf rd. 9,0 Mio. Euro, davon entfallen rd. 5,0 Mio. Euro auf die Fassadensanierung (2013: rd. 1,2 Mio. €) und rd. 4,0 Mio. Euro auf den Erweiterungsbau. Die Maßnahme wird vom Zentralen Immobilienmanagement (Amt 23) koordiniert. Die Investitionspauschale wurde für die Jahre 2012 u. 2013 der Investition zugeordnet.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle Erweiterung/Sanierung BK-Dieringhausen* abgewickelt:

2010/PSP-I 5.232410.700.010 SK 783100

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:
Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben

1.03.02 Berufskollegs



| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlungen / -auszahlungen |
|---|--|---------------|------------------|------------------|------------------------------|-----------------|--------------|--------------|---------------------------------------|------------------------------------|
| 5232414 Erweiterung BK-Wipperfürth | | | | | | | | | | |
| 1 | - Einzahlungen aus Investitionszuwendungen | | -646.220 | | | -655.597 | | | -646.220 | -1.301.817 |
| 6 | = Summe Einzahlungen | | -646.220 | | | -655.597 | | | -646.220 | -1.301.817 |
| 8 | - Auszahlungen für Baumaßnahmen | | 3.000.000 | 3.300.000 | | 500.000 | | | 3.000.000 | 6.800.000 |
| 13 | = Summe Auszahlungen | | 3.000.000 | 3.300.000 | | 500.000 | | | 3.000.000 | 6.800.000 |
| 14 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | 2.353.780 | 3.300.000 | | -155.597 | | | 2.353.780 | 5.498.183 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Bauinvestition** im Bereich der **Berufsschule Wipperfürth**. Teile des Berufskollegs weisen eine nicht mehr sanierungsfähige Bausubstanz auf, darüber hinaus steigen die Schülerzahlen kontinuierlich an. Die Erweiterung ist in drei Baukörpern geplant, die aufgrund der besonderen Gegebenheiten nur zeitlich nacheinander errichtet werden können. Das Gesamtvolumen der Projektbausteine beträgt rd. 10,0 Mio. Euro, davon sind bis zum 31.12.2008 ca. 3,2 Mio. Euro verausgabt worden. Für den Zeitraum 2009 bis 2011 sind rd. 6,8 Mio. Euro veranschlagt. Die Investitionspauschale des Landes für die Jahre 2009 und 2010 wurde dieser Investition zugeordnet.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.232414* abgewickelt.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben

1.03.02 Berufskollegs



| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlungen / -auszahlungen |
|---|---|---------------|-------------|-------------|------------------------------|--------------|--------------|--------------|---------------------------------------|------------------------------------|
| 5232450 Erweiterung BK Waldbröl | | | | | | | | | | |
| 8 | - Auszahlungen für Baumaßnahmen | | 90.000 | 1.040.000 | | | | | 90.000 | 1.130.000 |
| 13 | = Summe Auszahlungen | | 90.000 | 1.040.000 | | | | | 90.000 | 1.130.000 |
| 14 | = Saldo: (Einzahlungen ./- Auszahlungen) | | 90.000 | 1.040.000 | | | | | 90.000 | 1.130.000 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Bauinvestitionen** im Bereich der **Berufsschule Gummersbach/Waldbröl**. Der Gebäudekomplex in Waldbröl soll durch einen Anbau erweitert werden, die Planungs- und Baukosten belaufen sich auf rd. 1,10 Mio. Euro. Die Maßnahme wird vom Zentralen Immobilienmanagement (Amt 23) koordiniert. Die Schüler- bzw. Klassenraumsituation am Standort Waldbröl ist seit Ende der 90er Jahre stabil, im Schulgebäude sind allerdings keine ausreichenden Klassenräume vorhanden. Daher wurden Räume in Waldbröl angemietet, welche nur als vorübergehende Lösung bislang gedient haben. Die geplante Erweiterung soll in einer eingeschossigen Modulbauweise realisiert werden. Dabei sollen vier Unterrichtsräume und ein zusätzlicher Fachraum geschaffen werden.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.232412* abgewickelt.

Haushaltsplan 2010

1.03 Schulträgeraufgaben



verantwortlich:

1.03.02 Berufskollegs

Dezernat III

| Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlungen/-auszahlungen |
|--|---|---------------|----------------|----------------|------------------------------|----------------|----------------|----------------|---------------------------------------|----------------------------------|
| 2 | - Summe der investiven Auszahlungen | | 338.300 | 862.400 | | 532.400 | 532.400 | 532.400 | 338.300 | 2.797.900 |
| 3 | = Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen) | | 338.300 | 862.400 | | 532.400 | 532.400 | 532.400 | 338.300 | 2.797.900 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante Investitionen/Ersatzbeschaffung von **geringwertigen Wirtschaftsgütern** (kurz GWG) und von **Betriebs- und Geschäftsausstattung** (kurz BGA) aus dem Bereich der **Berufskollegs**. Betriebs- und Geschäftsausstattung ist ein Begriff der kaufmännischen Buchführung. Darunter fallen Gegenstände (über 410 Euro netto), die der langfristigen Betriebsbereitschaft eines Unternehmens dienen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird im ersten Teil des Inventars als Vermögensposten geführt. In der Bilanz wird sie den Sachanlagen zugeordnet und ist damit ein Teil des Anlagevermögens. BGAs werden über den Zeitraum ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben, über Kostenstellen werden die Beschaffungen verursachungsgerecht den Ämtern/Produkten zugeordnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter können, im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, im Jahr der Anschaffung oder Herstellung voll als Betriebsausgabe abgesetzt werden. Voraussetzungen für ein geringwertiges Wirtschaftsgut: es muss eigenständig nutzbar sein, es muss beweglich sein, es muss länger als ein Jahr dem Betrieb dienen und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten liegen zwischen 60,- und 410,- Euro (netto). Der Ansatz ist für **vermögenswirksame Anschaffungen von Inventar (Möbiliar, spez. Lehr-/Lernmittel, Ausstattung Fachräume, etc.)** bestimmt und berücksichtigt die speziellen Aufgabenstellungen und die örtliche Situation an den Schulen. Die Ansätze werden nach bestimmten Kopfbeträgen pro Schüler ermittelt. Die Abwicklung wird von Schulamt begleitet.

Die o. g. Investitionen werden über folgende *Finanzstellen (PSP-I)* abgewickelt:

| | | | |
|-------------------------|-------------------------------------|-------------------------|------------------------------------|
| 5.400010.710.009 | BGA - BK Dieringhausen (über 410 €) | 5.400050.710.009 | BGA - BK Wipperfürth (über 410 €) |
| <u>5.400020.720.009</u> | <u>GwG - BK Dieringhausen</u> | <u>5.400060.720.009</u> | <u>GwG - BK Wipperfürth</u> |
| 5.400030.710.009 | BGA - BK Gummersbach (über 410 €) | 5.232400.710.009 | Ersatzbeschaffung, Geräte (ZIM-BK) |
| 5.400040.720.009 | GwG - BK Gummersbach | | |



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.03.03.01 Schülerbeförderung Förderschulen

1.03.03.02 Schülerbeförderung Berufskollegs

Gewährleistung der Schülerbeförderung

- bei den Berufskollegs in Form von Schülertickets
- bei den Förderschulen durch Schülerspezialverkehr
- Sonstige Maßnahmen nach Schülerfahrkostenverordnung

Auftragsgrundlage

Schulgesetz NRW (SchulG), Schülerfahrkostenverordnung NRW

Ziele

Schülerbeförderung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten unter Berücksichtigung spezifischer Anforderungen

Zielgruppen

Anspruchsberechtigte Schüler/innen der Berufskollegs, Förderschulen, Schule für Kranke des Oberbergischen Kreises

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben

1.03.03 Schülerbeförderung



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| 11 | - Personalaufwendungen | | 13.904 | 19.651 | 19.625 | 19.753 | 19.802 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 2.466.600 | 2.437.000 | 2.475.000 | 2.552.300 | 2.631.900 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 243 | 259 | 223 | 226 | 230 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 2.480.747 | 2.456.910 | 2.494.848 | 2.572.279 | 2.651.932 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 2.480.747 | 2.456.910 | 2.494.848 | 2.572.279 | 2.651.932 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 2.480.747 | 2.456.910 | 2.494.848 | 2.572.279 | 2.651.932 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 2.480.747 | 2.456.910 | 2.494.848 | 2.572.279 | 2.651.932 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 518 | 531 | 523 | 527 | 530 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 2.481.265 | 2.457.441 | 2.495.372 | 2.572.806 | 2.652.463 |

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Schülerbeförderung

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* beinhaltet die Kosten der Schülerbeförderung (Kostenart 524100) für alle kreiseigenen Schulen, die Erfassung der Kosten erfolgt differenziert für Förderschulen und Berufskollegs.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben

1.03.03 Schülerbeförderung



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|-----------------------|---|--------------------------|------------------------|------------------------|---|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| 10 | - Personalauszahlungen | | 8.294 | 11.886 | | 12.005 | 12.125 | 12.247 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 2.466.600 | 2.437.000 | | 2.475.000 | 2.552.300 | 2.631.900 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 2.474.894 | 2.448.886 | | 2.487.005 | 2.564.425 | 2.644.147 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 2.474.894 | 2.448.886 | | 2.487.005 | 2.564.425 | 2.644.147 |



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

- 1.03.04.01 Schulpsychologie
- 1.03.04.02 Medienzentrum
- 1.03.04.03 Schulaufsicht
- 1.03.04.04 Bildungsnetzwerk Oberberg

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen



1.03.04.01

Schulpsychologie

Beschreibung

Beratung und Hilfe bei Schulschwierigkeiten

- Einzelfallhilfe
- Beratung des Systems Schule

Auftragsgrundlage

Beschluss des Kreistages, Erlass des Ministeriums für Schule und Weiterbildung

Ziele

- Gewährleistung einer kurzen durchschnittlichen Zeit zwischen erster Kontaktaufnahme und Beratungsgespräch (zeitnahe Beratung und Hilfe)
- Effiziente Beratung des Systems Schule (Multiplikatorenfunktion)

Zielgruppen

Schüler/innen, Erziehungsberechtigte, Lehrkräfte im Oberbergischen Kreis



1.03.04.02

Medienzentrum

Beschreibung

Bereitstellung von zeitgemäßen Bildmedien zu Unterrichts- und Bildungszwecken

Auftragsgrundlage

Schulgesetz NRW (SchulG), Kreistagsbeschluss

Ziele

- Angebot von bedarfsorientierten und zeitgemäßen Medien für Bildung
- Umstellung von herkömmlichen Medien auf Online-Medien

Zielgruppen

Lehrkräfte, Schüler/innen, Vereine im Oberbergischen Kreis



1.03.04.03

Schulaufsicht

Beschreibung

- Stellenplanmäßige Bewirtschaftung der Grundschulen im Oberbergischen Kreis
- Verwaltungsfachliche Beratung der Schulräte und der Schulleitungen der Grund-, Haupt- und Förderschulen im Oberbergischen Kreis
- Entscheidung verwaltungsfachlicher Verfahren, soweit die Zuständigkeit der unteren Schulaufsichtsbehörde gegeben ist
- Bereitstellung der Sachausstattung für den örtlichen Lehrpersonalrat Grundschulen

Auftragsgrundlage

Schulgesetz NRW (SchulG), sonstige schulrechtliche Vorschriften des Landes NRW, LPVG

Ziele

- Sicherstellung einer bedarfsgerechten und gleichmäßigen Lehrerversorgung an den Grundschulen im Oberbergischen Kreis
- Sicherstellung eines im Rahmen der rechtlichen Vorgaben störungsfrei stattfindenden Schullebens

Zielgruppen

Schulministerium, Bezirksregierung Köln, Schulaufsichtsbeamte, Schulleiter, Lehrer, Schüler/innen und deren Erziehungsberechtigte



1.03.04.04

Bildungsnetzwerk Oberberg

Beschreibung

In dem Bildungsnetzwerk sollen alle regionalen Akteure schulischer und außerschulischer Bildung, Betreuung, Beratung und Erziehung zusammenarbeiten. Die Regionale Geschäftsstelle des Netzwerkes fungiert in dem beim Schulamt eingerichteten Bildungsbüro.

Auftragsgrundlage

Kooperationsvertrag mit dem Land NRW vom 22.06.2009; Kreistagsbeschluss

Ziele

- Sicherstellung einer optimalen und individuellen Förderung von Kindern und Jugendlichen
- Profilierung und Stärkung des Bildungs- und Wirtschaftsstandortes Oberberg

Zielgruppen

Schulministerium, Bezirksregierung Köln, Schulaufsichtsbeamte, Schulleitungen, Lehrer/innen, Schüler/innen und deren Erziehungsberechtigte, außerschulische Akteure

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben
1.03.04 Sonstige schulische Aufgaben


| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|----------------|----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | | -16.700 | -16.700 | -16.700 | -16.700 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | | -16.700 | -16.700 | -16.700 | -16.700 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 616.703 | 684.865 | 687.763 | 693.423 | 697.710 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 29.400 | 41.500 | 41.500 | 41.500 | 41.500 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 28.895 | 40.463 | 37.034 | 37.330 | 37.705 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 674.998 | 766.828 | 766.297 | 772.253 | 776.914 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 674.998 | 750.128 | 749.597 | 755.553 | 760.214 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 674.998 | 750.128 | 749.597 | 755.553 | 760.214 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 674.998 | 750.128 | 749.597 | 755.553 | 760.214 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 116.132 | 145.233 | 116.275 | 117.113 | 117.843 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 791.130 | 895.361 | 865.872 | 872.666 | 878.058 |



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Sonstige schulische Aufgaben

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* erfasst die Kosten für Medien (Kostenart 524400) für das Medienzentrum des Oberbergischen Kreises sowie die anfallenden Kosten für den Kurierdienst (Kostenart 529909).

Über die Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Fortbildungskosten, Verbrauchsmaterial und die Geschäftsausgaben im Bereich des Bildungsnetzwerks Oberberg und der Schulpsychologie sowie die Sachkosten der Geschäftsführung der Personalvertretung (staatl. Schulamt) abgebildet. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben

1.03.04 Sonstige schulische Aufgaben



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|----------------|----------------|------------------------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | | -16.700 | | -16.700 | -16.700 | -16.700 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | | -16.700 | | -16.700 | -16.700 | -16.700 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 424.311 | 474.379 | | 479.122 | 483.912 | 488.752 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 29.400 | 41.500 | | 41.500 | 41.500 | 41.500 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 5.700 | 15.700 | | 15.700 | 15.700 | 15.700 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 459.411 | 531.579 | | 536.322 | 541.112 | 545.952 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 459.411 | 514.879 | | 519.622 | 524.412 | 529.252 |
| 26 | - Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen | | | 1.000 | | 1.000 | 1.000 | 1.000 |
| 30 | = investive Auszahlungen | | | 1.000 | | 1.000 | 1.000 | 1.000 |
| 31 | = Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung) | | | 1.000 | | 1.000 | 1.000 | 1.000 |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:
Dezernat III

1.03 Schulträgeraufgaben

1.03.04 Sonstige schulische Aufgaben



| Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlungen/-auszahlungen |
|--|---|---------------|-------------|-------------|------------------------------|--------------|--------------|--------------|---------------------------------------|----------------------------------|
| 2 | - Summe der investiven Auszahlungen | | | 1.000 | | 1.000 | 1.000 | 1.000 | | 4.000 |
| 3 | = Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen) | | | 1.000 | | 1.000 | 1.000 | 1.000 | | 4.000 |

Haushaltsplan 2010

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -807.320 | -757.040 | -757.040 | -757.040 | -757.040 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -1.099.200 | -1.120.200 | -1.120.200 | -1.135.200 | -1.135.200 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -199.000 | -367.700 | -367.700 | -367.700 | -367.700 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -170.388 | -132.551 | -132.551 | -132.551 | -132.551 |
| 7 | + Sonstige ordentliche Erträge | | -3.500 | -3.500 | -3.500 | -3.500 | -3.500 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -2.279.408 | -2.380.991 | -2.380.991 | -2.395.991 | -2.395.991 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 2.821.404 | 3.081.105 | 3.093.699 | 3.111.165 | 3.111.319 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 470.835 | 500.918 | 508.268 | 525.128 | 523.808 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 13.470 | 17.972 | 20.249 | 22.120 | 23.999 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 35.850 | 30.750 | 33.750 | 30.750 | 33.750 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 233.838 | 289.293 | 248.851 | 252.703 | 253.879 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 3.575.396 | 3.920.037 | 3.904.817 | 3.941.865 | 3.946.755 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 1.295.988 | 1.539.046 | 1.523.826 | 1.545.874 | 1.550.764 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 1.295.988 | 1.539.046 | 1.523.826 | 1.545.874 | 1.550.764 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 1.295.988 | 1.539.046 | 1.523.826 | 1.545.874 | 1.550.764 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 582.733 | 574.172 | 537.659 | 579.549 | 563.147 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 1.878.721 | 2.113.218 | 2.061.486 | 2.125.424 | 2.113.911 |

Haushaltsplan 2010

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|-------------------|-------------------|--|-------------------|-------------------|-------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -807.320 | -757.040 | | -757.040 | -757.040 | -757.040 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -1.099.200 | -1.120.200 | | -1.120.200 | -1.135.200 | -1.135.200 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -199.000 | -367.700 | | -367.700 | -367.700 | -367.700 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -170.388 | -132.551 | | -132.551 | -132.551 | -132.551 |
| 7 | + Sonstige Einzahlungen | | -3.500 | -3.500 | | -3.500 | -3.500 | -3.500 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -2.279.408 | -2.380.991 | | -2.380.991 | -2.395.991 | -2.395.991 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 2.321.708 | 2.552.194 | | 2.566.353 | 2.580.654 | 2.580.099 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 470.835 | 337.560 | | 351.150 | 368.000 | 366.670 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 36.350 | 9.750 | | 12.750 | 9.750 | 12.750 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 149.770 | 196.870 | | 157.870 | 160.895 | 161.070 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 2.978.663 | 3.096.374 | | 3.088.123 | 3.119.299 | 3.120.589 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 699.255 | 715.383 | | 707.132 | 723.308 | 724.598 |
| 18 | + Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | | -3.670.000 | -4.800.000 | | -7.100.000 | -1.000.000 | |
| 23 | = investive Einzahlungen | | -3.670.000 | -4.800.000 | | -7.100.000 | -1.000.000 | |
| 25 | - Auszahlungen für Baumaßnahmen | | 3.670.000 | 4.800.000 | | 7.100.000 | 1.000.000 | |
| 26 | - Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen | | 35.825 | 52.825 | | 46.325 | 46.325 | 46.325 |
| 30 | = investive Auszahlungen | | 3.705.825 | 4.852.825 | | 7.146.325 | 1.046.325 | 46.325 |
| 31 | = Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung) | | 35.825 | 52.825 | | 46.325 | 46.325 | 46.325 |



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.04.01.01 Veranstaltungen / Kulturförderung / Sonstige Kultureinrichtungen
- 1.04.01.01.01 Sonderausstellungen
- 1.04.01.01.02 Kreis- und Stadtbücherei

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen



1.04.01.01

Veranstaltungen/ Kulturförderung/Sonstige Kultureinrichtungen

Beschreibung

- Konzeption, Organisation und Durchführung von **Veranstaltungen** in allen Kultursparten zur Attraktivitätssteigerung der kulturellen Einrichtungen und zur Erfüllung eines kulturellen Auftrages.
- **Kulturförderung**: Unterstützung und Förderung von Kulturschaffenden (z. B. durch den „Kulturförderpreis des Oberbergischen Kreises“).
- Konzeption, Organisation und Durchführung von **Sonderausstellungen**.
- Finanzielle Beteiligung an der **Kreis- und Stadtbücherei** und **Kreisorchester**.
- **Kreisarchiv**

Auftragsgrundlage

Kreistagsbeschlüsse, Archivgesetz NRW

Ziele

- Halten oder Steigerung der Besucherzahlen bei kulturellen Veranstaltungen
- hohe Besucherzufriedenheit
- nachhaltige Kundenbindung (durch Werbemaßnahmen etc.)
- Attraktivitätssteigerung durch vielfältiges Veranstaltungsprogramm
- Verbesserung der Wirtschaftlichkeit

Zielgruppen

Bevölkerung der Region und Gesamt-NRW

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft

1.04.01 Komm. Veranstaltungen/ Kulturförderung



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|----------------|----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | | -15.000 | -15.000 | -15.000 | -15.000 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -5.200 | -5.200 | -5.200 | -5.200 | -5.200 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -5.200 | -20.200 | -20.200 | -20.200 | -20.200 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 181.508 | 180.217 | 181.579 | 183.259 | 184.796 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 170.975 | 196.325 | 190.025 | 192.775 | 192.775 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 35.850 | 30.750 | 33.750 | 30.750 | 33.750 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 21.132 | 22.580 | 29.387 | 29.994 | 31.620 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 409.465 | 429.872 | 434.740 | 436.778 | 442.942 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 404.265 | 409.672 | 414.540 | 416.578 | 422.742 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 404.265 | 409.672 | 414.540 | 416.578 | 422.742 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 404.265 | 409.672 | 414.540 | 416.578 | 422.742 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 45.183 | 74.612 | 63.804 | 63.921 | 64.496 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 449.448 | 484.284 | 478.345 | 480.499 | 487.238 |

**Planerläuterung zum Teilergebnisplan Kommunale Veranstaltungen / Kulturförderung**

Bei der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* handelt es sich um Zuschüsse der Kulturstiftung Oberberg in Trägerschaft der Kreissparkasse Köln (Kostenart 414700). Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Gebühreneinnahmen (Kostenart 432100) für kulturelle Veranstaltungen veranschlagt. In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* umfassen die Aufwendungen für kulturelle Veranstaltungen (Kostenart 529100) im Kreishaushausfoyer, im Museum Schloss Homburg sowie für die kulturellen Veranstaltungen der KULTUR-ZEIT in Haus Dahl. Darüber hinaus sind die Aufwendungen für ein erneutes Literaturfestival in 2009, die Erstellung einer Homepage (Kostenart 529100) sowie Aufwendungen für die Betreuung der Kunstsammlung (Kostenart 524900) und für in dieser Kontengruppe veranschlagt. Entsprechend einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Stadt Gummersbach aus dem Jahr 1975 ist der Oberbergische Kreis verpflichtet, die Hälfte der Kosten der Kreis- und Stadtbücherei zu übernehmen. Diese Erstattung (Kostenart 525300) an die Stadt Gummersbach ist ebenfalls unter dieser Kontengruppe veranschlagt.

Bei der Kontengruppe *Transferaufwendungen* sind folgende Zuschüsse an Gemeinden und übrige Bereiche (Kostenart 531300 u. 531900) veranschlagt: Zuschuss zum Wettbewerb „Jugend musiziert“, Zuschuss zum Sinfonieorchester, Zuschuss zum Sängerkreis Oberbergisches Land, sonstige Förderung von Vereinen im Jugend-Kulturbereich, Förderung der Jugendarbeit in Chören und Musikvereinen. Für die seit 1955 bestehende Patenschaft mit dem Landkreis Lauenburg in Pommern wird jährlich eine finanzielle Unterstützung geleistet. Über die Vergabe von Zuschüssen zu kulturellen Projekten im Kreisgebiet entscheidet der Ausschuss für Kultur und Weiterbildung. Der Kulturförderpreis (Kostenart 531900) des Oberbergischen Kreises wird alle zwei Jahre (2009 + 2011) vergeben. Zur Koordinierungsstelle „Regionale Kulturpolitik Bergisches Land“ leistet der Oberbergische Kreis neben weiteren Städten und Kreisen einen Finanzierungszuschuss.

Die Kontengruppe *Sonstige Ordentliche Aufwendungen* beinhaltet die Aufwendungen für Verbrauchsmaterial/Gästebewirtung (Kostenart 543700) für Veranstaltungen und Empfänge sowie Aufwendungen für Sonderausstellungen (549900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:
Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft

1.04.01 Komm. Veranstaltungen/ Kulturförderung



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|----------------|----------------|------------------------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | | -15.000 | | -15.000 | -15.000 | -15.000 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -5.200 | -5.200 | | -5.200 | -5.200 | -5.200 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -5.200 | -20.200 | | -20.200 | -20.200 | -20.200 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 136.089 | 134.278 | | 135.621 | 136.977 | 138.347 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 170.975 | 33.500 | | 33.450 | 36.200 | 36.200 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 36.350 | 9.750 | | 12.750 | 9.750 | 12.750 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 9.330 | 8.150 | | 15.150 | 15.675 | 17.200 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 352.744 | 185.678 | | 196.971 | 198.602 | 204.497 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 347.544 | 165.478 | | 176.771 | 178.402 | 184.297 |



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.04.02.01 Volkshochschule
- 1.04.02.01.01 Abendgymnasium

- 1.04.02.02 Fachseminar für Pflegeberufe
- 1.04.02.02.01 Grundausbildung
- 1.04.02.02.02 Weiterbildung

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen

**1.04.02.01****Volkshochschule****Beschreibung**

Die Volkshochschule des Oberbergischen Kreises ist eine Pflichtaufgabe nach dem Weiterbildungsgesetz NRW und bietet zweimal im Jahr ein Programm für 12 oberbergische Städte und Gemeinden (außer Gummersbach) an. Das Angebot berücksichtigt individuelle Bedürfnisse und orientiert sich am gesellschaftlichen Bedarf. Angeboten werden Veranstaltungen zur allgemeinen, beruflichen, politischen, gesundheitlichen und kulturellen Bildung und schließt den Erwerb von Schulabschlüssen und Zertifikaten ein.

Auftragsgrundlage

Weiterbildungsgesetz NRW, Beschlüsse des Kreistages, Satzung der VHS

Ziele

Bereitstellung und Durchführung eines bedarfsgerechten, qualifizierenden, flächendeckenden und ortsnahen Aus- und Weiterbildungsangebotes

Zielgruppen

Bürgerinnen und Bürger des Oberbergischen Kreises



1.04.02.02

Fachseminar für Pflegeberufe

Beschreibung

Das Fachseminar für Pflegeberufe des oberbergischen Kreises ist eine durch die Bezirksregierung anerkannte Einrichtung zur Aus- und Fortbildung in der Altenpflege. Es bietet die staatlich anerkannten Ausbildungen zum/zur Altenpflegehelfer/in und Altenpfleger/in sowie qualifizierte Fort- und Weiterbildungsangebote für Pflegepersonal an. Bundesaltenpflegegesetz mit entsprechender Ausbildungs- und Prüfungsverordnung, Beschlüsse des Kreistages

Auftragsgrundlage

Ziele

Sicherstellung eines qualifizierten, bedarfsdeckenden Angebotes an Erstausbildungen und differenzierten Qualifizierungsmaßnahmen zur Fort- und Weiterbildung

Zielgruppen

Personen mit den jeweils entsprechenden Zugangsvoraussetzungen

Haushaltsplan 2010

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.02 Volkshochschule

Dezernat I



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -807.320 | -742.040 | -742.040 | -742.040 | -742.040 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -1.000.000 | -1.050.000 | -1.050.000 | -1.050.000 | -1.050.000 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -176.000 | -350.200 | -350.200 | -350.200 | -350.200 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -165.888 | -132.551 | -132.551 | -132.551 | -132.551 |
| 7 | + Sonstige ordentliche Erträge | | -1.500 | -1.500 | -1.500 | -1.500 | -1.500 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -2.150.708 | -2.276.291 | -2.276.291 | -2.276.291 | -2.276.291 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 2.274.294 | 2.492.911 | 2.500.669 | 2.512.642 | 2.522.565 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 157.970 | 161.807 | 161.814 | 175.820 | 175.826 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 5.667 | 12.783 | 14.479 | 16.177 | 17.878 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 160.726 | 160.871 | 160.262 | 162.153 | 161.151 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 2.598.657 | 2.828.372 | 2.837.224 | 2.866.792 | 2.877.422 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 447.949 | 552.081 | 560.933 | 590.501 | 601.131 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 447.949 | 552.081 | 560.933 | 590.501 | 601.131 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 447.949 | 552.081 | 560.933 | 590.501 | 601.131 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 189.177 | 254.067 | 230.748 | 272.014 | 253.432 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 637.127 | 806.149 | 791.680 | 862.515 | 854.563 |

**Planerläuterung Teilergebnisplan Volkshochschule**

In der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* werden die Landeszuweisungen (Kostenart 414200) eingebucht (Produkte Volkshochschule und Grundausbildung). Das Produkt Modellprojekt Altenpflege wird durch das Land im "Modellprojekt Altenpflegehilfe" gefördert.

In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden Höregebühren (Kostenart 432902) vereinnahmt (Produkt Volkshochschule). Teilnehmerbeiträge zu Fortbildungsveranstaltungen (Kostenart 441900) werden in der Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* abgebildet. *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* sind andere sonstige Kostenerstattungen, wie die Erstattung von Fernsprechgebühren und Fotokopien (Kostenart 443900), die Erstattung von Personalkosten, Honoraren etc. (Kostenart 443908) und die Erträge aus der Anzeigenwerbung (Kostenart 444902) im Programmheft (Produkt Volkshochschule). Im Bereich Abendgymnasium werden Erstattungen von Zweckverbänden (Kostenart 442400) vereinnahmt. Die Erträge beim Produkt Grundausbildung setzen sich aus den Erstattungen vom Bund (Kostenart 442100), hier im Besonderen die Kostenerstattung der Agentur für Arbeit, den Erstattungen von übrigen Bereichen, wie die Erstattung von Ausbildungsvergütungen und anderen sonstigen Kostenerstattungen (Kostenart 443900) zusammen. Untere *Sonstige ordentliche Erträge* fallen die Erträge aus der Vereinnahmung von Mahngebühren (Kostenart 452220) und andere sonstige ordentliche Erträge (Kostenart 459100), wie nicht näher benannte vermischte Einnahmen (Produkt Volkshochschule).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Zu den *Personalaufwendungen* zählen weiter die Honorare für Dozenten (Kostenart 501950), die Abteilungsleitervergütungen (Kostenart 501900) und die Personalausgaben für Zivildienstleistende (Kostenart 501960) (Produkt Volkshochschule). Honorare werden für Fort- und Weiterbildungsseminare und anteilig als Personalkosten zum "Modellprojekt Altenpflegehilfe" verausgabt (Produkt Weiterbildung und Projekt Modellprojekt Altenpflegehilfe). Weitere Honoraraufwendungen sind bei den Produkten Grundausbildung und Abendgymnasium veranschlagt.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden die Kosten für die Unterhaltung und Anschaffung von Lehrmitteln (Kostenart 524300), die Kosten für die Unterbringung und Verpflegung bei Seminaren (Kostenart 524907), die Erstattung von Sachausgaben an Gemeinden (Kostenart 525300), die Entgelte für ADV-Eingaben bzw. für die ADV-Programmpflege (Kostenart 529923 und 529924), Arbeitspläne für die Hörer der Kreisvolkshochschule (Kostenart 529930) sowie die Kosten für eine Hilfskraft im pädagogischen Dienst (Vorbereitung von KVHS-Kursen, Kostenart 529931) verausgabt (Produkt Volkshochschule). Zu den *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* beim Produkt Grundausbildung gehört das Anschaffen von Lernmitteln. Lehrmittel für das Fort- u.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft

1.04.02 Volkshochschule



Weiterbildungsseminar (Kostenart 524300) und Kosten für die Projektentwicklung (Kostenart 529929) werden beim Produkt Weiterbildung im Aufwand gebucht. Das Produkt Fachseminar für Pflegeberufe belastet den Haushalt durch sächliche Kosten bei Seminar und Studienfahrten (Kostenart 524907) und Erstattungen an verbundene Unternehmen (Kostenart 525600) und Beteiligungen in Form von Erstattung von Serviceleistungen.

Sonstige ordentliche Aufwendungen fallen bei der Aus- und Fortbildung, Umschulung durch die Fortbildung der Dozenten (Kostenart 541200) an. Weitere Aufwendungen für übernommene Reisekosten (Kostenart 541300) entstehen durch Reisekosten für Fortbildungsveranstaltungen des hauptamtlichen Personals und für Dienstreisen, durch die Erstattung von Sachausgaben an andere Träger (Mieten, Kostenart 542100), GEMA-Gebühren (Kostenart 542300), Prüfungsgebühren (Kostenart 542915), sonstige Geschäftsaufgaben und vermischte Ausgaben, Einführung eines Qualitätsmanagementsystems (Zertifizierung, Kostenart 543909) und dem Mitgliedsbeitrag (Kostenart 544300) zum Landesverband der Volkshochschule Nordrhein-Westfalen (Produkt Volkshochschule). Ebenfalls zur Kontengruppe der sonstigen ordentlichen Aufwendungen gehören die Aufwendungen für Werbemaßnahmen (Kostenart 543800), für sonstige Geschäftsausgaben und die Einführung des Qualitätsmanagementsystems (Produkt Fachseminar für Pflegeberufe, Kostenart 543909). Beim Produkt Weiterbildung werden Aufwendungen für Aus- und Fortbildung, Umschulung in Form von Kosten für die Unterbringung von Teilnehmern der Weiterbildungslehrgänge eingeplant. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft

1.04.02 Volkshochschule



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|-------------------|-------------------|--|-------------------|-------------------|-------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -807.320 | -742.040 | | -742.040 | -742.040 | -742.040 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -1.000.000 | -1.050.000 | | -1.050.000 | -1.050.000 | -1.050.000 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -176.000 | -350.200 | | -350.200 | -350.200 | -350.200 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -165.888 | -132.551 | | -132.551 | -132.551 | -132.551 |
| 7 | + Sonstige Einzahlungen | | -1.500 | -1.500 | | -1.500 | -1.500 | -1.500 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -2.150.708 | -2.276.291 | | -2.276.291 | -2.276.291 | -2.276.291 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 1.901.681 | 2.101.591 | | 2.111.409 | 2.121.326 | 2.131.342 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 157.970 | 161.470 | | 161.470 | 175.470 | 175.470 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 117.340 | 113.220 | | 113.220 | 114.720 | 113.220 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 2.176.991 | 2.376.281 | | 2.386.099 | 2.411.516 | 2.420.032 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 26.283 | 99.990 | | 109.808 | 135.225 | 143.741 |
| 18 | + Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | | | -2.500.000 | | -1.300.000 | | |
| 23 | = investive Einzahlungen | | | -2.500.000 | | -1.300.000 | | |
| 25 | - Auszahlungen für Baumaßnahmen | | | 2.500.000 | | 1.300.000 | | |
| 26 | - Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen | | 9.000 | 23.000 | | 23.000 | 23.000 | 23.000 |
| 30 | = investive Auszahlungen | | 9.000 | 2.523.000 | | 1.323.000 | 23.000 | 23.000 |
| 31 | = Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung) | | 9.000 | 23.000 | | 23.000 | 23.000 | 23.000 |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft

1.04.02 Volkshochschule



| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungs-ermächti-gungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2) | Gesamt-einzahlung en / - auszahlung en |
|---|--|---------------|-------------|-------------------|--------------------------------|-------------------|--------------|--------------|--|--|
| 5610040 Akademie für Gesundheitswirtschaft | | | | | | | | | | |
| 1 | - Einzahlungen aus Investitionszuwendungen | | | -2.500.000 | | -1.300.000 | | | | -3.800.000 |
| 6 | = Summe Einzahlungen | | | -2.500.000 | | -1.300.000 | | | | -3.800.000 |
| 8 | - Auszahlungen für Baumaßnahmen | | | 2.500.000 | | 1.300.000 | | | | 3.800.000 |
| 13 | = Summe Auszahlungen | | | 2.500.000 | | 1.300.000 | | | | 3.800.000 |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat I

1.04 Kultur und Wissenschaft

1.04.02 Volkshochschule



| Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlungen/-auszahlungen |
|--|--|---------------|-------------|-------------|------------------------------|--------------|--------------|--------------|---------------------------------------|----------------------------------|
| 2 | - Summe der investiven Auszahlungen | | 9.000 | 23.000 | | 23.000 | 23.000 | 23.000 | 9.000 | 101.000 |
| 3 | = Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen) | | 9.000 | 23.000 | | 23.000 | 23.000 | 23.000 | 9.000 | 101.000 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante Investitionen/Ersatzbeschaffung von **geringwertigen Wirtschaftsgütern** (kurz GWG) und von **Betriebs- und Geschäftsausstattung** (kurz BGA) aus dem Bereich der **Kreisvolkshochschule** bzw. dem **Altenpflegeseminar**. Betriebs- und Geschäftsausstattung ist ein Begriff der kaufmännischen Buchführung. Darunter fallen Gegenstände (über 410 Euro netto), die der langfristigen Betriebsbereitschaft eines Unternehmens dienen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird im ersten Teil des Inventars als Vermögensposten geführt. In der Bilanz wird sie den Sachanlagen zugeordnet und ist damit ein Teil des Anlagevermögens. BGAs werden über den Zeitraum ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben, über Kostenstellen werden die Beschaffungen verursachungsgerecht den Ämtern/Produkten zugeordnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter können, im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, im Jahr der Anschaffung oder Herstellung voll als Betriebsausgabe abgesetzt werden. Voraussetzungen für ein geringwertiges Wirtschaftsgut: es muss eigenständig nutzbar sein, es muss beweglich sein, es muss länger als ein Jahr dem Betrieb dienen und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten liegen zwischen 60,- und 410,- Euro (netto). Der Ansatz ist für die Anschaffung von Lehr- und Lernmittel für den Unterricht bzw. Anschaffungen im Pflegebereich.

Die o. g. Investitionen werden über die *Finanzstelle 5.430001* (BGA [KVHS], Anlagevermögen > 410 Euro netto) bzw. bzw. über die *Finanzstelle 5.430002* (GWG [KVHS], Anlagevermögen < 410 Euro netto) bzw. bzw. über die *Finanzstelle 5.430011* (BGA [Altenpflegeseminar], Anlagevermögen > 410 Euro netto) bzw. bzw. über die *Finanzstelle 5.430012* (GWG [Altenpflegeseminar], Anlagevermögen < 410 Euro netto) abgewickelt.



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.04.03.01 Museum Schloss Homburg
- 1.04.03.01.01 Schloss Homburg
- 1.04.03.01.02 Haus Dahl

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen



1.04.03.01

Museum Schloss Homburg

Beschreibung

Standorte:

- Museum Schloss Homburg in Nümbrecht (Kunst-, Kultur- und naturgeschichtliche Abteilungen)
- Museum Haus Dahl in Marienheide (Lebens- und Arbeitswelten der ländlichen Bevölkerung)

Aufgabe:

Sammeln, Bewahren, Erforschen, Ausstellen, Vermitteln des regionalen Kultur- und Naturgutes

Das Museum ist eine „gemeinnützige, ständige, der Öffentlichkeit zugängliche Einrichtung, im Dienste der Gesellschaft und ihrer Entwicklung, die zu Studien-, Bildungs- und Unterhaltungszwecken materielle Zeugnisse von Menschen und ihrer Umwelt beschafft, bewahrt, erforscht, bekannt macht und ausstellt“. (Definition gem. ICOM, ethische Richtlinien des Internationalen Museumsrates)

Auftragsgrundlage

Kreistagsbeschlüsse

Ziele

1. **Museum:** Präsentation kulturhistorischer Exponate für mind. 60.000 Besucher p.a.
(mögliche Einschränkungen der Öffnungszeiten während der Bauphase 2009 - 2011)
2. **Museumsshop:** Steigerung der Attraktivität und Aufwertung des Museumsbesuches im Museum Schloss Homburg und im Museum Haus Dahl;
Steigerung der Wirtschaftlichkeit durch möglichst hohen Einnahmeüberschuss bei der Verkaufsware
3. **Museumspädagogik:** Vermittlung der Museumsthemen an möglichst viele Einzel- und Gruppenbesucher

Zielgruppen

Bevölkerung der Region und Gesamt-NRW, Touristen

Haushaltsplan 2010

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.03 Museum



Dezernat I

| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|-----------------|----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -93.000 | -64.000 | -64.000 | -79.000 | -79.000 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -23.000 | -17.500 | -17.500 | -17.500 | -17.500 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -4.500 | | | | |
| 7 | + Sonstige ordentliche Erträge | | -2.000 | -2.000 | -2.000 | -2.000 | -2.000 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -122.500 | -83.500 | -83.500 | -98.500 | -98.500 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 344.077 | 379.013 | 382.198 | 385.719 | 374.116 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 141.390 | 142.286 | 155.930 | 156.033 | 154.707 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 7.802 | 5.189 | 5.770 | 5.942 | 6.121 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 48.832 | 102.583 | 56.187 | 57.518 | 58.043 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 542.101 | 629.071 | 600.084 | 605.213 | 592.988 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 419.601 | 545.571 | 516.584 | 506.713 | 494.488 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 419.601 | 545.571 | 516.584 | 506.713 | 494.488 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 419.601 | 545.571 | 516.584 | 506.713 | 494.488 |
| 27 | + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | -15.263 | -10.777 | -10.441 | -10.024 | -10.059 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 360.116 | 252.661 | 249.991 | 250.053 | 251.672 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 764.455 | 787.455 | 756.134 | 746.743 | 736.101 |

**Planerläuterung zum Teilergebnisplan Museum**

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Benutzungsgebühren (Kostenart 432100) für das Museum Schloss Homburg und Haus Dahl veranschlagt. Im Detail handelt es sich um die Eintrittsgelder zum Besuch der Museen, die Gebühren für museumspädagogische Führungen, Gebühren für die Nutzung des Audioguidesystems sowie Gebühren für standesamtliche Trauungen in den Räumlichkeiten des Museums. In der Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* sind die Einnahmen aus Verkäufen (Kostenart 441100) der Museumsshops sowie die Einnahmen der Brotverkäufe zusammengefasst. Die Spendeneinnahmen (452800) für die Museen werden unter der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* gebucht.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden neben den fest angestellten Mitarbeitern der Kreisverwaltung auch die Personalaufwendungen für sonstige Beschäftigte (Kostenart 501900, z. B. museumspädagogisches Führungspersonal, Bäcker) aufgeführt.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* sind die Kosten für die Unterhaltung und Anschaffung von Gebrauchsgegenständen (Kostenart 523600), Museumsgut und Archivalien und die Wartungskosten für das Audioguidesystem erfasst. Weiter fallen die Aufwendungen für den Wareneinkauf (Kostenart 526400) von Museumsshop-Artikeln und die Anschaffung von Zubehör für die Museumsshops in diese Kontengruppe. Weitere Sonstige Sach- und Dienstleistungen fallen für die Inventarisierung von Museumsgut an. Die Verwendung der Spenden wird ebenfalls hier veranschlagt. Des Weiteren werden die Aufwendungen für museumspädagogische Maßnahmen, Restaurierungsbedarf sowie die Verbrauchsmittel für die Backaktionen unter dieser Kontengruppe verbucht. Auch die Kosten der Fachfirma für den Aufsichts- und Kassendienst (Kostenart 529912) unter Sach- und Dienstleistungen veranschlagt.

Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* umfasst insbesondere die Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit (Kostenart 543800). Darüber hinaus werden an dieser Stelle die Gebühren (Gebühren 542300) für bargeldlose Zahlverfahren an der Museumskasse von Schloss Homburg sowie Geschäftsausgaben für den musealen Bereich veranschlagt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.03 Museum

Dezernat I



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|-------------------|-------------------|--|-------------------|-------------------|-----------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -93.000 | -64.000 | | -64.000 | -79.000 | -79.000 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -23.000 | -17.500 | | -17.500 | -17.500 | -17.500 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -4.500 | | | | | |
| 7 | + Sonstige Einzahlungen | | -2.000 | -2.000 | | -2.000 | -2.000 | -2.000 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -122.500 | -83.500 | | -83.500 | -98.500 | -98.500 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 266.993 | 293.629 | | 296.400 | 299.199 | 287.026 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 141.390 | 142.090 | | 155.730 | 155.830 | 154.500 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 21.600 | 74.000 | | 28.000 | 29.000 | 29.150 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 429.983 | 509.719 | | 480.130 | 484.029 | 470.676 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 307.483 | 426.219 | | 396.630 | 385.529 | 372.176 |
| 18 | + Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | | -3.670.000 | -2.300.000 | | -5.800.000 | -1.000.000 | |
| 23 | = investive Einzahlungen | | -3.670.000 | -2.300.000 | | -5.800.000 | -1.000.000 | |
| 25 | - Auszahlungen für Baumaßnahmen | | 3.670.000 | 2.300.000 | | 5.800.000 | 1.000.000 | |
| 26 | - Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen | | 26.825 | 29.825 | | 23.325 | 23.325 | 23.325 |
| 30 | = investive Auszahlungen | | 3.696.825 | 2.329.825 | | 5.823.325 | 1.023.325 | 23.325 |
| 31 | = Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung) | | 26.825 | 29.825 | | 23.325 | 23.325 | 23.325 |

Haushaltsplan 2010

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.03 Museum

Dezernat I



| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungs- ermächti- gungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2) | Gesamt- einzah- lung en / - auszah- lung en |
|---|---|------------------|-------------------|-------------------|--|-------------------|-------------------|-----------------|--|---|
| 5233211 Erweiterung Schloß Homburg | | | | | | | | | | |
| 1 | - Einzahlungen aus Investitionszuwendungen | | -3.670.000 | -2.300.000 | | -5.800.000 | -1.000.000 | | -3.670.000 | -12.770.000 |
| 6 | = Summe Einzahlungen | | -3.670.000 | -2.300.000 | | -5.800.000 | -1.000.000 | | -3.670.000 | -12.770.000 |
| 8 | - Auszahlungen für Baumaßnahmen | | 3.670.000 | 2.300.000 | | 5.800.000 | 1.000.000 | | 3.670.000 | 12.770.000 |
| 13 | = Summe Auszahlungen | | 3.670.000 | 2.300.000 | | 5.800.000 | 1.000.000 | | 3.670.000 | 12.770.000 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme *Erweiterung Schloss Homburg*

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Bauinvestitionen** im Bereich des **Museums des Oberbergischen Landes auf Schloss Homburg**. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 11.12.2008 die Erweiterung in einem Gesamtvolumen (Planungs- und Baukosten) von rd. 10,1 Mio. Euro beschlossen. Für Planungskosten sind bis zum Stichtag 31.12.2008 bereits rd. 460.000 Euro verausgabt worden. Der Ansatz für 2009 wird nur im geringen Umfang ausgeschöpft, die Investitionsmaßnahme muss für Folgejahre neu veranschlagt werden, das Gesamtvolumen soll dabei nicht überschritten werden. Die Baumaßnahme wird mit öffentlich-rechtlichen und privat-rechtlichen Zuweisungen gefördert.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.233211* abgewickelt.

Haushaltsplan 2010

1.04 Kultur und Wissenschaft



verantwortlich:

1.04.03 Museum

Dezernat I

| Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlungen/-auszahlungen |
|--|--|---------------|---------------|---------------|------------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------------------------------|----------------------------------|
| 2 | - Summe der investiven Auszahlungen | | 26.825 | 29.825 | | 23.325 | 23.325 | 23.325 | 26.825 | 126.625 |
| 3 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | 26.825 | 29.825 | | 23.325 | 23.325 | 23.325 | 26.825 | 126.625 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante Investitionen/Ersatzbeschaffung von **geringwertigen Wirtschaftsgütern** (kurz GWG) und von **Betriebs- und Geschäftsausstattung** (kurz BGA) aus dem Bereich **Kultur- und Museumsamt** sowie Neuanschaffungen von **Museumsgüter und Exponate** (Anlagenklasse Kunstgegenstände). Betriebs- und Geschäftsausstattung ist ein Begriff der kaufmännischen Buchführung. Darunter fallen Gegenstände (über 410 Euro netto), die der langfristigen Betriebsbereitschaft eines Unternehmens dienen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird im ersten Teil des Inventars als Vermögensposten geführt. In der Bilanz wird sie den Sachanlagen zugeordnet und ist damit ein Teil des Anlagevermögens. BGAs werden über den Zeitraum ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben, über Kostenstellen werden die Beschaffungen verursachungsgerecht den Ämtern/Produkten zugeordnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter können, im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, im Jahr der Anschaffung oder Herstellung voll als Betriebsausgabe abgesetzt werden. Voraussetzungen für ein geringwertiges Wirtschaftsgut: es muss eigenständig nutzbar sein, es muss beweglich sein, es muss länger als ein Jahr dem Betrieb dienen und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten liegen zwischen 60,- und 410,- Euro (netto). Der Ansatz ist für die Anschaffung von Museumsgütern bzw. den Ankauf von herausragenden Exponaten (3211.9350), für die Anschaffung von speziellen Inventargegenständen (3210.5200 u. 3211.9351, z. B. Vitrinen, Stellwände, Beleuchtungssysteme, Beschallungsanlagen, etc.) sowie für anteilige Kosten zwecks Einrichtung der kulturgeschichtlichen Dauerausstellung (3211.9356) bestimmt. Die Restaurierung von Museumsgütern ist hier nicht veranschlagt. Die Maßnahmen werden vom Kultur- und Museumsamt (Amt 41) begleitet.

Die o. g. Investitionen werden über folgende *Finanzstelle (PSP-I)* abgewickelt:

| | |
|------------------|-------------------------------------|
| 5.410000.710.010 | Museumsgut u. Exponate |
| 5.410010.710.010 | BGA - Inventar über 410 € (Museum) |
| 5.410020.720.010 | GwG - Inventar unter 410 € (Museum) |
| 5.410030.710.010 | BGA - Kulturgeschichtl. Dauerausst. |
| 5.410040.720.010 | GwG - Kulturgeschichtl. Dauerausst. |



Beschreibung

- Digitale Sicherung / inhaltliche Erfassung historischer Fotobestand
- Zur Verfügung stellen von Fotos für gewerbliche, öffentliche und private Nutzung wie z.B. für Publikationen, Ausstellungen, Presseartikel, schulische Belange.
- Unterstützung von kreiseigenen Einrichtungen wie Pressestelle, Kreisarchiv und Kultur- und Museumsamt.
- Ergänzung des Bestandes durch Ankauf

Auftragsgrundlage

Ziele

- Durch Bereitstellung von historischem Fotobestand Unterstützung von regionaler Forschung, Präsentation Oberbergischer Gegebenheiten, Darstellung der Kreisverwaltung.
- Archivierung und Sicherung historischer Fotobestände für die Zukunft.

Zielgruppen

Wissenschaftlich-historisch Arbeitende, Journalisten, Verleger, Lehrer, Verwaltung

Haushaltsplan 2010

1.04 Kultur und Wissenschaft

verantwortlich:

1.04.04 Heimatbildstelle

Dezernat III



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|----------------|----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -1.000 | -1.000 | -1.000 | -1.000 | -1.000 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -1.000 | -1.000 | -1.000 | -1.000 | -1.000 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 21.525 | 28.963 | 29.253 | 29.545 | 29.841 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 500 | 500 | 500 | 500 | 500 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 3.148 | 3.260 | 3.016 | 3.037 | 3.064 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 25.173 | 32.723 | 32.769 | 33.082 | 33.405 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 24.173 | 31.723 | 31.769 | 32.082 | 32.405 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 24.173 | 31.723 | 31.769 | 32.082 | 32.405 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 24.173 | 31.723 | 31.769 | 32.082 | 32.405 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 3.520 | 3.608 | 3.558 | 3.585 | 3.605 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 27.693 | 35.331 | 35.327 | 35.668 | 36.010 |



Planerläuterung Teilergebnisplan Heimatbildstelle

Die Kontengruppe *Öffentlich–Rechtliche Leistungsentgelte* beinhaltet die Einnahmen für Reproduktionen (Kostenart 431100 u. 432100) durch die Heimatbildstelle.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden der Kosten für Reproduktionen (Kostenart 529100) veranschlagt. Die Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* bildet die Kosten für die Anschaffung von Fotos und Fotorechten sowie die Geschäftsausgaben der Heimatbildstelle ab (Kostenart 543900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.04 Kultur und Wissenschaft

1.04.04 Heimatbildstelle



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|----------------|----------------|--|-----------------|-----------------|-----------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -1.000 | -1.000 | | -1.000 | -1.000 | -1.000 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -1.000 | -1.000 | | -1.000 | -1.000 | -1.000 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 16.945 | 22.696 | | 22.923 | 23.152 | 23.384 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 500 | 500 | | 500 | 500 | 500 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 1.500 | 1.500 | | 1.500 | 1.500 | 1.500 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 18.945 | 24.696 | | 24.923 | 25.152 | 25.384 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 17.945 | 23.696 | | 23.923 | 24.152 | 24.384 |

Haushaltsplan 2010

1.05 Soziale Leistungen



verantwortlich:

| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| 1 | Steuern und ähnliche Abgaben | | -4.672.000 | -3.394.000 | -3.394.000 | -3.394.000 | -3.394.000 |
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -829.159 | -830.862 | -830.862 | -830.862 | -830.862 |
| 3 | + Sonstige Transfererträge | | -1.372.500 | -1.440.500 | -1.440.500 | -1.440.500 | -1.440.500 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -14.650 | -14.650 | -14.650 | -14.650 | -14.650 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -12.618.500 | -11.885.000 | -12.058.000 | -12.137.000 | -12.137.000 |
| 7 | + Sonstige ordentliche Erträge | | -6.000 | -1.000 | -1.000 | -1.000 | -1.000 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -19.512.809 | -17.566.012 | -17.739.012 | -17.818.012 | -17.818.012 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 3.025.806 | 3.137.875 | 3.141.271 | 3.164.077 | 3.176.955 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 6.384.616 | 5.649.474 | 5.614.489 | 5.604.505 | 5.604.521 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 13.799 | 8.846 | 9.322 | 9.805 | 10.295 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 30.197.704 | 31.002.255 | 30.942.255 | 30.882.255 | 30.822.255 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 32.178.379 | 32.365.186 | 32.354.457 | 32.357.338 | 32.361.286 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 71.800.303 | 72.163.637 | 72.061.794 | 72.017.981 | 71.975.312 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 52.287.494 | 54.597.625 | 54.322.782 | 54.199.969 | 54.157.300 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 52.287.494 | 54.597.625 | 54.322.782 | 54.199.969 | 54.157.300 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 52.287.494 | 54.597.625 | 54.322.782 | 54.199.969 | 54.157.300 |
| 27 | + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | -24.443 | -28.934 | -28.621 | -28.821 | -28.986 |

Haushaltsplan 2010

1.05 Soziale Leistungen



verantwortlich:

| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|--|------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 400.371 | 438.849 | 435.531 | 436.710 | 439.323 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 52.663.421 | 55.007.540 | 54.729.692 | 54.607.858 | 54.567.637 |

Haushaltsplan 2010

1.05 Soziale Leistungen

verantwortlich:



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|--------------------|--------------------|--|--------------------|--------------------|--------------------|
| 1 | Steuern und ähnliche Abgaben | | -4.672.000 | -3.394.000 | | -3.394.000 | -3.394.000 | -3.394.000 |
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -829.159 | -830.862 | | -830.862 | -830.862 | -830.862 |
| 3 | + Sonstige Transfereinzahlungen | | -1.372.500 | -1.440.500 | | -1.440.500 | -1.440.500 | -1.440.500 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -14.650 | -14.650 | | -14.650 | -14.650 | -14.650 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -12.618.500 | -11.885.000 | | -12.058.000 | -12.137.000 | -12.137.000 |
| 7 | + Sonstige Einzahlungen | | -6.000 | -1.000 | | -1.000 | -1.000 | -1.000 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -19.512.809 | -17.566.012 | | -17.739.012 | -17.818.012 | -17.818.012 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 1.920.768 | 2.017.586 | | 2.037.762 | 2.058.143 | 2.078.726 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 6.384.616 | 5.648.740 | | 5.613.740 | 5.603.740 | 5.603.740 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 30.197.704 | 31.002.255 | | 30.942.255 | 30.882.255 | 30.822.255 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 31.982.100 | 32.147.500 | | 32.160.500 | 32.160.500 | 32.160.500 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 70.485.188 | 70.816.081 | | 70.754.257 | 70.704.638 | 70.665.221 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 50.972.379 | 53.250.069 | | 53.015.245 | 52.886.626 | 52.847.209 |



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

- 1.05.01.01 Seniorenarbeit
- 1.05.01.02 Heimaufsicht

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen



1.05.01.01

Seniorenarbeit

Beschreibung

Beratung und Unterstützung älterer Menschen, um Schwierigkeiten, die durch das Alter entstehen

- zu verhüten
- zu überwinden
- zu mildern

Auftragsgrundlage

um weiter am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen.
Sozialgesetzbuch XII – Sozialhilfe, Landespflegegesetz NRW, Beschlüsse des Kreistages

Ziele

- Eigenständige Lebensführung der Menschen so lange wie möglich erhalten
- Längstmöglicher Verbleib im häuslichen und sozialen Umfeld

Zielgruppen

Ältere Menschen im Oberbergischen Kreis



1.05.01.02

Heimaufsicht

Beschreibung

- Wiederkehrende und anlassbezogene Überprüfungen aller Pflege- und Behindertenheime
- Beratung von Heimträgern und Leitungskräften
- Beratung und Information von Heimbewohnern, Angehörigen, Betreuern
- Planungs- und Konzeptberatung in Heimangelegenheiten

Auftragsgrundlage

Heimgesetz (HeimG) mit Verordnungen, Landespflegegesetz (PfG NRW) mit Verordnungen

Ziele

- Die Bedürfnisse und Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner in Heimen schützen
- Qualitätssicherung in Heimen

Zielgruppen

Volljährige Heimbewohnerinnen und Heimbewohner, Angehörige, Heimträger und deren Mitarbeiter

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.01 Unterstützung von Senioren



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -12.500 | -12.500 | -12.500 | -12.500 | -12.500 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -12.500 | -12.500 | -12.500 | -12.500 | -12.500 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 255.190 | 261.432 | 261.391 | 263.189 | 264.038 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 904.066 | 873.388 | 873.388 | 873.388 | 873.388 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 39.881 | 39.881 | 39.881 | 39.881 | 39.881 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 48.592 | 49.937 | 45.278 | 45.475 | 45.747 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 1.247.729 | 1.224.638 | 1.219.937 | 1.221.933 | 1.223.054 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 1.235.229 | 1.212.138 | 1.207.437 | 1.209.433 | 1.210.554 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 1.235.229 | 1.212.138 | 1.207.437 | 1.209.433 | 1.210.554 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 1.235.229 | 1.212.138 | 1.207.437 | 1.209.433 | 1.210.554 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 16.517 | 19.552 | 19.340 | 19.475 | 19.587 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 1.251.746 | 1.231.690 | 1.226.778 | 1.228.908 | 1.230.141 |



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Unterstützung von Senioren

Bei der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden die zu vereinnahmenden Gebühren im Heimrecht abgebildet (Kostenart 431100).

In der Kontengruppe Personalaufwendungen werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden alle Kostenerstattungen verausgabt, die nach dem Rahmenkonzept Senioren- und Pflegeberatung erfolgen (Kostenart 525300). Darüber hinaus werden hier die Kosten der Aktion „Hilfe für alte Menschen“ und der Projektkostenzuschuss für hauswirtschaftliche Hilfen veranschlagt (Kostenart 525900). Bei der Kontengruppe *Transferaufwendungen* handelt es sich um die Kosten der Erholungsfürsorge für alte Menschen (Kostenart 531900).

Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* beinhaltet im Wesentlichen die Kosten der Heimaufsicht (Kostenart 542700). Daneben werden hier die Kosten für Fortbildungen der Mitarbeiter in den gemeindlichen Sozialämtern (Kostenart 541200) und die Sachkosten für die Demenzveranstaltung veranschlagt (Kostenart 543900). Ferner werden hier anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge usw.) abgebildet, welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der Internen Leistungsverrechnungen werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.01 Unterstützung von Senioren



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|------------------|------------------|------------------------------|------------------|------------------|------------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -12.500 | -12.500 | | -12.500 | -12.500 | -12.500 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -12.500 | -12.500 | | -12.500 | -12.500 | -12.500 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 156.282 | 162.975 | | 164.605 | 166.252 | 167.914 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 904.066 | 873.388 | | 873.388 | 873.388 | 873.388 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 39.881 | 39.881 | | 39.881 | 39.881 | 39.881 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 35.000 | 35.000 | | 32.000 | 32.000 | 32.000 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 1.135.229 | 1.111.244 | | 1.109.874 | 1.111.521 | 1.113.183 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 1.122.729 | 1.098.744 | | 1.097.374 | 1.099.021 | 1.100.683 |



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.05.02.01 Hilfen zur Gesundheit, bei Behinderung und in anderen Lebenslagen
 - 1.05.02.01.01 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen
 - 1.05.02.01.02 Hilfen zur Gesundheit
 - 1.05.02.01.03 Hilfen in anderen Lebenslagen

- 1.05.02.02 Hilfe zur Pflege
 - 1.05.02.02.01 Hilfe zur Pflege ambulant und vollstationär
 - 1.05.02.02.02 Hilfe zur Pflege teilstationär

- 1.05.02.03 Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüsse
- 1.05.02.04 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege
- 1.05.02.05 Leistungen für Schwerbehinderte
- 1.05.02.06 Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen



1.05.02.01

Hilfen zur Gesundheit, bei Behinderung und in anderen Lebenslagen

Beschreibung

- Gewährung von Hilfen für Menschen ohne Krankenversicherungsschutz nach dem 5. Kapitel SGB XII
- Unterstützung und Hilfen für behinderte Menschen
- Feststellung des Grades der Behinderung und zur Inanspruchnahme von Nachteilsausgleichen (Schwerbehindertenausweis)
- Kündigungsschutz für schwerbehinderte Menschen
- Leistungen für schwerbehinderte Menschen im Arbeitsleben
- Gewährung von Eingliederungshilfeleistungen nach dem 6. Kapitel SGB XII für Menschen mit einer wesentlichen Behinderung
- Sonstige Hilfen nach dem 8. und 9. Kapitel des SGB XII

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch IX – Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen – mit Verordnungen, Sozialgesetzbuch XII – Sozialhilfe – mit Verordnungen

Ziele

- Menschen, die Sozialhilfeleistungen beziehen, erhalten bedarfsgerechte Leistungen
- Zeitnahe Bearbeitung der Anträge auf Feststellung des Grades der Behinderung
- Möglichst hoher Anteil von gütlichen Einigungen in Kündigungsschutzverfahren
- Ausschöpfung der zugewiesenen Mittel aus der Ausgleichsabgabe

Zielgruppen

Menschen ohne Krankenversicherungsschutz, Menschen mit Behinderungen und deren Angehörige, Arbeitgeber, die Menschen mit Behinderungen beschäftigen



1.05.02.02

Hilfe zur Pflege

Beschreibung

- Gewährung von Hilfen für pflegebedürftige Menschen nach dem 7 Kapitel SGB XII außerhalb und innerhalb von Einrichtungen
- Durchführung der trägerunabhängigen Pflegeberatung nach dem Rahmenkonzept zur integrierten Senioren- und Pflegeberatung
- Erstellen und Fortschreiben der kommunalen Pflegeplanung
- Weiterentwicklung von notwendigen Altenhilfe- und Pflegeangeboten

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) – Sozialhilfe –, Landespflegegesetz (PfG NRW) mit Verordnungen, Kreistagsbeschluss

Ziele

- Den pflegebedürftigen Menschen wird ein dauerhafter oder möglichst langer Aufenthalt in der eigenen häuslichen Umgebung ermöglicht
- Optimale individuelle Versorgung pflegebedürftiger Menschen
- Menschen, die Sozialhilfeleistungen beziehen, erhalten bedarfsgerechte Leistungen nach dem Grundsatz „ambulant vor stationär“

Zielgruppen

Pflegebedürftige Menschen und deren Angehörige, Heimträger und deren Mitarbeiter

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.02 Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s.



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -829.159 | -830.862 | -830.862 | -830.862 | -830.862 |
| 3 | + Sonstige Transfererträge | | -855.500 | -871.000 | -871.000 | -871.000 | -871.000 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -2.000 | -2.000 | -2.000 | -2.000 | -2.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -275.500 | -407.000 | -407.000 | -407.000 | -407.000 |
| 7 | + Sonstige ordentliche Erträge | | -1.000 | -1.000 | -1.000 | -1.000 | -1.000 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -1.963.159 | -2.111.862 | -2.111.862 | -2.111.862 | -2.111.862 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 1.715.565 | 1.802.503 | 1.804.976 | 1.818.242 | 1.825.998 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 652.000 | 660.486 | 660.501 | 660.517 | 660.533 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 13.799 | 8.846 | 9.322 | 9.805 | 10.295 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 18.329.823 | 18.107.374 | 18.047.374 | 17.987.374 | 17.927.374 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 186.305 | 140.383 | 125.217 | 127.027 | 129.519 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 20.897.491 | 20.719.591 | 20.647.391 | 20.602.965 | 20.553.719 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 18.934.332 | 18.607.729 | 18.535.529 | 18.491.103 | 18.441.857 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 18.934.332 | 18.607.729 | 18.535.529 | 18.491.103 | 18.441.857 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 18.934.332 | 18.607.729 | 18.535.529 | 18.491.103 | 18.441.857 |
| 27 | + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | -76.036 | -90.006 | -89.031 | -89.652 | -90.166 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 213.291 | 256.850 | 253.442 | 254.792 | 255.814 |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.02 Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s.



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|-----------------------------------|------------------|----------------|----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 19.071.587 | 18.774.574 | 18.699.940 | 18.656.244 | 18.607.506 |

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Hilfen zur Gesundheit, bei Behinderungen und in anderen Lebenslagen

Die Produktgruppe „1.05.02 Hilfen zur Gesundheit, Behinderung und Pflegebedürftigkeit“ umfasst folgende Produkte und Teilprodukte:

| | |
|---------------|---|
| 1.05.02.01 | Hilfen zur Gesundheit, Behinderung u. anderen Lagen |
| 1.05.02.01.01 | Eingliederungshilfe für behinderte Menschen |
| 1.05.02.01.02 | Hilfen zur Gesundheit |
| 1.05.02.01.03 | Hilfe in anderen Lebenslagen |
| 1.05.02.02 | Hilfe zur Pflege |
| 1.05.02.02.01 | Hilfe zur Pflege – ambulant u. vollstationär |
| 1.05.02.02.02 | Hilfe zur Pflege – teilstationär |
| 1.05.02.03 | Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüsse |
| 1.05.02.04 | Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege |
| 1.05.02.05 | Leistungen für Schwerbehinderte |
| 1.05.02.06 | Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz |

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* erfasst die Zuweisungen zu Beweiserhebungskosten (Kostenart 414200), die Ausgleichsabgabe für die Nichtbeschäftigung von Schwerbeschäftigten sowie die Zuweisungen des Landschaftsverbandes aus der Ausgleichsabgabe (Kostenart 414300).

Über die Kontengruppe *Sonstige Transfererträge* werden zum einen die Rückzahlungen von Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüssen (Kostenart 422500) und zum anderen alle Kostenbeiträge, Aufwendungsersatz und Kostenersatz sowohl außerhalb (Kostenart 421100), als auch innerhalb von Einrichtungen dargestellt (Kostenart 422100). Hinzu kommen die Leistungen von Sozialleistungsträgern außerhalb (Kostenart 421300) und insbesondere innerhalb von Einrichtungen (Kostenart 422300) sowie die Rückzahlung gewährter Hilfe außerhalb (Kostenart 421500) und innerhalb von Einrichtungen (Kostenart 422500) und Zuschüsse von Pflegekassen (Kostenart 421400). Darüber hinaus werden die Einnahmen aus übergeleiteten Unterhaltsansprüchen (Kostenart 422200), die Abrechnung nach dem SGB XII und sonstige Ersatzleistungen außerhalb von Einrichtungen in dieser Kontengruppe abgebildet (Kostenart 421900).

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.02 Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s.



Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden sämtliche Verwaltungsgebühren vereinnahmt (Kostenart 431100). Über die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* werden die Erstattungen von Land und von Gemeinden abgewickelt (Kostenarten 443906, 443907 und 442300, Leistungen für Schwerbehinderte). Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* beinhaltet die Einnahmen aus Zwangsgeldern (Kostenart 452120).

In der Kontengruppe Personalaufwendungen werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden Erstattungen an andere Sozialhilfeträger abgebildet (Kostenart 525300). Des weiteren werden hier die Kosten der Freizeitmaßnahmen sowie des Fahrdienstes für Behinderte veranschlagt (Kostenart 525900). Rund 2/3 der in dieser Kontengruppe erfassten Kosten fallen für die Beweiserhebung in Schwerbehindertenangelegenheiten an (Kostenart 529100).

Bei der Kontengruppe *Transferaufwendungen* handelt es sich im Wesentlichen um die folgenden Ausgabepositionen:

- Hilfe zur Pflege – vollstationär und teilstationär (Kostenart 533200)
- Eingliederungshilfeleistungen und sonstige Leistungen innerhalb von Einrichtungen (Kostenart 533200)
- Krankenhilfe in Einrichtungen (Kostenart 533200)
- Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüsse (Kostenart 533920)

Darüber hinaus werden hier Zuschüsse an Verbände und Vereine, Zuschüsse an das Frauenhaus sowie Kosten der Beratung nach Gewaltschutzgesetz und die Investitionspauschale für ambulante Pflegedienste verausgabt (Kostenart 531900). Ebenfalls zu diesem Ansatz gehören Hilfen zur Pflege, Eingliederungshilfeleistungen, Krankenhilfe und sonstige Leistungen – jeweils außerhalb von Einrichtungen – sowie Kosten der Krankenversorgung (Kostenart 533100). Außerdem hier zu verausgaben sind die mit der Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz zusammenhängenden Kosten, wie die Verwendung des Kreisanteils an der Ausgleichsabgabe (Kostenart 533900), Darlehen (Kostenart 533900) und die Weiterleitung der Einnahmen an den Landschaftsverband (Kostenart 539330).

Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* bildet die Kosten für anfallende Sachverständigengutachten in Schwerbehindertenangelegenheiten (Kostenart 542700) und die Sachausgaben für Schwerbehinderte (Kostenart 543900, Bewirtschaftung durch Amt 10) ab. Daneben werden ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge usw.) verbucht, welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Bei der *Internen Leistungsverrechnung* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.02 Hilfen z.Gesundh.,b.Beh.,Pflegebed. u.s.



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|-------------------|-------------------|--|-------------------|-------------------|-------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -829.159 | -830.862 | | -830.862 | -830.862 | -830.862 |
| 3 | + Sonstige Transfereinzahlungen | | -855.500 | -871.000 | | -871.000 | -871.000 | -871.000 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -2.000 | -2.000 | | -2.000 | -2.000 | -2.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -275.500 | -407.000 | | -407.000 | -407.000 | -407.000 |
| 7 | + Sonstige Einzahlungen | | -1.000 | -1.000 | | -1.000 | -1.000 | -1.000 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -1.963.159 | -2.111.862 | | -2.111.862 | -2.111.862 | -2.111.862 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 1.098.976 | 1.167.240 | | 1.178.912 | 1.190.702 | 1.202.610 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 652.000 | 659.752 | | 659.752 | 659.752 | 659.752 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 18.329.823 | 18.107.374 | | 18.047.374 | 17.987.374 | 17.927.374 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 71.600 | 11.000 | | 11.000 | 11.000 | 11.000 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 20.152.399 | 19.945.366 | | 19.897.038 | 19.848.828 | 19.800.736 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 18.189.240 | 17.833.504 | | 17.785.176 | 17.736.966 | 17.688.874 |



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.05.03.01 Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)

1.05.03.02 Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII)

1.05.03.02.01 Hilfe zum Lebensunterhalt

1.05.03.02.02 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

1.05.03.03 Leistungen nach BAföG

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen



1.05.03.01

Beschreibung

Grundsicherung für Arbeitssuchende

Gewährung von Hilfen an erwerbsfähige Menschen und deren Angehörige, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen bestreiten können. Im SGB II gibt es eine zweigeteilte Trägerschaft – Kreis und Agentur für Arbeit. Der Kreis erbringt

- Leistungen für Unterkunft und Heizung
- einmalige Leistungen (Erstausstattung Wohnung und Bekleidung, mehrtägige Klassenfahrten)
- ergänzende Eingliederungsleistungen (Kinderbetreuung, Schuldnerberatung, Suchtberatung, psychosoziale Betreuung)

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch II (SGB II) – Grundsicherung für Arbeitssuchende, Kreistagsbeschluss

Ziele

- Die Menschen erhalten bedarfsgerechte Leistungen
- Die Leistungsempfänger werden befähigt, wieder unabhängig von Leistungen ein selbstbestimmtes Leben zu führen

Zielgruppen

Erwerbsfähige Menschen und ihre Angehörigen in prekären Einkommenssituationen



1.05.03.02

Hilfe zum Lebensunterhalt , Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Beschreibung

Gewährung von Hilfen an Menschen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen bestreiten können. Die Hilfen werden erbracht als

- Leistungen zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kapitel SGB XII
- Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem 4. Kapitel SGB XII
- Leistungen zur Sicherung des Unterhalts von Wehr- und Zivildienstleistenden

Auftragsgrundlage

Sozialgesetzbuch II (SGB II) – Grundsicherung für Arbeitssuchende

Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) – Sozialhilfe

Unterhaltssicherungsgesetz (USG)

Ziele

- Die Menschen erhalten bedarfsgerechte Leistungen
- Die Leistungsempfänger werden befähigt, wieder unabhängig von Leistungen ein selbstbestimmtes Leben zu führen

Zielgruppen

Menschen in prekären Einkommenssituationen



1.05.03.03

Leistungen nach BAföG

Beschreibung

- Bewilligung von Ausbildungsförderung nach dem BAföG
- Prüfung und Entscheidung von Anträgen auf Ausbildungsförderung nach dem BAföG
- Beratung von Antragsteller/innen

Auftragsgrundlage

Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), Sozialgesetzbuch (SGB) I und X, Bürgerliches Gesetzbuch (BGB)

Ziele

Zeitnahe und rechtmäßige Entscheidung über Förderanträge von Schüler/innen und Auszubildenden

Zielgruppen

Schüler/innen und Auszubildende in vollzeitschulischen Bildungsgängen

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.03 Hilfen b.Einkommensdefiz./Unterst.leist.



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| 1 | Steuern und ähnliche Abgaben | | -4.672.000 | -3.394.000 | -3.394.000 | -3.394.000 | -3.394.000 |
| 3 | + Sonstige Transfererträge | | -517.000 | -569.500 | -569.500 | -569.500 | -569.500 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -12.343.000 | -11.478.000 | -11.651.000 | -11.730.000 | -11.730.000 |
| 7 | + Sonstige ordentliche Erträge | | -5.000 | | | | |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -17.537.000 | -15.441.500 | -15.614.500 | -15.693.500 | -15.693.500 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 561.422 | 570.276 | 571.248 | 575.507 | 578.090 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 4.828.550 | 4.115.600 | 4.080.600 | 4.070.600 | 4.070.600 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 11.828.000 | 12.855.000 | 12.855.000 | 12.855.000 | 12.855.000 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 31.893.331 | 32.122.454 | 32.134.345 | 32.134.814 | 32.135.455 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 49.111.303 | 49.663.330 | 49.641.193 | 49.635.921 | 49.639.145 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 31.574.303 | 34.221.830 | 34.026.693 | 33.942.421 | 33.945.645 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 31.574.303 | 34.221.830 | 34.026.693 | 33.942.421 | 33.945.645 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 31.574.303 | 34.221.830 | 34.026.693 | 33.942.421 | 33.945.645 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 189.246 | 182.875 | 183.632 | 185.326 | 186.963 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 31.763.549 | 34.404.705 | 34.210.325 | 34.127.746 | 34.132.608 |

**Planerläuterung zum Teilergebnisplan Hilfen bei Einkommensdefiziten**

Die Produktgruppe „10503 Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen“ umfasst folgende Produkte und Teilprodukte:

- 1.05.03.01 Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II)
- 1.05.03.02 Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter; EM (SGB XII)
- 1.05.03.02.01 Hilfe zum Lebensunterhalt
- 1.05.03.02.02 Grundsicherung im Alter, bei Erwerbsminderung
- 1.05.03.03 Leistungen nach BaföG
- 1.05.03.04 Lastenausgleich

Bei der Kontengruppe *Steuern und ähnliche Abgaben* handelt es sich ausschließlich um Zuweisungen des Landes aus der Wohngeldentlastung (Kostenart 405200).

Über die Kontengruppe *Sonstige Transfererträge* werden überwiegend Leistungen von Sozialleistungsträgern außerhalb von Einrichtungen (Kostenart 421300) abgebildet. Weitere Kostenarten dieser Kontengruppe sind

- Kostenbeiträge, Aufwendungsersatz, Kostenersatz außerhalb von Einrichtungen (Kostenart 421100)
- Übergeleitete Unterhaltsansprüche außerhalb von Einrichtungen (Kostenart 421200)
- Rückzahlungen gewährter Hilfen außerhalb von Einrichtungen (Kostenart 421500)
- Sonstige Ersatzleistungen außerhalb von Einrichtungen (Kostenart 421900)

Unter der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* wird in der Hauptsache die Beteiligung des Bundes an den Unterkunft- und Heizkosten (Kostenart 447100) sowie der Anteil der Bundesagentur an den Personal- und Sachkosten kommunaler Mitarbeiter (Kostenart 442500) vereinnahmt. Darüber hinaus handelt es sich bei diesem Ansatz um den Anteil an der Bundeserstattung beim Vollzug des Grundsicherungsgesetzes (Kostenart 442100) sowie um Erstattungen von anderen Sozialhilfeträgern bzw. für die ARGE Bergneustadt (Kostenart 442300 und 443905). Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* beinhaltet Erstattungen von Gemeinden in Form von Schadenersatz (Kostenart 452700).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.



Bei der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* handelt es sich im Wesentlichen um Erstattungen an andere Sozialhilfeträger (525300), die Kosten des Datenabgleichs durch die Vermittlungsstelle und Kostenerstattungen an die Rentenversicherungsträger (Kostenart 525500) sowie Erstattungen (an RBK) im Rahmen der Lastenausgleichsverwaltung (1.05.03.04 Lastenausgleich). Einen geringen Teil des Aufwands bilden Gerichtsvollzieherkosten, Aufwendungsersätze u.ä (Kostenart 529100) sowie der Kurierdienst (Kostenart 529909).

In der Kontengruppe *Transferaufwendungen* werden neben der Hilfe zum Lebensunterhalt sowie den Grundsicherungsleistungen außerhalb von Einrichtungen (Kostenart 533100) folgende Kosten verausgabt:

- Eingliederungsleistung an Arbeitssuchende n. § 16. II 2 Nr. 1-4 (Kostenarten 533615, 533625, 531800)
- Sozialhilfe in Einrichtungen (Kostenart 533200)
- Grundsicherungsleistungen innerhalb von Einrichtungen (Kostenart 533200)

Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* weist hauptsächlich die Kosten von Leistungen für Unterkunft und Heizung (Kostenart 546200; § 22 I SGB II), Wohnungsbeschaffungskosten/Umzugskosten (Kostenart 546210), Mietschulden sowie einmalige Leistungen an Arbeitssuchende (Kostenart 546220, § 23 III) aus. Anfallende Fortbildungskosten (Kostenart 541200) für Mitarbeiter in den gemeindlichen Sozialämtern werden ebenfalls auf dieser Kontengruppe geplant. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.03 Hilfen b.Einkommensdefiz./Unterst.leist.



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|--------------------|--------------------|------------------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| 1 | Steuern und ähnliche Abgaben | | -4.672.000 | -3.394.000 | | -3.394.000 | -3.394.000 | -3.394.000 |
| 3 | + Sonstige Transfereinzahlungen | | -517.000 | -569.500 | | -569.500 | -569.500 | -569.500 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -12.343.000 | -11.478.000 | | -11.651.000 | -11.730.000 | -11.730.000 |
| 7 | + Sonstige Einzahlungen | | -5.000 | | | | | |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -17.537.000 | -15.441.500 | | -15.614.500 | -15.693.500 | -15.693.500 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 359.953 | 372.273 | | 375.996 | 379.757 | 383.555 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 4.828.550 | 4.115.600 | | 4.080.600 | 4.070.600 | 4.070.600 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 11.828.000 | 12.855.000 | | 12.855.000 | 12.855.000 | 12.855.000 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 31.860.500 | 32.086.500 | | 32.102.500 | 32.102.500 | 32.102.500 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 48.877.003 | 49.429.373 | | 49.414.096 | 49.407.857 | 49.411.655 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 31.340.003 | 33.987.873 | | 33.799.596 | 33.714.357 | 33.718.155 |



**Beschreibung****Vormundschaftsgerichtshilfe; Führen von Betreuungen**

Kann ein Volljähriger wegen Krankheit oder Behinderung seine Angelegenheiten ganz oder teilweise nicht besorgen, kann das Vormundschaftsgericht für ihn einen Betreuer bestellen. Vor der Bestellung eines Betreuers oder der Anordnung eines Einwilligungsvorbehalts kann das Gericht die zuständige Behörde zur Ermittlung des Sachverhalts beauftragen. Zu berichten ist insbesondere zu den sozialen Umständen die eine Betreuung erforderlich machen, dem notwendigen Umfang der Betreuung sowie zur Verfügbarkeit und Eignung einer Betreuungsperson.

Das Gericht kann den Betroffenen im Zuge der Sachverhaltsermittlung und während der laufenden Betreuung durch die zuständige Behörde vorführen bzw. unterbringen lassen.

Kann ein Volljähriger durch eine oder mehrere natürliche Personen oder durch einen Betreuungsverein nicht hinreichend betreut werden, so bestellt das Gericht die zuständige Behörde zum Betreuer.

Förderung des Ehrenamts

Betreuungen werden grundsätzlich ehrenamtlich geführt. Zum Betreuer bestellt das Vormundschaftsgericht vorrangig natürliche Personen nach Wunsch der Betroffenen. Meist handelt es sich um Angehörige, weniger häufig um Freunde oder Bekannte.. Für Betreute ohne geeignete persönliche Bezüge schlägt die Behörde nach Gerichtsauftrag andere geeignete Personen vor, die vorrangig ehrenamtlich als Betreuer tätig werden sollen.

Betreuungsvereine und -behörde sind dazu aufgefordert, geeignete Maßnahmen zur Gewinnung, Beratung und Unterstützung ehrenamtlicher Betreuer zu ergreifen.

Qualitätssicherung und Steuerung; Information zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen

Die Zahl rechtlich vertretungsbedürftiger Volljähriger nimmt stetig zu. Dem gegenüber steht eine nicht ausreichende Bereitschaft der Bürger, rechtliche Vertretung ehrenamtlich zu übernehmen. Rechtliche Betreuung hat sich vor diesem Hintergrund als freier Beruf in der Dienstleister-Szene etabliert. Das Gericht beauftragt die zuständige Behörde in Betreuungsverfahren zur Benennung geeigneter Betreuer. Die Behörde ist gehalten, geeignete Personen benennen zu können. Kann sie das nicht, muss sie die Betreuungen ggfs. selbst führen. Der Gesetzgeber hat den Handlungsrahmen rechtlicher Betreuung seit 1992 aus Kostengründen kontinuierlich eingeschränkt. Oft führen professionelle Betreuer zu vielen Betreuungen und / oder diese in nachlassender Qualität, um ihr Einkommen zu sichern. Die Behörde ist daher zunehmend gefordert, qualitätssichernd (die „Eignung“ der Betreuer tatsächlich erhaltend) tätig zu sein.

Durch verstärkte Information der Bevölkerung zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen können aufwändige Betreuungsverfahren und Betreuungen vermieden werden. Von dem gesetzlichen Auftrag an die zuständigen Behörden, zu den Themenfeldern zu berichten, profitiert im Erfolgsfall die Justiz. Ein vermindertes Aufkommen an

~~Betreuungsverfahren wird aber auch die Betreuungsbehörde entlasten.~~



Auftragsgrundlage

Vormundschaftsgerichtshilfe; Führen von Betreuungen

§§ 1896, 1897, 1900 Abs. 4 BGB, §§ 7, 8 Betreuungsbehördengesetz (BtBG), §§ 68 Abs. 3, 68a, 69g, 69i, 70d Abs. 1, 70g Abs. 4 u. 5, 70i Abs. 1 Freiwillige-Gerichtbarkeitsgesetz (FGG)

Förderung des Ehrenamts

§ 1897 BGB i. V. mit §§ 4, 5 und 6 BtBG

Qualitätssicherung und Steuerung; Information zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen

§ 1897 BGB, §§ 4, 5, 6, 8 BtBG

Ziele

Vormundschaftsgerichtshilfe; Führen von Betreuungen

- Fristgerechte, die Persönlichkeitsrechte Betroffener wahrende Berichterstattung an die Gerichte nach vorangegangener Sachverhaltsermittlung
- Ausreichende Präsenz als zuständige Fachbehörde zur Unterstützung bei und nach Zwangsmaßnahmen
- Wahrung der Rechte Betroffener im Betreuungsverfahren und bei Zwangsmaßnahmen

Förderung des Ehrenamts

- Bereitstellen eines ausreichenden Angebots an ehrenamtlichen Betreuern
- Ausreichende Qualifizierung ehrenamtlicher Betreuer und Bevollmächtigter zur eigenen Krisenprophylaxe in der rechtlichen Vertretung sowie zur effizienten Wahrung der Rechte Betreuer und von Vollmachtgebern
- Ausreichende Vermittlung von Kenntnissen zur rechtlichen Vertretung Volljähriger
- Stärkung des speziellen Ehrenamtes „rechtlicher Betreuer“ in der Öffentlichkeit

Qualitätssicherung und Steuerung; Information zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen

- Schaffung eines kreisweit ausreichenden Angebots geeigneter übernahmebereiter Betreuer
- Vermeidung der Übernahme von Betreuungen durch die Behörde
- Vermeidung von Betreuungsmissbrauch
- Ausreichender Schutz der Betreuten
- Vermeidung von Betreuungsverfahren (und Betreuungen)



Zielgruppen

Vormundschaftsgerichtshilfe; Führen von Betreuungen

Amtsgerichte, Betroffene i. S. § 1896 BGB, Angehörige Betroffener, Betreuer

Förderung des Ehrenamts

Angehörige und nicht angehörige Betreuer, Vollmachtnehmer, Sozial engagierte Bürger

Qualitätssicherung und Steuerung;

Information zu Vorsorgevollmachten und Betreuungsverfügungen

Betroffene i. S. § 1896 BGB, Betreuer, Berufsbetreuer, Volljährige Bevölkerung

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.04 Betreuungsleistungen



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|----------------|----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -150 | -150 | -150 | -150 | -150 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -150 | -150 | -150 | -150 | -150 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 493.629 | 503.665 | 503.655 | 507.140 | 508.828 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 50.151 | 52.413 | 49.617 | 50.022 | 50.565 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 543.780 | 556.078 | 553.272 | 557.162 | 559.393 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 543.630 | 555.928 | 553.122 | 557.012 | 559.243 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 543.630 | 555.928 | 553.122 | 557.012 | 559.243 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 543.630 | 555.928 | 553.122 | 557.012 | 559.243 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 32.909 | 40.644 | 39.528 | 37.949 | 38.139 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 576.539 | 596.572 | 592.650 | 594.960 | 597.382 |

Planerläuterung Teilergebnisplan Betreuungsleistungen

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) der Betreuungsstelle veranschlagt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* handelt es sich um Kosten für die Wahrnehmung von Querschnittsaufgaben im Betreuungswesen (Kostenart 549900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung,



Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.05 Soziale Leistungen

1.05.04 Betreuungsleistungen



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|----------------|----------------|------------------------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -150 | -150 | | -150 | -150 | -150 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -150 | -150 | | -150 | -150 | -150 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 305.557 | 315.098 | | 318.249 | 321.432 | 324.647 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 15.000 | 15.000 | | 15.000 | 15.000 | 15.000 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 320.557 | 330.098 | | 333.249 | 336.432 | 339.647 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 320.407 | 329.948 | | 333.099 | 336.282 | 339.497 |

Haushaltsplan 2010

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe



verantwortlich:

| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -11.593.550 | -11.595.600 | -11.245.600 | -11.399.000 | -11.554.000 |
| 3 | + Sonstige Transfererträge | | -2.504.500 | -2.658.600 | -2.693.600 | -2.728.600 | -2.763.600 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -3.242.000 | -3.401.000 | -3.401.000 | -3.401.000 | -3.401.000 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -47.000 | -47.000 | -47.000 | -47.000 | -47.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -806.500 | -888.400 | -889.400 | -890.400 | -891.400 |
| 7 | + Sonstige ordentliche Erträge | | -3.000 | -3.000 | -3.000 | -3.000 | -3.000 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -18.196.550 | -18.593.600 | -18.279.600 | -18.469.000 | -18.660.000 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 4.727.298 | 5.205.176 | 5.223.942 | 5.265.835 | 5.296.128 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 2.692.710 | 2.608.683 | 2.648.712 | 2.688.741 | 2.728.770 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 25.626 | 17.589 | 18.592 | 19.610 | 20.640 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 49.257.300 | 48.344.300 | 48.115.300 | 48.944.300 | 49.766.300 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 444.411 | 446.637 | 421.494 | 425.150 | 430.042 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 57.147.345 | 56.622.385 | 56.428.041 | 57.343.636 | 58.241.880 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 38.950.795 | 38.028.785 | 38.148.441 | 38.874.636 | 39.581.880 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 38.950.795 | 38.028.785 | 38.148.441 | 38.874.636 | 39.581.880 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 38.950.795 | 38.028.785 | 38.148.441 | 38.874.636 | 39.581.880 |
| 27 | + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | -37.639 | -46.486 | -45.209 | -43.403 | -43.621 |

Haushaltsplan 2010

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

verantwortlich:



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|-------------------------|--|--------------------------|------------------------|------------------------|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 333.752 | 418.855 | 404.753 | 384.149 | 385.511 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 39.246.908 | 38.401.155 | 38.507.985 | 39.215.383 | 39.923.770 |

Haushaltsplan 2010

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe



verantwortlich:

nn

| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|--------------------|--------------------|--|--------------------|--------------------|--------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -11.593.550 | -11.595.600 | | -11.245.600 | -11.399.000 | -11.554.000 |
| 3 | + Sonstige Transfereinzahlungen | | -2.504.500 | -2.658.600 | | -2.693.600 | -2.728.600 | -2.763.600 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -3.242.000 | -3.401.000 | | -3.401.000 | -3.401.000 | -3.401.000 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -47.000 | -47.000 | | -47.000 | -47.000 | -47.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -806.500 | -938.400 | | -909.400 | -890.400 | -891.400 |
| 7 | + Sonstige Einzahlungen | | -3.000 | -3.000 | | -3.000 | -3.000 | -3.000 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -18.196.550 | -18.643.600 | | -18.299.600 | -18.469.000 | -18.660.000 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 3.176.471 | 3.561.941 | | 3.597.404 | 3.633.224 | 3.669.403 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 2.692.710 | 2.657.210 | | 2.667.210 | 2.687.210 | 2.727.210 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 49.257.300 | 48.344.300 | | 48.115.300 | 48.944.300 | 49.766.300 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 148.768 | 120.068 | | 120.068 | 120.068 | 120.068 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 55.275.249 | 54.683.519 | | 54.499.982 | 55.384.802 | 56.282.981 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 37.078.699 | 36.039.919 | | 36.200.382 | 36.915.802 | 37.622.981 |
| 18 | + Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | | | -3.650.000 | | -500.000 | -500.000 | -500.000 |
| 23 | = investive Einzahlungen | | | -3.650.000 | | -500.000 | -500.000 | -500.000 |
| 26 | - Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen | | 2.000 | 2.200 | | 2.200 | 2.200 | 2.200 |
| 28 | - Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen | | | 4.115.000 | | 550.000 | 550.000 | 550.000 |
| 30 | = investive Auszahlungen | | 2.000 | 4.117.200 | | 552.200 | 552.200 | 552.200 |
| 31 | = Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung) | | 2.000 | 467.200 | | 52.200 | 52.200 | 52.200 |



Beschreibung

In Tageseinrichtungen sowie Einrichtungen der OGS werden Kinder von Fachkräften ganztags bzw. einen Teil des Tages in einer Gruppe gefördert. Kindertagespflege wird von einer geeigneten Person jeweils für ein bzw. bis zu acht Kindern geleistet.

Aufgabe von Kindertageseinrichtungen, Tagespflege wie Einrichtung der OGATA ist die Förderung von Kindern in den Bereichen Erziehung, Bildung und Betreuung. Die Förderung des Kindes soll möglichst früh, altersgerecht und seiner individuellen Lebenssituation entsprechend erfolgen.

Für Kinder vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zum Schuleintritt besteht ein Anspruch auf den Besuch einer Tageseinrichtung. Für Kinder unter drei Jahren und Schulkinder ist ein bedarfsgerechtes Angebot vorzuhalten. Für Kinder unter drei Jahren sind mindestens Plätze vorzuhalten, sofern die Erziehungsberechtigten sich in Ausbildung befinden bzw. einer Erwerbstätigkeit nachgehen oder ohne die Leistung die Förderung des Kindes nicht gewährleistet ist. Der Betrieb einer Tageseinrichtung sowie die Erbringung von Kindertagespflegeleistungen sind erlaubnispflichtig.

Auftragsgrundlage

§§ 22-26, 43, 45-48 und 80 SGB VIII; Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG); Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) – ab 01.08.2008 Kinderbildungsgesetz (KiBiz); Beschlussfassungen des Jugendhilfeausschusses



| | |
|---------------------------|---|
| <p>Ziele</p> | <ul style="list-style-type: none">- Erstellung und Erhalt eines bedarfsgerechten, qualifizierten Förder- und Betreuungsangebotes für Kinder vom Säuglingsalter bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres (Spielgruppen, Kindertagesstätten, Tagespflegestellen und außerunterrichtliche Angebote in Offenen Ganztagschulen)- Verbesserung der Bildungschancen sowie die soziale und gesellschaftliche Integration von Kindern durch individuelle, altersgerechte, frühe Förderung- gemeinsame Förderung von Kindern mit und ohne Behinderung- Sicherstellung der pädagogischen Qualität in Tageseinrichtungen- Ausbau der Tagespflege als gleichwertiger Alternative zu Tageseinrichtungen und deren Aufwertung durch die Qualifizierung von Tagespflegepersonen- Ausbau familienfreundlicher Strukturen im Oberbergischen Kreis- Unterstützung von Eltern bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf- Stärkung von Eltern- Vereinfachung der Abrechnungsverfahren (Kindpauschalen)- Regelung der öffentlichen Förderung und Finanzierung der Einrichtungen- Verbesserung der Kooperation zwischen Tageseinrichtungen und Schule- Unterstützung des Aufbaus bzw. der Weiterentwicklung von Kindertageseinrichtungen zu Familienzentren- Umsetzung der durch KiBiz anstehenden Veränderungen im Dialog mit den freien Trägern |
| <p>Zielgruppen</p> | <p>Eltern, Kinder vom Säuglingsalter bis zum 14. Lebensjahr, Tagespflegestellen, Träger von Tageseinrichtungen für Kinder, in Tageseinrichtungen tätige Fachkräfte</p> |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.01 Kinder in Tageseinricht./Tagespflege



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|--------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -11.400.950 | -11.400.000 | -11.050.000 | -11.202.000 | -11.357.000 |
| 3 | + Sonstige Transfererträge | | -68.000 | -73.000 | -78.000 | -83.000 | -88.000 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -3.238.000 | -3.400.000 | -3.400.000 | -3.400.000 | -3.400.000 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -18.000 | -18.000 | -18.000 | -18.000 | -18.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | | -61.600 | -62.000 | -62.400 | -62.800 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -14.724.950 | -14.952.600 | -14.608.000 | -14.765.400 | -14.925.800 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 421.266 | 429.148 | 429.369 | 432.410 | 434.006 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 2.000.000 | 1.810.000 | 1.840.000 | 1.870.000 | 1.900.000 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 28.030.000 | 27.095.000 | 26.956.000 | 27.375.000 | 27.787.000 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 140.597 | 129.694 | 127.102 | 127.477 | 127.981 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 30.591.863 | 29.463.842 | 29.352.471 | 29.804.888 | 30.248.986 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 15.866.913 | 14.511.242 | 14.744.471 | 15.039.488 | 15.323.186 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 15.866.913 | 14.511.242 | 14.744.471 | 15.039.488 | 15.323.186 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 15.866.913 | 14.511.242 | 14.744.471 | 15.039.488 | 15.323.186 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 30.518 | 37.691 | 36.656 | 35.191 | 35.368 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 15.897.431 | 14.548.933 | 14.781.127 | 15.074.679 | 15.358.555 |

**Planerläuterung zum Teilergebnisplan Kinder in Tageseinrichtungen/Tagespflege**

Über die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* werden die folgenden Ertragsarten (Kostenart 414200) abgebildet:

- Landeszuschuss für Kinder in Tagespflege
- Landeszuschuss zu Sach- und Personalkosten der Tageseinrichtungen für Kinder (Hauptanteil an der Gesamtsumme)
- Landesmittel zur Sprachförderung in Tageseinrichtungen
- Landesmittel für Familienzentren

Bei der Kontengruppe *Sonstige Transfererträge* handelt es sich um Kostenbeiträge (Kostenart 421100) von alleinerziehenden Elternteilen für die Unterbringung in Tagespflege und Erstattungen aus Vorjahren (Kostenart 429800) von vorrangig verpflichteten Sozialleistungsträgern. Die Kontengruppe mit der Bezeichnung *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* dient der Vereinnahmung von Elternbeiträgen (Kostenart 432901) zu den Betriebskosten der Tageseinrichtungen. Auf den Konten der Gruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* werden die Teilnehmerbeiträge (Kostenart 441901) zu Qualifizierungsmaßnahmen verbucht. Über die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattungen* wird die Personalkostenerstattung des Tagesmütternetzwerkes (Kostenart 443908, AO Amt 10) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* erfolgt die Erstattung (Kostenart 525900) vertraglicher Leistungen für freie Kindergartenträger. Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* beinhaltet in erster Linie den Betriebskostenzuschuss (Kostenart 531900) an freie Träger von Tageseinrichtungen für Kinder. Darüber hinaus werden die folgenden Kostenarten hier veranschlagt:

- Weiterleitung von Landesmitteln zur Förderung von Familienzentren (TP 1.06.01.01.01, Kostenart 531900)
- Weiterleitung von Landesmitteln zur Sprachförderung (TP 1.06.01.01.01, Kostenart 531900)
- Förderung von Schülerbetreuungsmaßnahmen (PSP 1.06.01.01, Kostenart 531900)
- Förderung sonstiger Betreuungsmaßnahmen (PSP 1.06.01.01, Kostenart 531900)

sowie

- Kosten der Unterbringung in Tagespflege (PSP 1.06.01.01, Kostenart 533400)



- Erziehung in einer Tagesgruppe (PSP 1.06.01.01, Kostenart 533530)

Bei der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* handelt es sich einerseits um Kosten von Qualifizierungsmaßnahmen für Mitarbeiter (Kostenart 541200) in Tageseinrichtungen (Offene Ganztagschulen, Familienzentren), andererseits um den Betriebskostenzuschuss an das Tagesmütternetzwerk (PSP 1.06.01.01, Kostenart 542911). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.01 Kinder in Tageseinricht./Tagespflege



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|--------------------|--------------------|--|--------------------|--------------------|--------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -11.400.950 | -11.400.000 | | -11.050.000 | -11.202.000 | -11.357.000 |
| 3 | + Sonstige Transfereinzahlungen | | -68.000 | -73.000 | | -78.000 | -83.000 | -88.000 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -3.238.000 | -3.400.000 | | -3.400.000 | -3.400.000 | -3.400.000 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -18.000 | -18.000 | | -18.000 | -18.000 | -18.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | | -61.600 | | -62.000 | -62.400 | -62.800 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -14.724.950 | -14.952.600 | | -14.608.000 | -14.765.400 | -14.925.800 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 264.986 | 272.107 | | 274.828 | 277.576 | 280.352 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 2.000.000 | 1.810.000 | | 1.840.000 | 1.870.000 | 1.900.000 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 28.030.000 | 27.095.000 | | 26.956.000 | 27.375.000 | 27.787.000 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 108.000 | 95.000 | | 95.000 | 95.000 | 95.000 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 30.402.986 | 29.272.107 | | 29.165.828 | 29.617.576 | 30.062.352 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 15.678.036 | 14.319.507 | | 14.557.828 | 14.852.176 | 15.136.552 |
| 18 | + Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | | | -3.650.000 | | -500.000 | -500.000 | -500.000 |
| 23 | = investive Einzahlungen | | | -3.650.000 | | -500.000 | -500.000 | -500.000 |
| 28 | - Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen | | | 4.115.000 | | 550.000 | 550.000 | 550.000 |
| 30 | = investive Auszahlungen | | | 4.115.000 | | 550.000 | 550.000 | 550.000 |
| 31 | = Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung) | | | 465.000 | | 50.000 | 50.000 | 50.000 |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.01 Kinder in Tageseinricht./Tagespflege



| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungs-ermächti-gungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2) | Gesamt-einzahlung en / - auszahlung en |
|---|--|---------------|-------------|-------------------|--------------------------------|-----------------|-----------------|-----------------|--|--|
| 5510030 Investitionsförderung KiTa | | | | | | | | | | |
| 1 | - Einzahlungen aus Investitionszuwendungen | | | -3.650.000 | | -500.000 | -500.000 | -500.000 | | -5.150.000 |
| 6 | = Summe Einzahlungen | | | -3.650.000 | | -500.000 | -500.000 | -500.000 | | -5.150.000 |
| 11 | - Auszahlung für aktivierbare Zuwendungen | | | 4.115.000 | | 550.000 | 550.000 | 550.000 | | 5.765.000 |
| 13 | = Summe Auszahlungen | | | 4.115.000 | | 550.000 | 550.000 | 550.000 | | 5.765.000 |
| 14 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | | 465.000 | | 50.000 | 50.000 | 50.000 | | 615.000 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem o. g. Ansatz für das Haushaltjahr 2010 ff. handelt es sich um Ein- und Auszahlungen im Rahmen der **Förderung von Baumaßnahmen und Ausstattungen an Träger von Kindertageseinrichtungen**. Die Abwicklung und Weiterleitung der Investitionsfördermittel wird von Amt 51 koordiniert. Der Fördersatz beträgt 90% der jeweiligen zuwendungsfähigen Höchstbeträge. Hinweis: Die Form der Veranschlagung ist von den Zweckbindungs- und Nebenbestimmungen der Landesförderung abhängig und kann sich noch ändern. Ggf. ist eine Verschiebung der Eigenanteile als Aufwand in den Ergebnisplan erforderlich.

Geleistete Zuwendungen zur Investitionstätigkeit sind später in der Bilanz unter dem Posten „Aktive Rechnungsabgrenzung“ zu aktivieren und durch eine periodengerechte Abgrenzung im Zeitablauf entsprechend der Erfüllung der Gegenleistungsverpflichtung zu mindern, wenn dem Zuwendungsempfänger eine Verpflichtung in sachlicher und zeitlicher Hinsicht (mehrjährige Gegenleistungsverpflichtung des Dritten) auferlegt wird, vgl. § 43 Absatz 2 GemHVO^{NKF}.

Die Einzahlung/Auszahlung der Investitionszuschüsse wird über die *Finanzstelle Investitionsförderung KiTa* abgewickelt:

2010 / PSP-I 5.510030.605.010 SK 681200 Landeszuschuss
 2010 / PSP-I 5.510030.700.310 SK 781900 Auszahlung / Weiterleitung LZ (einschließlich Eigenanteil)





Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.06.02.01 Förderung von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit
- 1.06.02.01.01 Landeszuschuss Förderung offene Kinder- und Jugendarbeit

- 1.06.02.02 Jugendsozialarbeit
- 1.06.02.03 Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie
- 1.06.02.04 Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen



1.06.02.01

Förderung von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit

Beschreibung

Kinder- und Jugendarbeit soll an den Interessen und Bedürfnissen junger Menschen anknüpfen. Sie ist geprägt von Selbstorganisations- und Selbstbildungsprozessen und damit kein fremdbestimmtes Feld. Kinder- und Jugendarbeit konzentriert sich auf den Aufbau und die Durchführung außerschulischer und freizeitorientierter Bildungsangebote. Hierunter fallen insbesondere, politische, (inter)kulturelle und soziale Angebote, sportlich und freizeitorientierte Jugendarbeit, medienbezogene Jugendarbeit, geschlechterdifferenzierte Mädchen- und Jungenarbeit, internationale Jugendarbeit sowie die Jugendverbandsarbeit und die Offene Jugendarbeit.

Im Fokus stehen junge Menschen, die, ausdrücklich gewollt, selbst aktiv werden sollen. Ihnen obliegt die selbständige Initiierung, Planung und Durchführung von Projekten. Inhalte und Umsetzung der Kinder- und Jugendarbeit sollen mitgestaltet und auch selbst organisiert werden.

Die Träger der Angebote sorgen dafür, dass diese Ziele umgesetzt werden.

Aufgrund der sich stetig verändernden Bedürfnislage junger Menschen erfordert die Arbeit ein hohes Maß an Flexibilität.

Die Teilnahme an Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit unterliegt dem Prinzip der Freiwilligkeit.

Kinder- und Jugendarbeit wird von einer breiten Palette freier Träger, Verbände und Vereine geleistet, die zum Teil stark unterschiedliche Positionen und Wertehaltungen haben.

Auftragsgrundlage

§§ 11, 12 und 80 SGB VIII; 3. Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – Kinder- und Jugendfördergesetz (3. AG-KJHG – KJFöG)



Ziele

- Umsetzung der im Kinder- und Jugendförderplan benannten Ziele
- Umsetzung des gesetzlich benannten Bildungsauftrages, insbesondere die Vermittlung von sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Grundkompetenzen
- sinnvolle Freizeitgestaltung
- Aufbau bzw. Erhaltung eines bedarfsgerechten Angebotes in der verbandlichen und offenen Kinder- und Jugendarbeit
- Umsetzung geschlechterdifferenzierter Mädchen- und Jungenarbeit (Gender Mainstreaming)
- Förderung und Integration junger Menschen aus benachteiligten Lebenssituationen
- Befähigung junger Menschen zur Selbstbestimmung, zur Übernahme von gesellschaftlicher Mitverantwortung bzw. zu sozialem Engagement durch aktive Partizipation
- Unterstützung von Verbänden und Vereinen zur Vermittlung von Werten und demokratischem Denken
- Erhaltung des breiten und vielfältigen Trägerspektrums
- Unterstützung des Ehrenamtes
- AG gem. § 78 SGB VIII
- kontinuierliche Durchführung von Wirksamkeitsdialogen
- im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Kreises wird die Förderung von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit gewährleistet

Zielgruppen

- Ehren-, neben- und hauptamtlich in der Kinder- und Jugendarbeit tätige Personen
- Kinder ab dem 6ten Lebensjahr, Jugendliche und junge Menschen bis zum 27ten Lebensjahr
- Träger der Jugendhilfe
- Jugendverbände und Jugendgruppen



1.06.02.02

Jugendsozialarbeit

Beschreibung

Jugendsozialarbeit zielt darauf ab, junge Menschen auf dem Weg bei der Entwicklung ihrer Persönlichkeit zu unterstützen. Ausdrücklich benannt ist die Aufgabe, junge Menschen auf ihrem Weg in Schule und Beruf zu begleiten. Schulbezogene Angebote sollen im engen Zusammenwirken von Schule und Jugendsozialarbeit auf- und ausgebaut werden.

Der Schwerpunkt der jugendsozialarbeiterischen Unterstützung liegt in der Prävention. Ein schulisches und berufliches Scheitern soll möglichst gar nicht erst erfolgen.

Jugendsozialarbeit hat auch die Aufgabe, an der sozialen und beruflichen Integration von Schulabgängern bzw. jungen Erwachsenen mitzuwirken. Hier gilt es vor allem, langfristige Abhängigkeiten von Sozialhilfeleistungen zu verhindern. Insbesondere junge Menschen, die den gesellschaftlichen Ansprüchen nicht nachkommen können, sollen unterstützt und integriert werden. Hier sind niederschwellige Angebote vorzuhalten, die jugendhilfeorientiert ausgerichtet sind.

Kooperationspartner für Träger im Handlungsfeld Jugendsozialarbeit sind Schulen, freie Träger der Jugendberufshilfe und die ARGE.

Auftragsgrundlage

§§ 13 und 80 SGB VIII; 3.AG-KJHG – KJFöG; Beschlussfassungen des Jugendhilfeausschusses



Ziele

- Aufbau bzw. Erhaltung bedarfsgerechter und vielfältiger jugendsozialarbeiterischer Angebote
- Erweiterung des Angebotes als Alternative zu einzelfallbezogener Unterstützung
- zielgruppenorientierte gesellschaftliche Integration junger Menschen, z.B. junger Menschen mit Migrationshintergrund, abgebrochener Schul- bzw. Ausbildungslaufbahn, Sozialisationsdefiziten
- Gleichstellung von Jungen und Mädchen (Gender Mainstreaming)
- Abbau sozialer Benachteiligungen junger Menschen
- Verselbständigung junger Menschen
- Umsetzung konkreter Projekte mit zielgruppenbezogenen Inhalten
- Partizipation von jungen Menschen
- AG gem. § 78 SGB VIII
- kontinuierliche Kooperation zwischen Jugendhilfe und Schule
Weiterentwicklung bereits angelaufener Modelle
- Abstimmung mit Trägern von Leistungen nach § SGB II
- Erarbeitung von Konzepten zur Unterstützung und Integration schulisch wie beruflich förderungsbedürftiger Kinder und Jugendlicher

Zielgruppen

junge Menschen bis zur Vollendung des 27ten Lebensjahres, die aufgrund ihrer sozialen Benachteiligung oder individuellen Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Hilfe angewiesen sind

**1.06.02.03****Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie****Beschreibung**

Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie ist vor allem auf den Erhalt bzw. die Verbesserung erzieherischer Handlungskompetenzen gerichtet. Erziehungsberechtigte sollen darin unterstützt werden, ihre Verantwortung in einer stetig komplexer werdenden Erziehungssituation besser wahrnehmen zu können. Ein Schwerpunkt liegt in der Vermittlung von gewaltfreien Konfliktlösungsstrategien. Das Recht junger Menschen auf Förderung ihrer Entwicklung und gewaltfreie Erziehung wird hierdurch unterstützt.

Angebote allgemeiner Förderung zielen darauf ab, Erziehungsberechtigte in schwierigen Lebenssituationen zu entlasten. Angebote werden in vielfältiger Form vorgehalten und sollen sich an den Interessen und Bedürfnissen der Adressaten orientieren.

Allgemeine Förderung als Grundstein für den Erhalt bzw. Aufbau erzieherisch handlungskompetenter Familien ist auch als Präventionsmaßnahme zu betrachten.

Auftragsgrundlage

§§ 1 und 16 bis 21 und 80 SGB VIII; Art. 6 Abs. 1 Satz 1 GG; § 1631 Abs. 2 BGB; Landesrechtliche Regelungen; Beschlussfassungen des Jugendhilfeausschusses

Ziele

- Auf- und Ausbau familienfreundlicher Bedingungen im Oberbergischen Kreis
- Aufbau und Begleitung sozialraumorientierter Angebote
- Förderung elterlicher Handlungskompetenzen
- Auf- und Ausbau der Ressourcen von Erziehungsberechtigten
- Sicherung des Kindeswohls
- Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhaltes
- Beteiligung von jungen Menschen und Familien beim Auf- bzw. Ausbau familienfördernder Lebensbedingungen
- Steigerung der Inanspruchnahme bestehender Angebote
- Entlastung von Erziehungsberechtigten, die in belastenden sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen leben
- Auf-, Ausbau und Erhalt adäquater Angebote zur allgemeinen Förderung der Erziehung im Oberbergischen Kreis
- AG gem. § 78 SGB VIII

Zielgruppen

erziehungsberechtigte und andere mit der Erziehung betraute Personen, junge Menschen



1.06.02.04

Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz

Beschreibung

Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz ist als ein fachübergreifendes Handlungsfeld zu verstehen. Es handelt sich hierbei um eine Querschnittsaufgabe, die, neben jungen Menschen und Erziehungsberechtigten, auch auf Institutionen der Erziehung und Bildung gerichtet ist.

Erziehungsberechtigte, junge Menschen und Fachkräfte sollen befähigt werden, Gefährdungssituationen zu erkennen, zu vermeiden, bzw. zu bewältigen. Unter Beteiligung der Betroffenen und der mit dem Handlungsfeld in Berührung kommenden Fachkräfte soll auf die Erstellung des Kindeswohl nicht gefährdender Lebensbedingungen hingearbeitet werden.

Die Kernaufgabe erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes liegt im Bereich der Prävention und somit der Information und Aufklärung. Das Jugendamt hat diese Aufgabe wahrzunehmen bzw. dafür Sorge zu tragen, dass geeignete Maßnahmen vorgehalten werden.

Auftragsgrundlage

§§ 14 und 80 SGB VIII und 3. AG-KJHG – KJFöG i.V. mit Jugendschutzgesetz (JuSchG), Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften (GjS), Jugendarbeitsschutzgesetz (JArbSchG); Beschlussfassungen des Jugendhilfeausschusses

Ziele

- Schutz von Kindern und Jugendlichen vor gefährdenden Einflüssen
- Umsetzung der im Kinder- und Jugendförderplan festgehaltenen Ziele
- Vernetzung bzw. Intensivierung der Kooperation mit freien Trägern
- Initiierung gemeinsamer Aktionen von öffentlichem und freien Trägern
- Bildung einer AG gem. § 78 SGB VIII und damit Aufbau eines funktionierenden Netzwerkes und Abstimmung mit allen im Bereich des (erzieherischen) Kinder- und Jugendschutz tätigen Akteure
- Umsetzung konkreter Projekte unter aktiver Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

Zielgruppen

junge Menschen, Erziehungsberechtigte, Träger der freien Jugendarbeit, Institutionen der Erziehung und Bildung

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.02 Jugendarbeit und Familienförderung



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -106.000 | -109.000 | -109.000 | -109.000 | -109.000 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -29.000 | -29.000 | -29.000 | -29.000 | -29.000 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -135.000 | -138.000 | -138.000 | -138.000 | -138.000 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 575.528 | 638.122 | 640.351 | 645.479 | 649.152 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 40.000 | 30.000 | 30.000 | 30.000 | 30.000 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 746.200 | 758.200 | 758.200 | 758.200 | 758.200 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 40.884 | 43.514 | 40.262 | 40.733 | 41.364 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 1.402.611 | 1.469.836 | 1.468.813 | 1.474.412 | 1.478.716 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 1.267.611 | 1.331.836 | 1.330.813 | 1.336.412 | 1.340.716 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 1.267.611 | 1.331.836 | 1.330.813 | 1.336.412 | 1.340.716 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 1.267.611 | 1.331.836 | 1.330.813 | 1.336.412 | 1.340.716 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 38.275 | 47.272 | 45.974 | 44.137 | 44.358 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 1.305.886 | 1.379.107 | 1.376.787 | 1.380.549 | 1.385.075 |

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Jugendarbeit und Familienförderung

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* bildet den Landeszuschuss (Kostenart 414200) zur Förderung der offenen Kinder- und Jugendarbeit ab. Bei der Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* handelt es sich um Beiträge (Kostenart 441901) der Teilnehmer zu Veranstaltungen des Jugendamtes.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.02 Jugendarbeit und Familienförderung



In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Hinter der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- /Dienstleistungen* verbergen sich die Kosten der Projektbegleitung „Neuausrichtung Jugendamt“ (Kostenart 524904). Die Ansätze der Kontengruppe *Transferaufwendungen* setzen sich im Wesentlichen aus den nachfolgend aufgeführten Kosten (Kostenart 531900) zusammen:

- Förderung der offenen Kinder und Jugendarbeit
- Zuschüsse zu Freizeitmaßnahmen
- Weiterleitung der Landesmittel offene Kinder und Jugendarbeit an freie Träger
- Zuschuss zu den Personal- und Sachkosten der Erziehungsberatungsstellen
- Betriebskostenzuschuss Jugendzeltplatz
- Personalkostenzuschüsse für die verbandliche Jugendarbeit
- Zuschüsse zu Materialien für die Jugendarbeit
- Grundförderung für Mitgliedsverbände des Kreisjugendrings
- Zuschuss zum Kreisjugendring
- Zuschuss zur Eingliederung Jugendlicher in das Berufsleben
- Bildungsveranstaltungen
- Betriebskostenzuschuss zu Familienbildungsstätten
- Gruppenveranstaltungen mit deutschen und ausländischen jungen Menschen
- Gruppenveranstaltungen mit behinderten Kindern

Darüber hinaus werden hier anfallende Projektkosten sowie Kosten für Veranstaltungen durch das Kreisjugendamt und im Rahmen des Jugendschutzes veranschlagt. Hinzu kommen Aufwendungen für jugendpflegerische Betreuung im Rahmen der Jugendsozialarbeit (PSP 1.06.02.02, Kostenart 533490) sowie für Maßnahmen der Elternbildung (PSP 1.06.02.03, Kostenart 533490). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.02 Jugendarbeit und Familienförderung



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|------------------|------------------|--|------------------|------------------|------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -106.000 | -109.000 | | -109.000 | -109.000 | -109.000 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -29.000 | -29.000 | | -29.000 | -29.000 | -29.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | | -50.000 | | -20.000 | | |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -135.000 | -188.000 | | -158.000 | -138.000 | -138.000 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 384.977 | 434.603 | | 438.948 | 443.338 | 447.772 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 40.000 | 80.000 | | 50.000 | 30.000 | 30.000 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 746.200 | 758.200 | | 758.200 | 758.200 | 758.200 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 1.171.177 | 1.272.803 | | 1.247.148 | 1.231.538 | 1.235.972 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 1.036.177 | 1.084.803 | | 1.089.148 | 1.093.538 | 1.097.972 |



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.06.03.01 Hilfen zur Erziehung und sonst. Hilfen
 - 1.06.03.01.01 Institutionelle Erziehungsberatung
 - 1.06.03.01.02 Soziale Gruppenarbeit
 - 1.06.03.01.03 Erziehungsbeistandschaft
 - 1.06.03.01.04 Sozialpädagogische Familienhilfe
 - 1.06.03.01.05 Erziehung in einer Tagesgruppe
 - 1.06.03.01.06 Vollzeitpflege
 - 1.06.03.01.07 Unterbringung in Heimen / sonstigen betreuten Wohnformen
 - 1.06.03.01.08 Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung
 - 1.06.03.01.09 Gemeinsame Wohnformen für (werdende) Mütter oder Väter und Kinder
 - 1.06.03.01.10 Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche
 - 1.06.03.01.11 Flexible erzieherische Hilfe
- 1.06.03.02 Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen
- 1.06.03.03 Beratungsangebote
- 1.06.03.04 Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren
- 1.06.03.05 Unterhaltsvorschussleistungen, Amtspflegschaft und -vormundschaft

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen



1.06.03.01

Hilfen zur Erziehung und sonstige Hilfen

Beschreibung

Hilfe in gemeinsamen Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder, Hilfen zur Erziehung, Eingliederungshilfen für seelisch behinderte junge Menschen und Hilfen für junge Volljährige sind individuell ausgerichtete Leistungsangebote für junge Menschen und Personensorgeberechtigte zur Überwindung individueller Problemlagen. Es besteht ein Rechtsanspruch auf die Gewährung notwendiger und geeigneter Leistungen, sofern

- eine dem Wohl des jungen Menschen entsprechende Erziehung nicht gewährleistet ist bzw.
- ohne besondere Förderung eine altersgerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben verhindert wird bzw.
- Einschränkungen in der Persönlichkeitsentwicklung und der Fähigkeit ein selbständiges Leben zu führen, die individuelle Situation eines jungen Volljährigen kennzeichnen bzw.
- Alleinerziehende während der Schwangerschaft bzw. mit einem unter 6jährigen Kind, aufgrund ihrer eigenen Persönlichkeitsentwicklung den durch die Elternverantwortung entstehenden Anforderungen nicht gerecht werden.

Die Inanspruchnahme der Hilfe erfolgt auf freiwilliger Basis und impliziert die durchgängige und partnerschaftliche Zusammenarbeit aller am Hilfeprozess Beteiligten (Hilfeplanung). Hilfen werden in familienunterstützender, familienergänzender bzw. familienersetzender Form durch ausgebildete Fachkräfte angeboten.

Konkrete Beschreibungen der einzelnen Hilfeformen sind den Teilprodukten zu entnehmen.

Auftragsgrundlage

SGB VIII, hier insbesondere §§ 19, 27, 28 bis 35, 35a und 41 i.V.m. § 36 sowie § 80



| | |
|---------------------------|--|
| <p>Ziele</p> | <ul style="list-style-type: none">- Im Interesse einer fachlichen, wirtschaftlichen und bedarfsorientierten Leistungserbringung werden Hilfen rechtmäßig und rechtzeitig angeboten, geplant und durchgeführt.- Die Hilfen zielen auf die Überwindung der zur Gewährung der Leistung führenden Problemlagen ab. Die Zielgruppe erhält die individuell erforderliche Unterstützung und Entlastung. Kinder und Jugendliche erhalten den notwendigen Schutz bzw. die ihrem Wohl entsprechende Erziehung.- Alle Hilfen sind gekennzeichnet durch ihren ganzheitlichen, system-, lebenswelt- und alltagsorientierten Ansatz. Die Adressaten werden dabei unterstützt, ihr Leben eigen- und selbständig zu gestalten. Alle Hilfen orientieren sich an dem Grundsatz, die Selbsthilfekräfte, Ressourcen und Kompetenzen der Zielgruppe zu stabilisieren, stärken und aufzubauen und eine Veränderung der festgestellt unterstützungsbedürftigen Lebenssituation zu erreichen.- Sofern eine familienersetzende Hilfe einzuleiten ist, soll die Unterbringung in einer Vollzeitpflegestelle Vorrang vor der Unterbringung in einer Heimeinrichtung haben.- Die Anzahl der Vollzeitpflegestellen soll ausgebaut werden.- Pflegeeltern sollen durchgehend qualifiziert und fachlich begleitet werden.- Hilfen sollen so frühzeitig wie möglich geleistet werden. Auf die engmaschige Vernetzung der verschiedenen, mit Kindern und Jugendlichen tätigen Institutionen, Personen und Einrichtungen ist hinzuwirken. Der Aufbau und Ausbau funktionierender Präventionsstrukturen (Soziale Frühwarnsysteme) wird vorangetrieben. |
| <p>Zielgruppen</p> | <ul style="list-style-type: none">- Kinder und Jugendliche, für die im konkreten Einzelfall eine ihrem Wohl entsprechende Erziehung und Entwicklung ohne sozialpädagogische Hilfe nicht gewährleistet werden kann.- Schwangere, Eltern, Erziehungsberechtigte bzw. verantwortlich an der Erziehung beteiligte Personen, die eine dem Wohl des jungen Menschen entsprechende Erziehung ohne sozialpädagogische Hilfe nicht gewährleisten können.- Seelische behinderte oder von einer seelischen Behinderung bedrohte Kinder und Jugendliche, die ohne diese Hilfe nicht ihrem Alter entsprechend am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.- Junge Volljährige zwischen 18 bis unter 21 Jahren, in besonderen Ausnahmefällen auch älter, die, bezogen auf ihre Autonomiefähigkeit bzw. Persönlich- und Selbständigkeit einen zeitlich begrenzten Unterstützungsbedarf haben. |



1.06.03.01.01

Institutionelle Erziehungsberatung

Beschreibung

- Erziehungsberatung ist als eigenständige ambulante Hilfeform in § 28 SGB VIII benannt. Jungen Menschen, Eltern und anderen Personensorgeberechtigten soll Unterstützung bei der Klärung und Bewältigung individueller und familienbezogener Probleme und der zugrundeliegenden Faktoren ebenso angeboten werden wie bei der Lösung von Erziehungsfragen sowie in belastenden Lebenssituationen oder besonderen Lebenskrisen (z. B. Trennung, Scheidung).
- Erziehungsberatung setzt das Zusammenwirken von Fachkräften verschiedener Disziplinen in einem Team voraus. Zu den wichtigsten Fachrichtungen zählen: Psychologie, Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie, Medizin, Pädagogik und Heilpädagogik. Die Fachkräfte müssen mit unterschiedlichen methodischen Ansätzen vertraut sein.
- Integrative psychologische Diagnostik, Beratung oder Therapie, symptom- und/oder problemzentriert bzw. lösungsorientiert mit individuell und aktuell bedarfsangepassten, variabel kombinierten, zeitlich flexibel eingesetzten diagnostischen, beraterischen, therapeutischen, unterstützenden Verfahren und Methoden in fachübergreifender Zusammenarbeit im Team und wechselseitiger Supervision. Einbeziehung des sozialen Umfelds und Kooperation mit psychosozialen, medizinischen und anderen Fachkräften. Übernahme der im Rahmen der Hilfeplanung zugeteilten Aufgaben.
- Die Inanspruchnahme von Erziehungsberatung ist freiwillig, kostenfrei und vertraulich. Erziehungsberatung ist für Ratsuchende unmittelbar zugänglich und kann von diesen auch direkt und ohne Antragstellung in Anspruch genommen werden. Diese gewollte Niederschwelligkeit unterscheidet die Erziehungsberatung von den anderen Hilfeformen.
- Erziehungsberatung kann allerdings auch im Rahmen eines Hilfeplanverfahrens vom Jugendamt als geeignete Hilfe vermittelt werden.
- Erziehungsberatung orientiert sich an der konkreten Lebenssituation der Rat Suchenden sowie deren Ressourcen und setzt damit ein gewisses Selbsthilfepotential der Familie voraus.

Auftragsgrundlage



| | |
|--------------------|---|
| Ziele | Ziele der Erziehungsberatung sind <ul style="list-style-type: none">- Stärkung bzw. Förderung der elterlichen Erziehungskompetenz und der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit unter Stärkung der Selbsthilferessourcen.- Aufhebung bzw. Reduzierung von Lernschwierigkeiten, Verhaltensauffälligkeiten und Entwicklungsdefiziten oder -störungen sowie damit zusammenhängender psychosomatischer Beschwerden eines jungen Menschen- Hilfen bei der Bewältigung von Übergangssituationen und -krisen in Familien- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten- Sicherung des Kindeswohls |
| Zielgruppen | Erziehungsberatung ist ein Angebot <ul style="list-style-type: none">- für Eltern oder Elternteile, alleinerziehende Mütter oder Väter sowie sonstige Erziehungsberechtigte bzw. verantwortlich an der Erziehung beteiligte Personen und/oder Bezugspersonen mit Umgangsrecht, denen die elterliche Sorge nicht zusteht.- Kinder, Jugendliche und junge Volljährige sowie deren Familien (einschließlich Pflegefamilien)- MultiplikatorInnen in anderen psychosozialen Einrichtungen und Diensten |

**1.06.03.01.02****Soziale Gruppenarbeit****Beschreibung**

Soziale Gruppenarbeit ist als eigenständige ambulante Hilfeform in § 29 SGB VIII benannt und soll älteren Kindern und Jugendlichen bei der Überwindung von Entwicklungs- und Verhaltensproblemen helfen. Soziale Gruppenarbeit steht für eine zeitlich befristete oder auch fortlaufende Betreuung von Minderjährigen, die auf der Grundlage eines gruppenpädagogischen Konzepts die Entwicklung älterer Kinder und Jugendlicher durch soziales Lernen in der Gruppe fördert. Soziale Gruppenarbeit kann auch im Rahmen erlebnispädagogischer Projekte erfolgen, die i. d. R. für eine kurze Dauer (mehrtägig bis ein halbes Jahr), laufen. Die Gruppenarbeit kann durch Fahrten und Wochenendseminare ergänzt werden. Angebote begleitender Elternarbeit flankieren die Arbeit mit dem jungen Menschen.

Soziale Gruppenarbeit wird von Fachkräften durchgeführt, die über eine sozialpädagogische Qualifikation verfügen. Die Arbeit wird dokumentiert und ausgewertet.

Auftragsgrundlage**Ziele**

- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
- Stärkung der Selbsthilferessourcen
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen
- Aufhebung bzw. Reduzierung von Verhaltensproblemen und Entwicklungsschwierigkeiten
- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten
- Sicherung des Kindeswohls

Zielgruppen

Soziale Gruppenarbeit ist ein Angebot für ältere Kinder (ca. 12-14 Jahre) und Jugendliche, die bereit sind, sich auf das Angebot einzulassen. Die jungen Menschen fallen im Wesentlichen durch ihr Verhalten in Gruppen auf. Die bestehenden Probleme basieren im Wesentlichen auf Mängeln in der individuellen und sozialen Handlungsfähigkeit. Das familiäre Beziehungsnetz ist ausreichend tragfähig um einen Verbleib des jungen Menschen in der Familie zu ermöglichen. Da Kinder und Jugendliche vielfach als Symptomträger fungieren, ist die Mitwirkung von Eltern gewünscht.

**1.06.03.01.03****Erziehungsbeistandschaft****Beschreibung**

Die Erziehungsbeistandschaft ist als eigenständige ambulante Hilfeform in § 30 SGB VIII benannt und soll Kindern und Jugendlichen bei der Bewältigung von Entwicklungsproblemen möglichst unter Einbeziehung des sozialen Umfelds helfen sowie unter Erhaltung des Lebensbezugs der Familie ihre Verselbständigung fördern. Die Hilfe wird durch pädagogische Fachkräfte mit einem abgeschlossenen Studium geleistet. Die Arbeit verläuft zumeist im Kontakt mit den beteiligten Familienmitgliedern, den jungen Menschen bzw. im Kontakt mit den jungen Menschen und seinen Bezugspersonen (z.B. Schule, Arbeitsumfeld). Gruppenarbeitsformen sind ebenfalls denkbar.

Auftragsgrundlage**Ziele**

- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
- Stärkung der Selbsthilferessourcen
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen und Bezüge des jungen Menschen
- Klärung der bzw. Entwicklung und Stabilisierung einer positiven Beziehung zwischen Eltern/-teilen und jungem Menschen
- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen
- Klärung von schulischen Probleme des jungen Menschen
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten
- Sicherung des Kindeswohls
- Verselbständigung älterer Minderjähriger

Zielgruppen

Die Erziehungsbeistandschaft ist ein Angebot, dass vorrangig auf die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen zwischen 9 und 16 Jahren ausgerichtet ist. Das familiäre Leben dieser jungen Menschen ist durch tiefgreifende Probleme auf der Eltern-Kind-Ebene geprägt, Defizite im Sozialisationsverlauf und/oder soziale Auffälligkeiten, Anpassungsschwierigkeiten bzw. Anzeichen für Verwahrlosung sind erkennbar. Der familiäre Rahmen erscheint ausreichend tragfähig bzw. der junge Mensch ist zu einer eigenständigen Lebensführung fähig. Das soziale Umfeld lässt sich in die Hilfe einbeziehen.

**1.06.03.01.04****Sozialpädagogische Familienhilfe****Beschreibung**

Die Sozialpädagogische Familienhilfe ist als eigenständige ambulante Hilfeform in § 31 SGB VIII benannt und soll durch intensive Betreuung und Begleitung von Familien Eltern in ihren Erziehungsaufgaben, bei der Bewältigung von Alltagsproblemen, der Lösung von Konflikten und Krisen sowie im Kontakt mit Ämtern und Institutionen unterstützen und Hilfe zur Selbsthilfe leisten. Sozialpädagogische Familienhilfe ist auf die Bearbeitung spezifischer Problemlagen ausgerichtet und bindet die Ressourcen der Familie/ einzelner Familienmitglieder bewusst ein. Die Betreuung und Begleitung der Hilfesuchenden findet überwiegend im privaten Lebensbereich der Familie statt, d. h. zumeist im Kontakt mit den beteiligten Familienmitgliedern, den jungen Menschen bzw. im Kontakt mit den jungen Menschen und seinen Bezugspersonen (Schule, Arbeitsumfeld, etc.). Gruppenarbeitsformen sind ebenfalls denkbar.

Sozialpädagogische Familienhilfe erfolgt über beratende Gespräche, modellhaftes Handeln und praktische Hilfe. Aufgabenschwerpunkte ergeben sich etwa für die Bereiche Erziehungs-, Partner und/oder Einzelberatung, Anleitung bei der Haushaltsarbeit, Unterstützung bei der materiellen Lebenssicherung, (Freizeit)Aktivitäten mit Eltern und Kindern.

Sozialpädagogische Familienhilfe wird durch Fachkräfte mit einer Berufsqualifikation in sozialen/sozialpädagogischen/sozialarbeiterischen Ausbildungsgängen, die sie für das Handeln in einem/mehreren Arbeitsbereichen der Jugendhilfe befähigt, durchgeführt.

Auftragsgrundlage

**Ziele**

- Sicherung des Kindeswohls
- Erhalt der Familie
- Aufbau der (neuerlichen) Fähigkeit der Familie zur Problemlösung und Alltagsbewältigung
- (Wieder)Herstellung der elterlichen Handlungs- und Erziehungskompetenzen
- Stärkung des Selbsthilfepotentials der Familie
- Lösen von Konflikten und Krisen
- Unterstützung bei der (Neu)Orientierung von Familien in Umbruchsituationen
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen und Bezüge der Familie bzw. einzelner Familienmitglieder
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten

Diese Ziele werden i.d.R. durch die Umsetzung von Teilzielen erreicht, wie etwa

- Strukturierung des Alltags
- Aufbau und Stärkung des Selbstvertrauens der Beteiligten
- Aufbau und Stärkung von Problemlösungskompetenzen
- Erlernen notwendiger Grenzsetzung (auf der Erwachsenen-, Geschwister- und/oder Eltern-Kind-Ebene)
- Veränderung des Kommunikations- und Interaktionsverhalten zwischen den Familienmitgliedern sowie im Rahmen der Außenbeziehungen
- Klärung finanzieller Notlagen
- Förderung des Gesundheitsbewusstseins

Zielgruppen

Die Sozialpädagogische Familienhilfe ist vorrangig ein Angebot für Familien, d.h. Lebensgemeinschaften mit einem Kind oder mehreren Kindern, deren Lebenssituation durch vielfältige familiäre Probleme, weniger durch Verhaltensauffälligkeiten junger Menschen selbst, geprägt ist. Aufgrund der belasteten Situation können Eltern das Wohl ihrer Kinder (Versorgung, Erziehung, Bildung) ohne Unterstützung nicht gewährleisten. Die Hilfeform eignet sich besonders für Familien in akuten Einzelkrisen, beim Tod eines Partners, bei Trennung, besonderen Schwierigkeiten mit Kindern und/oder bei Problemen alleinerziehender Elternteile. Die familiäre Situation ist häufig durch beengte Wohnverhältnisse, ein problematisches Umfeld, Langzeitarbeitslosigkeit, Verschuldung, etc. zusätzlich belastet. Oftmals empfinden sich Familien ausgegrenzt, leben isoliert. Junge Menschen zeigen oft verschiedene Auffälligkeiten, beispielsweise Schulverweigerung und Lernproblemen, Entweichungen, aggressives Verhalten, Isolationstendenzen, Delinquenz, Entwicklungsverzögerungen, etc.

**1.06.03.01.05****Erziehung in einer Tagesgruppe****Beschreibung**

Die Erziehung in einer Tagesgruppe ist als eigenständige teilstationäre Hilfeform in § 32 SGB VIII benannt. Die Entwicklung junger Menschen soll mit der Aufnahme in einer Tagesgruppe durch soziales Lernen in der Gruppe, Begleitung der schulischen Förderung und Elternarbeit unterstützt und der Verbleib des jungen Menschen in seiner Familie gesichert werden.

Erziehung in Tagesgruppen wird i.d.R. in alters- und geschlechtsgemischten Gruppen umgesetzt, in einem geschützten Rahmen können auch geschlechtsspezifische Angebote vorgehalten werden. Der Besuch einer Tagesgruppe erfolgt i.d.R. täglich und im Anschluss an den Schulbesuch. Die Tagesgruppenerziehung kann mit einem besonderen Schwerpunkt erfolgen (z.B. heilpädagogische Ausrichtung). Spezielle Freizeitunternehmungen werden ebenso angeboten wie Ferienfahrten. Die Arbeit mit dem jungen Menschen erfolgt in der Gruppe (sozialpädagogische Gruppenarbeit) und im Rahmen von Einzelförderung. Die Gruppengröße umfasst i.d.R. maximal 8 bis 10 Plätze. Der Betreuungsschlüssel liegt i.d.R. zwischen 1:3 und 1:5. Es erfolgt eine intensive Elternarbeit, die zumeist im Rahmen von Hausbesuchen, Elternnachmittagen bzw. Gesprächen mit einzelnen Elternpaaren wahrgenommen wird. Es besteht i.d.R. ein intensiver Austausch mit der vom jungen Menschen besuchten Schule.

Erziehung in einer Tagesgruppe wird durch Fachkräfte mit einer formal abgeschlossenen Berufsqualifikation in sozialen/sozialpädagogischen/sozialarbeiterischen Ausbildungsgängen, die sie für das Handeln in Arbeitsbereichen der Jugendhilfe befähigt, durchgeführt. Fortbildung und Supervision werden als notwendiger und verbindlicher Bestandteil der Arbeit gesehen.

Auftragsgrundlage



| | |
|---------------------------|---|
| <p>Ziele</p> | <ul style="list-style-type: none">- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit- Stärkung der Selbsthilferessourcen von Klienten- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen- Entwicklung und Stärkung schulischer Kompetenzen- Aufarbeitung bestehender Entwicklungsrückstände- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen- Verbesserung und Stabilisierung der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern- Entwicklung und Stärkung erzieherischer Kompetenzen auf der Elternebene- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten- Sicherung des Kindeswohls |
| <p>Zielgruppen</p> | <p>Erziehung in einer Tagesgruppe ist ein Angebot für Kinder und Jugendliche (meist in schulpflichtigem Alter), die sich in belastenden Lebenssituationen befinden und deren Entwicklung gefährdet ist bzw. dauerhaft Schaden zu nehmen droht. Die jungen Menschen sind in ihrem Umfeld vielfach nicht ausreichend integriert, zeigen Verhaltensauffälligkeiten und haben schulische Probleme. Die Eltern sind bereit, sich in die Maßnahme einbeziehen zu lassen und aktiv mitzuwirken.</p> |



1.06.03.01.06

Vollzeitpflege

**Beschreibung**

Die Vollzeitpflege ist als eigenständige Hilfeform in § 33 SGB VIII benannt. Unter Vollzeitpflege wird die Unterbringung, Betreuung und Erziehung eines jungen Menschen über Tag und Nacht außerhalb des Elternhauses, also „in einer anderen Familie“ verstanden. Der Begriff „andere Familie“ ist flexibel zu definieren. Jugendhilfe orientiert sich bei der Auswahl von Pflegepersonen an den Bedürfnissen des jungen Menschen, d.h. der Familienbegriff wird nicht „traditionell“ definiert. Auch unverheiratete Paare, Einzelpersonen oder alternative Haushaltsgemeinschaften können als Pflegestelle Anerkennung finden, sofern die für den Einzelfall notwendige Erziehungsarbeit gewährleistet werden kann. Befinden sich mehr als fünf Kinder in einer Pflegestelle, ist i. d. R. nicht mehr von Vollzeitpflege, sondern der Betreuung in einer Einrichtung auszugehen.

Über die Vollzeitpflege im Sinne des § 33 SGB VIII wird eine, wenn auch im Einzelfall nicht zwingend durchgängige, sozialpädagogische Betreuung angeboten. Das Jugendamt ist jederzeit und regelmäßig über den Erziehungsprozess informiert.

Vollzeitpflege lässt sich, je nach Dauer und Zielsetzung, in drei verschiedene Formen unterteilen:

- Unter *Kurzzeitpflege* sind solche Pflegeverhältnisse zu verstehen, in denen die Versorgung und Erziehung eines jungen Menschen, bei befristetem, maximal zwei Monate dauernden, Ausfall der Herkunftsfamilie, von einer Pflegefamilie übernommen wird. Grund der Aufnahme kann auch eine Krisen- und/oder Notsituation sein, die es erforderlich macht, den jungen Menschen aus seinem gewohnten Umfeld herauszunehmen und ihm für die Dauer der perspektivischen Abklärung Schutz und Versorgung zu sichern.
- Unter *Übergangspflege* sind Pflegeverhältnisse zu verstehen, die für einen unbestimmten, befristeten Zeitraums die Erziehung und Versorgung junger Menschen sicherstellen, deren Herkunftsfamilie hierzu nicht in der Lage ist, jedoch auch im weiteren die Verantwortung für den jungen Menschen wahrnehmen will und könnte. Hier ist die Kooperation zwischen Herkunfts- und Pflegefamilie zum Wohle des jungen Menschen unabdingbar. In der Regel erhält die Herkunftsfamilie zusätzliche Hilfe. Die Ablösung des jungen Menschen aus seinen bisherigen Bezügen heraus ist nicht beabsichtigt.
- Unter *Dauerpflege* sind konstante Pflegeverhältnisse zu verstehen. Eine Rückkehr des jungen Menschen zur Herkunftsfamilie ist, aus unterschiedlichen Gründen heraus, nicht in Betracht zu ziehen. Dem jungen Menschen wird mit dieser Form der Pflege quasi eine „Ersatzfamilie“ angeboten.

Die Grenzen zwischen den benannten Formen sind fließend, orientieren sich insbesondere am Verlauf der Entwicklung in der Herkunftsfamilie bzw. des jungen Menschen.

Pflegestellen werden, vor Aufnahme eines jungen Menschen, seitens des Jugendamtes auf ihre Eignung hin überprüft und während einer laufenden Vollzeitpflege kontinuierlich beraten und begleitet.

Vollzeitpflege wird auch in professionalisierten Formen (z.B. Erziehungsstellen) angeboten. Jungen Menschen wird in diesem Rahmen eine intensive pädagogische und/oder therapeutische Betreuung angeboten. Die Pflegepersonen weisen i.d.R. eine pädagogische Qualifikation auf.



Auftragsgrundlage

Ziele

- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
- altersgerechte Förderung des jungen Menschen
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen
- Entwicklung und Stärkung schulischer Kompetenzen
- Aufhebung bzw. Reduzierung von Verhaltensproblemen und Entwicklungsschwierigkeiten
- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen
- Verbesserung und Stabilisierung der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern bzw. generelle Berücksichtigung persönlicher Bindungen des jungen Menschen
- bei beabsichtigter Rückführung, Entwicklung und Stärkung erzieherischer Kompetenzen in der Herkunftsfamilie
- im Rahmen der *Dauerpflege*, Integration in die Pflegefamilie sowie die Förderung von Bindungs- und Beziehungsfähigkeit
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten
- Sicherung des Kindeswohls

Zielgruppen

Vollzeitpflege ist ein Angebot

für Kinder und Jugendliche, die aus den unterschiedlichsten Gründen heraus, vorübergehend oder auf Dauer, nicht in ihrer Herkunftsfamilie leben können. Der Schwerpunkt der bestehenden Probleme kann sich in ungünstigen familiären Lebensbedingungen ebenso finden wie in familiärem Konfliktniveau und/oder Verhaltensauffälligkeiten des jungen Menschen. Es besteht ein erzieherischer Bedarf, der durch die leiblichen Eltern des jungen Menschen nicht erfüllt wird/werden kann.

AntragstellerInnen sind zur Kooperation mit dem Jugendamt bzw. der Pflegestelle bereit. Sofern eine Rückführung anvisiert ist, wird die elterliche Kooperationsbereitschaft vorausgesetzt.

**1.06.03.01.07****Unterbringung in Heimen / sonstigen betreuten Wohnformen****Beschreibung**

Die Heimerziehung bzw. Erziehung in einer sonstigen betreuten Wohnform ist als eigenständige stationäre Hilfeform in § 34 SGB VIII benannt. Der junge Mensch wird außerhalb der Familie untergebracht. Die Begriffe Heim bzw. sonstige betreute Wohnform stehen für eine Fülle verschiedener Lebensorte (z.B. größere Einrichtungen mit mehreren Gruppen, Kinderdörfer, familienähnliche Lebensformen, Wohngemeinschaften). Dahinter steht jeweils das Angebot einer intensiven, kontinuierlichen und belastbaren Form des Zusammenlebens in sozialpädagogischen Lebensgemeinschaften mit familiären und/oder gruppenpädagogischen Anteilen. Der Anbieter erstellt individuelle und auf den Einzelfall abgestimmte Förderkonzepte. Durch eine Verbindung von Alltagserleben mit pädagogischen und therapeutischen Angeboten sollen Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung gefördert werden. Besondere Unterstützungsangebote (z.B. heilpädagogische Förderung) werden vorgehalten.

Entsprechend dem Alter und Entwicklungsstand des jungen Menschen sowie den Möglichkeiten zur Verbesserungen der Erziehungsbedingungen in der Familie wird entweder im Rahmen professioneller Eltern- und Familienarbeit auf eine Rückführung hingearbeitet oder die Erziehung in einer anderen Familie vorbereitet. Es kann aber ebenso eine auf längere Dauer angelegte Lebensform geboten sowie die Verselbständigung vorbereitet werden.

Erziehung in einem Heim bzw. einer sonstigen betreuten Wohnform wird durch Fachkräfte mit einer formal abgeschlossenen Berufsqualifikation in sozialen / sozialpädagogischen / sozialarbeiterischen Ausbildungsgängen, die sie für das Handeln in Arbeitsbereichen der Jugendhilfe befähigen, durchgeführt. Fortbildung und Supervision werden als notwendiger und verbindlicher Bestandteil der Arbeit gesehen.

Auftragsgrundlage



| | |
|---------------------------|---|
| <p>Ziele</p> | <ul style="list-style-type: none">- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit- Vermittlung lebenspraktischer Kompetenzen- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen- Entwicklung und Stärkung schulischer Kompetenzen- Schutz und Versorgung- Rückführung des jungen Menschen, alternativ dazu Vorbereitung auf das Zusammenleben mit einer anderen Familie bzw. Angebot eines „Familienersatzes“- Aufhebung bzw. Reduzierung von Verhaltensproblemen und Entwicklungsschwierigkeiten- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen- Verbesserung und Stabilisierung der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern- Entwicklung und Stärkung erzieherischer Kompetenzen- Sicherung des Kindeswohls |
| <p>Zielgruppen</p> | <p>Heimerziehung bzw. Erziehung in einer sonstigen betreuten Wohnform sind Angebote für Kinder und Jugendliche, die aus den unterschiedlichsten Gründen heraus für einen kurzen oder auch längeren Zeitraum nicht in ihrer Familie leben können. Der Schwerpunkt der bestehenden Probleme kann sich in ungünstigen familiären Lebensbedingungen ebenso finden wie in erheblichem familiären Konfliktniveau und/oder Verhaltensauffälligkeiten des jungen Menschen.</p> <p>Eltern sind zur Kooperation mit dem Anbieter bereit. Sofern eine Rückführung anvisiert ist, wird die elterliche Kooperationsbereitschaft vorausgesetzt.</p> |



1.06.03.01.08

Intensive sozialpädagogische Familienhilfe

Beschreibung

Die Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung ist als eigenständige ambulante Hilfeform in § 35 SGB VIII benannt und als nachhaltige Unterstützung für Jugendliche, die sozial nicht ausreichend integriert sind bzw. die ihr Leben nicht eigenverantwortlich führen können, gedacht. Es handelt sich hierbei um ein sehr offenes Angebot, welches weder an tradierte Formen bzw. Institutionen gebunden ist, in ambulanter Form geleistet oder mit einer Wohnhilfe verbunden werden kann, sich letztlich stark an den Bedürfnissen des Einzelfalls ausrichtet.

Die Hilfe wird durch pädagogische Fachkräfte mit einem abgeschlossenen Studium geleistet.

Auftragsgrundlage

Ziele

- altersgerechte Förderung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
- (Wieder)Eingliederung in die Gesellschaft
- Stärkung der Selbsthilferessourcen
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen und Bezüge des jungen Menschen
- Klärung der bzw. Entwicklung und Stabilisierung einer positiven Beziehung zwischen Eltern/-teilen und jungem Menschen, Begleitung beim Ablöseprozess vom Elternhaus
- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen, Aufarbeitung negativer oder traumatischer Erfahrungen
- Klärung von schulischen, beruflichen Probleme des jungen Menschen bzw. Vorbereitung auf das Berufsleben
- Verselbständigung älterer Minderjähriger

Zielgruppen

Die Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung ist ein Angebot, dass sich schwerpunktmäßig an

- Jugendliche und
- junge Volljährige

richtet. Diese fallen durch regelwidriges Verhalten in der Schule, am Arbeitsplatz, in der Öffentlichkeit und/oder ihrer Familie auf. Vielfach waren die jungen Menschen Gewalt und/oder Missbrauch ausgesetzt, stationär untergebracht, haben Drogen konsumiert, sich schulisch verweigert und/oder stehen ihrer Umwelt oft ablehnend gegenüber. Vor dem Hintergrund bereits gemachter Erfahrungen stehen diese jungen Menschen Hilfeleistungen oft skeptisch gegenüber.

**1.06.03.01.09****Gemeinsame Wohnformen für (werdende) Mütter oder Väter und Kinder****Beschreibung**

„Gemeinsame Wohnformen“ für alleinstehende Schwangere bzw. alleinerziehende Elternteile und Kinder sind als eigenständige Hilfeleistung in § 19 SGB VIII beschrieben. Unter „Wohnformen“ ist eine Vielzahl an betreuten Wohnmodellen zu verstehen, die sich durch die Unterbringungsform und die Betreuungsintensität deutlich unterscheiden können, immer aber dem pädagogischen Setting eines Trägers zugeordnet sind. Diese Anbindung gewährleistet, dass der Elternteil die im Bedarfsfall notwendige Unterstützung zeitnah erhält.

Auftragsgrundlage**Ziele**

Die Hilfe zielt darauf ab, (werdende) Mütter und Väter, die tatsächlich allein für ein Kind bzw. mehrere Kinder, von denen zu Leistungsbeginn mindestens eins unter sechs Jahren alt ist, sorgen und ihrer elterlichen Verantwortung, also der Pflege, d.h. körperlichen und gesundheitlichen Versorgung sowie Ernährung, ebenso wie der Erziehung aufgrund ihrer eigenen Persönlichkeitsentwicklung ohne ergänzende pädagogische Hilfen noch nicht gerecht werden können, in die Lage zu versetzen, ihre Elternrolle autonom wahrnehmen und ihr Leben mit dem Kind selbständig führen zu können. Die (bevorstehende) Geburt eines Kindes ist häufig mit erheblichen persönlichen, familiären, sozialen, emotionalen bzw. finanziellen Problemen verbunden, die zu einer den alleinerziehenden Elternteil überfordernden Situation führen können. Elternteile werden im Rahmen der Hilfe unterstützt, eine schulische/berufliche Ausbildung zu beginnen und/oder fortzuführen. Der Antritt einer Bildungsmaßnahme bzw. Berufstätigkeit führt nicht zwangsläufig zur Einstellung der Hilfefewährung.

Die Hilfe beinhaltet die Sicherstellung notwendiger Unterhalts- und Krankenhilfeleistungen.

Zielgruppen

Gemeinsame Wohnformen für Mütter/Väter und Kinder sind ein Angebot

- für Schwangere und Mütter bzw.
- Väter,

die für ein Kind unter 6 Jahren allein Sorge zu tragen haben (werden) oder tatsächlich allein sorgen und gleichzeitig aufgrund ihrer Persönlichkeitsentwicklung dieser Form der Unterstützung bei der Pflege und Erziehung ihrer Kinder bedürfen.

□ Kinder unter 6 Jahren, deren alleinerziehender Elternteil aufgrund eigener Persönlichkeitsentwicklungsbedarfe die zu einer gesunden körperlichen, seelischen und geistigen Kindesentwicklung erforderliche Elternverantwortung nicht tragen kann.

Geschwisterkinder, die über 6 Jahre alt sind, werden i.d.R. in die Hilfe miteinbezogen.





1.06.03.01.10

Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche

Beschreibung

Die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche ist als eigenständige Hilfeform in § 35a SGB VIII benannt. Mit der Hilfe soll einer drohenden seelischen Behinderung begegnet bzw. eine vorhandene seelische Behinderung beseitigt oder gemildert werden. Zudem soll eine drohende Ausgrenzung aus der Gesellschaft verhindert bzw. die Eingliederung in die Gesellschaft ermöglicht werden. Leistungen der Eingliederungshilfe stehen an der Schnittstelle verschiedener Hilfesysteme, z.B. Gesundheitswesen, Schule, Sozialhilfe. Bei der Feststellung des Unterstützungsbedarfs und im Verlauf der Hilfgewährung ist ein interdisziplinäres Zusammenwirken unverzichtbar. Bei der Umsetzung der Maßnahme bedarf es eines ganzheitlichen Hilfeansatzes. Das offene Leistungsspektrum der Eingliederungshilfe ermöglicht eine hohe Flexibilität bei der individuellen Ausgestaltung des Angebotes. Hilfen können in ambulanter, teilstationärer und stationärer Form geleistet werden.

Je nach individuellem Bedarf ergeben sich Kombinationen zwischen verschiedenen Maßnahmen, etwa Angeboten nach § 35a und §§ 28 bis 35, ebenso wie zwischen verschiedenen Trägern, z.B. dem Gesundheitswesen und der Jugendhilfe.

Auftragsgrundlage

Ziele

Ziel der Eingliederungshilfe ist von seelischer Behinderung bedrohten bzw. seelisch behinderten jungen Menschen die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft zu ermöglichen bzw. zu verbessern.

Zielgruppen

Die Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche ist ein Angebot zur Unterstützung von

- Kindern und Jugendlichen
- in besonderen Fällen auch jungen Volljährigen,

deren seelische Gesundheit mit hoher Wahrscheinlichkeit mehr als sechs Monate von ihrem alterstypischen Zustand abweicht und deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben insofern beeinträchtigt ist bzw. mit hoher Wahrscheinlichkeit beeinträchtigt sein wird.

**1.06.03.01.11****Flexible erzieherische Hilfe****Beschreibung**

Flexible erzieherische Hilfen sind § 27 Abs 2 SGB VIII zuzuordnen. Die damit verbundenen Maßnahmen umfassen alle Hilfen zur Erziehung, die explizit nicht über die §§ 19, 28 bis 35 sowie 35a SGB VIII zu definieren sind.

Flexible erzieherische Hilfen sind auf den konkreten Einzelfall passgenau zugeschnitten. Die Form und Inhalte der jeweiligen Maßnahmen können stark variieren und sind in jedem Fall nicht dem im SGB VIII benannten Standardkatalog erzieherischer Hilfen zuzuordnen.

Flexible erzieherische Hilfen umfassen etwa Maßnahmen, in denen mehrere etablierte Hilfen zur Erziehung nebeneinander gewährt werden bzw. in denen verschiedene Hilfearten ineinander übergehen. Darüber hinaus bietet die Flexibilität der Hilfe Möglichkeiten, neue, individuelle Hilfen, wie sie vielfach aufgrund eines besonderen erzieherischen Bedarfes erforderlich sind, zu entwickeln.

Die Hilfe kann sowohl durch Fachkräfte mit abgeschlossener erzieherischer oder (sozial)pädagogischer Ausbildung als auch geeignete, nicht ausdrücklich sozialpädagogisch ausgebildete, Personen geleistet werden.

Auftragsgrundlage**Ziele**

- Unterstützung der Entwicklung des jungen Menschen zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit
- Stärkung der Selbsthilferessourcen von Klienten
- Entwicklung und Stärkung sozialer Kompetenzen
- Entwicklung und Stärkung schulischer Kompetenzen
- Aufarbeitung bestehender Entwicklungsrückstände
- Hilfe bei der Bewältigung von Übergangssituationen und –krisen
- Verbesserung und Stabilisierung der Beziehungen zwischen Eltern und Kindern
- Entwicklung und Stärkung erzieherischer Kompetenzen auf der Elternebene
- frühzeitige Vermeidung von Symptomverfestigung und damit verbundenen (Anschluss)Kosten
- Sicherung des Kindeswohls



Zielgruppen

Flexible erzieherisch Hilfe ist ein Angebot zur Unterstützung von

- Eltern oder Elternteilen, Schwangeren, alleinerziehenden Müttern oder Vätern sowie sonstigen Erziehungsberechtigten bzw. verantwortlich an der Erziehung beteiligten Personen und/oder Bezugspersonen mit Umgangsrecht, denen die elterliche Sorge nicht zusteht
- Kindern, Jugendlichen und jungen Volljährigen sowie deren Familien (einschließlich Pflegefamilien)



1.06.03.02

Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen

Beschreibung

In Eil- und Notfällen leitet das Jugendamt zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vorläufige Maßnahmen ein. Im Rahmen der Krisenintervention werden diagnostische wie prognostische Aufgaben seitens des Jugendamtes wahrgenommen.

Fällt der überwiegend betreuende Elternteil aufgrund gesundheitlicher bzw. anderer zwingender Gründen aus und tritt deshalb eine Notsituation bzgl. der Betreuung und Versorgung eines Kindes unter 14 Jahren auf, soll familienbegleitende Unterstützung gewährt werden. Voraussetzung ist, dass das Kindeswohl im familialen Umfeld gesichert ist. Es handelt sich hierbei um eine die elterliche Erziehungsverantwortung unterstützende, nicht ersetzende Leistung der Jugendhilfe.

Im Falle des Bekanntwerdens einer Gefährdungssituation ist im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte abzuwägen, wie ein wirksamer Schutz des Kindes sicherzustellen ist. Personensorgeberechtigte sollen soweit wie möglich einbezogen werden. ist das Familiengericht anzurufen.

Mit Trägern von Einrichtungen und Diensten, die Leistungen nach dem SGB VIII erbringen, sind Vereinbarungen zum Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung zu schließen.

Die Verpflichtung zur Inobhutnahme besteht, wenn das körperliche, geistige oder seelische Wohl des Minderjährigen akut gefährdet ist und die Eltern nicht gewillt bzw. in der Lage sind, die Gefahr abzuwenden. Es liegt eine Gefährdungssituation vor, deren Abwendung keinen Aufschub duldet. Bei der Inobhutnahme handelt es sich um eine hoheitliche Aufgabe. Das Jugendamt nimmt hier das verfassungsrechtlich verankerte Wächteramt wahr, um das Kindeswohl zu sichern.

Minderjährige, die sich in einer akuten Notlage sehen („Selbstmelder“), sind in Obhut zu nehmen. Gleiches gilt für unbegleitete minderjährige Migranten.

Auftragsgrundlage

§§ 8a, 20 und 42 SGB VIII



Ziele

- Umsetzung des staatlichen Wächteramtes zum Schutz von Kindern und Jugendlichen
 - Sicherstellung des Kindeswohls, insbesondere der Betreuung, Versorgung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen
 - Erhalt des familiären Lebensraumes und Vermeidung von Fremdunterbringungen
 - Vermeidung oder Verhinderung von Kindeswohlgefährdung durch Unterstützung von bzw. erfolgreicher Kooperation mit Fachleuten aus anderen Tätigkeitsfeldern (Auf- und Ausbau flächendeckender, funktionierender Netzwerkarbeit)
 - Koordination zur Sicherstellung der notwendigen Fachberatung zur Abschätzung eines Gefährdungsrisikos
 - Abschluss von Vereinbarungen mit Trägern von Leistungen nach dem SGB VIII zur Sicherstellung des Schutzauftrages gem. § 8a SGB VIII
 - Abbau von Hemmschwellen gegenüber der Institution Jugendamt (Öffentlichkeitsarbeit)
 - verlässliche Kooperation zwischen Jugendhilfe und Polizei
 - Ausbau und Qualifizierung von Bereitschaftspflegestellen
 - Vorhalten zielgruppenspezifischer und geschlechtsspezifischer Angebote
 - (Wieder)Herstellung positiver Lebensbedingungen für Kinder und Jugendliche bzw. zeitnahe Einleitung adäquater Hilfen
 - Rückführung von Kindern und Jugendlichen, sofern das Kindeswohl sichergestellt ist
- Kinder, Jugendliche, Eltern, Träger von Leistungen nach dem SGB VIII

Zielgruppen

**1.06.03.03****Beratungsangebote****Beschreibung**

Kinder, Jugendliche, Erziehungsberechtigte und sonstige Bezugspersonen erhalten bei der Klärung und Bewältigung individueller, familiärer und sozialer Probleme konkrete Unterstützung in Form von Beratungsangeboten. Beratung ist ein präventives Angebot zur Stärkung der Erziehungskompetenz, zur Förderung der Persönlichkeitsentwicklung und Autonomie. Bei weitergehendem Bedarf kann in Anschlusshilfen vermittelt werden.

Beratung wird zudem für spezifische Bereiche vorgehalten und in diesem Zusammenhang auf bestimmte Zielgruppen ausgerichtet. Hierunter fallen beispielsweise Adoptionsbewerber, Pflegepersonen, Vormünder, Alleinerziehende, Väter (nichtehelicher) Kinder, Herkunftseltern.

Es besteht ein Rechtsanspruch auf Beratungsangebote. Beratung ist niederschwellig zu erreichen und wird kostenfrei vorgehalten.

Beratungsangebote richten sich auch an Fachkräfte, die mit und für Familien, Kinder und Jugendliche tätig sind. SGB VIII, insbesondere §§ 8, 17, 18, 23, 25, 28, 36, 37, 51, 52a, 53

Auftragsgrundlage**Ziele**

- Verhinderung von Krisen bzw. Unterstützung bei der Krisenbewältigung
- Förderung von Partnerschaften und Familien
- Befähigung von getrennt lebenden/geschiedenen Eltern zur Ausübung der gemeinsamen elterlichen Sorge bzw. einvernehmlichen Regelung des Umgangs
- Vermeidung kostenintensiver erzieherischer Hilfen
- Ratsuchende sollen ihre eigenen Ressourcen besser wahrnehmen, umsetzen und weiterentwickeln lernen
- (Wieder)Herstellung der Fähigkeit Ratsuchender zur selbständigen Lösung von Konflikten
- Sicherstellen niederschwellig erreichbarer und kostenfreier Unterstützung
- Verbesserung der Fach- und Handlungskompetenzen von Fachkräften
- Ausbau bedürfnisorientierter, passgenauer Beratungsangebote
 - o Enge Vernetzung und Abstimmung aller im Sinne des SGB VIII tätigen beratenden Stellen
- Erfüllung des Rechtsanspruches auf Beratung (in spezifischen Lebenslagen)

Zielgruppen

Kinder und Jugendliche, junge Volljährige, Erziehungsberechtigte, sonstige Bezugspersonen, Fachkräfte, die mit und für junge Menschen und Familien tätig sind



**1.06.03.04****Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren****Beschreibung**

Das Jugendamt wirkt in allen Verfahren vor dem Vormundschafts- und dem Familiengericht mit, die die Personensorge von Kindern und Jugendlichen betreffen. Des weiteren werden alle gerichtlichen Maßnahmen, die im Interesse des Kindeswohls vorgesehen bzw. getroffen werden können, unterstützt.

Im Rahmen der Annahme als Kind (Adoption) hat das Jugendamt auch die Belehrungspflicht bezogen auf einen Teil der Gründe, die zu einer Ersetzung der Einwilligung in die Adoption führen können.

Jugendliche und Heranwachsende bis zum 21. Lebensjahr, die wegen einer Straftat angeklagt werden, werden während des gesamten jugendstrafrechtlichen Verfahrens begleitet. Es ist frühzeitig zu prüfen, ob ein erzieherischer Handlungsbedarf besteht und damit die Inanspruchnahme von Jugendhilfeleistungen in Betracht zu ziehen ist.

Die Jugendgerichtshilfe bringt erzieherische und soziale Aspekte in das Verfahren ein. Benachteiligungen junger Menschen sollen verhindert bzw. abgebaut werden. Angeordnete Weisungen und Auflagen werden ggfl. eingeleitet bzw. begleitet.

Das Jugendamt wird als Träger eigener, sich aus dem SGB VIII ergebender Aufgaben tätig und hat dabei eine eigenständige Position gegenüber dem Gericht. Das Jugendamt übernimmt die soziale, nicht aber juristische Anwaltschaft zugunsten junger Menschen und ihrer Familien.

Auftragsgrundlage

§§ 8a, 18(3), 50 bis 52 SGB VIII; Bürgerliches Gesetzbuch (BGB); §§ 49 und 49a Gesetz über die Angelegenheiten der Freiwilligen Gerichtsbarkeit (FGG); Jugendgerichtsgesetz (JGG)

Ziele

- Schutz, Förderung und Unterstützung von jungen Menschen und Familien
- Förderung der Handlungskompetenz von Eltern, Kindern und Jugendlichen
- Steigerung einvernehmlicher von Sorge- und Umgangsregelungen
- fachliche Beratung und sachverständige Unterstützung des Familien-, Vormundschafts- bzw. Jugendgerichtes
- Auf- und Ausbau verlässlicher Kooperationen von Jugendhilfe und Justiz im Interesse gefährdeter und straffällig gewordener junger Menschen
- Ausbau und Optimierung präventiver, verfahrensbegleitender und nachgehender Leistungen unter Einbindung geeigneter Netzwerkpartner
- Ausbau wirksamer Leistungen der Jugendhilfe als Alternative zu strafrechtlichen Vergeltungsmaßnahmen / Steigerung der Diversion



Zielgruppen

Kinder und Jugendliche, junge Volljährige bis 21 Jahren, Personensorgeberechtigte



1.06.03.05

Unterhaltsvorschussleistungen, Amtspflegschaft und -vormundschaft

Beschreibung

Sofern Eltern zur Ausübung der elterlichen Sorge nicht in der Lage sind bzw. kein geeigneter Einzelvormund vorhanden ist, wird dem Jugendamt durch Beschluss des Vormundschaftsgerichtes die Ausübung der elterlichen Sorge bzw. Teilbereichen der Sorge übertragen. Das Vormundschaftswesen dient dem Schutz und der Förderung minderjähriger Kinder und Jugendlicher sowie der Wahrnehmung ihrer Rechte. Die gesetzliche Vertretung bzw. von Teilbereichen der gesetzlichen Vertretung wird vom Jugendamt übernommen und geführt. Dabei sind rechtliche und erzieherische Defizite im Verhältnis zwischen Kind und Eltern auszugleichen.

Auf Antrag eines sorgeberechtigten Elternteils wird das Jugendamt für einen bestimmten Wirkungskreis zum Beistand. Die Beistandschaft stellt eine konkrete Hilfe für die Geltendmachung bzw. die Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen dar. Der Beistand vertritt das Kind im Vaterschaftsfeststellungsverfahren. Die elterliche Sorge wird durch eine Beistandschaft nicht eingeschränkt. Der Beistand ist jedoch alleiniger Prozessvertreter für die beantragten Aufgabenbereiche.

Zur wirtschaftlichen Absicherung von Kindern, denen von einer unterhaltspflichtigen Person wegen mangelnder Zahlungsbereitschaft bzw. -fähigkeit kein Unterhalt zukommt, werden Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz gewährt.

Auftragsgrundlage

§§ 52a bis 60, 68, 87c, 87e SGB VIII; 1705 bis 1711 BGB



Ziele

- Der Schutz und die Förderung minderjähriger Kinder und Jugendlicher und die Wahrnehmung ihrer Rechte werden sichergestellt.
 - Die rechtliche Vertretung für Kinder und Jugendliche wird fach- und bedarfsgerecht wahrgenommen.
 - Rechtliche und erzieherische Defizite im Verhältnis zwischen Kind und Eltern werden ausgefüllt.
 - Unterstützung der wirtschaftlichen Absicherung von Kindern und Jugendlichen
 - Gerichtliche Verfahren werden durch Beurkundung und Beglaubigung von Willensbekundungen, etwa im Rahmen der Vaterschaftsfeststellung, vermieden.
 - Gewährleistung einer langfristigen und stetigen Beziehung zwischen gesetzlichem Vertreter und Mündel (keine anonyme Fallführung)
 - interne Übertragung (von Teilen) des Aufgabenbereiches auf Personen mit besonderen finanzwirtschaftlichen bzw. steuerrechtlichen Fachkenntnissen und damit Verbesserung der Einkommensüberprüfung Unterhaltsverpflichteter
 - Anwerben, Unterweisen und Begleiten geeigneter Personen, die als Beistand, Pfleger oder Vormund tätig werden wollen bzw. tätig sind
 - Stärkung der Erziehungsfähigkeit von Eltern, für deren Kinder eine Pflegschaft bzw. Vormundschaft besteht
 - Erweiterung des gesellschaftlichen Bewusstseins bzgl. der Wichtigkeit von Unterhaltsleistungen
- Kinder und Jugendliche, in besonderen Fällen auch junge Volljährige; Personensorgeberechtigte und/oder Unterhaltspflichtige in spezifischen Lebenslagen; Alleinerziehende, denen die alleinige elterliche Sorge für den Bereich zusteht, für den eine Beistandschaft erforderlich ist

Zielgruppen

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -86.600 | -86.600 | -86.600 | -88.000 | -88.000 |
| 3 | + Sonstige Transfererträge | | -2.436.500 | -2.585.600 | -2.615.600 | -2.645.600 | -2.675.600 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -4.000 | -1.000 | -1.000 | -1.000 | -1.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -732.200 | -737.800 | -738.400 | -739.000 | -739.600 |
| 7 | + Sonstige ordentliche Erträge | | -3.000 | -3.000 | -3.000 | -3.000 | -3.000 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -3.262.300 | -3.414.000 | -3.444.600 | -3.476.600 | -3.507.200 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 3.635.967 | 4.002.792 | 4.019.250 | 4.052.084 | 4.076.752 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 652.710 | 768.683 | 778.712 | 788.741 | 798.770 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 25.626 | 17.589 | 18.592 | 19.610 | 20.640 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 20.481.100 | 20.491.100 | 20.401.100 | 20.811.100 | 21.221.100 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 246.630 | 270.829 | 251.531 | 254.340 | 258.097 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 25.042.033 | 25.550.993 | 25.469.185 | 25.925.875 | 26.375.360 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 21.779.733 | 22.136.993 | 22.024.585 | 22.449.275 | 22.868.160 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 21.779.733 | 22.136.993 | 22.024.585 | 22.449.275 | 22.868.160 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 21.779.733 | 22.136.993 | 22.024.585 | 22.449.275 | 22.868.160 |
| 27 | + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | -106.432 | -131.448 | -127.839 | -122.731 | -123.348 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 308.082 | 389.123 | 375.897 | 354.969 | 355.956 |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|-----------------------------------|------------------|----------------|----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 21.981.384 | 22.394.669 | 22.272.644 | 22.681.514 | 23.100.768 |

Planerläuterung Teilergebnisplan

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* beinhaltet die (TP 1.06.03.01.01, Kostenart 414300) Zuweisung des LVR zur Psychologischen Beratungsstelle (fachkraftbezogene Pauschale).

Unter der Kontengruppe *Sonstige Transfererträge* werden zu einem großen Teil Kostenbeiträge zu Hilfen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen (Kostenart 421100 u. 422100) vereinnahmt. Darüber hinaus handelt es sich hierbei um Erstattungen der Unterhaltspflichtigen (Kostenart 421200), um die Rückzahlung zuviel gezahlter UVG Leistungen sowie um Erstattungen aus Vorjahren (Kostenart 429800) durch die Beendigung von Hilfefällen.

In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* erfolgt die Verbuchung der Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Adoptionsvermittlungsverfahren. Bei der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung /-umlage* werden überwiegend Kostenerstattungen durch andere öffentliche Träger der Jugendhilfe dargestellt (Kostenart 442300). Hinzu kommen die Erstattungen vom Land (Kostenart 442200) und periodenfremde Kostenerstattungen (Kostenart 449800). Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* dient der Vereinnahmung von Geldbußen (Kostenart 452110) nach dem Jugendgerichtsgesetz.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- / Dienstleistungen* werden überwiegend Erstattungen gegenüber anderen Trägern öffentlicher Jugendhilfe abgebildet. Die Durchführung therapeutischer Maßnahmen (Psychologische Beratungsstelle) sowie im UVG-Bereich anfallende Gerichts- und Anwaltskosten (Kostenart 528903) werden ebenfalls an dieser Stelle verausgabt. Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* beinhaltet die folgenden Positionen (nach Kostenvolumen sortiert):

- Kosten der Heimerziehung, sonstige betreute Wohnformen
(TP 1.06.03.01.02 bis TP 1.06.03.01.05; TP 1.06.03.01.07; TP 1.06.03.01.11; PSP 1.06.03.02; Kostenart 533410, 533430, 533510, 533530)
- Kosten der Vollzeitpflege (TP 1.06.03.01.06, Kostenart 533400)
- Vollzug des Unterhaltsvorschussgesetzes (PSP 1.06.03.05, Kostenart 533910)

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien



- Zuschuss zu den Personal- und Sachkostenkosten der Erziehungsberatungsstellen (TP 1.06.03.01.01, PSP 1.06.03.03, Kostenart 531900)
- Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche (TP 1.06.03.01.10, Kostenarten 533430 u. 533510)
- Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung (TP 1.06.03.01.08, Kostenart 533900)
- Kosten der Inobhutnahme (PSP 1.06.03.02, Kostenart 533510)
- Gemeinsame Unterbringung von Müttern oder Vätern mit Kindern (TP 1.06.03.01.09, Kostenart 533510)
- Abführung des Landesanteils an den Erstattungsleistungen der Unterhaltspflichtigen (46,67%) (PSP 1.06.03.05, Kostenart 539320)
- Betreuung und Versorgung von Kindern in Notsituationen (PSP 1.06.03.02, Kostenart 533490)
- Kosten sozialpädagogischer Lern- und Entwicklungsmaßnahmen (PSP 1.06.03.04, Kostenart 533490)
- Geschäftskostenzuschuss für den Verein „nina und nico“ (PSP 1.06.03.03, Kostenart 531900)

Unter den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* wird sowohl der Mitgliedsbeitrag (Kostenart 544300) zur Landesarbeitsgemeinschaft als auch die vermischten Ausgaben u. Fortbildungskosten der Psychologischen Beratungsstelle geplant. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|-------------------|-------------------|--|-------------------|-------------------|-------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -86.600 | -86.600 | | -86.600 | -88.000 | -88.000 |
| 3 | + Sonstige Transfereinzahlungen | | -2.436.500 | -2.585.600 | | -2.615.600 | -2.645.600 | -2.675.600 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -4.000 | -1.000 | | -1.000 | -1.000 | -1.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -732.200 | -737.800 | | -738.400 | -739.000 | -739.600 |
| 7 | + Sonstige Einzahlungen | | -3.000 | -3.000 | | -3.000 | -3.000 | -3.000 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -3.262.300 | -3.414.000 | | -3.444.600 | -3.476.600 | -3.507.200 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 2.469.483 | 2.772.893 | | 2.800.467 | 2.828.318 | 2.856.448 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 652.710 | 767.210 | | 777.210 | 787.210 | 797.210 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 20.481.100 | 20.491.100 | | 20.401.100 | 20.811.100 | 21.221.100 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 24.468 | 22.468 | | 22.468 | 22.468 | 22.468 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 23.627.761 | 24.053.671 | | 24.001.245 | 24.449.096 | 24.897.226 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 20.365.461 | 20.639.671 | | 20.556.645 | 20.972.496 | 21.390.026 |
| 26 | - Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen | | 2.000 | 2.200 | | 2.200 | 2.200 | 2.200 |
| 30 | = investive Auszahlungen | | 2.000 | 2.200 | | 2.200 | 2.200 | 2.200 |
| 31 | = Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung) | | 2.000 | 2.200 | | 2.200 | 2.200 | 2.200 |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.03 Indiv.Hilfen f. junge Menschen/Familien



| Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlungen/-auszahlungen |
|--|---|---------------|-------------|-------------|------------------------------|--------------|--------------|--------------|---------------------------------------|----------------------------------|
| 2 | - Summe der investiven Auszahlungen | | 2.000 | 2.200 | | 2.200 | 2.200 | 2.200 | 2.000 | 10.800 |
| 3 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | 2.000 | 2.200 | | 2.200 | 2.200 | 2.200 | 2.000 | 10.800 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante Investitionen/Ersatzbeschaffung von **geringwertigen Wirtschaftsgütern** (kurz GWG) und von **Betriebs- und Geschäftsausstattung** (kurz BGA) aus dem Bereich der **Psychologischen Beratungsstelle**. Betriebs- und Geschäftsausstattung ist ein Begriff der kaufmännischen Buchführung. Darunter fallen Gegenstände (über 410 Euro netto), die der langfristigen Betriebsbereitschaft eines Unternehmens dienen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird im ersten Teil des Inventars als Vermögensposten geführt. In der Bilanz wird sie den Sachanlagen zugeordnet und ist damit ein Teil des Anlagevermögens. BGAs werden über den Zeitraum ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben, über Kostenstellen werden die Beschaffungen verursachungsgerecht den Ämtern/Produkten zugeordnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter können, im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, im Jahr der Anschaffung oder Herstellung voll als Betriebsausgabe abgesetzt werden. Voraussetzungen für ein geringwertiges Wirtschaftsgut: es muss eigenständig nutzbar sein, es muss beweglich sein, es muss länger als ein Jahr dem Betrieb dienen und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten liegen zwischen 60,- und 410,- Euro (netto). Der Ansatz ist für die Anschaffung von therap. bzw. psych. Testverfahren zwecks Durchführung therapeutischer Maßnahmen.

Die o. g. Investitionen werden über die *Finanzstelle 5.515701* (BGA [PBS], Anlagevermögen > 410 Euro netto) bzw. bzw. über die *Finanzstelle 5.515702* (GWG [PBS], Anlagevermögen < 410 Euro netto) abgewickelt.



Beschreibung

- Bearbeitung von Anträgen auf Elterngeld
- Beratung in Elternzeit- und Elterngeldangelegenheiten

Auftragsgrundlage

Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG)

Ziele

Rechtsfehlerfreie Bearbeitung des Elterngeldantrages innerhalb von 21 Kalendertagen nach Eingang

Zielgruppen

Im Oberbergischen Kreis lebende (werdende) Eltern

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Allg. Vertreter d. LR

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.04 Leistungen nach dem BundeselterngeldG



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|----------------|----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -74.300 | -89.000 | -89.000 | -89.000 | -89.000 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -74.300 | -89.000 | -89.000 | -89.000 | -89.000 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 94.537 | 135.114 | 134.972 | 135.861 | 136.218 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 16.300 | 2.600 | 2.600 | 2.600 | 2.600 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 110.837 | 137.714 | 137.572 | 138.461 | 138.818 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 36.537 | 48.714 | 48.572 | 49.461 | 49.818 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 36.537 | 48.714 | 48.572 | 49.461 | 49.818 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 36.537 | 48.714 | 48.572 | 49.461 | 49.818 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 25.670 | 29.732 | 28.856 | 29.180 | 29.555 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 62.207 | 78.446 | 77.428 | 78.641 | 79.373 |



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Leistungen n. d. BundeselterngeldG

Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* beinhaltet die Personal- und Sachkostenerstattung des Landes (Kostenart 443906 u. 443907) für die vom Oberbergischen Kreis bereitgestellte Leistung.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören die Sachaufwendungen der Produktgruppe Elterngeld sowie anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Allg. Vertreter d. LR

1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

1.06.04 Leistungen nach dem BundeselterngeldG



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|-----------------------|---|--------------------------|------------------------|------------------------|---|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -74.300 | -89.000 | | -89.000 | -89.000 | -89.000 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -74.300 | -89.000 | | -89.000 | -89.000 | -89.000 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 57.025 | 82.338 | | 83.161 | 83.992 | 84.831 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 16.300 | 2.600 | | 2.600 | 2.600 | 2.600 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 73.325 | 84.938 | | 85.761 | 86.592 | 87.431 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | -975 | -4.062 | | -3.239 | -2.408 | -1.569 |

Haushaltsplan 2010

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -65.250 | -64.750 | -65.250 | -65.750 | -66.250 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -230.000 | -234.000 | -234.000 | -234.000 | -234.000 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -8.000 | -8.000 | -8.000 | -8.000 | -8.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -152.500 | -155.000 | -157.000 | -159.500 | -161.500 |
| 7 | + Sonstige ordentliche Erträge | | | -600 | -600 | -600 | -600 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -455.750 | -462.350 | -464.850 | -467.850 | -470.350 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 2.625.003 | 2.705.539 | 2.720.305 | 2.743.725 | 2.762.924 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 396.000 | 441.416 | 446.682 | 451.948 | 457.214 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 14.667 | 11.362 | 12.542 | 13.418 | 14.113 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 1.124.755 | 1.198.210 | 1.208.210 | 1.217.910 | 1.227.710 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 149.724 | 162.392 | 159.237 | 161.131 | 163.384 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 4.310.148 | 4.518.919 | 4.546.975 | 4.588.131 | 4.625.344 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 3.854.398 | 4.056.569 | 4.082.125 | 4.120.281 | 4.154.994 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 3.854.398 | 4.056.569 | 4.082.125 | 4.120.281 | 4.154.994 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 3.854.398 | 4.056.569 | 4.082.125 | 4.120.281 | 4.154.994 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 476.665 | 348.642 | 350.845 | 354.497 | 356.228 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 4.331.063 | 4.405.211 | 4.432.970 | 4.474.778 | 4.511.222 |

Haushaltsplan 2010

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|------------------|------------------|------------------------------|------------------|------------------|------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -65.250 | -64.750 | | -65.250 | -65.750 | -66.250 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -230.000 | -234.000 | | -234.000 | -234.000 | -234.000 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -8.000 | -8.000 | | -8.000 | -8.000 | -8.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -152.500 | -155.000 | | -157.000 | -159.500 | -161.500 |
| 7 | + Sonstige Einzahlungen | | | -600 | | -600 | -600 | -600 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -455.750 | -462.350 | | -464.850 | -467.850 | -470.350 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 1.887.348 | 1.926.293 | | 1.945.556 | 1.965.011 | 1.984.663 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 396.000 | 440.750 | | 446.000 | 451.250 | 456.500 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 1.124.755 | 1.198.210 | | 1.208.210 | 1.217.910 | 1.227.710 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 12.314 | 11.114 | | 11.114 | 11.114 | 11.114 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 3.420.417 | 3.576.367 | | 3.610.880 | 3.645.285 | 3.679.987 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 2.964.667 | 3.114.017 | | 3.146.030 | 3.177.435 | 3.209.637 |
| 26 | - Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen | | 6.000 | 9.200 | | 4.200 | 4.200 | 1.200 |
| 30 | = investive Auszahlungen | | 6.000 | 9.200 | | 4.200 | 4.200 | 1.200 |
| 31 | = Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung) | | 6.000 | 9.200 | | 4.200 | 4.200 | 1.200 |



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.07.01.01 Koordination, Planung und Berichterstattung im Gesundheitsbereich

1.07.01.02 Ärztliche/zahnärztliche Prävention und Gesundheitsförderung: Schwerpunkt Kinder und Jugendliche

1.07.01.02.01 Ambulante Sprachheilfürsorge

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen



1.07.01.01

Koordination, Planung und Berichterstattung im Gesundheitsbereich

Beschreibung

Beratung gemeinsam interessierender Fragen der gesundheitlichen Versorgung auf kommunaler Ebene und Koordinierung von Maßnahmen zur Gewährleistung einer abgestimmten und bedarfsgerechten Weiterentwicklung der psychosozialen und gesundheitlichen Versorgung.

1. Bereitstellung von Informationen über die gesundheitliche Situation der Bevölkerung, über Gesundheitsrisiken und Versorgung mit Gesundheitsleistungen
2. Koordination der kommunalen Gesundheitsberichterstattungen, Erstellung von Gesundheitsberichten
3. Einrichtung der themenspezifischen Arbeitsgruppen
4. Festlegung von Schwerpunktthemen
5. Analyse regional wichtiger Einzelfragen der gesundheitlichen Versorgung und Erarbeitung und Umsetzung von Handlungsempfehlungen
6. Geschäftsführung der Gesundheitskonferenz und ihrer Arbeitsgruppen

Auftragsgrundlage

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Beschluss Kommunale Gesundheitskonferenz

Ziele

- Abstimmung und Zusammenarbeit aller an der Gesundheitsversorgung Beteiligten zur Schaffung gesunder Lebensverhältnisse
- Verringerung von Gesundheitsrisiken und Unterstützung bei der Bewältigung von Krankheit und Behinderung
- Erhöhung der Transparenz der Leistungsangebote
- Entwicklung bürgernaher, bedarfsgerechter Angebotsstrukturen
- Schließung von Versorgungslücken und Vermeidung überflüssiger Dienstleistungen

Zielgruppen

Einrichtungen der psychosozialen und psychiatrischen Versorgung (Angebotsträger), Leistungsträger, andere Behörden.



1.07.01.02

**Ärztliche / zahnärztliche Prävention und Gesundheitsförderung:
Schwerpunkt Kinder und Jugendliche**

Beschreibung

Beratung der Sorgeberechtigten sowie Erzieher/innen und Lehrer/innen von Kindergarten- und Schulkindern.
Untersuchung der Kinder sowie Durchführung von Prophylaxemaßnahmen.

1. Hilfen für Kinder und Jugendliche (z.B. Frühförderung behinderter Kinder)
2. Untersuchung von Kindergartenkindern
3. betriebsmedizinische Aufgaben in Kindergärten und Schulen
4. Einschulungsuntersuchungen einschließlich Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs
5. Schulentlassuntersuchungen
6. Durchführung von Veranstaltungen (z.B. Ernährungsberatung)
7. Bereitstellung von Informationsmaterial
8. Reihenuntersuchungen in Kindergärten und Schulen zur Erkennung von Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten
9. Durchführung von Prophylaxemaßnahmen zur Vorbeugung gegen Zahn-, Mund- und Kieferkrankheiten

Auftragsgrundlage

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Gesetz für Tageseinrichtungen für Kinder, Schulverwaltungsgesetz, Allgemeine Schulordnung, Vereinbarung mit den Krankenkassen zur Förderung der Gruppenprophylaxe im Oberbergischen Kreis

Ziele

Förderung einer gesunden Entwicklung von Kindern und Jugendlichen

- Erkennung von Defiziten und Einleitung von Fördermaßnahmen
- Steigerung der Vorsorgeuntersuchungen
- Flächendeckende betriebsmedizinische Tätigkeit
- Flächendeckende zahnärztliche Betreuung der Einrichtungen einmal jährlich

Zielgruppen

Kinder und Jugendliche, Sorgeberechtigte, Erzieherinnen und Erzieher, Lehrer und Lehrerinnen, Behörden und Einrichtungen

Haushaltsplan 2010

1.07 Gesundheitsdienste



verantwortlich:

1.07.01 Gesundheitsförderung

Dezernat III

| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -152.500 | -155.000 | -157.000 | -159.500 | -161.500 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -152.500 | -155.000 | -157.000 | -159.500 | -161.500 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 928.855 | 917.492 | 923.229 | 931.403 | 938.413 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 47.600 | 89.316 | 90.082 | 90.848 | 91.614 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 14.667 | 11.362 | 12.542 | 13.418 | 14.113 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 634.000 | 703.000 | 711.000 | 719.000 | 727.000 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 54.302 | 60.124 | 58.983 | 59.674 | 60.496 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 1.679.424 | 1.781.294 | 1.795.835 | 1.814.343 | 1.831.636 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 1.526.924 | 1.626.294 | 1.638.835 | 1.654.843 | 1.670.136 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 1.526.924 | 1.626.294 | 1.638.835 | 1.654.843 | 1.670.136 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 1.526.924 | 1.626.294 | 1.638.835 | 1.654.843 | 1.670.136 |
| 27 | + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | -312.828 | -229.827 | -231.559 | -234.220 | -235.661 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 476.665 | 348.642 | 350.845 | 354.497 | 356.228 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 1.690.760 | 1.745.109 | 1.758.121 | 1.775.120 | 1.790.703 |

**Planerläuterung zum Teilergebnisplan Gesundheitsförderung**

Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* beinhaltet die Kostenerstattung durch Krankenkassen (Kostenart 442500) für Gruppenprophylaxe.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen. Zudem sind hier Honorarkosten (Kostenart 501950, nur 2009) für die Bereiche Einschulungsuntersuchung und Ernährungsberatung veranschlagt.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* sind Kosten für die Unterhaltung (Kostenart 523600) und Neuanschaffung von ärztlichen Instrumenten, Sachkosten und Prophylaxematerial sowie Zahnarzthonorare für die Gruppenprophylaxe zusammengefasst. Darüber hinaus beinhaltet diese Summe Kosten der Gesundheitsförderung/Prävention (Kostenart 524900) und der Ernährungsberaterin (Kooperation mit Aggerenergie, Kostenart 529900) .

Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* erfasst den Kostenzuschuss an den Verein Lebenshilfe zur Frühförderung behinderter Kinder und den Zuschuss an den Verein zur Förderung und Betreuung behinderter Kinder (Kostenart 531900). Außerdem werden hier die Kosten der ambulanten Sprachheilfürsorge (Kostenart 533900, TP 1.07.01.02.01) veranschlagt.

Über die Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Kosten für Online-Verträge über die Nutzung medizinischer Datenbanken abgebildet (Kostenart 542900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.07 Gesundheitsdienste

1.07.01 Gesundheitsförderung



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|------------------|------------------|------------------------------|------------------|------------------|------------------|
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -152.500 | -155.000 | | -157.000 | -159.500 | -161.500 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -152.500 | -155.000 | | -157.000 | -159.500 | -161.500 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 698.033 | 664.746 | | 671.393 | 678.107 | 684.889 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 47.600 | 88.650 | | 89.400 | 90.150 | 90.900 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 634.000 | 703.000 | | 711.000 | 719.000 | 727.000 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 10.500 | 9.300 | | 9.300 | 9.300 | 9.300 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 1.390.133 | 1.465.696 | | 1.481.093 | 1.496.557 | 1.512.089 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 1.237.633 | 1.310.696 | | 1.324.093 | 1.337.057 | 1.350.589 |
| 26 | - Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen | | 6.000 | 9.200 | | 4.200 | 4.200 | 1.200 |
| 30 | = investive Auszahlungen | | 6.000 | 9.200 | | 4.200 | 4.200 | 1.200 |
| 31 | = Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung) | | 6.000 | 9.200 | | 4.200 | 4.200 | 1.200 |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.07 Gesundheitsdienste

1.07.01 Gesundheitsförderung



| Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlungen/-auszahlungen |
|--|---|---------------|-------------|-------------|------------------------------|--------------|--------------|--------------|---------------------------------------|----------------------------------|
| 2 | - Summe der investiven Auszahlungen | | 6.000 | 9.200 | | 4.200 | 4.200 | 1.200 | 6.000 | 24.800 |
| 3 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | 6.000 | 9.200 | | 4.200 | 4.200 | 1.200 | 6.000 | 24.800 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante Investitionen/Ersatzbeschaffung von **geringwertigen Wirtschaftsgütern** (kurz GWG) und von **Betriebs- und Geschäftsausstattung** (kurz BGA) aus dem Bereich des **Gesundheitsamtes**. Betriebs- und Geschäftsausstattung ist ein Begriff der kaufmännischen Buchführung. Darunter fallen Gegenstände (über 410 Euro netto), die der langfristigen Betriebsbereitschaft eines Unternehmens dienen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird im ersten Teil des Inventars als Vermögensposten geführt. In der Bilanz wird sie den Sachanlagen zugeordnet und ist damit ein Teil des Anlagevermögens. BGAs werden über den Zeitraum ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben, über Kostenstellen werden die Beschaffungen verursachungsgerecht den Ämtern/Produkten zugeordnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter können, im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, im Jahr der Anschaffung oder Herstellung voll als Betriebsausgabe abgesetzt werden. Voraussetzungen für ein geringwertiges Wirtschaftsgut: es muss eigenständig nutzbar sein, es muss beweglich sein, es muss länger als ein Jahr dem Betrieb dienen und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten liegen zwischen 60,- und 410,- Euro (netto). Der Ansatz ist für die Anschaffung von technischen Geräten für den ärztlichen Bereich bzw. für den schulärztlichen Bereich.

Die o. g. Investitionen werden über die *Finanzstelle 5.530000* (BGA, Anlagevermögen > 410 Euro netto) bzw. bzw. über die *Finanzstelle 5.530002* (GWG, Anlagevermögen < 410 Euro netto) abgewickelt.



Beschreibung

Erstellung von medizinischen Gutachten, psychiatrischen Gutachten, ärztlichen Stellungnahmen, Gesundheitszeugnissen im Auftrag von Behörden, Arbeitgebern.

- Gutachten nach beamten- oder beihilferechtlichen Vorschriften
- Gutachten nach dem TVöD
- Gutachter nach dem SGB XII (Sozialhilfe)
- Begutachtungen nach Fahrerlaubnisverordnung
- Begutachtungen von Ausländern und Asylbewerbern
- Begutachtungen für Gerichte
- Unbedenklichkeitsbescheinigungen

Auftragsgrundlage

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Beamten-gesetze und Verordnungen, Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO), Fahrerlaubnisverordnung, Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), Sozialgesetzbuch (SGB), Strafgesetzbuch (StGB) Verordnung über das Leichenwesen, u.a.

Ziele

- Erstellung transparenter, objektiver und nachvollziehbarer Entscheidungsgrundlagen mit dem Ziel, eine rechtmäßige Anwendung der gesetzlichen Vorschriften durch die beteiligten Stellen zu ermöglichen
- Hohe Fach- und Beratungskompetenz

Zielgruppen

Behörden, Institutionen, Bevölkerung des Kreisgebietes, Beamte und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.07 Gesundheitsdienste

1.07.02 Gutachten und Stellungnahmen



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -165.750 | -180.000 | -180.000 | -180.000 | -180.000 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -8.000 | -8.000 | -8.000 | -8.000 | -8.000 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -173.750 | -188.000 | -188.000 | -188.000 | -188.000 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 419.630 | 427.374 | 430.323 | 434.219 | 437.673 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 13.500 | 13.700 | 13.700 | 13.700 | 13.700 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 25.530 | 27.397 | 26.847 | 27.175 | 27.566 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 458.659 | 468.470 | 470.870 | 475.094 | 478.938 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 284.909 | 280.470 | 282.870 | 287.094 | 290.938 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 284.909 | 280.470 | 282.870 | 287.094 | 290.938 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 284.909 | 280.470 | 282.870 | 287.094 | 290.938 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 85.317 | 62.680 | 63.153 | 63.878 | 64.271 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 370.227 | 343.151 | 346.023 | 350.973 | 355.210 |



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Gutachten und Stellungnahmen

Die Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* erfasst die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für das Gesundheitsamt des Oberbergischen Kreises. Über die Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* werden Einnahmen aus Nebentätigkeit (Kostenart 441903) abgewickelt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Über die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden Kosten für die Unterhaltung (Kostenart 523600) und Neuanschaffung von ärztlichen Instrumenten sowie Wäsche- und Laborkosten (Kostenart 529100) abgebildet.

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.07 Gesundheitsdienste

1.07.02 Gutachten und Stellungnahmen



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|-----------------|-----------------|--|-----------------|-----------------|-----------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -165.750 | -180.000 | | -180.000 | -180.000 | -180.000 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -8.000 | -8.000 | | -8.000 | -8.000 | -8.000 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -173.750 | -188.000 | | -188.000 | -188.000 | -188.000 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 309.030 | 314.008 | | 317.148 | 320.320 | 323.523 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 13.500 | 13.700 | | 13.700 | 13.700 | 13.700 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 322.530 | 327.708 | | 330.848 | 334.020 | 337.223 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 148.780 | 139.708 | | 142.848 | 146.020 | 149.223 |



Beschreibung

1. Koordination der Bereiche Sucht- und Drogenhilfe und Psychiatrie im Rahmen des Gemeindepsychiatrischen Verbundes (GPV)
2. Koordination der Fachstelle Sucht- und Drogenprävention
3. Ärztliche Untersuchungen zur Abklärung der Erkrankungen und der dadurch bedingten Hilfsbedürftigkeit
4. Entscheidungen über Zwangsmaßnahmen nach dem PsychKG
5. Gewährung von Zuschüssen an die freien Träger
6. Durchführung der HIV-Beratung
7. Sicherstellung der Schwangerschaftskonfliktberatung
8. Sicherstellung eines Beratungsangebotes für Schwangere und Mütter in sozialen und gesundheitlichen Problemlagen
9. Hilfe für alte und behinderte Menschen
10. Koordination im Rahmen der Fachberatungsstelle für Wohnungslose
11. Gewährung von Zuschüssen an die Träger der Fachberatungsstelle für Wohnungslose

Auftragsgrundlage

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Erkrankungen (PsychKG), Beschlüsse des Kreistages (Vereinbarung zum GPV)

Ziele

- Verbesserung der psychiatrischen Versorgung in der Bevölkerung
- Sicherstellung individueller Beratungs- und Hilfsangebote
 - o für psychisch kranke und abhängigkeitskranke Menschen
 - o für AIDS-Kranke
 - o für Schwangere
 - o für Wohnungslose

Zielgruppen

Besonders gefährdete Personengruppen, Psychisch Kranke, Abhängigkeitskranke, Schwangere und Mütter in sozialen und gesundheitlichen Problemlagen

Haushaltsplan 2010

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

1.07.03 Gesundheitshilfe

Dezernat III



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -60.000 | -59.500 | -60.000 | -60.500 | -61.000 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -60.000 | -59.500 | -60.000 | -60.500 | -61.000 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 542.394 | 556.557 | 557.756 | 561.990 | 564.682 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 282.900 | 286.400 | 290.900 | 295.400 | 299.900 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 490.755 | 495.210 | 497.210 | 498.910 | 500.710 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 23.482 | 25.169 | 24.673 | 24.969 | 25.322 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 1.339.531 | 1.363.336 | 1.370.539 | 1.381.269 | 1.390.614 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 1.279.531 | 1.303.836 | 1.310.539 | 1.320.769 | 1.329.614 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 1.279.531 | 1.303.836 | 1.310.539 | 1.320.769 | 1.329.614 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 1.279.531 | 1.303.836 | 1.310.539 | 1.320.769 | 1.329.614 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 77.091 | 56.637 | 57.063 | 57.719 | 58.074 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 1.356.622 | 1.360.473 | 1.367.603 | 1.378.488 | 1.387.688 |

**Planerläuterung zum Teilergebnisplan Gesundheitshilfe**

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* beinhaltet den Landeszuschuss (Kostenart 414200) für die Beratungsstelle Schwangerenkonfliktberatung.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Unter der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* sind die Kosten der Gesundheitsförderung/Prävention (Kostenart 524900) sowie die Erstattungen der Personal- und Sachkosten an den Gemeindepsychiatrischen Verbund und für die Geschäftsführung der Diözese Münster ausgewiesen (Kostenart 525900).

In der Kontengruppe *Transferaufwendungen* sind die Zuschüsse für den Bereich Suchtkrankenarbeit, der Zuschuss zur Weiterführung der sozialpsychiatrischen Kontaktstellen, der Zuschuss an das DRK, der Zuschuss zur Betreuung von Menschen in sozialer Not und der Zuschuss für die Beratungsstellen (Schwangerenkonfliktberatung) zusammengefasst (Kostenart 531900).

Über die Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden Mitgliedsbeiträge (Kostenart 544900) abgebildet. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.07 Gesundheitsdienste

1.07.03 Gesundheitshilfe



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|------------------|------------------|--|------------------|------------------|------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -60.000 | -59.500 | | -60.000 | -60.500 | -61.000 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -60.000 | -59.500 | | -60.000 | -60.500 | -61.000 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 355.298 | 367.265 | | 370.938 | 374.647 | 378.394 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 282.900 | 286.400 | | 290.900 | 295.400 | 299.900 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 490.755 | 495.210 | | 497.210 | 498.910 | 500.710 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 414 | 414 | | 414 | 414 | 414 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 1.129.367 | 1.149.289 | | 1.159.462 | 1.169.371 | 1.179.418 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 1.069.367 | 1.089.789 | | 1.099.462 | 1.108.871 | 1.118.418 |



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.07.04.01 Infektions- und umweltbezogener Gesundheitsschutz

1.07.04.02 Medizinalaufsicht

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen



1.07.04.01

Infektions- und umweltbezogener Gesundheitsschutz

Beschreibung

Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Erkrankungen beim Menschen, Durchführung von Impfungen, Überwachung im Rahmen des Infektionsschutzes, Hygieneüberwachung, Gesundheitliche Bewertung von Umwelteinflüssen aller Art, Beratungen und Stellungnahmen.

1. Impfberatung und Durchführung von Schutzimpfungen
2. Belehrung nach § 43 Infektionsschutzgesetz
3. Tätigkeiten im Zusammenhang mit meldepflichtigen Krankheiten
4. Tuberkuloseüberwachung
5. Stellungnahmen im Rahmen der Orts-, Siedlungs- und Wohnhygiene sowie zu Industrie und Gewerbeanlagen
6. Trink- und Badewasserüberwachung
7. Hygieneüberwachung nach § 17 ÖGDG

Auftragsgrundlage

Infektionsschutzgesetz (IfSG), Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Krankenhausgestaltungsgesetz (KHGG NRW), Heimgesetz, Krankenhausbauverordnung, Hygieneverordnung, Landeswassergesetz, Trinkwasserverordnung, Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG), u.a.

Ziele

- Verhütung und Bekämpfung (übertragbarer) Krankheiten
- Aufdeckung von Infektionsketten und deren Unterbrechung
- Verbesserung der Durchimpfungsraten in der Bevölkerung
- Schutz der Bevölkerung vor umweltbedingten Gesundheitsgefahren
- Vermeidung von Gesundheitsgefahren durch die Mitwirkungen an Planungen

Zielgruppen

Erkrankte Personen, Kontaktpersonen, Gemeinschaftseinrichtungen, Träger von Krankenhäusern und Heimen, Behörden, Institutionen, Firmen etc.



1.07.04.02

Medizinalaufsicht

Beschreibung

Erfassung und Überwachung der Berufe und Einrichtungen des Gesundheitswesens sowie Arzneimittelüberwachung, Apothekenaufsicht.

1. Erfassung und Überwachung der Berufe des Gesundheitswesens
2. Durchführung von Prüfungen in nichtärztlichen Heilberufen und Erteilung der Erlaubnisse
3. Leichen- und Bestattungswesen
4. Erlaubnisse über Anerkennung ausländischer Bildungsabschlüsse
5. Erlaubnisse zur Führung der Berufsbezeichnung nichtärztlicher Heilberufe
6. Erteilung von Konzessionen für Privatkrankenhäuser
7. Apothekenaufsicht
8. Arzneimittelüberwachung

Auftragsgrundlage

Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst (ÖGDG NW), Verordnung zur Durchführung des Feuerbestattungsgesetzes, Ordnungsbehördliche Verordnung über das Leichenwesen, Krankenpflegegesetz und weitere Spezialgesetze der nichtärztlichen Heilberufe, Arzneimittelgesetz, Apothekengesetz, Betäubungsmittelgesetz, Heilmittelwerbegesetz, Chemikaliengesetz u.a.

Ziele

Zu 1.: Erfassung sämtlicher Personen, die in Berufen des Gesundheitswesens tätig sind.

Zu 5.: Verhinderung des Einsatzes nicht ausreichend qualifizierter Personen in nichtärztlichen Heilberufen.

Zu 7. und 8.: Einhaltung der Bestimmungen über den Umgang mit Arzneimitteln.

Zielgruppen

Personen mit Berufen des Gesundheitswesens, Bestattungsinstitute, Privatkrankenhäuser, Apotheken

Haushaltsplan 2010

1.07 Gesundheitsdienste

verantwortlich:

1.07.04 Gesundheitsschutz

Dezernat III



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|----------------|----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -5.250 | -5.250 | -5.250 | -5.250 | -5.250 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -64.250 | -54.000 | -54.000 | -54.000 | -54.000 |
| 7 | + Sonstige ordentliche Erträge | | | -600 | -600 | -600 | -600 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -69.500 | -59.850 | -59.850 | -59.850 | -59.850 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 734.124 | 804.116 | 808.997 | 816.113 | 822.156 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 52.000 | 52.000 | 52.000 | 52.000 | 52.000 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 46.410 | 49.703 | 48.734 | 49.312 | 50.000 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 832.534 | 905.818 | 909.730 | 917.425 | 924.156 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 763.034 | 845.968 | 849.880 | 857.575 | 864.306 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 763.034 | 845.968 | 849.880 | 857.575 | 864.306 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 763.034 | 845.968 | 849.880 | 857.575 | 864.306 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 150.420 | 110.510 | 111.343 | 112.622 | 113.315 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 913.455 | 956.478 | 961.223 | 970.197 | 977.621 |

**Planerläuterung zum Teilergebnisplan Gesundheitsschutz**

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* beinhaltet den Landeszuschuss (Kostenart 414200) zu den Impfstoffkosten und den Landeszuschuss zu den Personal- und Sachkosten zu den Prüfungen nichtärztlicher Heilberufe. In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für das Gesundheitsamt und die Verwaltungsgebühren für das Sachgebiet Infektionsschutz und Umwelthygiene zusammengefasst. Die *Sonstigen ordentlichen Erträge* weisen Verwarnungsgelder und Zwangsgelder aus (Kostenart 452130 und 452120).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* erfasst alle Impfkosten/Kosten für Impfstoffe (Kostenart 526600) sowie Röntgenkosten bzw. die Kosten für bakteriologische und serologische Untersuchungen und Untersuchungen nach dem Infektionsschutzgesetz (Kostenart 529100). In der Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Erstattungen an Prüfungsausschussmitglieder (Kostenart 542800) erfasst. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.07 Gesundheitsdienste

1.07.04 Gesundheitsschutz



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|----------------|----------------|------------------------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -5.250 | -5.250 | | -5.250 | -5.250 | -5.250 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -64.250 | -54.000 | | -54.000 | -54.000 | -54.000 |
| 7 | + Sonstige Einzahlungen | | | -600 | | -600 | -600 | -600 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -69.500 | -59.850 | | -59.850 | -59.850 | -59.850 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 524.987 | 580.274 | | 586.077 | 591.937 | 597.857 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 52.000 | 52.000 | | 52.000 | 52.000 | 52.000 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 1.400 | 1.400 | | 1.400 | 1.400 | 1.400 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 578.387 | 633.674 | | 639.477 | 645.337 | 651.257 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 508.887 | 573.824 | | 579.627 | 585.487 | 591.407 |

Haushaltsplan 2010

1.08 Sportförderung

verantwortlich:



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|----------------|----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -1.900 | -1.900 | -1.900 | -1.900 | -1.900 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -1.900 | -1.900 | -1.900 | -1.900 | -1.900 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 42.654 | 43.742 | 43.709 | 44.001 | 44.124 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 208.000 | 214.516 | 208.516 | 189.516 | 187.516 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 5.052 | 5.377 | 4.975 | 5.034 | 5.112 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 255.706 | 263.635 | 257.200 | 238.550 | 236.752 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 253.806 | 261.735 | 255.300 | 236.650 | 234.852 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 253.806 | 261.735 | 255.300 | 236.650 | 234.852 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 253.806 | 261.735 | 255.300 | 236.650 | 234.852 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 122.727 | 85.645 | 64.389 | 64.469 | 64.807 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 376.532 | 347.380 | 319.689 | 301.120 | 299.659 |

Haushaltsplan 2010

1.08 Sportförderung

verantwortlich:



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|----------------|----------------|------------------------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -1.900 | -1.900 | | -1.900 | -1.900 | -1.900 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -1.900 | -1.900 | | -1.900 | -1.900 | -1.900 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 25.833 | 26.835 | | 27.104 | 27.375 | 27.649 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 208.000 | 214.516 | | 208.516 | 189.516 | 187.516 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 233.833 | 241.351 | | 235.620 | 216.891 | 215.165 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 231.933 | 239.451 | | 233.720 | 214.991 | 213.265 |



Beschreibung

Förderung des Sports in Sportvereinen und –verbänden durch finanzielle Unterstützung.
Zusammenarbeit mit Vereinen und deren Fachverbänden.
Förderung durch Bereitstellung von Sportstätten für den außerschulischen Sport.

- Förderung des Sports in Vereinen und Verbänden
- Förderung des Schulsports
- Außerschulische Vergabe von Turn- und Sporthallen

Auftragsgrundlage

Kreistagsbeschluss

Ziele

Förderung des Breitensports

- jugendpflegerische Betätigung in der Breitensportarbeit in den Vereinen
- Gestaltung des Vereinslebens für Kinder und Jugendliche mit Sport, Spiel und Geselligkeit.

Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen Schul- und Vereinssport durch die Übertragung der Aufgaben der Geschäftsführung im „Ausschuss für den Schulsport“

Zielgruppen

Geschäftsführung „Ausschuss für den Schulsport“, Vereine/Verbände, sonstiger organisierter Sport

Haushaltsplan 2010

1.08 Sportförderung

verantwortlich:

1.08.01 Sportförderung

Dezernat III



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|----------------|----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -1.900 | -1.900 | -1.900 | -1.900 | -1.900 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -1.900 | -1.900 | -1.900 | -1.900 | -1.900 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 42.654 | 43.742 | 43.709 | 44.001 | 44.124 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 208.000 | 214.516 | 208.516 | 189.516 | 187.516 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 5.052 | 5.377 | 4.975 | 5.034 | 5.112 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 255.706 | 263.635 | 257.200 | 238.550 | 236.752 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 253.806 | 261.735 | 255.300 | 236.650 | 234.852 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 253.806 | 261.735 | 255.300 | 236.650 | 234.852 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 253.806 | 261.735 | 255.300 | 236.650 | 234.852 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 122.727 | 85.645 | 64.389 | 64.469 | 64.807 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 376.532 | 347.380 | 319.689 | 301.120 | 299.659 |



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Sportförderung

Über die Kontengruppe *Öffentlich–Rechtliche Leistungsentgelte* werden die Gebühren für die Inanspruchnahme von Sporthallen vereinnahmt (Kostenart 432100).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* dient hauptsächlich der Abwicklung von Maßnahmen zur Förderung der Jugendarbeit in Sportvereinen. Darüber hinaus wird hier der Zuschuss für Behindertensportveranstaltungen bzw. Sportjugendtage sowie die pauschale Kostenerstattung an den Kreissportbund veranschlagt (Kostenart 531900). Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Bei der *Internen Leistungsverrechnung* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.08 Sportförderung

1.08.01 Sportförderung



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|----------------|----------------|------------------------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -1.900 | -1.900 | | -1.900 | -1.900 | -1.900 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -1.900 | -1.900 | | -1.900 | -1.900 | -1.900 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 25.833 | 26.835 | | 27.104 | 27.375 | 27.649 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 208.000 | 214.516 | | 208.516 | 189.516 | 187.516 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 233.833 | 241.351 | | 235.620 | 216.891 | 215.165 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 231.933 | 239.451 | | 233.720 | 214.991 | 213.265 |

Haushaltsplan 2010

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|------------------|-------------------|-------------------|--------------------|------------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -733.500 | -735.500 | -679.500 | -682.500 | -687.500 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -7.700 | -7.200 | -7.200 | -7.200 | -7.200 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -14.050 | -2.702.370 | -910.350 | -10.564.850 | -30.350 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -755.250 | -3.445.070 | -1.597.050 | -11.254.550 | -725.050 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 4.801.999 | 4.844.392 | 4.874.219 | 4.917.151 | 4.953.801 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 355.961 | 3.093.518 | 1.452.075 | 10.855.182 | 238.689 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 6.160 | 6.849 | 7.862 | 8.877 | 9.896 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 424.756 | 448.541 | 431.142 | 435.896 | 417.770 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 5.588.876 | 8.393.300 | 6.765.297 | 16.217.107 | 5.620.156 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 4.833.626 | 4.948.231 | 5.168.247 | 4.962.557 | 4.895.106 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 4.833.626 | 4.948.231 | 5.168.247 | 4.962.557 | 4.895.106 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 4.833.626 | 4.948.231 | 5.168.247 | 4.962.557 | 4.895.106 |
| 27 | + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | -95.905 | -89.062 | -89.522 | -90.205 | -90.630 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 411.092 | 425.974 | 423.396 | 429.895 | 431.419 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 5.148.813 | 5.285.143 | 5.502.121 | 5.302.247 | 5.235.895 |

Haushaltsplan 2010

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

verantwortlich:



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|------------------|-------------------|------------------------------|-------------------|--------------------|------------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -733.500 | -735.500 | | -679.500 | -682.500 | -687.500 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -7.700 | -7.200 | | -7.200 | -7.200 | -7.200 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -7.500 | -2.696.020 | | -904.000 | -10.558.500 | -24.000 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -748.700 | -3.438.720 | | -1.590.700 | -11.248.200 | -718.700 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 3.469.756 | 3.495.073 | | 3.530.022 | 3.565.323 | 3.600.978 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 360.711 | 3.148.840 | | 1.447.140 | 10.858.740 | 242.240 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 120.100 | 122.100 | | 105.100 | 105.100 | 80.100 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 3.950.567 | 6.766.013 | | 5.082.262 | 14.529.163 | 3.923.318 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 3.201.867 | 3.327.293 | | 3.491.562 | 3.280.963 | 3.204.618 |
| 26 | - Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen | | 10.000 | 6.000 | | 6.000 | 6.000 | 6.000 |
| 29 | - sonstige Investitionsauszahlungen | | | 4.000 | | 4.000 | 4.000 | 4.000 |
| 30 | = investive Auszahlungen | | 10.000 | 10.000 | | 10.000 | 10.000 | 10.000 |
| 31 | = Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung) | | 10.000 | 10.000 | | 10.000 | 10.000 | 10.000 |



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.09.01.01 Kreisentwicklungsplanung, Raum- und Umweltinformation

1.09.01.02 Beutreuung von Verfahren externer Planungsträger

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen



1.09.01.01

Kreisentwicklungsplanung, Raum- und Umweltinformation

Beschreibung

- Koordination zur Herstellung eines regionalen Konsenses bei übergeordneten Planungen / Erarbeitung von kreisbezogenen Beiträgen und Antragsteilen
- Grundlagenerarbeitung von bedarfs- und strukturorientierten Beiträgen zur Kreisentwicklung insbesondere bei übergeordneten Rahmenplanungen und Basiserhebung sowie zur Gewerbe-, Siedlungs- und Verkehrsentwicklung des Oberbergischen Kreises
- Sicherstellung der dörflichen Entwicklung im Oberbergischen Kreis / Durchführung des Kreiswettbewerbes (Unser Dorf hat Zukunft) sowie Beteiligung an Landes- und Bundeswettbewerben
- Unterstützung und Anpassungsnotwendigkeiten für den Strukturwandel in Gewerbe, Wirtschaft, Siedlung und Verkehr verbunden mit der Erarbeitung von Beiträgen zur Neustrukturierung und Schwerpunktausrichtung von querschnittsorientierten Handlungsfeldern im Rahmen der Kreisentwicklung (z.B. Anpassung an den demographischen Wandel, Flexibilisierung von Siedlungs- und Gewerbestrukturen, etc.)
- Grundlagenerarbeitung von EU- und nationalorientierten Förderanträgen zur Kreisentwicklung, aktive Teilnahme an Wettbewerbsprozessen
- kulturlandschaftliche Entwicklungsplanung
- Entwicklungsplanungen zur Freiraum- und Erholungsnutzung
- Erfassung und Fortführung von fachbezogenen Geodaten aus dem Bau-, Planungs- und Umweltbereich
- Planungsunterstützung von Investitionsvorhaben, Genehmigungsabläufen, Planfeststellungserfordernissen und sonstigen zur Beschleunigung von Realisierungsvorhaben notwendigen Schritten
- Erstellung von Plänen und kartographischen Auswertungen
- Führen der Fachgeodaten aus dem Bau-, Planungs- und Umweltbereich im Rauminformationssystem Oberberg - RIO

Auftragsgrundlage

EU-, Bundes- und Landesvorgaben; EU-, Bundes und Landesförderprogramme; Beschlüsse der politischen Gremien



Ziele

Der Oberbergische Kreis erfüllt interkommunale Aufgaben zur Gewerbe-, Siedlungs- und Verkehrsentwicklung sowie zur Freiraum- und Erholungssicherung gegenüber der Bezirksregierung Köln und dem Land NRW. Den Interessen des Oberbergischen Kreises und seiner 13 angehörigen Kommunen ist dabei in überregionalen Planungsverfahren zur Ausweisung neuer Vorrangstandorte entsprechend Gehör und Akzeptanz zu verschaffen. Dafür sind Basisgrundlagen zu erarbeiten, Zielvorstellungen zu formulieren und interkommunal für die Region des OBK abzustimmen. Veränderungen und Entwicklungsprozesse in allen Bereichen der raumbedeutsamen Daseinsvorsorge sind dabei zu beachten, so dass die Zielformulierung ständig aktualisiert werden muss. Belange der Wirtschaft, aktuelle Entwicklungen im Bereich des Siedlungsbestandes und der Siedlungsplanung sowie Entwicklung im Bereich der Verkehrsbedarfe führen zu Bedarfsänderungen von Infrastruktur und Flächennutzung, so dass regionale Entwicklungsziele einem ständigen Anpassungsprozess unterliegen. Auch die Veränderung der Altersstruktur sowie der Wanderung im Oberbergischen Kreis führen zu einer sich ständig wandelnden Neuorientierung für private und öffentliche Träger in der regionalen Entwicklung des Oberbergischen Kreises. Ziel ist, diese Anpassung kreisförderlich zu gestalten. Planungsrelevante Daten sind mit allen Veränderungen zu erfassen und für Planungs- und Genehmigungsvorhaben mit dem Ziel der Beschleunigung von Bearbeitungsprozessen bereit zu halten.

Zielgruppen

Politik, Behörden, Wirtschaft, Institutionen, Verbände, Vereine, Touristik, Gesellschaft



1.09.01.02

Betreuung von Verfahren externer Planungsträger

Beschreibung

- Federführung bei städtebaulichen, regionalplanerischen und raumordnerischen Stellungnahmen des Oberbergischen Kreises als Träger öffentlicher Belange
 - o im Rahmen der Bauleitplanung kreisangehöriger Kommunen und benachbarter Gebietskörperschaften
 - o bei Innen- und Außenbereichssatzungen
 - o bei der Beteiligung von Planungen des Bundes und des Landes (LEPro, Landes- und Regionalpläne, Raumordnungsverfahren)
 - o bei Planfeststellungsverfahren
- Stellungnahmen bei fachlichen Einzelplanungen und –nutzungen mit raumbedeutsamen Wirkungen (z.B. Flurbereinigung, agrarstrukturelle und forstliche Rahmenplanungen)
- Koordinierung bzgl. der Ämterbeteiligung innerhalb der Kreisverwaltung bei städtebaulichen, regionalplanerischen und raumordnerischen Planungen
- Wahrnehmung von externen Terminen im Rahmen oben genannter Planungen
- Planungsaufsicht zur Einhaltung von Zielen der Raumordnung und Landesplanung
- Vertretung der Interessen des Oberbergischen Kreises bei landes- und regionalplanerischen Anhörungsverfahren
- landschaftspflegerische Beurteilung von Planungen und Maßnahmen sowie Vollzugskontrolle im Rahmen der gesetzlichen bauleitplanerischen Eingriffs- / Ausgleichsregelung
- wasser-, boden- und artenschutzrechtliche Beurteilung von Planungen und Maßnahmen u.a. im Rahmen der Bauleitplanung

Auftragsgrundlage

Raumordnungsgesetz, Landesplanungsgesetz, LEPro NRW, Baugesetzbuch, Bundesnaturschutzgesetz, Fernstraßengesetz, Straßen- und Wegegesetz, Eisenbahngesetz, Wasserhaushaltsgesetz, Bundesbodenschutzgesetz, Landschaftsgesetz NRW, EU-Verordnungen und -Richtlinien



Ziele

- positive Steuerung der Raumentwicklung im Sinne einer wirtschaftsförderlichen Entwicklung
- Einhaltung der Zeitvorgaben der Planungsträger
- Optimierung von Verwaltungsabläufen
- kommunale Planungen mit den Zielen der Raumordnung und Landschaftsplanung in Übereinstimmung zu bringen
- Einbringung der Kreisinteressen bei Planungen in Abstimmung mit seinen Aufgaben als Träger öffentlicher Belange

Zielgruppen

Landesplanungsbehörden, Bezirksregierung Köln, Kommunen des Oberbergischen Kreises, benachbarte Gebietskörperschaften, Bezirksregierungen, Straßen NRW

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.01 Räumliche Planung



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|------------------|-------------------|------------------|--------------------|-----------------|
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -6.550 | -2.684.370 | -886.350 | -10.540.850 | -6.350 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -6.550 | -2.684.370 | -886.350 | -10.540.850 | -6.350 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 755.743 | 754.791 | 756.744 | 762.505 | 766.339 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 149.511 | 2.873.999 | 1.230.306 | 10.635.413 | 18.920 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 6.160 | 3.949 | 4.162 | 4.377 | 4.596 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 40.026 | 44.877 | 44.526 | 44.953 | 45.464 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 951.439 | 3.677.616 | 2.035.737 | 11.447.248 | 835.319 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 944.889 | 993.246 | 1.149.387 | 906.398 | 828.969 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 944.889 | 993.246 | 1.149.387 | 906.398 | 828.969 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 944.889 | 993.246 | 1.149.387 | 906.398 | 828.969 |
| 27 | + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | -64.291 | -49.001 | -49.464 | -49.586 | -49.736 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 128.861 | 92.740 | 93.528 | 93.568 | 93.668 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 1.009.459 | 1.036.986 | 1.193.451 | 950.380 | 872.901 |



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Räumliche Planung

Die Produktgruppe „1.09.01 Räumliche Planung“ beinhaltet die Produkte „1.09.01.01 Kreisentwicklungsplanung, Raum- und Umweltinformationen“ und „1.09.01.02 Betreuung von Verfahren externer Planungsträger“.

Über die Kontengruppe Kostenerstattungen werden neben den Zuschüssen für verschiedene Projekte (s.u., Kostenart 444905) auch Erstattungen des Bundesamtes für Zivildienst (Kostenart 444903) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen sowie die anteiligen Kosten von Zivildienstleistenden.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* sind die Aufwendungen für Regionale Entwicklung u. Demographie (Kostenart 529914) und die Kosten des Wettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ (Kostenart 529915) veranschlagt.

In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die anfallenden Kosten für die Unterstützung von Regionalmessen und Veranstaltungen, der Aufbau und die Unterhaltung des Kompensationsflächenkatasters nach dem Landschaftsgesetz NRW und die Beschaffung von Planungsunterlagen verausgabt (Kostenart 543900). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Die Produktgruppe „1.09.01 Räumliche Planung“ beinhaltet weiter die Kosten von Projekten im Rahmen der Regionale 2010 (Projekt Kulturlandschaft Homburger Ländchen, Projekt Wasserquintett, Projekt Bergische Grauwacke, Projekt Rad Region (Infrastruktur), Projekt Mühlen u. Hämmer, Projekt Metabolon, Masterplan Talsperren, Steuerungskosten bzw. Umsetzung/Qualifizierung d Projekte Regionale 2010).

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.01 Räumliche Planung



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|----------------|-------------------|--|------------------|--------------------|-----------------|
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | | -2.678.020 | | -880.000 | -10.534.500 | |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | | -2.678.020 | | -880.000 | -10.534.500 | |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 493.486 | 495.718 | | 500.675 | 505.681 | 510.738 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 149.511 | 2.925.200 | | 1.221.500 | 10.635.100 | 18.600 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 17.400 | 32.400 | | 17.400 | 17.400 | 17.400 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 660.397 | 3.453.318 | | 1.739.575 | 11.158.181 | 546.738 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 660.397 | 775.298 | | 859.575 | 623.681 | 546.738 |



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.09.02.01 Geodätischer Raumbezug

1.09.02.02 Liegenschafts- und Ingenieurvermessung

1.09.02.02.01 Vermessungstätigkeit für Dritte

1.09.02.02.02 Verwaltungsinterne Vermessungstätigkeit

1.09.02.03 Führung der Liegenschaften Flurstücke und Gebäude

1.09.02.03.01 Übernahme beigebrachter Vermessungsschriften

1.09.02.03.02 Übernahme eigener Vermessungsschriften

1.09.02.04 Erhebung und Führung der Nutzung, Topografie und Bodenschätzung

1.09.02.05 Führung der Personen- und Bestandsdaten

1.09.02.06 Erneuerung des Liegenschaftskatasters

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen



1.09.02.01

Geodätischer Raumbezug

Beschreibung

Ohne geodätischen Raumbezug können keine Koordinaten, Flächen, Höhen u.a. zuverlässig ermittelt werden. Der Raumbezug wird durch Vermessung und Berechnung im Innen- und Außendienst gebührenfrei als Grundlagendienst bereitgestellt. Hierbei ist die kontinuierliche Führung und Pflege des Anschlusspunktfeldes die Hauptaufgabe. Die anstehende Einführung des europäischen Koordinatensystems ETRS89 wird mit Vorrang betrieben.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung

Ziele

Die Gewährleistung des geodätischen Raumbezugs ist umfassend durch fachliche Vorgaben geregelt; die verbleibenden Ermessensspielräume werden genutzt. Die Einhaltung der Vorgaben vorausgesetzt sollten quantitative Ziele angestrebt werden.

Die flächendeckende, hochgenaue Verfügbarkeit des geodätischen Lagebezugs ist Hauptziel.

Wirtschaftlich steht eine Kostenreduzierung, gemessen am Hauptverursacher, dem einzelnen Grundstück bzw. Flurstück, im Vordergrund.

Zielgruppen

Freie und gewerbliche Unternehmen sowie öffentliche Stellen, deren örtliche Erhebungen Raumbezug benötigen



1.09.02.02

Liegenschafts- und Ingenieurvermessung

Beschreibung

Liegenschaftsvermessungen sind Teilungs-, Grenz- und Gebäudevermessungen, die auf Antrag gebührenpflichtig oder von Amts wegen gebührenfrei erbracht werden.

Von Amts wegen werden die Einmessungen der vor August 1972 errichteten Gebäude und alle Vermessungen zur Katastererneuerung (Produkt 1.09.02.06) durchgeführt.

Ingenieurvermessungen werden nur in Einzelfällen für interne Zwecke der Kreisverwaltung durchgeführt.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Vermessungsgebührenordnung

Ziele

Die Ausführung von Liegenschaftsvermessungen ist umfassend durch fachliche Vorgaben geregelt; die verbleibenden Ermessensspielräume werden genutzt. Die Einhaltung der Vorgaben vorausgesetzt sollten quantitative Ziele angestrebt werden.

Mittelfristig stellt die Ausführung von Gebäudeeinmessungen die umfangreichste Aufgabe dar. Es ist eine größtmögliche Zahl anzustreben, um die vorhandenen Einmessungsdefizite der Altbauten baldmöglichst aufzuarbeiten.

Wirtschaftlich steht die Kostenreduzierung im Vordergrund. Bei gleichzeitiger Steigerung der Fallzahlen müssen sich die Kosten am Einzelvorgang orientieren.

Zielgruppen

Grundstückseigentümer als Antragsteller oder Beteiligte im Verfahren

**1.09.02.03****Führung der Liegenschaften Flurstücke und Gebäude****Beschreibung**

Alle auf bzw. an Grundstücken vorgenommenen Veränderungen wie zum Beispiel die Errichtung eines Gebäudes, die Teilung eines Grundstücks oder der Umbau einer Straße haben Liegenschaftsvermessungen zur Folge. Diese von befugten Stellen durchgeführten Vermessungen müssen der Katasterbehörde eingereicht werden. Die sich anschließende Prüfung und Übernahme dieser Vermessungsergebnisse stellt die zentrale Pflichtaufgabe der Katasterführung dar.

Gebührenpflichtig erfolgt die Bildung von Flurstücken; gebührenfrei sind die Bearbeitung von Grenz- und Gebäudeeinmessungen sowie die Verschmelzung von Flurstücken.

Darüber hinaus überwacht die Katasterbehörde die Gebäudeeinmessungspflicht.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Vermessungsgebührenordnung

Ziele

Prüfung und Übernahme der Vermessungsergebnisse sind umfassend durch fachliche Vorgaben geregelt; die verbleibenden Ermessensspielräume werden genutzt. Die Einhaltung der Vorgaben vorausgesetzt sollten quantitative Ziele angestrebt werden.

Für die Wirtschaftsförderung ist im Besonderen eine zügige Bearbeitung von Flurstücksbildungen vorrangig. Auf der Kostenseite ist der erforderliche Personalaufwand an den erzielbaren Gebühreneinnahmen zu messen. Trotz schwieriger Voraussetzungen (Niedrige Bodenwerte, teilweise problematische Katasterqualität, gebührenfreie Vorgänge u.a.) soll die Kostendeckung langfristiges Ziel sein.

Für eine umfängliche, belastbare Nutzung des Liegenschaftskatasters ist mittelfristig die qualifizierte Vollständigkeit des Gebäudenachweises zu erreichen.

Zielgruppen

Befugte Vermessungsstellen (Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure, privilegierte Behörden), Grundstückseigentümer als Einmessungsverpflichtete bzw. Auftraggeber und als Antragsteller bei Vereinigungen



1.09.02.04

Erhebung und Führung der Nutzung, Topografie und Bodenschätzung

Beschreibung

Im Liegenschaftskataster sind in Ergänzung der Flurstücks- und Gebäudedaten flächendeckend und aktuell zu beschreiben:

- die tatsächlichen Flächennutzungen,
- die charakteristischen Geländeformen, baulichen Anlagen und wesentlichen Landschaftselemente (Topografie) sowie die von der Finanzbehörde durchgeführten Bodenschätzungen als Grundlage zur Besteuerung der landwirtschaftlichen Flächen.

Nutzung und Topographie werden im Innen- und Außendienst erfasst und ebenso wie die vom Finanzamt durchgeführte Bodenschätzung gebührenfrei als Grundlagendienst bereitgestellt.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Grundsteuer-, Bewertungs- und Bodenschätzungsgesetz

Ziele

Die Laufendhaltung von Flächennutzung und Topografie ist umfassend durch fachliche Vorgaben geregelt; die verbleibenden Ermessensspielräume werden genutzt. Die Einhaltung der Vorgaben vorausgesetzt sollten quantitative Ziele angestrebt werden.

Die flächendeckende Aktualität stellt für die Nutzer den maßgeblichen Mehrwert der Geobasisdaten dar. Da in den nächsten Jahren neben der Laufendhaltung zusätzlich Umstellungsarbeiten bezüglich der Art der Datenführung erfolgen müssen, soll der erreichte Aktualitätsstand mittelfristig gehalten werden.

Wirtschaftlich steht die Kostenreduzierung, gemessen am Hauptverursacher, der zu bearbeitenden Fläche, im Vordergrund.

Zielgruppen

Aufgabenträger aus der Planung und Statistik, Unternehmen der Energieversorgung, Bauwillige, Ordnungsbehörden, Bewertungssachverständige, Finanz- und Steuerämter u.a. private / öffentliche Nutzer des Liegenschaftskatasters



1.09.02.05

Führung der Personen- und Bestandsdaten

Beschreibung

Das Liegenschaftskataster ist das amtliche Verzeichnis der Grundstücke im Sinne der Grundbuchordnung. Die Übereinstimmung zwischen Liegenschaftskataster und Grundbuch ist demnach zwingend zeitnah zu wahren. Die Amtsgerichte bzw. die Grundbuchämter teilen der Katasterbehörde alle Eigentumsveränderungen in digitaler Form mit. Diese müssen geprüft und gebührenfrei in das Liegenschaftskataster als Grundlagendienst übernommen werden. Ergänzend werden zusätzliche Personendaten, d.h. Informationen des Katasters zur Person, Anschrift, Verwaltung, Vertretung, und Hinweise auf Baulasten geführt.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Grundbuchordnung §2, Abs.2

Ziele

Die Laufendhaltung der Personen- und Bestandsdaten ist umfassend durch fachliche Vorgaben und programmtechnische Bedingungen geregelt. Deren Einhaltung vorausgesetzt sollten quantitative Ziele angestrebt werden.

Die flächendeckende Aktualität, d.h. die zeitnahe Übereinstimmung mit dem Grundbuch, stellt für die Nutzer den maßgeblichen Mehrwert der Eigentümerdaten dar. Eine Aktualitätsdifferenz von wenigen Tagen soll erreicht werden. Wirtschaftlich steht die Kostenreduzierung, gemessen am Hauptverursacher ‚Eigentümer‘, dessen Handeln Veränderungen der Personen- und Bestandsdaten zur Folge hat, im Vordergrund.

Zielgruppen

Alle Nutzer des Liegenschaftskatasters, die berechtigt sind, Eigentümerdaten einzusehen (Eigentümer und Berechtigte an Grundstücken, eine Vielzahl an Behörden, Energieversorgern, Banken, Architekten, Planern, Maklern u.v.a.m).



1.09.02.06

Erneuerung des Liegenschaftskatasters

Beschreibung

Um den stetig steigenden Anforderungen der Nutzer zu genügen, ist das Liegenschaftskataster (LK) durch verschiedene, weitgehend gebührenfreie¹⁾ Maßnahmen zu erneuern, die in 4 Kategorien darstellbar sind:

- E1: Umstellung der Karten, Pläne, Bücher, Listen, Skizzen, Urkunden und der historischen Unterlagen auf digitale Führung
- E2: Integration bzw. Migration der Daten untereinander zum Abbau von Mehrfachinformationen (Redundanzen) und Zusammenführung in ALKIS (Amtliches Liegenschaftskataster Informationssystem)
- E3: Umfassende Qualifizierung des LK durch Übernahme von Bodenordnungsverfahren (Flurbereinigungen, Umlagungen¹⁾) und durch eigene Maßnahmen
- E4: Geometrische Verbesserung durch Aufbau eines spannungsfreien Koordinatenkatasters

¹⁾ Nur im Zusammenhang mit der Übernahme von Umlagungen sowie ggf. durch Zahlung von Landeszuschüssen im Rahmen besonderer Erneuerungsmaßnahmen können Einnahmen anfallen.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung

Ziele

Das langfristige Ziel aller Erneuerungsmaßnahmen muss deren Abschluss unter Beachtung der fachlichen Vorgaben sein. Die Reihenfolge der Kategorien hinsichtlich ihrer Priorität ist: E2 – E3 – E1 – E4. D.h., dass die Einführung von ALKIS höchste Priorität hat, da hier die größten Erleichterungen für die laufenden Arbeitsprozesse zu erwarten sind. Das konkrete Ziel ist die Einführung von ALKIS bis zum 31.12.2010.

Wirtschaftlich steht die Kostenreduzierung, gemessen an der Zahl der zu erneuernden Katasterfälle, d.h. der Flurstücke, im Vordergrund.

Zielgruppen

Alle privaten und öffentlichen Nutzer des Liegenschaftskatasters

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.02 Vermessung u. Führung v. Geobasisdaten



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -393.000 | -388.000 | -328.000 | -328.000 | -328.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | | -12.000 | -18.000 | -18.000 | -18.000 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -393.000 | -400.000 | -346.000 | -346.000 | -346.000 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 3.176.449 | 3.169.002 | 3.189.505 | 3.217.961 | 3.242.640 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 129.250 | 145.879 | 152.629 | 152.629 | 152.629 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | | 2.900 | 3.700 | 4.500 | 5.300 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 253.685 | 272.051 | 261.759 | 264.723 | 244.078 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 3.559.384 | 3.589.833 | 3.607.593 | 3.639.812 | 3.644.647 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 3.166.384 | 3.189.833 | 3.261.593 | 3.293.812 | 3.298.647 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 3.166.384 | 3.189.833 | 3.261.593 | 3.293.812 | 3.298.647 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 3.166.384 | 3.189.833 | 3.261.593 | 3.293.812 | 3.298.647 |
| 27 | + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | -221.292 | -280.425 | -280.410 | -284.336 | -286.256 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 282.230 | 333.234 | 329.868 | 336.327 | 337.751 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 3.227.322 | 3.242.642 | 3.311.051 | 3.345.803 | 3.350.142 |



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Vermessung und Führung von Geobasisdaten

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für die Ausführung von Vermessungen und die Übernahme von Vermessungsschriften gesammelt. Die einzelnen Gebühren können über Produkte/Teilprodukte noch weiter differenziert werden. Bei den *Kostenerstattungen und Kostenumlagen* handelt es sich um Kostenbeteiligungen z.B. durch Kommunen.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* umfasst die Kosten für die Arbeiten zur Erneuerung des Liegenschaftskatasters und die Ausgaben für Bildflüge (Kostenart 529100).

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.02 Vermessung u. Führung v. Geobasisdaten



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|------------------|------------------|--|------------------|------------------|------------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -393.000 | -388.000 | | -328.000 | -328.000 | -328.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | | -12.000 | | -18.000 | -18.000 | -18.000 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -393.000 | -400.000 | | -346.000 | -346.000 | -346.000 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 2.317.337 | 2.306.870 | | 2.329.938 | 2.353.239 | 2.376.773 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 162.500 | 175.500 | | 180.500 | 180.500 | 180.500 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 77.200 | 68.200 | | 68.200 | 68.200 | 43.200 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 2.557.037 | 2.550.570 | | 2.578.638 | 2.601.939 | 2.600.473 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 2.164.037 | 2.150.570 | | 2.232.638 | 2.255.939 | 2.254.473 |
| 26 | - Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen | | 10.000 | 6.000 | | 6.000 | 6.000 | 6.000 |
| 29 | - sonstige Investitionsauszahlungen | | | 4.000 | | 4.000 | 4.000 | 4.000 |
| 30 | = investive Auszahlungen | | 10.000 | 10.000 | | 10.000 | 10.000 | 10.000 |
| 31 | = Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung) | | 10.000 | 10.000 | | 10.000 | 10.000 | 10.000 |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.02 Vermessung u. Führung v. Geobasisdaten



| Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlungen/-auszahlungen |
|--|--|---------------|---------------|---------------|------------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------------------------------|----------------------------------|
| 2 | - Summe der investiven Auszahlungen | | 10.000 | 10.000 | | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 50.000 |
| 3 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | 10.000 | 10.000 | | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 10.000 | 50.000 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante Investitionen/Ersatzbeschaffung von **geringwertigen Wirtschaftsgütern** (kurz GWG) und von **Betriebs- und Geschäftsausstattung** (kurz BGA) aus dem Bereich **Katasterverwaltung**. Der Ansatz ist für vermessungstechnische Geräte bzw. IT-Geräte bestimmt, welche nicht angemietet werden. Betriebs- und Geschäftsausstattung ist ein Begriff der kaufmännischen Buchführung. Darunter fallen Gegenstände (über 410 Euro netto), die der langfristigen Betriebsbereitschaft eines Unternehmens dienen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird im ersten Teil des Inventars als Vermögensposten geführt. In der Bilanz wird sie den Sachanlagen zugeordnet und ist damit ein Teil des Anlagevermögens. BGAs werden über den Zeitraum ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben, über Kostenstellen werden die Beschaffungen verursachungsgerecht den Ämtern/Produkten zugeordnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter können, im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, im Jahr der Anschaffung oder Herstellung voll als Betriebsausgabe abgesetzt werden. Voraussetzungen für ein geringwertiges Wirtschaftsgut: es muss eigenständig nutzbar sein, es muss beweglich sein, es muss länger als ein Jahr dem Betrieb dienen und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten liegen zwischen 60,- und 410,- Euro (netto).

Die o. g. Investitionen werden über die *Finanzstelle 5.620001* (BGA, Technische Geräte, Anlagevermögen > 410 Euro netto) bzw. bzw. über die *Finanzstelle 5.620002* (GWG, Technische Geräte, Anlagevermögen < 410 Euro netto) abgewickelt.



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

- 1.09.03.01 Bereitstellung von Geodaten und kartografischen Produkten
 - 1.09.03.01.01 Nutzung von Abrufverfahren
 - 1.09.03.01.02 Betrieb von Abrufverfahren

- 1.09.03.02 Abgabe von Geodaten und kartografischen Produkten
 - 1.09.03.02.01 Abgabe von digitalen Geobasisdaten
 - 1.09.03.02.02 Abgabe von analogen Geobasisdaten
 - 1.09.03.02.03 Abgabe von digitalen Geobasisdaten (gegen Entgelt)
 - 1.09.03.02.04 Abgabe von analogen Geobasisdaten (gegen Entgelt)
 - 1.09.03.02.05 Interne Kartentechnische Auftragsarbeiten
 - 1.09.03.02.06 Kartentechnische Auftragsarbeiten für Dritte
 - 1.09.03.02.07 Bescheinigungen
 - 1.09.03.02.08 Unschädlichkeitszeugnisse
 - 1.09.03.02.09 Einnahmen für Dritte (Land)

- 1.09.03.03 Abgabe von Geobasisdaten des Vermessungszahlenwerks
 - 1.09.03.03.01 Vermessungsunterlagen ohne MwSt
 - 1.09.03.03.02 Vermessungsunterlagen mit MwSt

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen



1.09.03.01

Bereitstellung von Geodaten und kartografischen Produkten

Beschreibung

Um den Nutzern aus Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft eine hochwertige Grundlage für anstehende Entscheidungen zu geben, werden die verfügbaren Geodaten aufbereitet und aktuell mittels Web-basierter Geodienste bereitgestellt. Hierdurch entstehen bei den Nutzern Mehrwerte in Form von Zeitersparnissen und nachhaltiger Belastbarkeit der Informationen, was durch deren Flächendeckung, Aktualität, Zuverlässigkeit, Standardisierung, Transparenz, Verknüpfbarkeit u.a. begründet ist.

Auftragsgrundlage

Die Kreisverwaltung setzt hierzu freie und Quellcode-offene Programme im Geodienst *Rauminformation Oberberg (RIO)* ein. Neben frei zugänglichen Diensten sind auch kostenpflichtige Erweiterungen des Geodienstes vereinbar.

Ziele

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Geodatenzugangsgesetz (GeoZG NRW), Vermessungsgebührenordnung

Die Einhaltung der informationstechnischen Sicherheitsvorgaben und der geltenden Kostenordnungen wird vorausgesetzt.

Inhalt, Aktualität und Verfügbarkeit des Web-basierten Geodienstes sind ausschlaggebende Parameter für dessen Nutzung. Da die bei den Nutzern entstehenden Mehrwerte quantitativ nicht erfassbar sind, sollte die Steigerung der Datenzugriffe und der Zahl der vertraglich gebundenen Nutzer angestrebt werden.

Zur Erfassung von Zugriffszahlen sind die programmtechnischen Voraussetzungen zu schaffen.

Wirtschaftlich steht eine Kosten-Nutzen-Bilanzierung im Vordergrund. Aufgrund der erheblichen Streuung der Nutzer sind die Kosten an der Einwohnerzahl zu messen.

Zielgruppen

Nutzer von Geoinformationen aus Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft



1.09.03.02

Abgabe von Geodaten und kartografischen Produkten

Beschreibung

Die Geobasisdaten des amtlichen Vermessungswesens können digital und analog erworben werden. Es werden zudem Bescheinigungen und Unschädlichkeitszeugnisse ausgestellt sowie Vermessungs- und Vereinigungsanträge entgegengenommen. Sonderdienstleistungen für Scanarbeiten, spezielle Daten- oder Druckausgaben werden angeboten.

Regelmäßig sind in diesem Zusammenhang beratende und klärende Gespräche zu führen.

Darüber hinaus sind die sonstigen befugten Behörden (zurzeit die kreisangehörigen Gemeinden) in ihrer Vertriebstätigkeit zu unterstützen.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Vermessungsgebührenordnung, Unschädlichkeitsgesetz

Ziele

Die Einhaltung der geltenden Kostenordnungen und -vorgaben wird vorausgesetzt. Die beratenden Tätigkeiten sind nachhaltig und qualifiziert wahrzunehmen.

Für die Wirtschaftsförderung ist im Besonderen eine zügige Bearbeitung der Anträge vorrangig.

Auf der Kostenseite ist der erforderliche Personalaufwand an den erzielbaren Gebühreneinnahmen zu messen. Trotz schwieriger Voraussetzungen (Parallelvertrieb durch die kreisangehörigen Gemeinden, nicht gebührende bzw. gebührenfreie Vorgänge usw.) soll eine Kostendeckung langfristiges Ziel sein.

Zielgruppen

Auskunftssuchende und Antragsteller aus Verwaltung, Wirtschaft und Gesellschaft



1.09.03.03

Abgabe von Geobasisdaten des Vermessungszahlenwerks

Beschreibung

Zur Vorbereitung und Durchführung aller grundstücksbezogenen Vermessungsarbeiten werden für private und hoheitlich tätige Vermessungsstellen die notwendigen Unterlagen gebührenpflichtig bereitgestellt und abgegeben.

Auftragsgrundlage

Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster (VermKatG NRW) i.V.m. der zugehörigen Durchführungsverordnung, Vermessungsgebührenordnung

Ziele

Die Einhaltung der geltenden Gebührenordnung und die Vollständigkeit der Datenabgaben bzw. der Vermessungsunterlagen wird vorausgesetzt.

Für die Wirtschaftsförderung ist darüber hinaus eine zügige Bearbeitung der Anträge vorrangig.

Auf der Kostenseite ist der erforderliche Personalaufwand an den erzielbaren Gebühreneinnahmen zu messen. Eine Kostendeckung ist anzustreben.

Zielgruppen

Freie und gewerbliche Vermessungsbüros sowie sonstige gewerbliche Antragsteller

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.03 Geoinformationsdienste, Geodatenmanag.



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -303.000 | -318.500 | -320.500 | -320.500 | -320.500 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -7.700 | -7.200 | -7.200 | -7.200 | -7.200 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -6.000 | -4.000 | -4.000 | -4.000 | -4.000 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -316.700 | -329.700 | -331.700 | -331.700 | -331.700 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 588.006 | 580.063 | 584.803 | 590.323 | 595.515 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 52.700 | 50.140 | 49.140 | 49.140 | 49.140 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 75.365 | 73.410 | 70.240 | 71.149 | 72.486 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 716.070 | 703.613 | 704.183 | 710.612 | 717.141 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 399.370 | 373.913 | 372.483 | 378.912 | 385.441 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 399.370 | 373.913 | 372.483 | 378.912 | 385.441 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 399.370 | 373.913 | 372.483 | 378.912 | 385.441 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 126.453 | 160.243 | 160.234 | 162.478 | 163.575 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 525.823 | 534.156 | 532.717 | 541.390 | 549.016 |



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Geoinformationsdienste

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für die Nutzung von Abrufverfahren, die Abgabe von Geobasisdaten sowie für kartentechnische Auftragsarbeiten und Bescheinigungen veranschlagt.

Bei der Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte (Kontenart 441) / Kostenerstattungen (Kontenart 442)* werden die Einnahmen aus dem Verkauf von Geobasisdaten sowie die Kostenerstattungen für den Betrieb von Abrufverfahren und für die Abgabe von Geobasisdaten durch das Land angesetzt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* sind die anteilmäßigen Kosten für die Unterhaltung der Datenverarbeitungseinrichtungen (Wartung, Dienstleistungen für IT), Ausgaben für die zum Weiterverkauf (Kostenart 526600) bestimmten, fertigen Produkte und auch die Erstattungen an das Land (Kostenart 525200) aus dem Verkauf von Landesdaten enthalten.

Unter der Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Leasingaufwendungen (Kostenart 542200) für IT-Bedarf gebucht. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.03 Geoinformationsdienste, Geodatenmanag.



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|-----------------|-----------------|--|-----------------|-----------------|-----------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -303.000 | -318.500 | | -320.500 | -320.500 | -320.500 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -7.700 | -7.200 | | -7.200 | -7.200 | -7.200 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -6.000 | -4.000 | | -4.000 | -4.000 | -4.000 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -316.700 | -329.700 | | -331.700 | -331.700 | -331.700 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 449.240 | 437.825 | | 442.203 | 446.624 | 451.090 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 33.700 | 33.140 | | 33.140 | 33.140 | 33.140 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 5.000 | | | | | |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 487.940 | 470.965 | | 475.343 | 479.764 | 484.230 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 171.240 | 141.265 | | 143.643 | 148.064 | 152.530 |

**Beschreibung**

Der Gutachterausschuss für Grundstückswerte ist ein mit Bewertungssachverständigen besetztes, neutrales und von Weisungen unabhängiges Kollegialgremium. Zur Aufgabenerfüllung ist eine Geschäftsstelle bei der Kreisverwaltung vorzuhalten. Pflichtaufgaben sind:

- *[kostenfrei als Grundlagendienst zu erbringen:]*
Führung der Kaufpreissammlung, Festsetzung und Beauskunftung der Bodenrichtwerte, Ableitung von für die Wertermittlung erforderlichen Daten (z.B. Liegenschaftszinssätze, Marktfaktoren), Erstellung von Marktberichten u.a.m.
- *[gebührenpflichtig auf Antrag zu erbringen:]*
Gutachten oder umfangreiche Auskünfte
- *[kostenfrei auf Antrag zu erbringen:]*
Wertermittlungen in Sozial- und Arbeitslosenangelegenheiten

Auftragsgrundlage

Baugesetzbuch §§ 192ff i.V.m. der Gutachterausschussverordnung NRW, Allgemeine Verwaltungsgebührenordnung - Tarifstelle 13, Justizvergütungs- und Entschädigungsgesetz, Kreisgebührensatzung

Ziele

Die Tätigkeiten des Gutachterausschusses und seiner Geschäftsstelle sind vielfältig. Es handelt sich sowohl um Grundlagendienste als auch um antragsbezogene Dienstleistungen. Während z.B. die Führung der Kaufpreissammlung auf der einen Seite klaren Vorgaben unterliegt, ist die Grundstücksbewertung andererseits geprägt durch eine Vielzahl von Ermessensspielräumen. Dieses heterogene Aufgabenspektrum führt dazu, dass ein umfassendes, den gesamten Arbeitsbereich abdeckendes Ziel nicht festzulegen ist.

Für die Grundlagendienste sollen zeitnahe und termingerechte Bearbeitung sowie die Nutzerakzeptanz der Produkte im Vordergrund stehen.

Die Wirtschaftlichkeit des Gutachterausschusses und im Besonderen der antragsbezogenen Dienstleistungen soll sich am Hauptverursacher ‚Eigentümer‘, dessen Handeln den Grundstücksmarkt prägt, und an einem gebietstypischen Parameter, der Zahl der Bodenrichtwerte, orientieren.

Zielgruppen

Eigentümer und sonstige Berechtigte an Grundstücken, Banken, Versicherungen, Steuerberater, Immobilienmakler, Sachverständige, Finanz-, Arbeits-, Sozial-, Bodenordnungs-, Planungs-, Bau- und Liegenschaftsbehörden, Gerichte u.a.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.04 Grundstückswertermittlung



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|----------------|----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -37.500 | -29.000 | -31.000 | -34.000 | -39.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -1.500 | -2.000 | -2.000 | -2.000 | -2.000 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -39.000 | -31.000 | -33.000 | -36.000 | -41.000 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 281.802 | 340.535 | 343.167 | 346.362 | 349.308 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 24.500 | 23.500 | 20.000 | 18.000 | 18.000 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 55.681 | 58.203 | 54.618 | 55.072 | 55.742 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 361.983 | 422.239 | 417.785 | 419.434 | 423.049 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 322.983 | 391.239 | 384.785 | 383.434 | 382.049 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 322.983 | 391.239 | 384.785 | 383.434 | 382.049 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 322.983 | 391.239 | 384.785 | 383.434 | 382.049 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 63.226 | 80.121 | 80.117 | 81.239 | 81.787 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 386.209 | 471.360 | 464.902 | 464.673 | 463.837 |



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Grundstückswertermittlung

In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Auskünfte, Auswertungen, Marktberichte, Bodenrichtwerte, Gutachten und Wertermittlungen für kommunale Zwecke veranschlagt. Unter der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* sind Erstattungen vom Land (Kostenart 442200) aus deren Einnahmen aus der Abgabe von Bodenrichtwerten und Marktberichten kalkuliert.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Unter die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* (Kostenart 529100) fallen die Ausgaben für die Vergabe von Wertermittlungen in Sozial- und Arbeitslosenangelegenheiten.

Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* (Kostenart 542800) umfasst die Aufwendungen für die Entschädigung der Mitglieder des Gutachterausschusses. Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat IV

1.09 Räuml. Planung u. Entw., Geoinformation

1.09.04 Grundstückswertermittlung



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|----------------|----------------|--|-----------------|-----------------|-----------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -37.500 | -29.000 | | -31.000 | -34.000 | -39.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -1.500 | -2.000 | | -2.000 | -2.000 | -2.000 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -39.000 | -31.000 | | -33.000 | -36.000 | -41.000 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 209.693 | 254.660 | | 257.206 | 259.779 | 262.377 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 15.000 | 15.000 | | 12.000 | 10.000 | 10.000 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 20.500 | 21.500 | | 19.500 | 19.500 | 19.500 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 245.193 | 291.160 | | 288.706 | 289.279 | 291.877 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 206.193 | 260.160 | | 255.706 | 253.279 | 250.877 |

Haushaltsplan 2010

1.10 Bauen und Wohnen



verantwortlich:

nn

| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -609.300 | -602.000 | -602.000 | -602.000 | -602.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -18.000 | -16.000 | -16.000 | -16.000 | -16.000 |
| 7 | + Sonstige ordentliche Erträge | | -5.000 | -7.000 | -7.000 | -7.000 | -7.000 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -632.300 | -625.000 | -625.000 | -625.000 | -625.000 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 2.443.523 | 2.492.228 | 2.504.298 | 2.525.386 | 2.542.019 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 9.000 | 9.640 | 9.650 | 9.661 | 9.671 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 9.117 | 5.845 | 6.159 | 6.479 | 6.802 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 3.500 | 3.500 | 3.500 | 3.500 | 3.500 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 124.440 | 133.235 | 128.915 | 130.407 | 132.240 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 2.589.580 | 2.644.449 | 2.652.523 | 2.675.432 | 2.694.232 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 1.957.280 | 2.019.449 | 2.027.523 | 2.050.432 | 2.069.232 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 1.957.280 | 2.019.449 | 2.027.523 | 2.050.432 | 2.069.232 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 1.957.280 | 2.019.449 | 2.027.523 | 2.050.432 | 2.069.232 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 236.498 | 268.128 | 260.805 | 262.280 | 263.361 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 2.193.777 | 2.287.577 | 2.288.328 | 2.312.712 | 2.332.593 |

Haushaltsplan 2010

1.10 Bauen und Wohnen



verantwortlich:

nn

| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|------------------|------------------|--|------------------|------------------|------------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -609.300 | -602.000 | | -602.000 | -602.000 | -602.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -18.000 | -16.000 | | -16.000 | -16.000 | -16.000 |
| 7 | + Sonstige Einzahlungen | | -5.000 | -7.000 | | -7.000 | -7.000 | -7.000 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -632.300 | -625.000 | | -625.000 | -625.000 | -625.000 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 1.711.147 | 1.750.274 | | 1.767.776 | 1.785.454 | 1.803.307 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 9.000 | 9.150 | | 9.150 | 9.150 | 9.150 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 3.500 | 3.500 | | 3.500 | 3.500 | 3.500 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 17.700 | 16.300 | | 16.300 | 16.300 | 16.300 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 1.741.347 | 1.779.224 | | 1.796.726 | 1.814.404 | 1.832.257 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 1.109.047 | 1.154.224 | | 1.171.726 | 1.189.404 | 1.207.257 |



Beschreibung

Diese Produktgruppe fasst folgende Produkte zusammen:

1.10.01.01 Untere Bauaufsicht

1.10.01.02 Bauordnungsbehördliche Verfahren

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen



1.10.01.01

Untere Bauaufsicht

Beschreibung

- Bearbeitung von und Entscheidung über Bauanträge und Anträge auf Vorbescheid auf der Grundlage der BauO NRW, einschließlich Abweichungen und Befreiungen nach BauGB
- Baurechtliche Prüfung von Anträgen nach anderen Rechtsvorschriften, wie z.B. dem Bundesimmissionsschutzgesetz
- Bauberatung außerhalb von Verfahren
- Bauzustandsbesichtigungen
- Wiederkehrende Prüfungen von Sonderbauten
- Abnahmen von Fahrgeschäften und Zelten

Auftragsgrundlage

Bauordnung des Landes NRW, Baugesetzbuch

Ziele

- Sicherstellung der Qualitätsmerkmale des Gütesiegels als mittelstandsfreundliche Verwaltung, insbesondere der Servicezusage einer Baugenehmigung innerhalb von 40 Werktagen nach Antragseingang für gewerbliche Vorhaben
- Zeitnahe Entscheidungen aller übrigen Bauanträge
- Rechtssichere Entscheidungen: Quote von mind. 90% für den Kreis erfolgreich abgeschlossener verwaltungsrechtlicher Streitverfahren

Zielgruppen

Bauherren und Architekten, Eigentümer und Nutzer baulicher Anlagen



1.10.01.02

Bauordnungsbehördliche Verfahren

Beschreibung

- Abwicklung von ordnungsbehördlichen Verfahren zur Beseitigung baurechtswidriger Zustände
- Prüfung und Bearbeitung von Teilungsanträgen und Anträgen auf Abgeschlossenheitsbescheinigung
- Durchführung von örtlichen Überprüfungen und Baukontrollen im Rahmen von ordnungsbehördlichen Verfahren und Abnahmen im Baugenehmigungsverfahren
- Vorbereitung und Eintragung /löschung von Baulasten
- Führung des Baulastenverzeichnisses
- Erteilung von Baulastauskünften
- Ablehnungen von Bauanträgen und Bauvorbescheiden
- Abwicklung von Schriftverkehr mit der oberen und obersten Bauaufsichtsbehörde (Eingaben, Petitionen)
- Fachliche Begleitung der beim Rechtsamt abzuwickelnden Klageverfahren in baurechtlichen Angelegenheiten

Auftragsgrundlage

Bauordnung des Landes Nordrhein-Westfalen (BauO NRW), Baugesetzbuch (BauGB); Allgemeine Verwaltungsgebührenordnung NRW (AVerwGebO NRW)

Ziele

- Zeitnahe und rechtssichere Abwicklung der ordnungsbehördlichen Verfahren:
Aufnahme des Verfahrens innerhalb einer Woche nach Eingang der Meldung §8 BauO NRW
Quote von mindestens 90% für den Kreis erfolgreich abgeschlossener Klageverfahren
- Rechtssichere und zeitnahe Erteilung der beantragten Teilungsgenehmigungen innerhalb eines Monats:
Quote von mindestens 90% für den Kreis erfolgreich abgeschlossener Klageverfahren
Entscheidung innerhalb eines Monats
- Zeitnahe Erteilung der Abgeschlossenheitsbescheinigungen, Baulasteintragungen und Baulastauskünften sowie Ablehnungen der Bauanträge und Bauvorbescheide

Zielgruppen

Bauherren und Grundstückseigentümer und Nutzer baulicher Anlagen im Zuständigkeitsbereich der Bauaufsicht des Oberbergischen Kreises

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat IV

1.10 Bauen und Wohnen

1.10.01 Maßnahmen der Bauaufsicht



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -558.900 | -555.000 | -555.000 | -555.000 | -555.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -6.000 | -6.000 | -6.000 | -6.000 | -6.000 |
| 7 | + Sonstige ordentliche Erträge | | | -7.000 | -7.000 | -7.000 | -7.000 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -564.900 | -568.000 | -568.000 | -568.000 | -568.000 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 1.770.825 | 1.882.969 | 1.892.666 | 1.908.784 | 1.921.747 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 9.000 | 9.640 | 9.650 | 9.661 | 9.671 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 9.117 | 5.845 | 6.159 | 6.479 | 6.802 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 3.500 | 3.500 | 3.500 | 3.500 | 3.500 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 94.157 | 105.546 | 103.778 | 104.916 | 106.273 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 1.886.598 | 2.007.500 | 2.015.754 | 2.033.339 | 2.047.993 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 1.321.698 | 1.439.500 | 1.447.754 | 1.465.339 | 1.479.993 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 1.321.698 | 1.439.500 | 1.447.754 | 1.465.339 | 1.479.993 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 1.321.698 | 1.439.500 | 1.447.754 | 1.465.339 | 1.479.993 |
| 27 | + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | -8.930 | -10.748 | -10.413 | -10.459 | -10.501 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 162.509 | 196.274 | 189.510 | 190.055 | 190.523 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 1.475.278 | 1.625.025 | 1.626.851 | 1.644.935 | 1.660.015 |

**Planerläuterung zum Teilergebnisplan Maßnahmen der Bauaufsicht**

In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind bauaufsichtliche Genehmigungsgebühren sowie Gebühren für Teilungsgenehmigungen, für die Ablehnung bauaufsichtlicher Verfahren, für die Eintragung von Baulasten, für Abgeschlossenheitsbescheinigungen nach dem Wohnungseigentumsgesetz und für ordnungsrechtliche Maßnahmen zusammengefasst (Kostenart 431100). Die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* beinhaltet die Erstattung der Kosten für die Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Kostenart 442900). Bei den *Sonstigen ordentlichen Erträgen* handelt es sich um Zwangsgelder (Kostenart 452120).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* erfasst die Kosten der Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Kostenart 524902) sowie anfallende Kosten für Katasterunterlagen bzw. Katastermaterial (Kostenart 529100). Über die Kontengruppe *Transferaufwendungen* werden Erstattungen von Verwaltungsgebühren und die Rückzahlung von Zwangsgeldern a.V. abgebildet (Kostenart 539300). Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Bei der *Internen Leistungsverrechnung* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat IV

1.10 Bauen und Wohnen

1.10.01 Maßnahmen der Bauaufsicht



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|------------------|------------------|--|------------------|------------------|------------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -558.900 | -555.000 | | -555.000 | -555.000 | -555.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -6.000 | -6.000 | | -6.000 | -6.000 | -6.000 |
| 7 | + Sonstige Einzahlungen | | | -7.000 | | -7.000 | -7.000 | -7.000 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -564.900 | -568.000 | | -568.000 | -568.000 | -568.000 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 1.253.197 | 1.331.515 | | 1.344.830 | 1.358.279 | 1.371.861 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 9.000 | 9.150 | | 9.150 | 9.150 | 9.150 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 3.500 | 3.500 | | 3.500 | 3.500 | 3.500 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 12.700 | 16.300 | | 16.300 | 16.300 | 16.300 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 1.278.397 | 1.360.465 | | 1.373.780 | 1.387.229 | 1.400.811 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 713.497 | 792.465 | | 805.780 | 819.229 | 832.811 |



Beschreibung

Fachaufsicht über die Unteren Denkmalbehörden im Oberbergischen Kreis durch

- Beratung und Information der Unteren Denkmalbehörden
- Durchführung von Geschäftsprüfungen
- Bearbeitung von Eingaben, Beschwerden und Petitionen
- Erteilung von Grabungserlaubnissen

Auftragsgrundlage

Genehmigung von Denkmalbereichssatzungen
DSchG NRW, VwVfG, GO

Ziele

- Sinnvolle Erhaltung und Nutzung von erhaltenswerter Bausubstanz, Einhaltung der Vorschriften des DSchG NRW,
- Effiziente, zeitnahe und rechtssichere Beratung und Unterstützung der Unteren Denkmalbehörden
Terminangebot für Beratungen von Kommunen innerhalb einer Woche
- Effiziente Fachaufsicht:
Genehmigung von Denkmalbereichssatzungen innerhalb von 4 Wochen
mind. eine Geschäftsprüfung pro Untere Denkmalbehörde alle 5 Jahre, d.h. 2-3 pro Jahr

Zielgruppen

Untere Denkmalbehörden im Oberbergischen Kreis, Einsender von Eingaben, Beschwerden und Petitionen,
Denkmaleigentümer, Rheinisches Amt für Denkmalpflege

Haushaltsplan 2010

1.10 Bauen und Wohnen

verantwortlich:

1.10.02 Denkmalschutz u. Denkmalpflege

Dezernat IV



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|----------------|----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 11 | - Personalaufwendungen | | 44.832 | 48.009 | 48.044 | 48.388 | 48.572 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 1.867 | 2.017 | 1.982 | 2.004 | 2.031 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 46.699 | 50.026 | 50.026 | 50.392 | 50.604 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 46.699 | 50.026 | 50.026 | 50.392 | 50.604 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 46.699 | 50.026 | 50.026 | 50.392 | 50.604 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 46.699 | 50.026 | 50.026 | 50.392 | 50.604 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 3.225 | 3.882 | 3.761 | 3.778 | 3.793 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 49.924 | 53.908 | 53.787 | 54.170 | 54.396 |

Planerläuterung zum Teilergebnisplan Denkmalschutz und Denkmalpflege

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat IV

1.10 Bauen und Wohnen**1.10.02 Denkmalschutz u. Denkmalpflege**

| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|-----------------------|---|--------------------------|------------------------|------------------------|---|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| 10 | - Personalauszahlungen | | 28.350 | 30.598 | | 30.904 | 31.213 | 31.525 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 28.350 | 30.598 | | 30.904 | 31.213 | 31.525 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 28.350 | 30.598 | | 30.904 | 31.213 | 31.525 |



Beschreibung

Im Bereich der Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum

- Entscheidung über Anträge auf
 - o Förderung des Neubaus und des Erwerbs von selbstgenutztem Wohneigentum
 - o Reduzierung von Barrieren im Bestand
 - o Durchführung von baulichen Änderungen
- Förderzusagen
- Bau- und Finanzierungsberatung, Ortstermine
- Bauzustandsbesichtigungen

Im Bereich der Förderung von Mietwohnungen

- Entscheidung über Anträge auf
 - o Förderung des Neubaus und der Modernisierung von Mietwohnungen
 - o Reduzierung von Barrieren im Bestand
- Förderzusagen
- Bau- und Finanzierungsberatung, Ortstermine
- Bauzustandsbesichtigungen

Auftragsgrundlage

Wohnraumförderungsgesetz – WoFG

Wohnungsbauförderungsgesetz NRW (WBFG)

i.V.m. dem jeweils aktuellen Wohnraumförderungsprogramm des Landes NRW

Ziele

- Nachhaltige Versorgung mit preiswertem Wohnraum
- Schaffung und Erhaltung sozial stabiler Bewohnerstrukturen
- Schaffung von selbstgenutztem Wohneigentum, insbesondere für Haushalte mit Kindern
- Anpassung von Wohnraum an geänderte Wohnbedürfnisse

Zielgruppen

Haushalte, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können und auf Unterstützung angewiesen sind. Investoren, Eigentümer/innen von bestehendem Wohnraum

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Allg. Vertreter d. LR

1.10 Bauen und Wohnen

1.10.03 Wohnungsbauförderung



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|----------------|----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -35.000 | -35.000 | -35.000 | -35.000 | -35.000 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -35.000 | -35.000 | -35.000 | -35.000 | -35.000 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 307.352 | 334.627 | 336.234 | 339.061 | 341.285 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 307.352 | 334.627 | 336.234 | 339.061 | 341.285 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 272.352 | 299.627 | 301.234 | 304.061 | 306.285 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 272.352 | 299.627 | 301.234 | 304.061 | 306.285 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 272.352 | 299.627 | 301.234 | 304.061 | 306.285 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 49.545 | 42.920 | 42.674 | 43.404 | 43.852 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 321.896 | 342.548 | 343.909 | 347.465 | 350.137 |



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Wohnungsbauförderung

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind die Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Entscheidungen im sozialen Wohnungsbau ausgewiesen.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Allg. Vertreter d. LR

1.10 Bauen und Wohnen

1.10.03 Wohnungsbauförderung



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|----------------|----------------|------------------------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -35.000 | -35.000 | | -35.000 | -35.000 | -35.000 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -35.000 | -35.000 | | -35.000 | -35.000 | -35.000 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 212.746 | 234.788 | | 237.136 | 239.507 | 241.902 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 212.746 | 234.788 | | 237.136 | 239.507 | 241.902 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 177.746 | 199.788 | | 202.136 | 204.507 | 206.902 |



| | |
|---------------------------------|--|
| <u>Beschreibung</u> | Erfassung, Kontrolle und Überwachung von Sozialwohnungen - Erteilung von Nutzungsgenehmigungen - Mietangelegenheiten |
| <u>Auftragsgrundlage</u> | Wohnungsbindungsgesetz (WoBindG), Wohnraumförderungsgesetz (WoFG) |
| <u>Ziele</u> | |
| <u>Zielgruppen</u> | Vermieter und Eigentümer, Wohnungsinhaber und Wohnungssuchende |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.10 Bauen und Wohnen

1.10.04 Wohnraumsicherung und -versorgung



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|----------------|----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -15.000 | -12.000 | -12.000 | -12.000 | -12.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -12.000 | -10.000 | -10.000 | -10.000 | -10.000 |
| 7 | + Sonstige ordentliche Erträge | | -5.000 | | | | |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -32.000 | -22.000 | -22.000 | -22.000 | -22.000 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 238.215 | 137.479 | 138.231 | 139.421 | 140.396 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 25.115 | 22.105 | 19.649 | 19.941 | 20.343 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 263.329 | 159.584 | 157.880 | 159.363 | 160.740 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 231.329 | 137.584 | 135.880 | 137.363 | 138.740 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 231.329 | 137.584 | 135.880 | 137.363 | 138.740 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 231.329 | 137.584 | 135.880 | 137.363 | 138.740 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 24.443 | 28.934 | 28.621 | 28.821 | 28.986 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 255.773 | 166.518 | 164.501 | 166.183 | 167.725 |



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Wohnraumsicherung und -versorgung

Bei der Kontengruppe *Öffentlich–Rechtliche Leistungsentgelte* handelt es sich um Gebühren (Kostenart 431100) für Entscheidungen nach dem WoBindG. Unter der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* werden die Verwaltungskostenbeiträge (Kostenart 442200) der Wohnungsbauförderungsanstalt vereinnahmt. Die Kontengruppe *Sonstige ordentliche Erträge* weist Geldleistungen nach § 25 WoBindG aus (Kostenart 452100).

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* handelt es sich um die Weiterleitung der Geldleistung (Kostenart 549900) nach §25 WoBindG an die WFA. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat III

1.10 Bauen und Wohnen

1.10.04 Wohnraumsicherung und -versorgung



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|----------------|----------------|------------------------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -15.000 | -12.000 | | -12.000 | -12.000 | -12.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -12.000 | -10.000 | | -10.000 | -10.000 | -10.000 |
| 7 | + Sonstige Einzahlungen | | -5.000 | | | | | |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -32.000 | -22.000 | | -22.000 | -22.000 | -22.000 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 166.154 | 97.895 | | 98.874 | 99.863 | 100.861 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 5.000 | | | | | |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 171.154 | 97.895 | | 98.874 | 99.863 | 100.861 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 139.154 | 75.895 | | 76.874 | 77.863 | 78.861 |



Beschreibung

Fachaufsicht über die Unteren Bauaufsichtsbehörden im Oberbergischen Kreis durch

- Beratung und Information der Unteren Bauaufsichtsbehörden
- Durchführung von Geschäftsprüfungen
- Bearbeitung von Eingaben, Beschwerden und Petitionen

Auftragsgrundlage

Beratung von Bürgern in Bauangelegenheiten

BauGB, BauO NRW, Baunebenrecht, VwVfG, VwGO

Ziele

- Einhaltung bauordnungs- und bauplanungsrechtlicher Vorschriften im Wege der Fachaufsicht:
- Reaktion auf Eingaben innerhalb einer Woche
- Geschäftsprüfungen der Unteren Bauaufsichtsbehörden alle 5 Jahre
- effiziente, zeitnahe und rechtssichere Beratung und Unterstützung der Unteren Bauaufsichtsbehörden
- Beantwortung von Beratungsanfragen innerhalb einer Woche
- Angebot zu einem Beratungstermin innerhalb einer Woche

Zielgruppen

Untere Bauaufsichtsbehörden im Oberbergischen Kreis, Einsender von Eingaben, Beschwerden und Petitionen, am Bau beteiligte, Bezirksregierung, Ministerium für Bauen und Verkehr

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:
Dezernat IV

1.10 Bauen und Wohnen

1.10.05 Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|----------------|----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -400 | | | | |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -400 | | | | |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 82.300 | 89.144 | 89.122 | 89.733 | 90.019 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 3.301 | 3.567 | 3.505 | 3.545 | 3.592 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 85.602 | 92.711 | 92.628 | 93.278 | 93.611 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 85.202 | 92.711 | 92.628 | 93.278 | 93.611 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 85.202 | 92.711 | 92.628 | 93.278 | 93.611 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 85.202 | 92.711 | 92.628 | 93.278 | 93.611 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 5.705 | 6.866 | 6.652 | 6.681 | 6.708 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 90.906 | 99.577 | 99.280 | 99.959 | 100.319 |



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Bauaufsicht i. R. d. Fachaufsicht

Über die Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden anfallende Widerspruchsgebühren (Kostenart 431100) vereinnahmt. Es handelt sich um auslaufende Verfahren, die in ihrer Entstehung vor Verabschiedung des Bürokratieabbaugesetzes anzusiedeln sind.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010verantwortlich:
Dezernat IV**1.10 Bauen und Wohnen****1.10.05 Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht**

| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|-----------------------|---|--------------------------|------------------------|------------------------|---|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -400 | | | | | |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -400 | | | | | |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 50.700 | 55.478 | | 56.032 | 56.592 | 57.158 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 50.700 | 55.478 | | 56.032 | 56.592 | 57.158 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 50.300 | 55.478 | | 56.032 | 56.592 | 57.158 |

Haushaltsplan 2010

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -1.851.977 | -1.865.702 | -1.892.276 | -1.922.365 | -1.964.484 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -2.100 | -2.100 | -2.100 | -2.100 | -2.100 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -3.000 | -3.000 | -3.000 | -3.000 | -3.000 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -1.857.077 | -1.870.802 | -1.897.376 | -1.927.465 | -1.969.584 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 617.019 | 632.152 | 637.024 | 642.947 | 648.403 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 2.238.500 | 2.306.119 | 2.274.122 | 2.296.125 | 2.319.128 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 3.878.503 | 3.920.027 | 3.953.751 | 4.013.354 | 4.082.642 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 990.000 | 1.080.000 | 2.076.000 | 2.658.000 | 2.658.000 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 932.331 | 924.552 | 923.522 | 924.094 | 924.771 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 8.656.353 | 8.862.849 | 9.864.418 | 10.534.521 | 10.632.945 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 6.799.276 | 6.992.047 | 7.967.042 | 8.607.056 | 8.663.361 |
| 20 | - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | | 1.000 | 1.000 | 1.000 | 1.000 | 1.000 |
| 21 | = Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20) | | 1.000 | 1.000 | 1.000 | 1.000 | 1.000 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 6.800.276 | 6.993.047 | 7.968.042 | 8.608.056 | 8.664.361 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 6.800.276 | 6.993.047 | 7.968.042 | 8.608.056 | 8.664.361 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 69.121 | 73.465 | 72.664 | 74.713 | 74.921 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 6.869.397 | 7.066.512 | 8.040.707 | 8.682.769 | 8.739.282 |

Haushaltsplan 2010

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

verantwortlich:



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|------------------|------------------|------------------------------|-------------------|-------------------|-------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -945.147 | -945.147 | | -945.147 | -945.147 | -945.147 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -2.100 | -2.100 | | -2.100 | -2.100 | -2.100 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -3.000 | -3.000 | | -3.000 | -3.000 | -3.000 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -950.247 | -950.247 | | -950.247 | -950.247 | -950.247 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 461.705 | 472.502 | | 477.227 | 481.999 | 486.818 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 2.238.500 | 2.306.000 | | 2.274.000 | 2.296.000 | 2.319.000 |
| 13 | - Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen | | 1.000 | 1.000 | | 1.000 | 1.000 | 1.000 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 990.000 | 1.080.000 | | 2.076.000 | 2.658.000 | 2.658.000 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 75.100 | 63.700 | | 63.800 | 63.900 | 64.000 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 3.766.305 | 3.923.202 | | 4.892.027 | 5.500.899 | 5.528.818 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 2.816.058 | 2.972.955 | | 3.941.780 | 4.550.652 | 4.578.571 |
| 18 | + Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | | -322.000 | -902.000 | | -1.222.000 | -1.269.000 | -2.567.000 |
| 19 | + Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen | | -2.500 | -2.500 | | -2.500 | -2.500 | -2.500 |
| 23 | = investive Einzahlungen | | -324.500 | -904.500 | | -1.224.500 | -1.271.500 | -2.569.500 |
| 24 | - Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden | | 234.000 | 297.000 | | 150.000 | 320.000 | 215.000 |
| 25 | - Auszahlungen für Baumaßnahmen | | 1.397.000 | 1.725.000 | | 2.360.000 | 2.390.000 | 3.630.000 |
| 30 | = investive Auszahlungen | | 1.631.000 | 2.022.000 | | 2.510.000 | 2.710.000 | 3.845.000 |
| 31 | = Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung) | | 1.306.500 | 1.117.500 | | 1.285.500 | 1.438.500 | 1.275.500 |



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

- 1.12.01.01 Neu-, Um- und Ausbau von Kreisstraßen
- 1.12.01.02 Erhaltung und Betrieb der Kreisstraßen

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen



1.12.01.01

Neu-, Um- und Ausbau von Kreisstraßen

Beschreibung

Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung von Baumaßnahmen, die der Erstellung und Umgestaltung von Kreisstraßen innerhalb des 212,3 km langen Gesamtnetzes (Stand 01.01.2009) einschließlich der begleitenden Geh- und Radwege und der Ingenieurbauwerke dienen. Dazu gehören

- Planung und Bürgerbeteiligung / Planfeststellung
- Grunderwerb und Vermessung
- Zuschussbearbeitung
- Durchführungsvereinbarungen mit Beteiligten
- Ausschreibung und Vergabe
- Bauleitung
- Abrechnung
- Erfüllung landschaftsrechtlicher Ausgleichsverpflichtungen

Auftragsgrundlage

Straßen- und Wegegesetz NRW (StrWG NRW), Fernstraßengesetz und dazu erlassene Richtlinien, Beschlüsse des Kreistages, Förderrichtlinien Stadtverkehr (vormals Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz), Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI), Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB), Straßenverkehrsgesetz / -ordnung

Ziele

Stetige und nachhaltige Verbesserung der Verkehrssicherheit und der Leistungsfähigkeit der Kreisstraßen unter Nutzung möglicher Landesförderungen durch Baumaßnahmen, mittels derer auch bei zunehmender Verkehrsstärke

- die durchschnittliche Unfallhäufigkeit im Gesamtnetz in der mittelfristigen Betrachtung stetig abnimmt
- die prozentuale Überschreitung der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten stetig abnimmt
- die Gesamtlänge der Geh- und Radwege / begehbaren Bankette bis 2015 um mind. 5 km erhöht wird
- bis 2020 mind. 85 % der Kreisstraßenlänge eine Fahrbahnbreite von mind. 4,75 m haben, durch die ein gefahrloser Begegnungsverkehr ermöglicht wird (2008: 74 %)
- schädigende Einflüsse auf Anliegergrundstücke durch Wassereintrag oder dergl. so kurzfristig beseitigt werden, dass keine Haftungsansprüche entstehen

Zielgruppen

motorisierte und nicht motorisierte Verkehrsteilnehmer, Straßenanlieger, ÖPNV-Nutzer, Kommunen, Bauunternehmen



1.12.01.02

Erhaltung und Betrieb der Kreisstraßen

Beschreibung

Tätigkeiten zur Wahrnehmung der Verkehrssicherungspflicht, zur Substanzerhaltung oder –wiederherstellung, zur Bestandsverwaltung und zur Regelung der Nutzungsbedürfnisse Dritter auf und an den insgesamt 212,3 km langen Kreisstraßen (Stand 01.01.2009) durch

- Straßenunterhaltung einschl. Winterdienst (wird vertraglich vom Landesbetrieb Straßen NRW und den Städten Gummersbach und Hückeswagen eigenverantwortlich wahrgenommen; dem OBK obliegen Kontrollfunktionen)
- Ausschreibung, Vergabe, Bauleitung und Abrechnung von Instandsetzungsarbeiten
- Widmungen, Einziehungen, Umstufungen, Ortsdurchfahrtenfestsetzungen nach Vorgabe des StrWG NRW sowie sonstige straßen-, wasser- und abfallrechtliche Regelungen
- Grundstücks- und Straßenbestandserfassung, -bewertung und –bereinigung
- straßenfachliche Begleitung von Bauleitplanungen, baulichen Anlagen an Kreisstraßen, besonderen Veranstaltungen und Großraum-/Schwertransporten
- Genehmigung und Überwachung von Versorgeraufbrüchen

Auftragsgrundlage

Straßen- und Wegegesetz NRW (StrWG NRW), Straßenverkehrsordnung, Beschlüsse des Kreistages, Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB), Telekommunikationsgesetz, Rahmen- und Gestattungsverträge mit Versorgern

Ziele

Erhaltung der Substanz und damit dem Vermögens- und Gebrauchswert des Gesamtnetzes durch Unterhaltungs-, Instandsetzungs- und Überwachungsleistungen in einem Zustand, der mindestens der Durchschnittsnote des Vorjahres entspricht

Zielgruppen

Verkehrsteilnehmer, Straßenanlieger, Kommunen, Versorgungsträger, Bau- und Transportunternehmen

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|-------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -906.830 | -920.555 | -947.129 | -977.218 | -1.019.337 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -2.100 | -2.100 | -2.100 | -2.100 | -2.100 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -3.000 | -3.000 | -3.000 | -3.000 | -3.000 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -911.930 | -925.655 | -952.229 | -982.318 | -1.024.437 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 477.977 | 490.814 | 495.721 | 500.679 | 505.686 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 2.173.500 | 2.241.119 | 2.209.122 | 2.231.125 | 2.254.128 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 3.878.503 | 3.920.027 | 3.953.751 | 4.013.354 | 4.082.642 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 64.849 | 68.942 | 67.976 | 68.473 | 69.058 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 6.594.829 | 6.720.902 | 6.726.570 | 6.813.631 | 6.911.514 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 5.682.899 | 5.795.247 | 5.774.341 | 5.831.313 | 5.887.077 |
| 20 | - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | | 1.000 | 1.000 | 1.000 | 1.000 | 1.000 |
| 21 | = Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20) | | 1.000 | 1.000 | 1.000 | 1.000 | 1.000 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 5.683.899 | 5.796.247 | 5.775.341 | 5.832.313 | 5.888.077 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 5.683.899 | 5.796.247 | 5.775.341 | 5.832.313 | 5.888.077 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 55.483 | 63.071 | 62.172 | 64.195 | 64.371 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 5.739.383 | 5.859.318 | 5.837.514 | 5.896.508 | 5.952.448 |



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Öffentliche Verkehrsflächen

In der Kontengruppe *Zuwendungen und allg. Umlagen* sind die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuschüssen des Landes abgebildet. Diese Position ist die "Gegenposition" zu den Abschreibungen.

Die Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* beinhaltet Entgelte für Ausschreibungsunterlagen (Kostenart 441100) sowie die Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung (Kostenart 441200).

Über die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* werden die Erstattungen von Gemeinden (Kostenart 442300) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Bei der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* werden die Kosten der nachfolgend aufgeführten Maßnahmen verbucht:

- Instandsetzungsmaßnahmen zur Straßenerhaltung (Kostenart 523140)
- Erhaltung der Straßenausstattung (Kostenart 523140)
- Kosten der Grundstücksbewirtschaftung (Kostenart 524908)
- Kosten für Ausrüstungsgegenstände zur Bestandsverwaltung (Kostenart 529100)

Darüber hinaus werden an dieser Stelle die Entschädigungen an den Landesbetrieb Straßen NRW sowie an Kommunen für die Unterhaltung der Kreisstraßen verausgabt (Kostenart 523200).

In der Zeile *Bilanzielle Abschreibungen* sind die Aufwendungen für Abschreibungen (AfA für Brücken u. Tunnel, Straßen, Wege, Plätze, etc.) abgebildet.

Bei der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* handelt es sich um die Kosten von Bodenuntersuchungen und Prüfungen im Straßenbestand (Kostenart 542919) sowie die an Wasserverbände zu zahlenden Gewässerunterhaltungsbeiträge (Kostenart 544900). Darüber hinaus werden hier Kosten für die Anpachtung von Grundstücken (Kostenart 542100) und für Bekanntmachungen bei Straßenrechtsverfahren u. Ausschreibungen (Kostenart 543600) veranschlagt. Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, Ausrüstungsgegenstände zur Bestandsverwaltung, Kosten für



Bodenuntersuchungen und Prüfung im Straßenbestand, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Die Kontengruppe *Zinsen und ähnliche Aufwendungen* erfasst Zinsaufwendungen, die für überzahlte Landeszuweisungen anfallen.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet. Weitere Belastungen erfährt die Produktgruppe „Öffentliche Verkehrsflächen“ durch die Verrechnung der Abschreibungen für Straßen sowie für Bauwerke an Straßen, vermindert um die entsprechenden Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen o.ä. kostenmindernden Erlösen. Hierbei finden sowohl Altanlagen als auch Neuinvestitionen Berücksichtigung.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|------------------|------------------|--|-------------------|-------------------|-------------------|
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -2.100 | -2.100 | | -2.100 | -2.100 | -2.100 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -3.000 | -3.000 | | -3.000 | -3.000 | -3.000 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -5.100 | -5.100 | | -5.100 | -5.100 | -5.100 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 376.277 | 384.610 | | 388.456 | 392.341 | 396.264 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 2.173.500 | 2.241.000 | | 2.209.000 | 2.231.000 | 2.254.000 |
| 13 | - Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen | | 1.000 | 1.000 | | 1.000 | 1.000 | 1.000 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 33.100 | 33.700 | | 33.800 | 33.900 | 34.000 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 2.583.877 | 2.660.310 | | 2.632.256 | 2.658.241 | 2.685.264 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 2.578.777 | 2.655.210 | | 2.627.156 | 2.653.141 | 2.680.164 |
| 18 | + Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | | -322.000 | -902.000 | | -1.222.000 | -1.269.000 | -2.567.000 |
| 19 | + Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen | | -2.500 | -2.500 | | -2.500 | -2.500 | -2.500 |
| 23 | = investive Einzahlungen | | -324.500 | -904.500 | | -1.224.500 | -1.271.500 | -2.569.500 |
| 24 | - Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden | | 234.000 | 297.000 | | 150.000 | 320.000 | 215.000 |
| 25 | - Auszahlungen für Baumaßnahmen | | 1.397.000 | 1.725.000 | | 2.360.000 | 2.390.000 | 3.630.000 |
| 30 | = investive Auszahlungen | | 1.631.000 | 2.022.000 | | 2.510.000 | 2.710.000 | 3.845.000 |
| 31 | = Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung) | | 1.306.500 | 1.117.500 | | 1.285.500 | 1.438.500 | 1.275.500 |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungs-ermächti-gungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2) | Gesamt-einzahlung en / - auszahlung en |
|---|--|---------------|---------------|---------------|--------------------------------|---------------|---------------|---------------|--|--|
| 5660001 Grundstücksveräußerungen | | | | | | | | | | |
| 2 | - Einzahlungen aus Veräußerungen von Sachanlagen | | -2.500 | -2.500 | | -2.500 | -2.500 | -2.500 | -2.500 | -12.500 |
| 6 | = Summe Einzahlungen | | -2.500 | -2.500 | | -2.500 | -2.500 | -2.500 | -2.500 | -12.500 |
| 14 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | -2.500 | -2.500 | | -2.500 | -2.500 | -2.500 | -2.500 | -12.500 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um Einnahmen aus dem Verkauf von nicht für die Kreisstraßen benötigten Restflächen (**Grundstücksverkäufe**). Für die Verkaufsfälle wird im Vorfeld eine durchschnittlich zu erwartende Größenordnung angesetzt. Die Maßnahmen werden von der Abteilung Tiefbau abgewickelt.

Die o. g. Maßnahmen werden über die *Finanzstelle 5.660001* abgewickelt.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlungen / -auszahlungen |
|---|--|---------------|----------------|----------------|------------------------------|----------------|----------------|----------------|---------------------------------------|------------------------------------|
| 5660002 Planung der Kreisstraßenprojekte | | | | | | | | | | |
| 8 | - Auszahlungen für Baumaßnahmen | | 140.000 | 120.000 | | 120.000 | 120.000 | 120.000 | 140.000 | 620.000 |
| 13 | = Summe Auszahlungen | | 140.000 | 120.000 | | 120.000 | 120.000 | 120.000 | 140.000 | 620.000 |
| 14 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | 140.000 | 120.000 | | 120.000 | 120.000 | 120.000 | 140.000 | 620.000 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um **Planungskosten** im Zusammenhang mit **Kreisstraßenprojekten**.

Die Maßnahmen werden von der Abteilung Tiefbau betreut.

Die o. g. Maßnahmen werden über die *Finanzstelle 5.660002* abgewickelt.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungs-ermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlungen / -auszahlungen |
|---|---|---------------|----------------|----------------|-------------------------------|----------------|----------------|----------------|---------------------------------------|------------------------------------|
| 5660003 Eigenfinanz. Straßenbaumaßnahmen | | | | | | | | | | |
| 1 | - Einzahlungen aus Investitionszuwendungen | | -2.000 | -2.000 | | -2.000 | -2.000 | -2.000 | -2.000 | -10.000 |
| 6 | = Summe Einzahlungen | | -2.000 | -2.000 | | -2.000 | -2.000 | -2.000 | -2.000 | -10.000 |
| 7 | - Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden | | 40.000 | 35.000 | | 35.000 | 35.000 | 37.000 | 40.000 | 182.000 |
| 8 | - Auszahlungen für Baumaßnahmen | | 700.000 | 225.000 | | 340.000 | 300.000 | 600.000 | 700.000 | 2.165.000 |
| 13 | = Summe Auszahlungen | | 740.000 | 260.000 | | 375.000 | 335.000 | 637.000 | 740.000 | 2.347.000 |
| 14 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | 738.000 | 258.000 | | 373.000 | 333.000 | 635.000 | 738.000 | 2.337.000 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine **eigenfinanzierte Bauinvestitionen an Kreisstraßen**.

Die Maßnahmen werden von der Abteilung Tiefbau betreut.

Die o. g. Investitionen werden über die *Finanzstelle 5.660003* abgewickelt.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungs- ermächti- gungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2) | Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en |
|---|--|------------------|----------------|----------------|--|-----------------|-----------------|-----------------|--|---|
| 5660004 Straßenbegleit. Radwege | | | | | | | | | | |
| 1 | - Einzahlungen aus Investitionszuwendungen | | | | | -250.000 | -202.000 | -110.000 | | -562.000 |
| 6 | = Summe Einzahlungen | | | | | -250.000 | -202.000 | -110.000 | | -562.000 |
| 7 | - Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden | | | 12.000 | | 5.000 | 10.000 | 8.000 | | 35.000 |
| 8 | - Auszahlungen für Baumaßnahmen | | | | | 400.000 | 400.000 | | | 800.000 |
| 13 | = Summe Auszahlungen | | | 12.000 | | 405.000 | 410.000 | 8.000 | | 835.000 |
| 14 | = Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen) | | | 12.000 | | 155.000 | 208.000 | -102.000 | | 273.000 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um die **Anlage kreisstraßenbegleitender Radwege**.

Die Maßnahmen werden von der Abteilung Tiefbau betreut.

Die o. g. Investitionen werden über die *Finanzstelle 5.660004* abgewickelt.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungs- ermächti- gungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2) | Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en |
|---|--|------------------|----------------|----------------|--|-----------------|-----------------|-----------------|--|---|
| 5661701 Verk.sich. K17 Röhlfeld | | | | | | | | | | |
| 1 | - Einzahlungen aus Investitionszuwendungen | | | | | -110.000 | -165.000 | -55.000 | | -330.000 |
| 6 | = Summe Einzahlungen | | | | | -110.000 | -165.000 | -55.000 | | -330.000 |
| 7 | - Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden | | | 5.000 | | 5.000 | 10.000 | | | 20.000 |
| 8 | - Auszahlungen für Baumaßnahmen | | | | | 200.000 | 280.000 | | | 480.000 |
| 13 | = Summe Auszahlungen | | | 5.000 | | 205.000 | 290.000 | | | 500.000 |
| 14 | = Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen) | | | 5.000 | | 95.000 | 125.000 | -55.000 | | 170.000 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine geplante **Bauinvestitionen** im Bereich der **Zuschussmaßnahmen Kreisstraßen**, hier der Ausbau bzw. die Umgestaltung einer Teilstrecke der **K17** im Bereich Röhlfeld. Im Einzelfall können Zuschussmaßnahmen durch Landeszuschüsse bzw. Kostenerstattungen mitfinanziert werden, ggfs. kommt es auch zu Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken. Die Maßnahme wird von der Abteilung Tiefbau betreut.

Die o. g. Investition wird über die *Finanzstelle 5.661701* abgewickelt.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungs-ermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlungen / -auszahlungen |
|--|---|----------------------|--------------------|--------------------|--------------------------------------|---------------------|---------------------|---------------------|--|---|
| 5661801 Ausbau K18/39 Dohrgaul | | | | | | | | | | |
| 1 | - Einzahlungen aus Investitionszuwendungen | | -280.000 | -250.000 | | -10.000 | -110.000 | | -280.000 | -650.000 |
| 6 | = Summe Einzahlungen | | -280.000 | -250.000 | | -10.000 | -110.000 | | -280.000 | -650.000 |
| 7 | - Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden | | 45.000 | 35.000 | | 5.000 | | | 45.000 | 85.000 |
| 8 | - Auszahlungen für Baumaßnahmen | | 400.000 | 530.000 | | | | | 400.000 | 930.000 |
| 13 | = Summe Auszahlungen | | 445.000 | 565.000 | | 5.000 | | | 445.000 | 1.015.000 |
| 14 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | 165.000 | 315.000 | | -5.000 | -110.000 | | 165.000 | 365.000 |
| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungs-ermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlungen / -auszahlungen |
| 5662302 Knoten K23/Bahnstr. | | | | | | | | | | |
| 1 | - Einzahlungen aus Investitionszuwendungen | | | | | | -190.000 | -130.000 | | -320.000 |
| 6 | = Summe Einzahlungen | | | | | | -190.000 | -130.000 | | -320.000 |
| 7 | - Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden | | | | | 15.000 | 40.000 | 20.000 | | 75.000 |
| 8 | - Auszahlungen für Baumaßnahmen | | | | | | 230.000 | 250.000 | | 480.000 |
| 13 | = Summe Auszahlungen | | | | | 15.000 | 270.000 | 270.000 | | 555.000 |
| 14 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | | | | 15.000 | 80.000 | 140.000 | | 235.000 |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungs-ermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlungen / -auszahlungen |
|---|---|---------------|----------------|-----------------|-------------------------------|-----------------|-----------------|--------------|---------------------------------------|------------------------------------|
| | | | | | | | | | | |
| 5662303 Knoten K23/B55 | | | | | | | | | | |
| 1 | - Einzahlungen aus Investitionszuwendungen | | | -320.000 | | -100.000 | -110.000 | | | -530.000 |
| 6 | = Summe Einzahlungen | | | -320.000 | | -100.000 | -110.000 | | | -530.000 |
| 7 | - Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden | | 60.000 | 150.000 | | 50.000 | 40.000 | | 60.000 | 300.000 |
| 8 | - Auszahlungen für Baumaßnahmen | | | 350.000 | | 100.000 | 50.000 | | | 500.000 |
| 13 | = Summe Auszahlungen | | 60.000 | 500.000 | | 150.000 | 90.000 | | 60.000 | 800.000 |
| 14 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | 60.000 | 180.000 | | 50.000 | -20.000 | | 60.000 | 270.000 |
| | | | | | | | | | | |
| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungs-ermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlungen / -auszahlungen |
| | | | | | | | | | | |
| 5662401 Umbau K24 Schmitzhöhe | | | | | | | | | | |
| 1 | - Einzahlungen aus Investitionszuwendungen | | -25.000 | -20.000 | | | | | -25.000 | -45.000 |
| 6 | = Summe Einzahlungen | | -25.000 | -20.000 | | | | | -25.000 | -45.000 |
| 7 | - Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden | | 9.000 | | | | | | 9.000 | 9.000 |
| 8 | - Auszahlungen für Baumaßnahmen | | 157.000 | | | | | | 157.000 | 157.000 |
| 13 | = Summe Auszahlungen | | 166.000 | | | | | | 166.000 | 166.000 |
| 14 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | 141.000 | -20.000 | | | | | 141.000 | 121.000 |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungs-ermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlungen / -auszahlungen |
|---|---|---------------|-------------|-------------|-------------------------------|--------------|-----------------|-------------------|---------------------------------------|------------------------------------|
| | | | | | | | | | | |
| 5662801 Verlängerung K28 | | | | | | | | | | |
| 1 | - Einzahlungen aus Investitionszuwendungen | | | | | | -300.000 | -1.640.000 | | -1.940.000 |
| 6 | = Summe Einzahlungen | | | | | | -300.000 | -1.640.000 | | -1.940.000 |
| 7 | - Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden | | | | | | 80.000 | 80.000 | | 160.000 |
| 8 | - Auszahlungen für Baumaßnahmen | | | | | | 300.000 | 2.000.000 | | 2.300.000 |
| 13 | = Summe Auszahlungen | | | | | | 380.000 | 2.080.000 | | 2.460.000 |
| 14 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | | | | | 80.000 | 440.000 | | 520.000 |
| | | | | | | | | | | |
| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungs-ermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlungen / -auszahlungen |
| | | | | | | | | | | |
| 5662901 Umbau K29/Unterommer | | | | | | | | | | |
| 1 | - Einzahlungen aus Investitionszuwendungen | | | | | | -10.000 | -180.000 | | -190.000 |
| 6 | = Summe Einzahlungen | | | | | | -10.000 | -180.000 | | -190.000 |
| 7 | - Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden | | | | | 5.000 | 5.000 | 20.000 | | 30.000 |
| 8 | - Auszahlungen für Baumaßnahmen | | | | | | 10.000 | 410.000 | | 420.000 |
| 13 | = Summe Auszahlungen | | | | | 5.000 | 15.000 | 430.000 | | 450.000 |
| 14 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | | | | 5.000 | 5.000 | 250.000 | | 260.000 |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungs- ermächti- gungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2) | Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en |
|---|--|------------------|----------------|----------------|--|-----------------|-----------------|-----------------|--|---|
| 5664501 Ausbau K45/L306 | | | | | | | | | | |
| 1 | - Einzahlungen aus Investitionszuwendungen | | | -310.000 | | -750.000 | -180.000 | -310.000 | | -1.550.000 |
| 6 | = Summe Einzahlungen | | | -310.000 | | -750.000 | -180.000 | -310.000 | | -1.550.000 |
| 7 | - Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden | | 80.000 | 60.000 | | 30.000 | 90.000 | 40.000 | 80.000 | 300.000 |
| 8 | - Auszahlungen für Baumaßnahmen | | | 500.000 | | 1.200.000 | 700.000 | | | 2.400.000 |
| 13 | = Summe Auszahlungen | | 80.000 | 560.000 | | 1.230.000 | 790.000 | 40.000 | 80.000 | 2.700.000 |
| 14 | = Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen) | | 80.000 | 250.000 | | 480.000 | 610.000 | -270.000 | 80.000 | 1.150.000 |

| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungs- ermächti- gungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2) | Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en |
|---|---|------------------|----------------|----------------|--|-----------------|-----------------|-----------------|--|---|
| 5665201 Kreisverkehrsplatz K52 Marienhagen | | | | | | | | | | |
| 1 | - Einzahlungen aus Investitionszuwendungen | | -15.000 | | | | | | -15.000 | -15.000 |
| 6 | = Summe Einzahlungen | | -15.000 | | | | | | -15.000 | -15.000 |
| 14 | = Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen) | | -15.000 | | | | | | -15.000 | -15.000 |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen



| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungs- ermächti- gungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2) | Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en |
|---|--|------------------|----------------|----------------|--|-----------------|-----------------|-----------------|--|---|
| 5665202 Umbau K52 Weiershagen | | | | | | | | | | |
| 1 | - Einzahlungen aus Investitionszuwendungen | | | | | | | -140.000 | | -140.000 |
| 6 | = Summe Einzahlungen | | | | | | | -140.000 | | -140.000 |
| 7 | - Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken / Gebäuden | | | | | | 10.000 | 10.000 | | 20.000 |
| 8 | - Auszahlungen für Baumaßnahmen | | | | | | | 250.000 | | 250.000 |
| 13 | = Summe Auszahlungen | | | | | | 10.000 | 260.000 | | 270.000 |
| 14 | = Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen) | | | | | | 10.000 | 120.000 | | 130.000 |



Beschreibung

- Planung, Ausgestaltung und Organisation des ÖPNV im Oberbergischen Kreis: Aufstellung und Fortschreibung des Nahverkehrsplanes für den Oberbergischen Kreis. Der Plan beinhaltet Ziele und Rahmenvorgaben für das betriebliche Leistungsangebot und seine Finanzierung sowie die Investitionsplanung. Benachbarte ÖPNV-Aufgabenträger haben sich bei der Aufstellung ihrer Nahverkehrspläne abzustimmen
- Nahverkehrsförderung: Investitionsförderung (Busse / sonst. ÖPNV-Investitionen) und Vorhaltekostenförderung (Betriebskostenzuschüsse)
- Auferlegung oder Vereinbarung gemeinwirtschaftlicher Verkehrsleistungen: Der Oberbergische Kreis ist zuständige Behörde für die Auferlegung oder Vereinbarung gemeinwirtschaftlicher Verkehrsleistungen über öffentliche Personenverkehrsdienste
- Zweckverband Nahverkehr Rheinland und Zweckverband VRS: Mitwirkung und Mitfinanzierung

Auftragsgrundlage

ÖPNV-Gesetz NRW, Personenbeförderungsgesetz, EU-Verordnungen und -Richtlinien

Ziele

Sicherstellung eines leistungsfähigen, kundenorientierten und wirtschaftlich tragbaren ÖPNV-Angebotes im Oberbergischen Kreis

Zielgruppen

Fahrgäste von Bus und Bahn, im ÖPNV tätige Verkehrsunternehmen im Oberbergischen Kreis

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.02 ÖPNV



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -945.147 | -945.147 | -945.147 | -945.147 | -945.147 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -945.147 | -945.147 | -945.147 | -945.147 | -945.147 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 139.042 | 141.338 | 141.302 | 142.268 | 142.718 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 65.000 | 65.000 | 65.000 | 65.000 | 65.000 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 990.000 | 1.080.000 | 2.076.000 | 2.658.000 | 2.658.000 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 867.482 | 855.609 | 855.546 | 855.622 | 855.713 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 2.061.524 | 2.141.947 | 3.137.848 | 3.720.890 | 3.721.431 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 1.116.377 | 1.196.800 | 2.192.701 | 2.775.743 | 2.776.284 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 1.116.377 | 1.196.800 | 2.192.701 | 2.775.743 | 2.776.284 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 1.116.377 | 1.196.800 | 2.192.701 | 2.775.743 | 2.776.284 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 13.637 | 10.394 | 10.492 | 10.518 | 10.550 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 1.130.014 | 1.207.194 | 2.203.193 | 2.786.261 | 2.786.834 |

**Planerläuterung zum Teilergebnisplan ÖPNV**

Über die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* werden die Zuweisungen des Land (Kostenart 414200) vereinnahmt. Hierzu gehört die sogenannte Aufgabenträgerpauschale nach den Maßgaben des ÖPNVG NRW sowie die Investitionsförderung des Landes (siehe Teilprodukt 1.12.02.01.01), welche in voller Höhe weitergeleitet wird.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* beinhaltet die Kosten des Nahverkehrsplans (Kostenart 529916). Dazu gehören die Planung zur Umsetzung und Fortschreibung des Nahverkehrsplanes sowie die Umsetzung des Nahverkehrsplanes. In die Kontengruppe *Transferaufwendungen* werden Aufwendungen für Zuschüsse an verbundene Unternehmen (Kostenart 531600) gebucht, hier der Zuschuss an die Oberbergische Verkehrsgesellschaft (OVAG) für die Erbringung gemeinwirtschaftlicher Leistungen.

In der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Aufwendungen aus der Verlustübernahme (Kostenart 545300) bzw. der Fehlbetragsabdeckung für den Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS GmbH) verausgabt. Diese Umlage wird an den Zweckverband VRS ausgezahlt, welcher diesen Betrag an die VRS-GmbH weiterleitet. Des Weiteren werden in dieser Kontengruppe auch die Mittel aus der Investitionsförderung des Landes weitergeleitet (Kostenart 546900, siehe Erläuterung zu Zuwendungen und allgemeine Umlagen). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat IV

1.12 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV

1.12.02 ÖPNV



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|------------------|------------------|--|------------------|------------------|------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -945.147 | -945.147 | | -945.147 | -945.147 | -945.147 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -945.147 | -945.147 | | -945.147 | -945.147 | -945.147 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 85.428 | 87.892 | | 88.771 | 89.658 | 90.554 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 65.000 | 65.000 | | 65.000 | 65.000 | 65.000 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 990.000 | 1.080.000 | | 2.076.000 | 2.658.000 | 2.658.000 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 42.000 | 30.000 | | 30.000 | 30.000 | 30.000 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 1.182.428 | 1.262.892 | | 2.259.771 | 2.842.658 | 2.843.554 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 237.281 | 317.745 | | 1.314.624 | 1.897.511 | 1.898.407 |

Haushaltsplan 2010

1.13 Natur- und Landschaftspflege



verantwortlich:

| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -117.500 | -102.400 | -98.200 | -99.000 | -75.400 |
| 3 | + Sonstige Transfererträge | | -250 | -250 | -250 | -250 | -250 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -8.750 | -8.750 | -8.750 | -8.750 | -8.750 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -438.000 | -469.000 | -469.000 | -469.000 | -469.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -2.700 | -2.700 | -2.700 | -2.700 | -2.700 |
| 7 | + Sonstige ordentliche Erträge | | -28.000 | -23.000 | -23.000 | -23.000 | -23.000 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -595.200 | -606.100 | -601.900 | -602.700 | -579.100 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 745.547 | 716.162 | 717.559 | 722.961 | 726.323 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 521.800 | 559.800 | 479.400 | 494.900 | 459.400 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 344 | 687 | 688 | 687 | 688 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 16.500 | 25.500 | 25.500 | 16.500 | 16.500 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 135.752 | 182.275 | 177.618 | 166.558 | 175.103 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 1.419.943 | 1.484.425 | 1.400.766 | 1.401.606 | 1.378.014 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 824.743 | 878.325 | 798.866 | 798.906 | 798.914 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 824.743 | 878.325 | 798.866 | 798.906 | 798.914 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 824.743 | 878.325 | 798.866 | 798.906 | 798.914 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 66.439 | 61.723 | 61.766 | 61.944 | 62.192 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 891.182 | 940.048 | 860.631 | 860.849 | 861.106 |

Haushaltsplan 2010

1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|------------------|------------------|------------------------------|------------------|------------------|------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -117.500 | -102.400 | | -98.200 | -99.000 | -75.400 |
| 3 | + Sonstige Transfereinzahlungen | | -250 | -250 | | -250 | -250 | -250 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -8.750 | -8.750 | | -8.750 | -8.750 | -8.750 |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -438.000 | -469.000 | | -469.000 | -469.000 | -469.000 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -2.700 | -2.700 | | -2.700 | -2.700 | -2.700 |
| 7 | + Sonstige Einzahlungen | | -28.000 | -23.000 | | -23.000 | -23.000 | -23.000 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -595.200 | -606.100 | | -601.900 | -602.700 | -579.100 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 482.197 | 470.283 | | 474.986 | 479.736 | 484.532 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 521.800 | 559.800 | | 479.400 | 494.900 | 459.400 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 16.500 | 25.500 | | 25.500 | 16.500 | 16.500 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 102.700 | 147.640 | | 143.640 | 132.140 | 140.140 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 1.123.197 | 1.203.223 | | 1.123.526 | 1.123.276 | 1.100.572 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 527.997 | 597.123 | | 521.626 | 520.576 | 521.472 |
| 18 | + Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | | -46.000 | | | | | |
| 19 | + Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen | | -11.600 | | | | | |
| 23 | = investive Einzahlungen | | -57.600 | | | | | |
| 24 | - Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden | | 55.000 | 55.000 | | 55.000 | 55.000 | 55.000 |
| 26 | - Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen | | 5.500 | | | | | |
| 30 | = investive Auszahlungen | | 60.500 | 55.000 | | 55.000 | 55.000 | 55.000 |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

1.13 Natur- und Landschaftspflege

| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|-----------------------|---|--------------------------|------------------------|------------------------|---|-------------------------|-------------------------|-------------------------|
| 31 | = Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ . Auszahlung) | | 2.900 | 55.000 | | 55.000 | 55.000 | 55.000 |



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte und Teilprodukte zusammengefasst:

1.13.01.01 Landschaftsschutz, Landschaftspflege

1.13.01.02 Landschaftsplanung, Landschaftsentwicklung

1.13.01.02.01 Landschaftspflegemaßnahmen

1.13.01.02.02 Landschaftsplanung

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen



1.13.01.01

Landschaftsschutz, Landschaftspflege

Beschreibung

- Ordnungsrechtliche Verfahren nach Landschaftsrecht
- Erteilung von Befreiungen und Ausnahmegenehmigungen nach dem Landschaftsgesetz, Landschaftsplänen und ordnungsbehördlichen Verordnungen
- Stellungnahmen und ggf. Genehmigungen zu Reitregelungen, Wanderwegen, Veranstaltungen, Leitungstrassen, forstlichen Wegbau, wasserrechtlichen und baulichen Verfahren u.a. Maßnahmen,
- Ausgabe von Reitkennzeichen
- Betreuung des Landschaftsbeirates und der Landschaftswacht
- Betreuung, Pflege, Erhaltung und Verkehrssicherung von Naturdenkmälern (Bäumen), - Aufbau und Pflege eines Naturdenkmalkatasters
- Ausgleichs- u. Ersatzmaßnahmen (u.a. Festsetzung von Ersatzgeldzahlungen gem. Landschaftsgesetz)
- Förderung der Oberbergischen Naturschutzvereine
- Landschaftspflegerische Maßnahmen, - Vergabe von Gestaltungs- und Pflegearbeiten

Auftragsgrundlage

Bundesnaturschutzgesetz, Landschaftsgesetz, Landschaftspläne, ordnungsbehördliche Verordnungen

Ziele

Zielgruppen

Ordnungspflichtige, andere Ämter der Kreisverwaltung, Landschaftsbeirat, Landschaftswacht, Oberbergische Naturschutzvereine, Grundstückseigentümer, Städte u. Gemeinden



1.13.01.02

Landschaftsplanung, Landschaftsentwicklung

Beschreibung

- Durchführung von Aufstellungs- und Änderungsverfahren bei Landschaftsplänen
- Durchführung von Schutz-, Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen in Zusammenarbeit mit der Biologischen Station Oberberg e.V. (BSO)
- Abwicklung des Vertragsnaturschutzes
- Durchführung von Unterschutzstellungsverfahren und Mitwirkung bei Unterschutzstellung außerhalb der Landschaftsplanung
- Prüfung und ggf. Ausübung des gesetzlichen Vorkaufsrechtes
- Stellungnahmen zu Verfahren anderer Träger der Landschaftsplanung
- Abgrenzung und Betreuung gesetzlich geschützter Biotope
- Führung von Bestandsverzeichnissen (Kompensation, Schutzflächen und –objekte)
- Mitarbeit bei der Erstellung und Überwachung von Flächenpools / Ökokonten
- Verwaltung und Verwendung der im Rahmen von Eingriffen in Natur und Landschaft eingemommener Ersatzgelder
- Koordinierungstätigkeiten bei der Organisation und Betreuung des BSO und der Bergischen Agentur für Kulturlandschaft gGmbH (BAK)
- Koordination und Betreuung von jährlich zwei FÖJ-Stellen (Freiwilliges ökologisches Jahr)
- Vollzug des Artenschutzes

Auftragsgrundlage

Bundesnaturschutzgesetz, Landschaftsgesetz NRW, Durchführungsverordnung zum Landschaftsgesetz NRW, Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung, Bundesartenschutzverordnung, Gesetz zur Förderung eines freiwilligen ökologischen Jahres, diverse EU-Verordnungen und –Richtlinien, Beschlüsse der politischen Gremien



Ziele

Strategische Ziele:

Schutz, Pflege und Entwicklung der Kulturlandschaft für die naturbezogenen Erholung sowie zur Erhaltung und Förderung gefährdeter Lebensräume, Tiere und Pflanzen unter größtmöglichem Interessensausgleich zwischen privaten und öffentlichen Belangen

Operative Ziele:

- Erarbeitung und Umsetzung einer flächendeckenden Landschaftsplanung bei gleichzeitig kontinuierlicher Reduzierung der Sachkosten durch Nutzung neuer automatischer Verfahren
- Optimierung des Vertragsnaturschutzes durch maximale Ausschöpfung der Finanzausweisungen der EU und des Landes zur Honorierung und Förderung einer naturverträglichen Landwirtschaft
- Vorläufiger Abschluss der kreisweiten Abgrenzung gesetzlich geschützter Biotop

Zielgruppen

Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, Fachbehörden, Biologische Station Oberberg, Planungsträger, Land- und Forstwirte, Naturschutzverbände, sonstige Träger öffentlicher Belange

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dez. II, Dez. IV

1.13 Natur- und Landschaftspflege

1.13.01 Natur und Landschaft



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -112.500 | -102.400 | -98.200 | -99.000 | -75.400 |
| 3 | + Sonstige Transfererträge | | -250 | -250 | -250 | -250 | -250 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -8.750 | -8.750 | -8.750 | -8.750 | -8.750 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -2.700 | -2.700 | -2.700 | -2.700 | -2.700 |
| 7 | + Sonstige ordentliche Erträge | | -28.000 | -23.000 | -23.000 | -23.000 | -23.000 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -152.200 | -137.100 | -132.900 | -133.700 | -110.100 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 626.197 | 588.163 | 588.389 | 592.532 | 594.663 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 311.800 | 306.800 | 306.400 | 321.900 | 286.400 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 2.500 | 11.500 | 11.500 | 2.500 | 2.500 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 110.984 | 156.807 | 152.424 | 141.251 | 149.644 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 1.051.481 | 1.063.270 | 1.058.713 | 1.058.183 | 1.033.207 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 899.281 | 926.170 | 925.813 | 924.483 | 923.107 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 899.281 | 926.170 | 925.813 | 924.483 | 923.107 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 899.281 | 926.170 | 925.813 | 924.483 | 923.107 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 54.710 | 48.216 | 48.365 | 48.440 | 48.593 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 953.991 | 974.386 | 974.178 | 972.923 | 971.700 |

**Planerläuterung zum Teilergebnisplan Natur und Landschaftsschutz**

Die Produktgruppe „1.13.01 Natur und Landschaft“ beinhaltet das Produkt „1.13.01.01 Landschaftsschutz, Landschaftspflege“ (Amt 67) und das Produkt „1.13.01.02 Landschaftsplanung, Landschaftsentwicklung“ (Amt 61).

Bei der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* handelt es sich um Zuweisungen vom Land (Kostenart 414200) für landschaftspflegerische Maßnahmen innerhalb und außerhalb von Landschaftsplänen sowie Landeszuschüsse zu den Kosten von Landschaftsplänen (Amt 61). In der Kontengruppe *Sonstige Transfererträge* werden die Rückzahlungen (Kostenart 429200) von nichtverbrauchten Mitteln (Rückzahlungen von Zuweisungen) vereinnahmt (Amt 61). In der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* werden Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für die Kennzeichnung von Reitpferden verbucht (Amt 67). Unter die Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung* fallen alle Erstattungen von übrigen Bereichen (Kostenart 442900) sowie andere sonstige Kostenerstattungen (Kostenart 443900). Kostenerstattungen sind im Rahmen der Kennzeichnungspflicht von Reitpferden und bei Ersatzvornamen vorgesehen (Amt 67). Als *sonstige ordentlichen Erträge* werden ordnungsrechtlichen Erträge (Kostenart 452100) wie Zwangs- u. Verwarnungsgelder (Amt 67) sowie Ersatzgeldzahlungen (Kostenart 452410) nach dem Landschaftsgesetz NRW (Amt 61, Amt 67) vereinnahmt.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* werden Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen und andere Sach- und Dienstleistungen (Kostenart 529900) gebucht, beispielsweise die Kosten im Rahmen der Kennzeichnungspflicht von Reitpferden, Kosten für den Aufbau und die Pflege des Naturdenkmalkatasters sowie die Sachkosten für den Landschaftsbeirat und die Landschaftswacht (Amt 67). Weitere Aufwendungen entstehen für die Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Kostenart 524902) und sonstige Maßnahmen des Natur- und Landschaftsschutzes sowie Verkehrssicherheitsmaßnahmen (Kostenart 524906) an Naturdenkmälern (Amt 67). Des weiteren werden in der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* Kosten für die Umsetzung der FFH – u. Vogelschutzrichtlinien verausgabt, die Kosten des Kreiskulturlandschaftsprogramms (Kostenart 529917; incl. Ansatzserhöhung i. H. v. 28.000 Euro, vgl. Kreistagsbeschluss v. 12.03.2009), die Kostenbeteiligung an der EDV-Koordinierungsstelle der BSO, Kosten für die Beschaffung von Planungsunterlagen, Kosten für Landschaftspflegemaßnahmen (Kostenart 529918), die Verwendung von Ersatzgeldzahlungen (Kostenart 529919) sowie Sachkosten im Rahmen des Artenschutzes (Kostenart 529920, Amt 61).

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dez. II, Dez. IV

1.13 Natur- und Landschaftspflege

1.13.01 Natur und Landschaft



In der Kontengruppe *Transferaufwendungen* fallen die Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche (Kostenart 531900), z. B. Oberbergischen Naturschutzvereine, (Amt 67). Zur Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören: Kosten für Dienst- u. Schutzkleidung (Kostenart 541600), die Erstellung von Gutachten, die Pflege des Bestandsverzeichnisses nach dem Landschaftsgesetz, der Eigenanteil zur Unterhaltung der Biologische Station (Kostenart 542912), Werkverträge (Kostenart 542913) im Rahmen der Umsetzung Vertragsnaturschutz, Aufklärungsmaßnahmen/Drucksachen (Kostenart 543200, Amt 61/67) sowie Kosten der Landschaftsplanung (Kostenart 543908, Amt 61). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dez. II, Dez. IV

1.13 Natur- und Landschaftspflege

1.13.01 Natur und Landschaft



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|-----------------|-----------------|--|-----------------|-----------------|-----------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -112.500 | -102.400 | | -98.200 | -99.000 | -75.400 |
| 3 | + Sonstige Transfereinzahlungen | | -250 | -250 | | -250 | -250 | -250 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -8.750 | -8.750 | | -8.750 | -8.750 | -8.750 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -2.700 | -2.700 | | -2.700 | -2.700 | -2.700 |
| 7 | + Sonstige Einzahlungen | | -28.000 | -23.000 | | -23.000 | -23.000 | -23.000 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -152.200 | -137.100 | | -132.900 | -133.700 | -110.100 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 389.842 | 371.698 | | 375.415 | 379.169 | 382.960 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 311.800 | 306.800 | | 306.400 | 321.900 | 286.400 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 2.500 | 11.500 | | 11.500 | 2.500 | 2.500 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 86.400 | 131.400 | | 127.400 | 115.900 | 123.900 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 790.542 | 821.398 | | 820.715 | 819.469 | 795.760 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 638.342 | 684.298 | | 687.815 | 685.769 | 685.660 |
| 18 | + Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen | | -46.000 | | | | | |
| 23 | = investive Einzahlungen | | -46.000 | | | | | |
| 24 | - Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden | | 55.000 | 55.000 | | 55.000 | 55.000 | 55.000 |
| 30 | = investive Auszahlungen | | 55.000 | 55.000 | | 55.000 | 55.000 | 55.000 |
| 31 | = Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./ Auszahlung) | | 9.000 | 55.000 | | 55.000 | 55.000 | 55.000 |

Haushaltsplan 2010

1.13 Natur- und Landschaftspflege

verantwortlich:

1.13.01 Natur und Landschaft

Dez. II, Dez. IV



| Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlungen/-auszahlungen |
|--|--|---------------|--------------|---------------|------------------------------|---------------|---------------|---------------|---------------------------------------|----------------------------------|
| 1 | + Summe der investiven Einzahlungen | | -46.000 | | | | | | -46.000 | -46.000 |
| 2 | - Summe der investiven Auszahlungen | | 55.000 | 55.000 | | 55.000 | 55.000 | 55.000 | 55.000 | 275.000 |
| 3 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | 9.000 | 55.000 | | 55.000 | 55.000 | 55.000 | 9.000 | 229.000 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um eine Reihe von **Investition** aus dem Bereich des **Umweltschutz (Natur und Landschaft)**. Bei der Summe der investiven Einzahlungen sind Landeszuschüsse zum Grunderwerb zur Durchführung von Maßnahmen innerhalb und außerhalb von Landschaftsplänen (1200.3610 u. 1200.3611) sowie Ersatzgeldzahlungen nach dem Landschaftsgesetz (1200.3620) veranschlagt. In der Zeile *investive Auszahlungen* sind Grunderwerbskosten zur Durchführung von Maßnahmen innerhalb und außerhalb von Landschaftsplänen (1200.9320 u. 1200.9321) sowie Kosten zur Durchführung von Ersatzmaßnahmen für Dritte (Grunderwerb) veranschlagt. Die Abwicklung der Investitionen wird von Amt 61 begleitet.

Die o. g. Zuschüsse bzw. Investition werden über folgende *Finanzstellen (PSP-I)* abgewickelt:

| | |
|------------------|------------------------------------|
| 5.610000.605.009 | LZ Maßnahmen innerh./außerh. LP |
| 5.610000.700.009 | Grunderw. Maßn. innerh./außerh. LP |
| 5.610010.605.009 | Ersatzgeldzahlungen (Einn.) |
| 5.610010.700.009 | Durchf. Ersatzmaßn. (Grunderw.) |



Beschreibung

Optimierung der Forstwirtschaft im ökologischen und ökonomischen Sinn
Erhaltung von gesunden und stabilen Wäldern
Verkauf von Rohholz aus Laub- und Nadelholz in allen anfallenden Sortimenten (d.h. Papierholz, Industrieholz, Palettenholz, Zaunholz etc.).

Auftragsgrundlage

Landesforstgesetz, Bundeswaldgesetz, Landschaftsgesetz

Ziele

- Erhöhung des Laubholzanteils auf 50 % der Betriebsfläche (auf Laubholz geeigneten Standflächen)
- Positives Betriebsergebnis zur Unterstützung des Kreishaushaltes

Zielgruppen

Bürger im Naherholungsgebiet Oberbergischer Kreis

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat I

1.13 Natur- und Landschaftspflege

1.13.02 Wald, Forst- und Landwirtschaft



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -5.000 | | | | |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -438.000 | -469.000 | -469.000 | -469.000 | -469.000 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -443.000 | -469.000 | -469.000 | -469.000 | -469.000 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 119.350 | 127.999 | 129.171 | 130.429 | 131.660 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 210.000 | 253.000 | 173.000 | 173.000 | 173.000 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 344 | 687 | 688 | 687 | 688 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 14.000 | 14.000 | 14.000 | 14.000 | 14.000 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 24.768 | 25.469 | 25.194 | 25.307 | 25.459 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 368.462 | 421.155 | 342.053 | 343.423 | 344.807 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | -74.538 | -47.845 | -126.947 | -125.577 | -124.193 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | -74.538 | -47.845 | -126.947 | -125.577 | -124.193 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | -74.538 | -47.845 | -126.947 | -125.577 | -124.193 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 11.729 | 13.507 | 13.401 | 13.504 | 13.598 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | -62.809 | -34.338 | -113.546 | -112.073 | -110.595 |

**Planerläuterung zum Teilergebnisplan Wald, Forst- und Landwirtschaft**

Die Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* beinhaltet die Landeszuweisung (Kostenart 414200) zu waldbaulichen Maßnahmen. In der Kontengruppe *Privatrechtliche Leistungsentgelte* sind die Einnahmen aus Holzverkäufen und Kleinholzverkauf, aus dem Verkauf von Öko-Punkten sowie Erlöse aus dem Verkauf von Grundvermögen (Kostenart 441100) zusammengefasst. Darüber hinaus sind in dieser Summe Einnahmen aus Pachten und Nutzungsentschädigungen (Kostenart 441200) enthalten.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach-/Dienstleistungen* erfasst die Kosten der Unterhaltung und Instandsetzung der Waldarbeiterhütte (Kostenart 523100), der Unterhaltung der Holzabfuhrwege (Kostenart 523200), der Unterhaltung/Neuanschaffung von Geräten und Schutzkleidung (Kostenart 523600) sowie die Kosten für Unternehmereinsatz (Kostenart 523100). Des weiteren werden an dieser Stelle Kosten für Neuanpflanzungen (Kostenart 523700), Kosten für die Erstellung des Wirtschaftsplans und Kosten für Katasterunterlagen bzw. Kartenmaterial (Kostenart 529100) veranschlagt. Für die Haushaltsjahr 2009 und 2010 sind weitere Kosten zur Sanierung der Fischteiche Kaltenbach (1.13.02.01.01; Kostenart 523140) geplant. Über die Kontengruppe *Transferaufwendungen* wird der Zuschuss für Maßnahmen im Privatwald (Kostenart 531900) abgebildet.

In der Kontengruppe *sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die allgemeinen Geschäftsausgaben und die vermischten Ausgaben, aber auch die Umlage Landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft (Unfallversicherung, Kostenart 544120) und Abgaben erfasst. Darüber hinaus wird an dieser Stelle der Mitgliedsbeitrag zur Forstbetriebsgemeinschaft Gummersbach (Kostenart 544300) und die anfallende Grundsteuer für Forstgrundstücke (Kostenart 547100) veranschlagt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat I

1.13 Natur- und Landschaftspflege

1.13.02 Wald, Forst- und Landwirtschaft



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|-----------------|-----------------|--|-----------------|-----------------|-----------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -5.000 | | | | | |
| 5 | + Privatrechtliche Leistungsentgelte | | -438.000 | -469.000 | | -469.000 | -469.000 | -469.000 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -443.000 | -469.000 | | -469.000 | -469.000 | -469.000 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 92.355 | 98.585 | | 99.571 | 100.567 | 101.572 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 210.000 | 253.000 | | 173.000 | 173.000 | 173.000 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 14.000 | 14.000 | | 14.000 | 14.000 | 14.000 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 16.300 | 16.240 | | 16.240 | 16.240 | 16.240 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 332.655 | 381.825 | | 302.811 | 303.807 | 304.812 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | -110.345 | -87.175 | | -166.189 | -165.193 | -164.188 |
| 19 | + Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen | | -11.600 | | | | | |
| 23 | = investive Einzahlungen | | -11.600 | | | | | |
| 26 | - Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen | | 5.500 | | | | | |
| 30 | = investive Auszahlungen | | 5.500 | | | | | |
| 31 | = Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung) | | -6.100 | | | | | |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat I

1.13 Natur- und Landschaftspflege

1.13.02 Wald, Forst- und Landwirtschaft



| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungs- ermächti- gungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgest ellt (einschl. Sp.2) | Gesamt- einzahlung en / - auszahlung en |
|---|---|------------------|----------------|----------------|--|-----------------|-----------------|-----------------|--|---|
| 5238550 Vermögensveräuß. Grundstücke | | | | | | | | | | |
| 2 | - Einzahlungen aus Veräußerungen von Sachanlagen | | -11.600 | | | | | | -11.600 | -11.600 |
| 6 | = Summe Einzahlungen | | -11.600 | | | | | | -11.600 | -11.600 |
| 14 | = Saldo: (Einzahlungen ./. Auszahlungen) | | -11.600 | | | | | | -11.600 | -11.600 |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat I

1.13 Natur- und Landschaftspflege

1.13.02 Wald, Forst- und Landwirtschaft



| Investitionsmaßnahmen unterhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlungen/-auszahlungen |
|--|--|---------------|--------------|-------------|------------------------------|--------------|--------------|--------------|---------------------------------------|----------------------------------|
| 2 | - Summe der investiven Auszahlungen | | 5.500 | | | | | | 5.500 | 5.500 |
| 3 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | 5.500 | | | | | | 5.500 | 5.500 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem oben aufgeführten Ansatz handelt es sich um geplante Investitionen/Ersatzbeschaffung von **geringwertigen Wirtschaftsgütern** (kurz GWG) und von **Betriebs- und Geschäftsausstattung** (kurz BGA) aus dem Bereich der **Kreisforsten** (Amt 20, 8550.9350). Betriebs- und Geschäftsausstattung ist ein Begriff der kaufmännischen Buchführung. Darunter fallen Gegenstände (über 410 Euro netto), die der langfristigen Betriebsbereitschaft eines Unternehmens dienen. Die Betriebs- und Geschäftsausstattung wird im ersten Teil des Inventars als Vermögensposten geführt. In der Bilanz wird sie den Sachanlagen zugeordnet und ist damit ein Teil des Anlagevermögens. BGAs werden über den Zeitraum ihrer Nutzungsdauer abgeschrieben, über Kostenstellen werden die Beschaffungen verursachungsgerecht den Ämtern/Produkten zugeordnet. Geringwertige Wirtschaftsgüter können, im Gegensatz zu anderen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, im Jahr der Anschaffung oder Herstellung voll als Betriebsausgabe abgesetzt werden. Voraussetzungen für ein geringwertiges Wirtschaftsgut: es muss eigenständig nutzbar sein, es muss beweglich sein, es muss länger als ein Jahr dem Betrieb dienen und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten liegen zwischen 60,- und 410,- Euro (netto). Der Ansatz ist für die Anschaffung/Ersatzbeschaffung von technischen Geräten im Forstbetrieb (Motorsägen, Freischneider, etc.) bestimmt.

Die o. g. Investitionen werden über folgende *Finanzstellen (PSP-I) abgewickelt:*

- 5.208550.710.009 BGA Ersatzbeschaffung, Geräte (Forsten)
- 5.208560.720.009 GWG - Ersatzbeschaffung, Geräte (Forsten)

Haushaltsplan 2010

1.14 Umweltschutz

verantwortlich:



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -52.000 | -203.600 | -203.600 | -80.000 | -80.000 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -121.500 | -141.500 | -141.500 | -141.500 | -141.500 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -311.300 | -311.100 | -311.100 | -311.100 | -311.100 |
| 7 | + Sonstige ordentliche Erträge | | -11.250 | -21.250 | -21.250 | -21.250 | -21.250 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -496.050 | -677.450 | -677.450 | -553.850 | -553.850 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 1.820.408 | 1.976.369 | 1.980.646 | 1.995.603 | 2.005.136 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 119.300 | 128.705 | 128.714 | 128.724 | 128.734 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 8.624 | 5.529 | 5.826 | 6.128 | 6.435 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 10.000 | 30.000 | 30.000 | 30.000 | 30.000 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 401.484 | 504.584 | 502.876 | 349.312 | 350.440 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 2.359.817 | 2.645.186 | 2.648.063 | 2.509.768 | 2.520.744 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 1.863.767 | 1.967.736 | 1.970.613 | 1.955.918 | 1.966.894 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 1.863.767 | 1.967.736 | 1.970.613 | 1.955.918 | 1.966.894 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 1.863.767 | 1.967.736 | 1.970.613 | 1.955.918 | 1.966.894 |
| 27 | + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | -15.745 | -18.518 | -18.387 | -18.388 | -18.450 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 135.922 | 162.352 | 160.789 | 160.484 | 160.753 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 1.983.944 | 2.111.570 | 2.113.015 | 2.098.014 | 2.109.197 |

Haushaltsplan 2010

1.14 Umweltschutz

verantwortlich:



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|------------------|------------------|--|------------------|------------------|------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -52.000 | -203.600 | | -203.600 | -80.000 | -80.000 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -121.500 | -141.500 | | -141.500 | -141.500 | -141.500 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -304.750 | -304.750 | | -304.750 | -304.750 | -304.750 |
| 7 | + Sonstige Einzahlungen | | -11.250 | -21.250 | | -21.250 | -21.250 | -21.250 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -489.500 | -671.100 | | -671.100 | -547.500 | -547.500 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 1.182.043 | 1.296.983 | | 1.309.953 | 1.323.052 | 1.336.283 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 119.300 | 128.300 | | 128.300 | 128.300 | 128.300 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 10.000 | 30.000 | | 30.000 | 30.000 | 30.000 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 333.750 | 430.750 | | 430.750 | 276.250 | 276.250 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 1.645.093 | 1.886.033 | | 1.899.003 | 1.757.602 | 1.770.833 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 1.155.593 | 1.214.933 | | 1.227.903 | 1.210.102 | 1.223.333 |



Beschreibung

In dieser Produktgruppe sind folgende Produkte zusammengefasst:

1.14.01.01 Bodenschutz und Altlasten

1.14.01.02 Abfall

1.14.01.03 Immissionsschutz

1.14.01.04 Gewässerschutz, Gewässerbewirtschaftung, Abgrabungen

Auftragsgrundlage

Ziele

Zielgruppen



1.14.01.01

Bodenschutz und Altlasten

Beschreibung

- Erfassung und Erstbewertung von Altlastenverdachtsflächen, Maßnahmen zur Gefahrenermittlung (Amtsermittlung), Ordnungsrechtliche Verfahren zur Gefahrenermittlung, Ahndung, Durchführung / Anordnung von Sanierungs- und Sicherungsmaßnahmen
- Baubetreuung und -überwachung (Bauleitung)
- Ausschreibung und Vergabeverfahren, Förderverfahren
- Kontrollen und Überwachung, Deponienachsorge
- Stellungnahmen zu Plan- u. Genehmigungsverfahren, TÖB
- Durchführung von Maßnahmen des vorsorgenden Bodenschutzes, Verfahren von Ausweisung von Bodenschutzgebieten
- Erfassen und Pflege von boden- u. abfallrelevanten Umweltdaten

Auftragsgrundlage

Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG), Landesbodenschutzgesetz NW (LBodSchG), Bundesbodenschutz- u. Altlastenverordnung (BbodSchV)

Ziele

Zielgruppen

Bürger, Industrie- u. Gewerbebetriebe, Kommunen, Planungsträger, Investoren



1.14.01.02

Abfall

Beschreibung

- Ordnungsbehördliche und OWI-Verfahren zur Beseitigung und Ahndung illegaler Abfallablagerungen
- Abfallrechtliche Maßnahmen bei Schadensereignissen
- Überwachung der Entsorgung gefährlicher (Sonder-) Abfälle aus Kleingewerbe und Industrie (Betriebsbesuche, Betriebserfassung) sowie Überwachungsmaßnahmen nach diversen Verordnungen
- Mitwirkung / Stellungnahmen / Ortsbesichtigungen in Verfahren Dritter (Abbruchverfahren, BImSchG-Anlagen, Baugenehmigungen, Strafverfahren, Altlastensanierungen)
- Genehmigung und Überwachung von Erddeponien
- Abfallüberwachungssystem (ASYS): Datenerfassung und -pflege im Landesprogramm

Auftragsgrundlage

Kreislaufwirtschafts- u. Abfallgesetz , Landesabfallgesetz NW und diverse untergesetzliche Regelwerke

Ziele

Zielgruppen

Gewerbliche und private Abfallerzeuger, -besitzer im Kreisgebiet, andere Behörden



1.14.01.03

Immissionsschutz

Beschreibung

- Genehmigung der Errichtung und des Betriebs von Anlagen (Betriebsstätten, Maschinen, Geräte, Lagerflächen etc.) mit potenziell schädlichen Umwelteinwirkungen
- Kontrolle und Überwachung des ordnungsgemäßen Betriebs von gewerblichen Anlagen, einschließlich Anpassung der Anlagen an den Stand der Technik
- Anlassbezogene Überwachung der Anlagen bei Anhaltspunkten für von der Anlage ausgehende schädliche Umwelteinwirkungen
- Beratung bei Errichtung und Betrieb von Anlagen, die keiner Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz bedürfen
- Mitwirkung / fachtechnische Stellungnahmen / Ortsbesichtigungen in Verfahren Dritter (Baugenehmigungen, bauplanungsrechtliche Verfahren, Zulassungen nach der Betriebssicherheitsverordnung)
- Ausnahmegenehmigungen für Tätigkeiten während der Nachtzeit sowie an Sonn- und Feiertagen
- Durchführung ordnungsrechtlicher Verfahren
- Klärung grundsätzlicher Fragen im Immissionsschutzrecht

Auftragsgrundlage

Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG), Verordnungen zur Durchführung des BImSchG (z.Zt. 38 VOs), Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG), Landesimmissionsschutzgesetz (LImSchG), Technische Richtlinien (TA-Luft, TA-Lärm, Geruchsimmisions-Richtlinie), Baunutzungsverordnung (BauNVO)

Ziele

Zielgruppen

Betreiber von Anlagen aus Industrie und Gewerbe, Kommunen und kommunale Unternehmen, Bürgerinnen und Bürger



1.14.01.04

Gewässerschutz, Gewässerbewirtschaftung, Abgrabungen

Beschreibung

- Wasserrechtliche Zulassungen (Genehmigung, Bewilligung, Erlaubnis, Befreiung, Eignungsfeststellung) von Abwasserbehandlungsanlagen, Gewässer-benutzungen in Grundwasser u. oberirdische Gewässer, Indirekteinleitungen, von Anlagen zum Umgang mit wgf. Stoffen u. im Rahmen des Ausbaus und Unterhaltung von Gewässern sowie der Wassergewinnung einschließlich Wasserschutzgebieten
- Abgrabungsrechtliche Zulassungen von Abgrabungen und deren Rekultivierungen
- Ordnungsrechtliche Verfahren zur gewässerverträglichen Gestaltung und Unterhaltung der vg. Anlagen und Benutzungen sowie zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Abgrabungen
- Kontrolle und Überwachung der vg. Anlagen und Benutzungen
- Mitwirkung / fachtechnische Stellungnahmen / Ortsbesichtigungen in Verfahren Dritter (BImSchG-Anlagen, Baugenehmigungen, Strafverfahren, Altlastensanierungen, Abfallrechtlichen Verfahren usw.)
- Durchführung von WISTO / RAL – Verfahren
- Maßnahmen des vorbeugenden Gewässerschutzes
- Maßnahmen zur Gefahrenerkundung und -abwehr bei Gewässerverunreinigungen u. -gefährdungen, einschließlich einer Rufbereitschaft für Schadensfälle
- Durchführung von wasserrechtlichen Zwangsrechtsverfahren
- Klärung grundsätzlicher Fragen im Wasserrecht und Abgrabungsrecht
- AkoPro / UIS (Umweltinformationssystem): Aufbau, Pflege und Fortschreibung, Informationspflicht gegenüber übergeordneter Behörden, Statistik, Beratung

Auftragsgrundlage

Wasserhaushaltsgesetz, Landeswassergesetz NW Abgrabungsgesetz, sowie dazugehörige Erlasse, Verordnungen und Richtlinien

Ziele

Serviceversprechen für garantierte Bearbeitungszeiten für Genehmigungs- u. Erlaubnisanträge mit Ausnahme formgebundener Verfahren:

Die Untere Wasserbehörde entscheidet in 80 % der Fälle innerhalb von 40 Arbeitstagen nach Vorlage vollständiger und prüffähiger Antragsunterlagen über die Erteilung der beantragten Genehmigungen / Erlaubnisse

Zielgruppen

Bürgerinnen und Bürger, Industrie und Gewerbe, Land- und Forstwirtschaft, Kommunen und kommunale Unternehmen, Wasserverbände und andere Körperschaften des öffentlichen Rechts, Wasserversorgungsunternehmen, Straßenbaulastträger Träger öffentlicher Belange

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat II

1.14 Umweltschutz

1.14.01 Umweltschutzmaßnahmen



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -52.000 | -203.600 | -203.600 | -80.000 | -80.000 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -121.500 | -141.500 | -141.500 | -141.500 | -141.500 |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -311.300 | -311.100 | -311.100 | -311.100 | -311.100 |
| 7 | + Sonstige ordentliche Erträge | | -11.250 | -21.250 | -21.250 | -21.250 | -21.250 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -496.050 | -677.450 | -677.450 | -553.850 | -553.850 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 1.820.408 | 1.976.369 | 1.980.646 | 1.995.603 | 2.005.136 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 119.300 | 128.705 | 128.714 | 128.724 | 128.734 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 8.624 | 5.529 | 5.826 | 6.128 | 6.435 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 10.000 | 30.000 | 30.000 | 30.000 | 30.000 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 401.484 | 504.584 | 502.876 | 349.312 | 350.440 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 2.359.817 | 2.645.186 | 2.648.063 | 2.509.768 | 2.520.744 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 1.863.767 | 1.967.736 | 1.970.613 | 1.955.918 | 1.966.894 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 1.863.767 | 1.967.736 | 1.970.613 | 1.955.918 | 1.966.894 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 1.863.767 | 1.967.736 | 1.970.613 | 1.955.918 | 1.966.894 |
| 27 | + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | -15.745 | -18.518 | -18.387 | -18.388 | -18.450 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 135.922 | 162.352 | 160.789 | 160.484 | 160.753 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 1.983.944 | 2.111.570 | 2.113.015 | 2.098.014 | 2.109.197 |

**Planerläuterung zum Teilergebnisplan Umweltschutzmaßnahmen**

Unter der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* werden Landeszuschüsse (Kostenart 414200) für Maßnahmen im Bereich der Altlasten bzw. für den Bereich des Bodenschutzes (Produkt Bodenschutz und Altlasten) vereinnahmt. Für Maßnahmen der Gefährdungsabschätzung und Sanierung von Altlasten sowie für Maßnahmen des Bodenschutzes können Landeszuschüsse in Höhe bis zu 80 % der tatsächlichen Gesamtausgaben beantragt werden.

Unter der Kontengruppe *Öffentlich-Rechtliche Leistungsentgelte* sind Verwaltungsgebühren (Kostenart 431100) für Auskünfte aus dem Altflächenkataster (Produkt Bodenschutz und Altlasten), Verwaltungsgebühren für Wasserrechtssachen (Produkt Gewässerschutz, -bewirt., Abgrabungen) und weitere allgemeine Verwaltungsgebühren (Produkt Abfall und Produkt Immissionsschutz) veranschlagt.

Bei der Kontengruppe *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* werden die Erstattungen des Zweckverbandes BAV (Mitgliedsbeitrag AAV, Kostenart 442400) und andere sonstige Kostenerstattungen (Produkt Bodenschutz und Altlasten) angesetzt. Hierzu gehört auch die Kostenerstattung i. R. d. Gefahrenabwehr. Unter andere sonstige Kostenerstattungen fällt die Erstattung von Kosten zur Beseitigung von Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (Produkt Abfall). Die Erstattungen vom Land teilen sich in Personalkosten- und Sachkostenerstattung (Kostenart 443906 u. 443907) auf. Erstattungen aller übrigen Bereiche (Kostenart 442900) umfassen die Erstattung von Kosten für Vollstreckungs- und Zwangsmaßnahmen (Produkt Immissionsschutz).

Bei den *sonstigen ordentlichen Erträgen* werden alle Erträge, die nicht einer anderen Kontengruppe zuzuordnen sind, verbucht: beispielsweise die Zwangsgelder (Kostenart 452120) zur Durchführung ordnungsbehördlicher Anordnungen (Produkt Bodenschutz und Altlasten), die Zwangsgeldeinnahmen bei den Produkten Gewässerschutz, -bewirtschaftung, Abgrabungen und Abfall.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In die Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* werden die Aufwendungen für den Unterhalt der Betriebs- und Geschäftsausstattung und die anderen sonstigen Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen gebucht. Hierzu gehört die Beschaffung von Katastermaterial, die Beschaffung von Geräten oder Materialien oder die Kosten der Digitalisierung des Altlasten-Verdachtsflächen-Katasters (Produkt Bodenschutz und Altlasten). Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* beinhaltet die Einnahmeablieferungen an das Land (Kostenart 539320), d.h. Verwaltungsgebühren werden an das Land weitergeleitet (Produkt Immissionsschutz).



Über der Kontengruppe *Sonstige ordentliche Aufwendungen* werden die Aufwendungen für Maßnahmen des Bodenschutzes und der Gefährdungsabschätzung (Kostenart 543903) sowie die Sanierung von Altlasten (Produkt Bodenschutz und Altlasten, Kostenart 543904) und der Mitgliedsbeitrag AAV (gesetzliche Verpflichtung n. d. AAV-Gesetz, Kostenart 544300) verausgabt. Zu den *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* gehören auch die Kosten für Wasser und Abwasserproben (Kostenart 542914), andere sonstige Geschäftsaufwendungen für Grundlagenermittlung und Gewässerschauen sowie Dienst- und Schutzkleidung und die Beiträge zu Wirtschaftsverbänden, Berufsvertretungen und Vereinen (Produkt Gewässerschutz, -bewirt., Abgrabungen). Unter Prüfung, Beratung, Rechtsschutz sind die Kosten für Untersuchungen u. Gutachten im Abfallbereich gefasst (Produkt Abfall). Sachverständigen- und Gutachterkosten (Produkt Immissionsschutz) werden auch als sonstiger ordentlicher Aufwand verstanden. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat II

1.14 Umweltschutz

1.14.01 Umweltschutzmaßnahmen



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|------------------|------------------|--|------------------|------------------|------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -52.000 | -203.600 | | -203.600 | -80.000 | -80.000 |
| 4 | + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | | -121.500 | -141.500 | | -141.500 | -141.500 | -141.500 |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -304.750 | -304.750 | | -304.750 | -304.750 | -304.750 |
| 7 | + Sonstige Einzahlungen | | -11.250 | -21.250 | | -21.250 | -21.250 | -21.250 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -489.500 | -671.100 | | -671.100 | -547.500 | -547.500 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 1.182.043 | 1.296.983 | | 1.309.953 | 1.323.052 | 1.336.283 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 119.300 | 128.300 | | 128.300 | 128.300 | 128.300 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 10.000 | 30.000 | | 30.000 | 30.000 | 30.000 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 333.750 | 430.750 | | 430.750 | 276.250 | 276.250 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 1.645.093 | 1.886.033 | | 1.899.003 | 1.757.602 | 1.770.833 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 1.155.593 | 1.214.933 | | 1.227.903 | 1.210.102 | 1.223.333 |

Haushaltsplan 2010

1.15 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich:



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|-------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -5.022.500 | | -22.500 | | |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -42.700 | -172.700 | -172.700 | -106.700 | -30.700 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -5.065.200 | -172.700 | -195.200 | -106.700 | -30.700 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 672.427 | 797.801 | 801.761 | 808.542 | 813.932 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 5.312.450 | 259.455 | 199.109 | 47.313 | 1.217 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 3.450 | 2.212 | 2.330 | 2.451 | 2.574 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 133.200 | 110.000 | 95.000 | 85.000 | 85.000 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 231.799 | 237.572 | 239.500 | 222.268 | 206.245 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 6.353.326 | 1.407.039 | 1.337.700 | 1.165.574 | 1.108.967 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 1.288.126 | 1.234.339 | 1.142.500 | 1.058.874 | 1.078.267 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 1.288.126 | 1.234.339 | 1.142.500 | 1.058.874 | 1.078.267 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 1.288.126 | 1.234.339 | 1.142.500 | 1.058.874 | 1.078.267 |
| 27 | + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | -49.545 | -42.920 | -42.674 | -43.404 | -43.852 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 91.143 | 68.449 | 68.773 | 69.834 | 70.056 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 1.329.724 | 1.259.868 | 1.168.599 | 1.085.304 | 1.104.471 |

Haushaltsplan 2010

1.15 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich:



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|-------------------|------------------|--|------------------|-----------------|-----------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -5.022.500 | | | -22.500 | | |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -42.700 | -172.700 | | -172.700 | -106.700 | -30.700 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -5.065.200 | -172.700 | | -195.200 | -106.700 | -30.700 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 466.536 | 561.789 | | 567.408 | 573.082 | 578.813 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 5.312.450 | 267.750 | | 207.400 | 47.100 | 1.000 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 133.200 | 110.000 | | 95.000 | 85.000 | 85.000 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 185.200 | 169.900 | | 187.900 | 169.900 | 152.900 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 6.097.386 | 1.109.439 | | 1.057.708 | 875.082 | 817.713 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 1.032.186 | 936.739 | | 862.508 | 768.382 | 787.013 |
| 27 | - Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen | | | 10.000 | | | | |
| 30 | = investive Auszahlungen | | | 10.000 | | | | |
| 31 | = Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- ./- Auszahlung) | | | 10.000 | | | | |

**Beschreibung**

Eine erfolgreiche mittelständische Wirtschaft kennzeichnet den Oberbergischen Kreis gleichermaßen wie dessen reizvolle Hügellandschaft und Waldreichtum. Der Oberbergische Kreis und dessen Wirtschaftsförderung unterstützen die in seinem Zuständigkeitsbereich ansässigen Betriebe durch eine mittelstandsorientierte Ausrichtung und zielgruppengerechte Angebote. In Kooperation mit den Städten und Gemeinden und wirtschaftspolitisch bedeutsamen Akteuren, wie der IHK Köln, der Fachhochschule Köln, Campus Gummersbach, u.a. wird der Wirtschaftsstandort Oberberg auf diese Weise weiterentwickelt und nach Innen und Außen beworben. Darüber hinaus unterstützt der Oberbergische Kreis ansiedlungsbereite Unternehmen und Gründerinnen und Gründer durch Information, Beratung und die Vermittlung von Förderprogrammen.

Auftragsgrundlage

Vorgaben des Kreistags und des Landrates, Gesetze, Förderrichtlinien, Ausschreibungen in Wettbewerbsverfahren, Gütekriterien der RAL-Gütegemeinschaft „Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“ und anderer Stellen; Startercentervereinbarung

Ziele

- Ausbau/Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und Rahmenbedingungen sowie der Arbeitsmarktsituation im OBK durch kurzfristig und langfristig angelegte Maßnahmen und Projekte, z.B. in den Bereichen „Mittelstandsorientierte Verwaltung“, „Cluster-Entwicklung“, „Frau und Beruf“ etc.
- Unterstützung von Unternehmen im OBK durch Beratung, Durchführung von Informationsveranstaltungen und Messen, Vermittlung von Förderprogrammen sowie durch aktive Cluster- und Netzwerkarbeit
- Kompetente und zeitnahe Informationen zu gründungsspezifischen Fragen
- Informationen zu Gewerbeimmobilien im OBK durch individuelle Beratung und Präsentation
- Bewerbung des Wirtschaftsstandortes Oberberg auf Messen und in den Medien

Zielgruppen

Kleine, mittlere und große Unternehmen im Oberbergischen Kreis, Gründerinnen und Gründer, Beschäftigte und Arbeitssuchende, Fachämter der Kreisverwaltung, Verbände und Institutionen

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Allg. Vertreter d. LR

1.15 Wirtschaft und Tourismus

1.15.01 Wirtschaftsförderung



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|-------------------|-----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -5.022.500 | | -22.500 | | |
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -12.000 | -142.000 | -142.000 | -76.000 | |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -5.034.500 | -142.000 | -164.500 | -76.000 | |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 411.737 | 512.429 | 513.729 | 517.689 | 520.302 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 5.231.200 | 189.455 | 129.109 | 47.313 | 1.217 |
| 14 | - Bilanzielle Abschreibungen | | 3.450 | 2.212 | 2.330 | 2.451 | 2.574 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 65.000 | 55.000 | 40.000 | 30.000 | 30.000 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | 231.799 | 214.372 | 216.300 | 199.068 | 193.045 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 5.943.185 | 973.467 | 901.469 | 796.521 | 747.137 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 908.685 | 831.467 | 736.969 | 720.521 | 747.137 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 908.685 | 831.467 | 736.969 | 720.521 | 747.137 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 908.685 | 831.467 | 736.969 | 720.521 | 747.137 |
| 27 | + Erträge aus internen Leistungsbeziehungen | | -97.661 | -85.043 | -84.607 | -85.801 | -86.641 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 91.143 | 67.049 | 67.323 | 68.334 | 68.506 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 902.167 | 813.474 | 719.685 | 703.054 | 729.002 |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Allg. Vertreter d. LR

1.15 Wirtschaft und Tourismus

1.15.01 Wirtschaftsförderung



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Wirtschaftsförderung

Unter der Kontengruppe *Zuwendungen und allgemeine Umlagen* sind die Finanzierungsbeiträge der Oberbergischen Sparkassen zum „Gütezeichen Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung“ (Kostenart 414700) ausgewiesen. Die Position *Erträge aus Kostenerstattungen* umfasst die Erstattungen vom Land (Kostenart 442200) für den Bildungsscheck.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

In der Kontengruppe *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* ist die Kostenerstattung an die Regionalagentur (Kostenart 528904) sowie verschiedene Projektkosten veranschlagt: Rad Region (Marketing), Berufsorientierung/Unterstützung OK-Ausbildung, CheK.NRW, Breitbandkonzept Oberberg (siehe Teilprodukte). Nachrichtlich: Die Kosten für Kreismarketing (Kostenart 529934) sind im Produkt 1.01.02.01 veranschlagt.

Die Kontengruppe *Transferaufwendungen* beinhaltet Zuwendungen/Zuschüsse (Kostenart 531900) an folgende Bereiche: Aufbau regionale EFRE Struktur, Beteiligung an Kosten GO MIT, Unterstützung des Vereins Oberbergische Koordinierungsstelle Ausbildung e.V. sowie den Zuschuss zur REGIONALE 2010.

Die *Sonstigen ordentlichen Aufwendungen* umfassen die Beiträge zum Verein „Region Köln/Bonn e.V.“ sowie den Mitgliedsbeitrag „Gütegemeinschaft“ (Kostenart 544300), die Defizitübernahme „GTC Gummersbach“ (Kostenart 545300), die Kosten für das „Gütezeichen Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung (RAL-Gütezeichen)“ (Kostenart 543901) sowie weitere sonstige Geschäftsaufwendungen (Inanspruchnahme von Informationsdiensten, Beschaffung von Material, Herausgabe von Schriften und sonstige Kosten der Wirtschaftsförderung). Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten. Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet. Die Aufwendungen für das „Bündnis für Familie“ (Kostenart 543902) sind im Produktbereich 1.01.02 abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Allg. Vertreter d. LR

1.15 Wirtschaft und Tourismus

1.15.01 Wirtschaftsförderung



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungsermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|-------------------|-----------------|------------------------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -5.022.500 | | | -22.500 | | |
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -12.000 | -142.000 | | -142.000 | -76.000 | |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -5.034.500 | -142.000 | | -164.500 | -76.000 | |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 273.246 | 341.232 | | 344.645 | 348.091 | 351.572 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 5.231.200 | 197.750 | | 137.400 | 47.100 | 1.000 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 65.000 | 55.000 | | 40.000 | 30.000 | 30.000 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | 185.200 | 156.700 | | 174.700 | 156.700 | 139.700 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 5.754.646 | 750.682 | | 696.745 | 581.891 | 522.272 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 720.146 | 608.682 | | 532.245 | 505.891 | 522.272 |



Beschreibung

Mit Blick auf seine landschaftliche Schönheit, die geprägt ist durch eine sanfte Hügellandschaft, Waldreichtum und zahlreiche Talsperren, sowie mit Blick auf ein großes Marktpotential im direkten Umland stellt der Oberbergische Kreis ein attraktives Tourismusziel, insbesondere für den Tages- und Wochenendtourismus, dar.

Der heimischen Bevölkerung bieten Natur und Landschaft ein hohes Maß an Lebensqualität.

Mit der Beteiligung an der Naturarena Bergisches Land GmbH und durch die Mitgliedschaft im Naturpark Bergisches Land und im Touristik-Verband Oberbergisches Land fördert der Oberbergische Kreis den Tourismus in den Bereichen „Infrastruktur“ und „Marketing“. Eine - mit Blick auf die Gesellschafterstrukturen begrenzte - Einflussnahmemöglichkeit besteht für den OBK insbesondere im Hinblick auf die regelmäßig stattfindenden Gremiensitzungen.

Auftragsgrundlage

Beschlüsse des Kreistages (freiwillige Aufgabe); ggf. Förderbestimmungen

Ziele

- Verbesserung der touristischen Infrastruktur sowie Steigerung des Bekanntheits-grades und des positiven Images des Oberbergischen Kreises als Tourismusregion. Steigerung der Gäste- und Besucherzahlen
- Öffentlichkeitsarbeit durch Herausgabe von Informationsmaterial und Teilnahme an Messen sowie an ausgewählten touristischen Veranstaltungen
- Steigerung der Lebensqualität der einheimischen Bevölkerung

Zielgruppen

Wirtschaft, Einwohner, Touristen, Kulturschaffende

Haushaltsplan 2010

1.15 Wirtschaft und Tourismus

verantwortlich:

1.15.02 Tourismus

Allg. Vertreter d. LR



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|----------------|----------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| 6 | + Kostenerstattungen und Kostenumlagen | | -30.700 | -30.700 | -30.700 | -30.700 | -30.700 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -30.700 | -30.700 | -30.700 | -30.700 | -30.700 |
| 11 | - Personalaufwendungen | | 260.690 | 285.372 | 288.031 | 290.853 | 293.631 |
| 13 | - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen | | 81.250 | 70.000 | 70.000 | | |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 68.200 | 55.000 | 55.000 | 55.000 | 55.000 |
| 16 | - Sonstige ordentliche Aufwendungen | | | 23.200 | 23.200 | 23.200 | 13.200 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 410.140 | 433.572 | 436.231 | 369.053 | 361.831 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | 379.440 | 402.872 | 405.531 | 338.353 | 331.131 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 379.440 | 402.872 | 405.531 | 338.353 | 331.131 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 379.440 | 402.872 | 405.531 | 338.353 | 331.131 |
| 28 | - Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen | | 48.116 | 43.522 | 43.382 | 43.897 | 44.339 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 427.557 | 446.394 | 448.914 | 382.250 | 375.469 |



Planerläuterung zum Teilergebnisplan Tourismus

Unter *Erträge aus Kostenerstattung/-umlage* ist die Personalkostenerstattung des Zweckverbandes Naturpark Bergisches Land (Kostenart 442400) veranschlagt. Dem Oberbergischen Kreis obliegt die Geschäftsführung für diesen Zweckverband.

In der Kontengruppe *Personalaufwendungen* werden die anteiligen Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten veranschlagt, dazu gehören weiter die Beiträge zu Versorgungskasse, Beihilfen, Sozialversicherungsbeiträge und Pensionsrückstellungen.

Die *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* beinhalten die Kosten zum Projekt "Wege durch die Zeit" (Kostenart 529933).

Die *Transferaufwendungen* enthalten den Betriebskostenzuschuss (Kostenart 531600) zur Gesellschaft „Naturarena Bergisches Land GmbH“. Der Kreistag hat in seiner Sitzung vom 10.03.2005 beschlossen, dass sich der Oberbergische Kreis an dieser Gesellschaft beteiligt. Zu den *Sonstige ordentliche Aufwendungen* gehören ferner der Beitrag zum ZV Naturpark sowie anteilige Geschäftsaufwendungen (Büromaterial, Porto, Telefon, Fortbildung, Miete/Leasing für Geschäftsausstattung, Bekanntmachungen, ADV-Kosten, Versicherungsbeiträge, usw.), welche auf Kostenstellen bewirtschaftet werden und über Verrechnungsschema die Produktgruppe belasten.

Innerhalb der *Internen Leistungsverrechnungen* werden anteilige Umlagen (z. B. Gebäudekosten inkl. AfA, Kfz-Kosten, AfA für Geschäftsausstattung) auf einer verdichteten Ebene abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Allg. Vertreter d. LR

1.15 Wirtschaft und Tourismus

1.15.02 Tourismus



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|----------------|----------------|--|-----------------|-----------------|-----------------|
| 6 | + Kostenerstattungen, Kostenumlagen | | -30.700 | -30.700 | | -30.700 | -30.700 | -30.700 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -30.700 | -30.700 | | -30.700 | -30.700 | -30.700 |
| 10 | - Personalauszahlungen | | 193.290 | 220.557 | | 222.763 | 224.991 | 227.241 |
| 12 | - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen | | 81.250 | 70.000 | | 70.000 | | |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 68.200 | 55.000 | | 55.000 | 55.000 | 55.000 |
| 15 | - sonstige Auszahlungen | | | 13.200 | | 13.200 | 13.200 | 13.200 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 342.740 | 358.757 | | 360.963 | 293.191 | 295.441 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 312.040 | 328.057 | | 330.263 | 262.491 | 264.741 |
| 27 | - Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen | | | 10.000 | | | | |
| 30 | = investive Auszahlungen | | | 10.000 | | | | |
| 31 | = Saldo der Investitionstätigkeit (Ein- / Auszahlung) | | | 10.000 | | | | |

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Allg. Vertreter d. LR

1.15 Wirtschaft und Tourismus

1.15.02 Tourismus



| Investitionsmaßnahmen oberhalb der festgesetzten Wertgrenze | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflichtungs-ermächtigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 | bisher bereitgestellt (einschl. Sp.2) | Gesamteinzahlungen / -auszahlungen |
|---|---|---------------|-------------|-------------|-------------------------------|--------------|--------------|--------------|---------------------------------------|------------------------------------|
| 5800011 Erwerb Geschäftsanteile "Nutscheid" | | | | | | | | | | |
| 10 | - Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen | | | 10.000 | | | | | | 10.000 |
| 13 | = Summe Auszahlungen | | | 10.000 | | | | | | 10.000 |
| 14 | = Saldo: (Einzahlungen ./ Auszahlungen) | | | 10.000 | | | | | | 10.000 |

Planerläuterung zur Investitionsmaßnahme

Bei dem o. g. Ansatz für das Haushaltjahr 2010 handelt es sich um den **Erwerb von Geschäftsanteilen** im Rahmen einer Beteiligung an der gemeinnützigen Gesellschaft „Nutscheid“. Die Abwicklung der Investitionen wird von Amt 80 koordiniert.

Die Investition wird über die *Finanzstelle Erwerb Trägeranteile Nutscheid* abgewickelt:

2010 / PSP-I 5.800011.730 SK 782400

Haushaltsplan 2010

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft



verantwortlich:

| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|
| 1 | Steuern und ähnliche Abgaben | | -300.000 | -277.004 | -144.043 | -66.481 | |
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -193.919.242 | -189.240.825 | -198.899.592 | -203.146.025 | -206.752.413 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -194.219.242 | -189.517.829 | -199.043.635 | -203.212.506 | -206.752.413 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 53.428.860 | 51.635.849 | 49.530.474 | 51.701.059 | 54.089.881 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 53.428.860 | 51.635.849 | 49.530.474 | 51.701.059 | 54.089.881 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | -140.790.382 | -137.881.980 | -149.513.161 | -151.511.447 | -152.662.532 |
| 19 | + Finanzerträge | | -1.000 | -1.023 | -1.023 | -1.023 | -1.023 |
| 20 | - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | | 3.707.374 | 3.562.300 | 3.642.700 | 3.608.400 | 3.579.000 |
| 21 | = Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20) | | 3.706.374 | 3.561.277 | 3.641.677 | 3.607.377 | 3.577.977 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | -137.084.008 | -134.320.703 | -145.871.484 | -147.904.070 | -149.084.555 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | -137.084.008 | -134.320.703 | -145.871.484 | -147.904.070 | -149.084.555 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | -137.084.008 | -134.320.703 | -145.871.484 | -147.904.070 | -149.084.555 |

Haushaltsplan 2010

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

verantwortlich:



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|---------------------|---------------------|--|---------------------|---------------------|---------------------|
| 1 | Steuern und ähnliche Abgaben | | -300.000 | -277.004 | | -144.043 | -66.481 | |
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -193.919.242 | -189.240.825 | | -198.899.592 | -203.146.025 | -206.752.413 |
| 8 | + Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen | | -1.000 | -1.023 | | -1.023 | -1.023 | -1.023 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -194.220.242 | -189.518.852 | | -199.044.658 | -203.213.529 | -206.753.436 |
| 13 | - Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen | | 3.707.374 | 3.562.300 | | 3.642.700 | 3.608.400 | 3.579.000 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 53.428.860 | 51.635.849 | | 49.530.474 | 51.701.059 | 54.089.881 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 57.136.234 | 55.198.149 | | 53.173.174 | 55.309.459 | 57.668.881 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | -137.084.008 | -134.320.703 | | -145.871.484 | -147.904.070 | -149.084.555 |



Beschreibung

Die „Allgemeine Finanzwirtschaft“ stellt kein eigenständiges Produkt im engeren Sinne dar, sondern stellt die Finanzmittel dar, die dem Kreishaushalt produktunabhängig zufließen oder die der Haushalt produktunabhängig zu leisten hat. Aus Transparenzgründen werden hier nur die Finanzmittel und nicht die eigentliche Aufgabenwahrnehmung dargestellt:

Im Ergebnisplan:

- Jagdsteuer
- Schlüsselzuweisungen
- Kreisumlage
- Differenzierte Umlagen: Kreisvolkshochschule, Berufsschulen, Jugendamt
- Umlage an den Landschaftsverband

Auftragsgrundlage

Kreisordnung (KrO), Gemeindeordnung (GO), Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), Kommunalabgabengesetz (KAG), Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG), jährliche Haushaltssatzung

Ziele

Senkung bzw. mind. Konstanthalten des Kreisumlagehebesatzes

Zielgruppen

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat I

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

1.16.01 Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen



| Teilergebnisplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|---|------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|---------------------|
| 1 | Steuern und ähnliche Abgaben | | -300.000 | -277.004 | -144.043 | -66.481 | |
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -193.919.242 | -189.240.825 | -198.899.592 | -203.146.025 | -206.752.413 |
| 10 | = Ordentliche Erträge | | -194.219.242 | -189.517.829 | -199.043.635 | -203.212.506 | -206.752.413 |
| 15 | - Transferaufwendungen | | 53.428.860 | 51.635.849 | 49.530.474 | 51.701.059 | 54.089.881 |
| 17 | = Ordentliche Aufwendungen | | 53.428.860 | 51.635.849 | 49.530.474 | 51.701.059 | 54.089.881 |
| 18 | = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (= Zeilen 10 und 17) | | -140.790.382 | -137.881.980 | -149.513.161 | -151.511.447 | -152.662.532 |
| 22 | = Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | -140.790.382 | -137.881.980 | -149.513.161 | -151.511.447 | -152.662.532 |
| 26 | = Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | -140.790.382 | -137.881.980 | -149.513.161 | -151.511.447 | -152.662.532 |
| 29 | = Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | -140.790.382 | -137.881.980 | -149.513.161 | -151.511.447 | -152.662.532 |

Planerläuterung Teilergebnisplan

Die Kontengruppe *Steuern und ähnliche Abgaben* beinhaltet die Erträge aus der Jagdsteuer (Kostenart 403400).

Bei den *Zuwendungen und allgemeinen Umlagen* handelt es sich zum überwiegenden Teil um die Kreisumlage (Kostenart 417210). Darüber hinaus werden in dieser Kontengruppe die Schlüsselzuweisungen vom Land (Kostenart 411100) sowie die Umlagen aus den Mehrbelastungen Jugendamt (Kostenart 417220), Berufsschulwesen (Kostenart 417240) und Kreisvolkshochschule (Kostenart 417250) verbucht. In der Kontengruppe *Transferaufwendungen* wird der Aufwand für die Landschaftsumlage (Kostenart 537240) erfasst. Nähere Erläuterungen können dem Vorbericht entnommen werden.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat I

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

1.16.01 Steuern, Zuweisungen und allg. Umlagen



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|---------------------|---------------------|--|---------------------|---------------------|---------------------|
| 1 | Steuern und ähnliche Abgaben | | -300.000 | -277.004 | | -144.043 | -66.481 | |
| 2 | + Zuwendungen und allgemeine Umlagen | | -193.919.242 | -189.240.825 | | -198.899.592 | -203.146.025 | -206.752.413 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -194.219.242 | -189.517.829 | | -199.043.635 | -203.212.506 | -206.752.413 |
| 14 | - Transferauszahlungen | | 53.428.860 | 51.635.849 | | 49.530.474 | 51.701.059 | 54.089.881 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 53.428.860 | 51.635.849 | | 49.530.474 | 51.701.059 | 54.089.881 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | -140.790.382 | -137.881.980 | | -149.513.161 | -151.511.447 | -152.662.532 |



Beschreibung

Die „Allgemeine Finanzwirtschaft“ stellt kein eigenständiges Produkt im engeren Sinne dar, sondern stellt die Finanzmittel dar, die dem Kreishaushalt produktunabhängig zufließen oder die der Haushalt produktunabhängig zu leisten hat.

Aus Transparenzgründen werden hier nur die Finanzmittel und nicht die eigentliche Aufgabenwahrnehmung dargestellt:

Im Ergebnisplan:

- Zinserträge
- Zinsaufwendungen

Im Finanzplan:

Einzahlungen und Auszahlungen aus der Tilgung von vergebenen und aufgenommenen Krediten

Auftragsgrundlage

Kreisordnung (KrO), Gemeindeordnung (GO), Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO), jährliche Haushaltssatzung

Ziele

Einhaltung des Tilgungsvolumens laut Haushaltsplan

Zielgruppen

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat I

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft**1.16.02 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft**

| Teilergebnisplan | | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|------------------|----------|--|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|------------------|
| 19 | + | Finanzerträge | | -1.000 | -1.023 | -1.023 | -1.023 | -1.023 |
| 20 | - | Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen | | 3.707.374 | 3.562.300 | 3.642.700 | 3.608.400 | 3.579.000 |
| 21 | = | Finanzergebnis (= Zeilen 19 u. 20) | | 3.706.374 | 3.561.277 | 3.641.677 | 3.607.377 | 3.577.977 |
| 22 | = | Ordentliches Ergebnis (= Zeilen 18 und 21) | | 3.706.374 | 3.561.277 | 3.641.677 | 3.607.377 | 3.577.977 |
| 26 | = | Ergebnis - vor Berücksichtigung der internen Leistungsbeziehungen - (= Zeilen 22 und 25) | | 3.706.374 | 3.561.277 | 3.641.677 | 3.607.377 | 3.577.977 |
| 29 | = | Ergebnis (Zeilen 26, 27 und 28) | | 3.706.374 | 3.561.277 | 3.641.677 | 3.607.377 | 3.577.977 |

Planerläuterung Teilergebnisplan

Bei den *Finanzerträgen* werden die Erträge aus Zinsen von Kreditinstituten (Kostenart 461800) vereinnahmt.

Zinsen und ähnliche Aufwendungen sind einerseits an das Land zu leistende Zinsen (Kostenart 551200) aus Kreditverbindlichkeiten, andererseits an Kreditinstitute zu leistende Zinsen für langfristige Verbindlichkeiten (Kostenart 551500) und für Kassenkredite (Kostenart 551810).

Die anfallenden Auszahlungen für die Tilgung von Krediten sowie zu erwartende Einzahlungen aus Kreditaufnahmen werden ausschließlich im Gesamtfinanzplan in den Zeilen 33 und 34 abgebildet.

Haushaltsplan 2010

verantwortlich:

Dezernat I

1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft

1.16.02 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft



| Teilfinanzplan | | Ergebnis 2008 | Ansatz 2009 | Ansatz 2010 | Verpflicht- ungsermäch- tigungen | Planung 2011 | Planung 2012 | Planung 2013 |
|----------------|---|------------------|----------------|----------------|--|-----------------|-----------------|-----------------|
| 8 | + Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen | | -1.000 | -1.023 | | -1.023 | -1.023 | -1.023 |
| 9 | = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | -1.000 | -1.023 | | -1.023 | -1.023 | -1.023 |
| 13 | - Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen | | 3.707.374 | 3.562.300 | | 3.642.700 | 3.608.400 | 3.579.000 |
| 16 | = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit | | 3.707.374 | 3.562.300 | | 3.642.700 | 3.608.400 | 3.579.000 |
| 17 | = Saldo aus laufender Verwaltungs- tätigkeit (= Zeilen 9 und 16) | | 3.706.374 | 3.561.277 | | 3.641.677 | 3.607.377 | 3.577.977 |

Stellenplan

Stellenplan - Teil A: Beamte

| Wahlbeamte und Laufbahngruppen | Besoldungsgruppe | Zahl der Stellen 2010 | Zahl der Stellen 2009 | Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2009 | Vermerke, Erläuterungen |
|--------------------------------|------------------|-----------------------|-----------------------|--|-------------------------|
| Wahlbeamte | B 7 | 1 | 1 | 1 | |
| | B 4 | 1 | 1 | 1 | |
| Höherer Dienst | B 2 | 2 | 2 | 2 | |
| | A 16 | 2 | 2 | 1 | |
| | A 15 | 11 | 10 | 9 | |
| | A 14 | 16,5 | 17 | 17 | |
| | A 13 | 11 | 12 | 12 | |
| Gehobener Dienst | A 13 | 12,5 | 11,5 | 10,5 | |
| | A 12 | 47 | 46 | 45 | |
| | A 11 | 89 | 83 | 80 | |
| | A 10 | 41 | 43 | 41 | |
| | A 9 | 13,5 | 19,5 | 16 | |
| Mittlerer Dienst | A 9 | 28,5 | 27 | 27 | |
| | A 8 | 38,5 | 38 | 38 | |
| | A 7 | 5 | 5,5 | 5,5 | |
| | A 6 | 0 | 0 | 0 | |
| Gesamt : | | 319,5 | 318,5 | 306 | |

Stellenplan - Teil B: Tariflich Beschäftigte

| Entgeltgruppe / Sondertarif | | Zahl der Stellen 2010 | Zahl der Stellen 2009 | Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2009 | Vermerke, Erläuterungen |
|-----------------------------|-------------|-----------------------|-----------------------|--|-------------------------|
| Entgeltgruppe | 15 TVöD | 3 | 3 | 3 | |
| | 14 TVöD | 8,5 | 9 | 8 | |
| | 13 TVöD | 9,5 | 7,5 | 6,5 | |
| | 12 TVöD | 17,5 | 17,5 | 17,5 | |
| | 11 TVöD | 38,5 | 41,5 | 38,5 | |
| | 10 TVöD | 18 | 17 | 17 | |
| | 9 TVöD | 63 | 89 | 85 | |
| | 8 TVöD | 58 | 60,5 | 58,5 | |
| | 7 TVöD | 0 | 0 | 0 | |
| | 6 TVöD | 89,5 | 83 | 82 | |
| | 5 TVöD | 32 | 32 | 32 | |
| | 4 TVöD | 2,5 | 3,5 | 3,5 | |
| | 3 TVöD | 7 | 8 | 8 | |
| | 2 TVöD | 8,5 | 8,5 | 8,5 | |
| | 1 TVöD | 0 | 0 | 0 | |
| | Sondertarif | 36 | 6 | 6 | |
| Gesamt: | | 391,5 | 386 | 374 | |

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - BEAMTE -

| Produktgruppe | Bezeichnung | Wahlbeamte | | Höherer Dienst | | | | | Gehobener Dienst | | | | | Mittlerer Dienst | | | | Gesamt |
|---------------|--|------------|-----|----------------|------|------|------|------|------------------|------|------|------|-----|------------------|-----|-----|------|--------|
| | | B 7 | B 4 | B 2 | A 16 | A 15 | A 14 | A 13 | A 13 | A 12 | A 11 | A 10 | A 9 | A 9 | A 8 | A 7 | A 6 | |
| 01.01 | Politische Gremien | | | | | | | | | | 0,5 | | | | | | 0,5 | |
| 01.02 | Verwaltungsführung | 1 | 1 | 2 | 2 | | | | 1 | 1 | | | | | | | 8 | |
| 01.03 | Gleichstellung von Frau und Mann | | | | | | | | 0,5 | | | | | | | | 0,5 | |
| 01.04 | Beschäftigtenvertretung | | | | | | | | | 1 | | | | | | | 1 | |
| 01.05 | Rechnungsprüfung | | | | | 1 | | | 1 | 2 | 1 | 1 | | | | | 6 | |
| 01.06 | Zentrale Dienste | | | | | 0,5 | | | 0,5 | 1,5 | 0,5 | 0,5 | 1 | | 1 | | 5,5 | |
| 01.07 | Presse- und Öffentlichkeitsarbeit | | | | | | | | 1 | | | | | | | | 1 | |
| 01.08 | Personalmanagement | | | | | | 1 | | 1 | 2 | 4 | | | 1 | 4,5 | | 13,5 | |
| 01.09 | Finanzmanagement u. Rechnungswesen | | | | | | 0,5 | | 1 | | 3 | 2 | 2 | 3 | 5 | 2 | 18,5 | |
| 01.10 | Organisationsangelegenh. u. technikunterstützte Informationsverarbeitung | | | | | 0,5 | | | 0,5 | 2,5 | 2 | 3 | 1 | | | | 9,5 | |
| 01.11 | Recht | | | | | 1 | 1 | 2 | | | | | | | | | 4 | |
| 01.12 | Grundstücks- und Gebäudemanagement | | | | | | | | 1 | | | | | | 0,5 | | 1,5 | |
| 01.13 | Technisches Immobilienmanagement | | | | | | 1 | | | | 0,5 | | | | | | 1,5 | |
| 01.14 | Kommunalaufsicht | | | | | | 0,5 | | | 2 | 1,5 | | | | | | 4 | |
| 01.15 | Kreispolizeibehörde | | | | | | | 1 | | 1 | 1 | | 2 | 1 | 1 | | 7 | |
| 02.01 | Ordnungsbedürftige Tätigkeiten | | | | | 0,5 | | | | 1 | 1,5 | | 1 | | 1 | | 5 | |
| 02.02 | Verbraucherschutz | | | | | 0,5 | | | | | | 1,5 | | | | | 2 | |
| 02.03 | Tiergesundheit | | | | | 1,5 | | | | | 1 | | | | | | 2,5 | |
| 02.04 | Verkehrsangelegenheiten | | | | | | | 0,5 | | 1,5 | | 1,5 | 1 | 2,5 | 3,5 | | 10,5 | |
| 02.05 | Fahr- und Beförderungserlaubnisse | | | | | | | | | | | | | | 2 | | 2 | |

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - BEAMTE -

| Produktgruppe | Bezeichnung | Wahlbeamte | | Höherer Dienst | | | | Gehobener Dienst | | | | | Mittlerer Dienst | | | | Gesamt | |
|---------------|--|------------|-----|----------------|------|------|------|------------------|------|------|------|------|------------------|-----|-----|-----|--------|------|
| | | B 7 | B 4 | B 2 | A 16 | A 15 | A 14 | A 13 | A 13 | A 12 | A 11 | A 10 | A 9 | A 9 | A 8 | A 7 | | A 6 |
| 02.06 | Kfz-Angelegenheiten | | | | | | 0,5 | | 1 | | | | | | 1,5 | | | 3 |
| 02.07 | Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen | | | | | | | | 1 | 1,5 | 3 | 2 | | 3 | 1 | | | 11,5 |
| 02.09 | Wahlen | | | | | | | | | 0,5 | | | | | | | | 0,5 |
| 02.10 | Bevölkerungsschutz | | | | | | | | 3 | 1 | | | 6,5 | 3 | 1 | | | 14,5 |
| 02.11 | Rettungsdienst | | | | | 0,5 | | | | | 1 | | 6,5 | 3,5 | 1 | | | 12,5 |
| 03.01 | Förderschulen | | | | | | 0,5 | | | 0,5 | | | | | | | | 1 |
| 03.02 | Berufskollegs | | | | | | 0,5 | | | 1,5 | | | | 0,5 | | | | 2,5 |
| 03.04 | Sonstige schulische Aufgaben | | | | | | 1 | | | 3,5 | | | 1 | | | | | 5,5 |
| 04.01 | Kommunale Veranstaltungen / Kulturförderung | | | | | | | | 0,5 | | | | | | | | | 0,5 |
| 04.02 | Volkshochschule | | | | | 4 | | | 1 | | 1 | | | 0,5 | | | | 6,5 |
| 04.03 | Museum | | | | | | | | 0,5 | | | | | | | | | 0,5 |
| 05.01 | Unterstützung von Senioren | | | | | | | 0,5 | | 2 | 1 | | | | | | | 3,5 |
| 05.02 | Hilfen z. Gesundheit, bei Behinderung, bei Pflegebedürftigkeit u. in anderen Lebenslagen | | | | | 1 | | 0,5 | 1,5 | 7 | 5,5 | 1 | 2 | 2 | | | | 20,5 |
| 05.03 | Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen | | | | | | | | 2,5 | 0,5 | 1,5 | | 2 | | | | | 6,5 |
| 05.04 | Betreuungsleistungen | | | | | | | | 1 | 5 | | | | | | | | 6 |
| 06.01 | Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege | | | | | | | 0,5 | 1 | 0,5 | 1,5 | | 0,5 | | | | | 4 |
| 06.02 | Jugendarbeit und Familienförderung | | | | | 0,5 | | 0,5 | | 1,5 | | | | | | | | 2,5 |
| 06.03 | Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien | | | | | 2 | | 1 | 2 | 14,5 | 8 | 0,5 | | 3,5 | | | | 31,5 |
| 06.04 | Leistungen nach dem Bundeselterngeldgesetz | | | | | | | | | | 0,5 | | | 1 | | | | 1,5 |
| 07.01 | Gesundheitsförderung | | | | | 2 | 2 | | 0,5 | | | | | | | | | 4,5 |

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - BEAMTE -

| Produkt- gruppe | Bezeichnung | Wahlbeamte | | Höherer Dienst | | | | | Gehobener Dienst | | | | | Mittlerer Dienst | | | | Gesamt |
|--------------------|--|------------|-----|----------------|------|------|------|------|------------------|------|------|------|-----|------------------|-----|-----|-----|--------|
| | | B 7 | B 4 | B 2 | A 16 | A 15 | A 14 | A 13 | A 13 | A 12 | A 11 | A 10 | A 9 | A 9 | A 8 | A 7 | A 6 | |
| 07.02 | Gutachten und Stellungnahmen | | | | | | 0,5 | 0,5 | | | | | | | | | | 1 |
| 07.03 | Gesundheitshilfe | | | | | | 0,5 | 0,5 | | 0,5 | 4 | | | | | | | 5,5 |
| 07.04 | Gesundheitsschutz | | | | | | | | | | 1 | 1,5 | | 1 | | | | 3,5 |
| 08.01 | Sportförderung | | | | | | | | | | | | | 0,5 | | | | 0,5 |
| 09.01 | Räumliche Planung | | | | | 1 | 0,5 | | | 3 | 1,5 | | | | | | | 6 |
| 09.02 | Vermessung, Erhebung und Führung von Geobasisdaten | | | | | 0,5 | | 1 | 1 | 3 | 5,5 | 1 | | | | | | 12 |
| 09.03 | Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement | | | | | | | | | 0,5 | | | | | | | | 0,5 |
| 09.04 | Grundstückswertermittlung | | | | | 0,5 | | | | | 1 | | | | | | | 1,5 |
| 10.01 | Maßnahmen der Bauaufsicht | | | | | 1 | | | 1 | 2,5 | 3,5 | 2,5 | | | 0,5 | | | 11 |
| 10.03 | Wohnungsbauförderung | | | | | | | | | | 1 | | 1 | | | | | 2 |
| 10.04 | Wohnraumsicherung und -versorgung | | | | | | | | | | | | | | 1 | | | 1 |
| 10.05 | Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht | | | | | | | | | 0,5 | 0,5 | | | | | | | 1 |
| 12.02 | ÖPNV | | | | | | 1 | | | | | 0,5 | | | | | | 1,5 |
| 13.01 | Natur und Landschaft | | | | | | 0,5 | | | 1 | 3,5 | 1 | 1 | | | | | 7 |
| 14.01 | Bodenschutz, Altlasten, Abfall, Immissionen und Wasser | | | | | 1 | | 1 | | 4 | 9,5 | 2 | | 1 | | | | 18,5 |
| 15.01 | Wirtschaftsförderung | | | | | 1 | | | | 2 | 1 | | | | | | | 4 |

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - TARIFLICH BESCHÄFTIGTE -

| Produkt- gruppe | Bezeichnung | Entgeltgruppen - TVöD | | | | | | | | | | | | | | Sonder- tarif | Gesamt | | |
|--------------------|--|-----------------------|----|-----|-----|-----|-----|-----|-----|---|-----|-----|---|-----|-----|------------------|--------|---|------|
| | | 15 | 14 | 13 | 12 | 11 | 10 | 9 | 8 | 7 | 6 | 5 | 4 | 3 | 2 | | | 1 | |
| 01.01 | Politische Gremien | | | | | | | | | | 0,5 | | | | | | | | 0,5 |
| 01.02 | Verwaltungsführung | | | | | | | 2 | 4 | | | | | | | | | | 6 |
| 01.04 | Beschäftigtenvertretung | | | | 1 | | | | 1 | | | | | | | | | | 2 |
| 01.05 | Rechnungsprüfung | | | | 1 | | | | | | | 1 | | | | | | | 2 |
| 01.06 | Zentrale Dienste | | | | | | | 1,5 | 1 | | 10 | 2 | 1 | | | | | | 15,5 |
| 01.07 | Presse- und Öffentlichkeitsarbeit | | | | | 0,5 | | | | | | | | | | | | | 0,5 |
| 01.08 | Personalmanagement | | | | | | | 1 | | | 1 | 1,5 | | | | | | | 3,5 |
| 01.09 | Finanzmanagement u. Rechnungswesen | | | | | | | 1 | 3,5 | | 0,5 | 1 | | | | | | | 6 |
| 01.10 | Organisationsangelegenh. u. technikunterstützte Informationsverarbeitung | | | | 3,5 | 1 | 0,5 | 2 | | | 0,5 | | | | | | | | 7,5 |
| 01.11 | Recht | | | 0,5 | | | | | | | | 1 | | | | | | | 1,5 |
| 01.12 | Grundstücks- und Gebäudemanagement | | | | | | | | 3 | | 5 | | | 1,5 | 8,5 | | 2 | | 20 |
| 01.13 | Technisches Immobilienmanagement | | | | | 4,5 | 1 | | | | | | | | | | | | 5,5 |
| 01.15 | Kreispolizeibehörde | | | | | | | 1 | | | 2 | | | | | | | | 3 |
| 02.01 | Ordnungsbedürftige Tätigkeiten | | | | | | | | 0,5 | | | 0,5 | | 0,5 | | | | | 1,5 |
| 02.02 | Verbraucherschutz | | 1 | 2 | | | | 5 | | | 0,5 | | | | | | | | 8,5 |
| 02.03 | Tiergesundheit | | 1 | | | 1 | | 1 | 2 | | | | | | | | | | 5 |
| 02.04 | Verkehrsangelegenheiten | | | | | | | 1 | 3,5 | | 4 | 2,5 | | | | | | | 11 |
| 02.05 | Fahr- und Beförderungserlaubnisse | | | | | 1 | | 1,5 | 3,5 | | | | | | | | | | 6 |
| 02.06 | Kfz-Angelegenheiten | | | | | | 1 | 1 | 12 | | 3 | 3 | | | | | | | 20 |
| 02.07 | Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen | | | | | | | 3,5 | 1 | | | 0,5 | | 0,5 | | | | | 5,5 |

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - TARIFLICH BESCHÄFTIGTE -

| Produktgruppe | Bezeichnung | Entgeltgruppen - TVöD | | | | | | | | | | | | | | | Sonder-tarif | Gesamt | |
|---------------|--|-----------------------|-----|-----|----|-----|----|-----|-----|---|-----|-----|-----|-----|---|---|--------------|--------|------|
| | | 15 | 14 | 13 | 12 | 11 | 10 | 9 | 8 | 7 | 6 | 5 | 4 | 3 | 2 | 1 | | | |
| 02.10 | Bevölkerungsschutz | | | | 1 | | | 3 | | | 2 | 0,5 | | | | | | | 6,5 |
| 02.11 | Rettungsdienst | | | | 1 | | | | 0,5 | | | 1 | | | | | | | 2,5 |
| 03.01 | Förderschulen | | | | | | | | 1 | | 5 | 1 | 1,5 | 1,5 | | | | 4 | 14 |
| 03.02 | Berufskollegs | | | | | | | | 2 | | 11 | | | | | | | | 13 |
| 03.04 | Sonstige schulische Aufgaben | | 1 | | | | | 1 | 0,5 | | 4,5 | | | | | | | | 7 |
| 04.01 | Kommunale Veranstaltungen / Kulturförderung | 0,5 | | | | | | 1 | 0,5 | | | | | | | | | | 2 |
| 04.02 | Volkshochschule | | 1 | 1 | 1 | 5 | 1 | | 1 | | 1 | 1,5 | | | | | | | 12,5 |
| 04.03 | Museum | 0,5 | | | | 1,5 | | 1 | | | | 1 | | | | | | | 4 |
| 04.04 | Heimatbildstelle | | | | | | | 0,5 | | | | | | | | | | | 0,5 |
| 05.01 | Unterstützung von Senioren | | | | | | | 0,5 | | | | | | | | | | | 0,5 |
| 05.02 | Hilfen z. Gesundheit, bei Behinderung, bei Pflegebedürftigkeit u. in anderen Lebenslagen | | | | | | 1 | 4 | 1,5 | | 1 | 1 | | 0,5 | | | | | 9 |
| 05.03 | Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen | | | | | | | 0,5 | 0,5 | | | | | | | | | | 1 |
| 05.04 | Betreuungsleistungen | | | | | | | | | | 1 | | | | | | | | 1 |
| 06.01 | Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege | | | | | | | | | | | 0,5 | | | | | | | 0,5 |
| 06.02 | Jugendarbeit und Familienförderung | | | | | | | 1 | | | 0,5 | | | | | | | | 1,5 |
| 06.03 | Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien | | | 3,5 | | 1 | 1 | | 2 | | 5 | 1,5 | | | | | | 29 | 43 |
| 07.01 | Gesundheitsförderung | 0,5 | 2,5 | | | | | | 2,5 | | 5,5 | | | 1 | | | | | 12 |
| 07.02 | Gutachten und Stellungnahmen | 1 | 1 | | | | | 0,5 | | | 3,5 | | | 0,5 | | | | | 6,5 |
| 07.03 | Gesundheitshilfe | 0,5 | | | | 1 | | 0,5 | | 1 | | | | | | | | | 3 |
| 07.04 | Gesundheitsschutz | | | 0,5 | | 1 | | 5 | 3 | | 1 | | | | | | | | 10,5 |

Stellenübersicht - Teil A: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung - TARIFLICH BESCHÄFTIGTE -

| Produkt- gruppe | Bezeichnung | Entgeltgruppen - TVöD | | | | | | | | | | | | | | Sonder- tarif | Gesamt | |
|--------------------|--|-----------------------|-----|----|-----|----|-----|------|-----|---|-----|-----|---|---|---|------------------|--------|------|
| | | 15 | 14 | 13 | 12 | 11 | 10 | 9 | 8 | 7 | 6 | 5 | 4 | 3 | 2 | | | 1 |
| 09.01 | Räumliche Planung | | | | 1 | 1 | | | 1 | | 3,5 | | | | | | | 6,5 |
| 09.02 | Vermessung, Erhebung und Führung von Geobasisdaten | | 0,5 | | 3,5 | 5 | 2 | 10,5 | 1,5 | | 8 | 5 | | | | | | 36 |
| 09.03 | Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement | | 0,5 | | 1 | | 4,5 | 1,5 | 1,5 | | 2,5 | | | | | | | 11,5 |
| 09.04 | Grundstückswertermittlung | | | | 1 | 2 | 1 | | | | 2 | 0,5 | | | | | | 6,5 |
| 10.01 | Maßnahmen der Bauaufsicht | | | | | 8 | | 5 | 1 | | 1 | 3,5 | | | | | | 18,5 |
| 10.03 | Wohnungsbauförderung | | | | | 1 | 1 | | | | | 0,5 | | | | | | 2,5 |
| 10.04 | Wohnraumsicherung und -versorgung | | | | | | | | 1 | | | 1 | | | | | | 2 |
| 12.01 | Öffentliche Verkehrsflächen | | | | 1 | 3 | 1 | 2 | 0,5 | | 0,5 | | | | | | | 8 |
| 13.01 | Natur und Landschaft | | | | | | | | | | 1 | | | | | | | 1 |
| 13.02 | Wald, Forst- und Landwirtschaft | | | | | 1 | | | | | 0,5 | | | | | | 1 | 2,5 |
| 14.01 | Bodenschutz, Altlasten, Abfall, Immissionen und Wasser | | | 1 | 0,5 | | 2 | 4,5 | 1 | | 1,5 | 0,5 | | | | | | 11 |
| 15.01 | Wirtschaftsförderung | | | 1 | 1 | | | | | | | | | 1 | | | | 3 |
| 15.02 | Tourismus | | | | | 1 | | | | | | | | | | | | 1 |

Stellenübersicht - Teil B: Dienstkräfte in Ausbildung

Nachwuchskräfte und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

| Bezeichnung | Art der Vergütung | Zahl 2010 | Zahl 2009 | Zahl am 01.10.2009 | Vermerke, Erläuterungen |
|--|----------------------|--------------|--------------|-----------------------|-------------------------|
| Kreisinspektoranwärter/in | Anwärterbezüge | 18 | 17 | 16 | |
| Kreissekretäranwärter/in | Anwärterbezüge | 8 | 6 | 6 | |
| Kreisvermessungsoberinspektoranwärter/in | Anwärterbezüge | 1 | 1 | 1 | |
| Kauffrau/mann für Bürokommunikation | Ausbildungsvergütung | 13 | 10 | 12 | |
| Informatikkaufmann/frau | Ausbildungsvergütung | 0 | 1 | 1 | |
| Vermessungstechniker/in | Ausbildungsvergütung | 4 | 2 | 2 | |
| Forstwirt | Ausbildungsvergütung | 1 | 3 | 2 | |
| Praktikanten | Pauschale | 3 | 3 | 3 | |
| Gesamt: | | 48 | 43 | 43 | |

Übersichten

Übersicht über die Bürgschaften

| Bürgschaft gewährt für | Betrag | Bank | Art |
|---|--|----------|-------------------|
| <i>Elterninitiative "Kleine Freunde" e.v. Hemmerholzer Weg 18, 51597 Morsbach</i> | 51.129 € | KSK Köln | Ausfallbürgschaft |
| <i>Neubau des Kindergartens Engelskirchen-Schnellbach</i> | Der OBK übernimmt als zuständiger örtlicher Träger der öffentl. Jugendhilfe für die Mietzahlungen aus dem Mietvertrag zw. der Bauunternehmung und der Johanniter Unfallhilfe e.V. die Bürgschaft. (siehe KT-Beschluss v. 18.03.2004) | | |
| <i>Neubau des Kindergartens Engelskirchen-Osberghausen</i> | Der OBK übernimmt als zuständiger örtlicher Träger der öffentl. Jugendhilfe für die Mietzahlungen aus dem Mietvertrag zw. der Bauunternehmung und der Johanniter gGmbH die Bürgschaft. (siehe KT-Beschluss v. 22.09.2005) | | |
| <i>Übernahme einer Ausfallbürgschaft Kreiskrankenhaus Waldbröl</i> | Der OBK übernimmt als Gesellschafter des <i>Klinkums Oberbergs</i> entsprechend seinem Gesellschafteranteil gem. § 18 des Gesellschaftsvertrages in Höhe v. 95,7 % eine Ausfallbürgschaft für den von der Kreissparkasse Köln zur Verfügung gestellten Darlehensrahmen. Die Bürgschaft gilt zeitlich begrenzt für die Dauer bis zum 30.06.2025 (siehe KT-Beschluss v. 25.09.2008). | | |
| <i>Gemeinnützige Gesellschaft "Das Bergische gGmbH" Eichenhofstr. 31, 51789 Lindlar</i> | Der Rheinisch-Bergische Kreis, der Oberbergische Kreis und der Zweckverband Naturpark Bergisches Land übernehmen eine modifizierte Ausfallbürgschaft in Höhe von maximal 1.744.404 Euro für die durch das Land NRW gewährten Fördermittel. (Projekt Wege durch die Zeit) | | |

Übersicht über den Stand von Sonderabgaben

Sonderabgaben sind einmalige oder laufende öffentlich-rechtliche Geldleistungen, die im Gegensatz zu Steuern nicht der allgemeinen Mittelbeschaffung sondern der Finanzierung eines bestimmten Sachzwecks dienen. Im Gegensatz zu Gebühren und Beiträgen stellen sie keine Entgelte für eine empfangene oder bevorzugt angebotene Leistung des öffentlich-rechtlichen Gemeinwesens dar. Zu den Sonderabgaben zählen auch Leistungen, bei denen an Stelle der Finanzierungsfunktion die Antriebs- und Ausgleichsfunktion im Vordergrund steht.

Bei den nach § 5 des Landschaftsgesetzes NW erhobenen Ersatzgeldern handelt es sich um Sonderabgaben, die zweckgebunden für Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu verwenden sind. Ersatzgelder werden erhoben, wenn bei einem Eingriff in Natur und Landschaft der erforderliche Ausgleich vom Verursacher nicht durch Ausgleichs- oder Ersatzmaßnahmen durchgeführt werden kann.

Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 17.07.2003 (BverfG 2 BvL 1/99) sind die Länder verpflichtet, dem Haushalt als Anlage eine Übersicht über den Bestand und die Entwicklung von Sonderabgaben beizufügen. Analog zu dieser Regelung ist nachfolgend der Bestand und die Entwicklung der Ersatzgelder nach Landschaftsgesetz aufgeführt:

Übersicht über den Stand und die Entwicklung der Ersatzgelder gemäß § 5 Landschaftsgesetz:

| Produktgruppe 1.13.01 Natur und Landschaft | Anfangsbestand 2009 | Einnahmen 2009 | Ausgaben 2009 | Endbestand 2009 (=Anfangsbestand 2010) |
|---|--------------------------------|-----------------------|----------------------|---|
| Pflegemaßnahmen | 27.098,56 € | 22.479,72 € | 1.264,84 € | 48.313,44 € |
| Investitionen | 143.933,56 € | 0,00 € | 0,00 € | 143.933,56 € |
| Gesamtbestand | 171.032,12 € | 22.479,72 € | 1.264,84 € | 192.247,00 € |

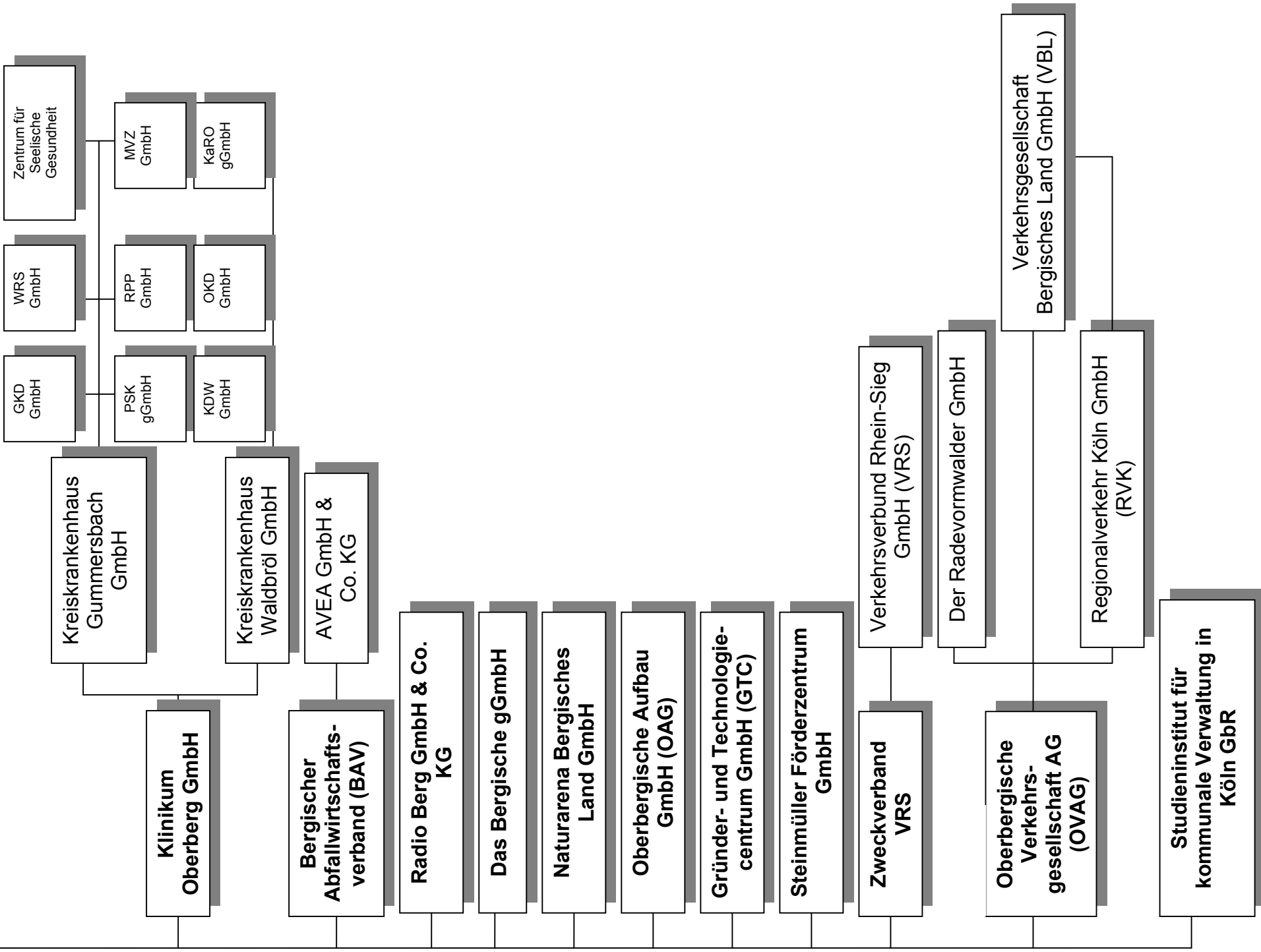
**Übersicht über die
Verpflichtungsermächtigungen
im Haushaltsplan 2009 und 2010**

| Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan des Jahres | Voraussichtlich fällige Ausgaben | | | | |
|---|----------------------------------|--------------|--------------|-------------|------|
| | 2010 | 2011 | 2012 | 2013 | 2014 |
| | Euro | Euro | Euro | Euro | |
| 2009 | 15.729.500 € | 7.674.500 € | 5.060.000 € | | |
| 2010 | | 15.520.000 € | 5.150.000 € | 4.915.000 € | |
| 2011 | | | | | |
| Summe | 15.729.500 € | 23.194.500 € | 10.210.000 € | 4.915.000 € | |

| Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Verbindlichkeiten | | | | |
|--|---|---|--|--|
| Art der Verbindlichkeit | Stand am Ende des Vorvorjahres 31.12.2008 TEUR | Voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushaltsjahres 01.01.2010 TEUR | Voraussichtlicher Stand zum Ende des Haushaltsjahres 31.12.2010 TEUR | |
| 1. Anleihen | | | | |
| 2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen | | | | |
| 2.1 von verbundenen Unternehmen | | | | |
| 2.2 von Beteiligungen | | | | |
| 2.3 von Sondervermögen | | | | |
| 2.4 vom öffentlichen Bereich | | | | |
| 2.4.1 vom Bund | | | | |
| 2.4.2 vom Land | 1.636 | 1.632 | 1.628 | |
| 2.4.3 von Gemeinden (GV) | | | | |
| 2.4.4 von Zweckverbänden | | | | |
| 2.4.5 vom sonstigen öffentlichen Bereich | 43.982 | 41.463 | 52.299 | |
| 2.4.6 von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen | | | | |
| 2.5 vom privaten Kreditmarkt | | | | |
| 2.5.1 von Banken und Kreditinstituten | | | | |
| 2.5.2 von übrigen Kreditgebern | | | | |
| 3. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung | | | | |
| 3.1 vom öffentlichen Bereich | 29.025 | 29.210 | 29.210 | |
| 3.2 vom privaten Kreditmarkt | | | | |
| 4. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen | | | | |
| 5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen | | | | |
| 6. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen | | | | |
| 7. Sonstige Verbindlichkeiten | | | | |
| 8. Summe aller Verbindlichkeiten | 74.643 | 72.305 | 83.137 | |
| Nachrichtlich anzugeben: | | | | |
| Haftungsverhältnis aus der Bestellung von Sicherheiten: z.B. Bürgschaften u. a. | | | | |

Beteiligungen

Oberbergischer Kreis



Informationen zu **Beteiligungen** an Unternehmen in privater Rechtsform können dem Beteiligungsbericht entnommen werden, welcher jährlich fortgeschrieben wird.

Erfolgspläne/Wirtschaftspläne

gem. § 2 Abs. 2 Ziffer 8 GemHVO

Wirtschaftsplan OVAG 2010

| | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 ¹⁾ | 2010 |
|---|-----------------|-----------------|-----------------|--------------------|---------------|
| | Ist | Ist | Ist | Plan | Plan |
| | T€ | T€ | T€ | T€ | T€ |
| I. Betrieblicher Bereich | | | | | |
| Verkehrseinnahmen | 10.306,3 | 11.402,9 | 11.963,7 | 12.100 | 11.560 |
| interlokale Verkehrsabgeltung | 29,6 | 66,4 | 84,7 | 60 | 70 |
| Ausgleichszahlungen 45a PBefG | 2.777,6 | 2.226,8 | 2.030,5 | 1.600 | 1.550 |
| Ausgleichszahlungen SGB | 763,5 | 648,6 | 1.076,5 | 950 | 1.000 |
| Zuschuss gem. Förderrichtlinie | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0 | 700 |
| sonstige Verkehrserlöse | 3.377,2 | 3.436,8 | 3.639,1 | 3.580 | 3.740 |
| sonstige Umsatzerlöse | 401,6 | 1.161,4 | 885,9 | 160 | 130 |
| sonstige Erträge | 2.561,2 | 1.611,5 | 2.729,7 | 1.600 | 1.550 |
| Summe Erlöse und Erträge | 20.217,0 | 20.554,4 | 22.410,1 | 20.050 | 20.300 |
| Materialaufwand Betriebsstoffe | 1.055,0 | 1.057,5 | 1.154,4 | 1.200 | 1.150 |
| Materialaufwand Anmietung | 11.636,4 | 11.767,6 | 12.346,3 | 12.550 | 12.880 |
| Personalaufwand | 5.542,3 | 4.537,7 | 4.330,3 | 4.200 | 4.310 |
| Abschreibungen | 591,3 | 685,1 | 510,1 | 670 | 580 |
| Reparatur und Unterhaltung | 891,7 | 1.309,7 | 946,1 | 1.000 | 990 |
| sonstige Aufwendungen | 1.816,0 | 1.751,3 | 1.704,6 | 1.500 | 1.560 |
| Summe Aufwendungen | 21.532,7 | 21.108,9 | 20.991,8 | 21.120 | 21.470 |
| Ergebnis | -1.315,7 | -554,5 | 1.418,3 | -1.070 | -1.170 |
| II. Finanzwirtschaftlicher Bereich | | | | | |
| allgemeine Posten | 205,7 | 238,3 | 53,6 | 150 | 80 |
| RVK - anteiliges Ergebnis | -103,2 | -65,4 | 0,0 | -60 | -60 |
| VBL - anteiliges Ergebnis | 43,7 | 205,1 | 61,4 | 15 | 20 |
| Der Radevormwalder - ant. Ergebnis | - | - | 0,0 | 0 | 5 |
| Steuern | -53,0 | 12,3 | 27,3 | 15 | 15 |
| Summe | 199,2 | 365,7 | 87,7 | 90 | 30 |
| Gesamtergebnis | -1.116,5 | -188,8 | 1.506,0 | -980 | -1.140 |

Stand: 14.12.09

6.2 Wirtschaftsplan OVAG Konzern 2010

| | 2006 | 2007 | 2008 | 2009 | 2010 |
|---|-----------------|-----------------|-----------------|---------------|---------------|
| | Ist | Ist | Ist | Plan | Plan |
| | T€ | T€ | T€ | T€ | T€ |
| I. Betrieblicher Bereich | | | | | |
| Verkehrseinnahmen | 12.120,8 | 13.748,7 | 14.397,6 | 14.300 | 13.740 |
| pauschale Verkehrsabgeltung | 104,1 | 66,4 | 124,7 | 70 | 140 |
| gesetzliche Ausgleichszahlungen | 3.827,9 | 3.206,2 | 3.352,2 | 2.695 | 2.730 |
| sonstige Verkehrserlöse | 3.791,9 | 3.863,0 | 3.991,2 | 4.690 | 4.095 |
| Zuschuss gem. Förderrichtlinie | 0,0 | 0,0 | 0,0 | 0 | 700 |
| sonstige Umsatzerlöse | 480,0 | 1.576,3 | 1.209,8 | 475 | 180 |
| sonstige Erträge | 1.844,2 | 1.051,1 | 2.192,5 | 1.410 | 1.435 |
| Summe Erlöse und Erträge | 22.168,9 | 23.511,7 | 25.268,0 | 23.640 | 23.020 |
| Materialaufwand Betriebsstoffe | 1.389,1 | 1.418,0 | 1.658,3 | 1.730 | 1.775 |
| Materialaufwand Anmietung | 11.697,3 | 12.052,3 | 11.825,2 | 13.020 | 12.520 |
| Personalaufwand | 6.621,2 | 5.694,4 | 5.699,8 | 6.160 | 6.030 |
| Abschreibungen | 696,9 | 859,1 | 762,6 | 1.010 | 950 |
| sonstige Aufwendungen | 2.916,5 | 3.515,4 | 3.581,8 | 2.790 | 2.820 |
| Summe Aufwendungen | 23.321,0 | 23.539,2 | 23.527,7 | 24.710 | 24.095 |
| Ergebnis | -1.152,1 | -27,5 | 1.740,3 | -1.070 | -1.075 |
| II. Finanzwirtschaftlicher Bereich | | | | | |
| allgemeine Posten | 136,0 | 217,4 | 31,9 | 155 | 40 |
| RVK - anteiliges Ergebnis | -59,2 | -65,4 | 0,0 | -60 | -60 |
| Steuern | -52,0 | 13,3 | 193,2 | 15 | 45 |
| Summe | 128,8 | 138,7 | -161,3 | 80 | -65 |
| Verlustübernahme | 1.116,4 | 188,8 | 0,0 | 990 | 1.140 |
| Gesamtergebnis | 93,1 | 300,0 | 1.579,0 | 0 | 0 |

| Mittelfristige Vorschau OVAG | | | |
|-------------------------------------|----------------------|----------------------|---------------------|
| | 2010 | 2011 | 2012 |
| | Plan | Plan | Plan |
| | T€ | T€ | T€ |
| Linienverkehrseinnahmen | 11.630 ¹⁾ | 11.800 ¹⁾ | 12.150 |
| Gesetzliche Ausgleichszahlungen | 2.550 | 1.050 ²⁾ | 1.050 ²⁾ |
| Sonstige Verkehrserlöse | 3.740 | 3.780 | 3.820 |
| Übrige Erlöse und Erträge | <u>2.380</u> | <u>2.400</u> | <u>2.410</u> |
| Summe: | 20.300 | 19.030 | 19.430 |
| Materialaufwand | 1.150 | 1.150 | 1.170 |
| Betriebsstoffe, Anmietung | 12.880 | 13.120 | 13.380 |
| Personalaufwand | 4.310 | 4.320 | 4.340 |
| Abschreibungen | 580 | 600 | 600 |
| Sonstige Aufwendungen | <u>2.550</u> | <u>2.560</u> | <u>2.570</u> |
| Summe: | 21.470 | 21.750 | 22.060 |
| Finanzwirtschaftlicher Bereich | 30 | 20 | 0 |
| Ergebnis: | -1.140 | -2.700 | -2.630 |

¹⁾ Auswirkung der unausgewogenen Preisgestaltung im VRS

²⁾ Auswirkung einer noch ausstehenden Verordnung zur Verteilung von gesetzlichen Ausgleichszahlungen

Zuwendungen an die Kreistagsfraktionen

gem. § 40 Abs. 3 KrO

Zuwendungen an Fraktionen - Teil A: Geldleistungen

| Nr. | Fraktion | Haushaltsansatz | | Ergebnis der Jahresrechnung 2008 Euro | Erläuterungen |
|-----|--|-----------------|------------------|---|---|
| | | 2010 Euro | 2009 Euro | | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| 1 | CDU - Kreistagsfraktion | 38.420 | 37.697,81 | 37.800 | <p>Nach § 40 KrO i.V.m. § 12 der Hauptsatzung für den Oberbergischen Kreis gewährt der Kreis den Fraktionen folgende Zuwendungen zu den sächlichen und personellen Aufwendungen für die Geschäftsführung:</p> <p>1. Grundbetrag je Fraktion 8.640,00 Euro jährlich</p> <p>2. Betrag je Fraktionsmitglied 1.080,00 Euro jährlich</p> <p>Für 2010 ergibt sich ein Gesamtzuwendungsbetrag von 107.350 Euro. Geldwerte Leistungen werden nicht gewährt.</p> <p>Die UWG wird in der neuen Wahlperiode keine Fraktion bilden</p> |
| 2 | SPD - Kreistagsfraktion | 25.990 | 26.608,09 | 27.000 | |
| 3 | FDP - Kreistagsfraktion | 15.820 | 14.342,21 | 14.040 | |
| 4 | Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN | 15.820 | 14.342,21 | 14.040 | |
| 5 | UWG – Kreistagsfraktion | ./. | 8.680,65 | 10.800 | |
| 6 | Kreistagsfraktion DIE LINKE | 11.300 | 2.161,02 | ./. | |

Zuwendungen an Fraktionen - Teil B: Geldwerte Leistungen

| Fraktion: CDU-Kreistagsfraktion, SPD-Kreistagsfraktion, Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP-Kreistagsfraktion, UWG-Kreistagsfraktion und Kreistagsfraktion DIE LINKE | | | | |
|--|-----------------|-------------|---------------------------------------|----------------------|
| Zweckbestimmung | Geldwert | | | Erläuterungen |
| | 2010 | 2009 | mehr (+) weniger (-) | |
| | Euro | Euro | Euro | |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 |
| 1. Gestellung von Personal der kommunalen Körperschaft für die Fraktionsarbeit | 0 | 0 | | |
| 1.1 für die Sicherung des Informationsaustauschs, organisatorische Arbeiten und sonstige Dienste (Geschäftsstellenbetrieb) | | | | |
| 1.2 für Sachgebiete der Fraktionsarbeit (Fraktionsassistenten) | | | | |
| 1.3 für Fahrer von Dienstfahrzeugen | | | | |
| 2. Bereitstellung von Fahrzeugen | 0 | 0 | | |
| 3. Bereitstellung von Räumen | 0 | 0 | | |
| 3.1 für die Fraktionsgeschäftsstelle | | | | |
| 3.2 dauernd oder bedarfsweise für die Durchführung von Fraktionssitzungen | | | | |
| 4. Bereitstellung einer Büroausstattung | 0 | 0 | | |
| 4.1 Büromöbel und -maschinen | | | | |
| 4.2 sonstiges Büromaterial | | | | |
| 5. Übernahme laufender oder einmaliger Kosten für | 0 | 0 | | |
| 5.1 bereitgestellte Räume (Heizung, Reinigung, Beleuchtung) | | | | |
| 5.2 Fachliteratur und -zeitschriften | | | | |
| 5.3 Telefon, Telefax, Datenübertragungsleitungen | | | | |
| 5.4 Rechnerzeiten auf zentraler ADV-Anlage | | | | |
| 6. Sonstiges | 0 | 0 | | |

Stichwortverzeichnis

Stichwortverzeichnis

Haushalt 2010

| Stichwort | Seite |
|---|---------|
| Aufwandsentschädigungen | 11 |
| Berufskollegs | 195 |
| Betriebskostenzuschuss Tageseinr. f. Kinder | 279 |
| Betriebskostenzuschuss Tagesmütternetzwerk | 279 |
| Buß- und Verwarngelder | 126 |
| Einnahmen aus Holzverkauf | 454 |
| Elternbeiträge | 279 |
| Erziehung in einer Tagesgruppe | 279 |
| Erziehungsbeistandschaft | 300 |
| Fleischbeschauung | 110 |
| Förderschulen | 188 |
| Förderung der Jugendarbeit in Sportvereinen | 360 |
| Förderung von Angeboten d. Kinder- und Jugendarbeit | 291 |
| Förderung von Integrationsmaßnahmen | 16 |
| Gebühren Bauamt | 400 |
| Gebühren Katasteramt | 380/388 |
| Gemeinsame Unterbringung v. Müttern mit Kindern | 326 |
| Geschwindigkeitsüberwachung | 126 |
| Grundsicherungsleistungen | 264 |
| Hilfe zum Lebensunterhalt | 263 |
| Hilfe zur Pflege | 255 |
| Institutionelle Erziehungsberatung | 297/325 |
| Jagdsteuer | 483 |
| Kosten ambulante Sprachheilfürsorge | 339 |
| Kosten der Heimerziehung | 308/325 |
| Kosten der Inobhutnahme | 316/326 |
| Kreisforsten | 454 |
| Kreiskulturlandschaftsprogramm | 448 |

| Stichwort | Seite |
|--|-------|
| Kreisumlage | 483 |
| Landesmittel Förderung v. Familienzentren | 279 |
| Landesmittel off. Kinder- und Jugendarbeit | 291 |
| Landesmittel zur Sprachförderung | 279 |
| Landschaftsumlage | 483 |
| Lastenausgleich | 263 |
| Museum | 232 |
| ÖPNV | 423 |
| Pflegewohngeld | 255 |
| Rettungsdienst | 173 |
| Schwangerenkonfliktberatung | 348 |
| Schwerbehindertenangelegenheiten | 256 |
| Sportförderung | 358 |
| Straßenerhaltung | 423 |
| Tierseuchenbekämpfung | 116 |
| Tourismus | 477 |
| Unterbringung in Tagespflege | 279 |
| Verfügungsmittel | 15 |
| Volkshochschule | 223 |
| Wahlen | 155 |
| Wirtschaftsförderung | 471 |
| Zinsen / Tilgung von Krediten | 486 |
| Zuschuss an die Erziehungsberatungsstellen | 291 |
| Zuschuss an die Erziehungsberatungsstellen | 326 |
| Zuschuss an die Nachwuchsorganisationen | 11 |
| Zuschuss an die OVAG | 438 |
| Zuschüsse im Bereich Suchtkrankheiten | 348 |
| Zuwendungen an Kreistagsfraktionen | 11 |

Zuordnung von Ausschüssen zu Produktgruppen

Zuordnung von Ausschüssen zu Produktgruppen

| Produktbereich | Produktgruppe | Bezeichnung | Ausschuss |
|---------------------------|--------------------------------|--|---|
| Gesamtergebnisplan | | | KT / KA / FinanzA |
| Gesamtfinanzplan | | | KT / KA / FinanzA |
| 1.01 | Innere Verwaltung | | KT / KA / FinanzA |
| | 1.01.01 | Politische Gremien | KT / KA / FinanzA |
| | 1.01.02 | Verwaltungsführung | KT / KA / FinanzA |
| | 1.01.03 | Gleichstellung von Mann und Frau | KT / KA / FinanzA |
| | 1.01.04 | Beschäftigtenvertretung | KT / KA / FinanzA |
| | 1.01.05 | Rechnungsprüfung | KT / KA / FinanzA |
| | 1.01.06 | Zentrale Dienste | KT / KA / FinanzA |
| | 1.01.07 | Presse- und Öffentlichkeitsarbeit | KT / KA / FinanzA |
| | 1.01.08 | Personalmanagement | KT / KA / FinanzA |
| | 1.01.09 | Finanzmanagement u. Rechnungswesen | KT / KA / FinanzA |
| | 1.01.10 | Organisationsangelegenh. u. technikerunterstützte Informationsverarbeitung | KT / KA / FinanzA |
| | 1.01.11 | Recht | KT / KA / FinanzA |
| | 1.01.12 | Grundstücks- und Gebäudemanagement | BauA |
| | 1.01.13 | Technisches Immobilienmanagement | BauA |
| | 1.01.14 | Kommunalaufsicht | KT / KA / FinanzA |
| | 1.01.15 | Kreispolizeibehörde | KT / KA / FinanzA |
| 1.02 | Sicherheit und Ordnung | | KT / KA / FinanzA |
| | 1.02.01 | Ordnungsbedürftige Tätigkeiten | KT / KA / FinanzA |
| | 1.02.02 | Verbraucherschutz | UmweltA |
| | 1.02.03 | Tiergesundheit | UmweltA |
| | 1.02.04 | Verkehrsangelegenheiten | KT / KA / FinanzA |
| | 1.02.05 | Fahr- und Beförderungserlaubnisse | KT / KA / FinanzA |
| | 1.02.06 | Kfz-Angelegenheiten | KT / KA / FinanzA |
| | 1.02.07 | Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen | KT / KA / FinanzA |
| | 1.02.08 | Statistik | KT / KA / FinanzA |
| | 1.02.09 | Wahlen | KT / KA / FinanzA |
| | 1.02.10 | Bevölkerungsschutz | Ausschuss für Gesundheit, Feuerschutz ... |
| | 1.02.11 | Rettungsdienst | Ausschuss für Gesundheit, Feuerschutz ... |
| 1.03 | Schulträgeraufgaben | | SchulA |
| | 1.03.01 | Förderschulen | SchulA |
| | 1.03.02 | Berufskollegs | SchulA |
| | 1.03.03 | Schülerbeförderung | SchulA |
| | 1.03.04 | Sonstige schulische Aufgaben | SchulA |
| 1.04 | Kultur und Wissenschaft | | KulturA |
| | 1.04.01 | Kommunale Veranstaltungen / Kulturförderung | KulturA |
| | 1.04.02 | Volkshochschule | KulturA |
| | 1.04.03 | Museum | KulturA |
| | 1.04.04 | Heimatbildstelle | KulturA |
| 1.05 | Soziale Leistungen | | SozialA |
| | 1.05.01 | Unterstützung von Senioren | SozialA |
| | 1.05.02 | Hilfen z. Gesundheit, bei Behinderung, bei Pflegebedürftigkeit u. in anderen Lebenslagen | SozialA |
| | 1.05.03 | Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen | SozialA |
| | 1.05.04 | Betreuungsleistungen | SozialA |

| Produktbereich | Produktgruppe | Bezeichnung | Ausschuss |
|----------------|--|--|---|
| 1.06 | Kinder-, Jugend- und Familienhilfe | | JugendhilfeA |
| | 1.06.01 | Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege | JugendhilfeA |
| | 1.06.02 | Jugendarbeit und Familienförderung | JugendhilfeA |
| | 1.06.03 | Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien | JugendhilfeA |
| | 1.06.04 | Leistungen nach dem Bundeselterngeldgesetz | JugendhilfeA |
| 1.07 | Gesundheitsdienste | | Ausschuss für Gesundheit, Feuerschutz ... |
| | 1.07.01 | Gesundheitsförderung | Ausschuss für Gesundheit, Feuerschutz ... |
| | 1.07.02 | Gutachten und Stellungnahmen | Ausschuss für Gesundheit, Feuerschutz ... |
| | 1.07.03 | Gesundheitshilfe | Ausschuss für Gesundheit, Feuerschutz ... |
| | 1.07.04 | Gesundheitsschutz | Ausschuss für Gesundheit, Feuerschutz ... |
| 1.08 | Sportförderung | | SportA |
| | 1.08.01 | Sportförderung | SportA |
| 1.09 | Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen | | KreisentwicklungsA |
| | 1.09.01 | Räumliche Planung | KreisentwicklungsA |
| | 1.09.02 | Vermessung, Erhebung und Führung von Geobasisdaten | KreisentwicklungsA |
| | 1.09.03 | Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement | KreisentwicklungsA |
| | 1.09.04 | Grundstückswertermittlung | KreisentwicklungsA |
| 1.10 | Bauen und Wohnen | | BauA |
| | 1.10.01 | Maßnahmen der Bauaufsicht | BauA |
| | 1.10.02 | Denkmalschutz u. Denkmalpflege | BauA |
| | 1.10.03 | Wohnungsbauförderung | BauA |
| | 1.10.04 | Wohnraumsicherung und -versorgung | BauA |
| | 1.10.05 | Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht | BauA |
| 1.12 | Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV | | BauA / KreisentwicklungsA |
| | 1.12.01 | Öffentliche Verkehrsflächen | BauA |
| | 1.12.02 | ÖPNV | KreisentwicklungsA |
| 1.13 | Natur- und Landschaftspflege | | UmweltA |
| | 1.13.01 | Natur und Landschaft | UmweltA |
| | 1.13.02 | Wald, Forst- und Landwirtschaft | KT / KA / FinanzA |
| 1.14 | Umweltschutz | | UmweltA |
| | 1.14.01 | Bodenschutz, Altlasten, Abfall, Immissionen und Wasser | UmweltA |
| 1.15 | Wirtschaft und Tourismus | | Kreisentwicklungsausschuss |
| | 1.15.01 | Wirtschaftsförderung | Kreisentwicklungsausschuss |
| | 1.15.02 | Tourismus | Kreisentwicklungsausschuss |
| 1.16 | Allgemeine Finanzwirtschaft | | FinanzA |
| | 1.16.01 | Steuern, allg. Zuweisungen und Umlagen | FinanzA |
| | 1.16.02 | Sonstige allg. Finanzwirtschaft | FinanzA |

Baumaßnahmen werden dem jeweiligen Sachgebiet bzw. der Produktgruppe zugeordnet, z. B. werden Straßenbaumaßnahmen in der Produktgruppe 1.12.01 Öffentliche Verkehrsflächen abgebildet, Baumaßnahmen im Schubereich werden im Produktbereich Schulträgeraufgaben ausgewiesen, usw. (Der Produktbereich Schulträgeraufgaben ist aber grundsätzlich dem Schulausschuss zugeordnet). Die Baumaßnahmen sind deshalb im Vorbericht nochmals dargestellt.

Investitionselemente (PSP-I)

Investitionselemente 2010

| Projekt | Investitionselement (PSP-I) | Bezeichnung | Amt |
|----------|-----------------------------|---|--------|
| 5.101002 | 5.101002.710.010 | Einrichtung Telearbeitsplätze 2010 | Amt 10 |
| 5.101003 | 5.101003.720.010 | Einrichtung Telearbeitsplätze GWG 2010 | Amt 10 |
| 5.101010 | 5.101010.720.010 | GWG, Inventar, Bewegl. Vermögen 2010 | Amt 10 |
| 5.101020 | 5.101020.710.010 | Verwaltungsvermögen (über 410 EUR) 2010 | Amt 10 |
| 5.103010 | 5.103010.720.010 | GWG Hard-/Software (bis 410 EUR) 2010 | Amt 10 |
| 5.103020 | 5.103020.710.010 | BuG Hard-/Software (über 410 EUR) 2010 | Amt 10 |
| 5.200010 | 5.200010.620.010 | Rückzahlung Geschäftsanteile (Beteiligung.) | Amt 20 |
| 5.208550 | 5.208550.710.010 | Ersatzbeschaffung, Geräte (Forsten) 2010 | Amt 20 |
| 5.208560 | 5.208560.720.010 | GWG Ersatzbeschaffungen (Forsten) 2010 | Amt 20 |
| 5.230350 | 5.230350.710.010 | Ersatzbeschaffung, Geräte (ZIM) 2010 | Amt 23 |
| 5.230350 | 5.230350.620.009 | Vermögensveräußerung (ZIM) | Amt 23 |
| 5.230350 | 5.230350.620.010 | Vermögensveräußerung (ZIM) | Amt 23 |
| 5.230352 | 5.230352.720.010 | GWG Geräte (ZIM) 2010 | Amt 23 |
| 5.231300 | 5.231300.700.010 | Erweiterung Brandschutzzentrum 2010 | Amt 23 |
| 5.231300 | 5.231300.605.010 | Investitionspauschale (antelig.) 2010 | Amt 23 |
| 5.231300 | 5.231300.710.010 | Ausstattung BGA Brandschutzzentrum 2010 | Amt 32 |
| 5.231300 | 5.231300.720.010 | Ausstattung GWG Brandschutzzentrum 2010 | Amt 32 |
| 5.232400 | 5.232400.710.010 | Ersatzbeschaffung, Geräte (ZIM-BK) 2010 | Amt 23 |
| 5.232410 | 5.232410.700.010 | Fassadensanierung BK-Dieringhausen 2010 | Amt 23 |
| 5.232414 | 5.232414.700.010 | Erweiterung BK-Wipperfürth 2010 | Amt 23 |
| 5.232450 | 5.232450.700.310 | Erweiterung BK Waldbrol (Bauwerk) 2010 | Amt 23 |
| 5.233211 | 5.233211.605.010 | Erweit. Schl.Hom. (Zuschuss) 2010 | Amt 23 |
| 5.233211 | 5.233211.700.010 | Erweit. Schl.Hom. (Baumaßn.) 2010 | Amt 23 |
| 5.238550 | 5.238550.620.010 | Vermögensveräuß. Iw.Nutzfl., Grundstücke | Amt 23 |
| 5.238550 | 5.238550.620.011 | Vermögensveräuß. Iw.Nutzfl., Grundstücke | Amt 23 |
| 5.238550 | 5.238550.620.012 | Vermögensveräuß. Iw.Nutzfl., Grundstücke | Amt 23 |
| 5.238550 | 5.238550.620.013 | Vermögensveräuß. Iw.Nutzfl., Grundstücke | Amt 23 |
| 5.321001 | 5.321001.710.010 | JagdWaffen i. R. d. Jägerprüfung 2010 | Amt 32 |
| 5.323001 | 5.323001.605.010 | LZ zur Förderung des Feuerschutzes 2010 | Amt 32 |
| 5.323001 | 5.323001.710.010 | Ersatzbeschaffung, Geräte (BSZ) 2010 | Amt 32 |
| 5.323002 | 5.323002.720.010 | GWG, Geräte, Inventar (BSZ) 2010 | Amt 32 |
| 5.323004 | 5.323004.710.010 | Ausstattung Kreisleitstelle 2010 | Amt 32 |
| 5.323004 | 5.323004.710.110 | Ausstattung KLS Hard/Software 2010 | Amt 32 |
| 5.323005 | 5.323005.710.010 | Abrollbehälter Atemschutz 2010 | Amt 32 |
| 5.323006 | 5.323006.600.010 | LZ Hilfe bei Großschadensereign. 2010 | Amt 32 |
| 5.323006 | 5.323006.710.010 | Ausstattung (Katastrophenschutz) 2010 | Amt 32 |
| 5.323008 | 5.323008.605.010 | Investitionskostenzuschuss 2010 | Amt 32 |
| 5.323008 | 5.323008.620.010 | Veräußerungserlöse 2010 | Amt 32 |
| 5.323008 | 5.323008.710.010 | Ausstattung der Rettungswachen 2010 | Amt 32 |
| 5.323014 | 5.323014.720.010 | GWG - Ausstattung Kreisleitstelle 2010 | Amt 32 |
| 5.323018 | 5.323018.720.010 | GWG - Ausstattung Rettungswachen 2010 | Amt 32 |
| 5.323020 | 5.323020.710.010 | Digitalfunk BOS 2010 (Leitstelle) | Amt 32 |
| 5.323020 | 5.323020.710.110 | Digitalfunk BOS 2010 (KFZ) | Amt 32 |
| 5.323022 | 5.323022.710.010 | Gerätewagen Messtechnik 2010 | Amt 32 |
| 5.323030 | 5.323030.700.010 | Baumaßnahmen Rettungswachen 2010 | Amt 32 |
| 5.323035 | 5.323035.710.010 | Beschaffung Kfz f.d. RD 2010 | Amt 32 |
| 5.323040 | 5.323040.710.010 | Medizinische Geräte RD 2010 | Amt 32 |
| 5.360001 | 5.360001.710.010 | Verkehrssicherung, Geräte etc. 2010 | Amt 36 |
| 5.390001 | 5.390001.710.010 | BGA / Mediz.-Laborgeräte (Amt 39) 2010 | Amt 39 |
| 5.390002 | 5.390002.720.010 | GWG / Mediz.-Laborgeräte (Amt 39) 2010 | Amt 39 |
| 5.390003 | 5.390003.710.010 | Erwerb Tierseuchencontainer 2010 | Amt 39 |
| 5.400010 | 5.400010.710.010 | BuG - BK Dieringhausen (> 410 EUR) 2010 | Amt 40 |
| 5.400020 | 5.400020.720.010 | GWG - BK Dieringhausen 2010 | Amt 40 |
| 5.400030 | 5.400030.710.010 | BuG - BK Gummersbach (über 410 EUR) 2010 | Amt 40 |
| 5.400040 | 5.400040.720.010 | GWG - BK Gummersbach 2010 | Amt 40 |
| 5.400050 | 5.400050.710.010 | BuG - BK Wipperfürth (über 410 EUR) 2010 | Amt 40 |
| 5.400060 | 5.400060.720.010 | GWG - BK Wipperfürth 2010 | Amt 40 |
| 5.400110 | 5.400110.710.010 | BuG - Helen-Keller-Schule (Wiehl) 2010 | Amt 40 |
| 5.400120 | 5.400120.720.010 | GWG - Helen-Keller-Schule (Wiehl) 2010 | Amt 40 |
| 5.400130 | 5.400130.710.010 | BuG - Anne-Frank-Schule (W'f'urth) 2010 | Amt 40 |
| 5.400140 | 5.400140.720.010 | GWG - Anne-Frank-Schule (W'f'urth) 2010 | Amt 40 |
| 5.400150 | 5.400150.710.010 | BuG - FS Sprache (Oberwiehl) 2010 | Amt 40 |

| Projekt | Investitionselement (PSP-I) | Bezeichnung | Amt |
|----------|-----------------------------|---|--------|
| 5.400160 | 5.400160.720.010 | GWG - FS Sprache (Oberwiehl) 2010 | Amt 40 |
| 5.400170 | 5.400170.710.010 | BuG - Schule f. Kranke (Windhagen) 2010 | Amt 40 |
| 5.400180 | 5.400180.720.010 | GWG - Schule f. Kranke (Windhagen) 2010 | Amt 40 |
| 5.400190 | 5.400190.710.010 | BuG - FS Emot. Entwickl. (Vollmerh.) 2010 | Amt 40 |
| 5.400200 | 5.400200.720.010 | GWG - FS Emot. Entwickl. (Vollmerh.) 2010 | Amt 40 |
| 5.402931 | 5.402931.710.010 | BGA - Schulpsychologischer Dienst 2010 | Amt 40 |
| 5.402932 | 5.402932.720.010 | GWG - Schulpsychologischer Dienst 2010 | Amt 40 |
| 5.410000 | 5.410000.710.010 | Museumsgut u. Exponate 2010 | Amt 41 |
| 5.410010 | 5.410010.710.010 | BuG - Inventar über 410 (Museum) 2010 | Amt 41 |
| 5.410020 | 5.410020.720.010 | GWG - Inventar unter 410 (Museum) 2010 | Amt 41 |
| 5.410030 | 5.410030.710.010 | BuG - Kulturgeschichtl. Dauerausst. 2010 | Amt 41 |
| 5.410040 | 5.410040.720.010 | GWG - Kulturgeschichtl. Dauerausst. 2010 | Amt 41 |
| 5.430001 | 5.430001.710.010 | BGA, Lehr-/Lernmittel, KVHS 2010 | Amt 43 |
| 5.430002 | 5.430002.720.010 | GWG, Lehr-/Lernmittel (KVHS) 2010 | Amt 43 |
| 5.430011 | 5.430011.710.010 | BGA, Lern-/Lehrmi. (Altenpf.sem.) 2010 | Amt 43 |
| 5.430012 | 5.430012.720.010 | GWG, Lehr-/Lernmittel (Altenpf.) 2010 | Amt 43 |
| 5.515701 | 5.515701.710.010 | BGA / Testverfahren (Psych.Ber.St.) 2010 | Amt 51 |
| 5.515702 | 5.515702.720.010 | GWG / Testverfahren (Psych.Ber.St.) 2010 | Amt 51 |
| 5.530000 | 5.530000.710.010 | Geräte f. schul-/ärztl. Bereich 2010 | Amt 53 |
| 5.530002 | 5.530002.720.010 | GWG / Mediz.-Laborgeräte (Amt 53) 2010 | Amt 53 |
| 5.610000 | 5.610000.605.010 | LZ Maßnahmen innerh./außerh. LP 2010 | Amt 61 |
| 5.610000 | 5.610000.700.010 | Grunderw. Maßn. innerh./außerh. LP 2010 | Amt 61 |
| 5.610010 | 5.610010.605.010 | Ersatzgeldzahlungen 2010 | Amt 61 |
| 5.610010 | 5.610010.700.010 | Durchf. Ersatzmaßn. (Grunderw.) 2010 | Amt 61 |
| 5.610040 | 5.610040.700.010 | Baumaßn. Akademie f. Pflegeberufe 2010 | Amt 61 |
| 5.610040 | 5.610040.605.010 | LZ Konjunkturpaket II (antelig.) 2010 | Amt 20 |
| 5.610050 | 5.610050.605.010 | LZ Konjunkturpaket II (antelig.) 2010 | Amt 20 |
| 5.620001 | 5.620001.710.010 | BGA / Techn.Geräte (Katasteramt) 2010 | Amt 62 |
| 5.620002 | 5.620002.720.010 | GWG / Techn.Geräte (Katasteramt) 2010 | Amt 62 |
| 5.660001 | 5.660001.620.610 | Grundstücksveräußerung 2010 | Amt 66 |
| 5.660002 | 5.660002.700.010 | Planung der Kreisstraßenprojekte 2010 | Amt 66 |
| 5.660003 | 5.660003.700.010 | Eigenfinanz. Maßnahmen (Vorplanung) 2010 | Amt 66 |
| 5.660003 | 5.660003.700.110 | Eigenfinanz. Maßnahmen (Grunderw.) 2010 | Amt 66 |
| 5.660003 | 5.660003.700.310 | Eigenfinanz. Maßnahmen (Baumaßn.) 2010 | Amt 66 |
| 5.660003 | 5.660003.605.110 | Eigenf. Straßenbaum. (Erstattung) 2010 | Amt 66 |
| 5.660004 | 5.660004.605.110 | Straßenbegleit. Radwege (Zuschuss) 2010 | Amt 66 |
| 5.660004 | 5.660004.605.210 | Straßenbegleit. Radwege (Erstatt.) 2010 | Amt 66 |
| 5.660004 | 5.660004.700.110 | Straßenbegleit. Radwege (Grunderw.) 2010 | Amt 66 |
| 5.660004 | 5.660004.700.310 | Straßenbegleit. Radwege (Baumaßn.) 2010 | Amt 66 |
| 5.660040 | 5.660040.700.610 | Ergänzung der Straßenausstattung 2010 | Amt 66 |
| 5.660060 | 5.660060.700.310 | Beteiligungen an Baumaßn. Dritter 2010 | Amt 66 |
| 5.660070 | 5.660070.600.010 | Einnahmen aus Maßnahmenabwicklung 2010 | Amt 66 |
| 5.661701 | 5.661701.605.010 | Verk.sich. K17 Rölefeld (Zuschuss) 2010 | Amt 66 |
| 5.661701 | 5.661701.700.110 | Verk.sich. K17 Rölefeld (Grunderw.) 2010 | Amt 66 |
| 5.661701 | 5.661701.700.310 | Verk.sich. K17 Rölefeld (Baumaßn.) 2010 | Amt 66 |
| 5.661801 | 5.661801.605.010 | Ausbau K18/39 Dohrgaul (Zuschuss) 2010 | Amt 66 |
| 5.661801 | 5.661801.700.110 | Ausbau K18/39 Dohrgaul (Grunderw.) 2010 | Amt 66 |
| 5.661801 | 5.661801.700.310 | Ausbau K18/39 Dohrgaul (Baumaßn.) 2010 | Amt 66 |
| 5.662301 | 5.662301.605.110 | Ausbau K18/39 Dohrgaul (Erstattung) 2010 | Amt 66 |
| 5.662301 | 5.662301.700.110 | Verk.sich. K23 Belmicke (Grunderw.) 2010 | Amt 66 |
| 5.662301 | 5.662301.700.310 | Verk.sich. K23 Belmicke (Baumaßn.) 2010 | Amt 66 |
| 5.662301 | 5.662301.605.010 | Verk.sich. K23 Belmicke (Zuschuss) 2010 | Amt 66 |
| 5.662302 | 5.662302.605.010 | Knoten K23/Bahnstr. (Zuschuss) 2010 | Amt 66 |
| 5.662302 | 5.662302.605.110 | Knoten K23/Bahnstr. (Erstattungen) 2010 | Amt 66 |
| 5.662302 | 5.662302.700.110 | Knoten K23/Bahnstr. (Grunderw.) 2010 | Amt 66 |
| 5.662302 | 5.662302.700.310 | Knoten K23/Bahnstr. (Baumaßn.) 2010 | Amt 66 |
| 5.662303 | 5.662303.605.010 | Knoten K23/B55 (Zuschuss) 2010 | Amt 66 |
| 5.662303 | 5.662303.700.110 | Knoten K23/B55 (Grunderw.) 2010 | Amt 66 |
| 5.662303 | 5.662303.700.310 | Knoten K23/B55 (Kreisanteil) 2010 | Amt 66 |
| 5.662401 | 5.662401.605.010 | Umbau K24 Schmitzhöhe (Zuschuss) 2010 | Amt 66 |
| 5.662401 | 5.662401.605.110 | Umbau K24 Schmitzhöhe (Erstattung) 2010 | Amt 66 |
| 5.664501 | 5.664501.605.010 | Ausbau K45/L306 (Zuschuss) 2010 | Amt 66 |

| Projekt | Investitionselement (PSP-I) | Bezeichnung | Amt |
|----------|-----------------------------|-------------------------------------|--------|
| 5.664501 | 5.664501.605.110 | Ausbau K45/L306 (Erstattungen) 2010 | Amt 66 |
| 5.664501 | 5.664501.700.110 | Ausbau K45/L306 (Grunderw.) 2010 | Amt 66 |
| 5.664501 | 5.664501.700.310 | Ausbau K45/L306 (Ausbau) 2010 | Amt 66 |
| 5.670030 | 5.670030.710.010 | BGA Immissionsschutz 2010 | Amt 67 |

| Sachkonto | Bezeichnung |
|-----------|--|
| 681200 | Investitionszu. vom Land |
| 681900 | Investitionszu. von übrigen Bereichen |
| 682200 | Veräußerung Grundstücke |
| 682400 | Veräußerung Finanzanlagen |
| 682500 | Veräußerung bewegliche Sachen AV |
| 782200 | Erwerb von unbebauten Grundstücken |
| 783100 | Abwicklung von Baumaßnahmen |
| 782600 | Erwerb bewegliche Sachen AV > 410 Euro |
| 379400 | Erwerb bewegliche Sachen AV < 410 Euro |

Hinweis zum Investitionsmanagement (IM):

Eine Investitionsmaßnahme ist ein Projektstrukturplänelement für Maßnahmen, die mit dem Ziel getätigt werden, selbst eine Anlage für die dauerhafte Nutzung zu erstellen. In erster Linie sind dies Maßnahmen, die aufgrund ihrer Größenordnung bzw. ihrer Bedeutung nicht als Direktaktivierung in das Anlagevermögen gebucht werden sollen. Der Anlagenbestand wird als Position in der Bilanz ausgewiesen. Bei Bruttodarstellung errechnet sich der aktuelle Anlagenbestand als Saldo aus den Bilanzkonten "AHK-Bestand" und "Bestand an Wertberichtigungen".

Produktübersicht

| Produktbereich | Produktgruppe | Produkt | Teilprodukt | PSP-Element in SAP | Bezeichnung | zuständig Produktgruppen | zuständig Produkt | Amt | entspricht etwa kameralem UA | | | | | | | | | | |
|----------------|---------------|---------------------------------------|---------------|------------------------------------|--|--------------------------|-------------------|-----|------------------------------|-------------|---------------|---|--|---|---------------------|---------------|--|--|--|
| 01 | 01.01 | 1.01 | 1.01.01 | 1.01.01 | Politische Gremien | KD | KD | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | 01.01.01 | 1.01.01.01 | Kreisrat und Ausschüsse / Fraktionen und sonstige Sitzungen | KD | 10 | 3000 / 0390 | | | | |
| | 01.02 | 1.01.02 | 1.01.02.01 | 1.01.02.01 | Verwaltungsführung | KD | KD | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | 01.02.01 | 1.01.02.01 | Entwicklung von Konzepten und Rahmeregungen / sonstige Steuerungsbearbeitung | KD | 10 | 3000 / 0200 | | | |
| | 01.03 | 1.01.03 | 1.01.03.01 | 1.01.03.01 | Gleichstellung von Frau und Mann | KD | KD | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | 01.03.01 | 1.01.03.01 | Gleichstellung von Frau und Mann | KD | 19 | 0250 | | | |
| | 01.04 | 1.01.04 | 1.01.04.01 | 1.01.04.01 | Beschäftigtenvertretung | PR | PR | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | 01.04.01 | 1.01.04.01 | Personalrat | PR | PR | 0810 | | | |
| | 01.05 | 1.01.05 | 1.01.05.01 | 1.01.05.02 | Rechnungsprüfung und Beratung | Dez II | Dez II | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | 01.05.01 | 1.01.05.01 | Rechnungsprüfung und Beratung | Dez II | 14 | 0100 | | | |
| | 01.06 | 1.01.06 | 1.01.06.02 | 1.01.06.02 | Zentrale Dienste | KD, Dez II | KD | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | 01.06.02 | 1.01.06.02 | Druckerei | KD | 10 | 0200 | | | |
| | 01.06.02 | 1.01.06.02 | 1.01.06.03 | 1.01.06.04 | Bürgerservice | KD | KD | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | 01.06.03 | 1.01.06.03 | Bürgerservice | KD | 10 | 0200 | | | |
| | 01.06.04 | 1.01.06.04 | 1.01.06.05 | 1.01.06.06 | Sonstige zentrale Dienste | KD | KD | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | 01.06.04 | 1.01.06.04 | Fuhrpark | KD | 10 | 0200 / SN9310 | | | |
| | 01.06.05 | 1.01.06.05 | 1.01.06.06 | 1.01.06.06 | Zentrale Bußgeldstelle | KD | KD | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | 01.06.05 | 1.01.06.05 | Sonstige zentrale Dienste | KD | 10 | 0200 / SN9324 | | | |
| | 01.06.06 | 1.01.06.06 | 1.01.06.06 | 1.01.06.06 | Zentrale Bußgeldstelle | KD | KD | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | 01.06.06 | 1.01.06.06 | Bußgelder Abfallwirtschaft | Dez II | 30 | 1100 | | | |
| | 01.06.06.01 | 1.01.06.06.01 | 1.01.06.06.02 | 1.01.06.06.03 | Bußgelder Bauordnung | Dez II | Dez II | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | 01.06.06.01 | 1.01.06.06.01 | Bußgelder Abfallwirtschaft | Dez II | 30 | 1105 | | | |
| | 01.06.06.02 | 1.01.06.06.02 | 1.01.06.06.03 | 1.01.06.06.04 | Bußgelder Gewässerschutz | Dez II | Dez II | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | 01.06.06.02 | 1.01.06.06.02 | Bußgelder Bauordnung | Dez II | 30 | 6130 | | | |
| | 01.06.06.03 | 1.01.06.06.03 | 1.01.06.06.04 | 1.01.06.06.05 | Bußgelder Ordnungssamt | Dez II | Dez II | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | 01.06.06.03 | 1.01.06.06.03 | Bußgelder Gewässerschutz | Dez II | 30 | 1104 | | | |
| | 01.06.06.04 | 1.01.06.06.04 | 1.01.06.06.05 | 1.01.06.06.06 | Bußgelder Sonstige Ordnungswidrigkeiten | Dez II | Dez II | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | 01.06.06.04 | 1.01.06.06.04 | Bußgelder Ordnungssamt | Dez II | 30 | 1100 / 1300 | | | |
| | 01.06.06.05 | 1.01.06.06.05 | 1.01.06.06.06 | 1.01.06.06.07 | Bußgelder Veterinärtaufsicht | Dez II | Dez II | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | 01.06.06.05 | 1.01.06.06.05 | Bußgelder Sonstige Ordnungswidrigkeiten | Dez II | 30 | 1110 / 1200 | | | |
| | 01.06.06.06 | 1.01.06.06.06 | 1.01.06.06.07 | 1.01.06.06.07 | Bußgelder Verkehrsschulische Genehmigungen | Dez II | Dez II | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | 01.06.06.06 | 1.01.06.06.06 | Bußgelder Veterinärtaufsicht | Dez II | 30 | 1160 | | | |
| | 01.06.07 | 1.01.06.07 | 1.01.06.07 | 1.01.06.07 | Submission, Datenschutz, AGG, sonst. | KD | KD | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | 01.06.07 | 1.01.06.07 | Submission, Datenschutz, AGG, sonst. | Dez II | 14 | 1100 | | | |
| | 01.07 | 1.01.07 | 1.01.07.01 | 1.01.07.01 | Medien | KD | KD | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | 01.07.01 | 1.01.07.01 | Medien | KD | 10 | 0240 | | | |
| | 01.08 | 1.01.08 | 1.01.08.01 | 1.01.08.01 | Personalmanagement | KD (Dez III, Dez IV) | KD | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | 01.08.01 | 1.01.08.01 | Personalmanagement | KD (Dez III, Dez IV) | 11 (10) | 0220 | | | |
| | 01.08.01 | 1.01.08.01 | 1.01.08.02 | 1.01.08.03 | Personalsteuerung und -entwicklung | KD | KD | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | 01.08.02 | 1.01.08.02 | Personalsteuerung und -entwicklung | KD (Dez IV) | 11 (62) | 0221 | | | |
| | 01.08.02 | 1.01.08.02 | 1.01.08.03 | 1.01.08.04 | Personalbildung und -qualifizierung | KD | KD | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | 01.08.03 | 1.01.08.03 | Personalbildung und -qualifizierung | KD (Dez IV) | (10), 11 | 0220 | | | |
| | 01.08.03 | 1.01.08.03 | 1.01.08.04 | 1.01.08.04 | Arbeitsicherheit / Gesundheitsschutz | KD | KD | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | 01.08.04 | 1.01.08.04 | Arbeitsicherheit / Gesundheitsschutz | KD (Dez III) | 10 (53) | 0200 / 0220 | | | |
| | 01.09 | 1.01.09 | 1.01.09.01 | 1.01.09.01 | Haushaltssteuerung | Dez I | Dez I | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | | 01.09.01 | 1.01.09.01 | Haushaltssteuerung | Dez I | 20 | 0300 | | | |
| | | | | | | | | | | | 01.09.01.01 | 1.01.09.01.01 | Beteiligungen (allgemein) | Dez I | 20 | 0300 | | | |
| 01.09.01.02 | | | | | | | | | | | 1.01.09.01.02 | KSK - Kreissparkasse Köln (Gewinnbeteiligung) | Dez I | 20 | 8700 | | | | |
| 01.09.01.03 | | | | | | | | | | | 1.01.09.01.03 | Radio Berg GmbH & Co. KG | Dez I | 20 | 7600 | | | | |
| 01.09.01.04 | | | | | | | | | | | 1.01.09.01.04 | Rheinisches Studieninstitut Köln | Dez I | 20 | 0220 | | | | |
| 01.09.01.05 | | | | | | | | | | | 1.01.09.01.05 | BAV - Bergischer Abfallwirtschaftsverband | Dez I | 20 | 7220 | | | | |
| 01.09.02 | | | | | | | | | | | 1.01.09.02 | Kasse und Vollstreckung | Dez I | 20 | 0410 | | | | |
| 01.09.02.01 | | | | | | | | | | | 1.01.09.02.01 | Zahlungsabwicklung | Dez I | 20 | 0510 | | | | |
| 01.09.02.02 | | | | | | | | | | | 1.01.09.02.02 | Vollstreckung | Dez I | 20 | 0510 | | | | |
| 01.10 | | | | | | | | | | | 1.01.10 | 1.01.10.01 | 1.01.10.01 | Organisationsangelegenheiten und technikerunterstützte Informationsverarbeitung | KD, Dez III, Dez IV | KD | | | |
| | | | | | | | | | | | | | | | | | | | |
| 01.10.01 | 1.01.10.01 | 1.01.10.02 | 1.01.10.02 | Organisationsangelegenheiten | KD | KD | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | 01.10.01 | 1.01.10.01 | Amt 10 | KD | 10 | 0600 | | | | |
| 01.10.02 | 1.01.10.02 | 1.01.10.03 | 1.01.10.03 | Organisationsangelegenheiten | KD | KD | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | 01.10.02 | 1.01.10.02 | Amt 62 | KD | 10 | 0600 | | | | |
| 01.11 | 1.01.11 | 1.01.11.01 | 1.01.11.01 | Rechtsangelegenheiten | Dez II | Dez II | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | 01.11.01 | 1.01.11.01 | Rechtsangelegenheiten | Dez II | 30 | 0230 | | | | |
| 01.12 | 1.01.12 | 1.01.12.01 | 1.01.12.01 | Grundstücks- und Gebäudemanagement | Dez IV | Dez IV | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | 01.12.01 | 1.01.12.01 | Grundstücks- und Gebäudemanagement | Dez IV | 23 | 0350 / 8800 | | | | |
| 01.13 | 1.01.13 | 1.01.13.01 | 1.01.13.01 | Technisches Immobilienmanagement | Dez IV | Dez IV | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | 01.13.01 | 1.01.13.01 | Unterhaltungen und Baumaßnahmen | Dez IV | 23 | 0350 / 6010 u. a. | | | | |
| 01.14 | 1.01.14 | 1.01.14.01 | 1.01.14.01 | Kommunalaufsicht | Dez I | Dez I | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | 01.14.01 | 1.01.14.01 | Kommunalaufsicht | Dez I | 20 | 0280 | | | | |
| 01.15 | 1.01.15 | 1.01.15.01 | 1.01.15.01 | Kreispolizeibehörde | KD | KD | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | 01.15.01 | 1.01.15.01 | Kreispolizeibehörde | KD | 31 | 1000 / 1102 | | | | |
| 01.15.01.01 | 1.01.15.01.01 | 1.01.15.01.02 | 1.01.15.01.02 | Polizeiliche Erlaubnisse | KD | KD | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | 01.15.01.01 | 1.01.15.01.01 | Polizeiliche Erlaubnisse | KD | 31 | 1102 | | | | |
| 01.15.01.02 | 1.01.15.01.02 | 1.01.15.01.03 | 1.01.15.01.03 | Falschhalteme | KD | KD | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | 01.15.01.02 | 1.01.15.01.02 | Polizeiliche Begleitung von Schwervertransporten | KD | 31 | 1102 | | | | |
| 01.15.01.03 | 1.01.15.01.03 | 1.01.15.01.04 | 1.01.15.01.04 | sonstige Verwaltungsgebühren | KD | KD | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | 01.15.01.03 | 1.01.15.01.03 | Falschhalteme | KD | 31 | 1102 | | | | |
| 01.15.01.04 | 1.01.15.01.04 | 1.01.15.01.04 | 1.01.15.01.04 | sonstige Verwaltungsgebühren | KD | KD | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | 01.15.01.04 | 1.01.15.01.04 | sonstige Verwaltungsgebühren | KD | 31 | 1102 | | | | |
| 02 | 1.02 | 1.02.01 | 1.02.01.01 | Ordnungsbedürftige Tätigkeiten | Dez I | Dez I | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | 02.01.01 | 1.02.01.01 | Allgemeine Gefahrenabwehr | Dez I | 32 | 1100 | | | | |
| | | | | | | | | | | 02.01.01.01 | 1.02.01.01.01 | Jagd und Fischerei | Dez I | 32 | 1100 | | | | |
| | | | | | | | | | | 02.01.02 | 1.02.01.02 | Gewerbe und Handwerk | Dez I | 32 | 1100 | | | | |
| | | | | | | | | | | 02.01.02.01 | 1.02.01.02.01 | Schornsteingeräteaufsicht | Dez I | 32 | 1100 | | | | |
| | | | | | | | | | | 02.02 | 1.02.02 | Verbraucherschutz | Dez II | 39 | 1160 / 5400 | | | | |
| | | | | | | | | | | 02.02.01 | 1.02.02.01 | Verbraucherschutz | Dez II | 39 | 1160 | | | | |
| | | | | | | | | | | 02.02.01.01 | 1.02.02.01.01 | Lebensmittelüberwachung | Dez II | 39 | 1160 / 5400 | | | | |
| | | | | | | | | | | 02.02.01.02 | 1.02.02.01.02 | Schlachttier- und Fleischuntersuchung | Dez II | 39 | 1160 / 5400 | | | | |
| | | | | | | | | | | 02.03 | 1.02.03 | Tiergesundheit | Dez II | 39 | 1160 / 7200 | | | | |
| | | | | | | | | | | 02.03.01 | 1.02.03.01 | Tiergesundheit | Dez II | 39 | 1160 / 7200 | | | | |
| | | | | | | | | | | 02.03.01.01 | 1.02.03.01.01 | Betriebskosten Wildt-Annahme-Container | Dez II | 39 | 1160 / 7200 | | | | |
| 02.04 | 1.02.04 | 1.02.04.01 | 1.02.04.01 | Verkehrsangelegenheiten | Dez II | Dez II | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | 02.04.01 | 1.02.04.01 | Verkehrsangelegenheiten | Dez II | 36 | 1120 | | | | |
| 02.04.02 | 1.02.04.02 | Überwachung des fließenden Verkehrs | Dez II | 30 | 1120 | | | | | | | | | | | | | | |
| 02.04.02.01 | 1.02.04.02.01 | Polizeiliche Geschwindigkeitsanzeigen | Dez II | 30 | 1120 | | | | | | | | | | | | | | |
| 02.04.02.02 | 1.02.04.02.02 | Geschwindigkeitsüberwachung | Dez II | 30 | 1120 | | | | | | | | | | | | | | |
| 02.04.03 | 1.02.04.03 | Verkehrsschulische Genehmigungen | Dez II | 36 | 1120 | | | | | | | | | | | | | | |
| 02.04.04 | 1.02.04.04 | Verkehrserziehung und -aufklärung | Dez II | 36 | 1120 | | | | | | | | | | | | | | |
| 02.04.04.01 | 1.02.04.04.01 | Verkehrsinformationssystem | Dez II | 36 | 1120 | | | | | | | | | | | | | | |
| 02.05 | 1.02.05 | 1.02.05.01 | 1.02.05.01 | Fahr- u. Beförderungserlaubnis | Dez II | Dez II | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | 02.05.01 | 1.02.05.01 | Fahr- u. Beförderungserlaubnis | Dez II | 36 | 1120 | | | | |
| 02.06 | 1.02.06 | 1.02.06.01 | 1.02.06.01 | Kfz-Angelegenheiten | Dez II | Dez II | | | | | | | | | | | | | |
| | | | | | | | | | | 02.06.01 | 1.02.06.01 | Zulassung | Dez II | 36 | 1120 | | | | |
| 02.06.02 | 1.02.06.02 | Überwachung der Halterhaftung | Dez II | 36 | 1120 | | | | | | | | | | | | | | |

| Produkt- bereich | Produkt- gruppe | Produkt | Teilprodukt | PSP-Element in SAP | Bezeichnung | zuständig Produktgruppen | zuständig Produkt | Amt | entspricht etwa kameralem UA | | | | |
|---|---|----------------|----------------|--|--|-----------------------------|----------------------|---|--|---------|--------|------------|------|
| 02 | 02.07 | 02.07.01 | 02.07.01.01 | 1.02.07 | Personenbezogene Aufenthalts- und Statusfragen | Dez I | Dez I | | | | | | |
| | | | | | Einwohnerangelegenheiten | | | 32 | 1100 | | | | |
| | | | | | Einbürgerungen | | | 32 | 1100 | | | | |
| | | | | | Regelung des Aufenthalts von Ausländern | | | 32 | 1100 | | | | |
| | | | | | Humanitäre Aufenthalte | | | 32 | 1100 | | | | |
| | | | | | 02.08 | 02.08.01 | 02.08.01.01 | 1.02.08 | Statistik | Dez IV | Dez IV | 61 | 3510 |
| | | | | | | | | | Statistik | | | | |
| | | | | | 02.09 | 02.09.01 | 02.09.01.01 | 1.02.09 | Wahlen und Abstimmungen | KD | KD | 10 | 3520 |
| | | | | | | | | | Wahlen und Abstimmungen | | | | |
| | | | | | 02.10 | 02.10.01 | 02.10.01.01 | 1.02.10 | Berufungsschutz | Dez I | Dez I | 32 | 1300 |
| | Brandenschutz | | | 32 | | | | | 1300 | | | | |
| | Verkauf für Feuerwehrausrüstung | | | 32 | | | | | 1300 | | | | |
| | Vorbereitender Brandschutz | | | 32 | | | | | 1300 | | | | |
| | Brandschau Kommunen | | | 32 | | | | | 1300 | | | | |
| | Kreisausbildung Freiwillige Feuerwehren | | | 32 | | | | | 1300 | | | | |
| | Katastrophenschutz | | | 32 | | | | | 1300 | | | | |
| | Sachausstattung Einsatzkräfte | | | 32 | | | | | 1300 | | | | |
| | Zuschüsse Einsatzorganisationen | | | 32 | | | | | 1300 | | | | |
| | Zuschüsse Einsatzorganisationen | | | 32 | | | | | 1300 | | | | |
| | 02.11 | 02.11.01 | 02.11.01.01 | 1.02.11 | Rettungsdienst | Dez I | Dez I | 32 | 1600 | | | | |
| Rettungsdienst | | | | | | | 32 | 1600 | | | | | |
| 02.11.01 | 02.11.01.01 | 02.11.01.01.01 | 1.02.11.01 | Kosten des Luftrettungsdienstes | | Dez I | 32 | 1600 | | | | | |
| | | | | Kosten des Luftrettungsdienstes | | | | | | | | | |
| 03 | 03.01 | 03.01.01 | 03.01.01.01 | 1.03.01 | Schulträgeraufgaben | | | | | | | | |
| | | | | | Förderschulen | Dez III | Dez III | 40 | 2710 | | | | |
| | | | | | Förderschule Geistige Entwicklung (Helen-Keller-Schule) | | | 40 | 9000 | | | | |
| | | | | | Schulpause (anteilig) | | | 40 | 9000 | | | | |
| | | | | | Förderschule Geistige Entwicklung (Anne-Frank-Schule) | | | 40 | 9000 | | | | |
| | | | | | Förderschule (anteilig) | | | 40 | 9000 | | | | |
| | | | | | Förderschule Sprache (Wiefh) | | | 40 | 9000 | | | | |
| | | | | | Schulpause (anteilig) | | | 40 | 9000 | | | | |
| | | | | | Schule für Kranke (Anne-Freud-Schule) | | | 40 | 2760 | | | | |
| | | | | | Schulpause (anteilig) | | | 40 | 9000 | | | | |
| | 03.01.05 | 03.01.05.01 | 03.01.05.01.01 | 1.03.01.05 | Förderschule emotionale und soziale Entwicklung (Gummersbach) | Dez III | Dez III | 40 | 9000 | | | | |
| | | | | | Förderschule (anteilig) | | | 40 | 9000 | | | | |
| | 03.02 | 03.02.01 | 03.02.01.01 | 1.03.02 | Berufskollegs | Dez III | Dez III | 40 | 2412 / 2464 / 2465 / 2471 | | | | |
| | | | | | Berufskolleg Kaufmännische Schulen Gummersbach und Waldbrol | | | 40 | 9000 | | | | |
| | 03.02.02 | 03.02.02.01 | 03.02.02.01.01 | 1.03.02.02 | Schulpause (anteilig) | | Dez III | 40 | 9000 | | | | |
| | | | | | Berufskolleg Ernährung-Sozialwesen-Technik Gummersbach-Dieringhausen | | | 40 | 2410 / 2411 / 2460 / 2461 / 2462 / 2470 / 2480 | | | | |
| | 03.02.03 | 03.02.03.01 | 03.02.03.01.01 | 1.03.02.03 | Schulpause (anteilig) | | Dez III | 40 | 9000 | | | | |
| | | | | | Berufskolleg Wipperfurth | | | 40 | 2414 / 2467 / 2468 / 2472 | | | | |
| | 03.03 | 03.03.01 | 03.03.01.01 | 1.03.03 | Schulpauschale (anteilig) | Dez III | Dez III | 40 | 9000 | | | | |
| | | | | | Schulpauschale (anteilig) | | | 40 | 2710-2770 | | | | |
| Schülerförderung Förderschulen | | | | | | | 40 | SN 9317 | | | | | |
| Schülerförderung Berufskollegs | | | | | | | 40 | | | | | | |
| 03.04 | | | | | 03.04.01 | 03.04.01.01 | 1.03.04 | Sonstige schulische Aufgaben | Dez III | Dez III | 40 | 2931 | |
| | | | | | | | | Sonstige schulische Aufgaben | | | 40 | 2950, 2921 | |
| 03.04.02 | | | | | 03.04.02.01 | 03.04.02.01.01 | 1.03.04.02 | Schulpsychologie | | Dez III | 40 | 2490 | |
| | | | | | | | | Mehrzweckzentrum | | | 40 | | |
| 03.04.03 | | | | | 03.04.03.01 | 03.04.03.01.01 | 1.03.04.03 | Schulaufsicht | | Dez III | 40 | 2490 | |
| | | | | | | | | Schulaufsicht | | | 40 | | |
| 03.04.04 | 03.04.04.01 | 03.04.04.01.01 | 1.03.04.04 | Bildungsnetzwerk Oberberg | | Dez III | 40 | 9000 | | | | | |
| | | | | Bildungsnetzwerk Oberberg | | | 40 | 2412 / 2464 / 2465 / 2471 | | | | | |
| 04 | 04.01 | 04.01.01 | 04.01.01.01 | 1.04.01 | Kommunale Veranstaltungen/Kulturförderung | Dez I | Dez I | 41 | 3000 / 3120 / 3320 / 3410 / 3430 | | | | |
| | | | | | Veranstaltungen/Kulturförderung/Sonstige Kultureinrichtungen | | | 41 | 3000 / 3211 | | | | |
| | | | | | Sonderausstellungen | | | 41 | 3530 | | | | |
| | | | | | Kreis- und Stadtbücherei | | | 41 | 3000 | | | | |
| | | | | | Kunstsammlung Oberberg | | | 20 | 3520 | | | | |
| | | | | | 04.02 | 04.02.01 | 04.02.01.01 | 1.04.02 | Volkshochschule | Dez I | Dez I | 43 | 3500 |
| | | | | | | | | | Volkshochschule | | | 43 | 3500 |
| | | | | | 04.02.02 | 04.02.02.01 | 04.02.02.01.01 | 1.04.02.02 | Abendgymnasium | Dez I | Dez I | 43 | 2320 |
| | | | | | | | | | Fachseminar für Pflegeberufe | | | 43 | 3510 |
| | | | | | | | | | Grundausbildung | | | 43 | 3510 |
| | Weiterbildung | | | 43 | | | | | 3510 | | | | |
| | Modellprojekt Altenpflegehilfe | | | 43 | | | | | 3510 | | | | |
| | Modellprojekt Altenpflegehilfe | | | 43 | | | | | 3510 | | | | |
| | 04.03 | 04.03.01 | 04.03.01.01 | 1.04.03 | Museum | Dez I | Dez I | 41 | 3210 / 3211 | | | | |
| | | | | | Museum Schloss Homburg | | | 41 | 3211 | | | | |
| | | | | | Schloss Homburg | | | 41 | 3210 | | | | |
| | | | | | Schloss Homburg | | | 41 | 3210 | | | | |
| | 04.04 | 04.04.01 | 04.04.01.01 | 1.04.04 | Heimatbildungsstelle | Dez III | Dez III | 40 | 3220 | | | | |
| | | | | | Heimatbildungsstelle | | | 40 | 3220 | | | | |
| | 05 | 05.01 | 05.01.01 | 1.05.01 | Soziale Leistungen | Dez III | Dez III | 50 | 4000 / 4980 | | | | |
| Unterstützung von Senioren | | | | | | | 50 | 1100 | | | | | |
| Seniorenarbeit | | | | | | | 50 | 4000 / 4110 / 4111 | | | | | |
| Heimaufsicht | | | | | | | 50 | 4110 / 4111 | | | | | |
| 05.02 | 05.02.01 | 05.02.01.01 | 1.05.02 | Hilfen zur Gesundheit, bei Behinderung, bei Pflegebedürftigkeit und in anderen Lebenslagen | Dez III | Dez III | 50 | 4000 / 4010 / 4121 / 4131 / 4141 / 4400 / 4700 / 4701 / 4800 / 4980 | | | | | |
| | | | | Hilfen zur Gesundheit, bei Behinderung und in anderen Lebenslagen | | | 50 | 4121 | | | | | |
| | | | | Hilfen zur Gesundheit für behinderte Menschen | | | 50 | 4131 | | | | | |
| | | | | Hilfen zur Gesundheit | | | 50 | 4141 | | | | | |
| | | | | Hilfen in anderen Lebenslagen | | | 50 | 4000 / 4110 / 4111 | | | | | |
| | | | | Hilfe zur Pflege | | | 50 | 4110 / 4111 | | | | | |
| | | | | Hilfe zur Pflege ambulant und vollstationär | | | 50 | 4710 | | | | | |
| | | | | Hilfe zur Pflege teilstationär | | | 50 | 4710 | | | | | |
| | | | | Pflegewohngeld und Aufwendungszuschüsse | | | 50 | 4710 | | | | | |
| | | | | Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege | | | 50 | 4020 | | | | | |
| Leistungen für Schwerbehinderte | | | 50 | 4180 | | | | | | | | | |
| Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehindertengesetz | | | 50 | 4180 | | | | | | | | | |

| Produktbereich | Produktgruppe | Produkt | Teilprodukt | PSP-Element in SAP | Bezeichnung | zuständig Produktgruppen | zuständig Produkt | Amt | entspricht etwa kameralem UA | |
|----------------|---------------|----------|-------------|--------------------|---|---|-------------------|---------|----------------------------------|--------------------|
| 06 | 05.03 | 05.03.01 | | 1.05.03 | Hilfen bei Einkommensdefiziten und Unterstützungsleistungen | Dez III | Dez III | 50 | 4000 / 4050 / 4100 / 4620 | |
| | | | | 1.05.03.01 | Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) | | Dez III | 50 | 4100, 4850, ?? | |
| | | 05.03.02 | | | 1.05.03.02 | Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII) | | Dez III | 50 | 4100 |
| | | | | | 05.03.02.01 | Hilfe zum Lebensunterhalt | | Dez III | 50 | 4650 |
| | | 05.03.03 | | | 1.05.03.02.02 | Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung | | Dez III | 50 | 4650 |
| | | | | | 05.03.03.01 | Leistungen nach BAföG | | Dez III | 40 | 2930 |
| | 05.04 | 05.03.04 | | | 1.05.03.04 | Lesenausgleich | | Dez I | 20 | 4090 |
| | | | | | 1.05.04 | Betreuungsleistungen | Dez III | Dez III | 51 | 4070 / 4660 |
| | 06.01 | 06.01.01 | | | 1.06.01.01 | Rechtliche Vertretung Volljähriger - Betreuung, Vollmacht - | | Dez III | 51 | 4070 / 4660 |
| | | | | | 1.06.01.02 | Förderung von Kindern und Familienhilfe | Dez III | Dez III | 51 | 4070 / 4540 / 4640 |
| 06.02 | 06.01.01.01 | | | 1.06.01.01.01 | Tageseinrichtungen für Kinder / Kindertagespflege / OGS / OGATA | | Dez III | 51 | 4640 | |
| | | | | 1.06.01.01.02 | LZ Sprachförderung, Familienzentren | | Dez III | 51 | 4640 | |
| 06.03 | 06.02.01 | | | 1.06.02 | Jugendarbeit und Familienförderung | Dez III | Dez III | 51 | 4070 / 4510 / 4600 / 4601 | |
| | | | | 1.06.02.01 | Förderung von Angeboten der Kinder- und Jugendarbeit | | Dez III | 51 | 4600 | |
| | 06.02.01.01 | | | 1.06.02.01.01 | LZ Förderung offene Kinder- und Jugendarbeit | | Dez III | 51 | 4600 | |
| | | | | 1.06.02.02 | Jugendsozialarbeit | | Dez III | 51 | 4070 / 4620 | |
| | 06.02.03 | | | 1.06.02.03 | Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie | | Dez III | 51 | 4070 / 4620 / 4651 | |
| | | | | 1.06.02.04 | Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz | | Dez III | 51 | 4070 / 4620 | |
| 06.04 | 06.03.01 | | | 1.06.03 | Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien | Dez III | Dez III | 51 | 4070 / 4530 / 4650 / 4661 / 4661 | |
| | | | | 1.06.03.01 | Hilfen zur Erziehung und sonst. Hilfen | | Dez III | 51 | 4070 / 4651 | |
| | 06.03.01.01 | | | 1.06.03.01.01 | Institutionelle Erziehungsberatung | | Dez III | 51 | 4070 | |
| | | | | 1.06.03.01.02 | Soziale Gruppenarbeit | | Dez III | 51 | 4070 | |
| | 06.03.01.03 | | | 1.06.03.01.03 | Erziehungsbeistandchaft | | Dez III | 51 | 4070 | |
| | | | | 1.06.03.01.04 | Sozialpädagogische Familienhilfe | | Dez III | 51 | 4070 | |
| | 06.03.01.05 | | | 1.06.03.01.05 | Erziehung in einer Tagesgruppe | | Dez III | 51 | 4070 | |
| | | | | 1.06.03.01.06 | Vollzeitlehre | | Dez III | 51 | 4070 / 4650 | |
| | 06.03.01.07 | | | 1.06.03.01.07 | Unterbringung in Heimen / sonstigen betreuten Wohnformen | | Dez III | 51 | 4070 / 4650 | |
| | | | | 1.06.03.01.08 | Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung | | Dez III | 51 | 4070 / 4661 | |
| | 06.03.01.09 | | | 1.06.03.01.09 | Gemeinsame Wohnformen für (werdende) Mütter oder Väter und Kinder | | Dez III | 51 | 4070 / 4650 | |
| | | | | 1.06.03.01.10 | Eingliederungshilfe für stellungs behinderte Kinder und Jugendliche | | Dez III | 51 | 4070 | |
| | 06.03.01.11 | | | 1.06.03.01.11 | Flexible erzieherische Hilfe | | Dez III | 51 | 4070 | |
| | | | | 1.06.03.02 | Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen | | Dez III | 51 | 4070 / 4071 | |
| | 06.03.03 | | | 1.06.03.03 | Beratungsangebote | | Dez III | 51 | 4070 / 4650 / 4651 | |
| | | | | 1.06.03.04 | Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren | | Dez III | 51 | 4070 / 4650 | |
| 06.04 | 06.03.05 | | | 1.06.03.05 | Unterhaltsvorschussleistungen, Amtsgerichtsamt- und -vormundschaft | KD | Dez III | 51 | 4070 / 4810 | |
| | | | | 1.06.04 | Leistungen nach dem Bundeselternzeitgesetz | KD | Dez III | 11 | 4030 | |
| 07 | 07.01 | | | 1.07 | Gesundheitsdienste | Dez III | Dez III | 53 | 5000 | |
| | | | | 1.07.01 | Gesundheitsförderung | | Dez III | 53 | 5000 / 5010 | |
| | 07.01.01 | | | 1.07.01.01 | Koordination, Planung und Berichterstattung im Gesundheitsbereich | | Dez III | 53 | 5000 / 5010 | |
| | | | | 1.07.01.02 | Arztliche/zahnärztliche Prävention und Gesundheitsförderung; Schwerpunkt Kinder und Jugendliche | | KD, Dez III | 11, 50 | 4980 | |
| 07.02 | 07.01.02.01 | | | 1.07.01.02.01 | Ambulante Sprachtherapie | Dez III | Dez III | 53 | 5000 | |
| | | | | 1.07.02.01 | Amis-, Gerichts-, Vertrauens- und Amtsärztliche Gutachten | Dez III | Dez III | 53 | 5000 / 5413 | |
| 07.03 | 07.03.01 | | | 1.07.03 | Gesundheitshilfe | Dez III | Dez III | 53 | 5000 / 5413 | |
| | | | | 1.07.03.01 | Psychiatrische Hilfen, Sucht- und Drogenhilfe sowie Hilfen bei AIDS, chronischen Krankheiten, körperlicher Behinderung, Schwangerschaftskonflikten, gesundheitlichen und sonstigen Notlagen | | Dez III | 53 | 5000 / 5413 | |
| 07.04 | 07.03.01.01 | | | 1.07.03.01.01 | Sucht | Dez III | Dez III | 53 | 5000 / 5413 | |
| | | | | 1.07.03.01.02 | Psychiatrie | Dez III | Dez III | 53 | 5000 / 5413 | |
| 07.04 | 07.04.01 | | | 1.07.04 | Gesundheitsschutz | Dez III | Dez III | 53 | 5000 | |
| | | | | 1.07.04.01 | Infektions- und umweltbezogener Gesundheitsschutz | | Dez III | 53 | 5000 | |
| | 07.04.02 | | | 1.07.04.02 | Medizinaufsicht | | Dez III | 53 | 5000 | |
| | | | | 1.08 | Sportförderung | Dez III | Dez III | 51 | 5500 / 5600 | |
| 08 | 08.01 | | | 1.08.01 | Sportförderung | Dez III | Dez III | 51 | 5500 / 5600 | |
| | | | | 1.08.01.01 | Sportförderung | | Dez III | 51 | 5500 / 5600 | |
| 09 | 09.01 | | | 1.09 | Räumliche Planung und Entwicklung, Geoinformationen | Dez IV | Dez IV | 61 | 6100 | |
| | | | | 1.09.01 | Räumliche Planung | Dez IV | Dez IV | 61 | 6100 | |
| | 09.01.01 | | | 1.09.01.01 | Kreisentwicklungsplanung, Raum- und Umwelthinformatio | | Dez IV | 61 | 6100 | |
| | | | | 1.09.01.02 | Betreuung von Verfahren externer Planungsfäger | | Dez IV | 61 | 6100 | |
| 09.02 | 09.02.01 | | | 1.09.02 | Vermessung, Erhebung und Führung von Geobasisdaten | Dez IV | Dez IV | 62 | 6110 | |
| | | | | 1.09.02.01 | Geodätischer Raumbezug | | Dez IV | 62 | 6110 | |
| | 09.02.02 | | | 1.09.02.02 | Liegenschafts- und Ingenieurvermessung | | Dez IV | 62 | 6110 | |
| | | | | 1.09.02.02.01 | Vermessungsarbeiten für Dritte | | Dez IV | 62 | 6110 | |
| | 09.02.02.02 | | | 1.09.02.02.02 | Verwaltungsmäßige Vermessungstätigkeit | | Dez IV | 62 | 6110 | |
| | | | | 1.09.02.03.01 | Führung der Liegenschaftlichen Flurstücke und Gebäude | | Dez IV | 62 | 6110 | |
| | 09.02.03.01 | | | 1.09.02.03.01 | Übernahme beibrachter Vermessungsschriften | | Dez IV | 62 | 6110 | |
| | | | | 1.09.02.03.02 | Übernahme eigener Vermessungsschriften | | Dez IV | 62 | 6110 | |
| | 09.02.04 | | | 1.09.02.04 | Erhebung und Führung der Nutzung, Topografie und Bodenschätzung | | Dez IV | 62 | 6110 / 6120 | |
| | | | | 1.09.02.05 | Führung der Personenn- und Bestandsdaten | | Dez IV | 62 | 6110 | |
| 09.03 | 09.02.06 | | | 1.09.02.06 | Erneuerung des Liegenschaftskatasters | Dez IV | Dez IV | 62 | 6110 | |
| | | | | 1.09.03 | Geoinformationsdienste, Geodatenmanagement | Dez IV | Dez IV | 62 | 6110 | |
| | 09.03.01 | | | 1.09.03.01 | Bereitstellung von Geodaten und kartografischen Produkten | | Dez IV | 62 | 6110 | |
| | | | | 1.09.03.01.01 | Nutzung von Abrufverfahren | | Dez IV | 62 | 6110 | |
| | 09.03.01.02 | | | 1.09.03.01.02 | Betrieb von Abrufverfahren | | Dez IV | 62 | 6110 | |
| | | | | 1.09.03.02 | Abgabe von Geodaten und kartografischen Produkten | | Dez IV | 62 | 610 / 6120 | |
| | 09.03.02.01 | | | 1.09.03.02.01 | Abgabe von Geobasisdaten digital (Gebühr) | | Dez IV | 62 | 6110 | |
| | | | | 1.09.03.02.02 | Abgabe von Geobasisdaten analog (Gebühr) | | Dez IV | 62 | 6110 | |
| | 09.03.02.03 | | | 1.09.03.02.03 | Abgabe von Geobasisdaten digital (Entgelt) | | Dez IV | 62 | 6120 | |
| | | | | 1.09.03.02.04 | Abgabe von Geobasisdaten analog (Entgelt) | | Dez IV | 62 | 6120 | |
| | 09.03.02.05 | | | 1.09.03.02.05 | Kartentechnische Auftragsarbeiten intern | | Dez IV | 62 | 6110 | |
| | | | | 1.09.03.02.06 | Kartentechnische Auftragsarbeiten für Dritte | | Dez IV | 62 | 6110 | |
| | 09.03.02.07 | | | 1.09.03.02.07 | Beschneidungen | | Dez IV | 62 | 6110 | |
| | | | | 1.09.03.02.08 | Unschärflichkeitszeugnisse | | Dez IV | 62 | 6110 | |
| | 09.03.02.09 | | | 1.09.03.02.09 | Einmalhfen für Dritte (Entgelte für Land) | | Dez IV | 62 | 6120 | |
| | | | | 1.09.03.03.01 | Abgabe von Geobasisdaten des Vermessungszahlenwerks | | Dez IV | 62 | 6110 | |
| | 09.03.03.01 | | | 1.09.03.03.01 | Vermessungsunterlagen auf Antrag | | Dez IV | 62 | 6110 | |
| | | | | 1.09.03.03.02 | Vermessungsunterlagen intern, z. MvSt | | Dez IV | 62 | 6110 | |

| Produktbereich | Produktgruppe | Produkt | Teilprodukt | PSP-Element in SAP | Bezeichnung | zuständig Produktgruppen | zuständig Produkt | Amt | entspricht etwa kameralem UA | |
|----------------|---------------|--|---------------|---|----------------|--------------------------|-------------------|---------------------------|------------------------------|------|
| 09.04 | | 09.04.01 | 1.09.04 | Grundstückswertermittlung | | Dez IV | Dez IV | 62 | 6120 | |
| | | 09.04.01.01 | 1.09.04.01.01 | Gutachterausschuss für Grundstückswerte | | | Dez IV | 62 | 6120 | |
| | | 09.04.01.02 | 1.09.04.01.02 | Gutachten | | | Dez IV | 62 | 6120 | |
| | | 09.04.01.03 | 1.09.04.01.03 | Auskünfte, Auswertungen | | | Dez IV | 62 | 6120 | |
| | | 09.04.01.04 | 1.09.04.01.04 | Wertermittlungen für kommunale Zwecke | | | Dez IV | 62 | 6120 | |
| | | 09.04.01.05 | 1.09.04.01.05 | Marktbereiche | | | Dez IV | 62 | 6120 | |
| | | 09.04.01.05 | 1.09.04.01.05 | Bodenrichtwerte | | | Dez IV | 62 | 6120 | |
| | | 10 | 1.10 | Bauen und Wohnen | | | | | | |
| | | 10.01 | 1.10.01 | Maßnahmen der Bauaufsicht | | | | | | |
| | | 10.01.01 | 1.10.01.01 | Untere Bauaufsicht | | | Dez IV | Dez IV | 65 | 6130 |
| 10.01.02 | 1.10.01.02 | Bauordnungsbehördliche Verfahren | | | Dez IV | Dez IV | 65 | 6130 | | |
| 10.02 | 1.10.02 | Denkmalschutz u. Denkmalpflege | | | | | | | | |
| 10.02.01 | 1.10.02.01 | Denkmalschutz/-pflege im Rahmen der Fachaufsicht | | | Dez IV | Dez IV | 65 | 6130 | | |
| 10.03 | 1.10.03 | Wohnungsbauförderung | | | | | | | | |
| 10.03.01 | 1.10.03.01 | Wohnungsbauförderung | | | KD | KD | 80 | 6200 | | |
| 10.04 | 1.10.04 | Wohnraumsicherung und -versorgung | | | | | | | | |
| 10.04.01 | 1.10.04.01 | Bestandsverwaltung geförderter Wohnraum | | | Dez III | Dez III | 50 | 6200 | | |
| 10.05 | 1.10.05 | Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht | | | | | | | | |
| 10.05.01 | 1.10.05.01 | Bauaufsicht im Rahmen der Fachaufsicht | | | Dez IV | Dez IV | 65 | 6130 | | |
| 11 | 1.11 | Ver- und Entsorgung | | | | | | | | |
| 12 | 1.12 | Verkehrsmitteln und -anlagen, ÖPNV | | | | | | | | |
| 12.01 | 1.12.01 | Öffentliche Verkehrsmitteln | | | | | | | | |
| 12.01.01 | 1.12.01.01 | Neu-, Um- und Ausbau von Kreisstraßen | | | Dez IV | Dez IV | 66 | 6020 / 6600 | | |
| 12.01.02 | 1.12.01.02 | Erhaltung und Betrieb der Kreisstraßen | | | Dez IV | Dez IV | 66 | 6020 / 6600 | | |
| 12.02 | 1.12.02 | ÖPNV | | | | | | | | |
| 12.02.01 | 1.12.02.01 | ÖPNV | | | Dez IV | Dez IV | 61 | 8200 | | |
| 12.02.01.01 | 1.12.02.01.01 | Investitionsförderung Verkehrsunternehmen | | | Dez IV | Dez IV | 61 | 8200 | | |
| 12.02.01.02 | 1.12.02.01.02 | OVAG Verkehrsunternehmen | | | Dez IV | Dez IV | 61 | 8200 | | |
| 12.02.01.03 | 1.12.02.01.03 | VRS Zweckverband/GmbH | | | Dez IV | Dez IV | 61 | 8200 | | |
| 13 | 1.13 | Natur- und Landschaftspflege | | | | | | | | |
| 13.01 | 1.13.01 | Natur und Landschaft | | | | | | | | |
| 13.01.01 | 1.13.01.01 | Landschaftsschutz, Landschaftspflege | | | Dez II, Dez IV | Dez II | 67 | 1200 | | |
| 13.01.02 | 1.13.01.02 | Landschaftsplanung, Landschaftsentwicklung | | | Dez IV | Dez IV | 61 | 6101, z.T. 3601 | | |
| 13.01.02.01 | 1.13.01.02.01 | Landschaftspflegemaßnahmen | | | Dez IV | Dez IV | 61 | 8200 | | |
| 13.01.02.02 | 1.13.01.02.02 | Landschaftsplanung | | | Dez IV | Dez IV | 61 | 8200 | | |
| 13.02 | 1. | Wald, Forst- und Landwirtschaft | | | | | | | | |
| 13.02.01 | 1.13.02.01 | Wald und Forstwirtschaft | | | Dez I | Dez I | 20 | 8550 | | |
| 13.02.01.01 | 1.13.02.01.01 | Fischerie Kallenberg | | | Dez I | Dez I | 20 | 8550 | | |
| 14 | 1.14 | Umweltschutz | | | | | | | | |
| 14.01 | 1.14.01 | Bodenschutz, Altlasten, Abfall, Immissionen und Wasser | | | | | | | | |
| 14.01.01 | 1.14.01.01 | Bodenschutz und Altlasten | | | Dez II | Dez II | 67 | 1106 | | |
| 14.01.02 | 1.14.01.02 | Abfall | | | Dez II | Dez II | 67 | 1106/7220 | | |
| 14.01.03 | 1.14.01.03 | Immissionsschutz | | | Dez II | Dez II | 67 | 1107 | | |
| 14.01.04 | 1.14.01.04 | Gewässerschutz, Gewässerbewirtschaftung, Abgrabungen | | | Dez II | Dez II | 67 | 1104/6900 | | |
| 14.01.04.01 | 1.14.01.04.01 | Ersatzgelder n. § 113 LWG | | | Dez II | Dez II | 67 | 1104/6900 | | |
| 15 | 1.15 | Wirtschaftsförderung | | | | | | | | |
| 15.01 | 1.15.01 | Wirtschaftsförderung | | | | | | | | |
| 15.01.01 | 1.15.01.01 | Bestandspflege und -entwicklung, Unterstützung von Ansiedlung und Gründung | | | KD | KD | 80 | 7600 / 7610 / 7910 / 7911 | | |
| 15.01.01.01 | 1.15.01.01.01 | RAL-Güteezeichen | | | | | | | | |
| 15.01.01.02 | 1.15.01.01.02 | REGIONALE 2010 | | | KD | KD | 80 | 7910 | | |
| 15.01.01.03 | 1.15.01.01.03 | Umsetzung / Qualifizierung Projekte Regionale 2010 | | | KD | KD | 80 | 7910 | | |
| 15.01.01.04 | 1.15.01.01.04 | Maßnahmen zur Berufsorientierung und Vorbereitung | | | KD | KD | 80 | 7910 | | |
| 15.01.01.05 | 1.15.01.01.05 | Aufbau regionale EFRE Struktur | | | KD | KD | 80 | 7910 | | |
| 15.01.01.06 | 1.15.01.01.06 | Beteiligung Kosten GO Mit | | | KD | KD | 80 | 7910 | | |
| 15.01.01.07 | 1.15.01.01.07 | Verein Köln / Bonn e.V. | | | KD | KD | 80 | 7910 | | |
| 15.01.01.08 | 1.15.01.01.08 | GTC Gummersbach | | | KD | KD | 80 | 7910 | | |
| 15.01.01.09 | 1.15.01.01.09 | Breitband Konzept Oberberg | | | KD | KD | 80 | 7910 | | |
| 15.02 | 1.15.02 | Tourismus | | | | | | | | |
| 15.02.01 | 1.15.02.01 | Tourismus | | | KD | KD | 80 | 7900 | | |
| 15.02.01.01 | 1.15.02.01.01 | Zweckverband Naturpark | | | KD | KD | 80 | 7900 | | |
| 15.02.01.02 | 1.15.02.01.02 | Naturarena Berg, Land GmbH | | | KD | KD | 80 | 7900 | | |
| 15.02.01.03 | 1.15.02.01.03 | Projekte | | | KD | KD | 80 | 7900 | | |
| 16 | 1.16 | Allgemeine Finanzwirtschaft | | | | | | | | |
| 16.01 | 1.16.01 | Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen | | | | | | | | |
| 16.01.01 | 1.16.01.01 | Steuern, allgemeine Zuweisungen und allgemeine Umlagen | | | Dez I | Dez I | 20 | 9000 | | |
| 16.02 | 1.16.02 | Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft | | | | | | | | |
| 16.02.01 | 1.16.02.01 | Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft | | | Dez I | Dez I | 20 | 9120 / 9160 | | |
| 16 | 65 | 127 | 122 | | | | | | | |